



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2025

Teil I: Regierungsrat

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:

Teil I: Regierungsrat (vorliegend)

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)

Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:

zh.ch/gb

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Regierungsrat

Das Berichtsjahr aus Sicht des Regierungsrates	7
Öffentliche Sicherheit	9
Bildung	12
Kultur, Sport und Freizeit	14
Gesundheit	15
Gesellschaft und soziale Sicherheit	17
Verkehr	19
Umwelt und Raumordnung	21
Volkswirtschaft	23
Finanzen und Steuern	25
Allgemeine Verwaltung	26
Finanzen im Überblick	29
Ressourcen	32
Bedeutende Beteiligungen	37
Integrales Risikomanagement	39
Allgemeiner Geschäftsgang	42
Rechtsetzung	43
Finanzvorlagen	45
Volksabstimmungen	47

Teil II

Direktionen und Staatskanzlei

01 Staatskanzlei	51
Überblick	52
Legislaturziele	53
Finanzierung	54
Personal- und Lohnstatistik	54
Parlamentarische Vorstösse	54
Leistungsgruppen	55
02 Direktion der Justiz und des Innern	61
Überblick	62
Legislaturziele	64
Finanzierung	66
Personal- und Lohnstatistik	67
Parlamentarische Vorstösse	68
Leistungsgruppen	69
03 Sicherheitsdirektion	115
Überblick	116
Legislaturziele	117
Finanzierung	117
Personal- und Lohnstatistik	118
Parlamentarische Vorstösse	118
Leistungsgruppen	120
04 Finanzdirektion	141
Überblick	142
Legislaturziele	144
Finanzierung	145
Personal- und Lohnstatistik	147
Parlamentarische Vorstösse	148
Leistungsgruppen	149
05 Volkswirtschaftsdirektion	179
Überblick	180
Legislaturziele	182
Finanzierung	182
Personal- und Lohnstatistik	183
Parlamentarische Vorstösse	184
Leistungsgruppen	185
06 Gesundheitsdirektion	203
Überblick	204
Legislaturziele	205
Finanzierung	206
Personal- und Lohnstatistik	207
Parlamentarische Vorstösse	207
Leistungsgruppen	209
07 Bildungsdirektion	229
Überblick	230
Legislaturziele	232
Finanzierung	233
Personal- und Lohnstatistik	235
Parlamentarische Vorstösse	235
Leistungsgruppen	237

08 Baudirektion	271
Überblick	272
Legislaturziele	273
Finanzierung	278
Personal- und Lohnstatistik	279
Parlamentarische Vorstösse	279
Leistungsgruppen	282
Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	323
Abrechnung Budgetkredite	323
Rücklagen und Gewinnverwendung	329
Anhang	331
Behörden	333
Rechtspflege	339
Zu konsolidierende Organisationen	359
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	391
Kreditübertragungen	400
Bewilligte Kreditüberschreitungen	410
Definitionen und Konventionen	413

Teil I

Regierungsrat

Das Berichtsjahr aus Sicht des Regierungsrates

Der Kanton Zürich blickt auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Entwicklungen und Einzelereignisse auf internationaler und nationaler Ebene prägten die Rahmenbedingungen. Trotz Herausforderungen konnte viel umgesetzt und erreicht werden. Nachstehend werden zunächst das internationale und nationale Umfeld, dessen Wirkungen und das Handeln des Kantons beleuchtet. Anschliessend werden ausgewählte kantonale Projekte und Tätigkeiten vorgestellt, die im Geschäftsbericht vertieft und um weitere Themen ergänzt werden. Abschliessend folgen ein Blick auf den Umsetzungsstand der Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele des Regierungsrates 2023–2027 und ein Fazit zum Berichtsjahr.

Der Kanton Zürich im internationalen und nationalen Umfeld

Im Berichtsjahr zeigte sich eine zunehmende Unsicherheit der geopolitischen Lage. Prägend wirkten die feindselige Haltung Russlands und neue Gewichtsetzungen der USA gegenüber Europa. In Europa gewann die Sicherheitspolitik an Bedeutung. Die geopolitischen Spannungen und die Zollpolitik der USA trugen zu einer schwachen globalen Wirtschaftsentwicklung bei. Diese Rahmenbedingungen und hohe einseitige Zölle der USA auf Schweizer Exporte führten zu Herausforderungen für die hiesige Wirtschaft. Obwohl die Zürcher Wirtschaft aufgrund ihrer Ausrichtung auf Dienstleistungen insgesamt weniger exponiert ist als andere gegenüber Handelsrestriktionen der USA, war die Industrie dennoch stark betroffen.

Anfang April, nachdem die neuen US-Zölle auf Importe aus dem Ausland angekündigt worden waren, setzte der Kanton eine Arbeitsgruppe ein. Diese stand in engem Austausch mit betroffenen Zürcher Unternehmen und Verbänden und analysierte laufend die möglichen Auswirkungen auf den Kanton. Gleichzeitig wurden Vorkehrungen getroffen, damit eine möglicherweise steigende Zahl von Kurzarbeitsgesuchen bewältigt werden könnte.

Trotz Unsicherheiten im Zusammenhang mit der internationalen Handelspolitik zeigte sich die Zürcher Wirtschaft im Berichtsjahr insgesamt widerstandsfähig. Der Arbeitsmarkt kühlte leicht ab und die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte. Damit setzte sich der Anstieg der Arbeitslosenzahlen fort, der bereits 2024 zu beobachten war. Die Arbeitslosigkeit näherte sich damit weiter dem langjährigen kantonalen Mittel von rund 3%.

Für den Kanton sind die USA ein wichtiger, aber nicht der wichtigste Handelspartner. Für die USA sind rund 13% der Warenexporte bestimmt, rund 55% gehen in die Europäische Union (EU). Daher sind stabile Beziehungen zur EU, auch mit Blick auf die geopolitische Lage, wichtig. Im Juni eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU». Das Paket umfasst nicht nur die weiterentwickelten und neuen Abkommen mit der EU, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen für eine innerstaatliche Umsetzung. Der Regierungsrat prüfte das Paket eingehend und äusserte sich dazu im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Die KdK verabschiedete am 24. Oktober ihre Stellungnahme, in der das ausgehandelte Abkommen und die innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung grundsätzlich unterstützt werden. Gleichzeitig machten die Kantone Vorschläge für eine optimierte Umsetzung der Abkommen.

Infolge der weltweiten Krisen und Kriege, namentlich des anhaltenden Kriegs gegen die Ukraine, blieb die Lage im Asylwe-

sen anspruchsvoll. Die Anzahl Asyl- und Schutzsuchender im Kanton stieg weiter an. Der Kanton und die Gemeinden leisteten erneut grosse Anstrengungen, um die damit einhergehenden Herausforderungen zu meistern. Mit zusätzlichen Massnahmen bei den Unterkünften trug der Kanton zur Entlastung der Gemeinden bei. Im Rahmen der Integrationsförderung besuchten zahlreiche Personen aus der Ukraine Sprachkurse und nahmen an Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration teil. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Erwerbsbeteiligung der Personen mit Schutzstatus S weiter zu erhöhen. Von den erwerbsfähigen Personen, die 2022 eingewandert sind, ist jede zweite Person mit Schutzstatus S erwerbstätig. Damit hat der Kanton die Vorgaben des Bundes zur Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine erfüllt.

Auf Bundesebene hatte die eidgenössische Abstimmung zur Abschaffung des Eigenmietwerts, die im September von den Stimmberechtigten angenommen wurde, Auswirkungen auf den Kanton. In der Folge beschloss der Regierungsrat, bei der allgemeinen Liegenschaftenneubewertung auf eine Erhöhung der Eigenmietwerte zu verzichten.

Die Zustimmung der Stimmberechtigten zum neuen E-ID-Gesetz wird der digitalen Transformation der kantonalen Verwaltung neue Möglichkeiten bieten, insbesondere für die weitere Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2025+.

Ein nationales Grosseignis war die UEFA Women's EURO 2025. Die fünf Spiele im Letzigrund waren ausverkauft und in den zahlreichen Fanmeilen herrschte wie in den Stadien eine grossartige und friedliche Stimmung. Gleichzeitig hat das Turnier dem Frauenfussball einen höheren Stellenwert verliehen. Damit die Heim-EM auch längerfristig ihre Spuren hinterlässt, hat der Kanton bereits im Vorfeld des Turniers Massnahmen zur Förderung des Frauenfussballs ergriffen und im Berichtsjahr weitergeführt.

Anhaltende Trends

Weiterhin prägten Trends, die sich bereits seit einigen Jahren abzeichnen, die Entwicklung und Aktivitäten des Kantons. Diese Trends sind namentlich die fortschreitende Digitalisierung und die rasche Bedeutungszunahme künstlicher Intelligenz (KI) in vielen Lebensbereichen, der Klimawandel und die Wichtigkeit von Klimaschutzmassnahmen sowie das Wachstum und die Alterung der Bevölkerung. Nach wie vor ist die Zuwanderung der grösste Treiber des Bevölkerungswachstums. Diese erfolgt zu einem grossen Teil über den Arbeitsmarkt durch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Berichtsjahr wurden die kantonalen Bevölkerungsprognosen überarbeitet. Diese gehen von einem anhaltenden, aber verlangsamteten Wachstum sowie einer fortschreitenden Alterung der Bevölkerung aus. Obwohl überwiegend Personen im erwerbsfähigen Alter einwandern, vermag die Zuwanderung den demografischen Wandel nicht aufzuhalten.

Ausgewählte Projekte und Tätigkeiten im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Vorhaben vorangetrieben und abgeschlossen, welche die vorstehenden längerfristigen Trends berücksichtigen und zur Erreichung der Legislaturziele beitragen.

Infolge des demografischen Wandels nimmt der Anteil älterer und pflegebedürftiger Personen zu. Für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig tragbare Langzeitpflege wurden die Grundlagen für eine Pflegeheimbettenplanung erarbeitet. Gleichzeitig steigt mit einer wachsenden älter werden-

den Bevölkerung der Bedarf nach medizinischen Dienstleistungen generell. Prognosen zeigen, dass Ärztinnen und Ärzte in der Zukunft fehlen werden. Mit dem Projekt Med500+ will der Kanton mehr Studienplätze in der Humanmedizin anbieten und damit zur Behebung des Mangels beitragen. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat hierfür einen Objektkredit von 25 Mio. Franken.

Für den Klimaschutz wurden wichtige Anpassungen des kantonalen Richtplans ausgearbeitet (RRZ 7c). So beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat im November, den erneuerbaren Energien mehr Gewicht zu geben und Eignungsgebiete für die Nutzung von Wind- und Wasserkraft im Richtplan einzutragen. Darüber hinaus wurden Verbesserungen für den Veloverkehr umgesetzt und mit Blick auf mögliche Folgen des Klimawandels wichtige Schritte beim Hochwasserschutz gemacht.

Die digitale Transformation der Verwaltung wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben (RRZ 10b). Die strategischen Initiativen wurden abgeschlossen und die übergeordnete Strategie Digitale Verwaltung 2025+ festgesetzt. Verschiedene Digitalisierungsprojekte in der Verwaltung wurden lanciert, vorangetrieben oder abgeschlossen.

Zudem wurden wichtige Schritte unternommen, um einen kompetenten und umsichtigen Einsatz von KI in der Verwaltung auszubauen und den Wissensaustausch in diesem Bereich zu fördern (RRZ 10f). Dazu wurde der Aufbau einer übergreifenden Organisation im Themenfeld KI lanciert. Es wurden Projekte zu Machine Learning und KI vorangetrieben und der Wissensaufbau durch Weiterbildungen und Präsentationen gefördert. KI war nicht nur innerhalb der Verwaltung ein Thema. Der Regierungsrat möchte auch den KI-Standort stärken und dessen wirtschaftliches Potenzial für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups noch besser nutzbar machen (RRZ 8b). Dazu wurden bis 2029 2,9 Mio. Franken bewilligt. In diesem Rahmen wird auch die KI-Sandbox weitergeführt, die im Berichtsjahr mit dem Digital Economy Award ausgezeichnet wurde.

Weitere wichtige Schwerpunkte waren Verbesserungen beim Opferschutz und bei der Opferhilfe, indem die Datengrundlage

bezüglich häuslicher Gewalt verbessert (RRZ 1d) und der zentrale 24-Stunden-Telefondienst für Gewaltopfer eingeführt wurde. Zur Unterstützung von Jugendlichen wurde im Berichtsjahr die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit an kantonalen Mittelschulen sowie an kantonalen und kantonal finanzierten Berufsfachschulen geschaffen.

Schliesslich erforderten die bestehenden Restriktionen im Kantonshaushalt auch im Berichtsjahr Massnahmen. Im Hinblick auf den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2026–2029 wurde erneut eine Investitionspriorisierung durchgeführt, um die vorhandenen Investitionsmittel zielgerichtet in prioritären Projekten einzusetzen.

Der Kanton ist gut gerüstet für die Zukunft

Im Berichtsjahr gab es zahlreiche weitere wichtige Projekte und Tätigkeiten. Einige davon und weitere Informationen zu den genannten Themen finden sich in diesem Geschäftsbericht. Trotz des unruhigen Umfelds wurde viel erreicht: Herausforderungen konnten gemeistert, wichtige Vorhaben vorangetrieben und die gesetzlichen Leistungen, die den grössten Teil der Kantons-tätigkeit ausmachen, zuverlässig erbracht werden. Die Umsetzung der Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele des Regierungsrates verläuft grösstenteils planmässig. Von den 59 Massnahmen sind drei bereits abgeschlossen, 52 verlaufen planmässig, auf eine wird verzichtet und lediglich drei sind verzögert. Weiterführende Informationen zu den einzelnen Massnahmen finden sich ebenfalls im vorliegenden Bericht.

Ende des Berichtsjahres steht der Kanton gut da und ist gerüstet für die Zukunft. Dies wäre nicht möglich ohne den grossen Einsatz der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihnen möchten wir auch in diesem Jahr herzlich danken.

Zum Abschluss noch der Hinweis, dass der Geschäftsbericht in diesem Jahr erstmals online veröffentlicht wird unter zh.ch/gb – ein weiterer Schritt hin zu einer modernen, digitalen Verwaltung.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich

Öffentliche Sicherheit

Verbesserungen bei Opferhilfe und Opferschutz

Der Regierungsrat misst der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen eine hohe Bedeutung zu (RRZ 1d). Im Berichtsjahr konnten wichtige Schritte zur Verbesserung der Opferhilfe und beim Opferschutz umgesetzt werden. Diese helfen den betroffenen Menschen, wirken aber auch präventiv und können so dazu beitragen, häusliche und sexuelle Gewalt zu verhindern. Eine wichtige Voraussetzung für den wirksamen Kampf gegen häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen ist eine solide Datengrundlage. Je besser der Kenntnisstand, umso gezielter lässt sich die Gewalt bekämpfen. Der Kanton hat dazu Kennzahlen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure zusammengeführt und im Berichtsjahr über die neue Webseite «Häusliche Gewalt in Zahlen» zugänglich gemacht. Die Webseite wird fortlaufend aktualisiert und mit neuen Kennzahlen ergänzt.

Auch die sofortige und unkomplizierte Hilfe für die Opfer ist ein zentraler Aspekt bei der Bekämpfung von häuslicher und sexueller Gewalt. Seit dem 1. November des Berichtsjahres betreibt der Kanton einen zentralen Telefondienst für Gewaltopfer und verbessert dadurch die Zugänglichkeit zu den Angeboten – eine Vorgabe der Istanbul-Konvention. Das telefonische Angebot ist rund um die Uhr erreichbar und bietet Gewaltbetroffenen und ihrem Umfeld oft den ersten, entscheidenden Zugang zu Beratung und Unterstützung. Mit dem Start des Telefonangebots setzt der Kanton einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur schweizweiten Einführung der Notfallnummer für Gewaltopfer um, die am 1. Mai 2026 ihren Betrieb aufnehmen wird.

Umsetzung des Gegenvorschlags der «Anti-Chaoten-Initiative»

Mit klarem Mehr haben die Stimmberechtigten des Kantons in der Volksabstimmung vom 3. März 2024 den Gegenvorschlag zur «Anti-Chaoten-Initiative» angenommen. Dieser sah eine zwingende Verrechnung von Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze an vorsätzlich handelnde Verursacherinnen und Verursacher vor. Die dazu notwendigen Regelungen sollten das übergeordnete Recht, insbesondere die Grundrechte, die verwaltungsrechtlichen

Grundprinzipien sowie die Rechtsprechung berücksichtigen. Darüber hinaus sollte für Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitige Veranstaltungen eine Bewilligungspflicht durch das zuständige Gemeinwesen festgelegt werden.

Zur Umsetzung des Volksentscheids brauchte es eine Änderung des kantonalen Polizeigesetzes. Die entsprechende Gesetzesvorlage hat der Kantonsrat im Juni des Berichtsjahres beschlossen (Vorlage 5960). Deren Umsetzung ist aufgrund von mehreren Beschwerden bei Gerichten noch hängig.

Fortschritte beim Hochwasserschutz

Teilweise heftige Unwetter im Berichtsjahr machten erneut deutlich, wie wichtig Hochwasserschutz ist. Hier konnten relevante Fortschritte erzielt werden. So wurde im kantonalen Ausbildungszentrum Andelfingen die schweizweit erste Flutungsanlage für den Bevölkerungsschutz in Betrieb genommen. Damit erhalten insbesondere Zivilschutz und Feuerwehr die Möglichkeit, den Umgang mit Naturgefahren, wie etwa Hochwasser, zu üben, um im Fall einer Gefahrensituation vorbereitet zu sein. Klassische Trainingsszenarien sind das Fernhalten und Ableiten von Wassermassen, das Verwenden von Sandsäcken sowie der Umgang mit der Elektrik in überfluteten Räumen.

Auch der Bau des Hochwasser-Entlastungsstollens Sihl–Zürichsee ist in vollem Gang. Die Stollenröhre ist bereits fertiggestellt. Die Bauarbeiten am Ein- und Auslaufbauwerk sind noch in Ausführung. Ab 2027 leitet die Betonröhre gefährliche Hochwasser von der Sihl in den Zürichsee und schützt so das untere Sihltal und die Stadt Zürich vor Überschwemmungen. Am 23. und 24. August des Berichtsjahres hatte die Bevölkerung die einmalige Möglichkeit, den Stollen zu durchwandern. 18362 Menschen absolvierten die zwei Kilometer lange Wanderung von der Sihl durch den Zimmerberg an den Zürichsee.

Schliesslich ist geplant, dass im Rahmen der Verlängerung der Glattalbahn wichtige Hochwasserschutzmassnahmen am Altbach zum Schutz der Bevölkerung Klotens und der national bedeutenden Infrastrukturen am Flughafen umgesetzt werden (RRB Nr. 682/2025 und siehe auch Politikbereich Verkehr).

Legislaturziel RRZ 1: Die Resilienz des Kantons weiter stärken.

Massnahme

RRZ 1a Das Integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.

Das Integrale Risikomanagement erfasst und steuert verwaltungsweit Risiken, die eine ausserordentliche Lage auslösen können. Ziel ist die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit und Stärkung der Resilienz von Verwaltung und Behörden. Das Integrale Risikomanagement wurde erfolgreich in den Regelbetrieb überführt. Die im Vorjahr beschlossenen Toprisiken und Massnahmen wurden aktualisiert, und im Risikobericht 2025 wurde über die erreichten Fortschritte bei der Risikobehandlung berichtet.

Stand

Planmässig

Umsetzung

SK, DS

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 1b Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken. Die Verankerung der Fachstelle Seniorenschutz innerhalb der Präventionsabteilung der Kantonspolizei hat sich bewährt. Die Nähe zum Gewaltschutz und die Kontakte im Netzwerk des Kantonalen Bedrohungsmanagements wirken sich positiv auf die Fallarbeit aus. Die Aufgaben und Arbeitsweise der Fachstelle wurden an der Fachtagung Bedrohungsmanagement vorgestellt. Die Nachfrage nach Referaten durch die Polizei in Seniorenvereinigungen ist unvermindert sehr hoch. Webbasierte Informationen zum Seniorenschutz für die Öffentlichkeit sowie ein E-Learning im Umgang mit Demenz für die Frontpolizei sind in Bearbeitung. Weiter wurden verschiedene im Rahmen des Projekts zum Schutz von Seniorinnen und Senioren eruierte Ansätze und Massnahmen in die Strukturen des bestehenden Netzwerks des Kantonalen Bedrohungsmanagements integriert. Eine Überführung sämtlicher Strukturen und Massnahmen in den Regelbetrieb per Ende der Legislaturperiode ist in Vorbereitung.	Planmässig	DS, JI
RRZ 1c Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen. Die Zusammenarbeit von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft wurde im Bereich der Auswertung und Bearbeitung von sichergestellten digitalen Daten intensiviert. Besonders der Umgang mit Kryptowährungen wurde gestärkt, das Wissen für Krypto-Auswertungen stetig ausgebaut und in den Strafverfahren etabliert. Im Berichtsjahr wurde zudem neu ein Fokus auf die Wiederbeschaffung von Krypto-Währungen («Krypto-Recovery») in Verfahren betreffend Online-Anlagebetrug gelegt. Verschiedene Methoden und Ansätze wurden erfolgreich geprüft. Die Implementierung dieser Methoden in entsprechende Standardprozesse ist im Gang. Daneben wurde ein neues Konzept für Krypto-Aufbewahrung erarbeitet. Weiter konnte die Submission betreffend eine gemeinsame Ermittlungsplattform der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Derzeit laufen Vorbereitungen für die Implementierung. Das Beschaffungsprojekt Bild- und Videodatenanalyse-Software ist in der Realisierungs- und Einführungsphase.	Planmässig	DS, JI
RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen. Die Öffentlichkeitskampagne www.hilfe-finden.ch wurde mit den zusätzlichen Sujets «Gewalt im Alter», «betroffene Kinder» und «Stalking» erweitert. Daneben wurde eine breit angelegte Kampagne «Stopp Häusliche Gewalt!» lanciert. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention schreitet planmässig voran (vgl. RRB Nrn. 338/2021 und 1254/2024). Verschiedene Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen für von der Thematik tangierte Berufsgruppen wurden durchgeführt und die Vernetzung unter den Fachpersonen gestärkt (z. B. Weiterbildungsreihe der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt und Fachtagung Bedrohungsmanagement). Weiter befindet sich das Projekt zum Aufbau von Datensätzen zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt in der Umsetzungsphase. Im Berichtsjahr wurden Datengrundlagen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Opferhilfe, Schutzunterkünften, Forensic Nurses sowie Beratung und Lernprogrammen für Gewaltausübende erschlossen und dokumentiert. Gestützt darauf wurde das Kennzahlenportal «Häusliche Gewalt in Zahlen» im Internet publiziert. Ferner wurden wesentliche Schritte zur Erfassung und längerfristigen Erschliessung von weiteren relevanten Daten eingeleitet. Das Kennzahlenportal wird 2026 überarbeitet und danach regelmässig aktualisiert sowie mit weiteren Indikatoren ergänzt, wenn neue Datengrundlagen erschlossen werden.	Planmässig	DS, JI
RRZ 1e Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern. Der Lagebericht wurde im September des Berichtsjahres fertiggestellt und bildet eine Grundlage für strategische Entscheidungen im Hinblick auf die Eröffnung neuer Strafverfahren. Auch die Behördenumfrage bei Gemeindeverwaltungen und Notariaten zum Thema Beeinflussung durch organisierte Kriminalität wurde mit einem Schlussbericht abgeschlossen. Gestützt auf die Erkenntnisse werden Präventionsmassnahmen entwickelt, die Behörden bei der Erkennung und Verminderung von Infiltrationsrisiken durch die organisierte Kriminalität unterstützen. Im dritten Quartal 2026 sind Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für Gemeindebehörden geplant. Weiter wurde die behördliche Zusammenarbeit ausgeweitet, verstärkt und institutionalisiert. Zur behördenübergreifenden koordinierten Bekämpfung der Schattenwirtschaft wurde per 1. Oktober der Dienst Spezialgewerbe als eigener Dienst der Kantonspolizei in die Stammorganisation überführt. Schliesslich wurden die mit der Inkraftsetzung der Gesetzesänderungen zur Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses erarbeiteten Prozesse, welche die Erkennung, Rapportierung und Verfolgung dieser auch clantypischen Straftaten effizienter gestalten, per 1. Januar des Berichtjahres umgesetzt.	Planmässig	DS, JI

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 1f Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren. Unter der Leitung der Kantonspolizei Zürich führt das Netzwerk digitale Ermittlungsunterstützung Internetkriminalität (NEDIK) seit Anfang des Berichtjahres nationale operative Treffen zur Bekämpfung der Online-Pädokriminalität durch. Dieser regelmässig stattfindende Austausch ermöglicht die gezielte Koordination der Ressourcen zwischen den Schweizer Polizeikörpers. Operativ wurden im Berichtsjahr mehrere internationale Verfahren durchgeführt und es konnten in der Schweiz mehrere Pädokriminelle verhaftet werden. Weiter wurden auch in diesem Berichtsjahr die Vertiefung und Verbreitung des Know-hows zum Thema Cyber-Sexualdelikte gegen Minderjährige gefördert und unterstützt. Dies geschah durch Weiterbildungen, Referatstätigkeit interner Kompetenzträgerinnen und -träger an Fachveranstaltungen sowie Fachpublikationen.	Planmässig	DS, JI
RRZ 1g Durch stärker individualisierten Vollzug mehr Sicherheit schaffen und die nachhaltige Wiedereingliederung fördern. Nach dem erfolgreichen Pilotbetrieb der Rückkehrberatung und Rückkehrorientierung im Justizvollzug beschloss der Regierungsrat die Überführung des Angebots in den Regelbetrieb (RRB Nr. 271/2025). Die Haftbedingungen im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft und für Personen in Verwahrung wurden weiterentwickelt. Daneben wurden Veränderungen und Modernisierungen im Normalvollzug der Justizvollzugsanstalt Pöschwies umgesetzt. Seit Anfang des Berichtsjahres steht das Lernprogramm «DoLaS – Deliktorientiertes Lernprogramm für angepasstes Sexualverhalten» zur Verfügung. Anstelle von Bussen, Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten kann gemeinnützige Arbeit geleistet werden. Um den Anteil dieser günstigen und gesellschaftlich sinnvollen Sanktionsform zu steigern, wurde der Betrieb der kantonalen Bussenanlaufstelle übernommen.	Planmässig	JI

Bildung

Frühzeitige Unterstützung Jugendlicher durch flächendeckende Schulsozialarbeit

Der Regierungsrat und der Kantonsrat haben im Berichtsjahr die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit an kantonalen Mittelschulen sowie an kantonalen und kantonal finanzierten Berufsfachschulen geschaffen (Vorlage 5935). Ziel ist ein niederschwelliges Beratungsangebot, das Schülerinnen, Schülern und Lernenden in Krisen frühzeitig Unterstützung bietet und damit Absenzen, Ausbildungsabbrüche sowie soziale Folgekosten reduziert. Gerade in der Pubertät können sich bereits bestehende psychische, soziale oder anderweitige Herausforderungen verstärken oder neue hinzukommen. Die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Schulsozialarbeit kann zur Bewältigung von Entwicklungskrisen beitragen, Chancengerechtigkeit fördern und die Schulen entlasten. In den Mittelschulen wird für jeweils 800 Schülerinnen und Schüler eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit vorgesehen. In den Berufsfachschulen wird das bereits bestehende Unterstützungsangebot aufgestockt. Die Umsetzung erfolgt ab 1. April 2026.

Ausbau der Studienplätze für Medizin als Beitrag zu einer ausreichenden ärztlichen Versorgung

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich verfügen über ein sehr gutes Gesundheitssystem. Die hier ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte können den Bedarf jedoch nicht abdecken. Gegenwärtig stammen rund 40% des ärztlichen Personals aus dem Ausland. Prognosen gehen zudem davon aus, dass bis 2040 rund 5500 bis 8700 Ärztinnen und Ärzte fehlen werden. Mit dem Projekt «Med500+» will der Kanton die Zahl der Studienplätze für Humanmedizin erhöhen und damit einen Beitrag

zur Behebung des akuten Mangels an Ärztinnen und Ärzten leisten (Motion KR-Nr. 125/2021). Um einen Ausbau von heute 430 auf 700 Studienplätze zu ermöglichen, ist eine gleichzeitige Reform der Ausbildung und die Schaffung eines neuen Lernzentrums Medizin notwendig. Mit diesem Vorhaben würde die Universität Zürich den mit Abstand grössten Medizinstudien-gang der Schweiz verantworten und könnte sich als Vorreiterin einer zeitgemässen und praxisnahen Medizinausbildung etablieren. Mehr Studierende führen auch zu einem grösseren Aufwand für die Lehre. Geplant sind zehn neue Professuren mit insgesamt rund 140 Vollzeitstellen sowie zusätzliche Ausbildungsfläche im Umfang von rund 24 000 m². Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat einen Objektkredit von 25 Mio. Franken für den Aufbau in den Jahren 2027 bis 2029 (Vorlage 6049). Die Erhöhung um 270 Studienplätze erfolgt gestaffelt und der Endausbau ist für 2037 vorgesehen.

Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien

Die Angebotslandschaft für sozialpädagogische Familienhilfe, Familienpflege, Dienstleistungsangebote in der Familienpflege und Heimpflege soll zielgerecht weiterentwickelt werden. Im Berichtsjahr wurde mit der Fertigstellung des Versorgungskonzepts 2026–2029 Ergänzende Hilfen zur Erziehung ein Meilenstein in der strategischen Steuerung dieses Bereichs gesetzt. Das Versorgungskonzept fokussiert auf fünf thematische Schwerpunkte: Ausbau vorhandener Stärken der stationären Hilfen, Profilierung der sozialpädagogischen Familienhilfe, optimierte Hilfe zur Hilfeeinanspruchnahme, Stärkung von Careleavern und eine gezielte Qualitätsentwicklung des Systems. Es ist das Ergebnis eines breit angelegten, partizipativen Gesamtplanungsprozesses.

Legislativziel RRZ 2: Bei wachsender Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen sichern.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 2a Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.

Planmässig

BI

In den Studiengängen Volksschule der Pädagogischen Hochschule Zürich starteten im Herbstsemester rund 20% mehr Studierende als im Vorjahr. Besonders gefragt ist das Primarstufen-Studium, gefolgt von der Sekundarstufe I und dem Studiengang Kindergarten und Unterstufe. Die Studierendenzahlen in den Studiengängen der Sekundarstufe II verzeichnen einen Zuwachs von 12% auf bereits hohem bestehendem Niveau. Die Pädagogische Hochschule Zürich unterstützt und begleitet Lehrpersonen, die ihren Wiedereinstieg in den Lehrberuf planen. Sie bietet verschiedene berufsintegrierte bzw. berufsbegleitende Studiengänge an. An der Universität Zürich ist die Anzahl Studierender im Lehrdiplom für Maturitätsschulen in den letzten Jahren gestiegen. Das Studium kann parallel zum Masterstudium oder berufsbegleitend absolviert und flexibel geplant werden.

RRZ 2b Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte, die Schulleitungen sowie weitere Führungskräfte und das Fachpersonal im Schulumfeld ermöglichen.

Planmässig

BI

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat einen Antrag zur Anpassung des Lehrpersonalgesetzes und zur Genehmigung der geänderten Lehrpersonalverordnung überwiesen (Vorlage 5966). Damit sollen insbesondere die Klassenlehrpersonen und die Schulleitungen in ihrer Funktion gestärkt werden. Mit dem Projekt Governance auf der Sekundarstufe II sollen die Führung und die Aufsicht im Mittel- und Berufsfachschulwesen so organisiert werden, dass die Schulen im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen solide aufgestellt sind (Vorlage 5989). Im Kantonsrat wurden im Berichtsjahr die Beratungen zu beiden Vorlagen aufgenommen.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 2c Die Begleitung der berufseinsteigenden Lehrpersonen weiterentwickeln und stärken. Der Prozess wurde mit der Pädagogischen Hochschule Zürich finalisiert. Eine weitere Entlastung erfolgt im Rahmen der Vorlage zum neuen Berufsauftrag, die dem Kantonsrat zur Beratung überwiesen wurde (Vorlage 5966).	Planmässig	BI
RRZ 2d In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen stärken und auf allen Stufen durch aktive Lehrstellenförderung ausreichend Ausbildungsplätze und neue Berufsfelder schaffen. Mit dem Start des Projekts Lehrstellenförderung wurden verschiedene Teilprojekte initiiert, die auf RRB Nr. 731/2021 beruhen und bis zum Berichtsjahr befristet waren. Die im Rahmen des Projekts realisierten Massnahmen werden zurzeit evaluiert. Gestützt auf die Erkenntnisse ist vorgesehen, die Lehrstellenförderung befristet für die Jahre 2026 bis 2028 weiterzuführen. Mit dem Projekt «Berufsbildungsforen stärken» konnten die neun regionalen Berufsbildungsforen im Kanton gezielt gefördert und unterstützt werden.	Planmässig	BI
RRZ 2e Erwachsenen mit ungenügenden Grundkompetenzen ausreichend Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Am 17. April 2024 beschloss der Regierungsrat, die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) auf den 1. August 2024 in Kraft zu setzen. Diese Anpassungen ermöglichen es dem Kanton, die geplanten Massnahmen im Bereich der Grundkompetenzen Erwachsener während der Förderperiode von Bildung, Forschung und Innovation 2025–2028 des Bundes vollständig umzusetzen. Im Berichtsjahr konnte die Fachstelle Grundkompetenzen Erwachsene ihre Angebotspalette erfolgreich erweitern. Im Januar wurden neue Alphabetisierungskurse und ab Frühling Grundkompetenzen-Kurse auf Förderstufe 2 angeboten. Bestehende Lernstuben wurden weitergeführt und neue eingerichtet. Zudem wurden an verschiedenen Standorten sogenannte «Lernstuben light»-Angebote realisiert.	Planmässig	BI
RRZ 2f Die Massnahmen aus dem nationalen Programm Berufsbildung 2030 umsetzen, insbesondere die Rahmenbedingungen für den allgemeinbildenden Unterricht an den Berufsfachschulen und die Berufsmaturität erneuern sowie die Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene anpassen. Im Berichtsjahr wurden die kantonalen Umsetzungsprojekte «kantonaler Lehrplan allgemeinbildender Unterricht (ABU)» und «Umsetzung BM 2030» gestartet, die beide planmässig verlaufen. Die umfangreichen Arbeiten zur Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene wurden aufgenommen.	Planmässig	BI
RRZ 2g Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben. Aufgrund der Vorgaben des Regierungsrates zur Investitionspriorisierung wurden verschiedene Projektentscheidungen verzögert. Einsparungen, Neupriorisierungen oder Lieferengpässen führten in einzelnen Projekten zu zusätzlichen Verzögerungen. Im Bereich der Mittel- und Berufsfachschulen konnten im Berichtsjahr mit der Eröffnung der Neu- bzw. Ersatzneubauten der Kantonsschule Limmattal und der Baugewerblichen Berufsschule Zürich sowie der Inbetriebnahme der instand gesetzten Gebäude der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon zusätzliche Flächen geschaffen werden. Um eine angemessene und langfristig finanzierbare Raumversorgung der Fachhochschulen im Kontext des Gesamtportfolios und des kantonalen Finanzhaushalts zu sichern, wurde die Teilportfoliostrategie Fachhochschulen beschlossen. Sie definiert infrastrukturelle Massnahmen für die Fachhochschulen pro Standort bis 2040 und gibt einen Ausblick bis 2050. Der Flächenbedarf für die Fachhochschulen konnte gegenüber früheren Planungen reduziert werden. Zur Deckung des bis 2028 bestehenden temporären Schulraumdefizits der Mittel- und Berufsfachschulen konnte bis Ende des Berichtsjahres in Schulraumprovisorien an sieben Standorten mittlerweile Schulraum für insgesamt 3600 Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Am Standort Dübendorf erfolgte der Baubeginn für ein weiteres Schulraumprovisorium für 650 Schülerinnen und Schüler.	Verzögert	BI, BD

Kultur, Sport und Freizeit

Ein Jahr im Zeichen des Frauenfussballs

Die UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz war ein sportliches und organisatorisches Grossereignis mit internationaler Strahlkraft. Die Veranstaltung hat begeistert und dem Frauenfussball einen zusätzlichen Stellenwert verliehen. Bereits im Vorfeld des Turniers setzte der Kanton unter dem Motto «Fussball braucht mehr Zürcherinnen» Fördermassnahmen um. Im Zentrum der Begleitmassnahmen zum Turnier stand HER GAME – eine Plattform, die Mädchen und Frauen im Fussball sichtbar macht, vernetzt und inspiriert. Im Berichtsjahr wurde die Plattform an den Fussballverband Region Zürich übergeben, um ihre Wirkung langfristig zu sichern. Ein weiterer Baustein war der #hergoal-Fonds. Mit Fr. 100 000 wurden hier 36 lokale Projekte unterstützt, darunter Fussballcamps, Mini-EMs und Schnuppertage. Im Berichtsjahr stärkten Events wie «Zukunft Frauenfussball» oder «Fair Play für Frauen im Sport» das Engagement. Es zeigt sich bereits ein deutlicher Anstieg beim Mädchenfussball in der Region. Seit Oktober 2023 ist die Zahl der Juniorinnen-Teams um 43% gestiegen, heute spielen knapp 10 000 Frauen und Mädchen Fussball. Zudem gibt es 30% mehr Schiedsrichterinnen und 10% mehr Funktionärinnen. Auch der Sportpreis des Kantons stand im Berichtsjahr im Zeichen des Frauenfussballs. Der Sportpreis ging an Marion Daube, Direktorin Frauenfussball beim Schweizerischen Fussballverband, und Doris Kel-

ler, Turnierdirektorin der UEFA Women's EURO. Mit ihrem Engagement haben die beiden Frauen zum Erfolg des Turniers in der Schweiz beigetragen und dem Frauenfussball nachhaltige Impulse gegeben.

Kultur in den Regionen und mittelgrossen Städten stärken: Beitrag für das Kultur- und Begegnungszentrum Zeughausareal Uster

Der Kanton wächst, insbesondere in den Agglomerationen und mittelgrossen Städten. Die regionalen Zentren gestalten die Lebensräume vieler Menschen, auch mit ihrem kulturellen Angebot. Sie sollen als Orte für Kultur und gesellschaftliches Miteinander gestärkt werden. In diesem Zusammenhang beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Kultur- und Begegnungszentrum Uster mit einem Beitrag von 10 Mio. Franken zu unterstützen (Vorlage 6032). Dieser Antrag wurde im Dezember vom Kantonsrat gutgeheissen. Auf dem 25 000 m² grossen Zeughausareal Uster soll ein Begegnungsort für alle entstehen. Er soll Räume für Ateliers, Kulturproduktionen, das Jazzmuseum Swissjazzorama, ein Musiklokal und ein Restaurant bieten. Neben kulturellen Angeboten soll die Infrastruktur auch Wirtschaftsorganisationen, politischen Institutionen, Vereinen, Bildungseinrichtungen und der Bevölkerung offenstehen.

Legislaturziel RRZ 3: Die gesellschaftliche Beteiligung fördern, indem nicht-staatliches Engagement in Kultur, Sport, Religionsgemeinschaften und weiteren gesellschaftlichen Organisationen passend unterstützt wird.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 3a Die Kultur als Begegnungsort für alle stärken. Im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 116/2020 wurden Massnahmen zur erleichterten Zugänglichkeit von Kulturveranstaltungen für Menschen mit beschränkten finanziellen Möglichkeiten erarbeitet. Eine Erhebung bei kantonal unterstützten Kulturinstitutionen zeigte, dass eine Mehrheit bereits niederschwellige Angebote wie Volksvorstellungen oder Tage der offenen Tür anbietet. Im Fokus der Massnahmen steht die Optimierung der KulturLegi, die bereits gut etabliert ist.	Planmässig	Jl
RRZ 3b Freiwilliges Engagement im Sport unterstützen und fördern. Für Vereinsfunktionärinnen und -funktionäre wurde das E-Learning-Modul «Sportsystem Kanton Zürich kennen und nutzen» lanciert. Das Ausbildungsangebot «18plus coach» wurde um die Sportart Leichtathletik erweitert, und der «18plus coach»-Kurs Fussball wird als Einsteigerkurs des Schweizerischen Fussballverbands angerechnet.	Planmässig	DS
RRZ 3c Gestützt auf das Anerkennungssystem die Finanzierung von Angeboten mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen aller etablierten Religionsgemeinschaften sicherstellen. Der Kantonsrat hat am 3. Februar des Berichtsjahres den Rahmenkredit über 300 Mio. Franken für die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Beitragsperiode 2026–2031 bewilligt (Vorlage 5976). Die beiden grossen anerkannten kirchlichen Körperschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche und Römisch-katholische Körperschaft) beschlossen im Anschluss, pro Jahr je 1 Mio. Franken für nichtanerkannte Religionsgemeinschaften zu sprechen. Für die Finanzierung dieser Tätigkeiten ab 2032 soll eine Gesetzesgrundlage erarbeitet werden.	Planmässig	Jl

Gesundheit

Pflegeheimbettenplanung: bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig tragbare Langzeitpflege

Die Zürcher Pflegeheime leisten zusammen mit der ambulanten Pflege einen zentralen Beitrag an die Langzeitpflegeversorgung der Bevölkerung. Aufgrund des demografischen Wandels nimmt der Anteil der älteren Bevölkerung deutlich zu. Mit der Pflegeheimbettenplanung will der Kanton eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig tragbare Langzeitpflege sicherstellen. Er hat daher in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) und der Gesundheitskonferenz Kanton Zürich die Grundlagen für eine neue Pflegeheimbettenplanung erarbeitet. Unter der Leitung des GPV haben sich die 160 Zürcher Gemeinden eigenständig in 18 Versorgungsregionen organisiert. Die Versorgungsregionen und Gemeinden nehmen sowohl innerhalb des Projekts als auch in der künftigen Praxis eine wichtige Rolle ein. Der Regierungsrat hat im Januar des Berichtsjahres den provisorischen Versorgungsbericht sowie den Entwurf der Verordnung in die Vernehmlassung gegeben (RRB Nr. 1289/2024). Die Rückmeldungen fielen insgesamt positiv aus. Es zeigte sich, dass eine Verankerung in einer formell-gesetzlichen Grundlage erforderlich ist. Entsprechend wurden die Grundlagen nun auf Gesetzes- statt Verordnungsstufe verankert. Die diesbezügliche Änderung des Pflegegesetzes wurde im November des Berichtsjahres vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 6055).

Eindämmung übertragbarer Krankheiten

Infektionskrankheiten kennen keine Grenzen; Migration, Reisen und klimatische Bedingungen begünstigen ihre Ausbreitung. Der Schutz der Bevölkerung vor ihnen ist eine zentrale kantonale Aufgabe mit zunehmender Bedeutung. Krankheitsausbrüche sind frühzeitig zu erkennen und wirksam einzudämmen. Dazu werden 54 meldepflichtige übertragbare Krankheiten und Erreger aktiv überwacht. Meldungen von Laboratorien, Spitälern sowie Ärztinnen und Ärzten werden laufend geprüft, priorisiert und epidemiologisch abgeklärt. Diese umfassende Überwachung ermöglicht die rasche Reaktion auf akute Ereignisse sowie die Beobachtung langfristiger Entwicklungen. Im Berichtsjahr gingen über 27 000 Meldungen ein; häufig gemeldet wurden Atemwegserkrankungen, sexuell übertragbare Infektionen sowie lebensmittelbedingte Infektionen. Zunehmende Aufmerksamkeit erforderten Masern und Legionellose. Bei Masern sind aufgrund bestehender Impflücken der rasche Zugang zu medizinischer Versorgung und gezielte Impfangebote besonders wichtig. Im Zusammenhang mit Legionellose spielt die Prävention durch fachgerechte Bewirtschaftung und Überwachung der Warm- und Kaltwassersysteme eine entscheidende Rolle.

jahr gingen über 27 000 Meldungen ein; häufig gemeldet wurden Atemwegserkrankungen, sexuell übertragbare Infektionen sowie lebensmittelbedingte Infektionen. Zunehmende Aufmerksamkeit erforderten Masern und Legionellose. Bei Masern sind aufgrund bestehender Impflücken der rasche Zugang zu medizinischer Versorgung und gezielte Impfangebote besonders wichtig. Im Zusammenhang mit Legionellose spielt die Prävention durch fachgerechte Bewirtschaftung und Überwachung der Warm- und Kaltwassersysteme eine entscheidende Rolle.

Sicheres Zusammenleben von Mensch und Hund durch angepasste Hundegesetzgebung und Erweiterung der Rassetypenliste II

Verantwortungsvolle Hundehaltende und gut ausgebildete Hunde sind für die Sicherheit im öffentlichen Raum zentral. Nachdem das Bundesgericht im Frühling 2024 die Beschwerde gegen die revidierte Hundeverordnung abgewiesen hatte, traten das revidierte Hundegesetz und die revidierte Hundeverordnung am 1. Juni des Berichtsjahres in Kraft (RRB Nr. 258/2025). Die Neuerungen vereinheitlichen die Ausbildungspflicht für Hundehaltende und verbessern gleichzeitig die Ausbildungsqualität. Ziel ist es, den sicheren Umgang zwischen Mensch und Hund im dichtbesiedelten Kanton zu fördern. Neu müssen Ersthundehaltende und solche, die seit mehr als zehn Jahren keinen Hund mehr gehalten haben, einen Theoriekurs mit abschliessender Prüfung absolvieren. Ausserdem müssen alle Hundehaltenden einen praktischen Ausbildungskurs von mindestens sechs Lektionen absolvieren. Im Zuge der Qualitätssicherung der Hundekurse müssen alle Hundeausbildenden eine theoretische und eine praktische Prüfung ablegen. Im Berichtsjahr wurde das Kurs- und Prüfungssystem aufgebaut und ein tierschutzgerechter, gewaltfreier Umgang mit Hunden festgelegt. Zudem hat der Regierungsrat aufgrund zweier schwerer Beissvorfälle mit Kindern beschlossen, Rottweiler per 1. Januar des Berichtsjahres der Rassetypenliste II zuzuordnen. Das bedeutet ein generelles Halte- sowie Zuzugsverbot. Halterinnen und Halter, die bereits vor dem 1. Januar einen Rottweiler gehalten haben, hatten bis 30. Juni des Berichtsjahres Zeit, eine Haltebewilligung für ihren Hund zu beantragen.

Legislaturziel RRZ 4: Die integrierte Versorgung weiterentwickeln mit einem besonderen Fokus auf die hausärztliche, pädiatrische und psychiatrische Versorgung.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 4a Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.

Planmässig

GD

Für die Verbesserung der ärztlichen Grundversorgung im Kanton hat der Regierungsrat die Subventionen für das Hausarztprogramm des Universitätsspitals Zürich und des Instituts für Hausarztmedizin der Universität Zürich auf 3,2 Mio. Franken erhöht (RRB Nr. 404/2025). Weiter wurden das Projekt «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» zur langfristigen Sicherstellung der Grundversorgung gestartet und ein Projekt zur Förderung der hausärztlichen Versorgung im Zürcher Unterland unterstützt. Ein weiteres Projekt fördert den Einsatz von Advanced Practice Nurses in der Versorgung.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen. Die im Vorjahr vom Regierungsrat zur Förderung der Pflege genehmigten Beiträge für die praktische Ausbildung in Pflegeinstitutionen wurden im Berichtsjahr erstmals ausbezahlt. Ein Grossteil dieser Beiträge diente der Vergütung der geleisteten Ausbildungswochen. Darüber hinaus wurden innovative Ausbildungsprojekte in verschiedenen Institutionen gefördert. Zur Reduktion des administrativen Aufwands für alle Beteiligten wurde im Berichtsjahr ein Informatiktool entwickelt, das es ermöglicht, die Ausbildungsleistungen digital zu erfassen und zu verwalten. Seine Einführung erfolgt Anfang 2026.	Planmässig	GD
RRZ 4c Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern. Im Berichtsjahr startete das vierjährige kantonale Aktionsprogramm «Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zürich» (RRB Nr. 1126/2024) mit rund 30 Projekten zur psychischen Gesundheit. Ein zentraler Bestandteil des Programms ist die Stärkung der Gesundheitskompetenz der angesprochenen Bevölkerungsgruppe. Parallel dazu wurden die Vorarbeiten zur Umsetzung der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» (Vorlage 5920a) aufgenommen. Zudem unterstützte der Kanton im Berichtsjahr sechs weitere Einzelprojekte zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.	Planmässig	GD
RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken. Im Berichtsjahr wurde die Applikation «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» eingeführt. Für die Ausbildungsverpflichtung von Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen wurde ein neuer digitaler Prozess entwickelt. Zudem wurde die erste nationale Spitaldatenerfassung über die Bundesplattform SpiGes (Spitalstationäre Gesundheitsversorgung) durchgeführt, die wesentlich auf den Vorarbeiten des Kantons für die Fall- und Betriebsdatenerhebung nach dem Once-only-Prinzip beruht. Die vernetzte Zusammenarbeit mit Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser wurde weiter ausgebaut. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (vgl. auch RRZ 4e) soll der Regierungsrat die Kompetenz zur Festlegung von Standards für den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern erhalten.	Planmässig	GD
RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln. Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zum Entwurf des totalrevidierten Gesundheitsgesetzes durchgeführt. Die Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Kantonsrates durch den Regierungsrat ist für das vierte Quartal 2026 geplant.	Planmässig	GD

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Gestiegener Bestand an Asyl- und Schutzsuchenden

Die Lage im Asylwesen bleibt anspruchsvoll. Der Bestand an Asylsuchenden (einschliesslich Schutzstatus S) stieg weiter an und lag Ende des Berichtsjahres bei 34 999 Personen. Dies sind rund 600 Personen mehr als Ende des Vorjahres. Das grösste Wachstum wurde bei den Personen mit Schutzstatus S verzeichnet. Der Kanton anerkennt die Anstrengungen, welche die Gemeinden leisten, und sieht die Herausforderungen, vor denen sie nach wie vor stehen. Der Kanton leistete bei den Unterkünften einen zusätzlichen Einsatz zur Entlastung der Gemeinden. So wurde unter anderem Anfang Dezember ein zusätzliches kantonales Zentrum in Zürich in Betrieb genommen und per Anfang Januar 2026 die Eröffnung eines weiteren kantonalen Zentrums in Winterthur vorbereitet. Vor diesem Hintergrund wurde die Senkung der Aufnahmequote für die Gemeinden per 1. Januar 2026 von 1,6% auf 1,5% möglich. Eine leichte Entlastung konnte bei den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden festgestellt werden. Deren Zahl reduzierte sich um etwa 30% auf rund 400 Personen. Die Bewältigung der Herausforderungen im Asylwesen ist nach wie vor eine Verbundaufgabe. So bleibt es zentral, dass auf Bundesebene unter anderem die Frage des Schutzstatus S rasch geklärt, die Anzahl offener Gesuche abgebaut und Mehrfach- sowie Wiedererwägungsgesuche eingeschränkt werden.

Für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen: Kantonale Solidaritätsbeiträge und Zeichen der Erinnerung

Der Kanton wird ab 2026 Solidaritätsbeiträge an Menschen ausrichten, die von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen durch Behörden im Kanton Zürich betroffen waren. Die Betroffenen erhalten einen einmaligen Beitrag von Fr. 25 000. Finanziert wird dies aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat einen Rahmenkredit von 20 Mio. Franken, den dieser im Dezember des Berichtsjahres genehmigte (Vorlage 6019). Der Kanton setzt sich auch an anderer Stelle für die Aufarbeitung von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 ein. So gewährte der Regierungsrat unter anderem der Interessengemeinschaft «Zeichen der Erinnerung» 2023 einen Beitrag für das gleichnamige Projekt (RRB Nr. 376/2023). Mit öffentlichen Informationstafeln soll am Ort des Geschehens aufgezeigt werden, was im Bereich der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vorgefallen ist. Im Berichtsjahr haben erste Gemeinden Informationstafeln aufgestellt.

Legislaturziel RRZ 5: Der rasch zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Planmässig

JI

Im Berichtsjahr wurden Massnahmen in verschiedenen Bereichen vorangetrieben und umgesetzt. Zum einen strebt der Regierungsrat, gestützt auf einen Postulatsbericht, die verbindliche Verankerung der Gleichstellung von LGBTQIA+-Personen im Kanton an (Vorlage KR-Nr. 377a/2020). Es erfolgten Arbeiten zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention und an der kantonalen Gleichstellungsstrategie. Diese enthält Massnahmen, um bislang wenig erreichte Bevölkerungs- und Berufsgruppen zu erreichen. Zudem wurden im Rahmen der Istanbul-Konventionen Massnahmen zur Prävention und Reduktion geschlechtsspezifischer Gewalt umgesetzt (RRB Nrn. 923/2025 und 1254/2024). Auch wurden Projekte umgesetzt, um die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie von Menschen mit Behinderungen zu fördern (z. B. die Projekte «kinderfreundliche Gemeinden» und «Rede mit!» sowie der Demokratie-Jugendfilmwettbewerb Ciné Civic). Im Bereich der Integration wurden zehn Projekte unterstützt, die Begegnungen ermöglichen, die Teilhabe stärken und freiwilliges Engagement in Gemeinden und Quartieren nachhaltig verankern. In weiteren zehn Projekten wurden Massnahmen zur Prävention von Diskriminierung und Rassismus entwickelt. Das Förderprogramm «qualifiziert engagiert» stärkte die Qualitätssicherung in der Freiwilligenarbeit. Schliesslich wurden im Bereich der Opferhilfe Fachpersonen zu Themen einer inklusiven Opferhilfe und den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen geschult.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten. Das Projekt zur Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Diskriminierung befindet sich in der Umsetzungsphase. In der Initialisierungsphase fand eine Bestandesaufnahme statt. Es wurde eine amtsübergreifende Projektorganisation aufgebaut. Das Projektteam erarbeitete einen ersten Entwurf des Massnahmenplans, der in zwei partizipativen Workshops mit den wichtigsten Stakeholdern aus der Verwaltung sowie aus der Zivilgesellschaft gespiegelt wurde. Gestützt auf diese Rückmeldungen wird der Entwurf derzeit überarbeitet. Die Arbeiten im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 377/2020 betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation sowie zur Gleichstellungsstrategie wurden auf den Massnahmenplan Diskriminierungsschutz abgestimmt. Zur Beantwortung des Postulats KR-Nr. 92/2023 wurde unter Einbezug einer Resonanzgruppe aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein Fachbericht erarbeitet, der Ziele und Massnahmen für einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus prüft – auch dieser wurde mit dem Massnahmenplan Diskriminierungsschutz abgestimmt. Schliesslich wurden im Kulturbereich frei gewordene Sitze in der Kulturförderungskommission öffentlich ausgeschrieben. Mit einer möglichst vielseitig besetzten Kommission soll die Perspektivenvielfalt bei der Geschichtsbeurteilung erhöht werden.	Planmässig	Jl
RRZ 5c Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützen. Der Kanton unterstützt die Gemeinden aktiv bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. So werden zweimal jährlich Netzwerktreffen mit den Gemeindeverantwortlichen durchgeführt. Dieses Netzwerk umfasst inzwischen 60 aktive Gemeinden. Für vertiefende Schulungen zum Einbezug von Menschen mit Behinderungen wurden in Zusammenarbeit mit der Behindertenkonferenz Kanton Zürich Partizipationsseminare für Verwaltungsmitarbeitende aufgebaut und vier Seminare durchgeführt. Bewährte Angebote wie der Inklusions-Check wurden fortgeführt. Dieses Angebot wurde inzwischen von 18 Gemeinden genutzt.	Planmässig	DS

Verkehr

Einreichung der Agglomerationsprogramme

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die Agglomerationsprogramme der fünften Generation verabschiedet (RRB Nr. 232/2025). Die knapp 350 Massnahmen des Kantons, der Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs und der Städte und Gemeinden verbessern die Mobilität und stellen eine koordinierte Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sicher. Insgesamt werden mit den Agglomerationsprogrammen der fünften Generation Investitionen von rund 1,2 Mrd. Franken dem Bund zur Mitfinanzierung beantragt. Dabei setzen die einzelnen Agglomerationsprogramme «Stadt Zürich–Glattal», «Winterthur und Umgebung», «Unterland–Furttal», «Zürcher Oberland» und «Limmattal» verschiedene Schwerpunkte. Der Baubeginn der Massnahmen, darunter beispielsweise die Verlängerung der Glattalbahn, ist zwischen 2028 und 2032 vorgesehen. Der Regierungsrat möchte mit der fünften Generation an den Erfolg der bisherigen Programme anknüpfen. Dank diesen konnten in der Vergangenheit bereits zahlreiche wichtige Bauvorhaben wie das Tram Hardbrücke oder die Limmattalbahn, aber auch viele kleinere Massnahmen zur Aufwertung von Strassenräumen und zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs im Kanton realisiert werden.

Glattal: Investitionen in Glattalbahn, Velohauptverbindung und Hochwasserschutz

Das Glattal mit der Flughafenregion gehört zu den entwicklungsstärksten Regionen im Kanton. Die Verlängerung der Glattalbahn bis ins Gebiet Steinacker in Kloten und die im kantonalen Velonetzplan vorgesehene Velohauptverbindung nach Bassersdorf

sollen nachhaltige Lösungen für die zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse in diesem Raum ermöglichen (RRZ 6e). Gleichzeitig sollen wichtige Hochwasserschutzmassnahmen am Altbach umgesetzt werden. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat im Juli des Berichtsjahres einen Beitrag von rund 543 Mio. Franken zur Realisierung des Gesamtprojekts (Vorlage 6031). Das Projekt soll – unter der Voraussetzung der rechtzeitig gesicherten Finanzierung und vorliegender Plangenehmigung – frühestens ab Mitte 2027 ausgeführt werden. Die Bauzeit für alle Bauprojekte beträgt insgesamt rund fünf Jahre.

Verbesserungen für den Veloverkehr

Im Gesamtverkehrskonzept des Kantons ist festgehalten, dass der Anteil des Velos am gesamten Verkehr steigen soll. Das Velo kann und soll eine Alternative oder Ergänzung zu den anderen Verkehrsmitteln sein und damit zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Grundsätzlich sollen mit jedem Strassenprojekt Schwachstellen des Veloverkehrs behoben, die Sicherheit erhöht und die Veloverkehrsführung optimiert werden. So wurden im Berichtsjahr vom Regierungsrat unter anderem Mittel für die Schliessung verschiedener Radweglücken bewilligt (RRB Nr. 19/2025 sowie Vorlage 6027). Zusätzlich setzt der Kanton im Projekt Veloexpress auf einfache, schnell umsetzbare Massnahmen, die für die Velofahrenden eine spürbare Verbesserung bewirken und die Verkehrssicherheit erhöhen. Im Berichtsjahr wurden zum Beispiel Radstreifen verbreitert, geschützte Querungsmöglichkeiten geschaffen, die Sichtverhältnisse verbessert und Markierungen zur Unterstützung der optischen Führung angebracht.

Legislaturziel RRZ 6: Die steigende Mobilität von Personen und Gütern unter Ausschöpfung von Technologiepotenzialen effizient und umweltgerecht bewältigen.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 6a Die Erstellung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vorantreiben sowie Agglomerationsprogramme der fünften Generation erarbeiten und beim Bund einreichen.

Planmässig

VD

Im Frühjahr des Berichtsjahres verabschiedete der Regierungsrat die Agglomerationsprogramme der fünften Generation (RRB Nr. 232/2025). Diese enthalten knapp 350 Massnahmen mit Baubeginnen von 2028 bis 2032, für deren Umsetzung Investitionen von rund 1,2 Mrd. Franken beim Bund zur Mitfinanzierung beantragt wurden. Zudem ist der Kanton Zürich an den Agglomerationsprogrammen Obersee und Schaffhausen beteiligt und hat im Rahmen der fünften Generation ebenfalls Massnahmen eingereicht (RRB Nrn. 655/2025 und 656/2025). Mit den Agglomerationsprogrammen der fünften Generation will der Regierungsrat an den Erfolg der bisherigen Programme anknüpfen.

Der Kanton hat im Berichtsjahr gemeinsam mit den jeweiligen Planungsverbänden die Arbeiten an den regionalen Gesamtverkehrskonzepten für das Glattal, das Zürcher Oberland und zusammen mit dem Kanton Aargau für das Limmattal und aufgenommen. In mehreren Phasen werden Zielbild, Strategien und Massnahmen ausgearbeitet. Die Konzepte werden bis Frühjahr 2027 fertiggestellt, als Grundlage für die nachfolgende Erarbeitung der Agglomerationsprogramme der sechsten Generation.

RRZ 6b Umschlagstandorte für den Güterverkehr im kantonalen Richtplan festsetzen, die Aufnahme in die regionalen Richtpläne vorantreiben und auf entsprechende Anpassungen der Nutzungsplanungen hinwirken.

Planmässig

VD

Die Festsetzung zusätzlicher Umschlagstandorte für den Güterverkehr ist Bestandteil der Teilrevision 2022 des kantonalen Richtplans, Kapitel 4 Verkehr (Vorlage 6013), die der Regierungsrat am 12. März des Berichtsjahres dem Kantonsrat zur Festsetzung überwiesen hat. Die Aufnahme der Standorte in die regionalen Richtpläne und entsprechende Anpassungen in den Nutzungsplanungen sind Daueraufgaben.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 6c Eine nachhaltigere Mobilität bei Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen mittels Mobilitätsberatungen fördern. Die Geschäftsstelle der Mobilitätsberatung «Impuls Mobilität» hat sich seit Mitte 2023 etabliert. Im Berichtsjahr wurden insgesamt zehn Beratungen durchgeführt, darunter drei für Gemeinden. Darüber hinaus wurden zwei Präsenzveranstaltungen sowie ein Webinar durchgeführt und verschiedene Ergänzungen auf der Webseite zh.ch/impulsmobilitaet umgesetzt. Es wurde eine Umfrage bei verschiedenen Zielgruppen durchgeführt, um die Nutzung und die Bedürfnisse bezüglich des Beratungsangebots zu erheben.	Planmässig	VD
RRZ 6d Die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs konsequent weiterverfolgen. Die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung werden bei den Fahrzeug-Neubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Im Schiffsbereich konnte im Berichtsjahr mit der EMS Uetliberg das erste von drei Schiffen der Albisklasse der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft vollständig elektrifiziert werden. Grundsätzlich bleibt die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs mit Blick auf das zeitliche Zusammenspiel zwischen Fahrzeugbeschaffungen und Ladeinfrastruktur, aber auch bezüglich des Betriebs und der Finanzierung ein äusserst anspruchsvolles und komplexes Vorhaben. Die Finanzierung der für die Dekarbonisierung nötigen Infrastrukturen aus dem Verkehrsfonds ist infolge der Investitionspriorisierung derzeit teilweise nicht gesichert.	Planmässig	VD
RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben. Aufgrund der Investitionspriorisierung wird sich die Umsetzung verschiedener Projekte aus dem Verkehrsfonds verzögern. Konkret sind im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2026–2029 keine Mittel für die Planung der Projekte Tramtangente Nord, Glattalbahnverlängerung Kloten–Basersdorf, Glattalbahnverlängerung Dübendorf–Dietlikon und Elektrifizierung Linie 89 vorgesehen. Beim Tram Affoltern konnte mit der Stadt Zürich eine Finanzierungslösung mit höherer Beteiligung der Stadt vereinbart werden (RRB Nr. 834/2025). Auf dieser Basis konnten die Planungsarbeiten fortgeführt werden. Die kantonale Finanzierungsvorlage für das Gesamtprojekt Glattalbahnverlängerung Flughafen–Kloten einschliesslich Hochwasserschutz und Velohauptverbindung wurde im Berichtsjahr dem Kantonsrat unterbreitet. Aufgrund der Vorgaben des Regierungsrates zur Investitionspriorisierung wurden im Berichtsjahr auch verschiedene Strassenprojekte zeitlich zurückgestellt oder gestrichen (vgl. z. B. Bauprogramm für Staatsstrassen für die Jahre 2026–2028; Vorlage 6039). Im Berichtsjahr konnten in allen Phasen (Studien, Vorprojekte und Bauprojekte) rund 800 Strassenprojekte bearbeitet werden.	Verzögert	VD, BD
RRZ 6f Bei Strassenprojekten das in den regionalen Richtplänen verankerte Velowegnetz konsequent umsetzen. Das kantonale Velowegnetz wird primär über Strassenbauprojekte umgesetzt. Um Schwachstellen zu beseitigen, priorisiert die Umsetzungsplanung Velonetz alle kantonalen Verbindungen nach Wichtigkeit, Potenzial und Defiziten. Velobahnen und Hauptverbindungen werden hoch priorisiert und Studien wurden im Berichtsjahr gestaffelt gestartet. Über die Hälfte der Schwachstellen ist bereits in laufenden oder geplanten Vorhaben enthalten, auch in Grossprojekten wie SBB-Ausbauten. Im Berichtsjahr wurden Koordination, Synergien mit Projekten Dritter und die Zusammenarbeit mit Gemeinden konkretisiert. Zielkonflikte bleiben anspruchsvoll, die Planung und Projektierung wurde weiter präzisiert und vorangetrieben.	Planmässig	BD

Umwelt und Raumordnung

Wichtige Änderungen am kantonalen Richtplan

Der Regierungsrat verabschiedete im November zwei wichtige Änderungen des kantonalen Richtplans zuhanden des Kantonsrates. Zum einen beantragte er dem Kantonsrat den Eintrag von Eignungsgebieten für Wind- und Wasserkraft (RRZ 7c; Vorlage 6060) und zum anderen die Festsetzung von Deponiestandorten (RRZ 7d; Vorlage 6061). Das Richtplankapitel Energie wurde in diesem Zusammenhang grundlegend überarbeitet. Erneuerbare Energien sollen im Richtplan künftig mehr Gewicht erhalten. Neben dem Eintrag von Eignungsgebieten für die Nutzung der Wind- und Wasserkraft sollen die Zielsetzungen für die Weiterentwicklung der Energieversorgung festgelegt werden. Gebäude sollen künftig so gebaut und ausgerüstet werden, dass sie möglichst wenig Energie benötigen. Energie aus lokalen erneuerbaren Quellen soll künftig vermehrt genutzt werden.

Für Abfälle, die sich nicht in den Stoffkreislauf zurückführen lassen, braucht es im Kanton Deponien. Damit auch in Zukunft genügend Deponien zur Verfügung stehen, wurden aus rund 400 Vorschlägen, die am besten geeigneten Standorte ermittelt. Als Ergebnis sollen 19 neue Deponiestandorte sowie drei Erweiterungen bestehender Deponien in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden. Drei bereits im Richtplan eingetragene Standorte sollen gestrichen werden.

Viel Bewegung bei den Hochbauprojekten

Im Berichtsjahr konnten mehrere grössere Hochbauprojekte fertiggestellt werden. Beispiele sind der Neubau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich, der Ersatz- und Ergänzungsbau der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland, die Erneuerung und Erweiterung der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon, die Erweiterungsneubauten der Kantonsschule Limmat-

tal in Urdorf und die Flutungsanlage für den Bevölkerungsschutz im Ausbildungszentrum Andelfingen (siehe zu Letzterem auch Politikbereich öffentliche Sicherheit). Darüber hinaus gingen im Berichtsjahr weitere Projekte wie das Bildungszentrum für Erwachsene in der Militärkaserne Zürich oder der Neubau für das Bezirksgericht Hinwil in die Realisierungsphase.

Erleichterungen und Vereinfachungen für das Bauen im Bestand

Ein bestehendes Gebäude aufzustocken oder einen Anbau zu realisieren, bringt viele Vorteile. So ist dies ökologisch sinnvoll, da die CO₂-Emissionen deutlich geringer sind und weniger Bauabfall anfällt, wodurch weniger Deponien gebraucht werden. In sozialer Hinsicht kann das Weiterbauen dazu führen, dass mehr günstiger Wohnraum erhalten bleibt, denn die Mieten steigen bei einer baulichen Erweiterung teilweise weniger stark als bei einem Ersatzneubau. Wenn beim Sanieren und Erweitern von Gebäuden deren identitätsstiftende Elemente erhalten bleiben, stärkt dies darüber hinaus eine gute Baukultur und die Verbundenheit mit dem Wohnort. Wegen der hohen regulatorischen Hürden entscheiden Bauherrschaften jedoch oft, Gebäude abzureissen und durch Neubauten zu ersetzen. Mit einer Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) soll das Weiterbauen an bestehenden Objekten erleichtert werden. Der Regierungsrat gab die Vorlage im Berichtsjahr in die Vernehmlassung (RRB Nr. 827/2025). Ebenfalls fand die Vernehmlassung für eine Änderung des PBG im Bereich Denkmalschutz statt. Mit den geplanten Anpassungen sollen sinnvolle Nutzungen, energetische Modernisierungen und die Weiterentwicklung von Baudenkmälern unterstützt, die Prozesse beschleunigt und die Stellung der Eigentümerinnen und Eigentümer gestärkt werden (RRB Nr. 366/2025).

Legislaturziel RRZ 7: Zunehmende Nutzungsansprüche an den Raum wirkungsvoll lenken.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 7a Die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen ermöglichen und fördern.

Planmässig

BD

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Oktober des Berichtsjahres eine Anpassung des kantonalen Richtplans beantragt, mit der den Gemeinden unter anderem ermöglicht werden soll, unüberbaute Bauzonenflächen an besser geeignete Lagen zu verschieben (Vorlage 6050).

RRZ 7b Den Strassenraum nach den Standards für Staatsstrassen und den Standards Veloverkehr unter Einbezug der betroffenen Gemeinden ganzheitlich gestalten.

Planmässig

BD

Die im Vorjahr etablierten Gefässe zum Austausch mit den betroffenen Gemeinden (insbesondere Gemeindegespräche) bewähren sich und wurden auch im Berichtsjahr weitergeführt. Die Standards Veloverkehr wurden überprüft und werden 2026 überarbeitet. Mit der im Berichtsjahr neu geschaffenen Abteilung Projektentwicklung wird der ganzheitlichen Planung des Strassenraums und dem Einbezug der Gemeinden zusätzlich Gewicht gegeben.

RRZ 7c Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie zur Stromerzeugung im kantonalen Richtplan festsetzen und bei konkreten Projekten die Energiewirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen.

Planmässig

BD

Der Regierungsrat hat am 12. November den Antrag zur Teilrevision Energie des kantonalen Richtplans mit 19 Eignungsgebieten für die Nutzung der Windenergie an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6060).

RRZ 7d Die Deponieplanung umfassend erneuern und im kantonalen Richtplan verankern.

Abgeschlossen

BD

Die Massnahme wurde 2024 abgeschlossen.

Umwelt und Raumordnung

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 7e Eine kantonale Biodiversitätsstrategie erarbeiten, um dem Verlust von Arten und Biotopen in Zusammenarbeit von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau und Raumplanung entgegenzuwirken. Die Fachgrundlage ökologische Infrastruktur, das Fundament der Biodiversitätsstrategie, wurde erarbeitet. Das Projekt ist aufgrund der Komplexität und der erforderlichen Abstimmungen mit anderen Projekten leicht verzögert.	Verzögert	BD
RRZ 7f Das kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, um ergänzend zur Bundesagrarpolitik eine nachhaltige, klimaresiliente Zürcher Landwirtschaft zu fördern. Im Berichtsjahr wurden das Normkonzept erarbeitet und die Gesetzgebungsarbeiten gestartet.	Planmässig	BD
RRZ 7g Den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes umsetzen und die Kompensationspflicht im kantonalen Richtplan sowie im Planungs- und Baugesetz regeln. Der Sachplan Fruchtfolgeflächen wird umgesetzt. Der Regierungsrat hat die Anpassungen des Richtplantexts (RRB Nr.262/2025) und des Planungs- und Baugesetzes an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6057).	Abgeschlossen	BD

Volkswirtschaft

Stärkung des KI-Standorts Zürich

Der Kanton etabliert sich zunehmend als attraktiver Standort für künstliche Intelligenz (KI). Der Regierungsrat möchte das wirtschaftliche Potenzial des KI-Standorts für KMU und Start-ups noch besser nutzbar machen. Er fokussiert dabei auf innovationsfördernde Rahmenbedingungen und Initiativen, welche die Weiterentwicklung der Technologie beschleunigen, deren Anwendung bei Unternehmen fördern und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken (RRZ 8b). Dafür ergreift der Regierungsrat gezielte Massnahmen in vier Massnahmenpaketen: die Förderung von KI-Start-ups zur lokalen Technologieentwicklung, die Unterstützung von KMU-Netzwerken zur Förderung der KI-Nutzung, die Weiterentwicklung der KI-Sandbox als Testumgebung und den gesellschaftlichen Dialog im Hinblick auf einen verantwortungsvollen Einsatz von KI. Der Regierungsrat führt damit auch erfolgreiche Massnahmen weiter, die er in den vergangenen Jahren ergriffen hat. Für die Umsetzung der Massnahmen bis 2029 bewilligte er 2,9 Mio. Franken (RRB Nr. 402/2025). Im November wurde die KI-Sandbox mit dem Digital Economy Award ausgezeichnet. In Kooperation mit dem ETH AI Center lässt der Kanton zudem die Bevölkerung an neuen Entwicklungen teilhaben, im Berichtsjahr gehörten dazu der Schülerwettbewerb KI-Challenge sowie eine Veranstaltung am Zurich AI Festival.

Stiftungsoffensive wird weitergeführt

Die Offensive zur Steigerung der Attraktivität des Kantons für Stiftungen konnte mit ausgezeichneten Ergebnissen abgeschlossen werden (RRZ 8f). Im Mittelpunkt der Offensive stand eine Anpassung der Steuerpraxis. Der Regierungsrat würdigte im Anfang des Berichtsjahres veröffentlichten Schlussbericht

die Ergebnisse, darunter 44 Neugründungen von Stiftungen im Kanton (RRB Nr. 192/2025). Zur weiterführenden Stärkung des Stiftungsstandorts wurde im Berichtsjahr gemeinsam mit den Schweizer Verbänden Swiss-Foundations und proFonds, dem Zentrum für Stiftungsrecht der Universität Zürich und der Philanthropie Stiftung der Zürcher Kantonalbank der Verein «Stiftungsstandort Zürich» gegründet. Dieser führte am internationalen Tag der Stiftungen im Oktober das erste Zürcher Stiftungsforum zum Thema «Kollaboration schafft Wirkung» durch. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit der Stiftungsarbeit wurde ausserdem die Informationsplattform www.stiftungen.zuerich geschaffen.

Trendanalyse für den Wirtschaftsstandort

Im Berichtsjahr wurde die Studie «Trendanalyse Standort Kanton Zürich» publiziert. Sie zeigt auf, welche Trends und Herausforderungen in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf den Wirtschaftsstandort Zürich zukommen und welche möglichen Handlungsoptionen sich daraus ergeben. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass folgende Trends – Stand August 2024 – für die Wirtschaftsakteure im Kanton besonders relevant sein dürften: die fortschreitende Digitalisierung, vor allem mit KI-Anwendungen, das anhaltende Bevölkerungswachstum sowie die Alterung, die auch den Arbeitsmarkt betrifft, die zunehmende Regulierungsdichte und damit verbunden ein steigender administrativer Aufwand sowie das unsichere Verhältnis der Schweiz zur EU. Zu jedem Trend nahmen die befragten Expertinnen und Experten eine Einschätzung der Bedeutung vor und skizzierten Folgen sowie Handlungsoptionen. Die Ergebnisse der Studie wurden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft diskutiert.

Legislaturziel RRZ 8: Den Innovationsstandort stärken durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 8a Die Zürcher Innovation-Hubs beim Auf- und Ausbau unterstützen.

Planmässig

VD

Das Digital Health Center Bülach entwickelte sein Angebot unter anderem mit thematischen Arbeitsgruppen für Spitäler weiter. Das Start-up-Programm «Digital Health Accelerator» wurde mit zwei Kohorten durchgeführt. Der Innovation Day des Health Tech Park Zürich förderte den Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren aus Forschung, Wirtschaft und Technologie. Mit dem «Innovation Circle» wurde ein Angebot für KMU eingeführt. Ein Schwerpunkt des Foodhubs Wädenswil bestand in der Durchführung einer Novel-Food-Expertenkonferenz, die Fachpersonen aus Wissenschaft, Industrie und Behörden zusammenbrachte. Diese förderte den fachlichen Austausch und stiess Entwicklungen und Kooperationen im Bereich neuartiger Lebensmittel an.

RRZ 8b Einen geschützten Raum zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Innovationen mit Fokus auf neue Technologien und Regulierungen schaffen.

Planmässig

VD

Im Rahmen der zweiten Phase begleitete die Innovations-Sandbox für Künstliche Intelligenz (KI) die Umsetzung von sechs KI-Projekten. Der Abschluss der zweiten Phase ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen. Mit RRB Nr. 402/2025 betreffend Stärkung des KI-Standorts Zürich wurde die Fortführung der erfolgreichen Innovations-Sandbox mit ergänzenden Angeboten für KMU und Start-ups bis 2029 gesichert. Dank den günstigen Rahmenbedingungen, der Präsenz der Zürcher Hochschulen sowie erfolgreichen KI-Unternehmen festigte Zürich Oerlikon im Berichtsjahr seine Position als starker und international sichtbarer KI-Hub. Zudem machten zwei Veranstaltungen des KI-Dialogs künstliche Intelligenz für die Bevölkerung erlebbar.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 8c Das digitale Angebot der kantonalen Leistungen für Unternehmen weiterentwickeln. Mit der Konzeption des digitalen One-Stop-Shops im Berichtsjahr wurde die Bereitstellung eines zentralen Einstiegspunkts für Informationen über die kantonalen Leistungen für Unternehmen vorangetrieben. Parallel dazu erfolgte der Aufbau einer Organisation zum Einbezug der Anspruchsgruppen mit zwei Gremien, bestehend aus Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern, sowie von Informationsanbieterinnen und -anbietern. Für 2026 ist die Inbetriebnahme einer ersten Version des One-Stop-Shops vorgesehen.	Planmässig	VD
RRZ 8d Die Ergebnisse eines Standortmonitorings zusammen mit Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität in einem jährlichen Standortentwicklungsbericht veröffentlichen. Im Berichtsjahr wurde die Studie «Trendanalyse Standort Kanton Zürich» publiziert. Sie zeigt auf, welche Trends und Herausforderungen auf den Standort Zürich zukommen und welche möglichen Handlungsoptionen sich daraus ergeben. Die Ergebnisse der Studie wurden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft diskutiert.	Planmässig	VD
RRZ 8e Den Dialog und die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fördern. An der Veranstaltung FOKUS Standort diskutierten rund 150 Fachpersonen über zukünftige Trends, welche die Volkswirtschaft und die Standortqualität des Kantons mittel- bis langfristig prägen werden. In Workshops zu den Themen Fachkräfte, Mobilität, Regulierung sowie Technologie und Bildung wurde an der Gestaltung von Visionen für den Kanton gearbeitet. Im Laufe des Berichtsjahres entstanden daraus Initiativen wie «FutureLab» zur Zukunftsfähigkeit von Arbeitsmarktkompetenzen oder ein Pilotprojekt zum autonomen Fahren im Furttal. Diese stärken den Standort und werden mit interessierten Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung weiterverfolgt.	Planmässig	VD
RRZ 8f Den Stiftungsstandort Kanton Zürich mit gezielten Massnahmen stärken. Die Initiative Stiftungsstandort Zürich wurde zusammen mit dem Stiftungssektor und der Wissenschaft verstetigt, wozu im Berichtsjahr der Verein Stiftungsstandort Zürich gegründet wurde. Gründungsmitglieder sind die Volkswirtschaftsdirektion, proFonds, SwissFoundations, das Zentrum für Stiftungsrecht der Universität Zürich sowie die Philanthropie Stiftung der Zürcher Kantonalbank. Ziel des Vereins ist die nachhaltige Stärkung des Standorts für gemeinnützige Akteurinnen und Akteure sowie die Weiterentwicklung des Ökosystems. Als Auftakt seiner Tätigkeit hat der Verein im Berichtsjahr alle gemeinnützigen Stiftungen im Kanton zum ersten Zürcher Stiftungsforum eingeladen. Der Anlass war mit 240 Teilnehmenden ausgebucht und bot unter dem Motto «Kollaboration schafft Wirkung» eine Austausch- und Vernetzungsplattform.	Planmässig	VD
RRZ 8g Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen. Mit Blick auf die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs wurden beim Projekt «Züri Skills» die Weichen gestellt, um die Entwicklung der nachgefragten Zukunftskompetenzen zu messen und daraus Impulse zur kompetenzorientierten Förderung abzuleiten. Das Ziel «More Women in Tech» wurde mit Vernetzungsaktivitäten weiterverfolgt. Beim Projekt «Future Lab Zürich» wurden die Grundlagen für eine stärker koordinierte Nachwuchsförderung im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) erarbeitet und der Webauftritt www.future-lab.zuerich realisiert. Bei allen Projekten wurde eng mit Partnerorganisationen zusammengearbeitet.	Planmässig	VD
RRZ 8h Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen projektieren. Im Berichtsjahr wurden Projekte mit Pilotcharakter weiterentwickelt. Dabei wurden neue Konzepte, Materialien und Konstruktionen getestet. Im Projekt Hitzeminderungsmaßnahmen Umgebung für die Kantonsschulen Rychenberg und Im Lee Winterthur begann in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften die Erhebungsphase vor Ort, um die Basis für die Analyse und die anschliessende Umsetzung von Massnahmen zu schaffen. Der Projektwettbewerb für den Erweiterungsbau der Berufsschule Bülach mit Vorgaben von CO ₂ -Zielwerten im Wettbewerb konnte erfolgreich durch die Prämierung eines entsprechenden Projekts abgeschlossen werden. Für das Betriebsgebäude der Seepolizei und Schifffahrtskontrolle Oberrieden wurde das Re-Use-Konzept verabschiedet. Erste Bauteile konnten bereits erworben werden. Im Projekt Zentrum für Gehör und Sprache Zürich startete neben der Ausschreibung und Vergabe der Praxistest zur Verwendung von Pyrolyse-Beton zur Senkung der CO ₂ -Bilanz.	Planmässig	BD

Finanzen und Steuern

Investitionspriorisierung als wesentliche und permanente finanzpolitische Aufgabe

Im Hinblick auf den KEF 2026–2029 wurde im Berichtsjahr erneut eine Investitionspriorisierung durchgeführt. Damit konnten die vorhandenen Investitionsmittel zielgerichtet auf prioritäre Projekte ausgerichtet werden. Dennoch verbleibt in der Planung des Kantons Haushalts ein Schuldenaufbau. Aufgrund der konsequenten Budgetierung gemäss tatsächlichen Erwartungen können nur positive Ereignisse zu einem milderen Schuldenanstieg führen. Vor diesem Hintergrund sind weitere Anstrengungen nötig, um den Finanzhaushalt langfristig zu stabilisieren. Die Investitionspriorisierung bleibt damit permanent eine wesentliche finanzpolitische Aufgabe und ist Teil eines umsichtigen Finanzmanagements.

Abschaffung des Eigenmietwerts und Neubewertung der Liegenschaften

Die Schweizer Stimmberechtigten beschlossen am 28. September mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 57,7% die Abschaffung des Eigenmietwerts und damit einen Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum. Aufgrund des klaren Ergebnisses hat der Regierungsrat beschlossen, die bisherigen Eigenmietwerte nicht mehr zu erhöhen, und im November eine entsprechende Übergangsregelung festgelegt (RRB Nr. 1150/2025). Bei der allgemeinen Neubewertung der Liegenschaften wird damit auf eine Erhöhung der Eigenmietwerte verzichtet. Dies erforderte kurzfristige Anpassungen bei den Projektarbeiten. Die gegen die Neubewertung erhobene Beschwerde hat das Bundesgericht am 16. Dezember abgewiesen. Damit steht der Umsetzung der Neubewertung der Liegenschaften nichts mehr im Weg.

Legislaturziel RRZ 9: Steuerlich attraktiv sein sowie die Leistungsgerechtigkeit und Kostenwahrheit im interkantonalen Verhältnis stärken.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 9a Durch eine weitere Senkung der Gewinnsteuern die Attraktivität des Kantons für Unternehmen erhalten. Die Stimmberechtigten haben die Senkung der Gewinnsteuern in der Abstimmung vom 18. Mai des Berichtsjahres abgelehnt.	Verzicht	FD
RRZ 9b Eine vollkostendeckende interkantonale Leistungsabgeltung anstreben. Eine kantonsinterne Arbeitsgruppe bezifferte die ungedeckten Kosten des Kantons aufgrund der interkantonalen Leistungsabgeltungen auf netto rund 104 Mio. Franken jährlich. Der Kanton war im Austausch mit anderen Zentralkantonen, um eine Verbesserung der Kostendeckung auf interkantonomer Ebene zu erreichen.	Planmässig	FD
RRZ 9c Die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich angesichts der wachsenden Disparitäten überprüfen. Mit Blick auf den nächsten Wirksamkeitsbericht 2026–2029 zum Nationalen Finanzausgleich wurden Anpassungsmöglichkeiten am heutigen Ressourcenausgleich untersucht.	Planmässig	FD
RRZ 9d Die angemessene Berücksichtigung der Ergänzungssteuern im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs überprüfen. Erste Zahlen zur Höhe der Ergänzungssteuererträge des Kantons können 2026 und 2027 erhoben werden. Auswirkungen im Nationalen Finanzausgleich können erst ab 2030 überprüft werden, da die Zahlen des Jahres 2026 im Jahr 2030 in den Nationalen Finanzausgleich einfließen werden.	Planmässig	FD

Allgemeine Verwaltung

Abbau von Barrieren beim Zugang zu politischen Rechten

Menschen mit Behinderungen wird der Zugang zu ihren politischen Rechten durch verschiedene Hürden erschwert. Um diese abzubauen, hat der Kanton im Berichtsjahr weitere Schritte unternommen. Damit Menschen mit starker Sehbehinderung oder Blindheit ohne fremde Hilfe und damit geheim abstimmen können, setzte er als erster Kanton eine von der Bundeskanzlei entwickelte Abstimmungsschablone ein. Diese Schablone kam bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November zum ersten Mal zum Einsatz und wird in der Pilotphase bei allen eidgenössischen Vorlagen eingesetzt. Die Schablone ist mit einer gut lesbaren Druckschrift und mit Brailleschrift bedruckt und ermöglicht dadurch das selbständige Ausfüllen der Stimmzettel. Als wichtiger Schritt in Richtung Inklusion in der Abstimmungskommunikation werden die Abstimmungsunterlagen seit September im kantonalen Webauftritt neu in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt. So können sich auch Menschen mit Lernschwierigkeiten oder schlechten Deutschkenntnissen über die Abstimmungsvorlagen informieren und am politischen Geschehen mitwirken. Diese Inhalte ergänzen die seit Jahren bestehenden Erklärvideos zu kantonalen Vorlagen in einfacher Sprache und Gebärdensprache.

Neue Strategie für die digitale Transformation der Verwaltung

Die Strategie Digitale Verwaltung 2025+ wurde im Berichtsjahr vom Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 45/2025) und die strategischen Initiativen wurden Mitte Jahr abgeschlossen. Die neue Strategie gewährleistet ein orchestriertes Vorgehen in der digitalen Transformation und legt übergeordnet die langfristige Ambition, die Wirkungsbereiche und die strategischen Ziele im Bereich Digitale Verwaltung fest. Im Zentrum stehen die drei Wirkungsbereiche Bevölkerung und Wirtschaft, Föderales System sowie Transformation der Verwaltung. Als eines der Schlüs-

selprojekte der digitalen Transformation wurde im Berichtsjahr die Umsetzung des neuen Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Projekt VRGo) lanciert. Das Projekt soll die rechtskonforme Umsetzung des 2027 in Kraft tretenden geänderten Verwaltungsrechtspflegegesetzes und der neuen Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren sicherstellen. Es hat zum Ziel, prozessuale, technische und organisatorische Lösungen zentral und einmalig zur Verfügung zu stellen. Weiter wurde im Berichtsjahr der Staatskalender digitalisiert. Er ist mit dem neuen Titel «Behördenverzeichnis» über den kantonalen Webauftritt verfügbar. Auch der KEF wurde mit der Ausgabe 2026–2029 erstmals online veröffentlicht (zh.ch/kef).

Weiterentwicklung der kantonalen Finanzsysteme

In den zwei zentralen Projekten zur Weiterentwicklung der kantonalen Finanzsysteme wurden im Berichtsjahr wichtige Schritte unternommen. Der Rollout des Planungs- und Budgetierungstools (PBT) verläuft planmässig. Alle Verwaltungseinheiten nutzen das PBT bereits für die Plandateneingabe, während die Staatskanzlei und fünf Direktionen das Tool bereits vollumfänglich für die Planung einsetzen. Der weitere Rollout erfolgt 2026. Das zweite Projekt «eVorhaben» hat das Ziel, von der Bewilligung bis zur Abrechnung von Vorhaben sämtliche Arbeitsschritte im finanzrechtlichen Kontext digital zu integrieren. Damit sollen die Transparenz, Effizienz und Prozesssicherheit bei der Abwicklung von Vorhaben verbessert werden (RRB Nr. 920/2023). Nach der planmässigen und erfolgreichen Einführung der Lösung eVorhaben in der Finanzverwaltung im Pilotbetrieb folgte im Juni des Berichtsjahres die Betriebsaufnahme im Amt für Informatik. Im November wurde eVorhaben in der gesamten Finanzdirektion eingeführt. Aufgrund der Rückmeldungen und gewonnenen Erfahrungen wurden Weiterentwicklungen definiert, die zurzeit umgesetzt werden. Der Rollout auf weitere Organisationseinheiten ist in Planung.

Legislativziel RRZ 10: In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.

Massnahme

Stand

Umsetzung

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

Planmässig

SK, JI

In der Strategie Digitale Verwaltung 2025+ liegt ein Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten, die durch die Zusammenarbeitsorganisation egovpartner gestaltet wird. egovpartner hat mit Projekten, Beratungen sowie Veranstaltungen im Bereich Digitalisierung und digitale Transformation zur Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden bzw. Städten beigetragen. Ein Fokus lag in der Unterstützung im Vorfeld des Inkrafttretens des teilrevidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Die neu in der Staatskanzlei etablierte Anlaufstelle für interkantonale Kooperationen unterstützt die Verwaltungseinheiten bei der Wahrung föderalismuspolitischer Interessen im Rahmen des Aufbaus oder der Weiterentwicklung interkantonalen Kooperationen. Der Kanton engagierte sich in der Zusammenarbeitsorganisation Digitale Verwaltung Schweiz, die im Berichtsjahr ein Zielbild zur föderalen Zusammenarbeit der Digitalen Verwaltung erarbeitet hat. Im Rahmen der Plattform «Gemeinden 2030» wurden Möglichkeiten von Pilotprojekten zu thematischen Kompetenzzentren sowie zu strategischen Fusionen eruiert und ein Faktenblatt zu Gemeindefusionen erarbeitet.

Massnahme	Stand	Umsetzung
RRZ 10b Die digitale Transformation vorantreiben, indem Vorhaben aus den strategischen Initiativen und den Direktionen gebündelt und effizient realisiert werden. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die neue Strategie Digitale Verwaltung 2025+ und deren Umsetzung festgesetzt (RRB Nrn. 45/2025 und 635/2025). Die strategischen Initiativen wurden erfolgreich abgeschlossen und noch laufende Projekte in die Umsetzungsorganisation der Strategie überführt. Als Schlüsselprojekte wurden die Umsetzung des neuen Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Projekt VRGo) sowie der Aufbau einer KI-Organisation und -Governance (Projekt SynerKI) vorangetrieben. Weiter hatte die Umsetzung und Gestaltung eines zeitgemässen Lernangebots (Projekt ZHLearn) eine hohe Relevanz.	Planmässig	Federführung SK, Umsetzung alle
RRZ 10c Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten. Mehrere grosse Projekte der Digitalen Verwaltung wurden rechtlich begleitet. Die Umsetzung der Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend elektronische Verfahrenshandlungen brachte komplexe Rechtsfragen mit sich. Das erforderte eine besonders enge interdisziplinäre Zusammenarbeit und den Einbezug von verwaltungsinternen und externen Stakeholdern. Im Rechtsetzungsvorhaben zur Schaffung eines Gesetzes über elektronische Basisdienste wurde die Behandlung der Vorlage in der Kommission für Staat und Gemeinden begleitet. Weiter wurde das neu gestartete Rechtsetzungsvorhaben zur künftigen Organisationsform von egovpartner unterstützt. Schliesslich konnte der organisationsübergreifende fachliche Austausch zu rechtlichen Fragen der digitalen Transformation im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei der laufende Aufbau des «Legal Hub» als Kompetenzzentrum für rechtliche Querschnittsfragen zu digitalen Themen.	Planmässig	SK, JI
RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen. Mit dem Projekt Data Governance wird der organisatorische Rahmen für die effiziente Bewirtschaftung von Daten geschaffen und die Steuerung, Unterstützung und Überwachung der Datenbewirtschaftung definiert. Mit der kantonalen Datenplattform und dem kantonalen Datenkatalog wird die dazu nötige Infrastruktur aufgebaut. Im Berichtsjahr konnten diese Projekte direktionsübergreifend weitergeführt und grundlegende Fragen geklärt werden. Zudem wurde mit der digitalen Publikation des Staatskalenders und der Konzeption des Verzeichnisses über algorithmische Entscheidungssysteme, die im Verlaufe des Jahres 2026 publiziert werden soll, ein Beitrag zur Umsetzung dieser Massnahme geleistet.	Planmässig	JI, SK
RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen. Mit Abschluss des IKT-Programms Ende des Berichtsjahres verfügen alle Mitarbeitenden über einen modernen Digitalen Arbeitsplatz mit MS Teams als Kollaborationsplattform. Umfangreiche Schulungen, Webinare und eine Superuser-Community im neuen Mitarbeitendenportal ZHub begleiteten die Einführung und steigerten die Akzeptanz der Tools. Veränderungen wurden weiterhin nach dem kantonalen Change-Management-Prozess umgesetzt, um die Mitarbeitenden frühzeitig und transparent einzubinden. Weiter wurde im April das Lernangebot Digitale Transformation in der kantonalen Verwaltung eingeführt. Es umfasst derzeit acht Module, die gezielt auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden, Fachpersonen und Führungskräfte ausgerichtet sind. Das Lernangebot ermöglicht den Zielgruppen, ihre Kompetenzen zu Themen der digitalen Transformation mit Relevanz für die kantonale Verwaltung fortlaufend zu erweitern. Betrieb und Weiterentwicklung des Angebots sind darauf ausgerichtet, dieses bedarfsgerecht und schrittweise auszubauen.	Planmässig	FD, SK
RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern. Im Kanton wurde im Berichtsjahr an zahlreichen Pilotprojekten im Umfeld von KI und Machine Learning gearbeitet. Mehrere KI-Dienste wurden umgesetzt oder sind in Umsetzung. Die Audiotranskription kann als Basisdienst für die gesamte Verwaltung eingesetzt werden. Auch wurde der Code zu verschiedenen Projekten veröffentlicht, was auf grosses Interesse und zu einer breiten Wiederverwendung auch in anderen Kantonen geführt hat. In 35 Präsentationen und Weiterbildungen mit über 1650 Teilnehmenden wurde der Wissensaufbau zu KI in der Verwaltung und darüber hinaus vorangetrieben. Weiter wurde im Mai das Projekt SynerKI lanciert. Als Folgeprojekt der Initialisierung der Anlaufstelle KI verfolgt es das Ziel, eine übergreifende Organisation im Themenfeld KI aufzubauen. Diese soll den Bedarf der Direktionen und Ämter im Bereich KI adressieren und Dienstleistungen für sie erbringen. Dazu zählen die Priorisierung und rasche Umsetzung von verwaltungsweiten KI-Lösungen sowie die gezielte Unterstützung einzelner Verwaltungseinheiten bei der Implementierung von KI-Anwendungen. Gleichzeitig soll diese Struktur die Verwaltungseinheiten aktiv in die Weiterentwicklung einbinden. Eine erste Erprobung des Organisationsmodells ist für 2026 geplant.	Planmässig	JI, SK

Massnahme

RRZ 10g Die Cybersicherheitsstrategie umsetzen, den Datenschutz und die Informationssicherheit in die Verwaltungsprozesse integrieren.

Der Schwerpunkt lag auf der Verankerung der Informationssicherheit in den Verwaltungsprozessen und der Unterstützung kantonsnaher Organisationen. Die Bug-Bounty-Plattform wurde auf Gemeinden sowie weitere Kunden ausgeweitet und die Sicherheit bei der Nutzung von KI und Cloud gestärkt, etwa durch neue Vertragsvorlagen. Parallel dazu startete die Revision der kantonalen Strategie Informationssicherheit. Diese zielt auf eine Neuausrichtung der Steuerung gemäss der «Strategie Digitale Verwaltung 2025+» ab, um agil auf dynamische Bedrohungslagen und technologische Entwicklungen reagieren zu können. Ein entsprechender Entwurf liegt vor und soll 2026 festgesetzt werden.

Stand

Abgeschlossen

Umsetzung

Federführung FD, Umsetzung alle

RRZ 10h Die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton Zürich mit verschiedenen Massnahmen erhöhen und die HR-Prozesse, -Strukturen und -Systeme vereinheitlichen.

Die Work Zone als neue Einstiegsplattform wurde in allen Organisationseinheiten der Zentralverwaltung, der Gerichte, Behörden und selbstständigen Anstalten ausgerollt. Im Projekt Aurora wurde die Lohnverarbeitung mit der neuen Payroll-Anwendung auf dem SAP-System H4S4 erfolgreich eingeführt. Zudem konnte die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen implementiert werden. Weiter wurde das Competence Center «New Learning» aufgebaut, das die Mitarbeitenden durch eine praxisnahe, selbstgesteuerte Lern- und Weiterbildungserfahrung beim Kompetenzerwerb für die digitale Transformation unterstützt. Darüber hinaus wurde eine externe E-Learning-Bibliothek pilotiert, um den Zugang zu digitalen Lernressourcen zu fördern. Der Regierungsrat hat ein Normkonzept zur Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen (RRB Nr. 139/2025) und die Rechtsänderungen zur Motion KR-Nr. 29/2023 betreffend Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals beschlossen (Vorlage 6066).

Planmässig

Federführung FD, Umsetzung alle

RRZ 10i Fortlaufende Sensibilisierung der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten und eine auf Transparenz ausgerichtete Compliance-Kultur.

Im Berichtsjahr wurde ein spezifisches E-Learning für Amts- und Fachstellenleitende entwickelt, das in drei Module gegliedert ist und mit einem Quiz abschliesst. Das E-Learning wurde als Pilot in der Finanzdirektion getestet und ist ab Januar 2026 für alle Direktionen auf der Weiterbildungsplattform «kompet» verfügbar. Zudem wird die Etablierung der Compliance-Kultur mit Referaten und Gesprächen vor Ort gefördert. Neu eintretende Mitarbeitende wurden mit einem Begrüssungsvideo zur Compliance sensibilisiert. Im Intranet und im Internet wurden im Berichtsjahr fünf neue Ratgeber-Kolumnen für ein stetes Training aller Mitarbeitenden veröffentlicht.

Planmässig

FD

Finanzen im Überblick

Eckwerte

in Mio. Franken	Rechnung 2024	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Differenz R 24/25	
				Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	18 931	19 262	20 301	1 370	7.2
Betrieblicher Aufwand	-19 531	-19 644	-20 037	-506	-2.6
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-601	-382	264	864	>100.0
Finanzertrag	867	584	580	-287	-33.1
Finanzaufwand	-116	-104	-117	-0	-0.3
Finanzergebnis	751	480	463	-288	-38.3
Jahresergebnis	150	98	727	576	>100.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	248	134	169	-79	-31.8
Investitionsausgaben	-1 257	-1 559	-1 213	44	3.5
Saldo Investitionsrechnung	-1 008	-1 424	-1 044	-35	-3.5
Finanzierungsrechnung					
Saldo Finanzierungsrechnung	-132	-634	519	651	>100.0
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	6 941		7 538	597	8.6
– Finanzvermögen UV	6 941		7 538	597	8.6
Anlagevermögen (AV)	18 985		19 269	284	1.5
– Finanzvermögen AV	1 840		1 855	16	0.8
– Verwaltungsvermögen	17 145		17 414	268	1.6
Total Aktiven	25 926		26 807	881	3.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-6 680		-6 351	329	4.9
Langfristiges Fremdkapital	-7 275		-7 764	-488	-6.7
Eigenkapital	-11 970		-12 692	-722	-6.0
Total Passiven	-25 926		-26 807	-881	-3.4
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	477		397	-80	-16.8
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-1 073		-1 053	20	1.9
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-596		-656	-60	-10.1
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	833		773	-60	-7.2
Zunahme Flüssige Mittel	237		117	-120	-50.6
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	87.0		149.7		
Nettoschulden I	4 389		3 913		

Beurteilung

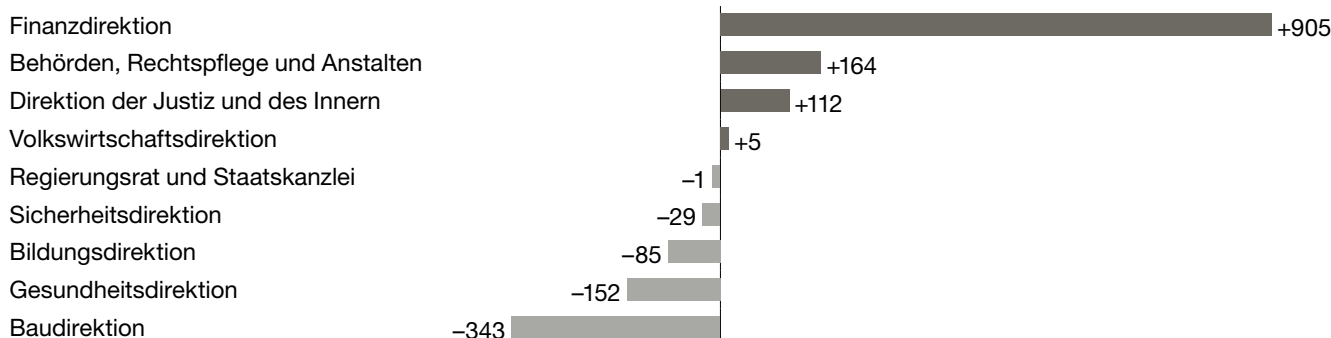
Die Rechnung schliesst im Berichtsjahr mit einem Ertragsüberschuss von 727 Mio. Franken ab. Die Verbesserung gegenüber dem Budget gemäss Kantonsratsbeschluss einschliesslich Nachtragskrediten und Kreditübertragungen («Budget^{plus}») von 629 Mio. Franken war massgeblich auf die höheren Steuererträge (+664 Mio. Franken) und die höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank zurückzuführen (326 Mio. Franken einschliesslich Erlös aus der alten Banknotenserie).

Die Investitionsausgaben betrugen im Berichtsjahr 1,2 Mrd. Franken und lagen damit um 345 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 149,7%. Die Nettoschulden I sinken um 475 Mio. Franken auf 3,9 Mrd. Franken. Der Kanton Zürich erhielt weiterhin die Höchstnote von den Rating-Agenturen Standard & Poor's und Fitch.

Erläuterungen

Vergleich Rechnung 2025 mit Rechnung 2024

Saldoverbesserung insgesamt: 576 Mio. Franken



Die Erfolgsrechnung 2025 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 727 Mio. Franken und damit um 576 Mio. Franken besser ab als 2024.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+905 Finanzdirektion

- +455 Steuererträge
- +409 Zinsen und Beteiligungen
- +43 Nationaler Finanzausgleich

+164 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- +80 Kantonsspital Winterthur
- +63 Universitätsspital Zürich

+112 Direktion der Justiz und des Innern

- +163 Kantonaler Finanzausgleich
- 22 Justizvollzug und Wiedereingliederung
- 18 Staatsanwaltschaft

-152 Gesundheitsdirektion

- 77 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation
- 70 Beiträge an Krankenkassenprämien

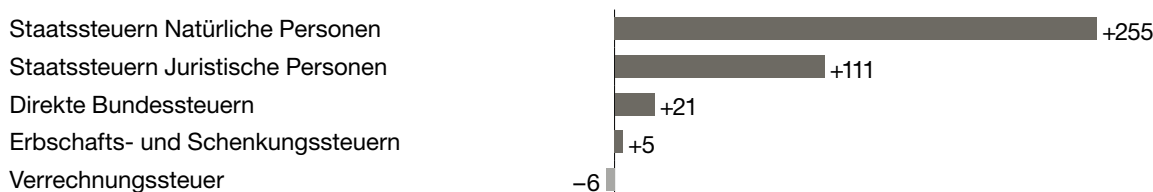
-343 Baudirektion

- 243 Liegenschaften Finanzvermögen
- 64 Liegenschaften Verwaltungsvermögen
- 8 Altlasten

Der Saldo der Investitionsrechnung 2025 betrug wie im Vorjahr -1,0 Mrd. Franken. Die Investitionsausgaben waren mit 1,2 Mrd. Franken um 44 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Die Investitionseinnahmen betrugen im Berichtsjahr 169 Mio. Franken und waren damit um 79 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr.

Nettosteuererträge 2025

Abweichung gegenüber Rechnung 2024: +455 Mio. Franken (+4,9%)

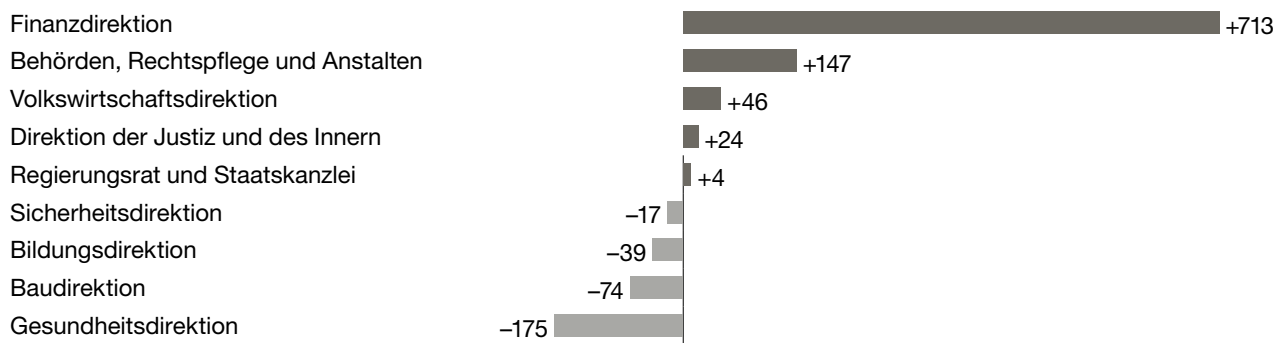


Die Nettosteuererträge sind 2025 gegenüber dem Vorjahr um 455 Mio. Franken oder 4,9% gestiegen. Sowohl die Staatssteuern Natürliche Personen (+255 Mio. Franken), Staatssteuern Juristische Personen (+111 Mio. Franken), die direkte Bundessteuer (+21 Mio. Franken) als auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern (+5 Mio. Franken) fielen im Berichtsjahr höher aus. Bei der Verrechnungssteuer resultierte hingegen eine Abnahme von 6 Mio. Franken. Nicht in der Grafik enthalten sind die übrigen Erträge der Staatssteuern (+44 Mio. Franken) sowie der Steueraufwand (+25 Mio. Franken).

Bei der Verrechnungssteuer resultierte hingegen eine Abnahme von 6 Mio. Franken. Nicht in der Grafik enthalten sind die übrigen Erträge der Staatssteuern (+44 Mio. Franken) sowie der Steueraufwand (+25 Mio. Franken).

Vergleich Rechnung 2025 mit Budget^{plus} 2025

Saldoverbesserung insgesamt: +629 Mio. Franken



Das Budget^{plus} 2025 sah ein Jahresergebnis von 98 Mio. Franken vor. Die Erfolgsrechnung 2025 schloss um 629 Mio. Franken besser ab.

Wichtigste Veränderungen (in Millionen Franken):

+713 Finanzdirektion

- +664 Höhere Steuererträge
- +326 Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, der Axpo Holding AG sowie Erlös der alten Banknotenserie
- 156 Tieferer Gewinnanteil Zürcher Kantonalbank infolge der neu eingeführten OECD-Ergänzungssteuer

+147 Behörden, Rechtspflege und Anstalten

- +65 Kantonsspital Winterthur
- +51 Universitätsspital Zürich
- +15 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

+46 Volkswirtschaftsdirektion

- +26 Neubewertungen von Liegenschaften des Strassenfonds und geringerer Übertrag an das Tiefbauamt
- +6 Höherer Übertrag vom Strassenverkehrsamt aus der Motorfahrzeugsteuer

-74 Baudirektion

- 83 Unterdeckung bei den Raumkosten aufgrund höherer Abschreibungen aus Bauprojekten
- +8 Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts

-175 Gesundheitsdirektion

- 137 Höherer Aufwand für stationäre Hospitalisationen infolge Mehrleistungen und Tarifierhöhungen
- 29 Höherer Nettoaufwand für die Individuelle Prämienvorbereitung

Die Investitionsausgaben lagen 345 Mio. Franken tiefer und die Investitionseinnahmen 35 Mio. Franken höher als budgetiert. Insgesamt schloss die Investitionsrechnung um 380 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Eigenkapital

Dank dem Ertragsüberschuss stieg das Eigenkapital um 722 Mio. Franken auf knapp 12,7 Mrd. Franken an.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr nahmen die flüssigen Mittel um 117 Mio. Franken zu. Dem Staatshaushalt flossen aus betrieblicher Tätigkeit 397 Mio. Franken zu und aus Investitionstätigkeit 1,1 Mrd. Franken ab. Dazu kamen Zuflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 773 Mio. Franken.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr lag der Selbstfinanzierungsgrad bei 149,7%. Damit konnten die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden und die Nettoschulden I – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – nahmen um 475 Mio. Franken auf 3,9 Mrd. Franken ab.

Ressourcen Personal

Hauptereignisse

Die Personalstrategie 2019–2023 (RRB Nr. 907/2019) legte einen Fokus auf die Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen. Zur Umsetzung beschloss der Regierungsrat Anfang des Berichtsjahres ein Normkonzept, auf dessen Grundlage eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet wird (RRB Nr. 139/2025). Die Forderungen der Motion KR-Nr. 29/2023 betreffend Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals wurden mit den thematisch zusammenhängenden Rechtsänderungen zur Entwicklung der Anstellungsbedingungen in eine eigene Vorlage ausgegliedert. Die ersten Rechtsänderungen beschloss der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres (Vorlage 6071); das Inkrafttreten ist ab 2027 geplant.

Finanzielle Entwicklung¹

Personalaufwand

Behörden, Kommissionen und Richter
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
Löhne der Lehrkräfte
Total Löhne
Temporäre Arbeitskräfte
Zulagen
Arbeitgeberbeiträge
Arbeitgeberleistungen
Übriger Personalaufwand
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei

Im Rahmen der ersten Einführungswelle der neuen SAP-HCM-Standardlösung wurde bis Ende des Berichtsjahres die Einstiegsplattform Work Zone eingeführt. Rund 85 000 Mitarbeitende erhalten damit digitalen Zugriff auf zentrale HCM-Anwendungen wie Lohnabrechnungen, Lohnausweise und persönliche Personaldaten. Zudem wurde die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen implementiert. Die kantonsweit harmonisierte Gesamtlösung soll im Herbst 2026 eingeführt werden.

	2024 Fr. 1000	2025 Fr. 1000	Differenz %
	-27 245	-27 452	0.8
	-1 499 312	-1 558 652	4.0
	-779 580	-802 495	2.9
Total Löhne	-2 306 137	-2 388 599	3.6
Temporäre Arbeitskräfte	-4 878	-4 466	-8.5
Zulagen	-20 367	-21 439	5.3
Arbeitgeberbeiträge	-478 987	-495 903	3.5
Arbeitgeberleistungen	-13 981	-1 823	-87.0
Übriger Personalaufwand	-23 942	-25 558	6.8
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei	-2 848 292	-2 937 788	3.1

UBS-Lohnumfrage 2021 bis 2025 und Lohnrunde Kanton Zürich²

	2021	2022	2023	2024	2025
UBS-Lohnumfrage, Prognosewert Lohnrunde, %	0.3	0.8	2.2	1.9	1.4
UBS-Lohnumfrage, Tatsächlicher Wert Lohnrunde, %	0.6	1.1	2.3	1.8	1.4
Lohnrunde, Kanton Zürich, %	0.6	1.5	3.5	1.6	1.1

Lohnaufwand³

Total Direktionen und Staatskanzlei

Regierungsrat und Staatskanzlei
Direktion der Justiz und des Innern
Sicherheitsdirektion
Finanzdirektion
Volkswirtschaftsdirektion
Gesundheitsdirektion
Bildungsdirektion
Baudirektion

Beschäftigungsumfang

Total Direktionen und Staatskanzlei

Regierungsrat und Staatskanzlei
Direktion der Justiz und des Innern
Sicherheitsdirektion
Finanzdirektion ⁶
Volkswirtschaftsdirektion
Gesundheitsdirektion
Bildungsdirektion
Baudirektion

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik. Ein Auszug der Personal- und Lohnstatistik ist als Online-Publikation verfügbar.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten fünf Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Lohnaufwand ohne Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion). Der Wert 2024 für die Baudirektion wurde korrigiert.

⁴ Angestellte in Vollzeiteneinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

⁵ Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten

⁶ Mit unterstellten Lernenden (KV- und Informatiklernende)

Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2025

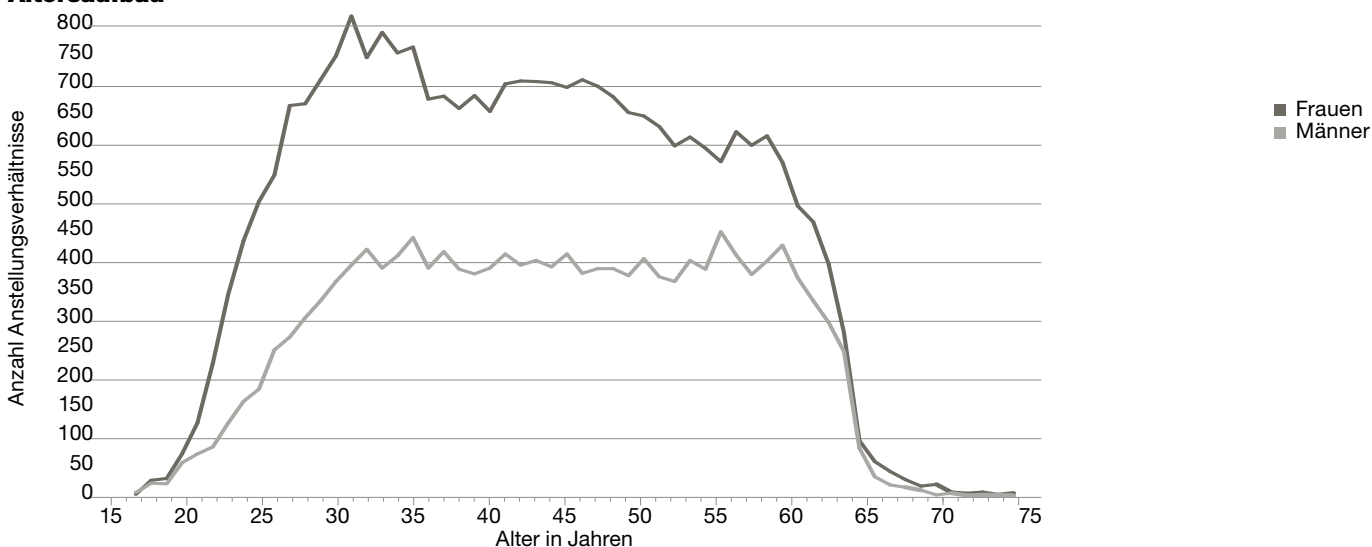
Total Direktionen und Staatskanzlei

	Total	Frauen	Männer	Vollzeit ¹	Teilzeit ²
Total	41 937	26 661	15 276	15 189	26 748
Regierungsrat und Staatskanzlei	105	47	58	65	40
Direktion der Justiz und des Innern	2 885	1 576	1 309	1 752	1 133
Sicherheitsdirektion	5 372	2 062	3 310	3 970	1 402
Finanzdirektion	1 295	573	722	994	301
Volkswirtschaftsdirektion	1 008	568	440	735	273
Gesundheitsdirektion	394	244	150	218	176
Bildungsdirektion	28 735	20 767	7 968	6 295	22 440
Baudirektion	2 143	824	1 319	1 160	983

¹ Vollzeit = Beschäftigungsgrad ≥ 90%

² Teilzeit = Beschäftigungsgrad < 90%

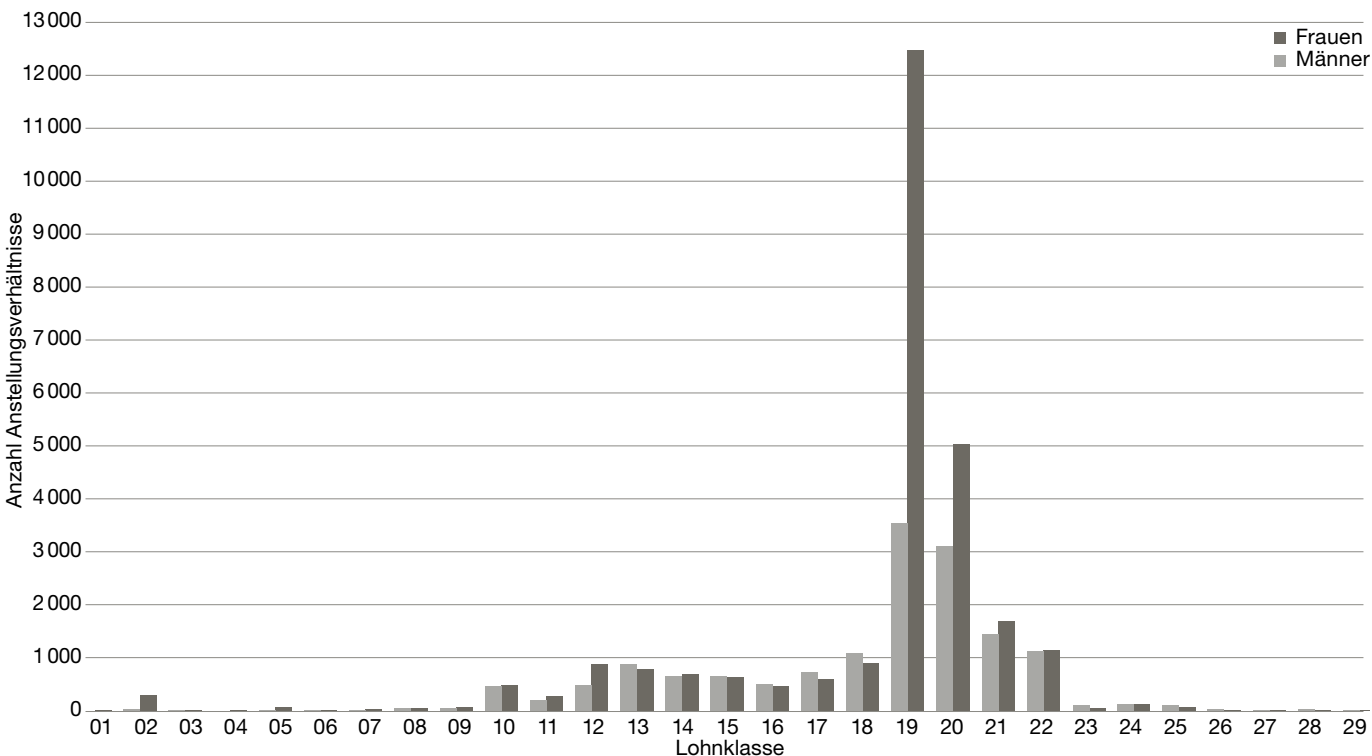
Altersaufbau



Der Personalkörper besteht ungefähr zur Hälfte aus Lehrerinnen und Lehrern einerseits und übrigen Verwaltungsangestellten an-

dererseits. Von den Lehrpersonen sind wiederum fast 80% weiblich, wodurch der grosse Frauenüberhang insgesamt entsteht.

Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen



Der grösste Teil der Verwaltungsangestellten wie auch die Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule sind in den Lohnklassen 19 und 20 eingereiht.

Auch bei dieser Grafik zeigt sich in den Lohnklassen 19 und 20 der grosse Anteil Frauen, der sich bei den Lehrpersonen ergibt. Bei den übrigen Verwaltungsangestellten ist das Verhältnis Frauen/Männer ungefähr ausgeglichen.

Immobilien

Hauptereignisse

Das kantonale Immobilienportfolio umfasst über 2200 Objekte. Davon befinden sich knapp 1800 im Eigentum des Kantons. Zur Erfüllung der öffentlichen Kernaufgaben des Kantons wird die Entwicklung des Portfolios unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Aspekte vorangetrieben. Von den vorgesehenen 25 Grossprojekten mit einem Investitionsvolumen über 100 Mio. Franken waren im Berichtsjahr elf bereits in der Projektierung oder in der Realisierung. Der portfolioweite Instandsetzungsbedarf hat bezüglich der Anzahl Gebäude weiter zugenommen, und die Dekarbonisierung schreitet kontinuierlich, aber nicht rasch genug voran.

Der Kanton hat die Zugänglichkeit von rund 110 kantonalen Gebäuden im Rahmen des Aktionsplans Behindertenrechte systematisch erfasst und bestehende bauliche Hindernisse analysiert. Daraus wurden konkrete Handlungsfelder abgeleitet und mit Fachpersonen sowie Menschen mit Behinderung gespiegelt, um die Situation wirksam zu verbessern.

Der Ersatzneubau für die Baugewerbliche Berufsschule Zürich auf der Berufsbildungsmeile sowie die Gesamtinstandsetzung der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon wurden fertiggestellt. Zur Sicherstellung des kurzfristig benötigten Schulraums der Mittelschulen wurde mit dem Bau des Provisoriums auf dem Areal der Empa in Dübendorf begonnen. Am Standort Wädenswil wurde im Berichtsjahr die Testplanung als Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften abgeschlossen. In den Rochadeflächen an der Zoll- und Zeughausstrasse werden die neuen Arbeitswelten für die Zentralverwaltung (RRB Nr. 1384/2023) ab 2026 mit rund 1200 Mitarbeitenden aus fünf Direktionen im Rahmen eines Pilotprojekts eingeführt. Im Berichtsjahr wurden die Veränderungsbeileitung und Umzugsplanung durchgeführt und der Umzug in die Zollstrasse gestartet.

Finanzielle Entwicklung

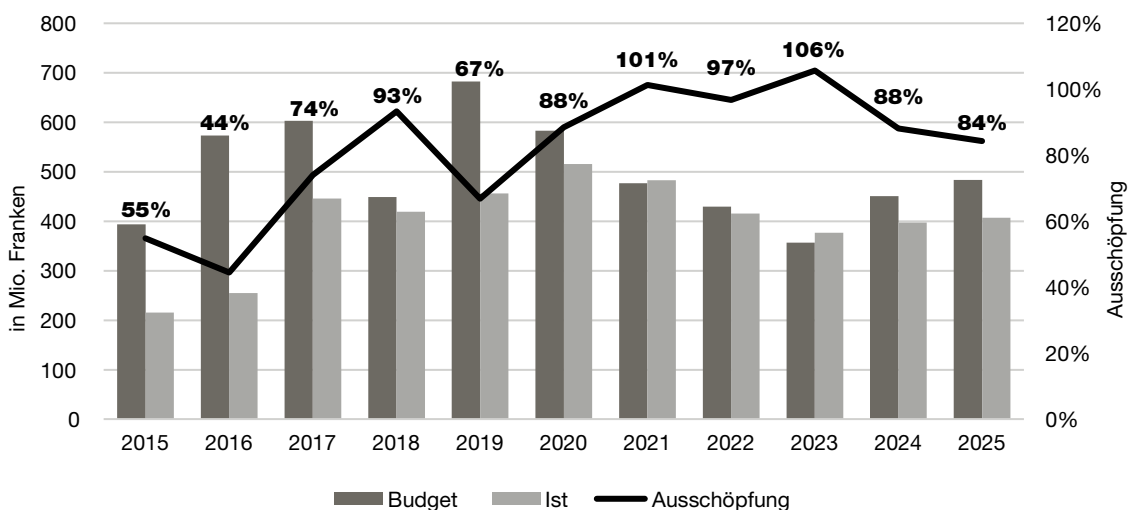
Investitionen

Im Berichtsjahr betrugen die Investitionsausgaben Hochbau im Mietermodell 294 Mio. Franken und im Delegationsmodell 113 Mio. Franken. Der Erhalt und die Entwicklung des Immobilienbestands sowie die Bereitstellung wachstumsbedingter Infrastruktur müssen finanziert werden können. Der Investitionsbedarf Hochbau über die kommenden zwölf Jahre hat sich

gegenüber der Vorjahresplanung um 10% reduziert. Die vom Regierungsrat ergriffenen Reduktionsmassnahmen zeigen Wirkung.

Ziel ist es, die Investitionsausgaben zu drosseln, ohne die nachhaltige Entwicklung des Portfolios zu gefährden.

Investitionsausgaben im Mieter- und Delegationsmodell



Mietverträge mit Dritten

Im Berichtsjahr wurden rund 641 000m² angemietet, das ist 1,0% weniger als im Vorjahr. Der Nettajahresmietzins aller angemieteten Objekte beträgt rund 134 Mio. Franken und reduzierte sich gegenüber Vorjahr um rund 0,6 Mio. Franken (−0,4%).

Nachfolgende Tabelle zeigt die angemieteten Flächen und Mietkosten pro Direktion (ohne Institutionen im Baurechts- und Delegationsmodell, Gerichte und Organe des Kantonsrates).

Mietverträge mit Dritten: Flächen und Mietkosten, Stand 31.12.2025 (ohne Baurechts- und Delegationsmodell, Gerichte und Organe des Kantonsrates)

	Total Mietfläche	Büro	Unterricht/ Schule	Diverse ¹	Anzahl Parkplätze	Nettomiete in Fr.
Direktion, Nutzer						
Direktion der Justiz und des Innern	25 334	19 914	0	5 420	106	6 600 853
Sicherheitsdirektion	65 114	32 487	0	32 627	839	13 434 526
Finanzdirektion	25 332	24 134	0	1 198	138	7 564 603
Volkswirtschaftsdirektion	30 618	29 114	0	1 504	71	8 803 868
Gesundheitsdirektion	2 234	2 234	0	185	41	731 643
Bildungsdirektion	366 758	55 575	271 486	39 696	489	90 740 950
Baudirektion	125 656	8 411	4 453	112 793	231	6 660 227
Total Direktionen	641 229	171 867	275 939	196 498	1 915	134 536 670

¹ Archiv/Lager, Aussenanlagen, Hallen usw.

Gebäudezustand der Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen

Periodisch werden der bauliche Zustand und der erforderliche laufende Instandsetzungsbedarf der Immobilien im Eigentum erfasst. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse erlauben den gezielten Einsatz von Mitteln für die Werterhaltung der Gebäude, wodurch Einbussen in der Gebrauchstauglichkeit sowie Sicherheitsrisiken, Folgeschäden und damit verbundene Mehr-

kosten minimiert werden können. Längerfristig wird gemäss der Immobilienstrategie des Kantons für die Betriebsliegenschaften im allgemeinen Verwaltungsvermögen und im Verwaltungsvermögen der Universität Zürich ein durchschnittlicher Zustandswert von 0,8 angestrebt (Neuwert eines Gebäudes = 1,0).

Analyse Zustandswert, Stand 31.12.2025

	Verwaltungsvermögen				Finanzvermögen			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Durchschnittlicher Zustandswert Total	0.71	0.71	0.74	0.74	0.69	0.70	0.69	0.68
hoch: Zustandswert 1.00–0.85	10%	10%	13%	15%	3%	2%	3%	2%
mittel: Zustandswert 0.84–0.70	34%	30%	29%	28%	33%	26%	26%	23%
tief: Zustandswert 0.69–0.0	56%	61%	58%	56%	64%	72%	71%	75%

Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die Flächenbelegungswerte sind zum zweiten Mal nach Vorgabe des neuen Standards Büro berechnet und erreichen die Vorgabe erwartungsgemäss noch nicht. Die hohen Werte bei der Volkswirtschaftsdirektion haben folgenden Grund: Bei gleich-

bleibender Fläche war der entsprechend der Arbeitslosenquote volatile Personalbedarf für Aufgaben des SECO im Amt für Arbeit im Berichtsjahr und 2024 tief.

Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion in m²/AP, Stand 31.12.2025

	Objekte mit Flächenvorgabe übrige Zentralverwaltung, 11.6m² pro Mitarbeiter/in			Objekte mit Flächenvorgabe engere Zentralverwaltung, Übergangsregelung, 13.6m² pro Mitarbeiter/in		
	2024	2025	Differenz zu Vorgabe	2024	2025	Differenz zu Vorgabe
Direktion						
Staatskanzlei						
Direktion der Justiz und des Innern	13.3	17.1	5.5	13.2	13.3	−0.3
Sicherheitsdirektion	15.5	15.8	4.4	14.6	13.7	0.1
Finanzdirektion	15.1	14.2	2.6	17.1	16.8	3.6
Volkswirtschaftsdirektion	28.1	26.0	14.4	15.3	17.3	3.7
Gesundheitsdirektion	11.2	11.2	−0.4	14.8	14.6	1.0
Bildungsdirektion	11.6	12.8	1.2			
Baudirektion	20.1	16.8	5.2	16.6	16.8	3.2
				15.1	14.7	1.1

Informatik

Hauptereignisse

Grundversorgung

Mit RRB Nr. 1294/2025 wurde das Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie erfolgreich abgeschlossen. In den vergangenen sieben Jahren wurde die Informatik (IKT) der kantonalen Verwaltung neu organisiert. Mit der Definition von neuen IKT-Rollen und -Prozessen wurde auch die Basis für die jetzige Zusammenarbeit innerhalb des Kantons geschaffen. Zudem wurde eine einheitliche, zukunftsfähige und effizient zu verwaltende IKT-Grundversorgung bereitgestellt. Damit ist nun eine wesentliche Grundlage für die digitale Transformation der kantonalen Verwaltung geschaffen.

Im Rahmen der kantonalen IKT-Strategie wurde auch der Digitale Arbeitsplatz (DAP) erfolgreich flächendeckend eingeführt. Mit der Implementierung in der Bildungsdirektion und im Strassenverkehrsamt der Sicherheitsdirektion konnte der Rollout des DAP im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Insgesamt wurden über 12 000 Arbeitsplätze in der gesamten kantonalen Verwaltung auf die aktuellen Standards umgestellt.

Im Projekt MBA Sek II wurden mit der Berufsmaturitätsschule, der Berufsschule Mode und Gestaltung, der Baugewerblichen Berufsschule Zürich und der Berufsschule für Detailhandel und Pharmazie nun insgesamt sieben Schulen auf die neue IKT-Grundversorgung migriert.

Im Zuge des Projekts Plattformen und Rechenzentren (PRZ) konnte im Berichtsjahr über ein Drittel der Fachapplikationen aus der Baudirektion, der Sicherheitsdirektion, der Volkswirtschaftsdirektion, der Gesundheitsdirektion, der Bildungsdirektion

und der Staatskanzlei erfolgreich in die Rechenzentren des AFI überführt werden. Gleichzeitig wurde die Dateiablage von 23 Ämtern und Behörden in die neue zentralisierte Dateiablage migriert. Die für einen sicheren Betrieb der Fachapplikationen notwendigen Service- und Supportprozesse wurden analysiert und optimiert.

Das Projekt zur Einführung von Microsoft Teams, als zentraler Bestandteil zur Kommunikation und Kollaboration auf dem DAP konnte per Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Umfangreiche Schulungen, Webinare und eine Superuser-Community im neuen Mitarbeitendenportal ZHub begleiteten die Einführung und steigerten die Akzeptanz der Tools.

Des Weiteren erarbeitete der Digital Innovation Hub einen für den Kanton Zürich zugeschnittenen Trendradar als Orientierungshilfe für die zukünftigen Entwicklungen der kantonalen Verwaltung.

Zudem wurden im Berichtsjahr sämtliche vom AFI betreuten SAP-Systeme der kantonalen Verwaltung in die SAP-Private-Cloud überführt.

Im übergeordneten kantonalen Projektmanagement wurde der systematische Ausbau der Datengrundlagen weiter vorangetrieben, um Synergien und die Steuerbarkeit der kantonsweiten Vorhaben weiter zu stärken.

Überdies wurden die laufenden Vorhaben im Bereich der Digitalisierung und der digitalen Transformation weiterverfolgt.

Finanzielle Entwicklung

Indikatoren

Allgemeine Indikatoren

B1 IKT-Aufwand pro Verwaltungsmitarbeitende (in Tausend Franken)

R24	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
-25.6	-27.7	-25.4	2.3	8.3

IKT-Programm

W1 Zentralisierungsgrad der IKT-Grundversorgung (in %)
 W2 Standardisierungsgrad der IKT-Grundversorgung (in %)
 W3 Ausbreitungsgrad der verwaltungsweiten IKT-Prozesse (in %)

94	100	100	0.0
77	92	82	-10.0
98	100	99	-1.0

Bemerkungen

Zu B1: Die Inanspruchnahme des budgetierten Aufwands fiel geringer aus.

Zu W1: Der Indikator spiegelt die Übertragung der IKT-Grundversorgung der Direktionen in das Amt für Informatik wider. Weitere Integrationen der IKT-Grundversorgung der Direktionen in das Amt für Informatik werden im Rahmen des DAP-Rollout-Plans vollzogen.

Zu W2: Der Indikator gibt den Grad der Standardisierung der IKT-Grundversorgung wieder. Aufgrund von Verzögerungen im Projekt PRZ liegt der Indikator unterhalb des geplanten Werts.

Zu W3: Die IKT-Prozesse sind verwaltungsweit weitestgehend eingeführt worden. Weitere Prozesse folgten mit dem DAP-Rollout.

Finanzielle Entwicklung 2025 (in Mio. Franken)

Aufwand Erfolgsrechnung (ohne Verrechnungen)
 Investitionsausgaben

R24	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
-332.8	-368.4	-341.1	27.3	7.4
-40.1	-113.5	-47.8	65.7	57.9

Bemerkungen zum Aufwand Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2025 bewegt sich im Rahmen der Vorjahre.

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die budgetierten Investitionsmittel konnten in einzelnen Projekten nicht eingesetzt werden und führten zu Kreditübertragungen. Die im Berichtsjahr eingesetzten Mittel bewegen sich im durchschnittlichen Trend der letzten Jahre.

Weitere Informationen

Verweise auf wichtige Informationen zur Informatik

- Überblick Finanzdirektion
- Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik

- Leistungsgruppe Nr. 4620, IKT-Sicherheitsbeauftragter
- IKT-Strategie auf zh.ch

Bedeutende Beteiligungen

Beteiligungen sind verselbstständigte Organisationen und Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts im vollständigen oder teilweisen Eigentum des Kantons, die öffentliche Aufgaben erfüllen oder Vorleistungen dazu erbringen. Für die Beteiligungen des Kantons werden in Eigentümerstrategien strategische Ziele sowie Vorgaben zur Vertretung in den Organen, zur Berichterstattung und zur Risikobeurteilung festgelegt. Auf Eigentümerstrategien kann verzichtet werden, wenn die strategischen Ziele in der Spezial- oder Bundesgesetzgebung ausreichend bestimmt sind (Richtlinien über die Public Corporate Governance [PCG]).

Als bedeutende Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates werden die untenstehenden 16 Beteiligungen eingestuft. Der Regierungsrat ist für das Festlegen der Eigentümerstrategien zuständig, wenn eine Beteiligung bedeutende Risiken für den Kantonshaushalt, die Volkswirtschaft oder das Ansehen des Kantons aufweist, ihr Anteil am Eigenkapital über 30% und ihr Wert über 1 Mio. Franken liegt (§ 13a VOG RR). Die Schweizerische Nationalbank wird neu als Beteiligung mit Zuständigkeit Finanzdirektion eingestuft und nicht mehr als bedeutende Beteiligung. Die Kriterien für die Einstufung als bedeutende Beteiligung sind nicht erfüllt, da von der Beteiligung keine bedeutenden Risiken für den Kantonshaushalt ausgehen.

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Axpo Holding AG	BD	RRB Nr. 1196/2016	RRB Nr. 599/2025	Axpo Holding AG, Geschäftsbericht
BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)	JI	Verzicht gemäss PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 720/2025, Vorlage 6033	BVS Zürich, BVG- und Stiftungsaufsicht, Geschäftsbericht und Jahresrechnung
Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ	BD	RRB Nr. 756/2025	RRB Nr. 600/2025	Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Geschäftsbericht
Flughafen Zürich AG	VD	RRB Nr. 1003/2015	RRB Nr. 1118/2025,	Flughafen Zürich AG, Geschäftsbericht
Gebäudeversicherung Kanton Zürich	DS	Verzicht gemäss RRB Nr. 377/2015 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 396/2025, Vorlage 6018	Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Geschäftsbericht
Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	GD	RRB Nr. 350/2021, Vorlage 5698	RRB Nr. 554/2025, Vorlage 6025	Integrierte Psychiatrie, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9540
Kantonsspital Winterthur	GD	RRB Nr. 346/2021, Vorlage 5696	RRB Nr. 552/2025, Vorlage 6024	Kantonsspital Winterthur, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9520
Opernhaus Zürich AG	JI	RRB Nr. 869/2025; Vorlage 6042	RRB Nr. 180/2025	Opernhaus Zürich, Geschäftsbericht
Pädagogische Hochschule Zürich	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 363/2025, Vorlage 6015	Pädagogische Hochschule Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, KRB zum Jahresbericht und Leistungsgruppe Nr. 9740
Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	GD	RRB Nr. 348/2021, Vorlage 5697	RRB Nr. 550/2025, Vorlage 6023	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9530
Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA Zürich)	DS	Verzicht gemäss RRB Nr. 668/2019 und PCG-Richtlinie 5.5	²	Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich, Jahresbericht
Universität Zürich	BI	RRB Nr. 895/2025, Vorlage 6045	RRB Nr. 364/2025, Vorlage 6016	Universität Zürich, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, KRB zum Jahresbericht und Leistungsgruppe Nr. 9600
Universitätsspital Zürich	GD	RRB Nr. 344/2021, Vorlage 5695	RRB Nr. 548/2025, Vorlage 6022	Universitätsspital Zürich, Geschäftsbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, Leistungsgruppe Nr. 9510

Bedeutende Beteiligungen

Beteiligung	Zuständige Direktion	Eigentümerstrategie	Bericht zur Umsetzung der Eigentümer- strategie ¹	Weitere Informationen
Zürcher Hochschule der Künste	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 363/2025, Vorlage 6015	Zürcher Hochschule der Künste, Jahresbericht, und Teil II dieses Geschäftsberichts, KRB zum Jahresbericht und Leistungsgruppe Nr. 9720
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissen- schaften	BI	Verzicht gemäss RRB Nr. 1248/2017 und PCG-Richtlinie 5.5	RRB Nr. 363/2025, Vorlage 6015	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Jahresbericht und Teil II dieses Geschäftsberichts, KRB zum Jahresbericht und Leistungs- gruppe Nr. 9720
Zürcher Kantonalbank		³		Zürcher Kantonalbank, Geschäfts- bericht

¹ Im Berichtsjahr verabschiedeter Bericht. Bei Beteiligungen ohne Eigentümerstrategie: Bericht zur Umsetzung der strategischen Ziele gemäss Spezialgesetzgebung

² In Zuständigkeit des Aufsichtsrates (§ 5 lit. i EG AHVG/IVG [LS 831.1])

³ In Zuständigkeit des Kantonsrates

Weitere Informationen über die bedeutenden Beteiligungen finden sich in Teil III dieses Geschäftsberichts einerseits in der Beilage «Beteiligungsbericht» mit Angaben zu den bedeutenden Beteiligungen in Zuständigkeit des Regierungsrates gemäss § 107 des Kantonsratsgesetzes (LS 171.1) und andererseits

im Finanzbericht in der Beteiligungsliste. Im Anhang zu Teil II dieses Geschäftsberichts befinden sich zudem die Leistungsgruppenblätter derjenigen Beteiligungen, die zu konsolidieren sind. Weitere Informationen zu den Beteiligungen finden sich unter zh.ch/pcg.

Integrales Risikomanagement

Risikobericht 2025

Das Integrale Risikomanagement erfasst und steuert Risiken, die eine ausserordentliche Lage auslösen können, sowie weitere vom Regierungsrat als wesentlich erachtete Risiken. Im Zentrum steht die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit und die Förderung der Resilienz von Regierungsrat und Verwaltung, damit diese ihre Aufgaben zugunsten der Bevölkerung in solchen Situationen wahrnehmen können. Das Integrale Risikomanagement nimmt somit eine verwaltungsinterne Sichtweise auf Risiken ein. Dies in Ergänzung zum Risikomanagement Bevölkerungsschutz, das sich auf das Handeln gegen aussen zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen bezieht.

Der Risikobericht 2025 basiert auf den 2024 in verwaltungsweiter Zusammenarbeit erstmals identifizierten, analysierten und beurteilten zehn Toprisiken sowie beschlossenen Reduktionsmassnahmen und bestätigt die zehn Toprisiken aus dem Vorjahr. Erstmals wird über die im vergangenen Jahr erreichten Fortschritte bei der Risikobehandlung berichtet. Alle Toprisiken befinden sich auf dem vorgesehenen Reduktionsweg.

Aktualisierung der Toprisiken

Die Risikolandschaft des Kantons Zürich bleibt im Vergleich zum Vorjahr beständig. Die 2024 identifizierten zehn Toprisiken werden aufgrund ihrer Grösse und weil sie an mehreren Stellen in

der Verwaltung wirken, als Toprisiken eingestuft. Sie leiten sich aus denselben Gefährdungen wie im letzten Jahr ab, die ihrem Ursprung folgend in die Gefährdungsbereiche «Gesellschaft», «Natur», «Technik» und «Organisation» unterteilt werden. Die Toprisiken werden anhand ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Schadensausmasses in einer Risikomatrix dargestellt. Nach einer Aktualisierung der Toprisiken kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu keiner Anpassung in der Risikobewertung der zehn Toprisiken. Deren Verortung in der Risikomatrix bleibt damit unverändert.

Bei den am höchsten bewerteten Toprisiken handelt es sich um: Ausfall kritischer IKT-Infrastrukturen, Daten- oder Informationsabfluss und Desinformation. Zunehmende Aktivitäten von bössartigen Akteuren – beispielsweise durch Phishing, Hacking, Malware, DDos – gelten als eine mögliche Ursache für die ersten beiden Toprisiken. Deren Eintritt hätte grosse Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung der Verwaltung. Das dritte Toprisiko spielt zunehmend eine bedeutende Rolle in Wahlen und Abstimmungen. Desinformation kann heute, verstärkt durch neue technologische Möglichkeiten u. a. im Bereich der künstlichen Intelligenz, wesentlich überzeugender verbreitet werden. Diese kann das Vertrauen in die demokratischen und rechtsstaatlichen Prozesse und somit in die Behörden stark gefährden.

			G3 Desinformation T4 Datenabfluss			sehr wahrscheinlich
			G4 naher Krieg	T3 IKT-Ausfall		wahrscheinlich
			O1 Lieferengpass	G1 Pandemie G2 Anschlag		möglich
					T2 Stromausfall	selten
						unwahrscheinlich
					N1 Erdbeben T1 KKW-Unfall	sehr unwahrscheinlich
sehr gering	gering	moderat	wesentlich	hoch	sehr hoch	Eintrittswahrscheinlichkeit
Schadensausmass						

Umsetzung der Reduktionsmassnahmen

Zur Bewältigung der Toprisiken wurden 2024 konkrete Reduktionsmassnahmen und -ziele definiert. Mithilfe bestehender und neuer Massnahmen soll das Schadensausmass oder die Eintretenswahrscheinlichkeit der Toprisiken reduziert werden. Die Massnahmen sind fünf Themenbereiche zugeordnet: «Risikomanagement», «Kontinuität des Verwaltungsbetriebs», «Compliance und Beschaffungswesen», «Infrastruktur» und «Früherkennung und Sensibilisierung». Sie knüpfen an bestehende Bestrebungen von Regierungsrat und Verwaltung an und führen diese fort. Nicht in der Übersicht aufgeführt sind Massnahmen zum weiteren Ausbau der Krisen- und Kontinuitätsmanagementfähigkeit der Verwaltung, da sie der Reduktion aller Toprisiken dienen.

Die Umsetzung der Reduktionsmassnahmen ist im Berichtsjahr angelaufen oder wurde fortgeführt. Das erstmals durchgeführte Massnahmencontrolling zeigt, dass die Umsetzung der Massnahmen planmässig voranschreitet und alle zehn Toprisiken dadurch schrittweise reduziert werden können. Der Umsetzungsstand zeigt, dass bei allen zehn Toprisiken die festgelegten Reduktionsziele planmässig erreicht werden können, wenn die Umsetzung der Massnahmen weiterhin wie vorgesehen ver-

läuft. Der Umsetzungsfortschritt zeigt für jedes Toprisiko, wie viel vom jeweiligen Reduktionskurs (in Prozent) bereits zurückgelegt wurde. Die Umsetzungsfortschritte bewegen sich Ende des Berichtsjahres zwischen 15% und 45%.

Es zeigt sich eine schrittweise Stärkung der Resilienz sowie der Handlungsfähigkeit von Regierungsrat und Verwaltung. Wird die Umsetzung der Massnahmen auch in den kommenden Jahren konsequent weitergeführt, können Ziel und Zweck des Integralen Risikomanagements erreicht werden.

Ausblick

Das neu etablierte Risiko- und Massnahmencontrolling wird weiterbetrieben, sodass im nächsten Jahr über die weiteren Fortschritte berichtet werden kann. Der Risikobericht 2025 zeigt, dass das Integrale Risikomanagement erfolgreich in den Regelbetrieb überführt wurde. Es soll weiterhin verfestigt und gezielt weiterentwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der fortschreitenden Digitalisierung der Bewirtschaftung der Risiken und Überwachung der Massnahmen. Zusätzlich wird eine vorausschauende Sichtweise auf Risiken integriert, die eine Risikoerkennung in den nächsten 10 bis 15 Jahren ermöglicht.

Die zehn Toprisiken, spezifische Massnahmen und Umsetzung

R-Nr.	Bereich	Kurzbegriff	Risiko	Spezifische Massnahmen	Umsetzungsstand	Umsetzungsfortschritt in %
G1	Gesellschaft	Pandemie	Pandemie mit globalem Ausmass	– Anpassung der Kompetenzen-/ Stellvertretungsregelungen – Weiterentwicklung der Früherkennung – Verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung zum Umgang mit Desinformation	planmässig auf Reduktionskurs	30
G2	Gesellschaft	Anschlag	Anschlag auf staatliche, behördliche Einrichtung	– Anpassung der Kompetenzen-/ Stellvertretungsregelungen – Weiterentwicklung der Früherkennung – Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeitenden zum Umgang mit Drohungen und Gewalt – Verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung zum Umgang mit Desinformation – Optimierung der Schutzwirkung der Gebäude-/Arbeitsinfrastruktur	planmässig auf Reduktionskurs	45
G3	Gesellschaft	Desinformation	Einflussnahme auf freie Meinungsbildung	– Weiterentwicklung der Früherkennung – Verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung zum Umgang mit Desinformation	planmässig auf Reduktionskurs	35
G4	Gesellschaft	naher Krieg	Militärische Eskalation an der Peripherie der EU	– Weiterentwicklung der Früherkennung – Verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung zum Umgang mit Desinformation	planmässig auf Reduktionskurs	35
O1	Organisation	Lieferengpass	Ausfall/Unterbruch kritischer Lieferanten und Leistungserbringer für sowie in der Verwaltung	– Förderung der Resilienz kritischer Infrastrukturen – Tracking der Spitalfinanzierung – Weiterentwicklung Früherkennung	planmässig auf Reduktionskurs	20
N1	Natur	Erdbeben	Erdbeben mit Epizentrum im Kanton Zürich	– Optimierung der Schutzwirkung der Gebäude-/Arbeitsinfrastruktur – Förderung der Resilienz kritischer Infrastrukturen – Sicherstellung redundanter Kommunikation für Exekutive & Kader – Anpassung der Kompetenzen-/ Stellvertretungsregelungen – Stärkung der Resilienz im Beschaffungswesen	planmässig auf Reduktionskurs	15

Integrales Risikomanagement

R-Nr.	Bereich	Kurzbegriff	Risiko	Spezifische Massnahmen	Umsetzungsstand	Umsetzungsfortschritt in %
T1	Technik	KKW-Unfall	KKW-Unfall in der Schweiz	– Anpassung der Kompetenzen-/ Stellvertretungsregelungen – Förderung der Resilienz kritischer Infrastrukturen – Sicherstellung redundanter Kommunikation für Exekutive & Kader	planmässig auf Reduktionskurs	15
T2	Technik	Stromausfall	Grossflächiger, langanhaltender Stromausfall	– Sicherstellung redundanter Kommunikation für Exekutive & Kader – Stärkung der Resilienz im Beschaffungswesen – Förderung der Resilienz kritischer Infrastrukturen – Stärkung der Resilienz der IKT-Infrastruktur durch Unabhängigkeit sowie Redundanzen – Optimierung der Schutzwirkung der Gebäude-/Arbeitsinfrastruktur	planmässig auf Reduktionskurs	15
T3	Technik	Ausfall der Telekommunikation und der IT-Dienstleistungen	Grossflächiger, langanhaltender Ausfall der Telekommunikation und IT-Dienstleistungen	– Sicherstellung redundanter Kommunikation für Exekutive & Kader – Stärkung der Resilienz im Beschaffungswesen – Förderung der Resilienz kritischer Infrastrukturen – Stärkung der Resilienz der IKT-Infrastruktur durch Unabhängigkeit sowie Redundanzen	planmässig auf Reduktionskurs	15
T4	Technik	Datenabfluss	Unerlaubter Datenabfluss aus der Verwaltung	– Systematisierung des kantonalen Compliance Managements – Schutz von Whistleblowern – Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie – Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeitenden zum Umgang mit unerlaubtem Datenabfluss	planmässig auf Reduktionskurs	30

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 26. März wählte der Regierungsrat Dr. Martin Neukom zu seinem Präsidenten und Carmen Walker Späh zu seiner Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2025/2026.

	2024	2025		2024	2025
Regierungsratssitzungen			Parlamentarische Vorstösse		
Sitzungen	41	40	Einreichungen		
Regierungsratsbeschlüsse	1339	1357	Motionen	31	29
– Rekurse	101	90	Postulate	37	44
			– davon dringlich erklärte (dringliche)	3	9
Geschäfte des Regierungsrates			Interpellationen	23	11
Geschäftseingänge	856	897	– davon dringliche	4	2
			Anfragen	245	210
			– davon dringliche	6	4
			Überweisungen des Kantonsrates		
			Motionen	9	8
			Postulate	38	32
			– davon dringliche	5	3
			Volksinitiativen		
			Einzelinitiativen (vorläufig unterstützt)		
			Behördeninitiativen (vorläufig unterstützt)		
			Stellungnahmen des Regierungsrates		
			Motionen	18	24
			Postulate	7	13
			– davon dringliche		3
			Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	45	38
			Beantwortungen des Regierungsrates		
			Interpellationen	16	12
			– davon dringliche	4	3
			Anfragen	220	222
			– davon dringliche	5	6
			Berichte und Anträge des Regierungsrates		
			Motionen	10	19
			Postulate	44	36
			– davon dringliche	3	5
			Ergänzungsberichte		
			Volksinitiativen	11	1
			Einzelinitiativen	1	3
			Behördeninitiativen		1
			Rückzüge		
			Motionen	2	
			Postulate	6	4
			Interpellationen	1	
			Anfragen	2	
			Volksinitiativen		
			Einzelinitiativen		
			Behördeninitiativen		

Rechtsetzung

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 18 Sitzungen insgesamt 37 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über die Kantonsverfassung und folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Antrag Regierungsrat

RRB-Nr.

Art

Kantonsverfassung

19. März

308

Ä

Kantonsverfassung, Gegenvorschlag zur Behördeninitiative zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft

Antrag Regierungsrat

RRB-Nr.

Art

Gesetze

29. Januar

92

Ä

Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess, Elektronische Verfahrenshandlungen

29. Januar

101

Ä

Fachhochschulgesetz, Eigentümerstrategie

5. Februar

143

Ä

Patientinnen- und Patientengesetz sowie Gesundheitsgesetz, Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen»

26. Februar

168

Ä

Kinder- und Jugendhilfegesetz, Frühe Kindheit

26. Februar

172

Ä

Planungs- und Baugesetz, Verkürzte Fristen im Baubewilligungsverfahren

26. Februar

185

Ä

Zusatzleistungsgesetz, Verjährung von Rückerstattungsansprüchen

5. März

227

Ä

Polizeigesetz, Datenbearbeitung

12. März

267

Ä

Planungs- und Baugesetz, Weilerzonen

19. März

308

Ä

Gesetz über die politischen Rechte, Gegenvorschlag zur Behördeninitiative zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft

26. März

332

Ä

Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung, Berufsausübung nach dem Ausscheiden aus dem Regierungsrat

18. Juni

651

Ä

Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Anpassungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

18. Juni

654

N

Staatsbeitragsgesetz

2. Juli

721

Ä

Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess, Zurich International Commercial Court und weitere Anpassungen im Zivilprozess

20. August

821

Ä

Kinder- und Jugendhilfegesetz, Kinderrechtskommission

3. September

901

Gesetz über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien, Aufhebung

1. Oktober

1011

Ä

Planungs- und Baugesetz, Lichtempfindliche Gebiete

1. Oktober

1015

N

Gesetz über die Bestellung von Führungsorganen selbstständiger Organisationen

29. Oktober

1090

Ä

Volksschulgesetz, Umsetzung der «Förderklassen-Initiative»

5. November

1120

Ä

Pflegegesetz, Pflegeheimbettenplanung

5. November

1126

Ä

Planungs- und Baugesetz, Kompensationspflicht für Fruchtfolgeflächen

5. November

1131

Ä

Straf- und Justizvollzugsgesetz, Verbot von Konversionspraktiken

12. November

1155

Ä

Kinder- und Jugendhilfegesetz, Herkunftssuche

26. November

1229

Ä

Energiegesetz, Solaranlagen auf Dächern

26. November

1231

Ä

Energiegesetz, Langzeitspeicherung

10. Dezember

1319

Ä

Personalgesetz und Lehrpersonalgesetz, Beendigung des Arbeitsverhältnisses

17. Dezember

1343

Ä

Gesetz über die Pädagogische Hochschule, Weiterentwicklung der Ausbildung

17. Dezember

1349

Ä

Straf- und Justizvollzugsgesetz, Anpassungen Justizvollzug

Rechtsetzung

Beschluss Regierungsrat	RRB-Nr.	Art	Verordnungen (Auswahl)
15. Januar	32	Ä	Fahrplanverfahrensverordnung
15. Januar	42	Ä	Kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung
29. Januar	95	Ä	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung
29. Januar	103	N	Verordnung zum EG Ausbildungsförderungsgesetz Pflege
26. Februar	170	N	Verordnung über den ABC-Schutz
5. März	220	Ä	Verordnung über die Organisation und Verwaltung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
5. März	228	Ä	Verkehrsabgabenverordnung
12. März	258	Ä	Hundeverordnung
9. April	407	Ä	Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung
16. April	431	Ä	Justizvollzugsverordnung
21. Mai	556	Ä	Gemeindeverordnung
18. Juni	659	Ä	Kantonale Jagdverordnung
2. Juli	714	N	Wasserverordnung
9. Juli	750	Ä	Submissionsverordnung
9. Juli	764	Ä	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung
9. Juli	772	N	Vollzugsverordnung zur Tabakproduktegesetzgebung
27. August	855	Ä	Verordnung über die Aufnahme in die Maturitätsschulen im Anschluss an die Sekundarstufe und nach Abschluss der beruflichen Grundbildung
27. August	856	Ä	Bibliotheksförderungsverordnung
27. August	870	Ä	Verordnung zum Sozialhilfegesetz
24. September	990	Ä	Mittelschulverordnung und Verordnung zum EG BBG
1. Oktober	1016	Ä	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung
1. Oktober	1019	Ä	Personalverordnung, Vollzugsverordnung zum Personalgesetz und Verordnung über die Nutzung von Internet und E-Mail
22. Oktober	1064	N	Gebührenverordnung für die Polizei
5. November	1133	Ä	Verordnung über den Vollzug der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht
5. November	1136	Ä	Rechnungslegungsverordnung
19. November	1192	Ä	Verordnung über psychiatrische und psychologische Gutachten in Straf- und Zivilverfahren
26. November	1227	Ä	Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung
26. November	1233	Ä	Verordnung über die Kleinsiedlungen ausserhalb der Bauzonen
3. Dezember	1273	Ä	Aufnahmereglement für die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene
17. Dezember	1345	Ä	Besondere Bauverordnung I
17. Dezember	1352	Ä	Personalverordnung und Vollzugsverordnung zum Personalgesetz

N = Neuer Erlass
Ä = Änderung

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2025

Die folgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 4 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als Fr. 400 000 (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kan-

tonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung [LS 101]). In der Aufstellung nicht enthalten sind die Ausgaben, welche die Direktionen aufgrund der Kompetenzdelegation gemäss § 39 lit. c und d der Finanzcontrollingverordnung (LS 611.2) bewilligten, sowie die Ausgabenbewilligungen der zuständigen Organe des Konsolidierungskreises 2 (Behörden und Rechtspflege) und der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
15. Januar	20	Strassen, Küsnacht, 17 Seestrasse, Instandsetzung Fahrbahn	4 081 000
15. Januar	23	Unterhaltsreinigung der kantonalen Verwaltungsbauten, Lose 1, 2, 3 und 11	9 849 860
15. Januar	35	Universitäts-Kinderspital Zürich – Eleonorenstiftung Subvention 2025	25 000 000
29. Januar	112	Geoinformationssystem des Kantons Zürich (GIS-ZH), Strategie 2025–2028, Betriebskosten	12 362 000
5. Februar	122	Kantonspolizei, Ersatzbeschaffung IT-Arbeitsplatz-Hardware sowie Hardware-Dienstleistungen	9 800 000
5. Februar	129	Strassen, Uster, 744 Seestrasse, Strasseninstandsetzung, hindernisfreie Bushaltestellen, Fussgänger- und Veloschutzmassnahmen	5 610 000
5. Februar	140	Verlängerung der Glattalbahn, Flughafen bis Kloten Industrie, Hochwasserschutz Kloten, neue Velohauptverbindung	7 167 000
26. Februar	158	Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Instandsetzung Mittel- und Niederspannungsschaltanlagen	12 840 000
5. März	219	Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Verstärkung äusserer Sicherheitsperimeter	5 170 000
19. März	304	Wasserbau, Stadt Zürich, Limmat, Investitionsausgabe und -beitrag für Ertüchtigung Münsterbrücke	16 700 000
26. März	322	Untersuchungs- und Vollzugsgefängnisse Zürich, Ersatz Personenschutzsystem und Anbindung Telefonie	4 900 000
2. April	367	Kantonsschule Zimmerberg, Wädenswil, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	14 900 000
2. April	368	Bezirksanlage Zürich, Ersatzneubau Gefängnis, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	7 750 000
2. April	369	Berufsschule für Detailhandel und Pharmazie Zürich, Instandsetzung, Projektierung und vorgezogene Ausführungsplanung	7 227 000
9. April	381	Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management, Weiterentwicklung und Finanzierung (wiederkehrend)	459 000
9. April	404	Versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern, Subventionen 2025	127 514 262
16. April	434	Identitätsabklärungen durch den Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden, Betrieb und Support	4 187 100
16. April	434	Identitätsabklärungen durch den Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden, Betrieb und Support (wiederkehrend)	1 000 000
7. Mai	473	Strassen, Wallisellen, Dietlikon, Bassersdorf, 588 Alte Winterthurerstrasse, Ortsausgang Wallisellen bis Gemeindegrenze Bassersdorf, Fahrbahninstandsetzung	4 291 000
7. Mai	489	Projekt Plattformen und Rechenzentren sowie Plattformbetrieb, Applikationsbetrieb und Applikationsmanagement	38 434 000
14. Mai	496	Zentrales Stimmregister für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer (wiederkehrend)	450 000
21. Mai	545	Gegenseitige Bereitstellung des zweiten Standbeines der Gruppenwasserversorgung Thurtal-Andelfingen und Kohlfirst, Subvention	5 550 000
4. Juni	572	Kantonspolizei, Weiterführung und Betrieb eines Security Information and Event Management Systems sowie eines Security Operations Centers	6 680 000
4. Juni	597	Strassen, Dübendorf, 754 Gockhauserstrasse, Strasseninstandsetzung	10 471 000
11. Juni	631	Zentrum für Ausländerrechtliche Administrativhaft, Instandsetzung und Umbau	55 800 000

Finanzvorlagen

Datum	RRB-Nr.	Gegenstand	Betrag in Fr.
2. Juli	691	Sozialamt, Personen aus dem Asylbereich, Verlängerung Betrieb der Asylunterkunft ehemaliges Paracelsus-Spital in Richterswil (wiederkehrend)	2 300 000
2. Juli	726	Kantonales Netzwerk LEUnet2	64 400 000
9. Juli	744	Stiftung Juventus-Schulen, Kostenanteil 2025–2029	27 664 000
9. Juli	751	Kantonsschulprovisorium Filiale Affoltern a. A.	54 840 000
9. Juli	766	Justizbehörden, Ersatz Fachapplikationen	91 883 300
9. Juli	770	Konsolidierung und strategische Weiterentwicklung der ServiceNow-Plattform	17 000 000
3. September	884	Einführung MS Teams Telefonie (wiederkehrend)	450 000
17. September	926	Projekt Justitia 4.0	4 900 000
17. September	940	Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz, Programmkosten (wiederkehrend)	1 150 000
24. September	989	Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland, Ersatz- und Ergänzungsbau, Einigung betreffend Baumängel	4 300 000
5. November	1111	Zentralbibliothek Zürich Sanierung/Umbau des Altbaus	7 320 924
5. November	1116	Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Instandsetzung Technikräume	5 900 000
5. November	1127	Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtinstandsetzung	15 540 000
26. November	1234	Kantonspolizei, Zürich HB, Mietvertrag (wiederkehrend)	738 112
26. November	1234	Kantonspolizei, Zürich HB, Mieterausbau	4 280 948
3. Dezember	1259	Strassen, Volketswil, 752 Hegnauerstrasse, Ifangkreisel – Autobahnanschluss A15, Strasseninstandsetzung	4 720 000
3. Dezember	1269	Datenplattform	6 875 450
10. Dezember	1282	Sicherheitsdienstleistungen Strafverfolgung	4 316 148
10. Dezember	1289	Kantonspolizei, Beschaffung und Betrieb einer Ermittlungsplattform	9 785 288

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis Ja/A	Ergebnis Nein/B	Stimme- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis Ja	Ergebnis Nein
9. Februar	Eidgenössische Volksabstimmungen Volksinitiative vom 21. Februar 2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umwelt- verantwortungsinitiative)»	121 154	249 619	38.30	639 005	1 473 529
	Kantonale Volksabstimmungen Beschluss des Regierungsrates – Verzicht auf die Anordnung einer kantonalen Volksabstimmung am 9. Februar 2025					
18. Mai	Kantonale Volksabstimmungen Steuergesetz (StG) (Änderung vom 4. No- vember 2024; Schritt 2 der Steuervorlage 17) <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Ja</i>	149 962	179 439	35.32		
28. Sept.	Eidgenössische Volksabstimmungen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegen- schaften E-ID-Gesetz	306 156 274 702	194 499 229 221	52.01 52.16	1 579 379 1 384 586	1 156 598 1 363 362
	Kantonale Volksabstimmungen Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 27. Januar 2025; Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Nein</i>	191 915	282 259	51.30		
30. Nov.	Eidgenössische Volksabstimmungen Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	84 719 113 921	366 961 338 292	46.63 46.65	379 616 520 139	2 014 785 1 874 209
	Kantonale Volksabstimmungen Einführungsgesetz zum Krankenversiche- rungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 7. April 2025; Prämienverbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag) <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Nein</i> A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» <i>Empfehlung Kantonsrat: Nein</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Nein</i> B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025 <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Nein</i> C. Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die kantonale Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates angenommen werden?	210 133 107 045 177 424 104 714	219 357 314 688 222 476 270 131	46.62 46.18 45.47 45.10		

Volksabstimmungen

Datum	Abstimmungsgeschäft	Kantonales Ergebnis		Stimme- teiligung (Kt.) %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja/A	Nein/B		Ja	Nein
	A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» <i>Empfehlung Kantonsrat: Nein</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Nein</i>	176 479	257 474	46.80		
	B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025 <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Ja</i>	212 709	204 251	46.22		
	C. Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die kantonale Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates angenommen werden?	160 273	234 277	45.76		
	Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025; Umsetzung der «Mobilitätsinitiative») <i>Empfehlung Kantonsrat: Ja</i> <i>Empfehlung Regierungsrat: Ja</i>	240 982	183 538	46.58		

Teil II

Direktionen und Staatskanzlei

01

Staatskanzlei

Überblick	52
Legislaturziele	53
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	53
Finanzierung	54
Übersicht	54
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	54
Personal- und Lohnstatistik	54
Beschäftigungsumfang	54
Lohnaufwand	54
Anstellungsverhältnisse	54
Parlamentarische Vorstösse	54
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	54
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	54
Leistungsgruppen	55
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	55

Überblick

Digitale Verwaltung

Die Strategie Digitale Verwaltung 2025+ wurde im Berichtsjahr durch den Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 45/2025). Die strategischen Initiativen wurden Mitte 2025 abgeschlossen. Die Strategie gewährleistet ein orchestriertes Vorgehen in der digitalen Transformation und definiert übergeordnet die langfristige Ambition, die Wirkungsbereiche und die strategischen Ziele. Im Zentrum stehen die drei Wirkungsbereiche Bevölkerung und Wirtschaft, Föderales System und Transformation der Verwaltung. Die Umsetzungsorganisation sieht eine gemeinschaftliche Führung durch die Leitungen des Bereichs digitale Verwaltung der Staatskanzlei, des Amtes für Informatik, des Personalamtes und des Statistischen Amtes vor.

Für die rechtskonforme Umsetzung des 2027 in Kraft tretenden geänderten Verwaltungsrechtspflegegesetzes und der neuen Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren wurde bei der Staatskanzlei das direktionsübergreifende Projekt VRGo lanciert. Dieses hat zum Ziel, prozessuale, technische und organisatorische Lösungen, die von allen Direktionen und Ämtern benötigt werden, zentral und einmalig zur Verfügung zu stellen, und ist für die Verwaltung von hoher Bedeutung.

Der Staatskalender ist unter dem Titel «Behördenverzeichnis» digital über den kantonalen Webauftritt verfügbar. Im gleichen Verzeichnis sollen inskünftig Informationen zu Verfahren gemäss der Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren geführt werden.

Der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan wurde mit der Ausgabe 2026–2029 erstmals auf einer digitalen Plattform publiziert. Der Teil Planung des Regierungsrates sowie der Budgetentwurf wurden als Webseiten aufbereitet. Auf Einstiegsseiten pro Direktion und die Staatskanzlei werden die jeweiligen Kapitel mit den Leistungsgruppenblättern zum Download angeboten. Dies erleichtert den Zugang.

Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union

Im Juni des Berichtsjahres eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Paket Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (EU). Das Paket umfasst nicht nur die weiterentwickelten und neuen Abkommen mit der EU, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen für eine innerstaatliche Umsetzung. Der Kanton prüfte das Paket eingehend und äusserte sich im Rahmen der Erarbeitung einer kantonalen Stellungnahme durch die Konferenz der Kantonsregierungen. Am 24. Oktober verabschiedete diese ihre Stellungnahme, in der das ausgehandelte Abkommen und die innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung grundsätzlich unterstützt werden. Gleichzeitig machten die Kantone Vorschläge für eine optimierte Umsetzung der Abkommen.

Vorsitz Internationale Bodensee-Konferenz

Der Kanton übernimmt 2026 zum dritten Mal den Vorsitz der Internationalen Bodensee-Konferenz. Im Berichtsjahr wurden die Örtlichkeiten und Kulturprogramme für die Sitzungen der Gremien auf Regierungsebene und des Ständigen Ausschusses bestimmt, die alle im Kanton stattfinden. Für das Vorsitzjahr hat die Staatskanzlei die Studie «IBK 2050 – Zukunftsbilder zum Weiterdenken» in Auftrag gegeben. Diese setzt sich mit der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Nachbarschaft in der Bodenseeregion in den nächsten 25 Jahren auseinander.

Kommunikation

Im Wissen, dass Kommunikation im staatlichen Handeln ständig an Bedeutung gewinnt, hat die Staatskanzlei im Berichtsjahr ihre Kommunikationsaktivitäten nochmals verstärkt. Dabei setzte sie vermehrt auf multimediale Inhalte und die sozialen Medien. Mit Bildern und Filmen kann der Kanton über die sozialen Medien Inhalte zeitgemäss und bedürfnisgerecht direkt an das Publikum vermitteln. Dies geschieht in enger Abstimmung unter den Direktionen und der Staatskanzlei. Die Entwicklung der Nutzendenzahlen ist erfreulich. In der Abstimmungskommunikation konnte im Berichtsjahr ein wichtiger Schritt in Richtung Inklusion vorgenommen werden. Die Abstimmungsunterlagen werden auf dem kantonalen Webauftritt neu in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt. So können sich auch Menschen mit Lernschwierigkeiten oder schlechten Deutschkenntnissen über die Abstimmungsvorlagen informieren und am politischen Geschehen im Kanton mitwirken. Bisher beschränkte sich das Angebot in Gebärdensprache auf zusätzliche Versionen bestehender Videos. Neu werden zusätzlich textliche Webinhalte als Videos in Gebärdensprache angeboten.

Verwaltung der Zukunft

Die Staatskanzlei führte die zweite Ausgabe der kantonsinternen Veranstaltungsreihe Verwaltung der Zukunft durch. Im Fokus stand die Aussenwahrnehmung. Aus der Perspektive der Wissenschaft und der Gesellschaft richteten mehrere Referentinnen und Referenten den Blick auf die Verwaltung der Zukunft und diskutierten mit Kader- und Fachpersonen aus allen Direktionen und der Staatskanzlei Chancen und Herausforderungen.

Legislaturziele

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10 In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.

RRZ 10a	Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.	1000	2027
RRZ 10b	Die digitale Transformation vorantreiben, indem Vorhaben aus den strategischen Initiativen und den Direktionen gebündelt und effizient realisiert werden.	1000	2027
RRZ 10c	Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.	1000	2025
RRZ 10d	Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.	1000	2027
RRZ 10e	Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.	1000	2027
RRZ 10f	Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.	1000	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

SK 10.1 Die Staatskanzlei gestaltet die digitale Transformation ganzheitlich und innovativ mit und koordiniert sie.

SK 10.1a	Die Strategie Digitale Verwaltung erneuern und ihre Umsetzung vorantreiben.	1000	2026

SK 10.2 Die Staatskanzlei erbringt konsequent hochwertige Leistungen in Regierungsgeschäften, Aussenbeziehungen und Verwaltungsführung und entwickelt diese weiter.

SK 10.2a	Das Zürlikonto weiterentwickeln und darüber verfügbare Leistungsangebote ausbauen.	1000	2027
SK 10.2b	Die Publikationen der gesamtpolitischen Planung und Steuerung digital veröffentlichen und die Erstellungsprozesse weiterentwickeln.	1000	2026
SK 10.2c	Mit egovpartner die erneuerte Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten gestalten und bedarfsgerechte Vorhaben realisieren.	1000	2026
SK 10.2d	Die Unterstützung des Regierungsrates und der Direktionen in der Public Corporate Governance gewährleisten.	1000	2026
SK 10.2e	Unterstützungsangebote an die Verwaltungseinheiten (Kanton und Gemeinden) für die eigenständige Umsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 30. Oktober 2023 (Verfahrenshandlungen elektronisch vornehmen) zur Verfügung stellen.	1000	2025
SK 10.2f	Vom Regierungsrat festgelegten Regelungsbedarf zur Zusammenarbeit des Kantons in einfachen Gesellschaften und Vereinen umsetzen.	1000	2025
SK 10.2g	Die (Schlüssel-)Geschäftsprozesse hinsichtlich Optimierungsmöglichkeiten überprüfen und sichern.	1000	2025

SK 10.3 Die Staatskanzlei leistet einen Beitrag zur Stärkung der Position des Kantons Zürich nach aussen, indem sie eine Gesamtsicht der Interessen schafft und in einem einheitlichen Auftritt vertritt.

SK 10.3a	Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen.	1000	2025
SK 10.3b	Die Position des Kantons Zürich wird in der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) aktiv eingebracht.	1000	2025

SK 10.4 Die Staatskanzlei pflegt eine zukunftsorientierte Dienstleistungskultur und wird als verlässliche und professionelle Partnerin anerkannt.

SK 10.4a	Gemeinsam ein Führungsverständnis und eine Zusammenbeitskultur pflegen, die eine ganzheitliche Perspektive in den Fokus stellen.	1000	2026
SK 10.4b	Die Entwicklungsmöglichkeiten aller Mitarbeitenden aktiv fördern und die hierfür nötigen Rahmenbedingungen und Instrumente bereitstellen.	1000	2025

Finanzierung

Übersicht

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	3.0	3.9	0.0	0.0	3.9	2.9	-1.0	-25.7
Aufwand	-33.2	-39.3	0.0	0.0	-39.3	-34.5	4.9	12.4
Saldo	-30.3	-35.4	0.0	0.0	-35.4	-31.5	3.9	10.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
3.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.1	1000	- Das verwaltungsübergreifende Projekt VRGo machte eine starke Priorisierung und Bündelung der Ressourcen notwendig. Auch die Direktionen und ihre Ämter haben infolge des Projekts VRGo die Umsetzung von digitalen Leistungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder sistiert. Deshalb konnten der Ausbau von digitalen Angeboten über die Transaktionsplattform ZHservices und das Zürikonto sowie dazugehörige Produktweiterentwicklungen nicht vorangetrieben werden, sodass die budgetierten Mittel 2025 nicht ausgeschöpft wurden.
0.7	1000	- Bei zwei Projekten (GemeindePortale Zürich und E-Services) verzögert sich aufgrund der Komplexität die Ausführung auf 2026.
0.1		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	88.7	94.0	91.8	-2.2	-2.4

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	14773	15043	15163	120	0.8
Total	14773	15043	15163		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	105	47	58	65	40
Total	105	47	58	65	40

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
401/2019	Anstandsregel für scheidende Regierungsrätinnen und Regierungsräte (Motion Anne-Claude Hensch Frei und Selma L'Orange Seigo, Zürich)	Vorlage 401a/2019 vom 26.03.2025	27.03.2023
240/2021	Gesetzliche Grundlage zur Bestellung von Führungsorganen in selbstständigen Organisationen (Motion Esther Staub, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 240c/2021 vom 01.10.2025	27.03.2023
124/2021	Kundenfreundliche Einsicht in amtliche Publikationen (Motion Kommission für Planung und Bau)	Vorlage 124a/2021 vom 26.03.2025	27.03.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
442/2022	Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen (Postulat Isabel Bartal, Eglisau, Sibylle Marti, Zürich, und Markus Schaaf, Zell)	29.04.2024
161/2024	Sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in kantonalen Institutionen (Postulat Linda Camenisch und Daniela Rinderknecht, Wallisellen, sowie Flavio Donato Scognamiglio, Freienstein-Teufen)	03.03.2025

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen: Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Verwaltungsführung und Repräsentation.
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen unterstützen.
- A3 Den Regierungsrat bei der Information der Öffentlichkeit und Kommunikation unterstützen: Medienarbeit und Medienbeobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG.
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken: Leitung direktionsübergreifender Gremien, Bewirtschaftung Intranet, Postdienst, Weibeldienst.
- A5 Die Umsetzung der digitalen Verwaltung fördern und koordinieren.

Bemerkungen

- A3 Auf dem kantonalen Webauftritt wurden erste Inhalte in Gebärdensprache publiziert. Abstimmungsinformationen werden seit September 2025 auch in Leichter Sprache angeboten.
- A5 Zur zielgerichteten Umsetzung wurde die Strategie Digitale Verwaltung erneuert und die entsprechende Umsetzungsorganisation neu aufgestellt. Verschiedene Projekte wurden umgesetzt und die Resultate in den Betrieb übergeben.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1339	1400	1357	-43	-3.1
L2	Erliedigte Rekurse	A1	114	30	51	21	70.0
L3	Betreute Verfahren der gesamtpolitischen Steuerung und Berichterstattung	A1	4	4	4	0	0.0
L4	Entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat	A1	856	800	897	97	12.1
L5	Dokumentationen an die Zürcher Mitglieder der Bundesversammlung über die Haltung des Kantons	A2	38	30	30	0	0.0
L7	Medienkonferenzen	A3	69	60	58	-2	-3.3
L8	Medienmitteilungen	A3	282	300	297	-3	-1.0
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls	A3	15884	15500	17485	1985	12.8
L10	Geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien	A4	17	17	15	-2	-11.8
L11	Vorhaben aus den strategischen Initiativen (Zielwert)	A5	18	10	16	6	60.0
L12	Auf ZHservices bereitgestellte Angebote (Zielwert)	A5	22	22	23	1	4.5
L13	Bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	3143328	3200000	2984036	-215964	-6.7
L18	Bearbeitete Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3	71	80	54	-26	-32.5
L19	Betreute interkantonale und internationale Gremien	A2	20	19	19	0	0.0
L20	Von der Redaktionskommission behandelte Vorlagen	A1	32	25	37	12	48.0
W2	Auf ZHservices abgewickelte Transaktionen	A5	1387000	1700000	1422500	-277500	-16.3
W3	Durchschnittliche Anzahl Besuche auf zh.ch pro Tag	A3	50000	50000	45000	-5000	-10.0

Bemerkungen

- L2 Im Bereich des Covid-19-Härtefallprogramms sind im Berichtsjahr nochmals 20 Rekurse neu eingegangen. In diesem Bereich erledigt wurden 28 Rekurse, 16 Rekurse sind noch pendent.
- L9 Aufgrund zusätzlicher Herstellung von Synopsen im Auftrag der Parlamentsdienste sowie des umfangreichen PUK-Berichts wurden mehr Seiten erstellt.
- L10 Es wurden zwei geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien (Koordinationsgruppe Digitale Verwaltung und Steuerungsausschuss Initialisierung integrales Risikomanagement) im Berichtsjahr aufgelöst.
- L11 Seit 2024 werden die Vorhaben und Projekte zusammengezählt. Die Anzahl Projekte war auf dem Niveau des Vorjahres.
- L18 Die Zahl der bearbeiteten Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen hängt von der Zahl der eingegangenen Gesuche ab.
- L20 Die Zahl der Vorlagen, die der Redaktionskommission unterbreitet werden, unterliegt jährlichen Schwankungen.
- W2 Die abgewickelten Transaktionen auf ZHservices konnten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Prognose für das Berichtsjahr war zu optimistisch.
- W3 Die durchschnittliche Anzahl Besuche fällt aufgrund einer neuen Messmethode tiefer aus als im Vorjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

Die Organisation egovpartner hat mit Projekten, Beratungen sowie Veranstaltungen im Bereich Digitalisierung und digitale Transformation zur Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden bzw. Städten beigetragen, wie es die Strategie Digitale Verwaltung 2025+ als Schwerpunkt vorsieht. Ein Fokus lag in der Unterstützung im Vorfeld des Inkrafttretens des teilrevidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Weiter unterstützte die neu in der Staatskanzlei etablierte Anlaufstelle für interkantonale Kooperationen die Verwaltungseinheiten bei der Wahrung föderalismuspolitischer Interessen beim Aufbau oder bei der Weiterentwicklung interkantonalen Kooperationen. Zudem engagierte sich der Kanton in der Zusammenarbeitsorganisation Digitale Verwaltung Schweiz, die im Berichtsjahr ein Zielbild zur föderalen Zusammenarbeit der Digitalen Verwaltung erarbeitet hat.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 10b Die digitale Transformation vorantreiben, indem Vorhaben aus den strategischen Initiativen und den Direktionen gebündelt und effizient realisiert werden.

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die neue Strategie Digitale Verwaltung 2025+ und deren Umsetzung festgesetzt (RRB Nrn. 45/2025 und 635/2025). Das Amt für Informatik, das Personalamt sowie das Statistische Amt und der Bereich Digitale Verwaltung der Staatskanzlei sind gemeinsam für die Gesamtführung verantwortlich. Die strategischen Initiativen wurden erfolgreich abgeschlossen und noch laufende Projekte in die Umsetzungsorganisation der Strategie überführt. Als Schlüsselprojekte wurden die Umsetzung des neuen Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Projekt VRGo) sowie der Aufbau einer KI-Organisation und -Governance (Projekt SynerKI) lanciert und vorangetrieben. Weiter hatte die Umsetzung und Gestaltung eines zeitgemässen Lernangebots (Projekt ZHLearn) eine hohe Relevanz.

Planmässig 2027

RRZ 10c Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.

Mehrere grosse Projekte der Digitalen Verwaltung wurden rechtlich begleitet. Die Umsetzung der Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend elektronische Verfahrenshandlungen brachte komplexe Rechtsfragen mit sich. Das erforderte eine besonders enge interdisziplinäre Zusammenarbeit und den Einbezug von verwaltungsinternen und -externen Stakeholdern. Im Rechtsetzungsvorhaben zur Schaffung eines Gesetzes über elektronische Basisdienste wurde die Behandlung der Vorlage in der Kommission für Staat und Gemeinden begleitet. Weiter wurde das neu gestartete Rechtsetzungsvorhaben zur künftigen Organisationsform von egovpartner unterstützt.

Abgeschlossen 2025

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.

Das Statistische Amt und das Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Inneren sind federführend bei der datenschutzkonformen Umsetzung des Prinzips der Einmalerfassung. Die Arbeiten werden im Rahmen des Projekts Data Governance konsolidiert. Die Staatskanzlei hat im Berichtsjahr an zwei Projekten gearbeitet, die einen Beitrag zur Umsetzung dieser Massnahme leisten. Dies betrifft einerseits die digitale Publikation des Staatskalenders und andererseits die Konzeption des Verzeichnisses über algorithmische Entscheidungssysteme (AES), das im Verlaufe des Jahres 2026 publiziert werden soll.

Planmässig 2027

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Im April des Berichtsjahres wurde das Lernangebot Digitale Transformation in der kantonalen Verwaltung eingeführt. Es umfasst derzeit acht Module, die gezielt auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden, Fachpersonen und Führungskräfte ausgerichtet sind. Das Lernangebot ermöglicht den Zielgruppen, ihre Kompetenzen zu Themen der digitalen Transformation, mit Relevanz für die kantonale Verwaltung, kontinuierlich zu erweitern. Betrieb und Weiterentwicklung des Angebots sind darauf ausgerichtet, dieses bedarfsgerecht und schrittweise auszubauen.

Planmässig 2027

RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.

Als Folgeprojekt der Initialisierung der Anlaufstelle KI verfolgt das Projekt SynerKI das Ziel, eine übergreifende Organisation im Themenfeld KI aufzubauen. Diese soll den Bedarf der Direktionen und Ämter im Bereich KI adressieren und gemeinsam mit dem Bereich Digitale Verwaltung der Staatskanzlei, dem Amt für Informatik, dem Personalamt und dem Statistischen Amt Dienstleistungen für sie erbringen. Dazu zählen die Priorisierung und rasche Umsetzung von verwaltungsweiten KI-Lösungen sowie die gezielte Unterstützung einzelner Verwaltungseinheiten bei der Implementierung von KI-Anwendungen. Gleichzeitig soll diese Struktur die Verwaltungseinheiten aktiv in die Weiterentwicklung einbinden. Eine erste Erprobung des Organisationsmodells ist für 2026 geplant.

Planmässig 2027

SK 10.1a Die Strategie Digitale Verwaltung erneuern und ihre Umsetzung vorantreiben.

Die Erarbeitung der neuen Strategie Digitale Verwaltung 2025+ wurde im Januar des Berichtsjahres vom Regierungsrat verabschiedet (RRB Nr. 45/2025). Die dazugehörige Umsetzungsorganisation wurde in enger Zusammenarbeit mit Beteiligten und Betroffenen erarbeitet. Sie fokussiert auf einer noch stärkeren Zusammenarbeit der internen Dienstleister Amt für Informatik, Personalamt, Statistisches Amt und Bereich Digitale Verwaltung der Staatskanzlei. Die strategischen Initiativen wurden abgeschlossen und noch laufende Projekte in die Umsetzungsorganisation der neuen Strategie überführt.

Abgeschlossen 2026

SK 10.2a Das Zürikonto weiterentwickeln und darüber verfügbare Leistungsangebote ausbauen.

Bei den bestehenden Angeboten des Zürikontos konnten Verbesserungen für die Nutzenden realisiert werden. Die Zugänglichkeit wurde verbessert. Zudem erfolgte die Erweiterung um Ansichten auf Pendenzen und die Vorbereitung auf die Umsetzung des neuen Verwaltungsrechtspflegegesetzes mit Quittungen. Über das Zürikonto können neu Gesuche um Förderbeiträge Pflege eingereicht und erhaltene Zahlungen eingesehen werden, PDF-Rechnungen der Bevölkerung an den Kanton sicher übermittelt und finanzielle Leistungen der Opferhilfe abgewickelt werden.

Planmässig 2027

SK 10.2b Die Publikationen der gesamtpolitischen Planung und Steuerung digital veröffentlichen und die Erstellungsprozesse weiterentwickeln.

Für die digitale Veröffentlichung des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans sowie des Geschäftsberichts des Regierungsrates auf dem kantonalen Webauftritt wurden neue Seitentypen und Inhaltskomponenten umgesetzt. Der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan wurde mit der Ausgabe 2026–2029 erstmals online publiziert.

Verzögert 2026

Für die zu ersetzenden Tools zur Erstellung des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans und des Geschäftsberichts wurde eine Nachfolgelösung vorangetrieben. Die Initialisierungsphase des Projekts wurde abgeschlossen. Die weiteren konzeptionellen Arbeiten sind aufwendiger als ursprünglich geplant, weshalb es zu einer Verzögerung kommt.

SK 10.2c Mit egovpartner die erneuerte Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten gestalten und bedarfsgerechte Vorhaben realisieren.

Mit RRB Nr. 222/2025 hat die Staatskanzlei den Auftrag für das Rechtsetzungsprojekt egovpartner erhalten. Die Projektorganisation einschliesslich Vertretung der Gemeinde und Städte wurde festgesetzt, die Arbeiten am Normkonzept laufen. Verschiedene Projektvorhaben zur Realisierung von Synergien zwischen Gemeinden und Städten und zu durchgängig digitalisierten Prozessen wurden umgesetzt, wie z.B. die gemeinsame Beschaffung einer Signaturlösung für Gemeinden und Städte oder Grundlagen für die Nutzung des Behörden-Logins AGOV in Gemeinden und Städten. Strategische Vorhaben wie die Realisierung einer gemeinsamen E-Services-Portallösung für Gemeinden und Städte wurden vorangetrieben. Die Studie ist abgeschlossen und das Beschaffungsvorhaben weit fortgeschritten.

Planmässig 2026

SK 10.2d Die Unterstützung des Regierungsrates und der Direktionen in der Public Corporate Governance gewährleisten.

In Umsetzung der Motion KR-Nr. 240/2021 betreffend Gesetzliche Grundlage zur Bestellung von Führungsorganen in selbstständigen Organisationen hat der Regierungsrat die bestehenden Regelungen für die Einsetzung der strategischen Führungsorgane vereinheitlicht, stufengerecht auf Ebene Gesetz, Verordnung oder Richtlinien weitergeführt sowie die Wahlgeschäfte und die Oberaufsicht des Kantonsrates besser unterstützt (RRB Nr. 1015/2025). Die Sitze sollen künftig in der Regel öffentlich ausgeschrieben werden, und auch der Kantonsrat soll sich bei der Wahl von Mitgliedern in Führungsorganen an die einheitlichen Vorgaben halten. Darüber hinaus hat die Staatskanzlei den Regierungsrat und die Direktionen bei zahlreichen Geschäften zu den Beteiligungen des Kantons unterstützt.

Planmässig 2026

SK 10.2e Unterstützungsangebote an die Verwaltungseinheiten (Kanton und Gemeinden) für die eigenständige Umsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 30. Oktober 2023 (Verfahrenshandlungen elektronisch vornehmen) zur Verfügung stellen.

Die Inkraftsetzung der Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes und der neuen Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren wurde auf den 1. Januar 2027 verschoben. Zur Umsetzung wurde das direktionsübergreifende Projekt VRGo unter der Führung der Staatskanzlei gestartet. Zusammen mit den Umsetzungsverantwortlichen aus den Direktionen und der Staatskanzlei wurden Anforderungen an eine gemeinsame technische Lösung definiert. Die technischen Aktivitäten werden im Hinblick auf neue Arbeitsweisen durch geeignete Befähigungsmassnahmen flankiert.

Verzögert 2025

SK 10.2f Vom Regierungsrat festgelegten Regelungsbedarf zur Zusammenarbeit des Kantons in einfachen Gesellschaften und Vereinen umsetzen.

Um den Regelungsbedarf umzusetzen, hat der Regierungsrat am 10. Dezember ein Handbuch für die Zusammenarbeit des Kantons mit Dritten in einfachen Gesellschaften und privatrechtlichen Vereinen festgelegt. Über die Zentralverwaltung hinaus gilt dieses als Empfehlung für die von der konsolidierten Rechnung erfassten selbstständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts. Der Regierungsrat hat die Direktionen und die Staatskanzlei beauftragt, die bereits bestehenden Kooperationen in einfachen Gesellschaften und Vereinen an die Vorgaben des Handbuchs anzupassen.

Abgeschlossen 2025

SK 10.2g Die (Schlüssel-)Geschäftsprozesse hinsichtlich Optimierungsmöglichkeiten überprüfen und sichern.

Infolge hoher Ressourcenauslastung und geänderter Prioritätensetzung konnten die Arbeiten nicht wie geplant vorangetrieben werden.

Verzögert 2025

SK 10.3a Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen.

Der Bundesrat eröffnete im Juni des Berichtsjahres die Vernehmlassung zum Paket Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU bzw. Bilaterale III. Das Paket umfasst die weiterentwickelten und neuen Abkommen mit der EU sowie die gesetzlichen Grundlagen für eine innerstaatliche Umsetzung. Der Kanton prüfte das Paket eingehend und äusserte sich im Rahmen der kantonalen Stellungnahme durch die Konferenz der Kantonsregierungen. Am 24. Oktober des Berichtsjahres verabschiedete diese ihre Stellungnahme, in der das ausgehandelte Abkommen und die innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung grundsätzlich unterstützt werden. Gleichzeitig machten die Kantone in der Stellungnahme Vorschläge für eine optimierte Umsetzung der Abkommen.

Abgeschlossen 2025

SK 10.3b Die Position des Kantons Zürich wird in der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) aktiv eingebracht.

Zur Finanzierungsvereinbarung der zur gemeinsamen föderalen Steuerung der digitalen Transformation geschaffenen Zusammenarbeitsorganisation Digitale Verwaltung Schweiz hat der Kanton mit RRB Nr. 90/2025 Stellung genommen. Die Digitale Verwaltung Schweiz hat im Berichtsjahr ein Zielbild zur föderalen Zusammenarbeit digitale Verwaltung erarbeitet und zum Mitbericht eingeladen. Mit dem Zielbild soll sichergestellt werden, dass die föderale Zusammenarbeit von der Strategie bis zur Umsetzung entlang der gesamten Wertschöpfungskette der digitalen Transformation gedacht und mit einer grösseren Konsequenz als heute umgesetzt wird. Der Kanton hat mit RRB Nr. 660/2025 dazu Stellung genommen.

Abgeschlossen 2025

SK 10.4a Gemeinsam ein Führungsverständnis und eine Zusammenarbeitskultur pflegen, die eine ganzheitliche Perspektive in den Fokus stellen.

Im Rahmen von gemeinsamen Projektarbeiten, der abgestimmten Abwicklung von fachübergreifenden Geschäftsfällen oder mit Veranstaltungen wurde interdisziplinäres Arbeiten weiter gefördert.

Planmässig 2026

SK 10.4b Die Entwicklungsmöglichkeiten aller Mitarbeitenden aktiv fördern und die hierfür nötigen Rahmenbedingungen und Instrumente bereitstellen.

Infolge hoher Ressourcenauslastung und geänderter Prioritätensetzung konnten die Arbeiten auf Konzeptstufe nicht wie geplant vorangetrieben werden. Die Finalisierung und Umsetzung verzögern sich.

Verzögert 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	88.7	94.0	91.8	-2.2	-2.4

Bemerkungen R25 zu B25

-1.0 Vakante Stelle im Bereich Digitale Verwaltung; Stellenbesetzung ab Januar 2026

-1.2 Pensenreduktionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.0	3.9	0.0	0.0	3.9	2.9	-1.0	-25.7
Aufwand	-33.2	-39.3	0.0	0.0	-39.3	-34.5	4.9	12.4
Saldo	-30.3	-35.4	0.0	0.0	-35.4	-31.5	3.9	10.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.1	A5	- Das verwaltungsübergreifende Projekt VRGo machte eine starke Priorisierung und Bündelung der Ressourcen notwendig. Auch die Direktionen und ihre Ämter haben infolge des Projekts VRGo die Umsetzung von digitalen Leistungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder sistiert. Deshalb konnten der Ausbau von digitalen Angeboten über die Transaktionsplattform ZHservices und das Zürikonto sowie dazugehörige Produktweiterentwicklungen nicht vorangetrieben werden, sodass die budgetierten Mittel im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft wurden.
0.7	A5	- Bei zwei Projekten (GemeindePortale Zürich und E-Services) verzögert sich aufgrund der Komplexität die Ausführung auf 2026.
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -219947	Verwendung 2025 48711	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) -75000	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -246236	Veränderung Bestand -26289

Bemerkungen

Den Mitarbeitenden wurden zusätzliche Leistungserbringungen abverlangt, insbesondere im Projekt VRGo. Die Rücklagen werden ausschliesslich für Personalanlässe verwendet.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	62
Legislaturziele	64
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	64
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	64
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	65
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	65
Finanzierung	66
Übersicht	66
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	66
Personal- und Lohnstatistik	67
Beschäftigungsumfang	67
Lohnaufwand	67
Anstellungsverhältnisse	67
Parlamentarische Vorstösse	68
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	68
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	68
Leistungsgruppen	69
2201 Generalsekretariat	69
2204 Staatsanwaltschaft	74
2205 Jugendstrafrechtspflege	77
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	80
2207 Gemeindeamt	85
2216 Kantonaler Finanzausgleich	88
2221 Handelsregisteramt	90
2223 Statistisches Amt	92
2224 Staatsarchiv	95
2232 Kantonale Opferhilfestelle	98
2233 Fachstelle Gleichstellung	100
2234 Fachstelle Kultur	102
2241 Fachstelle Integration	105
2251 Bezirksräte	108
2261 Statthalterämter	110
2270 Religionsgemeinschaften	112
2934 Kulturfonds	113

Überblick

Zu den Aufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören die Strafverfolgung, der Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Personen. Weitere Aufgaben sind die Opferhilfe, die Beziehungen zu den Gemeinden, Bezirken und Religionsgemeinschaften, das Archivwesen, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, die Kulturförderung und die Gleichstellung, das Handelsregisteramt und das Statistische Amt, das auch für Wahlen und Abstimmungen zuständig ist. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Direktion ist die Stärkung der gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

Lernprogramm Dolas für Sexualstraftäter

Nach dem Erfolg des Lernprogramms «PoG – Partnerschaft ohne Gewalt» entwickelten die Bewährungs- und Vollzugsdienste von Justizvollzug und Wiedereingliederung das Lernprogramm «DoLaS – Deliktorientiertes Lernprogramm für angepasstes Sexualverhalten». Hintergrund des neuen Angebots ist das seit Mitte 2024 geltende revidierte Sexualstrafrecht. Wer gegen die sexuelle Integrität eines anderen Menschen verstossen hat und zu einer (teil)bedingten Strafe verurteilt wurde, kann nun zu einem Lernprogramm verpflichtet werden. Auch bei einer Verurteilung wegen sexueller Belästigung kann neu die Teilnahme an einem Lernprogramm angeordnet werden. Das DoLaS-Programm steht seit Anfang des Berichtsjahres zur Verfügung. Lernprogramme helfen dabei, das deliktrelevante Verhalten nachhaltig zu ändern und Rückfälle zu verhindern. Die Evaluation des Lernprogramms «PoG – Partnerschaft ohne Gewalt» zeigt, dass das Rückfallrisiko bei einer zum Programm zugewiesenen Person um 80% kleiner ist.

Neu Stimmrecht trotz Beistandschaft

Die politische Partizipation ist ein zentrales Anliegen des Kantons: Alle Menschen sollen ihre politischen Rechte wahrnehmen können. Heute sind Menschen, die unter einer umfassenden Beistandschaft stehen, von kantonalen und kommunalen Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen. Das soll sich ändern. Den Anstoss dazu gab eine Behördeninitiative der Stadt Zürich: Die Zürcher Gemeinden sollen künftig die Möglichkeit haben, ein solches Stimm- und Wahlrecht einzuführen. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen, bevorzugt aber eine Regelung, die für den ganzen Kanton gilt. Er unterbreitet dem Kantonsrat deshalb einen Gegenvorschlag: Neu soll Menschen mit umfassender Beistandschaft sowohl das aktive als auch das passive Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler und kantonaler Ebene zustehen (Vorlage KR-Nr. 233a/2023). Damit wird ein zentrales Anliegen der UNO-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Gleichzeitig sollen neue gesetzliche Grundlagen dafür sorgen, dass Kanton und Gemeinden die UNO-Behindertenrechtskonvention besser umsetzen können. Sie sollen die notwendigen Massnahmen treffen können, damit Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Finanzkontrollbericht zur Beschaffung der neuen Fachapplikation von Justizvollzug und Wiedereingliederung

Der Regierungsrat hat 2024 den Auftrag für eine neue Softwarelösung im Bereich Justizvollzug freihändig vergeben (RRB Nr. 821/2024). Nach Kritik an diesem Vorgehen hat die Finanzkontrolle eine unabhängige Prüfung durchgeführt. Der Prüfbericht vom Juni des Berichtsjahres kommt zum Schluss, dass die Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsratsbeschluss zur Beschaffung und Einführung der neuen Fachapplikation grundsätzlich schlüssig waren. Das gewählte Vorgehen der Direktion wird als zweckmässig, weitgehend pragmatisch und nachvollziehbar beurteilt. Auch die Arbeitsweise der Projektleitung entsprach den vom Kanton vorgegebenen Projektmanagementmethoden. Plausibel dargelegt sind nach Beurteilung durch die Finanzkontrolle auch die deutlich gestiegenen Kosten. Fragezeichen setzt die Finanzkontrolle hinter die Dringlichkeit des Vorgehens. Die Direktion hat den Bericht mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Bussen-Infopoint

Seit dem 1. September des Berichtsjahres betreibt Justizvollzug und Wiedereingliederung den Bussen-Infopoint an der Kanonengasse in Zürich. Hier können Betroffene direkt vor Ort ein Gesuche für gemeinnützige Arbeit stellen. Dieses wird sofort durch Mitarbeitende der Bewährungs- und Vollzugsdienste bearbeitet. Dadurch werden Einsätze in der gemeinnützigen Arbeit noch einfacher möglich. Wer eine Busse oder Geldstrafe nicht bezahlt, muss diese unter Umständen durch eine Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis verbüssen. 2024 verzeichnete der Kanton 1050 Fälle von Personen, die wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen ins Gefängnis mussten. Künftig sollen mehr Betroffene ihre Strafe in Form von gemeinnütziger Arbeit leisten, anstatt ins Gefängnis zu gehen. Mit dieser Alternative sind gleich mehrere Vorteile verbunden: Die Betroffenen bleiben in ihrem sozialen Umfeld, die Zahl der Ersatzfreiheitsstrafen sinkt, was die Gefängnisse entlastet und finanzielle Mittel einspart. Ein Einsatztage in gemeinnütziger Arbeit verursacht deutlich geringere Kosten als ein Tag im Gefängnis.

Unterzeichnung der internationalen Charta zur Unabhängigkeit der Statistik

Das Statistische Amt hat im Berichtsjahr die «Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz» unterzeichnet und setzt damit ein Zeichen für eine unabhängige und qualitativ hochwertige Statistikproduktion. Die Charta ist ein berufsethischer Verhaltenskodex. Er legt Standards für das Entwickeln, Erstellen und Verbreiten öffentlicher Statistiken fest. Die Charta wurde von Bund, Kantonen und Städten erarbeitet und in vierter Auflage veröffentlicht. In der Charta sind 16 Prinzipien formuliert. Sie sollen sicherstellen, dass die öffentliche Statistik fachlich unabhängig, objektiv, transparent und von hoher Qualität ist. Das fördert das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die öffentliche Statistik. Gleichzeitig sollen die Prinzipien der Charta sicherstellen, dass die öffentliche Statistik den steigenden Ansprüchen einer datengetriebenen Welt gerecht wird. Darüber hinaus fördern sie die Trans-

parenz und die Unabhängigkeit der Statistik gegenüber Interessenvertretungen und schützen sie so vor politischer Einflussnahme. Das sind notwendige Voraussetzungen für eine faktenbasierte und unabhängige Meinungsbildung im direktdemokratischen Prozess.

Stiftungsaufsicht geografisch neu organisiert

Die Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Tessin haben sich im BVG- und Stiftungsbezug zu einer gemeinsamen Aufsichtsregion zusammengeschlossen. Die neue Aufsichtsanstalt übernimmt ab 1. Januar 2026 die BVG-Aufsicht über die neun Vereinbarungskantone und die Stiftungsaufsicht über vier dieser Kantone. Sie beaufsichtigt damit rund 900 Pensionskassen und etwa 2000 klassische Stiftungen, die gemeinsam ein Vermögen von über 600 Mrd. Franken verwalten. Oberstes Organ ist der Konkordatsrat, der die politische Kontrolle sicherstellt. Er besteht aus je einem Regierungsmitglied der Vereinbarungskantone und wird von Regierungsrätin Jacqueline Fehr präsidiert. Der Verwaltungsrat wird von Christian Zünd präsidiert, der bereits Verwaltungsratspräsident der BVS war. Der bisherige Direktor der BVS Zürich, Roger Tischhauser, leitet die Geschäftsleitung der neuen Aufsichtsanstalt.

Ausweitung des Gleichstellungsauftrags

Im September 2023 überwies der Kantonsrat dem Regierungsrat das Postulat KR-Nr. 377/2020 betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation. Dieses verlangt einen Bericht, wie die neuen Herausforderungen für einen wirksamen Diskriminierungsschutz angegangen werden können. Gleichzeitig forderte das Postulat den Regierungsrat dazu auf, die Gleichstellung von LGBTQIA+-Personen zu fördern und wirksame Massnahmen gegen Hassrede (Hate Speech) zu entwickeln. Auf Antrag der Direktion beschloss der Regierungsrat, den Auftrag der Fachstelle Gleichstellung mit einem eigenen Fachbereich LGBTQIA+ zu erweitern. Damit soll ein gezieltes und fachlich fundiertes Unterstützungs- und Beratungsangebot im Umgang mit LGBTQIA+-Themen aufgebaut und für verschiedene Fachpersonen und Berufsgruppen der kantonalen Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich Hassrede dagegen sieht der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf, weil der Spielraum hinsichtlich der straf- und zivilrechtlichen Bekämpfung von Hassrede im Kanton begrenzt ist.

Geld für das Zeughaus Uster

Der Kantonsrat hat im Dezember den kulturpolitischen Antrag des Regierungsrates gutgeheissen, das Kultur- und Begegnungszentrum Uster mit einem Beitrag von 10 Mio. Franken zu unterstützen (Vorlage 6032). Entstehen soll auf dem 25000 m² grossen Zeughausareal ein Begegnungsort für alle. Das neue Kultur- und Begegnungszentrum soll künftig Platz für Ateliers, Kulturproduktionen, für das Jazzmuseum Swissjazzorama, für ein Musiklokal und für ein Restaurant bieten. Neben kulturellen Angeboten soll die Infrastruktur auch Wirtschaftsorganisationen, politischen Institutionen, Vereinen, Bildungseinrichtungen und der breiten Bevölkerung offenstehen. Regionale Zentren sollen als Orte für Kultur und gesellschaftliches Miteinander gestärkt werden. Die Fachstelle Kultur setzt dies seit 2024 verstärkt mit dem Pilotprojekt Kulturprogramm für mittelgrosse Städte um.

Assessments bei katholischen Seelsorgenden

Im Nachgang zur 2023 publizierten Pilotstudie zum sexuellen Missbrauch im Umfeld der katholischen Kirche in der Schweiz hat der Kanton die katholische Kirche bei verschiedenen Verbesserungsmaßnahmen unterstützt. Zu diesen Massnahmen gehören die Eignungsabklärungen für Priester und andere Seelsorgende. Einheitliche Standards sollen gewährleisten, dass nur Personen eine Ausbildung für den seelsorglichen Dienst beginnen bzw. in diesen Dienst eintreten können, die für diese Arbeit geeignet sind. Dazu werden psychologische Abklärungen für den Ausbildungs- bzw. Berufseinstieg geschaffen, wie man sie auch in anderen Bereichen kennt, beispielsweise bei der Armee. Die Abklärungen sollen die Qualifikation einer Person bewerten und allfällige Risikofaktoren aufzeigen. An der Entwicklung dieser standardisierten Assessments haben Jérôme Endrass, forensischer Psychologe und Leiter Forschung & Entwicklung bei Justizvollzug und Wiedereingliederung, und sein Team mitgearbeitet. Seit dem Berichtsjahr kommen die Assessments zum Einsatz.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 1	Die Resilienz des Kantons weiter stärken.		
RRZ 1b	Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.	2204	2027
RRZ 1c	Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.	2204	2027
RRZ 1d	Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.	2232	2027
		2223	2027
		2204	2027
RRZ 1e	Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.	2204	2027
RRZ 1f	Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.	2204	2027
RRZ 1g	Durch stärker individualisierten Vollzug mehr Sicherheit schaffen und die nachhaltige Wiedereingliederung fördern.	2206	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
Jl 1.1	Die Rechtssicherheit des Wirtschaftsstandorts Zürich wird gestärkt.		
Jl 1.1a	Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)	2204	2026
Jl 1.2	Die Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung werden umgesetzt.		
Jl 1.2a	Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie	2232	2027
Jl 1.3	Das Risikomanagement im Straf- und Justizvollzug wird ausgebaut.		
Jl 1.3a	Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates im Bereich Jugendstrafrechtspflege umsetzen	2205	2027
Jl 1.4	Die Wiedereingliederung als Kernauftrag des Justizvollzugs wird ausgebaut.		
Jl 1.4a	Psychisch kranke Personen im Justizvollzug werden angemessen behandelt und betreut (Etablierung psychiatrische Betreuungsangebote in den Institutionen des Justizvollzugs, Durchführung von Therapien im intra- bzw. extramuralen Setting. Weiterentwicklung von Fachstrategien zur Sicherung der intra- und extramuralen psychotherapeutischen Versorgung von Klientinnen und Klienten des Justizvollzugs).	2206	2027
Jl 1.4b	Die nachhaltige Wiedereingliederung wird als durchgehender Prozess verstanden, die Prozessperspektive gefördert und ein Fokus auf das Übergangsmanagement gelegt (Gewährleistung eines bedarfsgerechten, an den Ressourcen und den Risiken orientierten Justizvollzugs).	2206	2027
Jl 1.4c	Der Vollzug für ausländische inhaftierte Personen ohne Bleiberecht ist weiterentwickelt. Die Rückkehrorientierung der ausländischen inhaftierten Personen ohne Bleiberecht wird gefördert. Das Haft- und Vollzugsangebot für diese Personengruppe wird weiterentwickelt.	2206	2027
Jl 1.5	Der Schutz der Frauen sowie von verletzlichen Gruppen (insbesondere LGBT) vor Gewalt wird gestärkt.		
Jl 1.5a	Zur Prävention gegen Zwangsheirat den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen und Ämtern der Gemeinden, des Kantons und des Bundes fördern.	2207	2027
Jl 1.6	Die justiziellen Verfahrensschritte in der JI werden kindsgerecht vorgenommen.		
Jl 1.6a	Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Child Friendly Justice» im Bereich der JI	2201	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 3	Die gesellschaftliche Beteiligung fördern, indem nichtstaatliches Engagement in Kultur, Sport, Religionsgemeinschaften und weiteren gesellschaftlichen Organisationen passend unterstützt wird.		
RRZ 3a	Die Kultur als Begegnungsort für alle stärken.	2234	2027
RRZ 3c	Gestützt auf das Anerkennungssystem die Finanzierung von Angeboten mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen aller etablierten Religionsgemeinschaften sicherstellen.	2201	2027

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5 Der rasch zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

2241 2027
2233 2027
2232 2027
2223 2027
2241 2027
2234 2027
2233 2027
2232 2027
2223 2027
2201 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

2241 2027
2234 2027
2233 2027
2232 2027
2223 2027
2201 2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

JI 5.1 Organisatorische und spezifische gesetzliche Grundlagen entsprechen der gesellschaftlichen Vielfalt.

JI 5.1a Erarbeitung einer Gleichstellungsstrategie

2233 2027

JI 5.1b Umsetzung der Gemeinsamen Schwerpunkte 2023–2027 von JI und anerkannten Religionsgemeinschaften

2201 2027

JI 5.1c Stärkung der Organisation und Struktur des Dachverbands der muslimischen Gemeinschaften im Kanton Zürich (VIOZ)

2201 2027

JI 5.1d Durchführung eines Testbetriebs für muslimische Seelsorge im USZ, in der PUK und im KSW

2201 2025

JI 5.1e Förderung und Sicherung der Gedächtnisinstitutionen und des kulturellen Erbes des Kantons Zürich (Revision Archivgesetz) (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2224, Staatsarchiv, umgesetzt.)

2201 2027

JI 5.1f Errichtung einer interkantonalen Aufsichtsregion zur BVG-Stiftungsaufsicht und Anpassung des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht

2201 2026

JI 5.1g Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2207, Gemeindeamt, umgesetzt.)

2201 2025

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10 In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

2201 2027

RRZ 10c Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.

2201 2027

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalserfassung datenschutzkonform umsetzen.

2223 2027

RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.

2201 2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

JI 10.1 Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service public.

JI 10.1a Revision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) sowie der Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) mit dem Ziel, Einwohnerregister zu harmonisieren und die Datenqualität zu verbessern (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

2207 2025

JI 10.1b Aufbau und Abstimmung der strategischen Initiative Recht und Daten in der JI (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2223, Statistisches Amt, umgesetzt.)

2201 2027

JI 10.2 Das Öffentlichkeitsprinzip und der Datenschutz werden in das digitale Zeitalter übergeführt.

JI 10.2a Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) mit dem Ziel, die Datensicherheit und den Datenschutz zu verbessern sowie die bestehenden Software-Module und die Benutzeroberfläche zu modernisieren (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

2207 2026

JI 10.3 Kanton und Gemeinden sind in der Lage, elektronische Informationen langfristig zu archivieren.

JI 10.3a	Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)	2224	2028

JI 10.4 Die Führungs- und Organisationskultur wird auf eine kollaborative Arbeitsweise ausgerichtet.

JI 10.4a	Erheben und Darstellen der Zusammenarbeit der Gemeinden (Beitrag des Gemeindeamtes zum Vorhaben «Gemeinden 2030»)	2207	2027

JI 10.5 Die Arbeitsabläufe und Prozesse sind weitgehend digitalisiert.

JI 10.5a	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2028

JI 10.6 Die Verständlichkeit im Schriftverkehr der JI wird verbessert.

JI 10.6a	Etablierung einer inklusiven, einfachen und verständlichen Sprache in Bild und Inhalt durch Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden	2201	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 344.1	1 528.5	0.0	0.0	1 528.5	1 540.3	11.8	0.8
Aufwand	-2 457.4	-2 542.1	0.0	-11.2	-2 553.3	-2 541.2	12.1	0.5
Saldo	-1 113.3	-1 013.6	0.0	-11.2	-1 024.8	-1 000.8	24.0	2.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-6.4	-7.9	0.0	-10.0	-17.9	-7.6	10.3	57.6
Saldo	-6.4	-7.9	0.0	-10.0	-17.9	-7.6	10.3	57.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
24.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
27.7	2216	- Geringerer Nettobedarf Kantonalen Finanzausgleich
6.3	2241	- Geringerer Nettobedarf Fachstelle Integration
5.3	2201	- Geringerer Nettobedarf Generalsekretariat
1.5	2221	- Geringerer Nettobedarf Handelsregisteramt
0.5	2207	- Geringerer Nettobedarf Gemeindeamt
0.5	2223	- Geringerer Nettobedarf Statistisches Amt
-0.2	2251	- Höherer Nettobedarf Bezirksräte
-0.7	2224	- Höherer Nettobedarf Staatsarchiv
-0.8	2261	- Höherer Nettobedarf Statthalterämter
-0.9	2234	- Höherer Nettobedarf Fachstelle Kultur
-1.3	2232	- Höherer Nettobedarf Kantonale Opferhilfe
-2.0	2205	- Höherer Nettobedarf Jugendstrafrechtspflege
-5.6	2206	- Höherer Nettobedarf Justizvollzug und Wiedereingliederung
-6.3	2204	- Höherer Nettobedarf Staatsanwaltschaften
-0.0		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2267.2	2463.3	2390.5	-72.8	-3.0

Δ abs.	LG	Begründungen
-72.8		Abweichungen total R25 zu B25
3.1	2204	- Doppelbesetzung aufgrund länger dauernder Abwesenheiten
-1.7	2205	- Verzögerte Stellenbesetzung
-3.1	2224	- Ausbildungsstellen
-3.3	2221	- Verzögerte Stellenbesetzung
-4.6	2223	- Verzögerte Stellenbesetzung und Ausbildungsstellen
-5.0	2201	- Verzögerte Stellenbesetzung und Ausbildungsstellen
-58.3	2206	- Verzögerte Stellenbesetzung und Ausbildungsstellen
0.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat	13281	13800	13875	75	0.5
2204 Staatsanwaltschaft	57731	59542	60570	1028	1.7
2205 Jugendstrafrechtspflege	11796	12854	12479	-375	-2.9
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	138025	153464	148946	-4518	-2.9
2207 Gemeindeamt	7702	8035	8011	-24	-0.3
2216 Kantonaler Finanzausgleich	0	0	0	0	
2221 Handelsregisteramt	6651	7356	7016	-340	-4.6
2223 Statistisches Amt	5298	5600	5781	181	3.2
2224 Staatsarchiv	6498	6221	6910	689	11.1
2232 Kantonale Opferhilfestelle	1192	1557	1525	-32	-2.1
2233 Fachstelle Gleichstellung	480	475	506	31	6.5
2234 Fachstelle Kultur	1829	1827	1816	-11	-0.6
2241 Fachstelle Integration	1625	1564	1546	-18	-1.2
2251 Bezirksräte	7212	7074	7223	149	2.1
2261 Statthalterämter	10338	10470	10682	212	2.0
2270 Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	
2934 Kulturfonds	0	0	0	0	
Total	269 658	289 839	286 886		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat	115	50	65	71	44
2204 Staatsanwaltschaft	531	360	171	311	220
2205 Jugendstrafrechtspflege	119	95	24	60	59
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	1562	682	880	1089	473
2207 Gemeindeamt	73	53	20	38	35
2216 Kantonaler Finanzausgleich	0	0	0	0	0
2221 Handelsregisteramt	74	48	26	56	18
2223 Statistisches Amt	51	25	26	23	28
2224 Staatsarchiv	107	65	42	31	76
2232 Kantonale Opferhilfestelle	17	17	0	5	12
2233 Fachstelle Gleichstellung	4	3	1	1	3
2234 Fachstelle Kultur	15	13	2	3	12
2241 Fachstelle Integration	17	14	3	4	13
2251 Bezirksräte	73	62	11	16	57
2261 Statthalterämter	127	89	38	44	83
2270 Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0
2934 Kulturfonds	0	0	0	0	0
Total	2885	1576	1309	1752	1133

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
155/2020	Illegale Auslandsadoptionen (Postulat Sybille Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 155a/2020 vom 05.02.2025	12.09.2022
377/2020	Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation (Postulat Hannah Pfalzgraf, Mettmensstetten, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 337a/2021 vom 20.08.2025	04.09.2023
233/2023	Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft (Behördeninitiative Gemeinderat Zürich)	Vorlage 233a/2023 vom 19.03.2025	18.09.2023
438/2020	Anpassung der Möglichkeit zur Bildung von finanzpolitischen Reserven im Gemeindegesetz (Postulat André Müller, Uitikon, und Fabian Müller, Rüschlikon)	Vorlage 438a/2020 vom 22.10.2025	30.10.2023
183/2021	Konversionstherapien, diskriminierende Umpolungstherapien für LGBTIQ-Personen verbieten (Motion Florian Heer, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6058 vom 05.11.2025	06.11.2023
19/2025	Kantonaler Solidaritätsbeitrag für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (Postulat Lisa Letnansky, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 19a/2025 vom 16.04.2025	24.02.2025

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
287/2023	Mehr Flexibilität für kirchliche Bauten (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
209/2023	Unvereinbarkeit (Motion Geschäftsleitung des Kantonsrates)	02.02.2024
92/2023	Kantonaler Massnahmenplan gegen Rassismus (Postulat Sarah Akanji, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	15.04.2024
68/2024	Fehlende Angebote im Kanton Zürich im Bereich Jugendstrafrechtspflege (Postulat Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
273/2023	Psychiatrische Versorgung von Menschen im Strafvollzug (Postulat Jeannette Büsser, Horgen, und Mitunterzeichnende)	02.12.2024
359/2023	Wahlfähigkeitszeugnis für Oberjugendanwältinnen und -anwälte und deren Leiterin oder Leiter (Motion René Isler, Winterthur, und Markus Schaaf, Zell)	13.01.2025
86/2024	Transparenzdatenbank für Bezirksgerichtsentscheide (Motion Urs Glättli, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	30.06.2025
171/2024	Braucht der innerkantonale Finanzausgleich eine Auffrischung? (Postulat Mario Senn, Adliswil, Barbara Franzen, Niederweningen, und Beat Habegger, Zürich)	30.06.2025
318/2025	Opferhilfe bei digitaler Gewalt (Postulat Michèle Dünki-Bättig, Glattfelden, und Mitunterzeichnende)	01.12.2025
160/2024	Pilotprojekt zur Einführung von e-Collecting, elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten (Postulat der Kommission für Staat und Gemeinden)	01.12.2025

2201 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat schloss im Berichtsjahr das Reformprogramm Zukunft GS ab und stellte die Leitung des Generalsekretariats neu auf. Die Abteilung Planung & Ressourcen, stellte das Risikomanagement neu auf. In einem partizipativen Prozess hatte die Direktion die strategischen Ziele ihrer IKT-Strategie definiert. Damit wurde der Rahmen für eine leistungsfähige, interdirektional abgestimmte IKT-Organisation sowie für die gezielte Nutzung des digitalen Wandels zur Weiterentwicklung ihrer Leistungen gesetzt. Die Überführung der strategischen Ziele in konkrete Handlungsfelder wurde eingeleitet.

Für das im Generalsekretariat angesiedelte Grossprojekt Helium konnte nach erfolgreich durchgeführtem Dialogverfah-

rens der Zuschlag an den künftigen Lieferanten erteilt werden. Die Beratung der Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) durch die zuständige Kommission des Kantonsrates wurde abgeschlossen. Die Abteilung Human Resources trieb die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt Aurora voran. Es löst das bisherige Personalmanagement- und Lohnadministrationssystem ab. Die Abteilung Kommunikation bereitete eine Sensibilisierungsinitiative gegen Fake News vor. Die Abteilung Business Support & Compliance stärkte die Informationssicherheit in der Direktion und installierte einen sogenannten Data-Breach-Prozess. Zudem überführte das Generalsekretariat den Fachbereich Religion in eine Fachstelle.

Aufgaben

- A1 Unterstützung der Vorsteherin und der nachgeordneten Verwaltungseinheiten. Politische Lagebeurteilung und Planung. Führung stabseigener Projekte
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Direktion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A3 Gesetzgebungsdienst der Verwaltung (GGD)
- A4 Informatikunterstützung für die Direktion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Rekurserledigungen (inkl. Begnadigungen)	A2	173	180	202	22	12.2
L3	RR-Anträge der Direktion	A1	243	220	284	64	29.1
L4	Pressekonferenzen und Medienveranstaltungen	A2	12	12	10	-2	-16.7
L5	Gesetzgebungsdienst, geprüfte Vorlagen	A3	83	60	76	16	26.7
L6	Betreute Fachapplikationen/Fachlösungen	A4	26	28	49	21	75.0
B4	Durchschnittliche Kosten pro betreute Fachapplikation/Fachlösung	A4	358797	372634	184598	-188036	-50.5
W5	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren, in % (Maximalwert)	A3	6.5	10	-		

Bemerkungen

- L1 Höhere Erledigungszahl bei gleichzeitiger Zunahme der Rekurseingänge. Die Rekurseingänge unterliegen regelmässig starken Schwankungen.
- L3 Die Anzahl RR-Anträge ist aufgrund der höheren Geschäftstätigkeit deutlich angestiegen.
- L5 Die Anzahl der zu prüfenden Vorlagen unterliegt Schwankungen. Der Planwert entspricht einer Schätzung.
- L6 Der bisher ausgewiesene Wert basierte auf einer veralteten Berechnungsmethodik. Für den vorliegenden Geschäftsbericht wurde diese unter Berücksichtigung der Definition des Dreischichtenmodells gemäss IKT-Strategie des Kantons angepasst. Daraus ergeben sich neu 49 betreute Applikationen (ohne zahlreiche zusätzlich betreute Client Applikationen). Der Indikator wird für den nächsten KEF überprüft.
- B4 Ausgehend von der höheren Anzahl sinken die durchschnittlichen Kosten pro Fachapplikationen um rund 50%.
- W5 Der Indikator wurde nicht mehr erhoben. Aufgrund des überschaubaren Personalbestandes der Leistungsgruppe Nr. 2201 ist dieser sehr volatil und wenig aussagekräftig. Der Indikator wird für den nächsten KEF überprüft.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3c Gestützt auf das Anerkennungssystem die Finanzierung von Angeboten mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen aller etablierten Religionsgemeinschaften sicherstellen.

Der Kantonsrat hat am 3. Februar des Berichtsjahres den Rahmenkredit über 300 Mio. Franken für die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Beitragsperiode 2026–2031 bewilligt (Vorlage 5976). Die beiden grossen anerkannten kirchlichen Körperschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche und Römisch-katholische Körperschaft) beschlossen im Anschluss, pro Jahr je 1 Mio. Franken für nichtanerkannte Religionsgemeinschaften zu sprechen. Für die Finanzierung dieser Tätigkeiten ab 2032 soll eine Gesetzesgrundlage erarbeitet werden.

Stand	bis
Planmässig	2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Das Projekt zur Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Diskriminierung unter der Leitung der Koordinationsstelle Teilhabe und in Zusammenarbeit mit den Fachstellen Gleichstellung und Integration sowie dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern befindet sich in der Umsetzungsphase. In der Initialisierungsphase fand eine Bestandesaufnahme statt. Es wurde eine amtsübergreifende Projektorganisation aufgebaut. Das Projektteam erarbeitete einen ersten Entwurf des Massnahmenplans, der in zwei partizipativen Workshops mit den wichtigsten Stakeholdern aus der Verwaltung sowie aus der Zivilgesellschaft gespiegelt wurde. Gestützt auf diese Rückmeldungen wird der Entwurf derzeit überarbeitet mit dem Ziel, ihn 2026 dem Regierungsrat zur Festsetzung vorzulegen.

Planmässig	2027

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

Die Arbeitsgruppe Zusammenarbeit der Plattform Gemeinden 2030 hat sich mit den Möglichkeiten von Pilotprojekten zu thematischen Kompetenzzentren sowie zu strategischen Fusionen befasst und ein Faktenblatt zu Gemeindefusionen erarbeitet.

Planmässig	2027

RRZ 10c Kantonaes Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.

Der organisationsübergreifende fachliche Austausch zu rechtlichen Fragen der digitalen Transformation konnte im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei der laufende Aufbau des «Legal Hub» als Kompetenzzentrum für rechtliche Querschnittfragen zu digitalen Themen.

Planmässig	2027

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.

Mit dem Projekt Data Governance wird der organisatorische Rahmen für die effiziente Bewirtschaftung von Daten geschaffen und die Steuerung, Unterstützung und Überwachung der Datenbewirtschaftung definiert. Mit der kantonalen Datenplattform und dem kantonalen Datenkatalog wird die dazu nötige Infrastruktur aufgebaut. Im Berichtsjahr konnten diese Projekte direktionsübergreifend weitergeführt und grundlegende Fragen geklärt werden.

Planmässig	2027

JI 1.6a Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Child Friendly Justice» im Bereich der JI

Im Mai veröffentlichte die Direktion der Justiz und des Innern einen Bericht zur Untersuchung der Kinderrechte in ihrem Zuständigkeitsbereich. Darin formulierte sie für ihre Organisationseinheiten verschiedene Empfehlungen. Für eine zeitnahe Umsetzung der Empfehlungen wurde ein Pilotprojekt mit der Jugendstrafrechtspflege gestartet. In diesem steht die Perspektive der Kinder und Jugendlichen im Fokus, die mit dem Justizsystem in Kontakt kommen.

Planmässig	2027

JI 5.1b Umsetzung der Gemeinsamen Schwerpunkte 2023–2027 von JI und anerkannten Religionsgemeinschaften

Der Organisationsentwicklungsprozess ist abgeschlossen, und die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft haben für die Jahre 2026–2031 je 1 Mio. Franken pro Jahr für die Unterstützung von nichtanerkannten Religionsgemeinschaften gesprochen.

Planmässig	2027

JI 5.1c Stärkung der Organisation und Struktur des Dachverbands der muslimischen Gemeinschaften im Kanton Zürich (VIOZ)

Der Organisationsentwicklungsprozess ist abgeschlossen, und die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft haben für die Jahre 2026–2031 je 1 Mio. Franken pro Jahr für die Unterstützung von nichtanerkannten Religionsgemeinschaften gesprochen.

Planmässig	2027

JI 5.1d Durchführung eines Testbetriebs für muslimische Seelsorge im USZ, in der PUK und im KSW

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Abgeschlossen	2025

JI 5.1e Förderung und Sicherung der Gedächtnisinstitutionen und des kulturellen Erbes des Kantons Zürich (Revision Archivgesetz) (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2224, Staatsarchiv, umgesetzt.)

Die Arbeiten der Arbeitsgruppen wurden abgeschlossen und ein Normkonzept zur Totalrevision des Archivgesetzes erarbeitet.

Planmässig 2027

JI 5.1f Errichtung einer interkantonalen Aufsichtsregion zur BVG-Stiftungsaufsicht und Anpassung des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht

Am 30. Juni des Berichtsjahres beschloss der Kantonsrat das Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht (Vorlage 5963). Im Berichtsjahr sind sämtliche neun Vereinbarungskantone der Interkantonalen Vereinbarung beigetreten. Die Organe der neuen Anstalt konstituierten sich am 7. November. Die neue Anstalt ATIOZ, BVG- und Stiftungsaufsicht Tessin, Ostschweiz und Zürich kann wie geplant auf den 1. Januar 2026 operativ tätig werden. Auf denselben Zeitpunkt tritt das neue Gesetz vollständig in Kraft.

Planmässig 2026

JI 5.1g Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2207, Gemeindeamt, umgesetzt.)

Der Regierungsrat hat die Vorlage zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht am 18. Juni an den Kantonsrat überwiesen (RRB Nr. 651/2025, Vorlage 6029). Seit November wird sie in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) vorberaten.

Abgeschlossen 2025

JI 10.6a Etablierung einer inklusiven, einfachen und verständlichen Sprache in Bild und Inhalt durch Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden

Die Abteilung Kommunikation sensibilisierte die Organisationseinheiten der Direktion mittels verschiedener Massnahmen rund um Fragen der Anwendung von Sprache. Dabei ermunterte sie die Mitarbeitenden, die vom Statistischen Amt entwickelte Sprach-App KlartextZH zu benutzen.

Planmässig 2027

JI 10.1b Aufbau und Abstimmung der strategischen Initiative Recht und Daten in der JI (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2223, Statistisches Amt, umgesetzt.)

Die strategischen Initiativen als Umsetzungsinstrument der Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 wurden im Berichtsjahr in die Strategie Digitale Verwaltung 2025+ überführt. Gemäss dieser gewährleisten die neu aufgebauten Kompetenzzentren und Hubs den organisations- und projektübergreifenden fachlichen Austausch. Entsprechend erfolgt die Abstimmung zu datenschutz- und grundrechtlichen Fragen bei datenzentrierten Projekten verstärkt über den im Aufbau befindlichen «Legal Hub» als Kompetenzzentrum für rechtliche Querschnittfragen zu digitalen Themen.

Abgeschlossen 2027

2201 3a Übergangsfinanzierung Museen Kyburg und Rheinau

Mit RRB Nr. 1462/2023 hat der Regierungsrat für das Museum Kyburg eine Übergangsfinanzierung von 2024–2026 beschlossen. Die Verlängerung der Finanzierung auf den Zeitraum 2027–2028 wurde vorbereitet. Für das Vorhaben Museum Rheinau wurden noch keine Betriebsbeiträge aufgewendet. Eine allfällige Finanzierung erfolgt bis zur Schaffung der Finanzierungsgrundlage im Archivgesetz voraussichtlich über den Denkmalflegefonds.

Abgeschlossen 2025

2201 3b Durchführung der Studie «Wegsperrern – so oder so?»

Die Studie «Wegsperrern – so oder so?» wurde abgeschlossen. Die Arbeiten an der geplanten Publikation wurden begonnen.

Planmässig 2026

2201 5a Aufbau und Betrieb des Dialogs Geschäftsfeld Gesellschaft

Der Aufbau des Dialogs Geschäftsfeld Gesellschaft wurde abgeschlossen und dessen Betrieb aufgenommen. In regelmässigen Abständen treffen sich Amts- und Fachstellenleitende zum Austausch der im Organisationskonzept festgelegten Themen, um eine koordinierte Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dabei werden insbesondere die Massnahmen des Massnahmenplans Diskriminierungsschutz festgelegt und fortentwickelt. Auch andere Themen im Bereich Diskriminierungsschutz, Gleichstellung und Antirassismus werden besprochen, um den Wissenstransfer zwischen den Ämtern und Fachstellen sicherzustellen.

Abgeschlossen 2025

2201 10a Aufbau und Betrieb des Fachbereichs Information und Datenschutz im Generalsekretariat

Die Aufbauarbeiten wurden abgeschlossen, die neue Organisation wurde kommuniziert und der Regelbetrieb konnte aufgenommen werden.

Abgeschlossen 2025

2201 10b Aufbau und Betrieb der Koordinationsstelle Beschaffungen, Ausgaben und Verträge

Personelle Wechsel und eine neue organisationale Zuordnung haben die konzeptionellen Arbeiten verzögert. Weiter im Aufbau befindet sich die zentrale Bündelung des Wissens zu den Themen Ausgaben und Verträge, das den Organisationseinheiten niederschwellig zur Verfügung gestellt werden soll.

Verzögert 2025

2201 10c Stärkung der Gemeinden (Weiterführung und Organisation Gemeinden 2030)

Die Plattform Gemeinden 2030 ermöglicht Vertretungen von Gemeinden und Kanton aus Politik und Verwaltung einen Austausch über die Zukunft der Gemeinden. Die Plattform besteht zurzeit aus drei Arbeitsgruppen und dem Klimadialog.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
93.1	99.3	94.3	-5.0	-5.1

Bemerkungen R25 zu B25

2.8 Es konnten insbesondere Stellen im IT-Bereich (noch) nicht oder nur verzögert besetzt werden.

2.3 Im Budget 2025 waren 2.3 Praktikumsstellen enthalten; diese werden in der Rechnung 2025 nicht ausgewiesen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	22.2	23.5	0.0	0.0	23.5	22.7	-0.8	-3.3
Aufwand	-36.9	-39.2	0.0	-4.4	-43.6	-37.5	6.1	14.0
Saldo	-14.7	-15.7	0.0	-4.4	-20.1	-14.8	5.3	26.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.9	-4.8	0.0	-3.8	-8.6	-4.4	4.2	48.9
Saldo	-0.9	-4.8	0.0	-3.8	-8.6	-4.4	4.2	48.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
5.3	A4	- Minderaufwand im Informatikbereich (Nutzungsaufwand und Unterhalt)
3.7	A4	- Minderaufwand bei Projekten infolge zeitlicher Verzögerung
0.8	A4	- Minderaufwand bei den Abschreibungen und Zinsen infolge tieferer Investitionstätigkeit im Informatikbereich
0.6	A4	- Minderaufwand aus Nachaktivierung JI2OneOffixx (Ersatz Formularmanager JI durch ein vom Amt für Informatik unterstütztes Standardprodukt)
0.2	A1	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter, insbesondere unentgeltliche Rechtsbeistände
-0.3	A1, A2, A3, A4	- Höhere Personalkosten aufgrund Teuerungszulage (RRB Nr. 1012/2024) sowie höheren BVK-Beiträgen. Im Weiteren wegen Doppelbesetzungen (Mutterschaftsurlaub, Überschneidungen bei Abgängen) und Auszahlung von Mehrleistungen des Personals
-0.6	A4	- Projektkosten KOH-FA gemäss RRB Nr. 903/2025 betreffend Kantonale Opferhilfestelle, Einführung einer Standard-Plattformlösung
-0.8	A4	- Tieferer interner Verrechnungsertrag
-1.4	A4	- Höhere interne Verrechnungen, insbesondere mit dem Amt für Informatik (AFI)
-2.3	A4	- Projektkosten HELIUM gemäss RRB Nr. 766/2025 betreffend Beschaffung und Einführung einer neuen Geschäftsverwaltung für die Justizbehörden
0.1		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2201

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-8.6	-4.4	4.2	
- SMAZH (ehem. DigServices Insassen / Projekt Mediennetz) RRB Nr. 113/2024	-2.6	-0.5	2.1	- Das agile Vorgehen in der Projektumsetzung führt zu Verschiebungen der Kosten innerhalb der KEF-Jahre (B25plus inkl. KÜtr 1.7 Mio.).
- ELFA (elektronische Fallführung JuWe / Ablösung RIS1) RRB Nr. 782/2021	-1.6	-1.1	0.5	- Das agile Vorgehen in der Projektumsetzung führt zu Verschiebungen der Kosten innerhalb der KEF-Jahre.
- RESys (Neues Resultatermittlungssystem Wahlen & Abstimmungen) RRB Nr. 894/2023	-0.2	-0.1	0.1	- Kosten geringer als erwartet. (B25plus inkl. Kreditübertragung 0.2 Mio.)
- Digitalisierung und Realisierung Impulsprogramme (inkl. Aktenmanagement, Elektra RRB Nr. 762/2022 & DataCenter Betrieb RIS2 ^{bis} Ablösung), Kreditübertragung 2023 1 Mio. Franken	-1.3	-0.4	0.9	- B25plus inkl. KÜtr 1 Mio.
- SISU JuWe (Sicherheitssupportsystem) RRB Nr. 446/2024	-1.5	0.0	1.5	- Kosten geringer als erwartet (B25plus inkl. Kreditübertragung 0.5 Mio.)
- HELIUM (Beschaffung und Einführung einer neuen Geschäftsverwaltung für die Justizbehörden) RRB Nr. 766/2025		-0.2		- RRB erst im Sommer 2025 ergangen
- KOH-FA (Kantonale Opferhilfestelle, Einführung einer Standard-Plattformlösung), RRB Nr. 903/2025		-0.6		- RRB erst im Sommer 2025 ergangen
- WaMoRIS (Betrieb und Unterhalt der Rechtsinformationssysteme RIS1) RRB Nr. 1468/2023	-0.5	0.0	0.5	- Kosten geringer als erwartet und Verzögerungen bei der Umsetzung von Vorhaben. (B25plus inkl. Kreditübertragung 0.4 Mio.)
- CR Business	-0.9	-0.1	0.8	- Im KEF bei Digitalisierung enthalten
- Nachaktivierung JI2OneOffixx		-1.4		- Nachaktivierung von Investitionen welche bereits im Vorjahr getätigt wurden.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -163218	Verwendung 2025 71398	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -91820	Veränderung Bestand 71398

Bemerkungen

Die Verwendung der Rücklagen umfasst Auslagen zugunsten des Personals (Cafeteria, Teamveranstaltungen usw.).

2204 Staatsanwaltschaft

Mit dem Berichtsjahr wechselte die Staatsanwaltschaft von der bisherigen Netto-Zählweise der Eingänge und Abschlüsse neu auf die Brutto-Zählweise. So können auch jene Verfahren transparent ausgewiesen werden, welche mit anderen Verfahren vereinigt wurden. Im Übergangsjahr werden in Klammern die Zahlen nach alter Netto-Zählweise ergänzend zur neuen Brutto-Zählweise aufgeführt.

Im Berichtsjahr verzeichnete die Staatsanwaltschaft mit 43548 (netto 33220) neuen Geschäften erneut ein deutliches Fallwachstum (+1,6% brutto; +4,2% netto). Der strategische Schwerpunkt der Geschäftsleitung lag auf der Sicherstellung einer nachhaltigen und leistungsfähigen Strafverfolgung. In diesem Zusammenhang wurde neben der Umsetzung von zahlreichen effizienzsteigernden Massnahmen mit dem neuen Entwicklungsplan 2026–2027 (RRB Nr. 487/2025) für eine

personelle Verstärkung gesorgt. Insgesamt wurden 55 zusätzliche, teilweise befristete Stellen geschaffen, um sowohl den erwarteten Fallzuwachs zu bewältigen als auch den Abbau der Altfälle voranzutreiben. Mit den befristeten Stellen sollen die Altfälle in den kommenden Jahren deutlich reduziert werden. Ergänzend wird mit den unbefristeten Stellen dem erwarteten Fallwachstum begegnet. Durch gezielte Delegation von Routine- und Massengeschäften an einen breiteren juristischen Mittelbau sollen die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entlastet und die verfügbaren Ressourcen wirkungsorientiert eingesetzt werden. Ergänzend wurde mit dem Pilotprojekt Pikett Ost das bewährte Pikett-Modell der Region West zur weiteren Bündelung von Ressourcen und zur nachhaltigen Entlastung der Mitarbeitenden übernommen.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1860	2000	1702	-298	-14.9
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	19790	18600	19780	1180	6.3
L3	Strafbefehle	A1	16321	16300	17262	962	5.9
L4	Total der Erledigungen (Summe L1–L3)	A1	37971	36900	38744	1844	5.0
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	129	75	123	48	64.0
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	12072	10550	12860	2310	21.9
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr, in % (Zielwert)	A2	15.4	16.1	18.1	2.0	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre, in % (Zielwert)	A2	4.4	6.3	6.9	0.6	
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Regionalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	2365	2600	2566	-34	-1.3
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Kantonalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	20843	22500	22615	115	0.5
W1	Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen, in %	A1	41.5	40	40.6	0.6	
W2	Erstmalige Strafbefehle, in %	A1	81.7	80	82.2	2.2	
W3	Zugelassene Anklagen, in %	A1	96.3	98	96.3	-1.7	

Bemerkungen

- L1, L2, Die ambitionierten Budgetvorgaben der gesamthaften Erledigungen konnten um 1844 Verfahren, mithin um 5% über-
- L3, L4 getroffen werden. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 773 Erledigungen. Mit der Zahl der erhobenen Anklagen wurde der Budgetwert zwar verfehlt, im Bereich der Strafbefehle (+5.9%) und der Einstellungen (+6.3%) hingegen deutlich übertroffen. Die Anzahl der Strafbefehle konnte gegenüber dem Vorjahr erneut merklich gesteigert werden. Dies wurde dank grossem Einsatz der Fallbearbeitenden, effizienter Arbeit und einigen zusätzlichen personellen Ressourcen erreicht.
- L5 Die Rekurs- und Beschwerdeentscheide sind leicht tiefer als im Vorjahr, jedoch deutlich über dem Budgetwert. Dies ist auf die anhaltend hohe Zahl an Erledigungen (L4) sowie auf ein verändertes prozessuales Verhalten der Verfahrensparteien zurückzuführen. Der Indikator wird für die nächste Berichtsperiode entsprechend angepasst.
- L6 Nach einer Stabilisierung der Eingangszahlen im Vorjahr nahmen diese im Berichtsjahr erneut markant zu. Als Folge dieser stetig ansteigenden Eingangszahlen wurde die Budgetvorgabe beim Pendenzenbestand trotz wesentlicher Steigerung der Erledigungen klar verfehlt. Auch gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme der Pendenzenlast um 788 Verfahren zu verzeichnen. Um diese Pendenzenlast nachhaltig abzubauen, sind die Stellen aus dem Entwicklungsplan dringend erforderlich.
- L7, L8 Aufgrund der erneut ansteigenden Eingangszahlen im Berichtsjahr konnten die Budgetvorgaben in Bezug auf die Pendenzen älter als ein Jahr (+2%) bzw. älter als zwei Jahre (+0.6%) trotz Steigerung der Erledigungen nicht erreicht werden. Mit den befristeten Stellen aus dem Entwicklungsplan soll die Anzahl Altfälle in den kommenden Jahren deutlich reduziert werden.

- B1, B2 Mit den Bruttoaufwänden pro erledigten Fall wurden die Budgetvorgaben bei den Regionalen Staatsanwaltschaften um 1.3% unterschritten. Bei den Kantonalen Staatsanwaltschaften entsprechen die Aufwände einer marginalen Überschreitung der Budgetvorgaben von 0.5%.
- W3 Der Anteil zugelassener Anklagen als Indikator für die Qualität der geleisteten Arbeit entspricht praktisch dem Vorjahreswert, wobei die Budgetvorgaben knapp um 1.7% verpasst wurden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1b Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.

Verschiedene im Rahmen des Projekts zum Schutz von Seniorinnen und Senioren eruierte Ansätze und Massnahmen wurden in die Strukturen des bestehenden Netzwerks des Kantonalen Bedrohungsmanagements integriert. Eine Überführung sämtlicher Strukturen und Massnahmen in den Regelbetrieb per Ende der Legislaturperiode ist in Vorbereitung.

Planmässig 2027

RRZ 1c Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.

Die Submission betreffend eine gemeinsame Ermittlungsplattform der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei konnte Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Derzeit laufen Vorbereitungen für die Implementierung. Das Beschaffungsprojekt Bild- und Videodatenanalyse-Software ist bereits in der Realisierungs- und Einführungsphase. In Verfahren betreffend Online-Anlagebetrug wurden Methoden und Ansätze zur Rückgewinnung von deliktisch erlangten Vermögenswerten erfolgreich geprüft. Die Implementierung dieser Methoden in entsprechenden Standardprozessen ist im Gang. Daneben wurde ein neues Konzept für Krypto-Aufbewahrung erarbeitet, welches derzeit mit Blick auf die Verabschiedung und Umsetzung durch die beiden involvierten Behörden Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei intern geprüft wird.

Planmässig 2027

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Die Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gemäss RRB Nr. 338/2021 wurden vorangetrieben und teilweise bereits abgeschlossen. Die Folgemassnahmen gemäss RRB Nr. 1254/2024 sind in Umsetzung. Sie wurden durch die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt zusammen mit dem Strategischen Kooperationsgremium und der fachübergreifenden Arbeitsgruppe gemäss § 17 Abs. 2 des Gewaltschutzgesetzes erarbeitet. Daneben wurde eine breit angelegte Kampagne «Stopp Häusliche Gewalt» lanciert, die auf grosses Echo stiess. Es wurden im Berichtsjahr zudem verschiedene Weiterbildungen für von der Thematik tangierte Berufsgruppen durchgeführt, die gesetzliche Neuerungen und Erkenntnisse aus den bisherigen Projekten in deren Kerngeschäft verankern.

Planmässig 2027

RRZ 1e Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.

Die Befragungen von Gemeindebehörden zum Thema Beeinflussung durch organisierte Kriminalität wurde mit einem Schlussbericht abgeschlossen. Gestützt auf Erkenntnisse werden Präventionsmassnahmen entwickelt, die Behörden bei der Erkennung und Verminderung von Infiltrationsrisiken durch die organisierte Kriminalität unterstützen. Die behördliche Zusammenarbeit wurde diesbezüglich ausgeweitet, verstärkt und institutionalisiert. Die im Kontext der Inkraftsetzung der Gesetzesänderungen zur Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses erarbeiteten Prozesse, welche die Erkennung, Rapportierung und Verfolgung dieser auch clantypischen Straftaten effizienter gestaltet, werden seit 1. Januar des Berichtsjahres mit den Handelsregister- und Konkursämtern umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1f Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.

Auch in diesem Berichtsjahr wurde Vertiefung und Verbreitung des Know-hows zum Thema Cyber-Sexualdelikte gegen Minderjährige gefördert und unterstützt. Dies geschah einerseits durch verschiedene interne und externe Weiterbildungen, andererseits durch proaktive Referatstätigkeit von internen Kompetenzträgerinnen und -trägern an Fachveranstaltungen sowie durch Fachpublikationen. Die Staatsanwaltschaften des Kantons Zürich arbeiten hier weiterhin auf international höchstem Niveau.

Planmässig 2027

Jl 1.1a Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)

Im Berichtsjahr konnten drei Stellen geschaffen werden, davon zwei für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie eine Verwaltungsassistentin. Um eine konsequente Strafverfolgung auch künftig zu gewährleisten und den erwarteten Anstieg der Falleingänge sowie den Abbau der Altfälle zu bewältigen, wurden der Staatsanwaltschaft mit dem Entwicklungsplan 2026–2028 (RRB Nr. 487/2025) insgesamt 55, teilweise befristete Stellen gesprochen.

Planmässig 2026

2204 1a Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr / 2 Jahre)

Eine leichte Verbesserung der Altersstruktur konnte im Berichtsjahr bei den über einjährigen Fällen erreicht werden (-0.6%). Bei den über zwei- und über dreijährigen Verfahren ist hingegen angesichts der anhaltend hohen Eingangszahlen eine Verschlechterung um 4.9% bzw. 6.1% zu verzeichnen. Insgesamt nahmen die Pendenzen von 12 072 (Vorjahr) auf 12 860 (Berichtsjahr) und damit um 6.5 % zu.

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	420.1	432.0	435.1	3.1	0.7

Bemerkungen R25 zu B25

3.1 Doppelbesetzung von Stellen aufgrund von länger dauernden Abwesenheiten (Mutterschaftsurlaube, Krankheitsfälle, Unfälle sowie Militär)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	38.6	30.9	0.0	0.0	30.9	32.0	1.1	3.7
Aufwand	-134.5	-138.4	0.0	0.0	-138.4	-146.0	-7.6	-5.5
Saldo	-95.8	-107.5	0.0	0.0	-107.5	-114.0	-6.5	-6.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.5	A1	- Höherer Ertrag bei Bussen, Geldstrafen und Verfahrensgebühren
0.5	A1, A2	- Tieferer Aufwand Dienstleistungen Dritter und Abschreibungen Mobilien
-0.4	A1, A2	- Tiefere interne Verrechnungen bei den Nutzungs- und IKT-Kosten sowie nicht budgetierter Mehraufwand für Dienstleistungen der Kantonspolizei
-1.1	A1	- Höherer Aufwand von amtlichen Verteidigungen, Umtriebsentschädigungen und Genugtuungen bei Untersuchungskosten
-2.2	A1, A2	- Höherer Personalaufwand aufgrund nicht budgetierten Teuerungsausgleichs (RRB Nr. 1012/2024), Doppelbesetzung von Stellen aufgrund von länger dauernden Abwesenheiten (Mutterschaftsurlaube, Krankheitsfälle, Unfälle sowie Militär) sowie höherer BVK-Beiträge
-2.5	A1	- Tiefere beschlagnahmte Vermögenseinziehungen auf Staatskasse (TEVG). Dieser Wert schwankt jährlich stark.
-4.3	A1	- Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Debitorenbestand per Ende des Berichtsjahres führte zu einem erhöhten Delkredere (Wertberichtigung auf Forderungen) sowie zu höheren tatsächlichen Forderungsverlusten aus Untersuchungen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-2851216	0	0	-2851216	0

2205 Jugendstrafrechtspflege

Die Reduktion der Jugendgewalt und die gesellschaftliche Integration der Straftäterinnen und Straftäter blieben zentrale Ziele. Thematisch rückte das Phänomen des Pedo-Huntings neu in den Fokus; während die Extremismusfälle von 2024 weiterhin hohe Aufmerksamkeit erfuhren.

Mit dem Projekt «Jugendgewalt vernetzt angehen» wurde unter der Leitung der Jugendstrafrechtspflege ein alternativer Ansatz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität erarbeitet. Eine fachlich breit abgestützte Gruppe entwickelte ein praxisorientiertes Wirkungsmodell, das die Prävention verbessert und stärkt. Im Projekt «Child-friendly Justice» setzte sich die Jugendstrafrechtspflege mit kindgerechten Strafverfahren auseinander. Zur weiteren Qualitätssteigerung ist die Einführung eines kindgerechten Feedbacksystems beim Verfahrensabschluss vorgesehen.

Im Weiteren wurde mit CHOOSE ein neues deliktorientiertes Training entwickelt, das jugendgerecht zur Reflexion anregt und deliktfreies Verhalten stärkt.

Politisch setzte sich die Jugendstrafrechtspflege für mehr Gehör des Jugendstrafrechts auf nationaler Ebene ein. Neu gibt es eine Vertretung in der Strafrechtskommission der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Ab 2026 soll zudem eine interkantonale Fachkonferenz für Jugendstrafbehörden ihr Fachwissen in politische Entscheidungsprozesse einbringen.

Intern wurde die Organisationsentwicklung fortgeführt sowie Strategie und Strukturen erarbeitet, die ab 2026 die operative Ausrichtung prägen.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche)	A1	5041	5000	4831	-169	-3.4
L2	Anklagen an das Jugendgericht	A1	51	30	47	17	56.7
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen)	A1	2 177	2200	2216	16	0.7
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	A2	42	55	37	-18	-32.7
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuung und ambulanter Behandlungen)	A2	229	250	196	-54	-21.6
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	101	100	109	9	9.0
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	85	90	108	18	20.0
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	A1, A2	703	850	774	-76	-8.9
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen, in Tg.	A1, A2	2 120	2500	1955	-545	-21.8
L10	Haftfälle (Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	A1, A2	83	60	65	5	8.3
L11	Schutzaufsichten (Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	A2	793	850	870	20	2.4
L12	Pendenzen pro Jugendanwältin/-anwalt (Zielwert)	A1	69	70	58	-12	-17.1
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter, in Tg. (Zielwert)	A1	180	140	197	57	40.7
L14	Pendenzen > 365 Tage, in % (Zielwert)	A1	11	8	16	8	
L15	Belegungstage in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	23 754	27 500	26 037	-1 463	-5.3
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer, in Tg.	A1	82	95	93	-2	-2.1
B2	Innert 180 Tagen abgeschlossene Untersuchungen, in %	A1	86	82	84	2	
B3	Durchschnittliche Kosten pro Belegungstag in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	608	580	663	83	14.3
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassene), in %	A2	62	65	59	-6	

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel, inkl. Rechtsbehelfen), in %	A1	1.7	2	2.3	0.3	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 55 (Vorjahr: 55) Schutzmassnahmen, davon 7 (8) stationäre und 48 (47) ambulante sowie 4563 (4694) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 2728 (2998) Verweise, 774 (703) Persönliche Leistungen, 945 (897) Bussen und 115 (91) Freiheitsentzüge. In 1 (5) Fall wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 16 (13) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5 Am 31. Dezember des Berichtsjahres befanden sich 23 (Vorjahr: 23) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten stationären und 144 (136) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten ambulanten Schutzmassnahme. Abhängig von den eingegangenen Fällen und deren Entwicklung kann es zu Schwankungen betreffend Anordnung von ambulanten und stationären Schutzmassnahmen kommen.
- L13, Die Zunahme von Falleingängen mit hoher Komplexität verlängerte das durchschnittliche Pendenzalter und die
- L14 Anzahl der über ein Jahr pendenden Strafuntersuchungen.
- B3 Tarifierhöhungen einzelner Institutionen als auch Zunahme komplexer Fälle stationärer Schutzmassnahmen.

Entwicklungsschwerpunkte

Jl 1.3a Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates im Bereich Jugendstrafrechtspflege umsetzen

Das integrale Risikomanagement wurde gemäss den Vorgaben des Regierungsrates umgesetzt. Stand bis

2205 1a Anstieg der von Jugendlichen verübten Gewaltdelikte verringern

Die Jugendstrafrechtspflege behandelt Gewaltstraftaten weiterhin mit oberster Priorität und interveniert nach Möglichkeit sofort. Sie setzt sich ausserdem für eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen ein, um die Lösungseffizienz zu steigern. Dabei geht es nicht nur um Informationsaustausch, sondern auch um das Bereitstellen von Institutionen, die eine zielgerichtete Intervention erlauben. Bisherige Massnahmen zur Reduktion der Zahl von Jugendlichen verübter Gewaltdelikte werden auch in der nächsten Legislatur weitergeführt. Planmässig 2027

2205 1b Senkung der Anzahl Wiederholungstäterinnen und -täter bei mittelschweren und schweren Delikten

Bei schweren Gewaltdelikten intervenieren die Jugendanwaltschaften wenn möglich sofort. Bei Bedarf ordnen sie vorsorgliche Schutzmassnahmen an, um weitere Straftaten zu verhindern. Ausserdem wird das Augenmerk auf sogenannte Bagatelldelikte gerichtet, sollten diese personenbezogen gehäuft auftreten. Durch frühzeitiges Eingreifen will man schwerere Delikte verhindern. Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	93.1	100.4	98.7	-1.7	-1.7

Bemerkungen R25 zu B25

-1.7 Vorübergehende Vakanzen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.5	1.9	0.0	0.0	1.9	1.3	-0.6	-31.8
Aufwand	-40.4	-42.6	0.0	0.0	-42.6	-44.0	-1.4	-3.4
Saldo	-38.9	-40.7	0.0	0.0	-40.7	-42.7	-2.0	-5.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.5	A1, A2	- Geringerer Personalaufwand: Vorübergehende Vakanzen
-0.1	A2	- Mehraufwand für ambulante Schutzmassnahmen
-0.2	A1	- Mehraufwand für Strafuntersuchungen
-0.2	A1	- Geringerer Ertrag: Weniger Erträge durch Gebühren
-0.4	A2	- Geringerer Ertrag: Weniger Beiträge an Schutzmassnahmen
-1.6	A2	- Mehraufwand für stationäre Schutzmassnahmen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-94531	0	0	-94531	0

2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung

Die Untersuchungsgefängnisse sowie die Institutionen des offenen und des geschlossenen Vollzugs verzeichneten eine anhaltend hohe Auslastung. Anhaltend hoch war auch die Prävalenz von psychischen Erkrankungen der eingewiesenen Personen. Leider gab es in den Institutionen im Berichtsjahr fünf Todesfälle, die mutmasslich auf Suizide zurückzuführen sind. Um in einem solch herausfordernden Umfeld zu bestehen, brauchen die Institutionen ausreichend und gut qualifiziertes Personal. Obschon in den vergangenen Jahren diesbezüglich wichtige Fortschritte gemacht wurden, werden die vom Bundesamt für Justiz empfohlenen Personalschlüssel namentlich in den Vollzugsinstitutionen Pöschwies, Gefängnis Affoltern und Vollzugszentrum Bachtel noch nicht erreicht. Personen, die gegen die sexuelle Integrität eines anderen

Menschen verstossen haben und zu einer (teil)bedingten Strafe verurteilt worden sind oder die wegen sexueller Belästigung verurteilt worden sind, können seit Anfang des Berichtsjahres zum Lernprogramm «DoLaS – Deliktorientiertes Lernprogramm für angepasstes Sexualverhalten» verpflichtet werden. Dieses fokussiert auf die Rückfallprävention und die nachhaltige Veränderung strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens.

Im Berichtsjahr wurde die Betriebsaufnahme der neuen Hauptabteilung Medizinischer Dienst im Frühjahr 2026 vorbereitet. In dieser wird die medizinische Grundversorgung für alle Institutionen unter einer gemeinsamen fachlichen Leitung zusammengefasst.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen und Massnahmen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, ausländerrechtlicher Administrativhaft sowie vorläufige Festnahme
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Aufenthaltstage in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen	A3	443700	430000	446426	16426	3.8
L2	(L1) davon Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	154553	145000	158440	13440	9.3
L16	(L1) davon Aufenthaltstage vorläufige Festnahme	A2	20713	19000	20607	1607	8.5
L17	(L1) davon Aufenthaltstage ausländerrechtliche Administrativhaft	A2	31276	28500	36804	8304	29.1
L11	Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen	A1	152433	160000	154010	-5990	-3.7
L3	Auslastung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen, in %	A3	86	87	87	0	
L18	Eintritte Gefängnis Zürich West (GZW)	A2	12115	11500	12320	820	7.1
L19	Eintritte Zentrum ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA)	A2	1429	1500	1450	-50	-3.3
L10	Fälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende)	A1	4263	4400	4229	-171	-3.9
L4	(L10) davon Freiheitsstrafen (Bestand Jahresende)	A1	1991	2200	2011	-189	-8.6
L20	Zuweisungen Lernprogramme	A1	388	480	400	-80	-16.7
L8	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13444	13500	14053	553	4.1
L9	Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende)	A4	30	32	31	-1	-3.1
L21	Vollzugstage Electronic Monitoring	A1		12000	16735	4735	39.5
B6	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen, in Fr.	A3	390	430	451	21	4.9
B7	Durchschnittliche Kosten pro Aufenthaltstag in externen Institutionen (Kostgelder), in Fr.	A1	467	470	475	5	1.1
B8	Durchschnittliche Kosten pro Vollzugsfall (Bestand) der Bewährungs- und Vollzugsdienste im Jahr (exkl. Kostgelder), in Fr.	A1	5004	4400	4926	526	12.0
W1	Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	4	0	0	0	
W2	Übergriffe auf Personal	A4	45	0	42	42	
W3	Suizide	A4	0	0	5	5	

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2206

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime, in %	A4	98.5	98	99.3	1.3	
W5	Bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	251	350	275	-75	-21.4
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit, in %	A1	79.9	80	77.7	-2.3	

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der Aufenthaltstage in den Untersuchungsgefängnissen ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die budgetierten Aufenthaltstage wurden überschritten. Die Aufenthaltstage in den Untersuchungsgefängnissen hängen von exogenen Faktoren wie der Anzahl Verhaftungen durch die Polizei und der Anordnungen der Staatsanwaltschaft ab.
- L16 Die Anzahl Aufenthaltstage in der vorläufigen Festnahme hängt von exogenen Faktoren ab und wurde im Vergleich zu den Vorjahren konstant budgetiert.
- L17 Die Anzahl der Aufenthaltstage im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft ist im Vergleich zum Vorjahr und zum Budget angestiegen. Die Aufenthaltstage hängen von exogenen Faktoren wie Entwicklungen im Asyl- und Wegweisungsvollzug sowie interkantonalen Zuweisungen ab und sind nur begrenzt steuerbar.
- L18 Die höhere Anzahl an Verhaftungen führte zu einem Anstieg der Eintritte ins Gefängnis Zürich West.
- L10, L4 Eine systematische Datenbereinigung im Fallführungssystem führte zu einer tieferen Anzahl tatsächlicher Fälle in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten.
- L20 Die Zuweisungen in Lernprogramme stiegen gegenüber dem Vorjahr an, blieben jedoch unter dem Budget. Der erwartete Wachstumseffekt auf 480 Aufträge konnte noch nicht vollständig realisiert werden, da sich die Lancierung von zwei neuen Lernprogrammen (DoLaS, PoG für Fremdsprachige) zeitlich etwas verzögerte und die zuweisenden Stellen eine gewisse Anlaufphase benötigten.
- L9 Im Vollzugszentrum Bachtel konnte im Vergleich zum Budget aus organisatorischen Gründen eine Lerngruppe nicht angeboten werden.
- L21 Höhere Anzahl Vollzugstage im Electronic Monitoring (EM) als budgetiert, aufgrund zusätzlicher und längerer EM-Vollzüge infolge angepasster bundesgerichtlicher Rechtsprechung. Zudem nahm die Nutzung von EM als strafprozessuale Ersatzmassnahme zu, welche in der Regel mit längerer Überwachungsdauer verbunden ist.
- B6 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro Aufenthaltstag lag über dem Budget. Dies ist auf tiefere Einnahmen von aus anderen Kantonen eingewiesenen Fällen zurückzuführen, weil die Plätze in den Institutionen stärker mit Zürcher Fällen ausgelastet sind.
- B8 Infolge der systematischen Datenbereinigung im Fallführungssystem (siehe L4/L10) erhöhte sich der durchschnittliche Kostenaufwand pro Vollzugsfall. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Kosten dennoch leicht gesenkt werden.
- W2 Die Anzahl Übergriffe auf das Personal liegt im Bereich des Vorjahres. Eine erhöhte Gewaltbereitschaft bei inhaftierten Personen mit psychischen Störungen ist immer noch deutlich spürbar.
- W3 Im Berichtsjahr wurden fünf mutmassliche Suizide in den Institutionen registriert.
- W5 Der leichte Anstieg der Freiheitsstrafen im Berichtsjahr führte nicht zu einer entsprechenden Zunahme der bedingten Entlassungen. Ausschlaggebend war eine veränderte Zusammensetzung der Sanktionen infolge einer Anpassung der Strafprozessordnung. Während kurze Freiheitsstrafen unter sechs Monaten zurückgingen, nahmen längere Strafen zu. Bei diesen ist eine differenziertere Legalprognose erforderlich, wodurch bedingte Entlassungen zurückhaltender gewährt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1g Durch stärker individualisierten Vollzug mehr Sicherheit schaffen und die nachhaltige Wiedereingliederung fördern.

Nach dem erfolgreichen Pilotbetrieb der Rückkehrberatung und Rückkehrorientierung im Justizvollzug beschloss der Regierungsrat die Überführung des Angebots in den Regelbetrieb (RRB Nr. 271/2025). Die Haftbedingungen im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft und für Personen in Verwahrung wurden weiterentwickelt. Daneben wurden Veränderungen und Modernisierungen im Normalvollzug der Justizvollzugsanstalt Pöschwies umgesetzt.

Seit Anfang des Berichtsjahres steht das Lernprogramm «DoLaS – Deliktorientiertes Lernprogramm für angepasstes Sexualverhalten» zur Verfügung.

Anstelle von Bussen, Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten kann gemeinnützige Arbeit geleistet werden. Um den Anteil dieser günstigen und gesellschaftlich sinnvollen Sanktionsform zu steigern, wurde der Betrieb der kantonalen Bussenanlaufstelle übernommen.

Jl 1.4a Psychisch kranke Personen im Justizvollzug werden angemessen behandelt und betreut (Etablierung psychiatrische Betreuungsangebote in den Institutionen des Justizvollzugs, Durchführung von Therapien im intra- bzw. extramuralen Setting. Weiterentwicklung von Fachstrategien zur Sicherung der intra- und extramuralen psychotherapeutischen Versorgung von Klientinnen und Klienten des Justizvollzugs).

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Leistungsvertrags zwischen Justizvollzug und Wiedereingliederung und der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich kann ein positives Fazit gezogen werden. Die Zusammenarbeit hat sich etabliert, es findet ein regelmässiger Austausch aller Beteiligten statt und die gefängnispsychiatrische Grundversorgung konnte durch störungsspezifische Behandlungen ergänzt werden.

Im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft soll mit der Abteilung für Personen mit besonderen Bedürfnissen ein zusätzliches Angebot für psychisch belastete Personen geschaffen werden. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen auf formaler wie auch konzeptioneller und operativer Ebene geleistet, sodass die neue Abteilung Anfang 2026 den Pilotbetrieb aufnehmen kann.

Jl 1.4b Die nachhaltige Wiedereingliederung wird als durchgehender Prozess verstanden, die Prozessperspektive gefördert und ein Fokus auf das Übergangsmanagement gelegt (Gewährleistung eines bedarfsgerechten, an den Ressourcen und den Risiken orientierten Justizvollzugs).

Für den Übertritt von der Untersuchungshaft in eine Zielinstitution für den Straf- oder Massnahmenvollzug wird ein strukturiertes und standardisiertes Übergangsmanagement entwickelt. Darüber hinaus wurde der Blick auch auf den Austritt aus der Untersuchungshaft in die Freiheit gerichtet, da sich gezeigt hatte, dass es für eine bestmögliche Verhinderung von Haftschäden entscheidend ist, diesen Schritt gut vorzubereiten. Um den Übergang in ein selbstbestimmtes Leben bestmöglich zu unterstützen, erhalten die inhaftierten Personen daher die wichtigsten Informationen sowie Anlaufstellen für die Zeit nach der Inhaftierung.

Jl 1.4c Der Vollzug für ausländische inhaftierte Personen ohne Bleiberecht ist weiterentwickelt. Die Rückkehrorientierung der ausländischen inhaftierten Personen ohne Bleiberecht wird gefördert. Das Haft- und Vollzugsangebot für diese Personengruppe wird weiterentwickelt.

Die systematische Rückkehrberatung und die verstärkte Rückkehrorientierung bei Personen, die nach Abschluss ihrer Sanktion die Schweiz verlassen müssen, wurde 2023 als Pilotprojekt von Justizvollzug und Wiedereingliederung, dem Migrationsamt und dem Kantonalen Sozialamt gestartet. Nach den ersten 18 Monaten fiel die Bilanz äusserst positiv aus. Der Regierungsrat beschloss deshalb, das Projekt ab 2026 in den Regelbetrieb zu überführen (RRB Nr. 271/2025). Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen dafür getroffen, damit das Angebot ohne Unterbruch weiterbesteht. Die Haftbedingungen für eingewiesene Personen im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft wurden weiterentwickelt mit zusätzlicher Gesprächstherapie, längeren Öffnungszeiten der Hafträume und des Aussenbereichs sowie erweiterten Besuchszeiten.

Stand bis

Planmässig 2027

Planmässig 2027

Planmässig 2027

Planmässig 2027

2206 1j Die Infrastruktur von JuWe ist im Hinblick auf einen bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Justizvollzug baulich weiterentwickelt. Inbetriebnahme des Gefängnisses Winterthur (2024); Sanierung Gefängnis Pfäffikon (2024–2026); Neubau Gefängnis Zürich (ab 2027); Kompetenzzentrum Frauen, Dielsdorf; Projekt ZAA Umbau (2025–2027), Konzeption ZAA+ (2023–2025), Umsetzung JVA+ Pöschwies (ab 2024), JVA Pöschwies Eingangszone/Parkierung (2024–2027), Sanierung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon (MZU), Schaffen von baulichen Voraussetzungen für die Digitalisierung der Infrastruktur, Umsetzen neue Arbeitswelten im JuWe.

Im Gefängnis Pfäffikon führen zusätzliche Sicherheitsanforderungen zu geringfügigen Verzögerungen der Bauarbeiten. Die Wiedereröffnung ist neu Mitte 2026 vorgesehen. Für den Neubau der Eingangszone der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurde die Baubewilligung erteilt, sodass mit ersten baulichen Massnahmen gestartet werden konnte. Ausserdem wurde im Berichtsjahr der Entscheid des Studienauftrags für das Erweiterungsprojekt der Pöschwies gefällt. Parallel dazu sind die Bauarbeiten im Rahmen des Projekts Normalvollzug+ angelaufen. Ein Grossteil der Institutionen wurde im Berichtsjahr mit WLAN ausgestattet und damit technisch für weitere Digitalisierungsschritte im Justizvollzug gerüstet.

Planmässig 2027

2206 1k Die digitale Transformation in JuWe ist weit fortgeschritten. Um eine effiziente Auftragserfüllung zu gewährleisten, sind Prozesse und Arbeitsabläufe digitalisiert und die digitalen Kompetenzen der Mitarbeitenden gestärkt. Die digitale Transformation fliesst auch in das Leistungsangebot der inhaftierten Personen / Klientinnen und Klienten ein.

Die Einführung des mobilen Sicherheitssupportsystems wurde weiter vorangetrieben. In fünf Gefängnissen fand ein Rollout statt. Mit dem Projekt Smart Prisons Zürich werden gefängnisinterne Abläufe digitalisiert, und Personen in Haft erhalten vereinfachten Zugang zu digitalen Angeboten und die Möglichkeit, verschiedene Aspekte ihres Alltags digital selbst zu verwalten. Im Mai wurde das Projekt im Zentrum für ausländerechtliche Administrativhaft als Pilot eingeführt, im Oktober fand der Rollout im Vollzugszentrum Bachtel statt. Das digitale Dokumentationssystem für den medizinischen Bereich wurde im Rahmen des Projekts ELEKTRA in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies und im psychiatrisch-psychologischen Dienst eingeführt. Zudem wurde im Rahmen des Projekts zur elektronischen Fall- und Aktenführung intensiv an den Vorbereitungen für die Einführung der Standard-Fachapplikation GINA gearbeitet.

Planmässig 2027

2206 1l Das Vollzugsangebot ist qualitativ auf die individuellen und spezifischen Bedürfnisse der Inhaftierten/Eingewiesenen ausgerichtet: Bedürfnisse von Frauen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, psychisch Beeinträchtigten und Auffälligen, besonders renitente Personen sowie Konzepte für Alter, Pflege, Verwahrungsvollzug usw.

Per 1. September übernahm Justizvollzug und Wiedereingliederung den Betrieb der kantonalen Busenanlaufstelle. Damit können Gesuche für gemeinnützige Arbeit direkt bei Mitarbeitenden der Bewährungs- und Vollzugsdienste gestellt werden. Im Normalvollzug der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurden die Betreuung intensiviert und die Freizeitaktivitäten für die Inhaftierten erweitert, um die für die Wiedereingliederung wichtigen sozialen Kompetenzen der Gefangenen zu stärken. Ausserdem konnten erste bauliche Massnahmen zur Erweiterung der Spazierhöfe fertiggestellt werden. In der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurden die Vollzugsbedingungen für Verwahrte angepasst. Neu haben diese mehr Spielraum bei der Zelleneinrichtung, sie können zusätzliche arbeitsfreie Tage beziehen oder mehr Besuch empfangen.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
1258.3	1406.7	1348.3	-58.3	-4.1

Bemerkungen R25 zu B25

- 42.1 FTE sind weniger als 3% von den gesamten Stellen im JuWe. Fluktuationsraten liegen in vielen Unternehmen im Durchschnitt bei etwa 10% pro Jahr. Dieser Richtwert basiert auf branchenübergreifenden HR-Benchmarks. Im JuWe lag die Fluktuationsrate (unter Berücksichtigung aller Austrittsgründe) im Berichtsjahr bei 11.4% (171 Stellen bei 1500 Mitarbeitenden). Trotz aller Rekrutierungsbemühungen ist es normal, dass nicht alle Stellen sofort wieder besetzt sind. Wenn mit einer durchschnittlichen Wiederbesetzungsdauer von zwei Monaten gerechnet wird, sind es rund 30 gleichzeitig nicht besetzte Stellen. Der Fachkräftemangel erschwert die Besetzung von bestimmten Spezialfunktionen zusätzlich.
- 16.2 Stellen für Praktikantinnen und Praktikanten, die im Budget enthalten sind, jedoch in der Rechnung nicht berücksichtigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	97.2	102.9	0.0	0.0	102.9	101.2	-1.6	-1.6
Aufwand	-370.6	-392.7	0.0	0.0	-392.7	-396.6	-3.9	-1.0
Saldo	-273.4	-289.8	0.0	0.0	-289.8	-295.4	-5.6	-1.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-1.0	-0.5	-90.6
Saldo	-0.7	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-1.0	-0.5	-90.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
5.4	A3	- Minderaufwand Personal, da vakante Stellen nicht zeitnah besetzt werden konnten.
2.3	A3	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere ärztliche Kosten Insassen, Dienstleistungen Dritter, Mobiliar und übrige nicht aktivierbare Anlagen)
1.7	A1	- Höherer Kostgeldertrag im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA)
0.6	A3	- Minderaufwand Abschreibungen da Erstaussstattung Mobilien des Polizei- und Justizzentrums bisher nicht dem Gefängnis Zürich West (GZW) übertragen wurde (RRB Nr. 819/2021)
-0.7	A3	- Mehraufwand Interne Verrechnung für IKT
-0.8	A3	- Mehraufwand Interne Verrechnung von Nebenkosten und Miete mit Immobilienamt (IMA)
-2.0	A3	- Mehraufwand beim Personal aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB 1012/2024
-3.2	A1	- Tieferer Kostgeldertrag aufgrund höherer Anzahl Einweisungen von Zürcher Fällen in die Justizvollzugsanstalt Pöschwies und dadurch reduzierte Aufnahmekapazität für ausserkantonale Einweisungen
-9.2	A1	- Mehraufwand für Straf- und Massnahmenkosten in ausserkantonalen Institutionen und Kliniken
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-264061	121563	0	-142498	121563

Bemerkungen

Im Berichtsjahr wurden Fr. 121 563 über Rücklagen finanziert. Dabei handelt es sich um Personalaufwand für befristete Stellen. Justizvollzug und Wiedereingliederung beantragt keine Rücklagen.

2207 Gemeindeamt

Der Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2025 wurde im Frühling des Berichtsjahres veröffentlicht. Er berichtet dem Kantonsrat alle vier Jahre über die Wirkung des Finanzausgleichs. Das Gemeindeamt hat die Arbeit an der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs aufgenommen. Die Abteilung Gemeinderecht hat eine Vorlage für die Änderung des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht erarbeitet. Der Regierungsrat hat die Vorlage im Berichtsjahr an den Kantonsrat verabschiedet (RRB Nr. 651/2025). Die Abteilung Einwohnerwesen hat die Beratung der Teilrevision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister in der zuständigen Kommission des Kantonsrates begleitet. Das Gemeindeamt hat 27 Gemeindeordnungen, die Sta-

tuten eines Zweckverbands und die Jahresrechnungen von 86 gemeinderechtlichen Organisationen geprüft. Es hat fünf Ausgliederungen begleitet. Weiter hat es elf Zivilstandsämter und 13 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden vor Ort visitiert. Bei den Einbürgerungen ist die Anzahl neuer Gesuche von rund 9600 im Vorjahr auf rund 10300 gestiegen. Im Zivilstandswesen ist die Anzahl neuer Fälle von 12307 auf 13005 angestiegen. Weiter hat das Gemeindeamt die kantonale Einwohnerdatenplattform und die Einbürgerungsplattform weiterentwickelt. Es hat zudem die Zivilstandsämter im Umgang mit der neuen Version des elektronischen Personenstandsregisters geschult und begleitet.

Aufgaben

- A1 Beratung und Aufsicht hinsichtlich der rechtskonformen Organisation, Haushaltsführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Nr. 2216, Kantonaler Finanzausgleich)
- A3 Betrieb der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP), Beratung und Aufsicht hinsichtlich des Meldewesens und der Einwohnerregister der Gemeinden
- A4 Erfüllen der kantonalen Zivilstandsaufgaben, Aufsicht über die Zivilstandsämter und Bearbeiten der Namensänderungsgesuche
- A5 Erfüllen der kantonalen Bürgerrechtsaufgaben, Betrieb der Applikation «eEinbürgerung» und des kantonalen Grundkenntnistests, Beratung und Aufsicht hinsichtlich der Einbürgerung in den Gemeinden
- A6 Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Behördenschulungstage (Anzahl; Zielwert)	A1	23	28	15	-13	-46.4
L3	Erledigte Namensänderungsgesuche (Anzahl)	A4	1263	1200	1201	1	0.1
L4	Erledigte Gesuche um ordentliche Einbürgerungen (Anzahl)	A5	5781	6900	6988	88	1.3
L6	Geprüfte Jahresrechnungen gemeinderechtlicher Organisationen (Anzahl; Zielwert)	A1	83	84	86	2	2.4
L7	Verfügbarkeit der kantonalen Einwohnerdatenplattform (Anzahl Tage pro Jahr; Zielwert)	A3	365	363	364.5	1.5	0.4
L8	Abgeschlossene Prüfungen ausländischer Urkunden (Anzahl)	A4	6449	6100	7288	1188	19.5
W2	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen (Anzahl Monate)	A5	20.5	19	21.9	2.9	15.3

Bemerkungen

- L1 Die Nachfrage nach Behördenschulungen war wie im Vorjahr gering. Der Indikator führt die Schulungsveranstaltungen des Gemeindeamtes und eine Veranstaltung der Baudirektion auf, die über das Gemeindeamt organisiert wird. Mitarbeitende des Gemeindeamtes unterrichten auch in Veranstaltungen von Partnerorganisationen, wie dem Verband Zürcher Finanzfachleute, dem Verband Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute, der KV Business School Zürich «Fachausweis öffentliche Verwaltung» und in der Ausbildung der Rechnungsprüfungskommission der katholischen Kirche.
- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Anzahl der bearbeiteten Gesuche um Namensänderung entspricht dem budgetierten Wert.
- L4 Die Anzahl erledigter Gesuche um ordentliche Einbürgerungen ist höher als der budgetierte Wert. Die hohe Zahl der neuen Gesuche setzt sich fort.
- L6 Das Gemeindeamt kontrolliert in gemeinsamer Organisation mit dem Bezirksrat, ob die gemeinderechtlichen Organisationen ihre Haushalte gesetzeskonform führen. Dabei nimmt der Bezirksrat jedes Jahr eine Basisprüfung vor. Das Gemeindeamt nimmt bei politischen Gemeinden und Schulgemeinden alle vier Jahre und bei Zweckverbänden und Anstalten alle vier bis sechs Jahre anstelle des Bezirkesrates eine vertiefte Prüfung vor. Das Gemeindeamt prüft die genehmigten Jahresrechnungen und den umfassenden Bericht der finanztechnischen Prüfstelle der Gemeinde. Die Anzahl Prüfungen schwankt unter anderem wegen Fusionen, durch die Bildung von Einheitsgemeinden und Gründung neuer Zweckverbände und Anstalten.
- L7 Im Berichtsjahr war die kantonale Einwohnerdatenplattform nahezu lückenlos verfügbar, mit Ausnahme eines kurzen technischen Ausfalls einzelner Services und geplanter Migrationsarbeiten.

- L8 Die Anzahl der Prüfungen ausländischer Urkunden sind in den letzten Jahren markant gestiegen. Aufgrund befristeter Stellen und Leistung von Überstunden konnte die Erledigungsquote gesteigert werden und die Bearbeitungsfrist in einem rechtskonformen Rahmen gehalten werden.
- W2 Die durchschnittliche Verfahrensdauer war im Berichtsjahr höher als budgetiert und auch höher als im Vorjahr. Das liegt an der stark angestiegenen Anzahl Einbürgerungsgesuche.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

Jl 1.5a Zur Prävention gegen Zwangsheirat den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen und Ämtern der Gemeinden, des Kantons und des Bundes fördern.

Mit der Fachstelle Zwangsheirat wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Gegenstand der Vereinbarung sind die Unterstützung bei der Erstellung einer Wissensplattform zu Zwangsheirat, die bedarfsgerechte Unterstützung bei der Erarbeitung von Schulungen sowie die Unterstützung bei der Erhebung von Fallzahlen zur Zwangsheirat.

Planmässig 2027

Jl 10.1a Revision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) sowie der Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) mit dem Ziel, Einwohnerregister zu harmonisieren und die Datenqualität zu verbessern (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

Die Revision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) ist im Kantonsrat in Beratung (Vorlage 5997). Die Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) wird im Anschluss überarbeitet.

Verzögert 2025

Jl 10.2a Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) mit dem Ziel, die Datensicherheit und den Datenschutz zu verbessern sowie die bestehenden Software-Module und die Benutzeroberfläche zu modernisieren (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

Die ersten Bestandteile der Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) konnten in Betrieb genommen werden. Die Modernisierung der Benutzeroberfläche ist in Arbeit.

Planmässig 2026

Jl 10.4a Erheben und Darstellen der Zusammenarbeit der Gemeinden (Beitrag des Gemeindeamtes zum Vorhaben «Gemeinden 2030»)

Die Daten zur interkommunalen Zusammenarbeit wurden erhoben. Das Gemeindeamt hat begonnen, die Daten auszuwerten.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
60.8	62.6	62.5	-0.1	-0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.4	4.3	0.0	0.0	4.3	4.6	0.2	5.7
Aufwand	-14.2	-15.8	0.0	0.0	-15.8	-15.5	0.3	1.8
Saldo	-9.7	-11.5	0.0	0.0	-11.5	-11.0	0.5	4.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.4	-1.9	0.0	-0.5	-2.3	-1.6	0.7	31.8
Saldo	-1.4	-1.9	0.0	-0.5	-2.3	-1.6	0.7	31.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.3	A5	- Höherer Ertrag bei den Einbürgerungsgebühren
0.1	A5	- Tieferer Aufwand für die Weiterentwicklung des Grundkenntnistests und des kantonalen Deutschtests im Einbürgerungsverfahren sowie tieferer Aufwand der Gemeindeanteile am Ertrag für erleichterte Einbürgerungen
0.1	A3	- Tieferer Aufwand für die Weiterentwicklung der Applikation eEinbürgerungZH wegen späterer Inkraftsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) und damit verbundenen Entwicklungskosten; zudem Verzögerung bei der Einführung des neuen Identity and Access Managements (IAM).
0.1	A4	- Tieferer Aufwand wegen späterer Inkraftsetzung des revidierten VRG, was eine Verzögerung der Einführung der qualifizierten elektronischen Signatur zur Folge hatte.
-0.1	A1	- Tieferer Ertrag aus Behördenschulungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.3	-1.6	0.7	
- Investitionsausgaben für das Projekt Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP; RRB Nr. 789/2022)	-2.1	-1.5	0.6	- Als Folge personeller Engpässe bei der Leistungserbringerin haben sich die Arbeiten verzögert. Die fehlenden und notwendigen Arbeiten vom Vor- und Berichtsjahr müssen 2026 nachgeholt werden.
- Investitionsausgaben für die Weiterentwicklung der Applikation eEinbürgerungZH und die Umsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes (DigiLex)	-0.2	-0.1	0.1	- Die Inkraftsetzung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes wurde auf den 1. Januar 2027 verschoben. Als Folge davon konnte erst ein kleiner Teil der Systemanpassungen vorgenommen werden.
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Der Ressourcenausgleich ist das wichtigste Instrument des kantonalen Finanzausgleichs. Im Berichtsjahr wurden bei finanzstarken Gemeinden 1151 Mio. Franken abgeschöpft und 935 Mio. Franken an finanzschwache Gemeinden aus-

bezahlt. Zur Abgeltung der Zentrumslasten erhielt die Stadt Zürich 430 Mio. Franken und die Stadt Winterthur 90 Mio. Franken.

Aufgaben

A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die Steuerkraftunterschiede, die eine unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden hervorruft. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und unwegsamer Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich leistet den Städten Zürich und Winterthur einen Beitrag an die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleich, in Fr.	A1	14789	17648	17648	0	0.0
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleich, in Fr.	A1	4306	5296	5297	1	0.0
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	43	46	46	0	
W4	Ausgleichsvolumen, in Mio. Franken	A1	1460	1488	1482	-6	-0.4

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt den Unterschied der Steuerkraft pro Kopf zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Der Wert von Fr. 17 648 ist höher als im Vorjahr. Die Disparität wurde grösser, weil die Steuerkraft in der ressourcenstärksten Gemeinde deutlich stärker zugenommen hat als jene in der ressourcenschwächsten Gemeinde.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Abnahme der Disparität von Fr. 17 648 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 5297 pro Kopf (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs. Aufgrund der Entwicklung, wie unter W1 erwähnt, hat auch der Ressourcenunterschied nach Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahr zugenommen.
- W3 Gemeinden mit einer hohen Steuerkraft brauchen einen geringeren Steuerfuss als Gemeinden mit einer tieferen Steuerkraft, um den gleichen Aufwand zu decken. Um diese Gegenüberstellung unabhängig von den tatsächlichen Aufwänden einer Gemeinde zu berechnen, wird für diesen Indikator in allen Gemeinden von einem einheitlichen Nettoaufwand pro Kopf ausgegangen. Der Wert der ressourcenbedingten Steuerfussdisparität zeigt, wie viele Steuerprozent die ressourcenschwächste Gemeinde mehr erheben muss gegenüber der ressourcenstärksten Gemeinde nach dem Finanzausgleich, damit der jeweils gleiche Aufwand gedeckt wird. Dieser Wert ist mit 46 gegenüber dem Vorjahr höher ausgefallen, da die Steuerkraft der ressourcenstärksten Gemeinde gestiegen ist und sie somit weniger Steuerfussprozente benötigt, um den Normaufwand zu decken.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs. Der Bruttoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrössert, unter anderem wegen des grösseren Unterschieds zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde. Das Volumen hat sich gegenüber dem Budget verkleinert, da weniger Individueller Sonderlastenausgleich benötigt wurde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	998.2	1 163.9	0.0	0.0	1 163.9	1 163.9	0.0	0.0
- Ressourcenabschöpfung	985.5	1 151.3	0.0	0.0	1 151.3	1 151.3	0.0	0.0
- Beitrag aus Strassenfonds	12.6	12.5	0.0	0.0	12.5	12.5	0.0	0.0
Aufwand	-1 479.7	-1 509.8	0.0	0.0	-1 509.8	-1 482.2	27.7	1.8
- Ressourcenzuschuss	-922.0	-935.0	0.0	0.0	-935.0	-935.0	0.0	0.0
- Zentrumslastenausgleich	-510.6	-519.2	0.0	0.0	-519.2	-519.2	0.0	0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-21.1	-21.8	0.0	0.0	-21.8	-21.8	0.0	0.0
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-4.4	-4.8	0.0	0.0	-4.8	-4.8	0.0	0.0
- Individueller Sonderlastenausgleich	-1.3	-5.1	0.0	0.0	-5.1	-1.5	3.7	71.6
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-0.1	-4.0	0.0	0.0	-4.0		4.0	100.0
- Zusatzunterstützung Gemeinden infolge STAF	-20.0	-20.0	0.0	0.0	-20.0		20.0	100.0
Saldo	-481.5	-346.0	0.0	0.0	-346.0	-318.3	27.7	8.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
27.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
20.0	A1	- Tieferer Aufwand durch den Wegfall der Zusatzunterstützung für Gemeinden als Folge der Ablehnung der Vorlage zum Steuergesetz (Steuervorlage 17) durch die Stimmberechtigten
4.0	A1	- Tieferer Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung (Fusionsbeiträge), da weniger Fusionen als angenommen
3.7	A1	- Tieferer individueller Sonderlastenausgleich, da weniger beantragt und bewilligt als angenommen
-0.0		- Übrige Abweichungen

2221 Handelsregisteramt

Die Anzahl der eingetragenen aktiven Gesellschaften stieg gegenüber dem Vorjahr um 3887 (2,9%) auf 136038. Dieser Zuwachs entspricht dem schweizweiten Durchschnitt (2,9%). Damit haben weiterhin über 17% aller Unternehmen der Schweiz ihren Sitz im Kanton. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) war einmal mehr die bevorzugte Rechtsform. Nach einer Zunahme von 2263 (4,6%) sind im Berichtsjahr nun 51 125 aktive GmbH eingetragen. Die Zahl der Einzelunternehmen stieg um 930 (2,7%) auf 34 804, jene der Aktiengesellschaften um 517 (1,4%) auf 37 771. Diese drei Rechtsformen machen über 90% aller eingetragenen, aktiven Unternehmen aus. Der Bestand der Kommanditgesellschaften (-14), ausländischen Zweigniederlassungen (-11), Ge-

nossenschaften (-8) und Stiftungen (-2) verringerte sich wiederum.

Die umfassenden Vorarbeiten zur Überführung der Fachapplikation des Handelsregisteramtes in eine moderne SaaS-Umgebung (Software as a Service) sind weit fortgeschritten. Dazu zählt auch die Migration der elektronischen Dossiers in ein zeitgemässes Dokumentenmanagementsystem mit zentraler Verwaltung. Diese Arbeiten schaffen die Grundlage für die Anbindung an das Zürikonto. Zudem wurde das Dienstleistungsangebot erweitert: Neu kann die Kundschaft Handelsregisterauszüge mithilfe einer KI-gestützten Lösung auf Knopfdruck übersetzen lassen.

Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen über Rechtseinheiten und dient der Rechtssicherheit sowie dem Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.
- A2 Führen eines aktuellen und wahren Registers

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1 Zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	415510	420000	427015	7015	1.7
L2 Rechtsauskünfte	A1	21867	23000	19950	-3050	-13.3
L3 Eintragungen ins Tagesregister	A1	56680	54000	58181	4181	7.7
L4 Registerauskünfte	A1	46734	45000	46442	1442	3.2
L5 Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen, in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1 Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt, in %	A1	100	84	96	12	
W2 Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit	A1		gut	-		
W4 Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1		gut	-		
W5 Rückstellungsquote Eintragungsgeschäfte in %, max.	A1	0.6%	1	0.6	-0.4	

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L2 Im Berichtsjahr wurden weniger kostenlose Fachauskünfte erteilt. Dies liegt unter anderem daran, dass die Webseite stark genutzt wird und viele Fragen dort direkt beantwortet werden können.
- L3 Die Anzahl Eintragungen ins Tagesregister liegt über den Erwartungen.
- L5 Sämtliche Registerbereinigungsbriefe wurden versendet.
- W2, W4 Im Hinblick auf die Überführung der Fachapplikation in eine SaaS-Umgebung und der damit verbundenen Anpassung zentraler Prozesse wurde auf die Durchführung der Kundenumfrage verzichtet.
- W5 Von 58 181 Eintragungen ins Tagesregister wurden 339 vom Eidgenössischen Amt für das Handelsregister zurückgestellt.

Entwicklungsschwerpunkte

2221 10a Vereinfachung des elektronischen Behördenverkehrs

Auf der Webseite wurden zusätzliche Services zum Thema Umstrukturierungen veröffentlicht. Stand bis
Planmässig 2026

2221 10b Digitalisierung des physischen Archivs

Der Abbau des physischen Archivs dauert länger als ursprünglich angenommen. Durch die Einführung der Massensignierung kann dieser Prozess beschleunigt werden. Verzögert 2026
Sämtliche Akten zu Kollektivgesellschaften wurden erfolgreich digitalisiert.

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	62.4	68.6	65.4	-3.3	-4.7

Bemerkungen R25 zu B25

- 2.0 Aufgrund externer Verzögerungen bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben musste die Besetzung befristeter Stellen um ein Jahr verschoben werden.
- 1.2 Verzögerte Anstellungen führen zu einem tieferen Beschäftigungsumfang.

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2221

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	11.2	10.7	0.0	0.0	10.7	11.2	0.5	4.8
Aufwand	-11.2	-12.7	0.0	0.0	-12.7	-11.7	1.0	8.0
Saldo	0.0	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-0.5	1.5	76.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.6	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere Tatsächliche Forderungsverluste, Softwareunterhalt und Dienstleistungen Dritter)
0.5	A1	- Tieferer Personalaufwand
0.5	A1	- Höhere Gebühreneinnahmen
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-323737	0	0	-323737	0

2223 Statistisches Amt

Das Statistische Amt führte mit den politischen Gemeinden an vier Urnengängen sechs kantonale und fünf eidgenössische Abstimmungen durch. Es führte erfolgreich eine neue Fachapplikation zur Übermittlung und Ermittlung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen ein. Das Amt veröffentlichte unter anderem vertiefte Analysen zu häuslicher Gewalt, dem Auszug junger Menschen aus dem Elternhaus, dem Wohnungsangebot im Kanton sowie neue regionalisierte Bevölkerungsszenarien. In seiner neuen Rolle als Querschnittsamt

im Bereich Daten erreichte das Amt wichtige Meilensteine für die gemeinsame Datenplattform und die kantonale Data Governance. Das Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften hat verschiedene Verwaltungseinheiten mit Projekten im Bereich Machine Learning und KI unterstützt. Das Amt führte für verschiedene Direktionen und politische Gemeinden Vernehmlassungen und Befragungen durch. Die Koordinationsstelle Teilhabe setzte verschiedene Projekte zur Partizipation und zum Diskriminierungsschutz um.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Förderung eines freien und offenen Prozesses zur Meinungsbildung und Teilhabe
- A3 Koordination der Datenbewirtschaftung und Förderung der Datenkompetenz sowie -transparenz
- A4 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L3	Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen	A1	12	18	18	0	0.0
L5	Kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall	A4	172	110	180	70	63.6
W1	Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	89	85	85	0	0.0
W5	Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen, in %	A2		90			
W6	Zufriedenheitsgrad der Kunden, in %	A4		90	96	6	
W7	Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantons-ebene nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultats, in Min.	A2	3.7	5	4.3	-0.7	-14.0

Bemerkungen

- L5 Es wurden Benchmarking-Projekte durchgeführt, bei denen sich besonders viele Institutionen angemeldet haben.
- W5 Die Erhebung wurde verschoben auf das Jahr 2026.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Ein Projekt zum Aufbau von Datensätzen zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, das in Zusammenarbeit mit der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt geführt wird, befindet sich in der Umsetzungsphase. Im Berichtsjahr wurden Datengrundlagen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Opferhilfe, Schutzunterkünften, Forensic Nurses sowie Beratung und Lernprogrammen für Gewaltausübende erschlossen und dokumentiert. Basierend darauf wurde das Kennzahlenportal «Häusliche Gewalt in Zahlen» im Internet publiziert. Ferner wurden wesentliche Schritte zur Erfassung und längerfristigen Erschliessung von weiteren relevanten Daten eingeleitet. Das Kennzahlenportal wird 2026 überarbeitet und danach regelmässig aktualisiert sowie mit weiteren Indikatoren ergänzt, wenn neue Datengrundlagen erschlossen werden.

Stand	bis
Planmässig	2027

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Die Koordinationsstelle Teilhabe setzt verschiedene Projekte um, um die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Im Projekt kinderfreundliche Gemeinden wurden in Kooperation mit UNICEF Schweiz und dem Dachverband der kantonalen Kinder- und Jugendarbeit Gemeinden in der Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene unterstützt. Im Projekt «Rede mit!» werden in Zusammenarbeit mit «Discuss it, easyvote» und dem Jugendparlament Kanton Zürich Podiumsdiskussionen an Berufsfachschulen durchgeführt, um das Interesse junger Lernender an Politik zu wecken. Zudem wurde der Demokratie-Jugendfilmwettbewerb Ciné Civic zusammen mit der Bildungsdirektion erstmals lanciert.

Planmässig	2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Das Projekt zur Erarbeitung eines Aktionsplans unter der Leitung der Koordinationsstelle Teilhabe und in Zusammenarbeit mit den Fachstellen Gleichstellung und Integration sowie dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern befindet sich in der Umsetzungsphase. In der Initialisierungsphase fand eine Bestandesaufnahme statt. Zudem wurde eine amtsübergreifende Projektorganisation aufgebaut. Das Projektteam erarbeitete einen ersten Entwurf des Massnahmenplans, der in zwei partizipativen Workshops mit den wichtigsten Stakeholdern aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft gespiegelt wurde. Ein überarbeiteter Entwurf des Massnahmenplans wurde dem Regierungsrat vorgestellt. Gestützt auf diese Rückmeldungen wird der Entwurf derzeit überarbeitet mit dem Ziel, ihn dem Regierungsrat 2026 zur Festsetzung vorzulegen.

Planmässig 2027

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmal Erfassung datenschutzkonform umsetzen.

Mit der Schaffung einer kantonalen Data Governance wird der organisatorische Rahmen für die effiziente Bewirtschaftung von Daten geschaffen und die Datengouvernanz (Steuerung, Unterstützung und Überwachung der Datenbewirtschaftung) definiert. Mit der kantonalen Datenplattform wird in enger Kooperation mit dem Amt für Informatik die dazu nötige Infrastruktur aufgebaut. Im Berichtsjahr wurden in beiden Projekten wichtige Meilensteine erreicht.

Planmässig 2027

RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.

Das Kompetenzzentrum Datenwissenschaft hat an über zehn Pilotprojekten im Umfeld von KI und Machine Learning gearbeitet. Mehrere KI-Dienste wurden umgesetzt oder sind in Umsetzung. Die Audiotranskription kann als Basisdienst für die gesamte Verwaltung eingesetzt werden. Auch wurde der Code zu verschiedenen Projekten als Open Source publiziert, was auf grosses Interesse und zu einer breiten Wiederverwendung auch in anderen Kantonen geführt hat.

In 35 Präsentationen und Weiterbildungen mit über 1650 Teilnehmenden wurde der Wissensaufbau zu KI in der Verwaltung und darüber hinaus vorangetrieben. Zusammen mit dem Amt für Informatik, der Staatskanzlei und dem Personalamt wurde ein Projekt lanciert, um mit den KI-Projekten schneller kantonsweit Wirkung zu erzielen und die Herausforderungen im Betrieb von KI-Lösungen zu adressieren.

Planmässig 2027

2223 10e Umsetzung Statistikkoordination gemäss StatG

Die Zusammenarbeit mit den Amtsstellen hat sich etabliert. 47 Erhebungen wurden rapportiert.

Planmässig 2027

2223 10f Verankerung von Open Government Data (OGD) und Unterstützung von Verwaltungseinheiten und öffentlich-rechtlichen Anstalten bei Erschliessung ihrer Datenbestände und Publikation als OGD

Im Berichtsjahr haben weitere Stellen begonnen, offene Behördendaten (Open Government Data) zu publizieren. Insgesamt wurden 113 neue Ressourcen veröffentlicht.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
37.8	45.3	40.6	-4.6	-10.3

Bemerkungen R25 zu B25

-4.0 Ausbildungsstellen wurden budgetiert, diese werden jedoch beim Ist-Wert nicht ausgewiesen.

-1.1 Teilweise wurden Stellen nicht nahtlos wiederbesetzt.

0.5 Zusätzliche Stelle Umsetzung Istanbul-Konvention (RRB Nr. 1254/2024)

Finanzierung

	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.5	1.7	0.0	0.0	1.7	1.8	0.1	5.8
Aufwand	-9.3	-10.0	0.0	-0.4	-10.4	-10.0	0.4	3.6
Saldo	-7.8	-8.3	0.0	-0.4	-8.7	-8.2	0.5	5.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ausgaben								
Saldo								

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2223

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.6	A3	- Niedrigerer Sachaufwand
0.1	A4	- Höhere Erträge Befragungen
-0.2	RRZ 1d	- Höherer Personalaufwand: Umsetzung Istanbul-Konvention (RRB Nr. 1254/2024) und Abweichung BVK-Beiträge Budget 2025
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-79302	0	0	-79302	0

2224 Staatsarchiv

Das Projekt Bau 4 wurde mit der Erarbeitung des Nutzungs- und Bedarfskonzepts, der Bestellung und den Vorarbeiten für die Machbarkeitsstudie gestartet. Die verschiedenen Projekte zur Verbesserung der bestehenden Infrastruktur sind im Gang. Das Pilotprojekt «Zeichen der Erinnerung» an Zürcher Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Vorarbeiten zur Ausrichtung eines Solidaritätsbeitrags des Kantons sind auf Kurs. Die Beiträge werden ab Sommer 2026 ausgerichtet. Das Projekt zur

Totalrevision des Archivgesetzes ist auf Kurs: Das Normkonzept wurde erarbeitet. Das Forschungsprojekt über zivil- und strafrechtliche Versorgungsinstrumente in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern und Justizvollzug und Wiedereingliederung ist weit fortgeschritten und wird im Frühling 2026 abgeschlossen. Um die Erschliessungsrestanzen in den Aussenmagazinen Milchbuck substanziell abzubauen, wurden beim Regierungsrat Personalressourcen für ein sechsjähriges Projekt beantragt.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Nacherschliessung und Digitalisierung: Erschliessung vormoderner Bestände bis 1830 sowie Digitalisierung zentraler Aktenserien und wichtiger Quellen des Kantons
- A4 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A5 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen
- A6 Gemeindearchive: Unterstützung und Beaufsichtigung der Gemeinden bei der Wahrnehmung ihres gesetzlichen Archivierungsauftrags

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2	Ablieferungen anbietepflichtiger Stellen	A1	106	80	80	0	0.0
L3	Ablieferungen nicht anbietepflichtiger Stellen	A1	32	30	37	7	23.3
L4	Abgelieferte Akten anbietepflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	846	700	733	33	4.7
L5	Abgelieferte Akten nicht anbietepflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	70	100	33	-67	-67.0
L6	Erschlossene, im Durchschnitt der letzten vier Jahre abgelieferte analoge Unterlagen + 600 Laufmeter Restanzen, in %	A2	68	100	71	-29	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen, in Laufmetern	A2, A3	169	100	321	221	221.0
L15	Erschlossene Verzeichnungseinheiten im Archivinformationssystem (AIS)	A2, A3	96907	100000	115770	15770	15.8
L8	Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A4	2246	2000	2649	649	32.5
L11	Konservierte/restaurierte Bestände, in Laufmetern	A5	379	350	360	10	2.9
L12	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A5	4394	8000	2443	-5557	-69.5
L14	Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A6	67	50	71	21	42.0
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	81	70	91	21	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen, in %	A4	90	90	98	8	
B3	Innerhalb von drei Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek, in %	A4	95	90	98	8	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkatalogs und des Online-Bestellschalters, in %	A4	98	98	99	1	
W3	Positive Rückmeldungen der anbietepflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess, in %	A1					
W11	Anteil anbietepflichtiger Stellen mit einer guten Informationsverwaltung, in %	A1					
W6	Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg, in %	A4		90	98	8	
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots, in %	A4		90	86	-4	
W8	Recherchen auf Online-Datenbank (in Mio.)	A4					

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W12 Recherchen auf Online-Datenbank	A4		37 000	66 000	29 000	78.4
W9 Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen, in %	A5	99	99	99	0	
W10 Angebot «Integrierte Informationsverwaltung für Zürcher Gemeinden»: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge	A6	100	95	100	5	5.3
W1 Nennungen in Medien (Printmedien, TV, Radio)	A1, A2, A3, A4, A5, A6	41	50	72	22	44.0

Bemerkungen

- L3, L5 Im Vergleich zu den Vorjahren gingen weniger umfangreiche Einzelablieferungen ein.
- L6, L7 Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung der Neuerschliessungen. Erschlossen wurden 1192 Laufmeter Akten. Dafür konnten 321 Laufmeter Akten des Bauwesens und von Parteibeständen nacherschlossen werden.
- L8 Die Zahl der schriftlichen Anfragen lag deutlich höher als in den Vorjahren.
- L12 Der Zielwert konnte nicht erreicht werden. Die Dossiers einzelner audiovisueller Medien waren sehr umfangreich.
- L14 Im Zusammenhang mit elektronischer Informationsverwaltung besteht bei den Gemeinden viel Beratungsbedarf.
- B1 Gegenüber dem Vorjahr wurden mehr Metadaten von den aktenbildenden Stellen mitgeliefert.
- W6, W7 Fast alle Kundinnen und Kunden beurteilten die Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg als gut oder sehr gut. Die Zufriedenheit mit dem Online-Angebot lag bei 86%. Die geplante digitale Nutzungsplattform soll Verbesserungen bringen.
- W10 Die Zufriedenheit der Gemeinden mit den Dienstleistungen des Staatsarchivs ist weiterhin sehr hoch. Ab 2026 nutzen 49 Gemeinden das Angebot.
- W12 Die Anzahl Recherchen auf der Online-Datenbank unterliegt grossen Schwankungen.

Entwicklungsschwerpunkte

Jl 10.3a Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)

Die ersten drei Pilotgemeinden starteten mit der elektronischen Archivierung. Stand bis

Abgeschlossen 2028

Jl 10.5a Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen

Mit zahlreichen Organen haben individuelle Beratungen zur Informationsverwaltung stattgefunden. Das Staatsarchiv ist massgeblich am Projekt Harmonisierung Geschäftsfallbearbeitung der Staatskanzlei beteiligt. Der Leitfaden zur Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit wurde publiziert. Planmässig 2028

2224 10b Aktenerschliessung Akten 20./21. Jahrhundert

Die vorhandenen Ressourcen reichten erneut nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 1192 Laufmeter. Der Zielerfüllungsgrad liegt bei 71%. Die Zielerreichung bei der Anzahl erschlossener Verzeichnungseinheiten lag bei 116%, es wurden 115 800 Einheiten erschlossen. Es fallen weiterhin grosse Mengen analoger Akten aus der Verwaltung an. Dieser Umstand verzögert seinerseits den Abbau der Restanzen aus dem Zwischenarchiv. Verzögert 2028

2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv

Es konnten 618 Laufmeter erschlossen werden, der Zuwachs betrug 549 Laufmeter, somit konnte das Zwischenarchiv netto um 69 Laufmeter abgebaut werden (Zielerreichung 12%). Um den zwingend nötigen Abbau zu forcieren, wurden beim Regierungsrat zusätzliche Ressourcen beantragt. Verzögert 2028

2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft

Das quellenbasierte Lernangebot für Schulen stösst bei der Kantonsschule Zürich Nord und weiteren Mittelschulen weiterhin auf sehr grossen Anklang. Auch die weiteren Angebote für die Öffentlichkeit, die Schulen und die Forschung wurden sehr gut genutzt. Planmässig 2028

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum / Ein Projekt zur Schaffung einer neuen digitalen Nutzungsplattform ist in Planung

Das Projekt zur Beschaffung einer digitalen Nutzungsplattform musste neu lanciert werden, da sich mehrere Projektpartner für eigene Lösungswege entschieden haben. Die Submission ist nun für 2026 geplant. Verzögert 2028

2224 10f Zürichs zentrale Quellenserien des 19. und 20. Jahrhunderts sind online verfügbar.

Die Arbeiten für die Nacherschliessung und Digitalisierung zentraler Quellen aus älteren Beständen wie vormoderne Akten bis 1798 und Urkunden liefen planmässig. Das Projekt Amtsblatt ist weiterhin in Realisierung. Planmässig 2028

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Die quantitativen Ziele zur konservatorischen und restauratorischen Aufbereitung von magazinierten Beständen wurden erreicht. Es wurde weiterhin gezielt in die Infrastruktur investiert. Es konnten vier neue Arbeitsplätze für die Schimmeldekontamination von Archivgut eingerichtet werden, was die Arbeitssicherheit der Mitarbeitenden erhöht. Zudem wurde die Verwendung und der Einsatz von Nanocellulose im Bereich der Papierrestaurierung weiter vorangetrieben. Planmässig 2028

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Medien und Daten

Die Arbeiten an den Beständen verliefen planmässig. Schwerpunkt bei der Verbesserung der Infrastruktur war die Beschaffung zusätzlicher Scanner für Grossformate und Bücher. Die Arbeitsabläufe wurden weiter standardisiert und automatisiert. Planmässig 2028

2224 10i Subventionen Museum Schloss Kyburg

Die Sicherung der Finanzierung des Betriebs des Museums Schloss Kyburg verläuft planmässig. Planmässig 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	72.0	75.7	72.6	-3.1	-4.1

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Im Beschäftigungsumfang sind Lernende und sowie Praktikantinnen und Praktikanten im Umfang von 4.7 Stellen nicht einberechnet. Der Beschäftigungsumfang einschliesslich Lernender sowie Praktikantinnen und Praktikanten beträgt insgesamt 77.3 Stellen; die effektive Abweichung von 1.6 Stellen ist auf die Beschäftigung von Aushilfen (Ukraine: 2.3 Stellen, Aushilfen 0.6 Stellen) und nicht besetzte Lehr- und Praktikumsstellen (1.3 Stellen) zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.1	0.0	0.0	1.1	1.3	0.3	23.6
Aufwand	-13.9	-13.2	0.0	0.0	-13.2	-14.1	-1.0	-7.3
Saldo	-12.1	-12.1	0.0	0.0	-12.1	-12.8	-0.7	-5.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.2	0.2	62.3
Saldo		-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.2	0.2	62.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Tieferer Aufwand Anschaffung Maschinen, Geräte
0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Ertrag: Drittmittelfinanzierte Projekte
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand Informatik
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand Anschaffung Möbel, Betriebsmaterial
-0.2	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Höherer Aufwand: Drittmittelfinanzierte Projekte
-0.7	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Personalaufwand Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024, Beschäftigung ukrainischer Aushilfen und sonstiger Aushilfen
0.0		- Übrige Abweichungen

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Insgesamt wurden im Berichtsjahr finanzielle Leistungen im Umfang von 5,7 Mio. Franken (Vorjahr: 6,4 Mio. Franken) an Opfer und Angehörige ausgerichtet. Die acht anerkannten Opferberatungsstellen erhielten 10,5 Mio. Franken Staatsbeiträge (Vorjahr: 9,2 Mio. Franken) als Abgeltung für ihre Leistungen. Sie führten 15263 (Vorjahr: 13741) Beratungen durch. Die pro Fall zur Verfügung stehende durchschnittliche Zeit liegt bei 4,53 Stunden (Vorjahr: 4,56).

Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung der vom Regierungsrat zur Istanbul-Konvention (RRB Nr. 1254/2024) beschlossenen Folgemaassnahmen begonnen. Die Umsetzungsarbeiten des Ende 2024 abgeschlossenen Strategieprojekts wurden ebenfalls aufgenommen. So haben insbesondere die neu geschaffenen kollaborativen Gremien der Organisationen der Opferhilfe Zürich ihre Tätigkeit aufgenommen und ste-

hen nun der Kantonalen Opferhilfestelle mit ihrer fachlichen Expertise zur Seite. Sie tragen dazu bei, dass das Opferhilfeangebot den Bedürfnissen der Opfer entsprechend weiterentwickelt werden kann.

Am 1. November des Berichtsjahres wurde die zentrale 24/7-Opferhilfetelefonnummer planmässig in Betrieb genommen. Die schweizweite Nummer 142 wird ihren Betrieb am 1. Mai 2026 aufnehmen.

Das Projekt zur Einführung einer neuen Fachapplikation wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Das Basisprodukt konnte Ende Oktober eingeführt werden. Um im Zeitpunkt des Inkrafttretens des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes bereit zu sein, wurde im Berichtsjahr zudem mit der Erarbeitung eines digitalen Angebots begonnen. Die Basisversion wurde planmässig am 1. Dezember eingeführt.

Aufgaben

- A1 Beurteilung und Entscheid betreffend Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen
- A3 Finanzierung der Beratungsstellen
- A4 Geltendmachung der Ansprüche gegenüber der Täterschaft (Regress)
- A5 Information über die Opferhilfe und ihre Organisation

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftsleistungsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	814	800	944	144	18.0
L2	Abgeschlossene Opferhilfverfahren	A1	700	730	783	53	7.3
L4	Neu eröffnete Regressverfahren	A4	65	80	37	-43	-53.8
L5	Beratungsstellen mit Leistungsvertrag	A2	8	8	8	0	0.0
L6	Eingekaufte Beratungsstunden bei den Beratungsstellen	A3	62687	62000	69190	7190	11.6
B2	Durchschnittliche Kosten je Opferhilfverfahren, in Fr. (inkl. Personalaufwand und finanzieller Leistungen an Opfer)	A1	9377	8600	8199	-401	-4.7
B3	Kosten pro eingekaufte Beratungsstunde	A3	151	151	153	2	1.3
B4	Abgeltung anderer Kantone für Opferberatungsleistungen (Gesamtbetrag)	A3	810302	700000	729058	29058	4.2
B5	Vereinnahmte Erträge aus Regressverfahren	A4	128155	130000	126156	-3844	-3.0
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung), in Mt.	A1	1.5	1.7	1.7	0.0	0.0
W3	Neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	8	10	4	-6	-60.0
W4	Durch das Sozialversicherungsgericht vollumfänglich oder teilweise gutgeheissene Beschwerden	A1	0	2	2	0	0.0

Bemerkungen

- L1 Deutliche Zunahme der Anzahl eingegangener Gesuche aufgrund grösserer Bekanntheit der Opferhilfe nach verschiedenen Kampagnen
- L2, L4 Infolge knapper personeller Ressourcen lag der Fokus auf den Leistungen für die Opfer. Die Regressbearbeitung musste daher vorübergehend etwas zurückgestellt werden.
- L6 Höhere Anzahl eingekaufter Beratungsstunden aufgrund gestiegener Fallzahlen
- W3 Hohe Akzeptanz der Entscheide
- B2 Die Kosten für Opferhilfverfahren waren nominell relativ stabil. Durch die höhere Anzahl neu eröffneter Opferhilfverfahren sanken aber die durchschnittlichen Kosten.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Die Fachpersonen der Opferhilfe haben im Projekt mitgewirkt und vorhandene Statistiken und Zahlen eingebracht.

Planmässig 2027

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Fachpersonen der Opferhilfe wurden zu Themen einer inklusiven Opferhilfe und den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen geschult. Eine erste Fachtagung zum Thema Opferberatung von Menschen mit Lernschwierigkeiten und kognitiven Behinderungen fand am 15. Mai statt.

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Die Kantonale Opferhilfestelle hat die Erarbeitung des Aktionsplans mit ihrer fachlichen Expertise im Bereich Opferhilfe begleitet.

Planmässig 2027

Jl 1.2a Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie

Das Strategieprojekt wurde per 31. Dezember 2024 abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurde erste Massnahmen zur Umsetzung der Strategie ergriffen.

Abgeschlossen 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
9.0	11.4	11.9	0.5	4.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.7	0.0	0.0	1.7	1.2	-0.5	-31.7
Aufwand	-18.8	-19.0	0.0	0.0	-19.0	-19.8	-0.8	-4.0
Saldo	-17.4	-17.3	0.0	0.0	-17.3	-18.6	-1.3	-7.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.8	A1	- Tiefere nicht beeinflussbare direkte Leistungen an Opfer (weniger Abschlüsse von Fällen mit schweren Deliktsfolgen)
0.3	A4	- Tieferer Wertberichtigungsbedarf im Zusammenhang mit den Regressforderungen
-0.5	Jl 1.2a	- Beitrag an Opferberatung Zürich gemäss RRB Nr. 1042/2024 (Aufbau und Betrieb einer Telefonberatung für Gewaltopfer)
-0.7	A4	- Weniger Regresseinnahmen
-1.2	A3	- Höhere Anzahl eingekaufter Stunden bei Beratungsstellen infolge Änderung des Gewaltschutzgesetzes sowie steigender Fallzahlen
0.0		- Übrige Abweichungen

2233 Fachstelle Gleichstellung

Im Berichtsjahr wurde die direktionsübergreifende Bestandsaufnahme zu Gleichstellungsmassnahmen abgeschlossen. Darauf aufbauend erarbeitete die Fachstelle die kantonale Gleichstellungsstrategie sowie den Aktionsplan. Parallel dazu schloss sie einen Postulatsbericht ab, beteiligte sich an der Weiterentwicklung des Massnahmenplans Diskriminierungsschutz und arbeitete aus Gleichstellungsperspektive an der Umsetzung von Massnahmen der Istanbul-Konvention sowie des Aktionsplans zur UNO-Behindertenrechtskonvention. Ergänzend unterstützten Aufgaben in strategischen Koordinationsgefässen eine abgestimmte Umsetzung von Gleichstellungsanliegen in der kantonalen Verwaltung. Für Gemeinden, die Zentralverwaltung und kleinere und mittlere Unternehmen entstanden praxisnahe Angebote unter Ein-

bezug der Ziel- und Anspruchsgruppen. In der kantonalen Verwaltung wurden Pilotprojekte zur zielgruppengerechten Prävention sexueller Belästigung umgesetzt, um auch dezentral organisierte Bereiche wirksam zu erreichen. Bestehende Ansätze wurden für weitere Zielgruppen aufbereitet. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit Berufs- und Branchenverbänden vertieft, um aufeinander abgestimmte Massnahmen zu entwickeln. Zur Unterstützung der Umsetzung wurden die Kommunikationskanäle weiterentwickelt. Weiter beriet und sensibilisierte die Fachstelle Betriebe, Fachpersonen, Gemeinden, verwaltungsinterne Stellen und die Bevölkerung zu Diskriminierungsschutz, sexueller Belästigung, Lohn und Vereinbarkeit und unterstützte sie bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	23	20	26	6	30.0
L4 Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Std.	A3	1879	1250	1482	232	18.6
L6 Auskünfte und Beratungen (Zielwert)	A1	260	300	405	105	35.0
B2 Aufwand pro Beratung, in Fr.	A1	67	175			
B3 Aufwand für Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Fr.	A3	229343	143500	149973	6473	4.5
W2 Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende und Bildungsinstitute	A1, A3	68	75	130	55	73.3

Bemerkungen

- L6, B2 Im Berichtsjahr wurden Pilotprojekte zur Weiterentwicklung der Angebote von Schulungen durchgeführt. Dabei wurden zielgruppenspezifische Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen zur Unterstützung der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes sowie Möglichkeiten zur breiteren Umsetzung und Anpassung der Angebote an unterschiedliche organisatorische Rahmenbedingungen von Arbeitgebenden entwickelt und erprobt. Der damit verbundene Aufwand wird mit dem bisherigen Indikator B2 nur noch eingeschränkt abgebildet, weshalb dazu keine Werte ausgewiesen wurden.
- W2 Die Fachstelle wurde im Zusammenhang mit laufenden Pilotprojekten häufiger einbezogen, einerseits aufgrund der erhöhten Sichtbarkeit und andererseits im Rahmen eines Pilotprojekts zur Weiterentwicklung und niederschweligen Zugänglichkeit von Instrumenten zur Förderung der Gleichstellung sowie bei der Pilotierung von Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen in Bildungsinstitutionen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Gestützt auf einen Postulatsbericht zur Gleichstellung von LGBTQIA+-Personen strebt der Regierungsrat eine verbindliche Verankerung im Kanton an (RRB Nr. 829/2025). Weiter erfolgten Arbeiten zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Die kantonale Gleichstellungsstrategie wird erarbeitet mit gezielten Massnahmen zur besseren Erreichung bislang wenig erreichter Bevölkerungs- und Berufsgruppen. Zudem war die Fachstelle an der Umsetzung der Istanbul-Konvention beteiligt und an Massnahmen zur Prävention und Reduktion geschlechtsspezifischer Gewalt (RRB Nrn. 923/2025 und 1254/2024). Weiter brachte sie sich in die Weiterentwicklung des Massnahmenplans Diskriminierungsschutz sowie in strategische Koordinationsgefässe ein. Die Fachstelle trug zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft bei, indem sie bestehende Angebote gemeinsam mit kleinen und mittleren Unternehmen, der Zentralverwaltung, Berufs- und Branchenverbänden sowie Gemeinden weiterentwickelte.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Im Berichtsjahr arbeitete die Fachstelle am Massnahmenplan Diskriminierungsschutz mit und brachte sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene die Geschlechterperspektive ein. Das Ziel im Berichtsjahr war, einen koordinierten und umfassenden Ansatz sicherzustellen. So wurde gewährleistet, dass die Arbeiten im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 377/2020 betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation und zur Gleichstellungsstrategie auf die Aktivitäten weiterer Fachstellen sowie den gesamten Massnahmenplan Diskriminierungsschutz abgestimmt sind.

Planmässig 2027

JI 5.1a Erarbeitung einer Gleichstellungsstrategie

Im Berichtsjahr schloss die Fachstelle die direktionsübergreifende Bestandes- und Bedarfserhebung ab. Gestützt auf die Auswertung von leitfadengestützten Gesprächen mit über 190 Schlüsselpersonen, quantitativen Befragungen bei Gemeinden und Organisationen, Fokusgruppen sowie einen verwaltungsweiten Workshop wurden die kantonale Gleichstellungsstrategie und der zugehörige Aktionsplan erarbeitet. Der Prozess wurde wissenschaftlich begleitet. Als Fachstrategie übersetzt die Gleichstellungsstrategie die bestehenden rechtlichen und politischen Vorgaben in eine direktionsübergreifend abgestützte Steuerungslogik. Gemeinsam mit dem Aktionsplan bildet sie das zentrale Instrument zur koordinierten, wirkungsorientierten Umsetzung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrags.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
2.8	4.2	3.2	-1.0	-23.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-0.9	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.8	0.0	1.1
Saldo	-0.8	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.8	0.0	3.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-5692

Verwendung
2025
2751

Antrag Bildung 2025
(verbucht 2026)

0

Bestand 31.12.2025
plus Bildung 2025
-2941

Veränderung Bestand
2751

2234 Fachstelle Kultur

Das Kulturförderungsgesetz verpflichtet den Kanton, das Kulturschaffen zu fördern und die kulturelle Vielfalt zu stärken. Die Ausgestaltung der Kulturförderung regelt das Kulturleitbild. Im Berichtsjahr beauftragte die zuständige Regierungsrätin die Fachstelle Kultur, das Kulturleitbild von 2015 zu überarbeiten. Im Herbst lud die Fachstelle Kultur rund 200 Kulturschaffende zu einem Austausch ein. Gemeinsam wurden zukünftige Herausforderungen diskutiert.

Im Berichtsjahr unterstützte die Fachstelle Kulturprogramme in 68 Gemeinden sowie 103 Kulturinstitutionen (einschliesslich Opernhaus und Theater Kanton Zürich) mit rund 110 Mio. Franken. Der 2024 lancierte Pilot zur Stärkung der Kultur in mittelgrossen Städten wurde ausgebaut: Kloten, Thalwil und Adliswil sind neu dazugestossen. Für mittelgrosse Städte

wurden im Berichtsjahr insgesamt 0,8 Mio. Franken ausbezahlt. Hinzu kamen Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsbeiträge sowie die Legislaturtranchen für die grossen Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur.

In der Projektförderung wurden 802 Gesuche mit annähernd 19 Mio. Franken unterstützt. Insgesamt hat die Fachstelle gemeinsam mit der Kulturförderungskommission 2039 Gesuche geprüft. Gemäss Bericht zum Postulat KR-Nr. 248/2015 erfolgt die Finanzierung nach dem Zweisäulenmodell: Einmalige Beiträge (z.B. Projektförderung, Investitionen, Legislaturtranchen) werden aus Kulturfondsmitteln, kommunale Kulturprogramme und grössere langfristige Betriebsbeiträge aus Staatsmitteln finanziert.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützte Projekte (Zielwert)	A1	780	730	802	72	9.9
L2	Unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	104	102	103	1	1.0
L3	Unterstützte kommunale Kulturprogramme inkl. Kulturprogramme mittelgrosse Städte (Zielwert)	A3	74	80	74	-6	-7.5
L4	Opernhaus Zürich: Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	220	200	223	23	11.5
L5	Opernhaus Zürich: Premieren (Zielwert)	A4	12	10	13	3	30.0
L6	Opernhaus Zürich: Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	20	20	20	0	0.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Subvention Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich), in %	A1, A2, A3, A4	1.9	2	1.7	-0.3	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit, in %	A4	35.7	33	32.1	-0.9	
W1	Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	74	70	71	1	1.4
W2	Unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1724	1600	1797	197	12.3
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung, in %	A4	91.5	78	87.4	9.4	

Bemerkungen

- B2 Der Wert sank aufgrund der Auslagerung der Gastronomie.
- L1, L2, Die Indikatoren umfassen sowohl die über die Leistungsgruppe Nr. 2234, Fachstelle Kultur, als auch die über die L3, B1, Leistungsgruppe Nr. 2934, Kulturfonds, unterstützten Projekte, Institutionen und Beiträge.
- W1,
- W2
- L1 Die Zahl der eingereichten Gesuche bewegte sich auf anhaltend hohem Niveau. Entsprechend hoch blieb der Selektionsdruck zwecks Förderung von fairen Arbeitsbedingungen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3a Die Kultur als Begegnungsort für alle stärken.

Im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 116/2020 erarbeitete die Fachstelle Massnahmen zur erleichterten Zugänglichkeit von Kulturveranstaltungen für Menschen mit beschränkten finanziellen Möglichkeiten. Eine Erhebung bei kantonal unterstützten Kulturinstitutionen zeigte, dass eine Mehrheit bereits niederschwellige Angebote wie Volksvorstellungen oder Tage der offenen Tür anbietet. Im Fokus der Massnahmen steht die Optimierung der KulturLegi, die bereits gut etabliert ist.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Die Fachstelle Kultur setzte den Aktionsplan gegen Diskriminierung planmässig um. Frei gewordene Sitze in der Kulturförderungskommission wurden öffentlich ausgeschrieben. Mit einer möglichst vielseitig besetzten Kommission soll die Perspektivenvielfalt bei der Gesuchbeurteilung erhöht werden. Für die Ateliers in Paris und Berlin wurde für Personen mit Kindern die Möglichkeit geschaffen, Zusatzmittel für die Betreuung zu beantragen.

Planmässig 2027

2234 3a Regionale Strukturen und Kooperationen stärken; Förderprogramm für mittelgrosse Städte initiieren

Das Förderprogramm für die regionalen Zentrumsstädte und die Agglomerationsgemeinden (Kulturprogramme mittelgrosse Städte) wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Dazu gestossen sind Kloten, Thalwil und Adliswil. Mit insgesamt sieben Städten wurden Leistungsvereinbarungen für die Laufzeit des Pilotprojekts 2024–2026 abgeschlossen. An Treffen der Fachstelle Kultur mit kommunalen Kulturbefauftragten und Kulturverantwortlichen wurden Grundlagen für kommunale Kulturleitbilder und lokale Netzwerktreffen erarbeitet.

Planmässig 2028

2234 3b Strahlkraft des Zürcher Kulturangebots stärken: Mitwirkung in den strategischen Gremien der grossen Kulturinstitutionen in den Städten Zürich und Winterthur

Mitarbeitende der Fachstelle nahmen im Auftrag des Regierungsrates Einsitz in Aufsichtsgremien von ausgewählten Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur. Die Fachstelle tauschte sich regelmässig mit den Kulturabteilungen der beiden Städte aus.

Planmässig 2028

2234 3c Förderung des gesamten Kurationsprozesses von Ideation und Kreation bis Distribution und Rezeption; faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende vorantreiben

In Absprache mit den Städten Winterthur und Zürich sowie mehreren Verbänden wurde auf Basis verschiedener Studien Massnahmen zur Umsetzung fairer Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende erarbeitet. Im Fokus stand dabei die Anpassung der Honorare für Kulturschaffende bei Projekt- und Betriebsbeiträgen.

Planmässig 2028

2234 3d Sicherung der Kulturfinanzierung mittels Zwei-Säulen-Modell

Mit dem 2021 in Kraft getretenen Lotteriefondsgesetz wurde ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Kulturfinanzierung erreicht. Die Umsetzung des Zweisäulenmodells in der übrigen Kulturförderung wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Gemäss Kulturfondsstrategie (RRB Nr. 651/2022) verfügt der Fonds über einen Mindestbestand; der Aufbau des Fondsvermögens zum Ausgleich von Finanzierungsschwankungen ist erfolgt.

Planmässig 2027

2234 3e Die Kulturinstitutionen in ihren Öffnungsprozessen stärken und eine diversitätsbewusste Kulturförderung umsetzen

Um die Öffnungsprozesse in Kulturinstitutionen voranzutreiben, wurde in Kooperation mit der Stadt Zürich das befristete Förderprogramm Transformationsbeiträge Kulturelle Teilhabe für Kulturinstitutionen fortgesetzt. Unterstützt wurden organisatorische und strukturelle Veränderungsprozesse in Kulturbetrieben. Ziel ist es, die Gesamtbevölkerung in den Kulturbetrieben und ihren Angeboten besser abzubilden. Neunzehn Institutionen nahmen am Programm teil, darunter sieben gemeinsam geförderte Institutionen und acht kantonale geförderte.

Planmässig 2028

2234 3f Grundlagenprojekt Zukunft Oper erarbeiten

Mit dem Projekt Zukunft Oper plant das Opernhaus in enger Zusammenarbeit mit der Direktion der Justiz und des Innern und dem Hochbauamt die Modernisierung seiner Gebäude am Sechseläutenplatz. In Abklärung sind bauliche Massnahmen zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Betriebs sowie mögliche Interimsspielstätten für die Zeit des Umbaus. Das Projekt befindet sich in der Vorstudienphase. 2024 sicherte der Regierungsrat dem Opernhaus eine Subvention von höchstens 4 Mio. Franken für die Vorstudie einschliesslich Wettbewerb und Gestaltungsplan zu (RRB Nr. 430/2024).

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
11.2	11.3	10.8	-0.5	-4.6

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2234

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8.5	8.5	0.0	0.0	8.5	8.5	0.0	0.6
- Mittel aus Kulturfonds	0.4	0.5	0.0	0.0	0.5	0.5	0.0	0.0
- Mittel aus ILV	8.1	8.0	0.0	0.0	8.0	8.1	0.0	0.6
Aufwand	-109.5	-110.8	0.0	0.0	-110.8	-111.8	-0.9	-0.9
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-86.9	-87.3	0.0	0.0	-87.3	-88.2	-0.9	-1.1
- Kostenanteil Opernhaus Zürich	-5.2	-5.6	0.0	0.0	-5.6	-5.5	0.1	1.8
- Theater Kanton Zürich	-2.7	-2.9	0.0	0.0	-2.9	-2.9	0.0	1.4
- Übrige Kulturförderung	-11.0	-11.3	0.0	0.0	-11.3	-11.2	0.1	0.7
Saldo	-101.0	-102.4	0.0	0.0	-102.4	-103.2	-0.9	-0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-3.1	-0.3	0.0	-5.7	-6.0	-0.4	5.6	92.8
Saldo	-3.1	-0.3	0.0	-5.7	-6.0	-0.4	5.6	92.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.1	A4	- Geringere Abschreibungen und Zinsen (Investitionsprojekte Opernhaus Zürich)
0.1	A4	- Geringerer Kostenanteil Opernhaus Zürich
0.1	A2, A3	- Minderaufwand Übrige Kulturförderung
-0.3	A2	- Mehraufwand aus dem interkantonalen Kulturlastenausgleich (Beitrag an Kanton Luzern)
-0.9	A4	- Höherer Kostenbeitrag Opernhaus Zürich aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-6.0	-0.4	5.6	
- Bauvorhaben OHZ (Zukunft Oper, Überbrückungsbau)	-6.0	-0.4	5.6	- Planmässiger Fortschritt der Bauvorhaben nach Verzögerungen in den Vorjahren
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -6837	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -6837	Veränderung Bestand 0

2241 Fachstelle Integration

Die anhaltend hohe Zuwanderung führte bei den kommunalen Integrationsbeauftragten, den städtischen Stellen und der kantonalen Fachstelle Integration zu einem grossen Informations- und Beratungsbedarf. Im Berichtsjahr legte die Fachstelle einen Schwerpunkt auf die Wissensvermittlung zum Spracherwerb, den Ausbau und die Weiterentwicklung des Deutschkursangebots sowie die Qualitätssicherung.

Die Fachstelle führte eine Fachveranstaltung für Integrationsbeauftragte, Sozialdienste und Deutschkurs anbietende durch, mit dem Ziel, die Zuweisungspraxis in passende Angebote und die Früherkennung von Lernhindernissen zu verbessern. Ergänzend entstanden öffentlichkeitswirksame Materialien zu Sprachanforderungen, GER-Niveaus sowie zur durchschnittlichen Dauer des Spracherwerbs.

Um die Erreichbarkeit zu erhöhen, wurde eine kantonsweite Deutschkursberatung ausgeschrieben und vergeben. Sie ergänzt das kantonale Angebot niederschwellig an sechs Standorten.

Im Fördersystem für Geflüchtete stand die Arbeitsintegration im Fokus. Die Zahl der Personen, die Angebote der Arbeitsintegration besuchten, nahm zu. Die Fachstelle baute die Kapazitäten entsprechend aus. Die Förderpraxis zeigt Wirkung: Die Erwerbstätigenquote geflüchteter Personen konnte gesteigert werden. Zudem wurde eine Fachveranstaltung als Kick-off für ein neues Projekt initiiert, um den Optimierungsbedarf der interinstitutionellen Zusammenarbeit (Sozialhilfe, Integration und öffentliche Arbeitsvermittlung) zu ermitteln.

Aufgaben

- A6 Prüfung der Auswirkungen von Rechtsetzung und Verwaltungstätigkeit auf die Stärkung der Chancengleichheit und Integration
- A7 Koordination der kantonalen Integrationsförderung in den und ausserhalb der Regelstrukturen
- A8 Unterstützung von kommunalen Angeboten in den Gemeinden sowie Bereitstellung von ergänzenden überkommunalen Angeboten zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
- A9 Unterstützung der Gemeinden durch die Bereitstellung von Integrationsangeboten für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2	Ausländerbereich: Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden	A8, A9	59	59	59	0	0.0
L7	Anzahl bearbeiteter politischer Geschäfte	A6	30	38	30	-8	-21.1
L8	Anzahl Sitzungen in Gremien	A7	89	70	93	23	32.9
L9	Ausländerbereich: Anzahl ergänzender Integrationsangebote und Projekte	A8	37	37	46	9	24.3
L10	Flüchtlingsbereich: Anzahl Kategorien von Förderangeboten IAZH	A9	16	16	16	0	0.0
L11	Flüchtlingsbereich: Anzahl Teilnahmen aus den Gemeinden in den Förderangeboten IAZH	A9	29000	27300	46000	18700	68.5
B4	Ausländerbereich: Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro Vertragsgemeinde	A8	81300	81200	81200	0	0.0
B5	Ausländerbereich: Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro ergänzendes Integrationsangebot/Projekt	A8	39300	40100	37100	-3000	-7.5
B6	Flüchtlingsbereich (IAZH): Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro Angebotsart	A9	5213000	6182800	6340000	157200	2.5
W3	Ausländerbereich: Anteil Ausländerinnen und Ausländer im Kanton, die in den Vertragsgemeinden leben, in %	A8	84	84	84	0	
W4	Flüchtlingsbereich: Anteil Gemeinden, die die Förderangebote IAZH nutzen, in %	A9	98	98	98	0	

Bemerkungen

- L8 Der kantonale und nationale Koordinations- und Abstimmungsaufwand war infolge der Zahl Geflüchteter aus der Ukraine (Schutzstatus S) hoch.
- L9 Bei der Budgetierung wurde ein Durchschnittswert angenommen. Die Anzahl der ausgewählten Projekte aus dem Projektförderkredit schwankt jährlich.
- L11 Infolge intensiver Förderpraxis sind die Angebotsteilnahmen stark gestiegen.
- B5 Eine höhere Anzahl Projekte wurde gefördert, daher lag der Durchschnittsbeitrag pro Projekt tiefer.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Im Berichtsjahr unterstützte die Fachstelle zehn Projekte, die Begegnungen ermöglichen, Teilhabe stärken und freiwilliges Engagement in Gemeinden und Quartieren nachhaltig verankern. Weitere zehn Projekte entwickelten Massnahmen zur Prävention von Diskriminierung und Rassismus und förderten den konstruktiven Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. Parallel dazu stärkte sie die Qualitätssicherung in der Freiwilligenarbeit: Im Förderprogramm «qualifiziert engagiert» unterstützte die Fachstelle Gemeinden und Trägerschaften bei der Einführung professioneller Standards sowie in der Begleitung von Freiwilligen.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Zur Beantwortung des Postulats KR-Nr. 92/2023 erarbeitete die Fachstelle einen Fachbericht, der Ziele und Massnahmen für einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus prüft. Um einen koordinierten und bedarfsgerechten Bericht zu gewährleisten, wurde er partizipativ, mit einer Resonanzgruppe aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeitet. Zur Abstimmung mit dem Massnahmenplan Diskriminierungsschutz war die Fachstelle im Steuerungsausschuss vertreten und brachte die Perspektive der Migrationsbevölkerung ein.

Planmässig 2027

2241 5a Erstellung eines Konzepts zur Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure aus dem Integrationsbereich im Kanton Zürich

Die Fachstelle Integration erarbeitete ein Konzept, um die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure im Integrationsbereich des Kantons gezielt zu stärken. Dazu analysierte sie bestehende Veranstaltungsformate und formulierte Empfehlungen für deren Weiterentwicklung. Darauf aufbauend organisierte die Fachstelle im Berichtsjahr Vernetzungsanlässe und Fachveranstaltungen, die den Austausch aller Stakeholder und die fachliche Vertiefung fördern – insbesondere zu den Schwerpunktthemen Sprache, Arbeitsintegration sowie zur Antirassismusbearbeitung.

Abgeschlossen 2027

2241 5b Prüfung alternativer Modelle zur Unterstützung von Nichtvertragsgemeinden im Ausländerbereich (Zielgruppe allgemeine Migrationsbevölkerung)

Mit der Vergabe des Auftrags für den Aufbau einer kantonalen Deutschkursberatung hat die Fachstelle die Grundlage für eine gesamtkantonale Dienstleistung geschaffen. Ab 2026 erhalten damit auch Personen in Nichtvertragsgemeinden Zugang zu Beratung und zu subventionierten Deutschkursen. Basierend auf einer Online-Umfrage prüfte die Fachstelle alternative Modelle zur Unterstützung von Nichtvertragsgemeinden im Ausländerbereich mit Fokus Sprachförderung. Ein Umsetzungsvorschlag liegt vor. Ob sich das skizzierte Modell in der Praxis umsetzen lässt, klärt die Fachstelle 2026 gemeinsam mit den Gemeinden.

Planmässig 2027

2241 5c Entwicklung einer Strategie zur besseren Nutzung der Bildungspotenziale von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (Geflüchtete)

Um die Bildungspotenziale von Geflüchteten besser zu nutzen, erarbeitete die Fachstelle eine erste Auslegeordnung zu möglichen zusätzlichen Massnahmen. Dazu führte sie Fachgespräche und klärte mit den zuständigen Ämtern, wie sich Übergänge in die Regelstrukturen und unter anderem der Abschluss Sek II verbessern lassen. 2026 vertieft die Fachstelle das Thema gemeinsam mit den Fachpersonen der jeweiligen Regelstruktur und konkretisiert die nächsten Schritte. Im Fokus stehen dabei Jugendliche und Frauen, teilweise mit Betreuungspflichten.

Planmässig 2027

2241 5d Pilotierung und Verankerung von innovativen Ansätzen zur Stärkung der psychischen Gesundheit Geflüchteter

Aus den Erfahrungen mit dem Pilotprojekt SPIRIT gewann die Fachstelle erste Erkenntnisse zur Stärkung der psychischen Gesundheit Geflüchteter. Im Berichtsjahr lag der Fokus darauf, die Betroffenen besser zu erreichen und die Umsetzung mit gezielten Massnahmen zu stärken. Das Pilotprojekt wurde um ein Jahr verlängert, um die Ansätze weiter zu erproben und die Grundlagen für eine nachhaltige Verankerung im Kanton zu schaffen. Ein detaillierter Bericht mit Empfehlungen zur stärkeren Verankerung folgt 2026.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
14.5	15.0	14.7	-0.3	-2.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	89.4	109.8	0.0	0.0	109.8	115.1	5.4	4.9
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	5.8	6.1	0.0	0.0	6.1	5.9	-0.2	-3.4
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	83.6	103.7	0.0	0.0	103.7	109.2	5.5	5.4
Aufwand	-92.2	-112.6	0.0	-6.3	-119.0	-118.0	1.0	0.8
- Beiträge an Gemeinden	-77.4	-95.3	0.0	-6.3	-101.6	-92.9	8.7	8.6
- Beiträge an andere Direktionen	-8.3	-9.1	0.0	0.0	-9.1	-17.8	-8.8	-96.7
- Beiträge an Dritte	-3.7	-5.5	0.0	0.0	-5.5	-4.3	1.2	21.0
Saldo	-2.8	-2.9	0.0	-6.3	-9.2	-2.9	6.3	68.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
	RRZ 5a	- Aufwand für Schutzstatus S weiterhin hoch. Kreditbedarf wird 2026 erwartet, daher Kreditübertrag erforderlich.
6.3		- Übrige Abweichungen

2251 Bezirksräte

Die Bezirksräte visitierten Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunale Anstalten, Alters- und Pflegeheime, Invalideinrichtungen und Spitex-Organisationen. Sie prüften die Jahresrechnungen der Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunalen Anstalten und der beaufsichtigten Stiftungen. Bei wesentlichen Mängeln wurde aufsichtsrechtlich eingeschritten und die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sichergestellt. Die Zahl der Geschäftseingänge der Rechtsmittel und insbesondere der Kindes- und Erwachsenenschutzfälle sind nach einer Stabilisierung auf hohem Niveau im Berichtsjahr wieder gestiegen. Auch die Anzahl der Aufsichtsbeschwerden sind nach einem starken Rückgang im Vorjahr wieder angestiegen. Die Anzahl Geschäfte ge-

mäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland nimmt weiterhin zu. Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Gemeinden steigen stetig. Auch im Berichtsjahr benötigten die Begleitung der Ausschreibung eines neuen Geschäftsverwaltungssystems, die Vorbereitung auf das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz sowie generell Fragen der Digitalisierung zahlreiche Ressourcen bei den Bezirksratskanzleien. Aufgrund der dadurch stark beanspruchten Ressourcen sank die Zahl der Erledigungen und stieg die Zahl der Pendenzen erneut an. Zudem wirkten die Mitarbeitenden der Bezirksratskanzleien in weiteren Arbeitsgruppen des Kantons mit und erarbeiteten zahlreiche Vernehmlassungen.

Aufgaben

- A1 Der Bezirksrat ist erste Rechtsmittelinstanz für die Behandlung von Rekursen gegen Entscheide der Gemeinde oder deren Behörden einschliesslich Sozialbehörden und Schulpflegen sowie Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A2 Der Bezirksrat ist Aufsichtsbehörde über die Gemeindebehörden und -verwaltungen einschliesslich deren Anstalten und Zweckverbände, die gemeinnützigen privatrechtlichen Stiftungen sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitex-Organisationen (u.a. Aufsichtsbeschwerden, Jahresrechnungen und Revisionsberichte).
- A3 Der Bezirksrat nimmt Verwaltungsaufgaben wahr. Er ist wahlleitende Behörde für Bezirkswahlen und entscheidet über Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie über die Entbindungen vom Amtsgeheimnis, Entlassungen und Bewilligungen zur Beendigung der Amtsdauer der unter seiner Aufsicht stehenden kommunalen Behörden.
- A4 Der Bezirksrat übernimmt Bezirksaufgaben, für die keine andere Behörde zuständig ist, und steht den Gemeindebehörden wie auch Privaten für Auskünfte zur Verfügung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L9	Eingänge Rechtsmittel, Aufsichtsbeschwerden	A1, A2	1346	1350	1412	62	4.6
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1, A2	1399	1400	1275	-125	-8.9
L3	Erledigte erstinstanzliche Entscheide (die nicht bereits von L1, L4, L5 erfasst sind)	A2, A3	895	850	868	18	2.1
L10	(L3) davon erledigte Lex Koller	A3	548	500	587	87	17.4
L2	Erteilte Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen	A4	8422	8100	8569	469	5.8
L4	Geprüfte Jahresrechnungen und Revisionsberichte, durchgeführte Visitationen beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	1851	1700	1867	167	9.8
L11	(L4) davon Visitationen gemeinderechtliche Organisationen	A2	227	220	212	-8	-3.6
L12	(L4) davon geprüfte Jahresrechnungen	A2	346	320	315	-5	-1.6
L5	Durchgeführte Visitationen bei Heimen, Spitex-Organisationen und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	709	780	756	-24	-3.1
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1, A2, A3	154	250	129	-121	-48.4
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A2, A3	881	650	1000	350	53.8
B1	In 60 Tagen erledigte Rekurse, in % (gemäss § 27c VRG)	A1	79.51	80	75.78	-4.22	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide, in %	A1	11.71	12.1	14.58	2.48	
W2	Rückweisungen der nächst höheren Instanz, in %	A1	0.57	0.2	0.2	0.0	

Bemerkungen

- L9 Die Fälle in den Bereichen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Aufsicht und Schulrecht nahmen zu.
- L1, L7, Die Priorität lag beim Abbau der spruchreifen Rechtsmittel. Dadurch gab es eine höhere Anzahl Pendenzen von erstinstanzlichen Fällen sowie einen Rückgang von erledigten Fällen. Engpässe infolge von Personalausfällen (Krankheiten/Mutterschaftsurlaub) konnten teilweise durch Aushilfen behoben werden.

- L10 Ein Anstieg beim Eingang der Lex-Koller-Fälle führte zu mehr Erledigungen in diesem Bereich.
L2 Die höhere Anzahl Fälle und Lex Koller-Fälle führte zu mehr Anfragen.
L4 Dieser Indikator ist abhängig vom Revisionsplan der Gemeinden. Zweckverbände haben oft nicht jedes Jahr Sachbereichsprüfungen.
L11 Visitationen erfolgen turnusgemäss alle zwei Jahre und variieren daher in der Anzahl visitierter Organisationen
B1 Trotz Priorisierung der Rechtsmittelfälle führten die Personalausfälle und der Fallanstieg zu einer Verlängerung der Bearbeitungsdauer.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG) durch Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung

Die vorgeschriebene Behandlungsdauer gemäss § 27c VRG kann inzwischen konstant bei drei Vierteln der Fälle eingehalten werden. Abgeschlossen 2025

2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden haben die Bezirksräte in Anwendung der geltenden Rechtsprechung und Rechtsentwicklung entschieden. Massgebliche Rechtsfragen haben die Bezirksamtschreibenden regelmässig im Kollegium besprochen. Die Mitglieder des Bezirksamts wirkten zudem aktiv in der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht mit. Abgeschlossen 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	46.8	44.8	45.9	1.1	2.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	2.1	0.0	0.0	2.1	1.7	-0.4	-20.0
Aufwand	-11.3	-11.6	0.0	0.0	-11.6	-11.4	0.3	2.2
Saldo	-9.6	-9.5	0.0	0.0	-9.5	-9.7	-0.2	-1.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.2	A1, A2, A3, A4	- Tiefere interne Verrechnungen für Informatikleistungen
0.1	A1, A2, A3, A4	- Geringere Auslagen für unentgeltliche Rechtsbeistände
-0.4	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Erträge
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -15705	Verwendung 2025 4284	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -11421	Veränderung Bestand 4284

2261 Statthalterämter

Nach dem deutlichen Anstieg der Anzahl Straffälle im Vorjahr verzeichneten die Statthalterämter im Berichtsjahr ähnlich hohe Eingänge, sodass die Geschäftslast erstmals über 100 000 Fälle betrug. Dank fortgesetzter Digitalisierung und Effizienzsteigerung konnte die Zahl der Erledigungen ohne Personalzuwachs auf hohem Niveau gehalten werden. Auch bei Rekursen und Aufsichtsbeschwerden waren erneut hohe Fallzahlen zu bewältigen und es wurden im Vergleich zum

Vorjahr mehr Bussenbezugsmassnahmen getroffen. Neben der operativen Arbeit standen strategische Projekte im Fokus. Die Mitarbeit am Projekt HELIUM bzw. Neues Geschäftsverwaltungssystem NGV, die Vorbereitung der Migration des Rechnungswesens von Juris auf SAP, die Vorbereitung weiterer Effizienzsteigerungen durch Automatisierung und Digitalisierung sowie Prozessoptimierungen prägten das Geschäftsjahr.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über das Polizeiwesen, das Strassenwesen, das Feuerwehr- und Feuerpolizeiwesen der Gemeinden sowie Bearbeiten von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden in diesen Bereichen. Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L6	Neueingänge Straffälle	A1	87653	74000	86280	12280	16.6
L1	Erledigte Straffälle	A1	89145	74000	87838	13838	18.7
L3	Ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	254	300	260	-40	-13.3
L2	Rekurse, erstinstanzliche Verfahren (inkl. Aufsichtsbeschwerden)	A2, A5	375	430	368	-62	-14.4
L7	(L2) davon Waffenbeschlagnahmen/-einziehungen	A5	270	360	302	-58	-16.1
L4	Übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A3, A4	200	200	178	-22	-11.0
L5	Bussenbezugsmassnahmen	A1	150775	130000	152876	22876	17.6
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht gebührenfinanziert, in %	A1	80.87	80	77.45	-2.55	
W1	Einsprachen gegen Strafbefehle	A1	2782	2500	2766	266	10.6
W2	Einsprachequote gegen Strafbefehle	A1	3.76	3.4	3.15	-0.25	
W7	Erledigte Einsprachen ohne Weiterzüge	A1	2582	2300	2614	314	13.7
W8	Erledigungsquote Einsprachen ohne Weiterzüge	A1	92.81	92	94.5	2.5	
W3	Pendente Straffälle Ende Jahr	A1	13878	8000	16123	8123	101.5
W4	Quote pendenter Straffälle Ende Jahr	A1	14.21	9.6	16.1	6.5	
W5	Pendenzendauer Strafverfolgung älter als 6 Monate; Anzahl Fälle	A1	5114	3500	7698	4198	119.9
W6	Quote Pendenzendauer Strafverfolgung älter als 6 Monate	A1	6.92	4.7	8.76	4.06	
W10	Einstellungen Strafverfahren	A1	6214	5000	6746	1746	34.9
W11	Einstellungsquote Strafverfahren	A1	8.41	6.8	7.68	0.88	

Bemerkungen

- L6 Die Eingangszahlen waren anhaltend hoch.
- L1 Die Anzahl der Erledigungen konnte dank hohem Einsatz der Fallbearbeitenden, effizienter Arbeitsweise und zusätzlichen Digitalisierungsmassnahmen gehalten werden.
- L7 Die Einführung des neuen Strafregisterrechts hat nicht zum erwarteten Anstieg von Waffenbeschlagnahmefällen geführt.
- L5 Die hohe Zahl der erledigten Straffälle sowie die schlechte Zahlungsmoral führen zu mehr Bussenbezugsmassnahmen.
- W1 Durch den massiven Anstieg der Fallzahlen im Vor- und Berichtsjahr resultieren mehr Einsprachen.
- W3, W5 Durch die hohe Falllast erhöhte sich die Zahl der pendenden Straffälle, insbesondere derjenigen mit einer Erledigungsdauer länger als sechs Monate.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide und Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung

Massgebliche Rechtsentscheide besprach die Statthalterkonferenz regelmässig. Neue Rechtslagen Abgeschlossen 2025 flossen laufend und umgehend in Praxisentscheide ein. Möglichkeiten zur Ablaufoptimierung und zu weiteren Effizienzsteigerungsmassnahmen wurden laufend eruiert und umgesetzt.

2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei wurde die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) optimiert, sodass neue Rechtslagen laufend und umgehend in Praxisentscheide einfliessen. Abgeschlossen 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	85.6	86.1	86.5	0.5	0.5

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	34.7	32.6	0.0	0.0	32.6	35.1	2.5	7.8
Aufwand	-26.9	-24.8	0.0	0.0	-24.8	-28.1	-3.3	-13.4
Saldo	7.7	7.8	0.0	0.0	7.8	7.0	-0.8	-10.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.5	A1, A5	- Höhere Einnahmen durch Bussen- und Gebührenerträge
-0.4	A1, A5	- Leicht höherer Personalaufwand
-2.8	A1, A5	- Stark angestiegene Wertberichtigungen und Forderungsverluste
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -214749	2025 25958	0	-188791	25958

2270 Religionsgemeinschaften

Die verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften erbringen wichtige Leistungen für die gesamte Gesellschaft, zum Beispiel im Bereich von Jugendarbeit, Sozialberatungen oder Bildung. Dafür erhielten die Religionsgemeinschaften einen finanziellen Beitrag von 50 Mio. Franken. Beitragsberechtigt sind die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und

die Jüdisch Liberale Gemeinde. Weitere 5 Mio. Franken wurden zur Kompensation für die Einbussen an die Landeskirchen entrichtet, die diese durch die Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung bei den Steuereinnahmen für juristische Personen erlitten. Die Entwicklungsschwerpunkte werden in der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, abgebildet.

Aufgaben

A1 Begleitung bei der Erstellung von Tätigkeitsprogrammen und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. des Kirchengesetzes

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	-0.0	-0.0
Saldo	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

2934 Kulturfonds

Die Fachstelle Kultur ist gemäss Lotteriefondsgesetz für die Verwaltung des Kulturfonds zuständig. Wie unter Leistungsgruppe Nr. 2234, Fachstelle Kultur, dargestellt, werden die einmaligen Unterstützungsbeiträge (projekt- und personenbezogene Förderung, Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsvorhaben, Legislaturtranchen für die Städte Zürich und

Winterthur sowie kleinere Betriebsbeiträge aus dem Kulturfonds finanziert. Aufgrund der über mehrere Jahre gestaffelten Einführung des Zweisäulenmodells hat die Fachstelle Kultur im Berichtsjahr auch einzelne grössere Betriebsbeiträge über den Kulturfonds finanziert. Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 28 Mio. Franken ausgerichtet.

Aufgaben

A1 Die Mittel des Kulturfonds werden für gemeinnützige Zwecke im kulturellen Bereich verwendet.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-44.1	-38.7	-54.4	-15.7	-40.5
Finanzierung	44.1	38.7	54.4	15.7	40.5

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	31.8	33.0	0.0	0.0	33.0	38.6	5.6	17.0
- Swisslos	31.8	27.6	0.0	0.0	27.6	38.6	11.0	40.0
- Entnahme Bestandeskonto		5.4	0.0	0.0	5.4		-5.4	-100.0
Aufwand	-31.8	-33.0	0.0	0.0	-33.0	-38.6	-5.6	-17.0
- Beiträge	-23.5	-32.5	0.0	0.0	-32.5	-27.9	4.6	14.2
- Einlage in Bestandeskonto	-7.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.2	-10.2	0.0
- Übertrag an Fachstelle Kultur	-0.4	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.5	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
11.0	A1	- Höhere Swisslos-Erträge (ausserordentlich hoher Swiss-Lotto-Jackpot)
4.6	A1	- Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich (vor allem Auszahlung der Legislaturtranche 2019–2023 sowie Transformationsbeiträge Kulturelle Teilhabe nach Projektfortschritt)
-5.4	A1	- Keine Fondsentnahme
-10.2	A1	- Fondseinlage infolge Mehrertrag Swisslos und Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich
0.0		- Übrige Abweichungen

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	116
Legislaturziele	117
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	117
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	117
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	117
Finanzierung	117
Übersicht	117
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	118
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	118
Personal- und Lohnstatistik	118
Beschäftigungsumfang	118
Lohnaufwand	118
Anstellungsverhältnisse	118
Parlamentarische Vorstösse	118
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	118
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	119
Leistungsgruppen	120
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	120
3100 Kantonspolizei	122
3200 Strassenverkehrsamt	126
3300 Migrationsamt	128
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	130
3500 Sozialamt	132
3700 Sportamt	135
3910 Sportfonds	137
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht	138
3930 Schutzraumfonds	140

Überblick

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen die öffentliche Sicherheit, die soziale Sicherheit, die Verkehrssicherheit, die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen, das Ausländerrecht und der ausser-schulische Sport. Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Weiter gestiegener Bestand an Asyl- und Schutzsuchenden

Die Lage im Asylwesen bleibt anspruchsvoll. Der Bestand an Asylsuchenden (einschliesslich Schutzstatus S) lag Ende des Berichtsjahres bei 34 999 Personen (34 368 per Ende des Vorjahres) und nahm damit weiter zu. Das grösste Wachstum wurde bei den Personen mit Schutzstatus S verzeichnet. Der Kanton anerkennt die Anstrengungen, welche die Gemeinden leisten, und sieht die Herausforderungen, vor denen sie nach wie vor stehen. Der Kanton leistete bei den Unterkünften einen zusätzlichen Sondereffort zur Entlastung der Gemeinden. Vor diesem Hintergrund wurde die Senkung der Aufnahmequote für die Gemeinden per 1. Januar 2026 auf 1,5% (bisher 1,6%) möglich.

Eine leichte Entlastung konnte bei den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (Mineurs non accompagnés, MNA) festgestellt werden. Deren Zahl reduzierte sich um fast 30% auf rund 400 Personen. Das im Vorjahr eingeführte System der Betreuung in Wohngruppen bewährt sich.

Flutungsanlage im Ausbildungszentrum Andelfingen

Im kantonalen Ausbildungszentrum Andelfingen wurde die schweizweit erste Flutungsanlage für den Bevölkerungsschutz in Betrieb genommen. Damit erhalten Zivilschutz und Feuerwehr die Möglichkeit, den Umgang mit Hochwasser zu üben. Gerade die letzten Unwetter mit Hochwasser haben gezeigt, wie wichtig es ist, auf diese Gefahrensituationen vorbereitet zu sein. Die Anlage besteht aus einem 23 Meter hohen Wasserturm, zwei Untergeschossen mit fünf separat flutbaren Räumen sowie einem Technikraum und einem Wasserauffangbecken. Klassische Trainingsszenarien sind das Fernhalten und Ableiten von Wassermassen, das Verwenden von Sandsäcken sowie der Umgang mit Elektrik in überfluteten Räumen.

UEFA Women's EURO 2025

Die UEFA Women's EURO 2025 in der Schweiz war ein sportliches und organisatorisches Grossereignis mit internationaler Strahlkraft. Sie begeisterte im In- und Ausland mit erfolgreichem Fussballsport, vollen Stadien und friedvollen, fairen Fans von Klein bis Gross. Die fünf Spiele im Zürcher Letzgrund waren ausverkauft, und in den zahlreichen Fanmeilen herrschte eine grossartige Stimmung. Bereits im Vorfeld des Turniers setzte das kantonale Sportamt unter dem Motto «Fussball braucht mehr Zürcherinnen» Fördermassnahmen um. Im Zentrum der Begleitmassnahmen stand HER GAME – eine Plattform, die Mädchen und Frauen im Fussball sichtbar macht, vernetzt und inspiriert. Sie bündelt bestehende Angebote, informiert über neue Projekte und fördert gezielt die Vernetzung im Kanton.

In Anerkennung ihrer Leistungen für die Frauen-EM zeichnete der Kanton Marion Daube, Direktorin Frauenfussball beim Schweizerischen Fussballverband, und Doris Keller, Turnierrichterin der UEFA Women's EURO, mit dem Sportpreis 2025 aus.

Wechsel an der Spitze des Kantonalen Sozialamtes

Der Regierungsrat hat per 1. November 2025 Rainer Linsbauer zum neuen Chef des Kantonalen Sozialamtes ernannt, nachdem die bisherige Amtschefin Andrea Lübberstedt ihr Pensum aufgrund einer schweren Erkrankung zuerst reduzieren und schliesslich ganz niederlegen musste. Rainer Linsbauer war seit September 2017 als Leiter Finanzen, Controlling, IT und Infrastruktur im Kantonalen Sozialamt tätig. Per 1. Juli 2018 wurde er zusätzlich zum stellvertretenden Amtschef und per 1. Juni des Berichtsjahres zum Co-Amtschef befördert. Im Dezember ist Andrea Lübberstedt ihrer Krebserkrankung erlegen. Die Sicherheitsdirektion hat davon mit grosser Betroffenheit Kenntnis genommen.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 1 Die Resilienz des Kantons weiter stärken.

RRZ 1a	Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.	3100	2026
RRZ 1b	Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.	3100	2027
RRZ 1c	Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.	3100	2027
RRZ 1d	Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.	3100	2027
RRZ 1e	Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.	3100	2027
RRZ 1f	Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.	3100	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

DS 1.1 Kundenorientierter Vollzug des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsrechts

DS 1.1a	Softwareerweiterungen der Geschäftsfallkernapplikation «Cari» für Strassenverkehrsämter	3200	2026
DS 1.1b	Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)	3200	2027

DS 1.2 Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen

DS 1.2a	Mitwirkung bei der Erneuerung des zentralen Migrationsinformationssystems des Bundes (ZEMIS)	3300	2027

DS 1.3 Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren

DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2027
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2027
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 3 Die gesellschaftliche Beteiligung fördern, indem nichtstaatliches Engagement in Kultur, Sport, Religionsgemeinschaften und weiteren gesellschaftlichen Organisationen passend unterstützt wird.

RRZ 3b	Freiwilliges Engagement im Sport unterstützen und fördern.	3700	2027

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5 Der rasch zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.

RRZ 5c	Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützen.	3500	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1587.7	1637.1	0.0	0.0	1637.1	1634.3	-2.8	-0.2
Aufwand	-3089.4	-3150.9	0.0	-0.2	-3151.1	-3164.9	-13.9	-0.4
Saldo	-1501.7	-1513.8	0.0	-0.2	-1514.0	-1530.6	-16.6	-1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.9	4.8	0.0	0.0	4.8	2.5	-2.3	-47.5
Ausgaben	-46.0	-53.0	0.0	-15.9	-68.8	-43.8	25.0	36.4
Saldo	-38.1	-48.1	0.0	-15.9	-64.0	-41.3	22.7	35.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-16.6		Abweichungen total R25 zu B25 ^{plus}
-18.8	3500	- Sozialamt: Höhere Beiträge für Zusatzleistungen zur AHV/IV und Familienzulagen (-48.2 Mio. Franken), nur teilweise kompensiert durch tiefere Nettoaufwendungen für wirtschaftliche Hilfe (+15.2 Mio. Franken) sowie für Asylaufgaben (+13.4 Mio. Franken)
2.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-43.8			
- Kantonspolizei: Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten	-16.5			
- Kantonspolizei: ICT-Hardware und -Software (u.a. Applikation «Polis», mobile Geräte, Grenzkontrolle Flughafen Zürich, Rechenzentren)	-9.5			
- Kantonspolizei: weitere Sachinvestitionen	-1.6			
- Sozialamt: Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen (ab 2024 Selbstbestimmungsgesetz mit nachgelagertem Investitionsrückgang)	-10.2			
- Übrige	-6.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	4715.9	4786.5	4780.1	-6.5	-0.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	9610	9926	9601	-325	-3.3
3100 Kantonspolizei	419480	427917	426609	-1308	-0.3
3200 Strassenverkehrsamt	41034	40864	40754	-110	-0.3
3300 Migrationsamt	17952	17495	18099	604	3.5
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13823	14062	14302	240	1.7
3500 Sozialamt	22253	23870	22727	-1143	-4.8
3700 Sportamt	1821	1819	1814	-5	-0.3
Total	525973	535953	533906		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	87	57	30	52	35
3100 Kantonspolizei	4202	1475	2727	3214	988
3200 Strassenverkehrsamt	451	183	268	339	112
3300 Migrationsamt	208	134	74	142	66
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	145	44	101	119	26
3500 Sozialamt	260	158	102	99	161
3700 Sportamt	19	11	8	5	14
Total	5372	2062	3310	3970	1402

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
278/2023	Abänderung Text § 19 Abs. 4 des Zusatzleistungsgesetzes des Kantons Zürich (Einzelinitiative Bruno Roth, Hettlingen)	Vorlage 278a/2023 vom 26.02.2025	18.09.2023
176/2023	Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds (Motion Karl Heinz Meyer, Neerach, Martin Huber, Neftenbach, und Janine Vannaz, Aesch)	Vorlage 176a/2023 vom 19.11.2025	27.11.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
30/2023	Auch ZL-Bezügerinnen und -Bezüger haben Anrecht auf ein Einzelzimmer in einer Altersinstitution (Postulat Christoph Fischbach, Kloten, und Mitunterzeichnende)	10.07.2023
309/2024	Einführung von kostendeckenden Verkehrsabgaben für Velofahrer und Velofahrerinnen (Einzelinitiative Andreas Schlegel, Küsnacht)	17.02.2025
103/2024	Prüfung der Einführung von Familienergänzungsleistungen im Kanton Zürich (Postulat Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit)	10.03.2025
286/2024	Mehr Sicherheit im Kanton Zürich (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, Markus Schaaf, Zell, und Sonja Rueff-Frenkel, Zürich)	26.05.2025

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat, die Zentralen Vollzungsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung. Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Dieses vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsüber-

greifenden Querschnittprojekten, vor allem in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Informationssicherheit und Infrastruktur.

Die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte ging aufgrund des zehnjährigen Zyklus erneut zurück, lag mit insgesamt rund 334000 Ausweisen aber immer noch leicht über dem budgetierten Wert. Die Rekursabteilung behandelte Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen, vor allem im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der eingegangenen Rekurse lag im Berichtsjahr leicht über derjenigen des Vorjahres.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT (Fachapplikationen), Informationssicherheit, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Geldspielen, Unterschriftenbeglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1	Durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	102	100	118	18	18.0
L2	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Geldspiele	A5	254	300	306	6	2.0
L3	Beglaubigungen	A5	34935	36000	34762	-1238	-3.4
L4	Geeichte/geprüfte Messmittel	A5	12329	13000	13191	191	1.5
L5	Statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1911	1800	1769	-31	-1.7
L6	Ausweisgeschäfte	A6	342789	330000	334132	4132	1.3
L7	Erledigte Rekurse	A7	741	900	725	-175	-19.4
B1	Anteil Mitarbeitender Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion, in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.7	0.6	0.7	0.1	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion, in %	A2	0.8	0.6	0.4	-0.2	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen, in %	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	77.9	82.9	76.1	-6.8	-8.2

Bemerkungen R25 zu B25

- 6.8 Die höhere Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro konnte mit weniger Personalressourcen als geplant bewältigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag		13.0	13.0	0.0	0.0	13.0	12.6	-0.4	-3.3
Aufwand		-16.9	-17.3	0.0	-0.2	-17.4	-16.6	0.8	4.5
Saldo		-3.9	-4.3	0.0	-0.2	-4.4	-4.1	0.4	8.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben			0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo			0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-2348	2348	0	0	2348

3100 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei engagiert sich in den verschiedensten Bereichen von der Bekämpfung von Clankriminalität über gezielte Massnahmen gegen Häusliche Gewalt bis hin zum Programm zur Verhinderung schwerer Verkehrsdelinquenz. Beachtung fanden gerade auch Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung im Umfeld von Sportveranstaltungen sowie beim Vorgehen gegen Diebesgruppen, die Waffengeschäfte und Autogaragen ins Visier genommen hatten.

Um erfolgreich arbeiten zu können, benötigt jede Polizei Mittel, Infrastruktur und vor allem Menschen. Die Kantonspolizei ist in allen Bereichen gut aufgestellt. Verschiedene Beschaffungsvorhaben konnten realisiert werden, sodass die Ausrüstung neustem Stand entspricht.

Ebenso wird die Infrastruktur kontinuierlich erneuert, so konnten die Polizeiposten im Rafzerfeld und in Bonstetten neue Lokalitäten beziehen.

Der Regierungsrat erhöhte den Sollbestand der Kantonspolizei, um der steigenden Bevölkerungszahl und Arbeitslast gerecht zu werden. Entsprechend erhöhte die Kantonspolizei die Rekrutierungsbemühungen und die Kapazitäten in den Ausbildungseinrichtungen deutlich und war dabei erfolgreich. Ein tragisches Ende nahm ein Einsatz Ende September: Ein Polizeitaucher verunglückte und verstarb bei der Suche nach einer vermissten Frau in der Limmat. Letztmals war 1979 ein Mitarbeiter der Kantonspolizei im Einsatz verstorben.

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Bemerkungen

- A2 Während der einjährigen Versuchsphase wurde der Online-Polizeiposten von rund 2000 Personen genutzt. In diesem Zeitraum wurden über 1750 Anzeigen erstattet und gut 230 polizeiliche Anfragen erfolgreich geklärt. Aufgrund der hohen Nachfrage und der positiven Resonanz aus der Bevölkerung wurde das Angebot Mitte 2025 definitiv eingeführt.
- A4 Mit der Taskforce «Sport» hat die Kantonspolizei Zürich im ersten Halbjahr einen klaren Schwerpunkt auf die Kriminalität im Umfeld von Fussball- und Eishockeyklubs gelegt. Durch spezielle Schulungen der Einsatzkräfte konnten die Aufmerksamkeit in Bezug auf diese Form der Kriminalität geschärft und wirksame Strukturen verstärkt werden.
- A5 Die Kantonspolizei Zürich errichtete die hauptabteilungsübergreifende Taskforce «TRICOLORE», um die zunehmenden organisierten Einbrüche in Autohäuser und Waffengeschäfte durch junge Männer aus Frankreich gezielt und koordiniert zu bekämpfen. In enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, dem fedpol und weiteren Partnern konnte eine Vielzahl von Delikten im Kanton Zürich geklärt und zahlreiche Beschuldigte festgenommen werden. Zudem konnten die Hintermänner in Frankreich auch dank Ermittlungsergebnissen aus dem Kanton Zürich verhaftet werden.
- A6 Mit der Einführung des Entry-Exit-System (EES) am Flughafen Zürich per 17. November 2025 wird die Sicherheit an der Schengen-Aussengrenze weiter gestärkt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen)	A1	128	150	137	-13	-8.7
L2	Aktivitäten Kinder-/Jugendinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	9736	9700	9711	11	0.1
L3	Notrufe	A5	214014	220000	214278	-5722	-2.6
L4	Interventionen über Einsatzzentralen	A1	134557	130000	136081	6081	4.7
L5	Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	9412	9500	9494	-6	-0.1
L6	Ordnungsdienst-Stunden	A3	99335	36000	52148	16148	44.9
L7	Geschwindigkeitskontrollen	A1	2226	2100	2019	-81	-3.9
L8	Erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	119437	105000	113579	8579	8.2
L9	Erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG	A4	23142	23000	22840	-160	-0.7
L10	Ordnungsbussen	A1	28092	25000	32262	7262	29.0
L11	Gefangeneneingänge	A4	12289	11500	12401	901	7.8
L12	Gefangenentransporte	A4	36255	35000	31253	-3747	-10.7
L13	Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	234466	240000	243910	3910	1.6
L14	Sicherheitskontrollierte Passagiere, in Mio.	A3	15.6	16	16.3	0.3	1.9
L15	Sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	139358	90000	150715	60715	67.5
L16	Rückführungen auf dem Luftweg	A1	3406	4300	3600	-700	-16.3
L17	Grenzkontrollierte Passagiere durch Flughafenpolizei, in Mio.	A6	11.7	12	12.5	0.5	4.2

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung, in %		-0.20	-0.7	-0.6	0.1	
B2	Interventionen pro Korpsangehörige/n	A1	77	75	75	0	0.0
B3	Aufwand für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		21.4	21	22	1	4.8
B4	Ertrag aus dem Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		21.4	21	22	1	4.8
B5	Investitionen für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		0	0.6	0.3	-0.3	-50.0
B6	Mitarbeitende für den Betrieb des PJZ, Beschäftigungsumfang		165.7	166.4	164.5	-1.9	-1.1
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung, in %	A1	91	90	72	-18	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen, in Min.	A1	15	18	14	-4	-22.2
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min., in %	A1	12	12	10	-2	
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG), in %	A4	42	45	42	-3	
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben), in %	A4	81	85	83	-2	

Bemerkungen

- L6 Mehr Ordnungsdienst-Stunden, u.a. für Weltwirtschaftsforum (WEF) und UEFA Women's EURO sowie Eishockey-National-League-Spiele
- L10 Mehr Ordnungsbussen in den Bereichen Strassenverkehrsgesetz und Nationalstrassenabgabegesetz (u.a. fehlende Autobahnvignetten)
- L15 Höhere Anzahl von sichergestellten gefährlichen Gegenstände im registrierten Gepäck, infolge Anstiegs der Reisetätigkeit sowie mehr Detektion von unerlaubten Gegenständen
- L16 Die Anzahl der Rückführungen auf dem Luftweg liegt leicht über dem Vorjahresniveau.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1a Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.

Das Integrale Risikomanagement erfasst und steuert verwaltungsweit Risiken, die eine ausserordentliche Lage auslösen können. Ziel ist die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit und Stärkung der Resilienz von Verwaltung und Behörden. Das Integrale Risikomanagement wurde erfolgreich in den Regelbetrieb überführt. Die im Vorjahr beschlossenen Toprisiken und Massnahmen wurden aktualisiert, und im Risikobericht 2025 wurde über die erreichten Fortschritte bei der Risikobehandlung berichtet.

Planmässig 2026

RRZ 1b Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.

Die Verankerung der Fachstelle Seniorenschutz innerhalb der Präventionsabteilung hat sich bewährt. Die Nähe zum Gewaltschutz und die Kontakte im Netzwerk des Kantonalen Bedrohungsmanagements wirken sich positiv auf die Fallarbeit aus. Die Aufgaben und Arbeitsweise der Fachstelle wurden an der diesjährigen Fachtagung Bedrohungsmanagement vorgestellt. Die Nachfrage für Referate durch die Polizei in Seniorenvereinigungen ist unvermindert sehr hoch. Webbasierte Informationen zum Seniorenschutz für die Öffentlichkeit sowie ein E-Learning im Umgang mit Demenz für die Frontpolizei sind in Bearbeitung. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1c Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.

Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft wurde im Bereich der Auswertung und Bearbeitung von sichergestellten digitalen Daten intensiviert. Besonders der Umgang mit Kryptowährungen wurde gestärkt, das Wissen für Krypto-Auswertungen stetig ausgebaut und in den Strafverfahren etabliert. Im Berichtsjahr wurde zudem neu ein Fokus auf die Wiederbeschaffung von Krypto-Währungen (Krypto-Recovery) in Verfahren betreffend Online-Anlagebetrug gelegt.

Planmässig 2027

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Die Öffentlichkeitskampagne www.hilfe-finden.ch wurde mit zusätzlichen Sujets (Gewalt im Alter; betroffene Kinder; Stalking) erweitert. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention schreitet planmässig voran (vgl. RRB Nrn. 338/2021 und 1254/2024). Zur Information der Bevölkerung wurde die Webseite «Häusliche Gewalt in Zahlen» aufgeschaltet. Verschiedene Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen wie die Weiterbildungsreihe der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt oder die Fachtagung Bedrohungsmanagement wurden durchgeführt und die Vernetzung unter den Fachpersonen gestärkt. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Direktion der Justiz und des Innern umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1e Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.

Der Lagebericht wurde im September des Berichtsjahres fertiggestellt und bildet eine Grundlage für strategische Entscheidungen im Hinblick auf die Eröffnung neuer Strafverfahren der Ermittlungsabteilung Strukturkriminalität. Auch die Behördenumfrage bei Gemeindeverwaltungen und Notariaten wurde abgeschlossen. Als Folge daraus ist im dritten Quartal 2026 eine Informations- und Sensibilisierungsveranstaltung für Gemeindebehörden geplant. Zur behördenübergreifenden koordinierten Bekämpfung der Schattenwirtschaft wurde per 1. Oktober der Dienst Spezialgewerbe als eigener Dienst der Kantonspolizei in die Stammorganisation überführt. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1f Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.

Unter der Leitung der Kantonspolizei Zürich führt das Netzwerk digitale Ermittlungsunterstützung Internetkriminalität (NEDIK) seit Anfang des Berichtsjahres nationale operative Treffen zur Bekämpfung der Online-Pädokriminalität durch. Dieser regelmässig stattfindende Austausch ermöglicht die gezielte Koordination der Ressourcen zwischen den Schweizer Polizeikörpern. Operativ wurden im Berichtsjahr mehrere internationale Verfahren durchgeführt, und es konnten in der Schweiz mehrere Pädokriminelle verhaftet werden. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3701.1	3771.3	3768.6	-2.7	-0.1

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	241.1	239.4	0.0	0.0	239.4	248.5	9.1	3.8
Aufwand	-711.0	-721.3	0.0	0.0	-721.3	-727.0	-5.7	-0.8
Saldo	-469.9	-481.9	0.0	0.0	-481.9	-478.5	3.4	0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	5.0	3.7	0.0	0.0	3.7	1.4	-2.3	-63.4
Ausgaben	-32.7	-31.8	0.0	-7.5	-39.3	-27.6	11.6	29.7
Saldo	-27.7	-28.1	0.0	-7.5	-35.6	-26.3	9.3	26.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.4	-	Mehrerträge u.a. aus Entschädigungen des Bundes und von Kantonen, Mehraufwand aufgrund der allgemeinen Teuerung (vor allem Personal, IKT)
0.0	-	Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion Leistungsgruppe 3100

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.7	1.4	-2.3	
- Förderbeiträge (BMVI) für Grenzkontrollinfrastruktur am Flughafen Zürich	3.7	1.4	-2.3	- Fördermittel des Bundes für Grenzkontrollinfrastruktur sind ausgeschöpft.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-39.3	-27.6	11.6	
- ICT-Hardware und -Software (u.a. Applikation «Polis», mobile Geräte, Grenzkontrolle Flughafen Zürich, Rechenzentren)	-18.9	-9.5	9.4	- Projektverzögerungen, vor allem bei Vorbereitungsarbeiten (u.a. Erstellung der Ausschreibungsunterlagen)
- Kommunikationsmittel (u.a. Polycom)	-1.1	-0.8	0.3	
- Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten	-15.9	-16.5	-0.6	
- Verschiedenes (u.a. Schutzmaterial, Ausstattung)	-3.4	-0.9	2.5	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -1099820	Verwendung 2025 194305	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -905515	Veränderung Bestand 194305

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2025: Insbesondere für das betriebliche Gesundheitsmanagement.

3200 Strassenverkehrsamt

Im Berichtsjahr wurden 10 491 rein elektrisch angetriebene Personenwagen in Verkehr gesetzt, was einem Neuzulassungsanteil von 27,8% entspricht. Per 30. September waren im Kanton 49 301 elektrisch angetriebene Personenwagen eingelöst (52 262 per 31.12.2025). Ihr Gesamtanteil stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte auf 6,6% (31.12.2025: 7,0%).

Per 1. November wurde der elektronische Lernfahrausweis eingeführt. Er ist die digitale Form des Lernfahrausweises auf Papier.

Mit ZH 11 kam das bislang tiefste im Kanton versteigerte Schild zur Auktion. Es wurde im Dezember für Fr. 262 000 ersteigert.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkerninnen und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgereinigten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	33691	35000	33545	-1455	-4.2
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	31770	33000	34657	1657	5.0
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	212192	270000	195633	-74367	-27.5
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	507	300	492	192	64.0
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	862774	830000	856579	26579	3.2
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	560997	520000	562741	42741	8.2
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	51611	52000	56784	4784	9.2
L8	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	109704	100000	106522	6522	6.5
L9	Erstellte Rechnungen, in Mio.	A5	1.72	1.88	1.89	0.01	0.53
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	259570	260000	276954	16954	6.5
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	185721	180000	185810	5810	3.2
L12	Chauffeurfahrten		1522	1500	1519	19	1.3
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeitende		5447	4500	5036	536	11.9
B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	501	490	533	43	8.8
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	1562	1930	1530	-400	-20.7
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7346	7500	7553	53	0.7
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	4776	4600	4962	362	7.9
B5	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiter/in	A4	1965	1860	1953	93	5.0
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	11450	12000	11309	-691	-5.8
B7	Gebührenerträge, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	71	78	76	-2	-2.6
B8	Erträge aus Kontrollschilderversteigerungen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	4.7	5	4.9	-0.1	-2.0

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
B9 Kostendeckungsgrad Gebühren, in %	A1, A2, A3, A4, A5	82	97	95	-2	
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 2-4 Jahre)			gut	gut		

Bemerkungen

- L3 Es wurden weniger technische Fahrzeugprüfungen durchgeführt (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) wegen eingeschränkter Personalkapazitäten (vakante Stellen sowie Verkehrsexpertinnen und -experten, die sich in Ausbildung befinden).
- L4 Die Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) ist auf Vorjahresniveau. Der Budgetwert war zu tief.
- B2 Die Anzahl technischer Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) nahm ab, infolge von Verkehrsexpertinnen und -experten, die sich in Ausbildung befanden und nur eingeschränkt einsetzbar waren.
- B7 Die Gebührenerträge waren tiefer infolge der geringeren Anzahl Fahrzeugprüfungen (vgl. auch Indikator L3).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.1a Softwareerweiterungen der Geschäftsfallkernapplikation «Cari» für Strassenverkehrsämter

Die spezifischen Anforderungen an die Software-Entwicklung wurden definiert und werden laufend umgesetzt. Planmässig 2026

DS 1.1b Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)

Es wurde eine Wissensdatenbank aufgebaut, die es ermöglicht, Informationen zu allen Geschäften jederzeit zugänglich zu machen. Mit der Umsetzung eines Facility-Management-Systems wurde die aktive Bewirtschaftung der Mobilien und Immobilien verbessert. Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	407.2	405.0	399.8	-5.2	-1.3

Bemerkungen R25 zu B25

-5.2 Tieferer Beschäftigungsumfang, insbesondere bei Verkehrsexpertinnen und -experten

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	444.2	443.9	0.0	0.0	443.9	446.4	2.6	0.6
- Verkehrsabgaben	351.9	344.0	0.0	0.0	344.0	347.8	3.8	1.1
Aufwand	-441.6	-427.6	0.0	0.0	-427.6	-430.2	-2.6	-0.6
- Übertrag an Strassenfonds	-350.8	-342.3	0.0	0.0	-342.3	-348.2	-5.9	-1.7
Saldo	2.6	16.3	0.0	0.0	16.3	16.3	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	4.2	-1.3	0.0	-4.2	-5.5	-1.1	4.4	79.3
Saldo	4.2	-1.3	0.0	-4.2	-5.5	-1.1	4.4	79.3

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-5.5	-1.1	4.4	
- Ablösung Geschäftsfallkernapplikation / Weiterentwicklung «Cari»	-4.1	-0.5	3.6	- Voraussichtlich bis 2027 werden weitere Anforderungen umgesetzt.
- Fachapplikationen	-0.3	0.0	0.3	
- Maschinen, technische Prüfgeräte sowie Fahrzeuge	-0.8	-0.5	0.3	
- Übrige	-0.3	-0.1	0.2	

3300 Migrationsamt

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton nahm im Vergleich zum Vorjahr erneut zu. Ende des Berichtsjahres waren rund 455'800 Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ansässig. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 5'800 Personen (+1,3%). Einem Zugang von rund 47'400 Personen, der durch die effektive Einwanderung, Geburten und den Zuzug aus anderen Kantonen begründet ist, steht dabei ein Abgang von rund 41'600 Personen gegenüber.

Das Geschäftsvolumen im Bewilligungsbereich ist trotz anhaltender Zuwanderung leicht tiefer ausgefallen als im Vorjahr. Dies ist insbesondere auf die geringere Anzahl der Verlängerungen von Niederlassungsbewilligungen zurückzuführen, die periodischen Schwankungen unterliegen.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz rund 26'000 Asylgesuche eingereicht. Neben der starken Zuwanderung im Ausländerbereich und dem hohen Bestand an Asylsuchenden waren im Berichtsjahr über 13'000 Personen mit Schutzstatus S im Kanton wohnhaft. Die Asyladministration und der Vollzugsbereich des Migrationsamtes blieben entsprechend stark gefordert.

Die Erneuerung der Fachapplikationen zur Erweiterung des digitalen Geschäftsverkehrs mit Privaten und anderen Behörden ist auf gutem Weg zur Einführung im Jahr 2026.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Arbeitsstellen usw.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche)
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Einreisegesuche	A1	11'070	12'000	10'725	-1'275	-10.6
L2	Visageschäfte/Schaltevorsprachen	A1	54'413	50'000	56'838	6'838	13.7
L3	Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1	221'485	240'000	214'464	-25'536	-10.6
L5	Massnahmen gegen ausländische Personen	A3	9'274	8'500	10'593	2'093	24.6
L6	Administrativhaft, in Tg.	A2	9'653	6'000	12'861	6'861	114.3
L7	Beantwortete telefonische Anfragen (Ø pro Tag)	A1	518	650	575	-75	-11.5
L8	Ausländerausweise im Kreditkartenformat	A1	216'083	230'000	206'313	-23'687	-10.3
B1	Saldo pro Bewilligung, in Fr. (Berechnung auf Teilkostenbasis)	A1	-4	0	-4	-4	
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall, in Tg.	A1	2	2	2	0	0.0
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse, in %	A1	15	13	11	-2	

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl bewilligter Einreisegesuche war tiefer, weil weniger Einreisegesuche über Konsularverfahren eingingen.
- L2 Die Anzahl Visageschäfte/Schaltevorsprachen bewegte sich auf dem Niveau der Vorjahre.
- L3 Die Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung war tiefer bedingt durch eine schwankende Anzahl Verlängerungsgesuche, insbesondere zu Niederlassungsbewilligungen (C-Bewilligungen).
- L5 Die Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen stieg aufgrund der höheren Anzahl Entscheide des Staatssekretariats für Migration (SEM) im Asylbereich (vgl. Indikator L6).
- L6 Die Anzahl Administrativhafter Tage stieg aufgrund der Zunahme von zu vollziehenden Wegweisungen aus dem Asylbereich (vgl. Indikator L5).
- L7 Die Anzahl beantworteter telefonischer Anfragen sank, vor allem wegen der Einführung von Bandansagen, welche die Anrufenden auf die digitalen Kanäle hinweisen (Chatbot, Website).
- L8 Die Anzahl Ausländerausweise im Kreditkartenformat ging zurück aufgrund der geringeren Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (vgl. Indikator L3).
- B1 Der Saldo pro Bewilligung liegt auf dem Vorjahresniveau.

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.2a Mitwirkung bei der Erneuerung des zentralen Migrationsinformationssystems des Bundes (ZEMIS)

Das Programm Erneuerung ZEMIS des Bundes verlief nach der Neuplanung im Vorjahr plangemäss. Erste Auswirkungen auf die Abläufe des Migrationsamtes werden 2028 erwartet. Der Projektabschluss ist auf Ende 2032 geplant.

Stand bis

Verzögert 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
186.1	175.0	186.8	11.8	6.8

Bemerkungen R25 zu B25

11.8 Höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Bewältigung der Geschäftsabwicklung (u.a. Schaltervorsprachen, Schutzstatus S)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	19.1	20.0	0.0	0.0	20.0	19.6	-0.4	-2.2
Aufwand	-34.6	-34.5	0.0	0.0	-34.5	-36.1	-1.7	-4.8
Saldo	-15.5	-14.4	0.0	0.0	-14.4	-16.5	-2.1	-14.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.9	-2.0	0.0	-0.6	-2.6	-1.5	1.1	42.9
Saldo	-1.9	-2.0	0.0	-0.6	-2.6	-1.5	1.1	42.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-2.1	A1	- Geringere Erträge (vgl. Indikator L3) sowie höhere aufwandseitige interne Verrechnungen für die Administrativhaft (vgl. Indikator L6)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.6	-1.5	1.1	
- Erneuerung Fachapplikation und Digitalisierung Bewilligungsverfahren	-1.9	-1.4	0.5	- Projektverzögerung infolge Abklärungen im Jahr 2024 und aufwendigerer Datenmigration
- Anpassung Schalterhalle wegen Kapazitätsengpässen	-0.7	-0.1	0.6	- Projekt wurde redimensioniert und teilweise durch die Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	Verwaltungsvermögen, finanziert.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Alle Dienstpflichtigen im Kanton werden während ihrer Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung durch das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet. An den Orientierungstagen in der Kaserne Zürich-Reppischtal in Birmensdorf wurden rund 6500 stellungspflichtige Männer über die Möglichkeiten ihrer Dienstverfüllung informiert. Die für Frauen separat organisierten freiwilligen Informationsveranstaltungen wurden von 182 Teilnehmerinnen besucht. Rund 1700 Angehörige der Armee wurden im November feierlich aus der Militärdienstpflicht entlassen. Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) und des kantonalen Zeughauses wurden von über 6400 Armeeangehörigen und Dritten in Anspruch genommen.

Dank der Infanterie-Durchdienerschule und der Militärakademie an der ETH Zürich war der Waffenplatz Zürich-Reppischtal mit seinen Schiess- und Ausbildungsplätzen gut ausgelastet. Das moderne und infrastrukturell bestens ausgerüstete Ausbildungszentrum Andelfingen wurde für Schulungen von Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei intensiv genutzt. Der Zivilschutz bildete in einer elftägigen Grundausbildung rund 1400 Personen für den Zivilschutz aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader sowie Spezialistinnen und Spezialisten der 37 Zivilschutzorganisationen durch. Der Zivilschutz leistete über 2700 Einsatztage zugunsten der Gemeinschaft sowie zur Nothilfe. Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte mehr als 36 000 Ersatzpflichtige.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeangehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Mutationen und Auslandsurlaubsgesuche von Meldepflichtigen im Kontrollwesen	A1	41 586	42 000	42 018	18	0.0
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeangehörige	A1	8 276	8 500	8 558	58	0.7
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes	A2	13 554	9 500	12 104	2 604	27.4
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal	A3	153 000	148 000	161 000	13 000	8.8
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren	A4	4 500	5 000	5 000	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes	A5	33 074	34 000	22 993	-11 007	-32.4
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer/in an Orientierungstagen und Entlassungen, in Fr.	A1	67	58	60	2	3.4
B2	Aufwand pro Meldepflichtigen im Kontrollwesen, in Std.	A1	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen, in %	A2	95	80	96	16	
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten, in Std.	A2	3	3	2.8	-0.2	-6.7
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal, in Fr.	A3	60	60	57	-3	-5.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen, in %	A1	93	95	95	0	
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben, in %	A2	100	90	100	10	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses, in %	A4	91	90	91	1	

Bemerkungen

- L3 Die Zahl der durchgeführten Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes stieg.
- L4 Die Anzahl Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal nahm zu, insbesondere für militärische Kurse und Tagungen.
- L6 Die Anzahl Rechnungen im Bereich Wehrpflichtersatz sank als Folge der Revision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe.
- B3 Die Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen stieg an aufgrund besserer Kursauslastungen (vgl. auch Indikator L3).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern

Durch gezielte Weiterbildungen des Instruktionspersonals wurde die Ausbildungsqualität kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert.

Planmässig 2027

DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen

Zur fortlaufenden Steigerung der Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisationen wurden regelmässig Inspektionsübungen durchgeführt, ergänzt durch zeitlich vorgelagerte Ausbildungsblöcke.

Planmässig 2027

DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen

In den Kommandantenkursen wurde die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes praxisnah eingeübt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
128.7	131.5	132.4	0.9	0.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	28.4	27.2	0.0	0.0	27.2	28.0	0.9	3.1
Aufwand	-39.9	-39.0	0.0	0.0	-39.0	-39.3	-0.4	-1.0
Saldo	-11.5	-11.8	0.0	0.0	-11.8	-11.3	0.5	4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.9	1.1	0.0	0.0	1.1	1.2	0.1	4.7
Ausgaben	-1.4	-1.7	0.0	0.0	-1.7	-1.6	0.0	0.9
Saldo	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.5	0.1	12.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.5	A3	- Vor allem Mehrertrag (insbesondere gebäudeabhängige Vergütungen vom Bund für den Waffenplatz Zürich-Reppischtal)
0.0		- Übrige Abweichungen

3500 Sozialamt

Aufgrund der weiterhin hohen Zuwanderung im Asylbereich und aus der Ukraine musste der Kanton mit über 2000 Unterbringungsplätzen weiterhin stark ausgebaute Kapazitäten betreiben. Zwei neue temporäre Asylzentren wurden zur Entlastung der Gemeinden im Berichtsjahr eröffnet.

Mit gezielten Anpassungen der Zusatzleistungsverordnung wurden die Voraussetzungen verbessert, dass auch Seniorinnen und Senioren in bescheidenen finanziellen Verhältnissen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem angestammten Umfeld wohnen und Heimeintritte vermieden werden können. Im Berichtsjahr hat das Kantonale Sozialamt in Zusammenarbeit mit der Gesundheitskonferenz, der Sozialkonferenz sowie den Durchführungsstellen eine Dialogrunde durchgeführt, um

zusammen mit den Fachpersonen die Umsetzung zu unterstützen und die von den eidgenössischen Räten verabschiedete Revision der Ergänzungsleistungen für Hilfe und Betreuung zu Hause zu diskutieren.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat den Aktionsplan Behindertenrechte 2022–2025 untersucht. Die Ergebnisse wurden an der Partizipationskonferenz des Kantons vorgestellt. Rund zwei Drittel der 26 Massnahmen werden dauerhaft weitergeführt, ein grosser Schritt für mehr Inklusion und Gleichstellung. Es sollen Folgemaassnahmen zur langfristigen Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention erarbeitet werden.

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengut-sprachegesuchen von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekos-ten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergü- tung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von stationären und ambulanten Angeboten im Erwachsenenbereich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützungsanzeigen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe	A1	2664	3000	2763	-237	-7.9
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende	A2	1190	1800	828	-972	-54.0
L3	Fürsorgeabhängige Asylsuchende im Kanton Zürich	A2	2493	2600	2348	-252	-9.7
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinba- rung	A5	10412	10500	10440	-60	-0.6
L5	Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	54043	53400	55489	2089	3.9
L6	Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	3263	4000	3406	-594	-14.8
L8	Ambulante Unterstützung (Selbstbestimmungsgesetz), in Std.	A5	11449	95000	35104	-59896	-63.0
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte, in %	A2	90	95	87.8	-7.2	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungs- vereinbarungen, in %	A5	95	95	95	0	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge für soziale Angebote, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzula- gen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	1733.9	1795	1784.3	-10.7	-0.6

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden ohne Asylentscheid des Bundes sank.
- L6 Die Anzahl Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige sank, unter anderem wegen der guten wirtschaftli- chen Lage.
- L8 Die Anzahl Stunden für ambulante Unterstützung stieg mit dem Angebotsaufbau kontinuierlich an, jedoch langsamer als ursprünglich geplant. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl Stunden verdreifacht.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5c Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützen.

Stand bis

Der Kanton unterstützt die Gemeinden aktiv bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. So werden zweimal jährlich Netzwerktreffen mit den Gemeindeverantwortlichen durchgeführt. Dieses Netzwerk umfasst inzwischen 60 aktive Gemeinden. Für vertiefende Schulungen zum Einbezug von Menschen mit Behinderungen hat die Koordinationsstelle Behindertenrechte in Zusammenarbeit mit der Behindertenkonferenz Kanton Zürich Partizipationsseminare für Verwaltungsmitarbeitende aufgebaut und vier Seminare durchgeführt. Bewährte Angebote wie der Inklusions-Check wurden fortgeführt. Dieses Angebot wurde inzwischen von 18 Gemeinden genutzt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
200.1	205.8	201.6	-4.2	-2.1

Bemerkungen R25 zu B25

-4.2 Leicht geringerer Beschäftigungsumfang wegen vorübergehenden Vakanzen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	791.9	850.8	0.0	0.0	850.8	826.7	-24.0	-2.8
- Rückerstattungen an wirtschaftliche Hilfe	89.7	80.3	0.0	0.0	80.3	102.6	22.3	27.8
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	338.9	389.8	0.0	0.0	389.8	345.5	-44.3	-11.4
- Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Familienzulagen	349.7	369.4	0.0	0.0	369.4	361.4	-8.0	-2.2
Aufwand	-1792.0	-1864.9	0.0	0.0	-1864.9	-1859.6	5.3	0.3
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-146.6	-159.4	0.0	0.0	-159.4	-166.5	-7.1	-4.4
- Beiträge an Asylaufgaben	-395.6	-439.4	0.0	0.0	-439.4	-381.7	57.7	13.1
- Beiträge an Zusatzleistungen und Familienzulagen	-799.4	-789.5	0.0	0.0	-789.5	-829.8	-40.3	-5.1
- Beiträge an Soziale Angebote	-392.4	-406.8	0.0	0.0	-406.8	-406.2	0.6	0.1
- Beiträge an Sozialversicherungen des Bundes	-1.6	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-1.8	0.0	1.7
Saldo	-1000.0	-1014.1	0.0	0.0	-1014.1	-1032.9	-18.8	-1.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-13.7	-14.0	0.0	-3.6	-17.7	-11.4	6.2	35.4
Saldo	-13.7	-14.0	0.0	-3.6	-17.7	-11.4	6.2	35.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-18.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
15.2	A1	- Geringere Netto-Aufwendungen für wirtschaftliche Hilfe hauptsächlich aufgrund der guten konjunkturellen Lage
13.4	A2	- Tiefere Beiträge im Asylbereich aufgrund geringerer Zuwanderung im Asylbereich als budgetiert (März 2024), vor allem aus der Ukraine
-48.2	A3	- Höhere Beiträge an Zusatzleistungen und Familienzulagen infolge des unerwartet starken Anstiegs für Ergänzungsleistungen im Jahr 2024 sowie aufgrund der Teuerung, höherer Zuschüsse und Beihilfen
0.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-17.7	-11.4	6.2	
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen (ab 2024 Selbstbestimmungsgesetz mit nachgelagertem Investitionsrückgang)	-10.2	-10.2	0.0	
- Digitales Angebot und Fachapplikation zur Umsetzung des SLBG (RRB Nr. 844/2023)	-2.0	-1.2	0.8	
- Diverse Fachapplikationen (Ablösungen / Erneuerungen)	-4.4	0.0	4.4	- Projektverzögerungen
- Übrige	-1.1	-0.0	1.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-146760

Verwendung
2025
22351

Antrag Bildung 2025
(verbucht 2026)
0

Bestand 31.12.2025
plus Bildung 2025
-124409

Veränderung Bestand
22351

3700 Sportamt

Die UEFA Women's EURO 2025 war ein sportlicher Höhepunkt und ein Impulsgeber für den Frauenfussball. Die Anzahl Juniorinnen-Teams ist gestiegen und es gibt mehr Schiedsrichterinnen sowie Funktionärinnen. Mit dem Fussballverband Region Zürich und anderen Partnern setzte das Sportamt verschiedene Begleitmassnahmen um. Im Mittelpunkt stand die Plattform HER GAME, die Mädchen und Frauen im Fussball sichtbar macht und Angebote bündelt. Zusätzlich wurden mit dem #hergoal-Fonds lokale Projekte wie Fussballcamps oder Schnuppertage gefördert.

Das Sportamt organisierte vier regionale Netzwerktreffen, die kantonale Sportkonferenz, das Forum Sportkanton Zürich,

das Zürcher Sportfest sowie das Symposium Nachwuchs- und Leistungssport. Zudem wurde ein E-Learning-Modul Sportsystem Kanton Zürich lanciert, womit sich Vereine einfach über Fördermöglichkeiten informieren können.

Der Mädchen- bzw. Frauenanteil bei den Mitgliedern in Sportvereinen lag im Berichtsjahr bei 39%, bei den Teilnehmenden an J+S-Kursen und -Lagern bei 41%, bei der Teilnahme an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen bei 39%, bei den Teilnehmenden in Jugendsportlagern bei 49%, bei den sportlichen Talenten bei 35% und bei den Teilnehmenden an 1418coach-Weekends bei 60%.

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereinssport) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport sowie freiwilliger Schulsport)
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftsleistungsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	138	150	151	1	0.7
L2	Bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	154	130	167	37	28.5
L3	Abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	16046	14300	16118	1818	12.7
L4	Unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1827	1600	1976	376	23.5
L5	J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	149	110	181	71	64.5
L6	Kantonale Jugendsportlager	A2	33	32	36	4	12.5
L7	Bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	104	100	102	2	2.0
B2	Nettoaufwand pro Einwohner/in, in Fr.	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1	Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven, in % (Erhebung alle fünf Jahre)	A1					
W2	Mitglieder in Sportvereinen	A1	382281	375000	394527	19527	5.2
W3	Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	200330	174000	203036	29036	16.7
W4	Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen	A2	4092	3400	4394	994	29.2
W5	Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1213	1300	1288	-12	-0.9
W6	Sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	3759	3500	3986	486	13.9
W7	Teilnehmende an 1418coach-Weekends	A2	596	450	592	142	31.6

Bemerkungen

- L2 Es wurden mehr Gesuche für Projekte und Veranstaltungen bearbeitet.
- L3 Es wurden mehr J+S-Kurse und -Lager abgerechnet aufgrund einer höherer Nachfrage sowie der Aufnahme zusätzlicher Sportarten.
- L4 Es wurden mehr freiwillige Schulsportkurse unterstützt wegen zusätzlicher Angebote von Schulen und Gemeinden.
- L5 Es wurden mehr J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse durchgeführt aufgrund vermehrter Nachfrage nach J+S-Aus- und -Weiterbildungen, Aufnahme neuer J+S-Sportarten (vgl. auch Indikator L3) sowie Anerkennung des kantonalen Programms «mymmentor.zh» als J+S-Weiterbildung.
- W1 Die Erhebung des Bevölkerungsanteils der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %) wurde im Berichtsjahr durchgeführt. Die Ergebnisse liegen in der zweiten Jahreshälfte 2026 vor.
- W3 Die Anzahl Teilnahme an J+S-Kursen und -Lagern stieg aufgrund einer höheren Anzahl J+S-Kurse und -Lager (vgl. auch Indikator L3).

- W4 Die Anzahl Teilnehmender an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen stieg aufgrund einer vermehrten Nachfrage nach J+S-Aus- und -Weiterbildungen sowie eines grösseren Angebots an J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskursen (vgl. auch Indikator L5).
- W6 Die Anzahl sportlicher Talente (Swiss Olympic Talent Card) stieg, unter anderem in den Sportarten Eishockey und Fussball.
- W7 Die Anzahl Teilnehmende an 1418coach-Weekends stieg aufgrund einer grösseren Nachfrage.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3b Freiwilliges Engagement im Sport unterstützen und fördern.

Für Vereinsfunktionärinnen und -funktionäre wurde ein E-Learning-Modul «Sportsystem Kanton Zürich kennen und nutzen» lanciert. Das Ausbildungsangebot «18plus-Coach» wurde um die Sportart Leichtathletik erweitert, und der «18plus-Coach»-Kurs Fussball wird als Einsteigerkurs des Schweizerischen Fussballverbands angerechnet.

Stand bis

Planmässig 2027

3700 3d Unterstützung und Begleitung von Sport-Grossveranstaltungen im Kanton Zürich (z.B. UEFA Women's EURO 2025, IIHF Eishockey-WM 2026)

Im Rahmen der UEFA Women's EURO haben fünf Spiele in Zürich stattgefunden. Verschiedene Begleitmassnahmen zur Förderung des Frauen- und Mädchenfussballs im Kanton wurden umgesetzt.

Planmässig 2026

3700 3e Ausweitung des Förderprogramms Jugend+Sport und Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit (Jugend+Sport-Agenda 2025)

Der Bundesrat hat mit einer Änderung der Sportförderungsverordnung verschiedene Vereinfachungen von J+S (u.a. Zielgruppenzusammenführung) beschlossen.

Planmässig 2026

3700 3b Förderung und Sicherung der sportlichen Nutzung des öffentlichen Raums

Drei zusätzliche Gemeinden bieten Active City an. Das Mountainbike-Konzept Kanton Zürich wurde unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion durch den Regierungsrat mit RRB Nr. 1224/2025 festgesetzt.

Planmässig 2027

3700 3f Bedarfsgerechte Entwicklung und Optimierung der schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für anerkannte Sporttalente

Die Berufsbildungsschule Winterthur und die Sport Academy Zürich tragen seit dem 1. August das Label «Swiss Olympic Partner School».

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
14.9	15.0	14.8	-0.2	-1.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.1	2.1	0.0	0.0	2.1	2.3	0.2	9.6
Aufwand	-5.6	-5.6	0.0	0.0	-5.6	-5.8	-0.2	-3.5
Saldo	-3.5	-3.6	0.0	0.0	-3.6	-3.6	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos wurden dem Sportfonds 38,6 Mio. Franken (Vorjahr: 31,8 Mio. Franken) zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils. Insgesamt wurden Beiträge von rund 26,5 Mio. Franken zur Förderung des Jugend- und Breitensports sowie des Nachwuchs- und Leistungssports ausbezahlt: 13,5 Mio. Franken an 113 Sportanlagen, 1,4 Mio. Franken für den Nachwuchsleistungssport und 1,2 Mio. Franken an 1976 schulsport.zh-Kurse, 0,2 Mio. Franken an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule, 1,5 Mio. Franken an 116 Sportveranstaltungen, 1 Mio. Franken an 26 Sportprojekte, 0,2 Mio. Franken für 1418coach, Fr. 15000 an vier Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und 5,9 Mio. Franken an den

Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände und -vereine.

Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit 1,4 Mio. Franken unterstützt. Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds mit 3,7 Mio. Franken einschliesslich Zinsen und Abschreibungen. Im Sportzentrum wurden im Berichtsjahr 35569 Übernachtungen verzeichnet.

Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr für die Jahre 2026 bis 2029 einen jährlichen Sportfondsbeitrag von 5,95 Mio. Franken an den Zürcher Kantonalverband für Sport genehmigt (Vorlage 6008). Damit wird die Leistungsvereinbarung fortgeführt und der Verbands- und Vereinssports unterstützt.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	76.7	75.8	75.1	-0.7	-0.9
Fondsbestand	-100.3	-100.6	-108.6	-8.1	-8.0
Finanzierung	23.6	24.8	33.5	8.8	35.4

Finanzierung

	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	36.2	28.6	0.0	0.0	28.6	39.5	10.9	38.1
- Swisslos	35.7	27.6	0.0	0.0	27.6	38.6	11.0	40.0
- Zinsen								
- Entnahme Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-36.2	-28.6	0.0	0.0	-28.6	-39.5	-10.9	-38.1
- Beiträge	-28.5	-24.0	0.0	0.0	-24.0	-26.5	-2.5	-10.3
- Einlagen in Bestandeskonto	-3.0	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-8.3	-8.1	-2854.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	2.0							
Ausgaben	-0.6	-2.2	0.0	0.0	-2.2	-0.5	1.7	75.9
Saldo	1.4	-2.2	0.0	0.0	-2.2	-0.5	1.7	75.9

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht

Die Kantone erhalten jährlich 10% des Reinertrags aus der Spirituosenbesteuerung des Bundes im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (Alkoholzehntel). Die Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme und an verschiedene Einrichtungen im Präventions-, Behandlungs- und Nachsorgebereich. Die Leistungsabteilung an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung.

Die Kantone erhalten gemäss dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterienunternehmen. Gemäss dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EG BGS) erhält der Kanton zudem 10% des Bruttospielertrags aus dem Betrieb von Geschicklichkeitsgeldspielautomaten. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht zu verwenden (Art. 10 und 11 EG BGS). Beiträge gingen unter anderem an die Schweizerische Gesundheitsstiftung RADIX zur Weiterführung des Zentrums für Spielsucht und andere Verhaltenssuchte (RRB Nr. 1148/2023) und an das Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich, welches das Zentrum fachlich begleitet.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Spielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert), in Fr.	A1	32.67	33	31.46	-1.54	-4.67
B1	Bestand Alkoholfonds, in % der jährlichen Ausgaben	A1	53	47	61	14	
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept, in %	A1	100	100	100	0	
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht, in %	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- B1 Der Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben hat sich erhöht infolge einer 2024 erfolgten nachträglichen Ausschüttung des Bundes beim Alkoholzehntel. Eine zusätzliche Ausschüttung (Entnahme Fonds) ist im Budget 2026 eingestellt.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-5.0	-5.0	-5.5	-0.4	-8.5
Finanzierung	5.0	5.0	5.5	0.4	8.5

Bemerkungen R25 zu B25

- Total Fondsbestand am 31.12.2025 setzt sich zusammen aus:
 - Alkoholfonds (gerundet): 2.8 Mio. Franken (unverändert)
 - Spielsuchtfonds (gerundet): 2.7 Mio. Franken (+0.43 Mio. Franken gegenüber Vorjahr)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.3	6.1	0.0	0.0	6.1	5.8	-0.3	-4.5
Alkoholfonds:								0.0
- Anteil am Eidg. Alkoholmonopol	5.2	5.0	0.0	0.0	5.0	4.6	-0.4	-9.0
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen	1.1	1.1	0.0	0.0	1.1	1.3	0.2	15.8
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto								
Aufwand	-6.3	-6.1	0.0	0.0	-6.1	-5.8	0.3	4.5
Alkoholfonds:								0.0
- Betriebsbeiträge	-2.6	-2.7	0.0	0.0	-2.7	-2.5	0.2	8.2
- Übertrag an GD/Prävention								
Alkoholismus	-2.2	-2.3	0.0	0.0	-2.3	-2.1	0.2	9.1
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.5					-0.0	-0.0	0.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Dienstleistung Dritter	-0.0	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.1	-0.1	-657.8
- Betriebsbeiträge	-0.6	-1.1	0.0	0.0	-1.1	-0.8	0.3	29.9
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.4					-0.4	-0.4	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume gemäss Art. 61 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge von 4,8 Mio. Franken (Vorjahr: 5,3 Mio. Franken) in den kantonalen Schutzraumfonds. Die Gemeinden wurden für das Inkasso der Ersatzbeiträge mit Fr. 108 200 (Vorjahr: Fr. 98 800) entschädigt. Im Rahmen der Ausgleichs-

gebietsplanung sowie für die Erneuerung von Schutzräumen wurden insgesamt rund 2,1 Mio. Franken ausbezahlt. Dies entspricht einer Steigerung von über 130% und ist darauf zurückzuführen, dass in einigen Gemeinden die Reserven aus früheren Ersatzbeiträgen aufgebraucht sind.

Aufgaben

- A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 61 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeist wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 62 BZG, Art. 76 der Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-81.4	-85.8	-84.0	1.9	2.2
Finanzierung	81.4	85.8	84.0	-1.9	-2.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.4	6.0	0.0	0.0	6.0	4.8	-1.2	-19.8
- Ersatzbeiträge der ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	5.4	6.0	0.0	0.0	6.0	4.8	-1.2	-19.8
- Zinsen								
- Entnahme Bestandeskonto								
Aufwand	-5.4	-6.0	0.0	0.0	-6.0	-4.8	1.2	19.8
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-1.0	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-2.2	-0.7	-45.6
- Abschreibungen und Zinsen								
- Einlagen in Bestandeskonto	-4.4	-4.5	0.0	0.0	-4.5	-2.6	1.9	41.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

04

Finanzdirektion

Überblick	142
Legislaturziele	144
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	144
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	144
Finanzierung	145
Übersicht	145
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	145
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	146
Personal- und Lohnstatistik	147
Beschäftigungsumfang	147
Lohnaufwand	147
Anstellungsverhältnisse	147
Parlamentarische Vorstösse	148
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	148
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	148
Leistungsgruppen	149
4000 Generalsekretariat	149
4100 Finanzverwaltung	152
4400 Steuern Betriebsteil	156
4500 Personalamt	160
4610 Amt für Informatik	163
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	166
4700 Drucksachen und Material	168
4910 Steuererträge	170
4921 Schadenausgleich	171
4930 Zinsen und Beteiligungen	172
4950 Sammelpositionen	174
4960 Nationaler Finanzausgleich	175
4980 Gemeinnütziger Fonds	176

Überblick

Stand Finanzhaushalt und Investitionspriorisierung

Im Hinblick auf den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2026–2029 wurde im Berichtsjahr erneut eine Investitionspriorisierung durchgeführt. Damit konnten die vorhandenen Investitionsmittel zielgerichtet auf prioritäre Projekte ausgerichtet werden. Dennoch verbleibt in der Planung des Kantonsshaushalts ein Schuldenaufbau. Aufgrund der konsequenten Budgetierung gemäss tatsächlichen Erwartungen können nur positive Ereignisse zu einem milderen Schuldenanstieg führen. Deshalb sind weitere Anstrengungen nötig, um den Finanzhaushalt langfristig zu stabilisieren.

Abschaffung Eigenmietwert und Neubewertung der Liegenschaften

Aufgrund des klaren Resultats der eidgenössischen Abstimmung zur Abschaffung des Eigenmietwerts hat der Regierungsrat beschlossen, bei der allgemeinen Liegenschafteneubewertung auf eine Erhöhung der Eigenmietwerte zu verzichten. Dies erforderte bei den planmässig verlaufenen Projektarbeiten kurzfristige Anpassungen. Die gegen die Neubewertung erhobene Beschwerde hat das Bundesgericht am 16. Dezember des Berichtsjahres abgewiesen. Damit steht der Umsetzung der Liegenschafteneubewertung nichts mehr im Weg.

Stand Weiterentwicklung und Rollout Finanzsysteme

Der Rollout des Planungs- und Budgetierungstools (PBT) verläuft planmässig. Die Realisierung der Rolloutphasen zwei und drei konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Durch technische Umstellungen im SAP im Bereich Profitcenter nutzen bereits alle Verwaltungseinheiten das PBT für die Plandateneingabe. Die Staatskanzlei und fünf Direktionen setzen das Tool bereits vollumfänglich für die Planung ein. Der weitere Rollout erfolgt 2026.

Nach der planmässigen und erfolgreichen Einführung der Lösung eVorhaben in der Finanzverwaltung im Pilotbetrieb folgte im Juni des Berichtsjahres die Betriebsaufnahme im Amt für Informatik. Im November des Berichtsjahres wurde eVorhaben in den restlichen Ämtern und im Generalsekretariat der Finanzdirektion eingeführt. Aufgrund der Rückmeldungen und gewonnenen Erfahrungen des Betriebs in der Finanzdirektion wurden Weiterentwicklungen definiert und sind in Umsetzung. Der Rollout auf weitere Organisationseinheiten ist in Planung.

Aurora und Work Zone

Im Rahmen der ersten Einführungswelle der neuen SAP-HCM-Standardlösung wurde bis Ende des Berichtsjahres schrittweise die Einstiegsplattform Work Zone bereitgestellt. Damit erhalten rund 85'000 Nutzende digitalen Zugriff auf zentrale HCM-Anwendungen, darunter Lohnabrechnungen, Lohnausweise sowie persönliche Personaldaten. Zusätzlich wurde die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen eingeführt. Die zweite Einführungswelle erfolgt ebenfalls gestaffelt. Ab dem 1. Januar 2026 wird die Payroll (Lohnverarbeitung und -verbuchung) auf das neue Standardsystem umgestellt. Anschliessend folgen vollständig digitale Anwendungen für die Spesenabwicklung, die Unfallmeldungen sowie die harmonisierte Zeit- und Leistungserfassung. Parallel dazu wird die neue Recruiting-Lösung auf weitere Organisationseinheiten ausgeweitet. Die Gesamtlösung, wel-

che die neuen, kantonsweit harmonisierten Prozesse digital abbildet, wird im Herbst 2026 eingeführt.

Risikomanagement und IKS Finanzdirektion

Im Berichtsjahr hat die Direktion ein Risikomanagementkonzept implementiert und erstmals einheitlich die Risiken aus den Ämtern und dem Generalsekretariat erhoben. Um den zusätzlichen Aufwand dieses Risikomanagementprozesses abzufedern, wurde das Konzept pragmatisch und unter grösstmöglicher Nutzung von bestehenden Ansätzen umgesetzt. Zudem wurden die Weichen gestellt, um den Bereich Risikomanagement und das Interne Kontrollsystem (IKS) eng zu verbinden. Dazu wurde die Verschiebung der IKS-Fachstelle von der Finanzverwaltung ins Generalsekretariat vorbereitet.

Informationssicherheits-Managementsystem

Das Informationssicherheits-Managementsystem wurde im Berichtsjahr weiterentwickelt und die Einführung der Allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinie der Finanzdirektion per 2026 vorbereitet. Zudem wurden konzeptionelle Grundlagen geschaffen für relevante Themenbereiche der internationalen Norm ISO/IEC 27001. Dazu zählen insbesondere Governance und Organisation der Informationssicherheit, Risikomanagement, Schutz von Informationen und IT-Systemen, Betriebssicherheit, Zugriffskontrollen und das Management von Sicherheitsvorfällen. Neue Leitfäden und Merkblätter unterstützen die Mitarbeitenden bei der praktischen Umsetzung.

Fortlaufende Sensibilisierung des Personals für Compliance-Regeln

Im Berichtsjahr wurde die Etablierung einer transparenten Compliance-Kultur bei den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung weitergeführt. Der Fokus lag auf dem höheren Kader. Ausserdem hat die Compliancebeauftragte die Amtsleitenden der Direktionen mit Austausch- und Kennenlern-Meetings für die Compliance-Regeln sensibilisiert. Für das höhere Kader der Finanzdirektion konnte zudem ein E-Learning-Kurs mit drei Modulen und einem Quiz als Pilot getestet werden. Ab 2026 steht dieses Compliance-E-Learning allen Direktionen zur Verfügung. Darüber hinaus wurden die Grundausbildung Führung, Kadernachwuchsförderung und die Willkommensanlässe durch die Compliancebeauftragte beibehalten. Zusätzlich wurden im Intranet und Internet fünf weitere Folgen von Ratgeber-Kolumnen aufgeschaltet.

Handbuch Steuerung

Das Handbuch Steuerung fasst die relevanten Vorgaben über die Steuerung des Finanzhaushalts in Verfassung, Gesetzen, Verordnungen und Weisungen zusammen. Zum Entwurf der Erstfassung wurde ein Mitberichtsverfahren durchgeführt. Die umfangreichen Anliegen werden 2026 bereinigt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Die Zentrumsleistungen des Kantons werden auch von der Bevölkerung anderer Kantone bezogen, insbesondere diejenigen der Universität und der Fachhochschulen. Jedoch erhält der Kanton dafür keine kostendeckenden Vergütungen und muss jährlich ungedeckte Kosten von netto rund 104 Mio.

Franken tragen. Der Regierungsrat strebt eine vollkosten-deckende interkantonale Leistungsabgeltung an. Die Finanzdirektion stand im Berichtsjahr im engen Austausch mit anderen Zentrumsantonen, die ebenfalls Leistungen für andere Kantone erbringen und von ungedeckten Kosten betroffen sind. Die ungedeckten Kosten der anderen Kantone wurden ebenfalls berechnet und methodische Grundlagen sowie Massnahmenvorschläge erarbeitet.

Härtefallhilfen: Kontrolle Einhaltung Bundesauflagen

Der Kanton ist gemäss Covid-19-Gesetz und den Covid-19-Härtefallverordnungen verpflichtet, die Einhaltung der mit den aus dem Covid-19-Härtefallprogramm gewährten Hilfen verbundenen Auflagen zu überprüfen und allfälligen Missbrauch zu bekämpfen. Er untersteht der Aufsicht durch die Bundesbehörden. Die Fachstelle Härtefallprogramm hat hierfür bis Ende des Berichtsjahres in mehr als 500 Verfahren kontrolliert, ob Unternehmen auch durch andere Hilfsprogramme subventioniert wurden oder ob Härtefallhilfen den Eigentümerinnen und Eigentümern zufließen. In mehr als 110 Fällen musste die vollständige oder teilweise Rückforderung der Mittel ausgesprochen werden; hieraus ergaben sich gut 50 Rechtsmittelverfahren. Darüber hinaus wurde bei den gut 260 Unternehmen mit einem Referenzumsatz über 5 Mio. Franken geprüft, ob diese infolge von Gewinnen im Subventionierungszeitraum Teile dieser Gewinne zurückzahlen müssen im Sinne einer bedingten Gewinnbeteiligung. Entsprechende Rückforderungen wurden in mehr als 30 Fällen vollzogen.

Fertigstellung einheitliche Zahllösung

Die Prozesse zur Abwicklung bargeldloser Zahlungen an den kantonalen Verkaufsstellen wurden harmonisiert. Durch den Abschluss von Rahmenverträgen für das Acquiring (Zahlungsmittel) sowie Zahlterminals ist sichergestellt, dass an sämtlichen Verkaufsstellen die gleichen Zahlungsmittel akzeptiert werden.

Gemeinsame Plattform des Steueramts und der Gemeinden

Im Berichtsjahr wurde eine Projektstudie für die gemeinsame Plattform im Steuerwesen gestartet, in deren Rahmen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden zentrale fachliche, organisatorische und technische Grundlagen sowie erste grobe Zielbilder erarbeitet wurden. Anschliessend erfolgte eine Marktabklärung, bei der Marktteilnehmende unverbindliche Rückmeldungen abgeben konnten. Daraus wird 2026 eine konsolidierte Entscheidungsgrundlage für die Weiterführung des Projekts erarbeitet.

Abschluss Rollout Digitaler Arbeitsplatz (DAP)

Im Berichtsjahr wurden die letzten Organisationseinheiten mit dem Digitalen Arbeitsplatz ausgestattet. Der Rollout in der Bildungsdirektion und im Strassenverkehrsamt der Sicherheitsdirektion konnte im März abgeschlossen werden; das Projekt DAP 30.10 wurde im Juni formell beendet. Insgesamt wurden über 12 000 Arbeitsplätze in der gesamten kantonalen Verwaltung auf aktuelle technologische und sicherheitstechnische Standards umgestellt.

Parallel dazu erfolgte das Update auf Windows 11 fristgerecht und planmässig bis Ende September des Berichtsjahres. Das Projekt hat sich als zentrale Grundlage für die Modernisierung der kantonalen Arbeitsumgebung bewährt.

Die Verwaltung profitiert von einem einheitlichen, zukunftsfähigen und effizient verwaltbaren Arbeitsplatz, der die digitale Transformation unterstützt und eine wichtige Basis für künftige Entwicklungen im Rahmen der kantonalen IKT-Strategie bildet.

Stand Projekt Plattformen und Rechenzentren

Das 2024 organisatorisch neu aufgestellte Projekt Plattformen und Rechenzentren hat im Berichtsjahr den beabsichtigten Effekt gezeigt. Mit dem offiziellen Abschluss des IKT-Programms wurde das Projekt verselbstständigt. Im Berichtsjahr konnten 35% der Fachapplikationen aus Baudirektion, Sicherheitsdirektion, Volkswirtschaftsdirektion, Gesundheitsdirektion und Bildungsdirektion erfolgreich in die Rechenzentren des Amtes für Informatik überführt werden. Zudem wurden die Dateiablagen von 23 Ämtern und Behörden des Kantons in die neue zentralisierte Dateiablage des Amtes für Informatik migriert. Der dafür notwendige Kapazitätsausbau in den Rechenzentren sowie der erforderliche Aufbau zusätzlicher Plattformservices konnte weiter vorangetrieben werden. Die für einen sicheren Betrieb der Fachapplikationen notwendigen Service- und Supportprozesse wurden in Zusammenarbeit mit den Serviceteams des Amtes für Informatik analysiert und optimiert. Eine zusätzliche Analyse der Qualität in den einzelnen Supportprozessen wurde initiiert.

Weiterentwicklung des Beschaffungsportals

Mit dem im Berichtsjahr eingeführte Beschaffungsportal wird der bestehende Webshop zu einem Beschaffungsportal für diverse Warengruppen weiterentwickelt. Das Portal bildet eine breit nutzbare Plattform für die Abwicklung von wiederkehrenden Beschaffungen. Die Lösung wird kontinuierlich weiterentwickelt und bietet Schnittstellen zu Systemen in der kantonalen Verwaltung und ausgewählten Lieferanten. Das Ziel ist, die Effizienz der Beschaffungsprozesse zu steigern durch eine benutzerfreundliche Sicht für die Bestellenden und eine automatisierte Abwicklung zur Entlastung der Lead Buyer. Dies erfordert eine hohe Flexibilität bei der Umsetzung spezifischer Anforderungen der einzelnen Warengruppen. Das Beschaffungsportal leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Beschaffung in der kantonalen Verwaltung.

Projekt Beschaffungslandschaft Kanton Zürich

Im Rahmen eines direktionsübergreifenden Projekts wurde die Organisation des kantonalen Beschaffungswesens beleuchtet und weiterentwickelt. Die bisherigen Koordinationsgremien werden zur neuen Kommission Beschaffungswesen zusammengelegt. Diese steht unter der Co-Leitung der Finanzdirektion und der Baudirektion und sorgt für eine kontinuierliche Optimierung des Beschaffungswesens.

Für bestimmte Materialgruppen sind zentrale Lead Buyer definiert, die für die Beschaffung und die Einhaltung der Vorgaben verantwortlich sind. Für IKT-Grundversorgung, Versicherungen und Postdienstleistungen wurden neue Lead Buyer bestimmt.

Die Dienstleistungen der verschiedenen Fachstellen werden unter einem einheitlichen Auftritt als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für Beschaffungen gebündelt mit dem Ziel, eine zentrale Anlaufstelle für Beratung und Information bei Beschaffungsfragen zu schaffen.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 9	Steuerlich attraktiv sein sowie die Leistungsgerechtigkeit und Kostenwahrheit im interkantonalen Verhältnis stärken.		
RRZ 9a	Durch eine weitere Senkung der Gewinnsteuern die Attraktivität des Kantons für Unternehmen erhalten.	4400	2027
RRZ 9b	Eine vollkostendeckende interkantonale Leistungsabgeltung anstreben.	4100	2027
RRZ 9c	Die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich angesichts der wachsenden Disparitäten überprüfen.	4100	2027
RRZ 9d	Die angemessene Berücksichtigung der Ergänzungssteuern im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs überprüfen.	4400	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
FD 9.1	Die staatlichen Ausgaben wachsen weniger stark als die Bevölkerung.		
FD 9.1a	Konzept für einen Wachstumspfad tiefer als Bevölkerungswachstum erstellen und im Rahmen der KEF-Planung umsetzen (erstmalig per KEF 2025-2028)	4100	2027

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 10	In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.		
RRZ 10e	Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.	4610 4500	2027 2027
RRZ 10g	Die Cybersicherheitsstrategie umsetzen, den Datenschutz und die Informationssicherheit in die Verwaltungsprozesse integrieren.	4620	2025
RRZ 10h	Die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton Zürich mit verschiedenen Massnahmen erhöhen und die HR-Prozesse, -Strukturen und -Systeme vereinheitlichen.	4500	2027
RRZ 10i	Fortlaufende Sensibilisierung der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten und eine auf Transparenz ausgerichtete Compliance-Kultur.	4000	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
FD 10.1	Stärkung von Agilität und Resilienz in der Finanzdirektion		
FD 10.1a	Optimierung der Anstellungsbedingungen (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2027
FD 10.1b	Implementierung des Risikomanagementkonzepts in der Finanzdirektion	4000	2025
FD 10.1c	Umsetzung des Employer Branding (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.1d	Totalrevision Staatsbeitragsgesetz	4100	2027
FD 10.1e	Reduktion der Nettoschuld pro Kopf zur Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums anstreben (volatile Ertragsanteile in Schuldenabbau lenken)	4100	2027
FD 10.2	Innerhalb der Finanzdirektion und mit ihren Partnern Synergien durch Zusammenarbeit pflegen und nutzen		
FD 10.2a	Förderung von Beschaffungsdienstleistungen für verwaltungsinterne Organisationen, kantonale Institutionen und Gemeinden	4700	2027
FD 10.2b	Umsetzung IKT-Programm	4610	2025
FD 10.2c	Umsetzung der IKT-Governance in der kantonalen Verwaltung	4000	2025
FD 10.2d	Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich (vertikal mit Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden) durch Umsetzung einer Datenbereitstellung basierend auf e-ch-Standards und durch Umsetzung von Hilfsmitteln zur Datenauswertung und -bereinigung	4400	2027
FD 10.2e	Umsetzung HR-Geschäftsmodell (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.2f	Umsetzung IKT-Grundversorgung Sek II voranbringen	4610	2027
FD 10.2h	Gemeinsame Massnahmen auf Kantonsebene betreffend Umgang mit dem Fachkräftemangel (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2026
FD 10.2i	Applikationsstrategie zur effizienten gemeinsamen Nutzung von IT-Anwendungen (Kantons- und Fachapplikationen)	4610	2027
FD 10.2j	Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat FD (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)	4610	2025
FD 10.2k	Schrittweise weitere Zentralisierung von Rechnungsführungsaufgaben der Verwaltungseinheiten in der Finanzverwaltung	4100	2027
FD 10.2l	Weitere Standardisierung der Abläufe in den Bereichen Budgetierung, Ausgabenbewilligungen und Fakturierung (Planungs- und Budgetierungstool, eVorhaben, Einmaldebitoren)	4100	2027

FD 10.3 Weitere Förderung der digitalen Transformation in der Finanzdirektion, nach innen und nach aussen

FD 10.3a	Vereinheitlichung und Vereinfachungen Governance IKT und Informationssicherheit (Konsolidierung Governance-Handbuch / Governance-Konzept IKT-Sicherheit und Besondere Informationssicherheitsrichtlinie)	4620	2025
FD 10.3b	Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich (Konzeption der Steuerdeklaration für juristische Personen sowie Konzeption und Umsetzung Pilotbetrieb papierlose Korrespondenz)	4400	2027
FD 10.3c	Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (Aus-schreibung Plattform für Steuersoftware und Umsetzung der ersten Etappe)	4400	2027
FD 10.3d	Förderung E-Learning (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e und 10h)	4500	2025
FD 10.3e	Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)	4400	2027
FD 10.3f	Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil Personalamt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.3g	Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil AFI (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4610	2025
FD 10.3h	Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)	4400	2026
FD 10.3i	Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)	4610	2026
FD 10.3j	Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern; Aufbau des Service Centers Digital Innovation gemäss RRB Nr. 1331/2022 (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)	4610	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10405.5	10395.9	0.0	0.0	10395.9	11282.9	887.0	8.5
Aufwand	-1302.6	-1077.9	-5.1	-18.1	-1101.0	-1275.1	-174.0	-15.8
Saldo	9102.9	9318.1	-5.1	-18.1	9294.9	10007.9	713.0	7.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	27.1	12.3	0.0	0.0	12.3	24.1	11.8	95.8
Ausgaben	-19.2	-18.6	0.0	-25.4	-44.1	-15.8	28.2	64.1
Saldo	8.0	-6.3	0.0	-25.4	-31.8	8.2	40.0	126.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
713.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
179.9	4910	- Staatssteuern Nachträge natürliche Personen: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2025 (89.5), Mehrerträge für die Steuerperiode 2021 (63.7) und Perioden vor 2020 (1.7) sowie positive Korrekturen für die Steuerperiode 2022 und 2023 (25.0)
154.6	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
143.2	4910	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Sollstellungen und Zahlungseingängen
97.6	4910	- Staatssteuern laufende Periode 2025 juristische Personen: Höhere Gewinnsteuererträge (117.7) und Mindererträge aus der Kapitalsteuer (-20.1)
92.2	4910	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
86.2	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Axpo Holding AG
85.1	4930	- Erlös alte Banknotenserie von der Schweizerischen Nationalbank
57.0	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand aus dem Teuerungsgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
43.7	4910	- Staatssteuern Nachträge JP: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2025 (2.8), Mehrerträge für die Periode 2021 (20.0), höhere Erträge für die Perioden vor 2020 (25.9) sowie negative Korrektur der Steuerperiode 2023 (-5.0)
41.5	4910	- Staatssteuern laufende Periode 2025 NP: Höhere Erträge aus der Einkommenssteuer (81.0) und tiefere Vermögenssteuern (-39.5)
41.0	4910	- Verrechnungssteuer: Höhere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
28.5	4950	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm (Aufwandminderung)
27.0	4910	- Übrige Steuererträge: Höhere Staatssteuer-Verzugszinseinnahmen
14.5	4910	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen

Finanzdirektion Finanzierung

13.8	4400	- Hard- und Softwareaufwand im Steueramt: Minderaufwand infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+14.38) gegenüber Mehraufwand für die Fachapplikationen und den IT-Systemen (-0.63)
12.8	4930	- Tieferer Finanzaufwand aufgrund tieferer Zinsen und tieferen Fremdkapitals
11.8	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Flughafen Zürich AG
8.7	4950	- Auflösung von Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung
5.8	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
5.7	4620	- Tieferer externer und Personalaufwand infolge Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie
3.8	4400	- Tieferer Personalaufwand im Steueramt aufgrund zeitlich verzögerter Rekrutierungen/Nachbesetzungen und Einsatz von Aushilfen
3.2	4930	- Höherer interner Zinsertrag infolge veränderter Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
3.0	4930	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
2.8	4100	- Tiefere externe Projektkosten in der Finanzverwaltung aufgrund von Verzögerungen und Verschiebung der Kosten in die interne Verrechnung über das Amt für Informatik
2.7	4930	- Aufwertung diverser Beteiligungen im Verwaltungsvermögen
-3.9	4500	- Höhere Projektkosten durch zusätzliche Anforderungen (u.a. Standardisierung der Systemlandschaft), weitere Schnittstellen zu Umsystemen, zusätzliche Implementierung von Authentisierungslösungen und höhere Mengen an Personaldaten
-16.7	4910	- Aufwand aus der Steuererhebung: Höhere Bezugsprovisionen an Arbeitgeber/SSL infolge höherer Sollstellungen (-7.9), höherer Wertberichtigung- und Zinsaufwand in der Erbschaftssteuer (-2.0) und höherer Zins- und Abschreibungsaufwand Staatssteuer (-6.8)
-26.4	4950	- Weiterleitung von Rückforderungen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm an den Bund (Ertragsminderung)
-155.7	4930	- Tieferer Gewinnanteil ZKB infolge der neu eingeführten OECD-Ergänzungssteuer
-250.0	4950	- Die im Budget zentral eingestellte pauschale Budgetkürzung wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
-0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	-15.8			
- Projekt Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (LG 4500)	-8.5	-11.0	-15.9	0.0
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume (LG 4610)	-1.9	-16.1	-6.6	-9.5
- Programm IKT (LG 4610)	-1.5	-55.6	-33.6	-22.0
- Diverse Ersatzbeschaffung Hard- und Software (LG 4400)	-0.8	-1.1	-0.9	-0.2
- DAP-Betrieb (LG 4610)	-0.8	-2.2	-0.8	-1.5
- Multifunktionsprinter und Smart Devices / Enterprise Mobility Management (LG 4610)	-0.5	-3.8	-0.8	-3.0
- Planungs- und Budgetierungstool (LG 4100)	-0.4	-1.4	-1.3	-0.0
- Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich (LG 4400)	-0.3	-2.3	-1.0	-1.3
- Weiterentwicklung und Optimierung des Beschaffungsportals (LG 4700)	-0.2	-0.2	-0.2	0.0
- Bestell- und Zahlprozess, eVorhaben-Tool (LG 4100)	-0.2	-1.7	-1.4	-0.3
- Möblierung von Konferenz- und Pausenräumen (LG 4400)	-0.1	-0.1	-0.1	0.0
- Neues Arbeitsplatzkonzept HR Management und Personal- und Organisationsentwicklung (LG 4500)	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0
- Lizenzen für die Benutzer- und Berechtigungsverwaltung IAM (LG 4610)	-0.1	-0.8	-0.6	-0.2
- Übrige	-0.4			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 115.3	1 209.5	1 177.9	-31.7	-2.6

Δ abs.	LG	Begründungen
-31.7		Abweichungen total R25 zu B25
4.8	4500	- Befristete Aushilfen ausserhalb des Stellenplans für das Projekt Aurora und die fachliche Applikationsverantwortung (+3.9) sowie für Mutterschaftsvertretungen (+0.9)
3.3	4100	- Zusätzliche Aushilfen, die zur Bewältigung der Aufgaben notwendig waren.
0.8	4700	- Fluktuation, kurzfristige Doppelbesetzungen, Ausbau der Dienstleistungen im Beschaffungswesen (u.a. Beschaffungssysteme) sowie Übernahme der SAP-Fachdomänenverantwortung Materialwirtschaft
0.4	4000	- Höherer Beschäftigungsumfang im Fach- und Rechtsdienst aufgrund des erhöhten Beratungsbedarfs der anderen Einheiten der Finanzdirektion (+0.85). Dem stehen tiefere Beschäftigungsumfänge im Informatik- und Kommunikationsbereich gegenüber (-0.4).
-7.9	4620	- Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung (-4.1) sowie Übertragung von fünf Mitarbeitenden in die Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik, zur Stärkung der operativen Informationssicherheit (-3.8)
-11.6	4610	- Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung (-15.4) sowie Übertragung von fünf Mitarbeitenden aus der Leistungsgruppe Nr. 4620, IKT-Sicherheitsbeauftragter, zur Stärkung der operativen Informationssicherheit (+3.8)
-21.6	4400	- Zeitlich verzögerte Rekrutierungen/Nachbesetzungen
0.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat	-3 116	-3 625	-3 304	321	8.9
4100 Finanzverwaltung	-7 190	-7 140	-7 826	-686	-9.6
4400 Steuern Betriebsteil	-88 767	-95 748	-92 619	3 129	3.3
4500 Personalamt	-11 034	-11 208	-11 965	-757	-6.8
4610 Amt für Informatik	-28 099	-33 939	-31 920	2 019	5.9
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	-1 187	-1 617	-1 071	546	33.8
4700 Drucksachen und Material	-4 220	-4 279	-4 512	-233	-5.4
4950 Sammelpositionen		-57 008		57 008	100.0
Total	-143 613	-214 564	-153 217		

Bemerkungen

- 4000 Tiefere Lohnkosten neuer Mitarbeitenden, Verzicht auf eine IKT-Praktikumsstelle sowie zu hoch budgetierte Rückstellungen aus einem Lebensarbeitszeitmodell
- 4100 Zusätzliche 3.3 Aushilfen und Teuerungsausgleich
- 4400 Tieferer Beschäftigungsumfang von -21.6 Anstellungen
- 4500 Veränderung des Beschäftigungsumfangs um +4.8 Aushilfs-Anstellungen
- 4610 Tieferer Beschäftigungsumfang von -11.6 Anstellungen
- 4620 Tieferer Beschäftigungsumfang von -7.9 Anstellungen
- 4700 Um +0.8 Anstellungen höherer Beschäftigungsumfang

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000 Generalsekretariat	24	10	14	15	9
4100 Finanzverwaltung	67	26	41	48	19
4400 Steuern Betriebsteil	811	397	414	624	187
4500 Personalamt	83	61	22	54	29
4610 Amt für Informatik	265	65	200	219	46
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	2	0	2	1	1
4700 Drucksachen und Material	43	14	29	33	10
Total	1 295	573	722	994	301

Bemerkungen

- 4620 Im Berichtsjahr wurden fünf Mitarbeitende der Leistungsgruppe Nr. 4620, IKT-Sicherheitsbeauftragter, zur Stärkung der operativen Cybersicherheit in die Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Information, übertragen.

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
158/2023	Compliance in der kantonalen Verwaltung (Postulat der Finanzkommission)	Vorlage 158a/2023 vom 16.04.2025	26.06.2023
309/2021	Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 309a/2021 vom 05.02.2025	21.08.2023
246/2023	Digitale Steuererklärung – es geht noch besser (Postulat Harry Robert Brandenberger, Pfäffikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 246a/2023 vom 27.08.2025	04.12.2023
112/2023	Finanzpolitische Reserve (Postulat André Müller, Uitikon, Tobias Weidmann, Hettlingen, und Farid Zeroual, Adliswil)	Vorlage 112a/2023 vom 19.11.2025	18.12.2023
109/2023	Kantonale Empfehlung zum Teuerungsausgleich (Postulat Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 109a/2023 vom 29.10.2025	18.12.2023
29/2023	Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals (Motion Mario Senn, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6066 vom 10.12.2025	18.12.2023
114/2023	Kantonale Schuldenbremse (Postulat Tobias Weidmann, Hettlingen, Alex Gantner, Maur, und Farid Zeroual, Adliswil)	Vorlage 114a/2023 vom 05.11.2025	05.02.2024
178/2023	Anreize für die Wirtschaft bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung (Postulat Mario Senn, Adliswil, Christian Müller, Steinmaur, und Sonja Rueff-Frenkel, Zürich)	Vorlage 178a/2023 vom 24.09.2025	05.02.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
157/2022	Eine kantonale Gerichtsinstanz in Steuerverfahren (Motion Michael Zeugin, Winterthur, Roland Scheck, Zürich, und Dieter Kläy, Winterthur)	21.08.2023
113/2023	Risikobericht in der Rechnung des Kantons Zürich (Postulat André Müller, Uitikon, Karl Heinz Meyer, Neerach, und Farid Zeroual, Adliswil)	05.02.2024
272/2023	Anerkannte auszahlbare Steuergutschrift (Postulat Christian Müller, Steinmaur, Cristina Cortellini, Dietlikon, und Marcel Suter, Thalwil)	05.02.2024
412/2023	Regelmässiger Ausgleich der «warmen Progression» (Motion Mario Senn und Gabriel Mäder, Adliswil, sowie Tobias Weidmann, Hettlingen)	04.11.2024
338/2024	Gute Steuerzahler im Kanton Zürich behalten (Einzelinitiative Marc Lahusen)	17.02.2025
143/2025	Flexibilisierung der Amtsnotariatsstellen (Postulat Gianna Berger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	08.09.2025
253/2025	Keine Steuergelder für Terroristen für Sorgfalt bei Spenden/Fördergeldern von Kanton und Gemeinden (Einzelinitiative Yves Goldmann)	08.09.2025

4000 Generalsekretariat

Die Amtsleitung hat im Berichtsjahr die in der Einführungsphase befindlichen Projekte Aurora und Work Zone weiter mit Gesamtsteuerungsleistungen unterstützt. Der Fach- und Rechtsdienst hat neben seinem Kerngeschäft die Ämter der Finanzdirektion unterstützt, beispielsweise bei Rechtsetzungsvorhaben und bei komplexen Rechtsfragen. In Zusammenarbeit mit dem Notariatsinspektorat wurde die Beratung der Änderung des Notariatsgesetzes (Vorlage 5990) durch die Sachkommission begleitet. Mit dem Staatsarchiv wurde der Rahmenkredit für Solidaritätsbeiträge an Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (Vorlage 6019) ausgearbeitet und die Beratung durch die Sachkommission und den Kantonsrat begleitet.

Das Generalsekretariat hat in kantonalen Projekten wie dem IKT-Programm, der Optimierung der Verwaltungsrechtspflege (VRGo), der Einführung der Plattformen und Rechenzentren sowie dem Geschäftsprozess-Optimierungsprojekt OMBUS mitgewirkt. Zudem wurden die amtsübergreifenden IKT-Prozesse in der IT-Steuerung weiterentwickelt und eine Fachgruppe zur Neudefinition von Kantonsapplikationen geleitet. Darüber hinaus wurden direktionsintern Grundversorgungsprojekte wie die Fileshare-Migration und die Einführung der Informationsklassifizierungslösung MS Purview umgesetzt. Ergänzend wurde das Informationssicherheits-Managementsystem weiterentwickelt. Weiter wurde ein neues Compliance-E-Learning etabliert.

Aufgaben

- A1 Stabsaufgaben: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten, Informatik der Direktion und des Amtes, Kommunikation
- A2 Rechtsmittel: Bearbeitung von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden gegen die Ämter der Finanzdirektion sowie von Rekursen gegen Gebührenrechnungen der Notariate
- A3 Staatshaftung und Versicherung: Bearbeitung von Staatshaftungsfällen, Abschluss und Verwaltung der Versicherungspolice, Begleitung der versicherten Schadenfälle
- A4 Sonderaufgaben: Bearbeitung von Erbschaften des Kantons, Bearbeitung von Geschäften betreffend das Salzregal, Erlass von Darlehen und Löschung von Pfandrechten, Übernahme von Aktiven aus eingestellten Konkursen
- A5 Gemeinnütziger Fonds: Bearbeitung von Beitragsgesuchen und Beitragscontrolling
- A6 Compliance: Massnahmen zur Sensibilisierung der kantonalen Mitarbeitenden auf das Erkennen von problematischen Compliance-Konstellationen sowie den korrekten Umgang damit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L11	Überprüfte RR-Antragsentwürfe der FD	A1	104	110	151	41	37.3
L12	Stellungnahmen zu RR-Geschäften anderer Direktionen	A1	1244	1400	1220	-180	-12.9
L13	Erledigte Rechtsmittel	A2	11	10	7	-3	-30.0
L14	Erledigte nicht versicherte Haftpflichtfälle	A3	50	75	54	-21	-28.0
L15	Erledigte versicherte Haftpflichtfälle	A3	24	20	32	12	60.0
L16	Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	25	20	30	10	50.0
L17	Erledigte Erbfälle	A4	14	10	9	-1	-10.0
L19	Anzahl neuer fiktiver Compliance-Fallkonstellationen im Intranet (vgl. Compliance-Ratgeber)	A6	5	8	5	-3	-37.5
L20	Anzahl Teilnehmender an E-Learning-Kursen zu Compliance-Fragestellungen	A6	0	2000	64	-1936	-96.8
L21	Anzahl Teilnehmender an Vor-Ort-Schulungen zu Compliance-Fragestellungen	A6	440	800	596	-204	-25.5
B1	Durchschnittliche Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	48.1	40	37.4	-2.6	-6.5
B2	Durchschnittliche Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	1.8	5	5.2	0.2	4.0
B4	Geleistete Stunden im Bereich A1 «Stabsaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A1	61.3	58	66	8	
B5	Geleistete Stunden im Bereich A2 «Rechtsmittel» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A2	1.7	2	1	-1	
B6	Geleistete Stunden im Bereich A3 «Staatshaftung und Versicherung» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A3	31.4	35	27	-8	
B7	Geleistete Stunden im Bereich A4 «Sonderaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A4	5.7	5	5	0	

Bemerkungen

- L11, Diese Leistungsindikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
L12
L13, Die Anzahl der erledigten Rechtsmittel- und Haftpflichtfälle hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen
L14, Fälle und von deren Komplexität ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
L15
L16 Die Anzahl der Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen hängt von den jeweiligen Bedürfnissen der Organisationseinheiten ab, die in das Versicherungskonzept des Kantons eingebunden sind. Diese Bedürfnisse sind sehr vielfältig und veränderlich und deshalb schwer vorhersehbar.
L19 Nach einer ersten, bereits umfassenden Serie von Compliance-Ratgebern wird die Publikation solcher Kolumnen künftig auf die Anzahl von 5 angepasst.
L20 Das Compliance-E-Learning für das höhere Kader wurde zunächst in der Finanzdirektion als Pilotprojekt getestet, um allfällige Korrekturen aufgrund von Rückmeldungen der Teilnehmenden vorzunehmen. Das E-Learning wurde den anderen Direktionen und der Staatskanzlei per 1. Januar 2026 zur Verfügung gestellt.
L21 Das Ziel, 800 Personen vor Ort zu schulen, war zu hoch angesetzt. Pro Jahr können rund 500 Personen vor Ort geschult werden.
B4 Die Arbeiten der Direktionsinformatik, der Informationssicherheit und zum Risikomanagement FD sowie zu den Regierungsgeschäften der Ämter und der anderen Direktionen waren sehr zeitintensiv und komplex.
B6 Die Bearbeitung der Haftpflichtfälle ohne Versicherung und der Eigenschäden fiel weniger arbeitsintensiv aus.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10i Fortlaufende Sensibilisierung der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten und eine auf Transparenz ausgerichtete Compliance-Kultur.

Stand bis

Die Compliancebeauftragte entwickelte ein spezifisches E-Learning für Amts- und Fachstellenleitende, das in drei Module gegliedert ist und mit einem Quiz abschliesst. Das E-Learning wurde als Pilot in der Finanzdirektion getestet und ist ab Januar 2026 für alle Direktionen auf der Weiterbildungsplattform kompetent verfügbar. Zudem förderte die Compliancebeauftragte mit Referaten und Gesprächen vor Ort die Etablierung der Compliance-Kultur. Neu eintretende Mitarbeitende wurden mit einem Begrüssungsvideo zur Compliance sensibilisiert. Im Intranet und im Internet wurden im Berichtsjahr fünf neu Ratgeber-Kolumnen für ein stetes Training aller Mitarbeitenden veröffentlicht.

Planmässig 2027

FD 10.1b Implementierung des Risikomanagementkonzepts in der Finanzdirektion

Im Berichtsjahr wurde die Methodik für das Risikomanagementkonzept festgelegt und in einem neuen Leitfaden erklärt. Die Ämter der Finanzdirektion und das Generalsekretariat haben erstmals die neue, einheitliche Methodik angewendet und ihre Risiken und Massnahmen gemeldet. Damit ist der direktionssweite Überblick und die gemeinsame Steuerung bei Risiken gewährleistet, die mehr als ein Amt treffen.

Abgeschlossen 2025

FD 10.2c Umsetzung der IKT-Governance in der kantonalen Verwaltung

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	18.9	19.0	19.4	0.4	2.3

Bemerkungen R25 zu B25

- 0.9 Höherer Beschäftigungsumfang im Fach- und Rechtsdienst aufgrund des erhöhten Beratungsbedarfs der anderen Einheiten der Finanzdirektion (+0.85)
-0.2 Tieferer Beschäftigungsumfang im Informatikbereich
-0.2 Tieferer Beschäftigungsumfang im Kommunikationsbereich

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.3	5.9	0.0	0.0	5.9	4.9	-1.1	-17.9
- Übertrag aus Gemeinnützigem Fonds	0.6	0.6	0.0	0.0	0.6	0.6	0.0	0.0
- Ertrag aus Erbanfällen	1.0	4.9	0.0	0.0	4.9	3.7	-1.1	-23.0
- Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-4.6
Aufwand	-4.8	-6.1	0.0	0.0	-6.1	-5.6	0.5	7.7
Saldo	-2.6	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.7	-0.6	-410.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.4	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Tiefere Lohnkosten neuer Mitarbeitenden, Verzicht auf eine IKT-Praktikumsstelle sowie zu hoch budgetierte Rückstellungen aus einem Lebensarbeitszeitmodell (Budget 2025: -4.5 Mio. Franken; Rechnung 2025: -4.1 Mio. Franken)
0.1	A1, FD 10.1b	- Geringfügig tiefere Kosten für Dienstleistungen Dritter (Budget 2025: -0.223 Mio. Franken ; Rechnung 2025: -0.168)
-1.1	A4	- Tiefere Erträge aus Erbfällen, da ein grösserer Erbfall im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnte (Budget 2025: 4.85 Mio. Franken; Rechnung: 3.73 Mio. Franken).
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -23536	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -23536	Veränderung Bestand 0

4100 Finanzverwaltung

Nach der Einführung des neuen Workflowsystems für Kreditorenbelege im Frühjahr des Berichtsjahres wurden weitere Massnahmen zur Automatisierung umgesetzt: einerseits durch gezielte Bereinigung identischer Bankverbindungen in den Kreditorenstammdaten, andererseits durch optimierte Einstellungen im Datenausleseprogramm. Ergänzt wurde dies durch ein verbessertes Regelwerk im Belegprozess der Anwendung.

Bei der Einführung eines Ticketing-Tools für kantonsinterne und externe Anfragen an die Finanzverwaltung wurde die Initialisierungs- und Konzeptphase abgeschlossen. Zurzeit läuft die Realisierungs- und Einführungsphase. Das Ticketing-Tool kann auch auf andere Verwaltungseinheiten ausgerollt werden und berücksichtigt die kantonale Applikationsstrategie.

Die Beschaffung von Zahlterminals wird in Zukunft zentral über das Portal der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale abgewickelt. Infolge Submission wurde ein entsprechender Rahmenvertrag mit einem neuen Anbieter abgeschlossen.

Mit einer Submission für eine Zahlungslink-Lösung wird zudem eine effizientere Abwicklung von Einmaldebitoren angestrebt.

Seit der letzten Revision der Rechnungslegungsverordnung (RLV) wurden vom IPSAS-Board acht Standards in Kraft gesetzt und Änderungen an bestehenden Standards vorgenommen. Mit der Änderung der RLV wurden diese Weiterentwicklungen mit Ausnahme von IPSAS 43 «Leasing», IPSAS 47 «Erträge», IPSAS 48 «Transferaufwand» und den Folgeanpassungen von IPSAS 46 «Bewertungen» umgesetzt (RRB Nr. 1136/2025).

Aufgaben

- A1 Vorbereitung von finanziellen Steuerungsentscheiden sowie Erstellung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF)
- A2 Sicherstellung eines konzeptionell korrekten und leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens sowie Erstellung des Jahresabschlusses des Kantons
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Tresorerie
- A5 Finanzielle Schnittstelle zum Bund und zu den Kantonen
- A6 Führungsunterstützung / Betriebswirtschaftliche Steuerung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Kantonsratsgeschäfte	A1	2	10	8	-2	-20.0
L5	Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	1338	1150	1156	6	0.5
L6	Bearbeitete Kreditorenbelege	A3	421612	400000	435923	35923	9.0
L7	Anfragen Rechnungsverarbeitung	A3	7055	7500	7990	490	6.5
L8	Anzahl Kontoauszugspositionen	A3	125862	118000	141423	23423	19.8
L23	Volumen Cash-Bewegungen, in Mrd. Franken	A4	64	60	65	5	8.3
L24	Bewirtschaftete Legate und Stiftungen	A4	21	15	13	-2	-13.3
L25	Projekte über Fr. 100 000	A1, A2, A3, A4, A5, A6	6	6	7	1	16.7
L26	Stellungnahmen zu Anträgen an den Regierungsrat	A1	1350	1200	1358	158	13.2
L28	Anzahl bearbeiteter Inkassofälle	A3	641	500	604	104	20.8
L29	Rechnungsführung für andere Verwaltungseinheiten, in Stunden	A3		5200	4990	-210	-4.0
B3	Anteil digitaler Kreditorenbelege, in %	A3	79	75	85	10	
B5	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen, in %	A4	0.1	0.1	0.10	0.00	
B6	Anteil automatisch verbuchter Kontoauszugspositionen, in %	A3	78.1	85	86.60	1.60	
W3	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A1	AAA	AAA	AAA		

Bemerkungen

- L1 Dieser Indikator ist nicht beeinflussbar.
- L6 Dieser Indikator ist nicht beeinflussbar. Die Annahme im Budget war zu tief. Die Anzahl der Belege nahm gegenüber R24 zu infolge neuer Anwendungen.
- L7 Nach flächendeckender Einführung von Maxflow erfolgte eine leichte Zunahme der Anfragen gegenüber dem Budget.
- L24 Acht Legate wurden gemäss RRB Nr. 464/2025 aufgehoben. Das Vermögen wurde in zweckgebundene Fremdmittel im Fremdkapital des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, Buchungskreis 7321, Koordinationsstelle Mittelschulen, zur Förderung der Chancengerechtigkeit an den kantonalen Mittelschulen überführt.
- L26 Dieser Indikator ist nicht beeinflussbar.
- B3 Die Anzahl digitaler Rechnungen nahm zu aufgrund der Einführung von Maxflow. Die Annahme im Budget des Berichtsjahres war zu vorsichtig.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9b Eine vollkostendeckende interkantonale Leistungsabteilung anstreben.

Eine kantonsinterne Arbeitsgruppe bezifferte die ungedeckten Kosten des Kantons aufgrund der interkantonalen Leistungsabteilungen auf netto rund 104 Mio. Franken jährlich. Die Finanzdirektion war im Austausch mit anderen Zentrumsantonen, um eine Verbesserung der Kostendeckung auf interkantonomaler Ebene zu erreichen.

Stand
Planmässig bis
2027

RRZ 9c Die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich angesichts der wachsenden Disparitäten überprüfen.

Mit Blick auf den nächsten Wirksamkeitsbericht 2026–2029 zum Nationalen Finanzausgleich untersuchte die Finanzverwaltung Anpassungsmöglichkeiten am heutigen Ressourcenausgleich.

Planmässig 2027

FD 9.1a Konzept für einen Wachstumspfad tiefer als Bevölkerungswachstum erstellen und im Rahmen der KEF-Planung umsetzen (erstmalig per KEF 2025–2028)

Die Selbstfinanzierung darf gemäss Richtlinien zum KEF pro Direktion und konsolidierte Einheit gegenüber der Selbstfinanzierung der letzten Rechnung in jedem Planjahr um höchstens das Bevölkerungswachstum wachsen (RRB Nr. 276/2025). Sofern das Wachstum die Vorgaben übersteigt, sind finanzierungswirksame Korrekturen auf der Aufwandseite vorzunehmen. Der Entwicklungsschwerpunkt FD 9.1a wurde in der Planperiode 2026–2029 in anderer Form umgesetzt. Statt eines Wachstumspfads in der Erfolgsrechnung wurde eine Investitionspriorisierung eingeführt, womit der Verschuldungspfad begrenzt werden konnte.

Planmässig 2027

FD 10.1d Totalrevision Staatsbeitragsgesetz

Mit der Totalrevision des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) sollen die praktischen Erfahrungen aus dem Vollzug des Covid-19-Härtefallprogramms des Kantons aufgenommen sowie das StBG modernisiert werden. Die Revision verläuft planmässig. Die Vorlage wurde an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6030). Die Vorlage ist in der Kommission für Staat und Gemeinden pendent.

Planmässig 2027

FD 10.1e Reduktion der Nettoschuld pro Kopf zur Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums anstreben (volatile Ertragsanteile in Schuldenabbau lenken)

Mit dem Rechnungsergebnis des Berichtsjahres sinken die Nettoschulden I gegenüber dem Vorjahr von 4,4 Mrd. Franken auf 3,9 Mrd. Franken. Dazu beigetragen hat unter anderem die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank mit einer dreifachen anstatt der budgetierten einfachen Ausschüttung.

Planmässig 2027

Der Regierungsrat hat mit dem KEF 2026–2029 dank verschiedener Massnahmen in der Erfolgsrechnung und mittels Investitionspriorisierung die Verschuldungszunahme in der Planperiode gegenüber der vorigen Planung von 1,5 Mrd. auf 1,4 Mrd. Franken verringert. Der Kantonsrat hat den Steuerfuss ab 2026 um drei Prozentpunkte gesenkt, was zu tieferen Steuererträgen von rund 246 Mio. Franken führt. Für eine Abnahme der Nettoschulden pro Kopf sind daher weitere Massnahmen erforderlich.

FD 10.2k Schrittweise weitere Zentralisierung von Rechnungsführungsaufgaben der Verwaltungseinheiten in der Finanzverwaltung

Im Rahmen des Mitberichtsverfahrens zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs per 1. Januar des Berichtsjahres wurde eine vollständige Zentralisierung des Inkassos geprüft. Es wurden zwei Mitberichtsverfahren und zwei Sitzungen des interdisziplinären Fachausschusses, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Ämtern mit hohem Inkassovolumen, des Obergerichts, des Notariatsinspektorats, der Konkursämter sowie der Bezirksräte und Statthalterämter durchgeführt. Daraus ergab sich, dass der Fokus vorerst auf eine verstärkte systemtechnische Unterstützung zu legen ist.

Planmässig 2027

FD 10.2l Weitere Standardisierung der Abläufe in den Bereichen Budgetierung, Ausgabenbewilligungen und Fakturierung (Planungs- und Budgetierungstool, eVorhaben, Einmaldebitoren)

Die Rolloutphase zwei und drei des Planungs- und Budgetierungstools konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Durch technische Umstellungen im SAP im Bereich Profitcenter nutzten bereits alle Verwaltungseinheiten das Tool für die Plandateneingabe. Die Staatskanzlei und fünf Direktionen setzen es bereits vollumfänglich für die Planung ein. Der weitere Rollout erfolgt 2026.

Planmässig 2027

Im Juni des Berichtsjahres erfolgte die Betriebsaufnahme von eVorhaben, dem System zum einheitlichen und vollständigen digitalen Aufbau von Ausgabenbewilligungen und Kreditabrechnungen im Amt für Informatik. Im November des Berichtsjahres wurde eVorhaben in den restlichen Ämtern und im Generalsekretariat der Finanzdirektion eingeführt. Aufgrund der Rückmeldungen und gewonnenen Erfahrungen wurden Weiterentwicklungen definiert und sind in Umsetzung.

Zum Projekt Einmaldebitoren, das einen einheitlichen und elektronisch unterstützten Prozess zur einfachen Verbuchung und Vereinnahmung von Einmaldebitoren vorsieht, wurde die Studie fertiggestellt.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
56.6	56.2	59.5	3.3	5.9

Bemerkungen R25 zu B25

3.3 Die Abweichung gegenüber dem Budget ergibt sich aus zusätzlichen Aushilfen, die zur Bewältigung der Aufgaben notwendig waren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.7	8.2	0.0	0.0	8.2	8.7	0.5	6.4
- Interne Verrechnungen								
Dienstleistungen	6.6	8.2	0.0	0.0	8.2	8.1	-0.1	-1.0
- Interne Verrechnung SAP- Finanzapplikationen	4.6	6.2	0.0	0.0	6.2	5.8	-0.4	-6.5
Aufwand	-18.1	-19.8	0.0	-0.6	-20.4	-18.6	1.8	8.7
- Personalaufwand	-8.8	-8.6	0.0	0.0	-8.6	-9.6	-1.0	-11.2
- Abschreibungen und Zinsen	-0.5	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-0.8	-0.5	-205.4
- Interne Verrechnung SAP-Betrieb Finanzapplikationen	-5.1	-6.7	0.0	0.0	-6.7	-5.1	1.6	24.1
Saldo	-11.5	-11.6	0.0	-0.6	-12.2	-9.9	2.3	18.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-1.0	0.0	-0.3	-1.3	-0.8	0.5	37.0
Saldo	-1.3	-1.0	0.0	-0.3	-1.3	-0.8	0.5	37.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.8	A1, A2	- Tiefere externe Projektkosten aufgrund von Verzögerungen und Verschiebung der Kosten in die interne Verrechnung über das Amt für Informatik
1.4	A3, A4	- Wegfall interner Verrechnung der SAP-Finanzapplikationen Zahlungsverkehr. Die Aufwendungen fallen gegenüber Dritten an.
0.6	A5	- Entschädigungen des Bundes an den Kanton für den Vollzug der bedingten Gewinnbeteiligung gemäss Art. 12 Abs. 1 ^{septies} Covid-19-Gesetz
0.3	A3	- Höhere Verrechnungen für Dienstleistungen des Treuhandzentrums und der Rechnungsverarbeitung
-0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Höhere Netto-Verrechnung SAP-Finanzapplikationen durch das Amt für Informatik
-0.3	A3, A4	- Höhere Kosten für Dienstleistungen Dritter (Zahlungsverkehr, Kontoführung usw.)
-0.5	A1, A2, A3	- Höhere Abschreibungen aufgrund von Einführungen von neuen Softwarelösungen
-0.8	A1, A2, A3, A4	- Höhere interne Verrechnungen für Projekte durch das Amt für Informatik
-1.0	A2, A3	- Höherer Personalaufwand teilweise aufgrund des Teuerungsausgleichs und teilweise aufgrund der zusätzlichen Aushilfen (vgl. Personal)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.3	-0.8	0.5	
- Bestell- und Zahlprozess	-0.3	-0.2	0.1	- Projekt eVorhaben: Im Berichtsjahr erfolgte die Betriebsaufnahme, und weitere Einführungen wurden Ende des Berichtsjahres begonnen.
- Planungs- und Budgetierungstool	-0.6	-0.4	0.2	- Projekt Planungs- und Budgetierungstool: Die Rolloutphasen zwei und drei sind abgeschlossen; weitere Rollouts erfolgen 2026.
- Automatisierung Zahlungsverkehr	-0.1	-0.1	0.0	- Projekt Einmaldebitoren: Im Berichtsjahr wurde die Studie fertiggestellt.
- Diverse Projekte	-0.3	-0.1	0.2	- Diverse Kleinprojekte für den laufenden Betrieb in der Finanzverwaltung
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-357019	28040	-62000	-390979	-33960

Bemerkungen

Ausserordentlicher Einsatz des Personals bei der Leistungserbringung

Die Vorgaben gemäss § 16 Abs. 1 der Finanzcontrollingverordnung sind eingehalten.

4400 Steuern Betriebsteil

Das Projekt cTax wurde nach erfolgreicher Inbetriebnahme der ZHcorporateTax planmässig und innerhalb des genehmigten Budgets abgeschlossen. Die neue Online-Deklarationslösung erfreut sich seit der Einführung im August des Berichtsjahres einer hohen Akzeptanz bei steuerpflichtigen Unternehmen sowie deren Vertreterinnen und Vertretern. Bis Ende des Berichtsjahres wurden 10589 elektronische Steuererklärungen über ZHcorporateTax eingereicht. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war der frühzeitige Einbezug relevanter Stakeholder innerhalb und ausserhalb des Steuerwesens. Der kontinuierliche Dialog stärkt die konsequente Nutzerorientierung als strategisches Ziel des Steueramtes.

Gemeinsam mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung und drei weiteren Kantonen wurde das Steueramt vom Global Forum der OECD zur Vertraulichkeit und Sicherheit von Steuerdaten geprüft. Besonderes Augenmerk galt den Daten, die das Steueramt aus dem internationalen Informationsaustausch erhält. Neben der schriftlichen Beantwortung eines umfangreichen Fragenkatalogs fanden Interviews in Bern und eine halbtägige Vor-Ort-Prüfung am Sitz des Steueramtes statt. Aus der Prüfung resultierten einige Verbesserungsvorschläge in Form von «soft recommendations». Das Steueramt erwies sich somit als eine vertrauenswürdige Empfängerin von Daten aus dem internationalen Informationsaustausch.

Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L4	Total erledigte Steuererklärungen	A1	1029717	1070000	1053344	-16656	-1.6
L5	Durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	434263	455000	469748	14748	3.2
L6	Durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	595454	615000	583596	-31404	-5.1
L19	Anteil durch Kanton erledigter Steuererklärungen, in % der total erledigten Steuererklärungen	A1	42	42	45	3	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	261713	275000	289157	14157	5.1
L9	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	56	57	53	-4	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	95	95	96	1	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: 3 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	99	99	98	-1	
L12	Rechnungen Bundessteuer	A2	1951350	1955000	1962832	7832	0.4
L20	Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen mit Steuerbezug	A3	2382	2400	2517	117	4.9
L16	Abrechnungspflichtige Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	33269	35000	33398	-1602	-4.6
L17	Abzurechnende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	212582	215000	228213	13213	6.1
L18	Quellensteuer-Rechnungen	A4	193861	185000	208559	23559	12.7
L21	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: laufende Periode, in %	A4	76	66	70	4	6.1
L22	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in %	A4	95	95	98	3	3.2
L23	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in %	A4	100	99	100	1	1.0
W3	Mit Rechtsmitteln angefochtene Veranlagungsentscheide	A1	18783	21000	20039	-961	-4.6
W4	Durch das Steueramt korrigierte angefochtene Veranlagungsentscheide im Verhältnis zu den angefochtenen Veranlagungsentscheiden, in %	A1	80	81	78	-3	
W5	Ermessenseinschätzungen	A1	50110	51000	52906	1906	3.7

Bemerkungen

- L4 Die Veränderung sämtlicher Indikatoren (L4/L6/L9/L19) ist auf die Minderleistungen von relevanten grossen und mittleren Gemeinden zurückzuführen, die zwar ihre Vorgaben erfüllten, nicht aber an die hohen Leistungen der Vorjahre anknüpfen konnten.
- L11 Die Pendenzenbestände über 3 Jahre haben sich leicht erhöht, Massnahmen zur Reduktion greifen ab 2026.

- L12 Es gabe eine höhere Anzahl provisorischer und definitiver Rechnungen.
 L18 Dank weiteren Prozessoptimierungen und zusätzlichen Aushilfen konnte der Output massgeblich gesteigert werden.
 L17 Die deutlich höhere Anzahl der abzurechnenden Arbeitnehmer war in dieser Höhe nicht vorhersehbar und impliziert eine fast ausschliesslich arbeitsmarktorientierte Zuwanderung.
 L8 Der höhere Endbestand ist massgeblich auf die Minderleistung der Gemeinden zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9a Durch eine weitere Senkung der Gewinnsteuern die Attraktivität des Kantons für Unternehmen erhalten.

Die Stimmberechtigten haben die Senkung der Gewinnsteuern in der Abstimmung vom 18. Mai des Berichtsjahres abgelehnt.

Verzicht 2027

RRZ 9d Die angemessene Berücksichtigung der Ergänzungssteuern im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs überprüfen.

Erste Zahlen zur Höhe der Ergänzungssteuererträge des Kantons können 2026 und 2027 erhoben werden. Auswirkungen im Nationalen Finanzausgleich können erst ab 2030 überprüft werden, da die Zahlen des Jahres 2026 im Jahr 2030 in den Nationalen Finanzausgleich einfließen werden.

Planmässig 2027

FD 10.2d Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich (vertikal mit Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden) durch Umsetzung einer Datenbereitstellung basierend auf e-ch-Standards und durch Umsetzung von Hilfsmitteln zur Datenauswertung und -bereinigung

Im Berichtsjahr wurden die Vorarbeiten im Kanton fortgesetzt und die Standardisierungsvorhaben auf Stufe der Schweizerischen Steuerkonferenz mit Standards für Deklaration juristischer Personen und formaler Harmonisierung bei natürlichen Personen unterstützt sowie neue Harmonisierungs-Initiativen vorangetrieben.

Planmässig 2027

FD 10.3b Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich (Konzeption der Steuerdeklaration für juristische Personen sowie Konzeption und Umsetzung Pilotbetrieb papierlose Korrespondenz)

Die neue Online-Deklarationslösung für Unternehmen ZHcorporateTax wurde im Rahmen des Projekts cTax erfolgreich in Betrieb genommen. Die Architekturstudie als Basis für den Einsatz des Zürikontos (FD10.3h) wurde abgeschlossen. Weitere Anpassungen haben sich aufgrund von Abhängigkeiten zu den Vorhaben der Staatskanzlei in den Bereichen ZHservices und Zürikonto als Folge der Priorität des Projekts VRGo seitens Staatskanzlei weiter verzögert.

Planmässig 2027

FD 10.3c Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (Ausschreibung Plattform für Steuersoftware und Umsetzung der ersten Etappe)

Die Umsetzung des Projekts Gemeinsame IT wird über die Legislaturperiode 2024–2027 hinausgehen. Im Berichtsjahr wurde die Initialisierung gestartet. Mit Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden wurden zentrale fachliche, organisatorische und technische Grundlagen sowie erste grobe Zielbilder erarbeitet. Im Anschluss wurde eine Marktabklärung gestartet. Für das Projekt Plattformen und Rechenzentren (PRZ) wurde im Berichtsjahr die Aufbereitung der Inhalte für einen möglichen Durchführungsauftrag unter der Führung des Amtes für Informatik fortgesetzt.

Planmässig 2027

FD 10.3e Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)

Gemeinsam mit dem Statistischen Amt wurde ein Proof of Concept initiiert. Das weitere Vorgehen wird im Anschluss in Abstimmung mit dem Projekt Gemeinsame IT festgelegt.

Planmässig 2027

FD 10.3h Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)

Auf Basis der im Vorjahr erstellten Roadmap zum Einsatz des Zürikontos im Steueramt wurden erste Arbeiten initiiert. Die Umsetzung verzögert sich aufgrund der Priorität des Projekts VRGo seitens Staatskanzlei.

Verzögert 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	718.7	768.4	746.9	-21.6	-2.8

Bemerkungen R25 zu B25

-21.6 Zeitlich verzögerte Rekrutierungen/Nachbesetzungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.1	5.6	0.0	0.0	5.6	5.9	0.4	6.7
Aufwand	-164.2	-178.3	0.0	-12.0	-190.3	-171.8	18.6	9.8
- Personalaufwand	-109.6	-117.7	0.0	0.0	-117.7	-113.8	3.8	3.3
- Abschreibungen und Zinsen	-2.9	-1.4	0.0	0.0	-1.4	-1.3	0.1	9.0
- Betrieb Informatik	-9.9	-11.7	0.0	-0.6	-12.2	-11.2	1.0	8.3
- Hard- und Softwareaufwand	-23.4	-29.2	0.0	-11.5	-40.7	-26.9	13.8	33.8
- Mieten und Sachaufwand	-18.4	-18.3	0.0	0.0	-18.3	-18.5	-0.2	-1.0
Saldo	-159.1	-172.7	0.0	-12.0	-184.7	-165.8	18.9	10.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.9	-4.8	0.0	-20.9	-25.7	-1.3	24.4	95.1
Saldo	-0.9	-4.8	0.0	-20.9	-25.7	-1.3	24.4	95.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
18.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
13.8	A1, A2, A3, A4	- Hard- und Softwareaufwand: Minderaufwand infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+14.38) gegenüber Mehraufwand für die Fachapplikationen und den IT-Systemen (-0.63)
3.8	A1, A2, A3, A4	- Personalaufwand: Tieferer Personalaufwand aufgrund zeitlich verzögerter Rekrutierungen/Nachbesetzungen und Einsatz von Aushilfen
1.0	A1, A2, A3, A4	- Betrieb Informatik: Minderaufwand für Fachapplikationen sowie Testmanagement aufgrund betrieblicher Optimierungen (+0.68) gegenüber Mehraufwand (-0.45) hauptsächlich bei den Fachapplikationen ZHcorporateTax und ZHprivateTax. Minderaufwand infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+0.79)
0.4	A1, A2, A3, A4	- Ertrag: tieferer Ertrag aus Dienstleistungen (-0.2) und höhere Kostenrückerstattungen aus dem Inkasso (0.6)
0.1	A1, A2, A3, A4	- Abschreibungen und Zinsen: Leicht tieferer Aufwand aufgrund verzögerter Inbetriebnahmen
-0.2	A1, A2, A3, A4	- Miet- und Sachaufwand: Höherer Aufwand für Betriebsgebühren (-0.8), Bank-PC-Gebühren/Porti (-0.3) und tiefere Kosten Honorare externe Berater/Gutachter (0.5), Büromaterial und Drucksachen/Kopierer (0.2), Norm-Mobiliar (0.1), Gerichts- und Prozesskosten (0.1)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-25.7	-1.3	24.4	
- Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich	-10.4	0.0	10.4	- Bisherige Aktivitäten in der Initialisierungsphase des Projekts gIT2032 führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Ersatzbeschaffung Register/Veranlagung/Bezug NP	0.0	0.0	0.0	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Diverse Ersatzbeschaffung Hard- und Software	-0.4	-0.8	-0.4	- Investitionsausgaben für betriebliche Projekte
- Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich	-3.1	-0.3	2.8	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu grösseren Investitionsausgaben.
- Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt	-1.7	0.0	1.7	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt	-0.3	0.0	0.3	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Ersatzbeschaffung Online-Steuererklärung	-1.3	0.0	1.3	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Harmonisierung der Daten und Stärkung Interoperabilität im Steuerbereich	-2.5	0.0	2.5	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Steuerpflichtige)	-6.0	0.0	6.0	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Übrige	0.0	-0.2	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-2195977	128424	-250000	-2317553	-121576

Bemerkungen

Bildung Rücklagen: Fr. 250 000 für Mehrleistungen in der Quellensteuer. Im Bereich Quellensteuer wurde eine höhere Anzahl Rechnungen verschickt. Der daraus resultierende Ertrag liegt im Berichtsjahr mit 420.7 Mio. Franken deutlich über dem Vorjahr (+57.0 Mio. Franken).

4500 Personalamt

Mit der ersten Einführungswelle der neuen SAP-HCM-Standardlösung wurde bis Ende des Berichtsjahres die Einstiegsplattform Work Zone eingeführt. Rund 85 000 Nutzende erhalten damit digitalen Zugriff auf zentrale HCM-Anwendungen wie Lohnabrechnungen, Lohnausweise und persönliche Personaldaten. Zudem wurde die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen implementiert. Die zweite Einführungswelle erfolgt gestaffelt. Ab dem 1. Januar 2026 wird die Lohnverarbeitung und -verbuchung auf das neue Standardsystem umgestellt. Danach folgen digitale Anwendungen für Spesenabwicklung, Unfallmeldungen sowie die harmonisierte Zeit- und Leistungserfassung. Parallel wird die Recruiting-Lösung auf weitere Organisationseinheiten ausgeweitet. Die kantonsweit harmonisierte Gesamtlösung soll im Herbst 2026 eingeführt werden.

Zur Umsetzung der Personalstrategie beschloss der Regierungsrat Anfang des Berichtsjahres ein Normkonzept, auf dessen Basis eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet wird (RRB Nr. 139/2025). Die Motion KR-Nr. 29/2023 zu Kündigungsfristen des höheren Kadern wurde mit den thematisch zusammenhängenden Rechtsänderungen zur Entwicklung der Anstellungsbedingungen in eine eigene Vorlage ausgegliedert. Die entsprechenden Rechtsänderungen beschloss der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres (RRB Nr. 1319/2025).

Mit dem Projekt ZHlearn wurde ein Competence Center New Learning aufgebaut, das seit Ende des Berichtsjahres Beratung anbietet und eine moderne digitale Lernumgebung einführt.

Aufgaben

- A1 Grundlagen für die HR-Arbeit im Kanton erarbeiten, zur Verfügung stellen und einführen (Personalrecht, Personalführungskennzahlen, [Führungs-]Weiterbildung, HR-Instrumente, Case Management, Personalstrategie Kanton)
- A2 Sicherstellung der Lohnverarbeitung und -auszahlung sowie Abrechnung mit den Sozialversicherungen für die Konsolidierungskreise 1, 2 und Teile von 3
- A3 Koordinieren der beruflichen Grundbildung im Kanton sowie Organisieren der KV- und IKT-Lehrlingsausbildung einschliesslich Rekrutieren der Lernenden
- A4 Durchführen der professionellen HR-Arbeit in der Finanzdirektion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L9	Projekte über Fr. 100 000	A1	2	2	2	0	
L10	Projekte über Fr. 500 000	A1	1	1	1	0	
L11	Mitberichte und Einvernehmen	A1	63	65	58	-7	-10.8
L14	Case Management, offene Fälle	A1	197	175	164	-11	-6.3
L5	Lohnauszahlungen pro Monat	A2	45 187	44 000	46 262	2 262	5.1
L6	Bewirtschaftete Lohndossiers	A2	16 130	17 000	16 377	-623	-3.7
L3	Betreute Lernende KV und IKT (Zielwert)	A3	188	190	187	-3	-1.6
L12	Rekrutierungen FD	A4	212	200	195	-5	-2.5
L13	Betreute Mitarbeitende FD	A4	1 253	1 200	1 296	96	8.0
B3	Kosten pro KV- und IKT-Lernende/n pro Jahr (ohne Arbeitsplatzkosten)	A3	24 000	24 000	24 000	0	0.0
W4	Teilnehmerzufriedenheit (Führungs-)Weiterbildung, mind. «gut»	A1	95	90	95	5	
W6	Erfolgreiche KV- und IKT-Lehrabschlüsse, in %	A3	92	95	97	2	
W5	Betreute Mitarbeitende pro VZÄ HRM	A4	250	250	235	-15	-6.0

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2027

RRZ 10h Die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton Zürich mit verschiedenen Massnahmen erhöhen und die HR-Prozesse, -Strukturen und -Systeme vereinheitlichen.

Die Work Zone als neue Einstiegsplattform wurde in allen Organisationseinheiten der Zentralverwaltung, der Gerichte, Behörden und selbstständigen Anstalten ausgerollt. Im Projekt Aurora wurde die Lohnverarbeitung mit der neuen Payroll-Anwendung auf dem SAP-System H4S4 erfolgreich eingeführt. Zudem konnte die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen implementiert werden. Weiter wurde das Competence Center New Learning aufgebaut, das die Mitarbeitenden durch eine praxisnahe, selbstgesteuerte Lern- und Weiterbildungserfahrung beim Kompetenzerwerb für die digitale Transformation unterstützt. Darüber hinaus wurde eine externe E-Learning-Bibliothek pilotiert, um den Zugang zu digitalen Lernressourcen zu fördern. Der Regierungsrat hat ein Normkonzept zur Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen beschlossen (RRB Nr. 139/2025). Zudem hat der Regierungsrat die Rechtsänderungen in Erfüllung der Motion KR-Nr. 29/2023 betreffend Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6066).

Planmässig 2027

FD 10.1a Optimierung der Anstellungsbedingungen (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Zur Umsetzung der Personalstrategie beschloss der Regierungsrat Anfang des Berichtsjahres ein Normkonzept, auf dessen Basis eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet wird (RRB Nr. 139/2025). Die Forderungen der Motion KR-Nr. 29/2023 betreffend Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals wurde mit den thematisch zusammenhängenden Rechtsänderungen zur Entwicklung der Anstellungsbedingungen in eine eigene Vorlage ausgegliedert. Die entsprechenden Rechtsänderungen über der Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres und dem Kantonsrat (Vorlage 6066).

Planmässig 2027

FD 10.1c Umsetzung des Employer Branding (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2025

FD 10.2e Umsetzung HR-Geschäftsmodell (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2025

FD 10.2h Gemeinsame Massnahmen auf Kantonsebene betreffend Umgang mit dem Fachkräftemangel (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Ein bunter Strauss an verschiedenen Massnahmen sollen dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dies sind die Systematische Lehrstellenplanung, die Einführung einer zeitgemässen digitalen Lernumgebung sowie die Massnahmen zum Employer Branding und zu den Anstellungsbedingungen.

Planmässig 2026

FD 10.3d Förderung E-Learning (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e und 10h)

Im Rahmen der Strategie Digitale Verwaltung 2025+ wird das kantonale Lern- und Weiterbildungsangebot zeitgemäss weiterentwickelt. Im Projekt ZHlearn wurde das Competence Center New Learning aufgebaut, das Mitarbeitenden eine praxisnahe, selbstgesteuerte Lern- und Weiterbildungserfahrung bietet und sie beim Kompetenzerwerb für die digitale Transformation unterstützt. Seit Ende Oktober des Berichtsjahres ist das Competence Center zentrale Anlaufstelle für Lerninnovation. Es stellt Beratungs- und Befähigungsangebote für die Zentralverwaltung bereit und unterstützt bei der Entwicklung zeitgemässer digitaler Lernformate. Zusätzlich wird eine externe E-Learning-Bibliothek pilotiert, um den Zugang zu digitalen Lernressourcen zu fördern. Die Fertigstellung ist leicht verzögert.

Verzögert 2025

FD 10.3f Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil Personalamt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Mit der ersten Einführungswelle der neuen SAP-HCM-Standardlösung wurde bis Ende des Berichtsjahres die Einstiegsplattform Work Zone eingeführt. Rund 85 000 Mitarbeitende erhielten damit digitalen Zugriff auf zentrale HCM-Anwendungen wie Lohnabrechnungen, Lohnausweise und persönliche Personaldaten. Zudem wurde die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen implementiert. Die zweite Einführungswelle erfolgt gestaffelt. Ab dem 1. Januar 2026 wird die Lohnverarbeitung und -verbuchung auf das neue Standardsystem umgestellt. Danach folgen digitale Anwendungen für Spesenabwicklung, Unfallmeldungen sowie die harmonisierte Zeit- und Leistungserfassung. Parallel wird die Recruiting-Lösung auf weitere Organisationseinheiten ausgeweitet. Die kantonsweit harmonisierte Gesamtlösung soll im Herbst 2026 eingeführt werden. Die Fertigstellung verzögert sich leicht.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
65.0	65.1	69.9	4.8	7.4

Bemerkungen R25 zu B25

- 3.9 Befristete Aushilfen ausserhalb des Stellenplans für das Projekt Aurora und die fachliche Applikationsverantwortung (FAV)
- 0.9 Befristete Aushilfen für Vertretung Mutterschaftsurlaub

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.6	8.0	0.0	0.0	8.0	8.6	0.6	6.9
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.0	1.1	0.0	0.0	1.1	1.1	0.0	3.4
- Interne Verrechnung SAP- Personalapplikation	4.4	6.7	0.0	0.0	6.7	7.1	0.4	5.6
Aufwand	-27.6	-33.0	0.0	0.0	-33.0	-35.7	-2.7	-8.2
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-13.4	-13.6	0.0	0.0	-13.6	-14.6	-1.0	-7.5
- Interne Verrechnung SAP- Personalapplikation	-4.5	-6.9	0.0	0.0	-6.9	-7.3	-0.4	-6.0
Saldo	-22.0	-24.9	0.0	0.0	-24.9	-27.1	-2.2	-8.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-5.2	-2.8	0.0	0.0	-2.8	-8.6	-5.8	-208.2
Saldo	-5.2	-2.8	0.0	0.0	-2.8	-8.6	-5.8	-208.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.7	A1, A4	- Zurückstellung interner Projekte zugunsten Umsetzung Projekt Aurora
-3.9	FD 10.3f	- Höhere Projektkosten durch zusätzliche Anforderungen (u.a. Standardisierung der Systemlandschaft, weitere Schnittstellen zu Umsystemen, zusätzliche Implementierung von Authentisierungs-lösungen und höhere Mengen an Personal-daten)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.8	-8.6	-5.8	
- Investitionsausgaben im Projekt Einführung der SAP-HCM-Standardlösung	-2.8	-8.5	-5.7	- Die höheren Ausgaben im Berichtsjahr sind in erster Linie auf verschiedene Projektverzögerungen (durch zusätzliche Anforderungen, Standardisierung der Systemlandschaft, Schnittstelle zu Umsystemen, Authentisierungs- lösungen, höhere Mengen an Personal-daten) zurückzuführen.
- Investitionsausgaben für Einrichtung neues Arbeitsplatzkonzept	0.0	-0.1	-0.1	- Aus rechnungslegungstechnischen Überlegungen wurden die Ausgaben neu bewertet und in der Investitions- rechnung aktiviert.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-326682	0	0	-326682	0

4610 Amt für Informatik

Die Umsetzung des IKT-Programms konnte erfolgreich abgeschlossen werden. In den letzten sieben Jahren wurde die Informatik des Kantons neu organisiert. Insbesondere wurde das Amt für Informatik mit einem zentralen Service Desk aufgebaut. Mit der Definition von neuen IKT-Rollen und -Prozessen wurde die Basis für die jetzige Zusammenarbeit innerhalb des Kantons geschaffen. Zudem wurde eine einheitliche, zukunftsfähige und effizient verwaltbare IKT-Grundversorgung bereitgestellt. Dadurch ist eine wesentliche Grundlage für die digitale Transformation der kantonalen Verwaltung geschaffen.

Ein weiterer Höhepunkt war der erfolgreich abgeschlossene Rollout des Digitalen Arbeitsplatzes. Insgesamt wurden über 12 000 Arbeitsplätze in der gesamten kantonalen Verwaltung auf die aktuellen Standards umgestellt.

Mit der erfolgreichen Migration von vier weiteren Schulen auf die neue IKT-Grundversorgung Sek II sind nun insgesamt sieben Schulen erfolgreich migriert.

Im Rahmen des Projekts Plattformen und Rechenzentren konnten über ein Drittel der Fachapplikationen aus der Baudirektion, der Sicherheitsdirektion, der Volkswirtschaftsdirektion, der Gesundheitsdirektion und der Bildungsdirektion erfolgreich in die Rechenzentren des Amtes für Informatik überführt werden. Zeitgleich wurde die Dateiablage von 23 Ämtern und Behörden in die neue zentralisierte Dateiablage migriert.

Der Digital Innovation Hub erarbeitete einen für den Kanton zugeschnittenen Trendradar als Orientierungshilfe für die zukünftige Entwicklungen der kantonalen Verwaltung.

Mit der Eröffnung des Walk-in am Walcheplatz wurde für Kantonsmitarbeitende ein Vor-Ort-Service geschaffen für Störungsfälle, Gerätetausch oder zur Unterstützung bei der Einrichtung des Handys sowie der eSignatur.

Aufgaben

- A1 Führung der kantonalen IKT-Grundversorgung
- A2 Verwaltungsweites operatives Management der IKT-Sicherheit
- A3 Betrieb, Support und Erweiterungen der SAP-Fachapplikationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L20 Support: Tickets im IKT-Support	A1	56998	50000	60339	10339	20.7
L21 Support: Erstlösungsrate, in %	A1	63.57	65	66	1	
L22 Digitaler Arbeitsplatz: IKT-Arbeitsplätze	A1	9530	11500	12500	1000	8.7
L24 SAP-Entwicklungsanträge	A3	640	880	658	-222	-25.2
L25 Betriebene SAP- und SAP-nahe Systeme	A3	80	76	75	-1	-1.3
L26 Migrierte IKT-Arbeitsplätze	A1	8200	11500	12500	1000	8.7
L27 Mitarbeitende im Amt für Informatik	A1	233	258	264	6	2.3
L28 IKT-Sicherheit: verwaltete Identitäten	A2		35000	95000	60000	171.4
L29 IKT-Sicherheit: Zertifikate für qualifizierte Signaturen	A2		900	4000	3100	344.4
W1 Netzwerk: Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %	A1	99.5	99.4	99.7	0.3	
W3 Server/RZ: Verfügbarkeit SAP, in %	A3	100	99.5	99.6	0.1	
W4 Support: Zufriedenheit mit dem IKT-Support, in %	A1	76.7	75	76.2	1.2	

Bemerkungen

- L20 Im Berichtsjahr ist das Volumen der Tickets gegenüber den ursprünglich geplanten Werten weiter gestiegen, sodass bereits die für die weiteren Jahre prognostizierten 60 000 überschritten wurden. Grund für das starke Wachstum ist, dass durch die Digitalisierung immer mehr IKT-Services im Kanton aufgebaut werden. Es ist aber auch zu beobachten, dass die erhöhten Sicherheitsanforderungen im Bereich der 2-Faktor-Authentisierung zu mehr Anfragen beim Service Desk führen.
- L24 Im Rahmen der Einführung der neuen SAP-HCM-Standardlösung (Projekt Aurora) wurde für das bestehende System ein Änderungsstopp verfügt. Davon ausgenommen sind Änderungen an den Rechtsgrundlagen. Dies hat zu einem markanten Rückgang von Entwicklungsanträgen gegenüber dem budgetierten Wert geführt. Die Entwicklungsanträge bewegen sich allerdings auf Vorjahresniveau.
- L27 Der Regierungsrat bewilligte zusätzliche Stellen für das Amt für Informatik. Darunter fallen unter anderem die Beschlüsse Nrn. 489/2025 mit 17 Stellen, 1269/2025 mit 6 Stellen und 890/2025 mit 10 Stellen. Die Rekrutierungen sind angelaufen und die Stellen werden laufend besetzt. Daraus ergibt sich die Differenz zwischen R24 und R25.
- L28 Aufgrund der Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (Projekt Aurora) mussten zusätzlich auch Identitäten ausserhalb der engeren Zentralverwaltung erfasst werden.
- L29 Die Migration auf die neue Lösung für qualifizierte elektronische Signaturen erfolgte bereits im Berichtsjahr. Es wurden entsprechende Zertifikate für alle Mitarbeitenden ausgestellt, die im Rahmen des neuen Verwaltungsrechtspflegegesetzes einen entsprechenden Bedarf haben.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Mit Abschluss des IKT-Programms Ende des Berichtsjahres verfügen alle Mitarbeitenden über einen modernen Digitalen Arbeitsplatz mit MS Teams als Kollaborationsplattform. Umfangreiche Schulungen, Webinare und eine Superuser-Community im neuen Mitarbeitendenportal begleiteten die Einführung und steigerten die Akzeptanz der Tools. Veränderungen wurden weiterhin nach dem kantonalen Change-Management-Prozess umgesetzt, um die Mitarbeitenden frühzeitig und transparent einzubinden. Diese Initiativen stärken die Fähigkeiten der Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation.

Stand

bis

Planmässig 2027

FD 10.2b Umsetzung IKT-Programm

Mit RRB Nr. 1294/2025 wurde das Programm zur Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie erfolgreich abgeschlossen. In den letzten sieben Jahren wurde die IKT der Kantonsverwaltung neu organisiert und eine einheitliche, zukunftsfähige und effizient zu verwaltende IKT-Grundversorgung bereitgestellt. Damit wurde eine wesentliche Grundlage für die Digitale Transformation der kantonalen Verwaltung geschaffen.

Abgeschlossen 2025

FD 10.2f Umsetzung IKT-Grundversorgung Sek II voranbringen

Mit der erfolgreichen Migration von vier weiteren Schulen auf die neue IKT-Grundversorgung Sek II konnte ein Meilenstein gesetzt und die Anzahl der migrierten Schulen auf sieben erhöht werden. Zudem wurde im Berichtsjahr gemeinsam mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt die weitere Standardisierung und Verschlinkung des Rollouts definiert. Die so gewonnene Skalierbarkeit ermöglicht für 2026 acht, und ab 2027 jährlich bis zu zehn Migrationen. Da die Migrationen an den Schulen komplexer sind als ursprünglich angenommen, plant das Mittelschul- und Berufsbildungsamt die Rollouts der Schulen bis Ende 2029 und nicht mehr bis Ende 2027. Die Migrationsprojekte der einzelnen Schulen werden durch das Projekt DiWaSek II des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes geführt.

Verzögert 2027

FD 10.2i Applikationsstrategie zur effizienten gemeinsamen Nutzung von IT-Anwendungen (Kantons- und Fachapplikationen)

Die Identifikation potenzieller Kantonsapplikationen ist abgeschlossen. Die Prozesse zur Steuerung und Freigabe dieser Anwendungen sind implementiert und werden aktiv genutzt. Der zentrale Betrieb von Kantons- und Fachapplikationen wurde für verschiedene Betriebsmodelle konzipiert und erfolgreich aufgebaut. Erste Anwendungen sind bereits in den zentralen Betrieb überführt.

Planmässig 2027

FD 10.2j Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat FD (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)

Das Projekt zur Einführung von MS Teams konnte per Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Es wurden umfangreiche Schulungen, Webinare und begleitende Adoption-Massnahmen durchgeführt. Neben den Schulungen wurde eine Superuser-Community mit Fokus auf M365 und Teams aufgebaut, die mit der Einführung des Mitarbeitendenportals (ZHub) zusätzlichen Anklang fand. MS Teams ist ein zentraler Bestandteil zur Kommunikation und Kollaboration auf dem Digitalen Arbeitsplatz.

Abgeschlossen 2025

FD 10.3g Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil AFI (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Im Rahmen der ersten Einführungswelle der neuen SAP-HCM-Standardlösung wurde bis Ende des Berichtsjahres schrittweise die Einstiegsplattform Work Zone bereitgestellt. Damit erhalten rund 85 000 Nutzende digitalen Zugriff auf zentrale HCM-Anwendungen, darunter Lohnabrechnungen, Lohnausweise sowie persönliche Personaldaten. Zusätzlich wurde die neue Recruiting-Lösung in ausgewählten Pilotorganisationen eingeführt. Die zweite Einführungswelle erfolgt ebenfalls gestaffelt.

Verzögert 2025

FD 10.3i Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2024 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2026

FD 10.3j Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern; Aufbau des Service Centers Digital Innovation gemäss RRB Nr. 1331/2022 (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)

Im Frühjahr startete der Digital Innovation Hub mit der Bewertung von 30 Trends durch rund 300 Personen der kantonalen Verwaltung sowie durch externe Innovationsexperten. Daraus entstand ein auf den Kanton zugeschnittener Trendradar als Orientierungshilfe für die zukünftigen Entwicklungen der kantonalen Verwaltung. Anhand des Trendradars wurde der Innovationsfokus KI-Agenten abgeleitet, der den Kanton 2026 begleiten wird. Zudem wurde die «Technology Exploration Box «Grüezi»», eine virtuelle Ausbildungssimulation für Situationen am Schalter, erfolgreich pilotiert und zu einem Self-Service-Angebot ausgebaut.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
209.9	251.0	239.4	-11.6	-4.6

Bemerkungen R25 zu B25

- 15.4 Bedingt durch Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung
- 3.8 Übertrag in die LG 4610 zur Stärkung der operativen Cybersicherheit

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	92.6	96.4	0.0	0.0	96.4	105.2	8.8	9.1
Aufwand	-138.2	-140.2	-5.1	-2.5	-147.8	-158.1	-10.2	-6.9
Saldo	-45.7	-43.9	-5.1	-2.5	-51.4	-52.9	-1.4	-2.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-11.5	-9.7	0.0	-4.3	-14.0	-4.8	9.1	65.4
Saldo	-11.5	-9.7	0.0	-4.3	-14.0	-4.8	9.1	65.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-1.4		- Hauptsächlich höhere externe Aufwände für den Betrieb des Digitalen Arbeitsplatzes
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-14.0	-4.8	9.1	
- Programm IKT	-8.4	-1.5	6.9	- Verzögerungen bei der Umsetzung des Projekts Plattformen und Rechenzentren, das aus dem bisherigen IKT-Programm separiert wurde
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume	-2.6	-1.9	0.7	- Geringerer Bedarf in den übrigen Verwaltungseinheiten
- DAP-Betrieb	-2.2	-0.8	1.4	- Tieferer Ersatzbedarf in den Verwaltungseinheiten
- Software (Standard/Basis)	-0.3	-0.0	0.3	- Geringerer mengenmässiger Bedarf als erwartet
- MFP und Smart Device/EMM	-0.3	-0.5	-0.2	- Höherer Ersatzbedarf der Geräte
- Server	-0.1	0.0	0.1	
- Einrichtung ICT-Lernendenlabor	-0.1	0.0	0.1	
- IAM-Lizenzen	0.0	-0.1	-0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-55829	0	0	-55829	0

4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter

Der Hauptfokus lag auf der intensiven Vorbereitung für die Inkraftsetzung der neuen Allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinie per 1. Januar 2026. Diese bildet das Fundament für einen strategischen Wandel weg vom rein technischen IT-Schutz hin zu einer ganzheitlichen Informationssicherheit, die sämtliche Werte und Geschäftsprozesse der Verwaltung umfasst.

Weiter wurde die Überarbeitung der kantonalen Strategie Informationssicherheit in Angriff genommen mit dem Ziel, dass der Kanton agil auf die dynamische Bedrohungslage und die Bedürfnisse der Verwaltungseinheiten reagieren kann. Die Umsetzung orientiert sich an der Strategie Digitale Verwaltung 2025+.

Zusätzlich wurde der Expertenpool Advisory im Amt für Informatik weiter gestärkt. Für Schwerpunkte wie KI- und Cloud-Sicherheit konnten wichtige Weichen gestellt und das Bug-Bounty-Programm auf weitere Kunden ausgeweitet werden. Begleitend dazu wurde das zentrale Schulungsprogramm ausgebaut. Angesichts der technologischen Entwicklung lag der Fokus hier auf der sicheren Nutzung von Künstlicher Intelligenz sowie dem Schutz der digitalen Identität.

Weiter wurden spezifische Vertragsbausteine zur Absicherung der Lieferantenkette bereitgestellt und ein Security Rating Service zur objektiven Beurteilung von Lieferanten eingeführt. Mit dem Projekt Next Gen SOC wurde die Weiterentwicklung des kantonalen Cyber Defence Centers entscheidend vorangetrieben und die relevanten Entscheidungen für die Serviceanpassung 2026 herbeigeführt.

Aufgaben

- A1 Festlegung der Informationssicherheitsstrategie für ein durchgängiges und adäquates Sicherheitsniveau in der kantonalen Verwaltung
- A2 Proaktive Identifikation und transparente Kommunikation von Risiken im Bereich Informationssicherheit
- A3 Weiterentwicklung und Umsetzung der Allgemeinen und der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinien

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Anteil der Kantons- und Fachapplikationen mit durchgeführter Schutzbedarfsanalyse und Risikobetrachtung in der Staatskanzlei und den Direktionen, in %	A2		90			
B1	Durchschnittliches zentral bereitgestelltes Budget pro Mitarbeiter/in für die Sensibilisierung und Schulungsmassnahmen im Bereich Informationssicherheit, in Fr.	A3	12	15	20	5	33.3
W1	Zufriedenheitsumfrage unter den internen und externen Zielgruppen der Cybersicherheitsstrategie mit den Dienst- und Koordinationsleistungen des kantonalen Zentrums für Cybersicherheit (CCCS), in %	A2, A1	90	70	90	20	28.6

Bemerkungen

- L1 Die Kennzahl müsste den Anteil der Applikationen ausweisen, für die eine Schutzbedarfsanalyse erforderlich ist. Die Kennzahl kann von den Direktionen und der Staatskanzlei nicht bereitgestellt werden. Die Indikatoren für die LG 4620 werden 2026 überarbeitet.
- B1 Aufgrund der steigenden Bedeutung der Informationssicherheit wurden die Sensibilisierungaktivitäten verstärkt.
- W1 Der Wirkungsindikator setzt sich aus dem Durchschnittswert der im letzten Jahr durchgeführten Kampagnen und zielgruppenspezifischen Schulungen in den Direktionen und der Staatskanzlei zusammen. Der Wert bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10g Die Cybersicherheitsstrategie umsetzen, den Datenschutz und die Informationssicherheit in die Verwaltungsprozesse integrieren.

Der Schwerpunkt lag auf der Verankerung der Informationssicherheit in den Verwaltungsprozessen und der Unterstützung kantonsnaher Organisationen. Die Bug-Bounty-Plattform wurde auf Gemeinden sowie weitere Kunden ausgeweitet und die Sicherheit bei der Nutzung von KI und Cloud gestärkt, etwa durch neue Vertragsvorlagen. Parallel dazu startete die Revision der kantonalen Strategie Informationssicherheit. Diese zielt auf eine Neuausrichtung der Steuerung gemäss der «Strategie Digitale Verwaltung 2025+» ab, um agil auf dynamische Bedrohungslagen und technologische Entwicklungen reagieren zu können. Ein entsprechender Entwurf liegt vor und soll 2026 festgesetzt werden.

Stand bis

Abgeschlossen 2025

FD 10.3a Vereinheitlichung und Vereinfachungen Governance IKT und Informationssicherheit (Konsolidierung Governance-Handbuch / Governance-Konzept IKT-Sicherheit und Besondere Informationssicherheitsrichtlinie)

Ein Meilenstein war die Festsetzung der neuen Allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinie durch den Regierungsrat, die am 1. Januar 2026 in Kraft tritt. Um eine durchgängige Konsistenz des Regelwerks zu gewährleisten, wurde die Finalisierung der nachgelagerten Dokumente, unter anderem das Governance-Handbuch zeitlich auf die Integration der PUK-Empfehlungen in die Richtlinie und die IKT-Verordnung abgestimmt. Dies stellt sicher, dass die nachgelagerten Dokumente und Richtlinien direkt auf den aktualisierten rechtlichen Grundlagen aufsetzen.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
8.1	11.0	3.1	-7.9	-71.8

Bemerkungen R25 zu B25

- 4.1 Bedingt durch Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung
- 3.8 Übertrag in die LG 4610 zur Stärkung der operativen Cybersicherheit

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-3.5	-6.6	0.0	-2.9	-9.6	-3.9	5.7	59.7
Saldo	-3.5	-6.6	0.0	-2.9	-9.6	-3.9	5.7	59.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
5.7	RRZ 10g	- Tieferer externer und Personalaufwand infolge Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-0	0	0	0	0

4700 Drucksachen und Material

In ihrer Funktion als Lead Buyer für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Multifunktionsgeräte hat die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale im Berichtsjahr erneut ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt. Besonders hervorzuheben ist die Übernahme der Druckaufträge der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Die Integration dieses komplexen Portfolios stellte unterschiedliche Herausforderungen, die jedoch erfolgreich bewältigt werden konnten. Zudem wurden erstmals Rahmenverträge für die Beschaffung von Drucksachen ausgeschrieben. Die kantonalen Verwaltung, die Rechtspflege, die öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie die Gemeinden wurden mit unter-

schiedlichen Beschaffungsdienstleistungen unterstützt. Das im Berichtsjahr eingeführte Beschaffungsportal dient als zentrale Plattform für wiederkehrende Beschaffungen. Es wird laufend weiterentwickelt und bietet Schnittstellen zu Verwaltungssystemen und Lieferanten. Die Lösung trägt wesentlich zur wirtschaftlichen Beschaffung in der kantonalen Verwaltung bei.

Im Berichtsjahr wurde das Qualitätsmanagementsystem der Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale im Rahmen eines Aufrechterhaltungs-Audits nach ISO 9001:2015 erneut erfolgreich überprüft und bestätigt.

Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungsweit genutzter Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Multifunktionsgeräte)
A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Abgewinkelte Beschaffungsaufträge	A1	38878	40000	40170	170	0.4
L3	Bewirtschaftete Kundenadressen	A1	3442	3900	3261	-639	-16.4
L4	Durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1	39	20	47	27	135.0
L5	Durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2	20	16	19	3	18.8
B1	Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag, in Fr.	A1	133	130	138	8	6.2
W2	Abgewinkelte Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen, in %	A1	99	98	99.7	1.7	
W3	Durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse, in %	A2	100	95	100	5	

Bemerkungen

- L1, L3, Die Werte weichen aufgrund der Anpassung von Beschaffungsstrategien und der laufenden Optimierung der Beschaffungsprozesse teilweise deutlich von den Budgetwerten ab.
L5 Der Dienstleistungsbedarf für Vergabeverfahren hat sich über den Erwartungen entwickelt.

Entwicklungsschwerpunkte

FD 10.2a Förderung von Beschaffungsdienstleistungen für verwaltungsinterne Organisationen, kantonale Institutionen und Gemeinden

Die Weiterentwicklung der digitalen Beschaffungsprozesse sowie die verstärkte Unterstützung und Beratung der Anspruchsgruppen bildeten im Berichtsjahr einen zentralen Schwerpunkt.

Stand bis

2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	38.1	38.8	39.6	0.8	2.2

Bemerkungen R25 zu B25

- 0.8 Aufgrund von Fluktuation kurzfristige Doppelbesetzungen, Ausbau der Dienstleistungen im Beschaffungswesen (u.a. Beschaffungssysteme), Übernahme SAP-Fachdomänenverantwortung Materialwirtschaft

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	19.2	18.8	0.0	0.0	18.8	20.0	1.2	6.5
Aufwand	-18.5	-18.7	0.0	0.0	-18.7	-19.6	-0.8	-4.5
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-7.2	-7.8	0.0	0.0	-7.8	-7.7	0.1	1.3
Saldo	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	0.4	1360.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-0.3	-0.0	-2.4
Saldo	-0.2	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-0.3	-0.0	-2.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.4	A1, A2	- Eine erhöhte Nachfrage nach Beschaffungsgütern und Dienstleistungen führte zu einem im Vergleich zum Budget besser Saldo.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.3	-0.3	-0.0	
- Weiterentwicklung und Optimierung des Beschaffungsportals	-0.2	-0.2	0.0	
- Ersatzinvestitionen Produktionsmittel	-0.1	-0.1	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -410613	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -410613	Veränderung Bestand 0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
W1 Steuerfuss, in % der einfachen Staatssteuer	A1	98	98	98	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9462.7	9211.8	0.0	0.0	9211.8	9892.3	680.5	7.4
- Staatssteuern	7772.5	7649.7	0.0	0.0	7649.7	8182.5	532.8	7.0
- davon Laufende Periode NP	4690.0	4805.0	0.0	0.0	4805.0	4846.5	41.5	0.9
- davon Laufende Periode JP	1357.2	1330.0	0.0	0.0	1330.0	1427.6	97.6	7.3
- davon Nachträge NP	1144.1	1006.0	0.0	0.0	1006.0	1185.9	179.9	17.9
- davon Nachträge JP	188.0	185.0	0.0	0.0	185.0	228.7	43.7	23.6
- davon Quellensteuer	363.7	277.5	0.0	0.0	277.5	420.7	143.2	51.6
- davon Übrige Erträge	29.5	46.2	0.0	0.0	46.2	73.2	27.0	58.4
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	387.8	300.1	0.0	0.0	300.1	392.3	92.2	30.7
- Direkte Bundessteuer	1153.6	1160.0	0.0	0.0	1160.0	1174.5	14.5	1.2
- Verrechnungssteuer und EU- Zinsbesteuerung	148.8	102.0	0.0	0.0	102.0	143.0	41.0	40.2
Aufwand	-162.2	-120.1	0.0	0.0	-120.1	-136.8	-16.7	-13.9
- Staatssteuern	-159.3	-119.2	0.0	0.0	-119.2	-134.0	-14.8	-12.4
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-2.9	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-2.9	-2.0	-218.2
Saldo	9300.4	9091.7	0.0	0.0	9091.7	9755.4	663.7	7.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
663.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
179.9	A1	- Staatssteuern Nachträge NP: höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2025 (89.5), Mehrerträge für die Steuerperiode 2021 (63.7) und Perioden vor 2020 (1.7) sowie positive Korrekturen für die Steuerperiode 2022 und 2023 (25.0)
143.2	A1	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Sollstellungen und Zahlungseingängen
97.6	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2025 JP: Höhere Gewinnsteuererträge (117.7) und Mindererträge aus der Kapitalsteuer (-20.1)
92.2	A1	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
43.7	A1	- Staatssteuern Nachträge JP: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2025 (2.8), Mehrerträge für die Periode 2021 (20.0), höhere Erträge für die Perioden vor 2020 (25.9) sowie negative Korrektur der Steuerperiode 2023 (-5.0)
41.5	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2025 NP: Höhere Erträge aus der Einkommenssteuer (81.0) und tiefere Vermögenssteuern (-39.5).
41.0	A1	- Verrechnungssteuer: Höhere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
27.0	A1	- Übrige Erträge: Höhere Verzugszinseinnahmen bei den Staatssteuern
14.5	A1	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
-16.7	A1	- Aufwand: Höhere Bezugsprovisionen an Arbeitgeber/SSL infolge höheren Soll-Stellungen (-7.9), höherer Wertberichtigung- und Zinsaufwand in der Erbschaftssteuer (-2.0) und höherer Zins- und Abschreibungsaufwand Staatssteuer (-6.8)
-0.2		- Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet. Zudem werden in dieser Leistungsgruppe Zahlungen von Versicherungsprämien und Selbstbehalten für Versicherungen ausgewiesen, die keiner anderen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1		-0.1	-100.0
Aufwand	-0.8	-2.6	0.0	0.0	-2.6	-3.3	-0.6	-24.1
- Versicherungsprämien	-1.1	-1.2	0.0	0.0	-1.2	-0.9	0.3	24.5
- Schadenausgleich	0.3	-1.3	0.0	0.0	-1.3	-2.4	-1.1	-81.7
Saldo	-0.8	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-3.3	-0.8	-30.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.3	A1	- Tiefere Versicherungsprämien-Zahlungen (Budget 2025: -1.2; Rechnung 2025: -0.9)
-1.1	A1	- Höhere Schadenersatzzahlungen und Rückstellunganpassungen (Budget 2025: -1.3; Rechnung 2025: -2.4) aufgrund einer Zahlung in einem Bauschadenfall (-2.15) sowie der Neubildung einer Rückstellung (-0.6) und der Auflösung einer Rückstellung (+0.4) in je einem Staatshaftungsfall
0.0		- Übrige Abweichungen

4930 Zinsen und Beteiligungen

Aufgaben

- A1 Verbuchung der Aktiv- und Passivzinsen des Kantonshaushalts insgesamt
A2 Verbuchung von Erlösen aus Beteiligungen, die in dieser Leistungsgruppe bilanziert werden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1 Bilanzierte Beteiligungen	A2	48	52	47	-5	-9.6
B1 Durchschnittlicher Zinssatz der ausstehenden langfristigen Finanzverbindlichkeiten, in %	A1	0.67	0.84	0.72	-0.12	
W2 Interner Zinssatz, in %	A1	0.75	0.75	0.75	0.00	
W4 Summe aller von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) geleisteten Entschädigungen für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 6 Kantonalbankgesetz), in Mio. Franken	A2	249.6	278	283.9	5.9	2.1

Bemerkungen

- B1 Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten haben weniger stark zugenommen als budgetiert, wodurch der durchschnittliche Zinssatz weniger stark gestiegen ist.
W4 Summe der geleisteten Entschädigungen seit 2015; höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank.
L1 SAir Group AG wurde im Handelsregister gelöscht; ansonsten keine Veränderungen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	577.0	795.0	0.0	0.0	795.0	991.8	196.8	24.8
- Gewinnanteil ZKB	340.0	340.0	0.0	0.0	340.0	184.3	-155.7	-45.8
- Gewinnanteil SNB		203.8	0.0	0.0	203.8	443.5	239.7	117.6
- Gewinnanteil EKZ	25.2	20.0	0.0	0.0	20.0	25.8	5.8	29.2
- Gewinnanteil Axpo Holding AG		36.6	0.0	0.0	36.6	122.8	86.2	235.6
- Gewinnanteil Flughafen Zürich AG	54.2	46.6	0.0	0.0	46.6	58.3	11.8	25.3
- Zinsertrag Dotationskapital der ZKB	17.6	18.3	0.0	0.0	18.3	20.7	2.4	12.9
- Entschädigung der ZKB für Staatsgarantie	31.2	31.2	0.0	0.0	31.2	34.2	3.0	9.7
- Interner Zinsertrag	94.2	93.2	0.0	0.0	93.2	96.4	3.2	3.4
Aufwand	-56.0	-74.2	0.0	0.0	-74.2	-62.1	12.1	16.3
- Finanzaufwand	-32.4	-50.7	0.0	0.0	-50.7	-38.4	12.3	24.2
- Interner Zinsaufwand	-23.2	-23.5	0.0	0.0	-23.5	-23.7	-0.2	-0.9
Saldo	521.0	720.8	0.0	0.0	720.8	929.7	208.9	29.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.7					3.7	3.7	0.0
Ausgaben	-0.1							
Saldo	2.6					3.7	3.7	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
208.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
154.6	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
86.2	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Axpo Holding AG
85.1	A2	- Erlös alte Banknotenserie von der Schweizerischen Nationalbank
12.8	A1	- Tieferer Finanzaufwand aufgrund tieferer Zinsen und tieferen Fremdkapitals
11.8	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Flughafen Zürich AG
5.8	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
3.2	A1	- Höherer interner Zinsertrag infolge veränderter Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
3.0	A2	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
2.7	A1	- Aufwertung diverser Beteiligungen im Verwaltungsvermögen
2.4	A2	- Höherer Zinsertrag auf dem Dotationskapital der Zürcher Kantonalbank
0.6	A1	- Kursgewinne aus Fremdwährungskäufen
-0.2	A1	- Höhere interne Zinsaufwände
-0.2	A1	- Wertberichtigung Beteiligung im Finanzvermögen
-3.0	A1	- Tiefere Zinserträge auf kurzfristigen Anlagen aufgrund tieferer Zinsen
-155.7	A2	- Tieferer Gewinnanteil ZKB infolge der neu eingeführten OECD-Ergänzungssteuer
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	3.7	3.7	
- Rückzahlung Darlehen Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse		3.7		
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4950 Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Zentrale Korrekturen, wie z.B. Teuerungsausgleich und Intercompany-Ausgleiche im Rahmen der Konsolidierung
A2 Zentrale Verbuchung einzelner nichtbetrieblicher Positionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	-10.8	4.3	0.0	0.0	4.3	-20.2	-24.4	-572.8
- Covid-19-Härtefallprogramm: Beiträge vom Bund	-13.9	1.7	0.0	0.0	1.7	-24.7	-26.4	-1552.1
- Covid-19-Härtefallprogramm: Zinserträge	0.6	0.3	0.0	0.0	0.3	0.4	0.1	38.0
Aufwand	-1.3	182.9	0.0	0.0	182.9	25.3	-157.6	-86.2
- Lohnentwicklung		-57.0	0.0	0.0	-57.0		57.0	100.0
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-10.2	-7.5	0.0	0.0	-7.5	1.2	8.7	116.1
- Zentral eingestellte Budgetkürzung		250.0	0.0	0.0	250.0		-250.0	-100.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: nicht rückzahlbare Beiträge	16.0	0.2	0.0	0.0	0.2	28.7	28.5	17938.7
- Covid-19-Härtefallprogramm: Ausfall von Darlehen	-2.2	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-2.3	-0.3	-13.3
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug	-0.5	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.4	0.2	27.7
Saldo	-12.0	187.1	0.0	0.0	187.1	5.1	-182.0	-97.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	24.5	12.3	0.0	0.0	12.3	20.4	8.1	65.5
Ausgaben		-0.0	0.0	0.0	-0.0		0.0	100.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug		-0.0	0.0	0.0	-0.0		0.0	100.0
Saldo	24.5	12.3	0.0	0.0	12.3	20.4	8.1	66.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-182.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
57.0	A1	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand für den Teuerungsgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
28.5	A2	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm (Aufwandminderung)
8.7	A2	- Auflösung von Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung
0.9	A2	- Höhere Aufwertung von zugefallenen Darlehen im Rahmen der Covid-19-Notstandsmassnahmen gemäss RRB Nr. 262/2020, Dispositiv I
0.4	A2	- Höhere Rückverteilung des Bundes aus der CO ₂ -Abgabe
0.1	A2	- Höhere Zinserträge aus Darlehen des Covid-19-Härtefallprogramms
-1.2	A2	- Höhere Auszahlung für Kreditausfallgarantien im Rahmen der Covid-19-Notstandsmassnahmen gemäss RRB Nr. 262/2020, Dispositiv I
-26.4	A2	- Weiterleitung von Rückforderungen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm an den Bund (Ertragsminderung)
-250.0	A1	- Die im Budget zentral eingestellte pauschale Budgetkürzung für Kreditreste wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	12.3	20.4	8.1	
- Covid-19-Härtefallprogramm: Darlehen an Private	12.3	20.4	8.1	- Höhere Rückzahlungen von Darlehen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4960 Nationaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 Die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ausweisen.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcenindex, in %	A1	121.2	119	119	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	131.5	137.0	0.0	0.0	137.0	137.0	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich	131.5	137.0	0.0	0.0	137.0	137.0	0.0	0.0
Aufwand	-593.6	-556.2	0.0	0.0	-556.2	-556.2	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich	-582.8	-546.4	0.0	0.0	-546.4	-546.4	0.0	0.0
- Härteausgleich	-10.8	-9.9	0.0	0.0	-9.9	-9.9	0.0	0.0
Saldo	-462.2	-419.3	0.0	0.0	-419.3	-419.3	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

4980 Gemeinnütziger Fonds

Der Kantonsrat bewilligte

- 3,0 Mio. Franken zugunsten der Stadt Uster für das Bauprojekt Kultur- und Begegnungszentrum Zeughausareal Uster (Vorlage 6032).

Der Regierungsrat bewilligte

- 13,3 Mio. Franken für 40 allgemeine Beiträge, wovon ein Beitrag über 1,6 Mio. Franken zusätzlich der Genehmigung des Kantonsrates bedarf,

- 4,0 Mio. Franken für 45 Beiträge für die Ausland- und Inlandhilfe.

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie wurden dem Gemeinnützigen Fonds 38,6 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils.

Aufgaben

A1 Die Mittel des Gemeinnützigen Fonds werden für gemeinnützige Zwecke aller Art grundsätzlich ausserhalb der Bereiche Sport, Kultur und Denkmalpflege verwendet (§ 3 Abs. 1 LFG).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L9 Eingegangene Beitragsgesuche	A1	191	200	232	32	16.0
L10 Arbeitsstunden für Beitragsgesuche	A1	2362	2700	2317	-383	-14.2
L11 Vom Kantonsrat beschlossene Beiträge	A1	2	3	1	-2	-66.7
L12 Vom Regierungsrat beschlossene Beiträge	A1	61	75	84	9	12.0
L13 Aufwand für bereits beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	-109.7	-85.5	-116.8	-31.3	36.6
L14 Aufwand für noch nicht beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	0	-19.4	0	19.4	-100.0
L15 Anteil der Beiträge für Vorhaben ausserhalb des Kantons Zürich am Swisslos-Ertragsanteil des Gemeinnützigen Fonds, in %	A1	18	20	20	0	
B1 Kosten pro Beitragsgesuch, in Fr.	A1	2882	2750	2371	-379	-13.8

Bemerkungen

L9 Es gingen deutlich mehr Gesuche für Beiträge unter 1 Mio. Franken ein.

L10 Die Anzahl geleisteter Arbeitsstunden war geringer, weil weniger Gesuche für Beiträge über 1 Mio. Franken eingingen.

L11 Die Anzahl nahm ab, infolge einer geringeren Anzahl eingegangener und behandlungsreifer Gesuche für Beiträge über 1 Mio. Franken.

L12 Die Anzahl nahm zu, infolge einer höheren Anzahl eingegangener und behandlungsreifer Gesuche für Beiträge unter 1 Mio. Franken.

L13 Der Rechnungswert von L13 ist mit den Budgetwerten von L13 und L14 zu vergleichen (vgl. L14). Es ergibt sich eine Abweichung von -11.9 Mio. Franken bzw. von -11.3% gegenüber dem Budget.

L14 Der Wert ist in der Rechnung immer null und fliesst in den Rechnungswert L13 ein.

L15 Der Grenzwert von 20% gemäss § 5 Abs. 2 der Verordnung über den Gemeinnützigen Fonds (VGF) wird um 2.3% bzw. 0.1 Mio. Franken unterschritten.

B1 Die Kosten pro Gesuch vielen tiefer aus, infolge wachsender Anzahl Gesuche (vgl. L9).

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-171.5	-158.6	-183.5	-24.9	-15.7
Finanzierung	171.5	158.6	183.5	24.9	15.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	113.7	104.9	0.0	0.0	104.9	128.8	23.9	22.8
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	105.9	92.0	0.0	0.0	92.0	128.8	36.8	40.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	3.8	12.9	0.0	0.0	12.9		-12.9	-100.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag								
Aufwand	-113.7	-104.9	0.0	0.0	-104.9	-128.8	-23.9	-22.8
- Zahlungen an Private und Dritte	-32.2	-37.7	0.0	0.0	-37.7	-23.0	14.7	39.0
- Einlagen in Bestandeskonto						-12.0	-12.0	0.0
- Interne Überträge	-81.5	-67.2	0.0	0.0	-67.2	-93.7	-26.6	-39.6
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
36.8	A1	- Höherer Anteil am Ertrag von Swisslos infolge guten Ergebnisses 2024
14.7	A1	- Tiefere Auszahlungen von Beiträgen an Private und Dritte infolge geringerer Auszahlungsbegehren als erwartet und Verzögerungen
-12.0	A1	- Ungeplante Einlage in den Fondsbestand aufgrund der übrigen Entwicklungen
-12.9	A1	- Keine Entnahme aus dem Fondsbestand aufgrund der übrigen Entwicklungen
-26.6	A1	- Höhere Überträge an Leistungsgruppen infolge höherer Erträge von Swisslos (-25.8) sowie höhere Auszahlungen (-0.8) infolge höherer Auszahlungsbegehren als erwartet
0.0		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	180
Legislaturziele	182
Verkehr (Politikbereich 6)	182
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	182
Finanzierung	182
Übersicht	182
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	183
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	183
Personal- und Lohnstatistik	183
Beschäftigungsumfang	183
Lohnaufwand	183
Anstellungsverhältnisse	183
Parlamentarische Vorstösse	184
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	184
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	184
Leistungsgruppen	185
5000 Generalsekretariat	185
5205 Amt für Mobilität	187
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	191
5301 Amt für Wirtschaft	193
5302 Amt für Arbeit	196
5920 Verkehrsfonds	198
5921 Flughafenfonds	200
5925 Strassenfonds	201

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion setzt sich für attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende ein. Stellensuchende werden unterstützt und befähigt. Die Direktion ermöglicht eine vielfältige, vernetzte und zukunftsorientierte Mobilität im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich. Ziele sind hohe Standortqualität, attraktive Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle.

Investition in Glattalbahn, Velohauptverbindung und Hochwasserschutz

Das Glattal mit der Flughafenregion gehört zu den entwicklungsstärksten Regionen im Kanton. Die Verlängerung der Glattalbahn bis ins Gebiet Steinacker in Kloten und die im kantonalen Velonetzplan vorgesehene Velohauptverbindung nach Bassersdorf sollen nachhaltige Lösungen für die zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse in diesem Raum ermöglichen. Gleichzeitig sollen wichtige Hochwasserschutzmassnahmen am Altbach umgesetzt werden zum Schutz der Bevölkerung und der national bedeutenden Infrastrukturen am Flughafen. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat im Juli des Berichtsjahres einen Betrag von rund 543 Mio. Franken zur Realisierung des Gesamtprojekts (Vorlage 6031).

Kanton und Stadt Zürich wollen das Tram Affoltern ermöglichen

Das Tram Affoltern soll die Deckung der wachsenden Verkehrsnachfrage in Zürich Nord ermöglichen und zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität beitragen. Der Regierungsrat hat die notwendigen finanziellen Planungsmittel bewilligt, um das Projekt zur Baureife zu bringen (RRB Nr. 834/2025). Gleichzeitig hat der Zürcher Stadtrat beschlossen, das Projekt mit zusätzlichen 60 Mio. Franken zu unterstützen, was die Belastung des kantonalen Verkehrsfonds entsprechend reduziert.

Leichte Anpassung des ZVV-Tarifs

Die Ticketpreise wurden mit dem Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres um durchschnittlich 2,1% erhöht. Die letzte Tarifierung fand im Dezember 2023 statt und lag unter dem nationalen Durchschnitt. Davor blieben die Preise während sieben Jahren stabil, obwohl das Angebot des öffentlichen Verkehrs laufend verbessert und ausgebaut wurde. Gemäss der ZVV-Strategie 2025–2029 soll der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs über 60% gehalten werden.

Aktionstag für Fairness im öffentlichen Verkehr

Mit dem Aktionstag «Billett bitte» setzen der ZVV und die Verkehrsunternehmen ein Zeichen für Fairness im öffentlichen Verkehr. Ziel der angekündigten Massnahme war, aufzuzeigen, weshalb Ticketkontrollen nötig sind und welchen Beitrag sie dazu leisten, dass das dichte Angebot im Raum Zürich weiterhin bezahlbar bleibt. Dem öffentlichen Verkehr im ZVV entstehen durch Reisende ohne gültigen Fahrausweis jährlich Einnahmeausfälle von mindestens 80 Mio. Franken, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Agglomerationsprogramme der fünften Generation beim Bund eingereicht

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat den Agglomerationsprogrammen der fünften Generation zugestimmt (RRB Nr. 232/2025). Sie enthalten knapp 350 Massnahmen des Kantons, der Unternehmen des öffentlichen Verkehrs und der Städte und Gemeinden mit Baubeginn zwischen 2028 und 2032, für deren Umsetzung Investitionen von rund 1,2 Mrd. Franken beantragt wurden. Damit will der Regierungsrat an den Erfolg der bisherigen Programme anknüpfen. Dank diesen konnten in der Vergangenheit zahlreiche wichtige Bauvorhaben im Kanton realisiert werden.

Start zu regionalen Gesamtverkehrskonzepten

Der Kanton hat im Berichtsjahr gemeinsam mit den zuständigen Planungsverbänden die Arbeiten an den regionalen Gesamtverkehrskonzepten für das Glattal, das Zürcher Oberland und zusammen mit dem Kanton Aargau für das Limmat- und Emmental aufgenommen. In mehreren Phasen werden Zielbild, Strategien und Massnahmen erarbeitet. Mit deren Umsetzung soll eine möglichst langfristig funktionierende, bedürfnisgerechte und umweltverträgliche Balance zwischen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung erreicht werden.

Automatisiertes Fahren im Furtal: ASTRA-Bewilligung liegt vor

Das Swiss Transit Lab, die Kantone Zürich und Aargau sowie die SBB testen im Furtal den Einsatz selbstfahrender Fahrzeuge zur Weiterentwicklung des lokalen Angebots des öffentlichen Verkehrs. Im Berichtsjahr wurde eine präzise digitale Karte der Pilotregion erstellt, die als Grundlage für den selbstfahrenden Modus dient. Zudem wurde die Technologie für das automatisierte Fahren umfassend geprüft. Das Bundesamt für Strassen begleitete diese Schritte eng und erteilte dem Projekt im Herbst des Berichtsjahres die Bewilligung. Seither verkehren zwei Fahrzeuge selbstfahrend im regulären Strassenverkehr. Vorerst sitzt noch ein Sicherheitsfahrer im Fahrzeug, der bei Bedarf eingreifen kann.

Kanton legt Grundstein für attraktivere Mountainbike-Infrastruktur

Um die Interessen der Mountainbikerinnen und Mountainbiker, anderer Waldnutzenden und des Naturschutzes miteinander in Einklang zu bringen, hat der Regierungsrat ein Mountainbike-Konzept festgesetzt (RRB Nr. 1224/2025). Das Konzept definiert im gesamten Kanton 19 Fokusräume, in denen die Nachfrage besonders gross ist. Das Mountainbike-Angebot soll dort gezielt ausgebaut und so gelenkt werden, dass sensible Gebiete besser geschützt werden. Im Vordergrund steht die Koexistenz aller Wegnutzenden.

Taxigesetz: Übergang in den Regelbetrieb

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) benötigt eine kantonale Taxifahrzeuggewilligung und einen Taxiausweis, wer berufsmässig Binnenfahrten mit einem Taxi auf Kantonsgebiet durchführen möchte. Bis Ende des Berichtsjahres galt für Taxifahrerinnen und -fahrer, die über eine gültige altrechtliche kommunale Taxibewilligung verfügten, eine Übergangsfrist. Im Berichtsjahr stellte die Fachstelle Gewerbsmässige Personenbeförderung 1000 Taxifahrzeuggewilligungen, 1235 Taxiausweise und rund 1368 Plaketten für Limousinendiens-te aus.

Einhausung Schwamendingen feierlich eingeweiht

Nach fünfeinhalb Jahren Bauzeit konnte das von Bund, Kanton und der Stadt Zürich gemeinsam realisierte Bauprojekt Einhausung Schwamendingen erfolgreich abgeschlossen werden. Der Verkehr auf der A1 fliesst nun durch den sanierten und um rund einen Kilometer verlängerten Schöneichtunnel. Die Überdeckung verbessert die Lebensqualität, schützt das Quartier vor dem Lärm der Autobahn und hat mit dem neuen Überlandpark zusätzlichen Erholungsraum für die Bevölkerung geschaffen. Anfang Mai des Berichtsjahres wurde das Bauwerk mit einem Festakt offiziell eröffnet.

Flughafenbericht 2025

Der Regierungsrat hat den Flughafenbericht 2025 verabschiedet (RRB Nr. 1118/2025). Die Erwartungen des Kantons an die Flughafen Zürich AG gemäss Eigentümerstrategie wurden mehrheitlich erfüllt. Die Erreichbarkeit des Standortes Zürich im Vergleich mit ausländischen Wirtschaftsstandorten konnte gehalten werden. Weiterhin nicht erfüllt sind Erwartungen des Kantons zum Umweltschutz im Bereich der Begrenzung der Lärmimmissionen. Der ZFI-Monitoringwert des Jahres 2024 stieg insbesondere aufgrund der anhaltenden Erholung des Flugbetriebs gegenüber dem Vorjahr an und überschreitet mit 55 725 Personen den Richtwert um rund 8700 Personen (+17%). Erfreulicherweise gesunken ist hingegen die Anzahl Flugbewegungen in der Zeit des bewilligungsfreien Verspätungsabbaus von 23.00 bis 23.30 Uhr.

KI-Standort Zürich etabliert sich als attraktiver KI-Standort

Zusammen mit den Zürcher Hochschulen tragen im Kanton angesiedelte Forschungsstätten internationaler Unternehmen zur Weiterentwicklung der Künstlichen Intelligenz bei. Zur Etablierung des Kantons als Innovationsstandort für KI fokussiert die Volkswirtschaftsdirektion auf innovationsfördernde Rahmenbedingungen und Initiativen, welche die Weiterentwicklung der Technologie beschleunigen, deren Anwendung bei Unternehmen fördern und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken. Im Berichtsjahr wurde die KI-Sandbox, die eine Verbindung von Technologie, Regulierung und gesellschaftlichem Nutzen schafft, mit dem Digital Economy Award ausgezeichnet. In Kooperation mit dem ETH AI Center lässt der Kanton die Bevölkerung überdies an neuen Entwicklungen teilhaben, im Berichtsjahr gehörten dazu der Schülerwettbewerb KI-Challenge sowie eine Veranstaltung am Zurich AI Festival.

Kanton festigt seine Rolle als grösster Stiftungsstandort der Schweiz

Die Offensive zur Steigerung der Attraktivität des Kantons für Stiftungen konnte mit ausgezeichneten Resultaten abgeschlossen werden. Im Mittelpunkt der Offensive stand eine Anpassung der Steuerpraxis. Der Regierungsrat würdigte im Anfang des Berichtsjahres veröffentlichten Schlussbericht die Resultate, darunter 44 Neugründungen von Stiftungen im Kanton (RRB Nr. 192/2025). Zur weiterführenden Stärkung des Stiftungsstandorts gründete die Volkswirtschaftsdirektion im Anschluss mit den Schweizer Verbänden SwissFoundations und proFonds, dem Zentrum für Stiftungsrecht an der Universität Zürich und der ZKB Philanthropie Stiftung den Verein Stiftungsstandort Zürich. Dieser führte am internationalen Tag der Stiftungen im Oktober des Berichtsjahres das erste Zürcher Stiftungsforum zum Thema Kollaboration schafft Wirkung durch. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit der Stiftungsarbeit wurde ausserdem die Informationsplattform www.stiftungen.zuerich geschaffen.

Zürich stärkt Innovationsmöglichkeiten im Bereich Raumfahrt

Der Regierungsrat will unter dem Titel «Innovationsstandort 2030» die Standortattraktivität des Kantons stärken (RRB Nr. 372/2024). Im Themenfeld Raumfahrt sollen technologische Entwicklungen und Anwendungen im Raumfahrtsektor vorangebracht und interessierten Forschungseinrichtungen und Industrien ein geeigneter Zugang zum Thema ermöglicht werden.

Im Berichtsjahr kam es zu Partnerschaften zwischen dem Innovationspark Zürich und Space Florida sowie dem Voyager Technologies Institute for Space, Technology and Advancement (VISTA).

Das Amt für Arbeit stellt sich geografisch neu auf

Das Amt für Arbeit hat seine Strategie weiter vertieft und seine fünf Standorte für die Zukunft festgelegt. Bis spätestens 2030 wird das Amt in den Städten Zürich und Winterthur mit einem Kunden- und Servicecenter präsent sein. Hinzu kommen regionale Anlaufstellen in Thalwil, Bülach und Uster. Durch die Bündelung der Ressourcen kann das Amt seine Dienstleistungen effizienter erbringen und die Qualität weiter steigern. Der Auswahl der fünf Standorte liegt eine vertiefte Analyse zugrunde. Wichtige Kriterien waren dabei die Erreichbarkeit sowie die regionale Ausgewogenheit und Verankerung.

Jede zweite Person mit Schutzstatus S arbeitet

Die Erwerbsbeteiligung der Personen mit Schutzstatus S konnte im Kanton weiter erhöht werden. Sie betrug Ende Oktober 42%, was einem Anstieg von 7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Betrachtet man die erwerbsfähigen Personen, die seit 2022 in der Schweiz sind, wird im Berichtsjahr die Quote von 50% erreicht. Damit hat der Kanton die Vorgaben des Bundes zur Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine erfüllt.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 6	Die steigende Mobilität von Personen und Gütern unter Ausschöpfung von Technologiepotenzialen effizient und umweltgerecht bewältigen.		
RRZ 6a	Die Erstellung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vorantreiben sowie Agglomerationsprogramme der fünften Generation erarbeiten und beim Bund einreichen.	5205	2027
RRZ 6b	Umschlagstandorte für den Güterverkehr im kantonalen Richtplan festsetzen, die Aufnahme in die regionalen Richtpläne vorantreiben und auf entsprechende Anpassungen der Nutzungsplanungen hinwirken.	5205	2027
RRZ 6c	Eine nachhaltigere Mobilität bei Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen mittels Mobilitätsberatungen fördern.	5205	2027
RRZ 6d	Die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs konsequent weiterverfolgen.	5920	2027
RRZ 6e	Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.	5920	2027

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 8	Den Innovationsstandort stärken durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.		
RRZ 8a	Die Zürcher Innovation-Hubs beim Auf- und Ausbau unterstützen.	5301	2027
RRZ 8b	Einen geschützten Raum zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Innovationen mit Fokus auf neue Technologien und Regulierungen schaffen.	5301	2027
RRZ 8c	Das digitale Angebot der kantonalen Leistungen für Unternehmen weiterentwickeln.	5301	2027
RRZ 8d	Die Ergebnisse eines Standortmonitorings zusammen mit Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität in einem jährlichen Standortentwicklungsbericht veröffentlichen.	5301	2027
RRZ 8e	Den Dialog und die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fördern.	5301	2027
RRZ 8f	Den Stiftungsstandort Kanton Zürich mit gezielten Massnahmen stärken.	5301	2027
RRZ 8g	Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.	5302 5301	2027 2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	885.8	873.2	0.0	0.0	873.2	881.9	8.7	1.0
Aufwand	-1274.8	-1302.5	0.0	-1.3	-1303.8	-1266.3	37.5	2.9
Saldo	-388.9	-429.3	0.0	-1.3	-430.6	-384.4	46.2	10.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	53.3	10.3	0.0	0.0	10.3	26.9	16.6	161.9
Ausgaben	-118.6	-107.5	0.0	-18.9	-126.4	-110.0	16.4	13.0
Saldo	-65.3	-97.2	0.0	-18.9	-116.1	-83.1	33.1	28.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
46.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
16.8	5925	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt (LG 8400), insbesondere infolge tieferer Kosten im Staatsstrassenunterhalt
9.2	5925	- Wertzunahme der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds (Korrektur einer Neubewertung aus dem Vorjahr)
5.9	5925	- Höherer Ertrag aus der Motorfahrzeugsteuer, Übertrag vom Strassenverkehrsamt (LG 3200)
4.1	5210	- Geringerer Staatsbeitrag an den ZVV, insbesondere infolge tieferer Entschädigungen an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen
3.0	5205	- Geringere Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur infolge tieferer Unterhaltsaufwendungen des Tiefbauamtes (LG 8400)
2.3	5925	- Auflösung von Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern auf Verkäufen von Grundstücken des Strassenfonds
2.2	5925	- Geringerer Übertrag an das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (LG 8500) für die Ausgaben im Bereich der Förderung von E-Ladestationen
2.1	5925	- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität (LG 5205), insbesondere infolge tieferer Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur
1.9	5000	- Zeitliche Verzögerungen von Digitalisierungsprojekten
-2.8	5302	- Höherer Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV
1.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	-110.0			
- Stadtbahnverlängerung Flughafen – Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-2.6	-28.2	-17.7	-10.5
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-1.6	-26.2	-14.2	-12.0
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	-5.7	-12.9	-8.9	-4.0
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 und 7 (Vorlage 5777)	-1.2	-17.9	-8.2	-9.7
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-63.9			
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	-9.5			
- Wohnbauförderungsdarlehen	-10.7			
- Beiträge an Innovationspark Vorlage 5819 (KRB 28.11.2022)	-9.2	-54.5	-18.2	-36.3
- Übrige	-5.6			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	828.4	889.1	881.9	-7.2	-0.8

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat	7771	8183	7820	-363	-4.4
5205 Amt für Mobilität	8716	10023	8998	-1025	-10.2
5301 Amt für Wirtschaft	11954	12999	12999	0	0.0
5302 Amt für Arbeit	65107	72545	71138	-1407	-1.9
Total	93548	103750	100955		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000 Generalsekretariat	59	33	26	36	23
5205 Amt für Mobilität	79	32	47	44	35
5301 Amt für Wirtschaft	121	62	59	73	48
5302 Amt für Arbeit	749	441	308	582	167
Total	1008	568	440	735	273

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
424/2021	Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 424c/2021 vom 19.11.2025	21.11.2022
176/2022	Personenschiffahrt auf CO ₂ -freien Antrieb umrüsten (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, Daniel Heierli, Zürich, und Thomas Forrer, Erlenbach)	Vorlage 176/2022 vom 15.01.2025	06.02.2023
35/2023	Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 35a/2023 vom 04.06.2025	26.06.2023
473/2022	Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standort-evaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur (Postulat Susanna Lisibach, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 473a/2022 vom 25.06.2025	28.08.2023
338/2023	Ausbau der Mountainbike-Infrastruktur im Kanton Zürich (Postulat Andrew Katumba, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 338a/2023 vom 26.11.2025	05.02.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
458/2020	Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen (Motion Nathalie Aeschbacher, Zürich, Claudia Frei, Uster, und Davide Loss, Thalwil)	28.03.2022
366/2023	Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz anpassen (Motion Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt)	26.02.2024
34/2023	Viertelstundentakt Zürich – Affoltern am Albis – Zug (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	25.03.2024
482/2022	Reduktion der Tarifzonen im Weinland auf 3 Zonen und Einführung eines «Weinlandtickets» (Postulat Sibylle Jüttner, Andelfingen, Konrad Langhart, Stammheim, und Paul Mayer, Marthalen)	25.03.2024
334/2024	Ausbau des Angebots des Bonuspasses (Postulat der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt)	27.01.2025
227/2023	Analyse von Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit (Postulat Mario Senn, Adliswil, Isabel Garcia, Zürich, und Alexander Jäger, Zürich)	14.04.2025
117/2023	Förderung der Standortattraktivität für eine innovative und zukunftsfähige Fleischherstellung (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, Sonja Gehrig, Urdorf, und Gregor Kreuzer, Rüti)	14.04.2025
84/2025	Ergänzung des kantonalen Strassengesetzes, Verbot Einrichtung und Betrieb von Veloexpressrouten vor Schulanlagen (Einzelinitiative Fritz Thomas Klein)	28.04.2025
386/2023	MIV und ÖV verbinden durch Finanzierung von Parkieranlagen (Postulat Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, Astrid Furrer, Wädenswil, und Janine Vannaz, Aesch)	28.08.2025

5000 Generalsekretariat

Im Berichtsjahr wurde die Direktionsvorsteherin bei der Bearbeitung von insgesamt acht Volksinitiativen unterstützt. Zwei sind im Berichtsjahr an die Urne gelangt: die Mobilitätsinitiative und Vorkaufsrechtsinitiative. Beide Volksabstimmungen fielen im Sinne des Regierungsrates aus, der die Mobilitätsinitiative unterstützt und die Vorkaufsrechtsinitiative mit einem Gegenvorschlag abgelehnt hatte. Auch der öV-Initiative wurde ein Gegenvorschlag gegenübergestellt, der im Kantonsrat eine klare Zustimmung fand. Die Initiative wurde in der Folge zurückgezogen, weshalb es nicht zur Abstimmung kam.

Im Berichtsjahr wurden Projekte der digitalen Transformation, wie DigiLex, das rechtliche Grundlagen für elektronischen Geschäftsverkehr schafft oder die Erneuerung der Geschäftskontrolle vorangetrieben. Zudem wurde der VD-Kompass erarbeitet. Er zeigt in den fünf Dimensionen Zusammenarbeit & Kultur, Vernetzung & Entwicklung, Raum & Arbeitsmodelle, Innovation & Technologie und Führung auf, wie die Volkswirtschaftsdirektion zusammenarbeitet und gemeinsam die Zukunft gestalten will.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Führungsunterstützung für die Volkswirtschaftsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen HR und Digitale Transformation

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	In der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	615	600	609	9	1.5
L2	RR-Anträge der VD	A1	121	130	136	6	4.6
L3	Erledigte Rekurse	A2	55	50	53	3	6.0
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	76	50	83	33	

Bemerkungen

- L3 Es standen mehr Personalressourcen zur Verfügung und einige Verfahren konnten aus formellen Gründen erledigt werden.

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	52.8	57.0	53.8	-3.2	-5.7

Bemerkungen R25 zu B25

- 3.2 Die Budgetunterschreitung des Beschäftigungsumfangs ist auf Vakanzen, insbesondere in DTO (Digitale Transformation und Organisation) und HR, sowie auf Teilzeitanstellungen und Pensumsreduktionen zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag		4.7	5.6	0.0	0.0	5.6	4.7	-0.9	-16.1
Aufwand		-12.1	-15.4	0.0	0.0	-15.4	-12.1	3.3	21.5
Saldo		-7.4	-9.9	0.0	0.0	-9.9	-7.5	2.4	24.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-0.0					-0.0	-0.0	0.0
Saldo		-0.0					-0.0	-0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.9	A3	- Minderaufwand im Bereich der Digitalen Transformation (zeitliche Verzögerungen bei Projekten) sowie bei den Dienstleistungen Dritter
0.4	A3	- Tieferer Personalaufwand infolge des tieferen Beschäftigungsumfangs
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-47 260	16 023	-30 000	-61 237	-13 977

Bemerkungen

Höhere Eigenleistungen der Mitarbeitenden

5205 Amt für Mobilität

Die Agglomerationsprogramme der fünften Generation wurden im Frühjahr beim Bund eingereicht (RRB Nr. 232/2025). Sie enthalten Verkehrsvorhaben mit einem Baubeginn zwischen 2028 und 2032 und einem Gesamtvolumen von rund 1,2 Mrd. Franken. Die Programme sollen zu einer möglichst effizienten sowie umwelt- und siedlungsverträglichen Verkehrsinfrastruktur beitragen.

Im Berichtsjahr wurde ein Mountainbike-Konzept erarbeitet und vom Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 1224/2025). Das Konzept bildet die Grundlage für die Planung eines attraktiven Mountainbike-Angebots, das in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion, der Sicherheitsdirektion sowie zahl-

reichen externen Interessengruppen entstand und bis 2042 gemeinsam mit Kanton, Regionen und Gemeinden umgesetzt werden soll.

Mit einem Pilotprojekt wird der Einsatz selbstfahrender Fahrzeuge im Furtal erprobt. Der Kanton will damit die Mobilität der Zukunft aktiv mitgestalten. Im Herbst des Berichtsjahres erhielt das Vorhaben die Bewilligung für den automatisierten Betrieb. Obwohl damit die Technologie das Steuer übernimmt, befindet sich vorerst weiterhin ein Sicherheitsfahrer an Bord. Sobald alle Trainings und Tests abgeschlossen sind, kann die Bevölkerung erstmals mitfahren.

Aufgaben

- A1 Planungen von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr, Fuss- und Veloverkehr sowie Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen, z.B. im Rahmen der Agglomerationsprogramme und regionalen Gesamtverkehrskonzepte
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm 2 umsetzen und das Umsetzungscontrolling Velonetzplan durchführen
- A4 Durchführung des Bewilligungsverfahrens für Taxidienste und des Meldeverfahrens für Limousinendienste
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetz bezüglich der Städte Zürich und Winterthur
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesamtverkehrsplanungen	A1	1	4	4	0	0.0
L13	Bearbeitete Agglomerationsprogramme	A1	6	6	6	0	0.0
L2	Beantwortete Anfragen bezüglich Verkehrsgrundlagen	A2	135	70	66	-4	-5.7
L3	Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L6	Vom Regierungsrat beurteilte Projekte zu Strassen von überkommener Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	17	17	16	-1	-5.9
L9	Geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	16	50	30	-20	-40.0
L10	Bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	256	250	252	2	0.8
L11	Anzahl überwachte Flüge während des bewilligungsfreien Verspätungsabbaus von 23.00 bis 23.30 Uhr (Zielwert)	A6	3018	2000	2624	624	31.2
L12	Anzahl überwachte Flüge während des Nachtflugverbots von 23.30 bis 06.00 Uhr (Zielwert)	A6	388	200	191	-9	-4.5
L15	Anzahl Bewilligungen sowie deren Mutationen für Taxis (Taxiausweise und Taxifahrzeugbewilligungen)	A4		500	2235	1735	347.0
L16	Anzahl Bewilligungen sowie deren Mutationen für Limousinen (Lenkende und Fahrzeuge)	A4		1000	2178	1178	117.8
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht, Jahresdurchschnitt in Std.	A6	7.3	8.4	7.4	-1.0	-11.9
B3	Anzahl Mitarbeitende (Vollzeitäquivalenz) in der Volkswirtschaftsdirektion, die mit dem Vollzug des Gesetzes über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) beauftragt sind (interne sowie externe Mitarbeitende)	A4		14.1	10.0	-4.1	-29.1
W1	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich, Basis: Wege, in %	A1	32	33.9	32.1	-1.8	
W2	Anteil Veloverkehr am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung, Basis: Wegetappen, in %	A1, A3	6.3	9	6.3	-2.7	

Bemerkungen

- L2 Durch Verzögerungen bei der Aktualisierung des Gesamtverkehrsmodells GVM-ZH23 waren im Berichtsjahr keine neueren Daten verfügbar.
- L9 Trotz einer vorgängig durchgeführten Informationskampagne blieb die Anzahl der im Berichtsjahr eingegangenen Gesuche vergleichsweise gering.
- L11 Verspätungen im gesamten Flugsystem führten im Berichtsjahr zu einer Überschreitung des budgetierten Werts. Entsprechende Massnahmen der Systempartner wurden eingeleitet (SIL 24).
- L15 Mit Ablauf der Übergangsfrist Ende des Berichtsjahres (Übergang von kommunalen zu kantonalen Bewilligungen) wurden deutlich mehr Bewilligungen erteilt als in einem durchschnittlichen Jahr.
- L16 Die Attraktivität eines Einstiegs in das Limousinenwesen ist trotz rückläufiger Preise weiterhin hoch, zumal die Eintrittshürden gegenüber dem Taxiwesen infolge des nicht erforderlichen Deutschnachweises und Leumunds tiefer sind.
- B3 Im Berichtsjahr liefen die vom Regierungsrat bewilligten temporären Stellen aus. Diese waren während der Übergangsfrist der kommunalen Bewilligungen gewährt worden.
- W1 Die Wirkungen entfalteten sich noch nicht in gewünschtem Mass. R25 beruht auf der Hochrechnung aus dem neuen Gesamtverkehrsmodell GVM-ZH2, 2019 und 2040_Referenzprognose.
- W2 B25 resultiert aus politischen Vorgaben bzw. Zielsetzungen und basiert auf optimistischen Annahmen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6a Die Erstellung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vorantreiben sowie Agglomerationsprogramme der fünften Generation erarbeiten und beim Bund einreichen.

Stand bis

Im Frühjahr des Berichtsjahres verabschiedete der Regierungsrat die Agglomerationsprogramme der fünften Generation (RRB Nr. 232/2025). Diese enthalten knapp 350 Massnahmen mit Baubeginnen von 2028 bis 2032, für deren Umsetzung beim Bund Investitionen von rund 1,2 Mrd. Franken zur Mitfinanzierung beantragt wurden. Zudem ist der Kanton an den Agglomerationsprogrammen Obersee und Schaffhausen beteiligt und hat im Rahmen der fünften Generation Massnahmen eingereicht (RRB Nrn. 655/2025 bzw. 656/2025).

Planmässig 2027

Gemeinsam mit den jeweiligen Planungsverbänden wurden die Arbeiten an den regionalen Gesamtverkehrskonzepten für das Glattal, das Zürcher Oberland und gemeinsam mit dem Kanton Aargau für das Limmattal aufgenommen. Die Konzepte werden bis Frühjahr 2027 fertiggestellt, als Grundlage für die nachfolgende Erarbeitung der Agglomerationsprogramme der sechsten Generation.

RRZ 6b Umschlagstandorte für den Güterverkehr im kantonalen Richtplan festsetzen, die Aufnahme in die regionalen Richtpläne vorantreiben und auf entsprechende Anpassungen der Nutzungsplanungen hinwirken.

Die Festsetzung zusätzlicher Umschlagstandorte für den Güterverkehr ist Bestandteil der Teilrevision 2022 des kantonalen Richtplans, Kapitel 4 Verkehr (Vorlage 6013), die der Regierungsrat am 12. März des Berichtsjahres dem Kantonsrat zur Festsetzung überwiesen hat. Die Aufnahme der Standorte in die regionalen Richtpläne und entsprechende Anpassungen in den Nutzungsplanungen sind Daueraufgaben.

Planmässig 2027

RRZ 6c Eine nachhaltigere Mobilität bei Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen mittels Mobilitätsberatungen fördern.

Die Geschäftsstelle der Mobilitätsberatung Impuls Mobilität hat sich seit Mitte 2023 etabliert. Im Berichtsjahr wurden insgesamt zehn Beratungen durchgeführt, darunter drei für Gemeinden. Darüber hinaus wurden zwei Präsenzveranstaltungen sowie ein Webinar durchgeführt und verschiedene Ergänzungen auf der Webseite www.zh.ch/impulsmobilitaet umgesetzt. Es wurde eine Umfrage bei verschiedenen Zielgruppen durchgeführt, um die Nutzung und die Bedürfnisse bezüglich des Beratungsangebots zu erheben.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
63.3	72.7	65.8	-6.8	-9.4

Bemerkungen R25 zu B25

- 6.8 Die Abweichung ist hauptsächlich auf Budgetunterschreitungen bei der Amtsleitung sowie bei der Fachstelle Gewerbsmässige Personenbeförderung zurückzuführen. Darüber hinaus ergeben sich Differenzen durch die Besetzung von Stellen in Teilzeit anstelle eines Vollpensums.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	164.2	165.2	0.0	0.0	165.2	161.9	-3.3	-2.0
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	159.9	160.4	0.0	0.0	160.4	157.8	-2.6	-1.6
Aufwand	-173.9	-175.5	0.0	0.0	-175.5	-170.7	4.9	2.8
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-120.1	-115.8	0.0	0.0	-115.8	-112.8	3.0	2.6
- Abschreibungen	-28.2	-30.0	0.0	0.0	-30.0	-31.1	-1.1	-3.7
Saldo	-9.7	-10.3	0.0	0.0	-10.3	-8.7	1.6	15.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	12.6	0.9	0.0	0.0	0.9	19.2	18.3	2155.6
Ausgaben	-66.6	-63.2	0.0	0.0	-63.2	-77.8	-14.6	-23.2
Saldo	-54.0	-62.3	0.0	0.0	-62.3	-58.6	3.7	5.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.0	A5	- Geringere Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur infolge tieferer Unterhaltsaufwendungen des Tiefbauamtes (LG 8400). Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Unterhaltspauschalen gemäss § 47 des Strassengesetzes (StrG, LS 722.1) betragen per Ende des Berichtsjahres gemäss Schätzung rund -25.4 Mio. Franken.
1.7		- Geringerer Sachaufwand, insbesondere im Bereich Dienstleistungen Dritter
1.2	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringerer Personalaufwand, siehe dazu Begründung zum Beschäftigungsumfang
-0.6		- Geringerer Ertrag aus den Liegenschaften des Strassenfonds
-1.1	A5	- Höhere Abschreibungsaufwendungen auf Investitionsbeiträgen
-2.6		- Geringere Überträge aus Strassen- und Flughafenfonds
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.9	19.2	18.3	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	1.0	9.5	8.5	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Beiträge des Bundes aus Agglomerationsprogrammen betreffend die Städte Zürich und Winterthur	0.0	8.7	8.7	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Agglomerationsprogramme
- Beiträge des Bundes für Lärmschutz	0.0	1.1	1.1	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Lärmschutz
- Übrige	-0.1	-0.1	0.0	
Ausgaben total	-63.2	-77.8	-14.6	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2023	-1.9	-1.9	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-65.6	-63.9	1.7	- Geringere Baupauschalen an die Städte Zürich und Winterthur (§ 46 StrG) infolge tieferer Investitionsausgaben des Tiefbauamtes (LG 8400). Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Baupauschale betragen per Ende des Berichtsjahres gemäss Schätzung rund -71.2 Mio. Franken.
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	-1.0	-9.5	-8.5	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Beiträge an Überdeckung Weinigen (Vorlage 5414/2017)	-5.0	-2.2	2.8	- Nicht budgetierte Baurechte des Kantons Zürichs

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5205

- Planungskorrektur -15%	11.1	0.0	-11.1	- Wegfall der Planungskorrektur aus dem Vorjahres-KEF
- Übrige	-0.8	-0.3	0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-33906	33807	-65000	-65099	-31193

Bemerkungen

Aufgrund effizienter Leistungserbringung wird die Bildung von Rücklagen im Berichtsjahr beantragt.

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes, der Einlage in den Verkehrsfonds und der Kantonseinlage in den Bahninfrastrukturfonds des Bundes.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe Nr. 5920 beschrieben, jene des Zürcher Verkehrsverbundes in der Leistungsgruppe Nr. 9300 und in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a der Bundesverfassung (BV) / Art. 57 des Eisenbahngesetzes (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes
- A4 Der öffentliche Verkehr ist leistungsfähig, zuverlässig und qualitativ hochwertig. Er übernimmt mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1 Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.3	25.4	25.4	0.0	0.0
L2 Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.1	13	13.6	0.6	4.6
L3 Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	53.4	55.2	54.5	-0.7	-1.3
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.53	4.3	4.2	-0.1	-2.3
B4 Kostendeckungsgrad ZVV, in %	A1	63.5	65	65.2	0.2	
W1 Personenkilometer, in Mio.	A1	3834	3920			
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	78	76	78	2	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B4 Trotz der tieferen Verkehrserlöse, die unter dem Planwert abgeschlossen haben, konnte die budgetierte Kostenunterdeckung geringfügig unterschritten werden. Dies primär dank des geringeren Leistungsentgelts an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	50.7	52.2	0.0	0.0	52.2	52.0	-0.2	-0.4
Aufwand	-428.1	-426.1	0.0	0.0	-426.1	-421.3	4.8	1.1
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-208.9	-202.4	0.0	0.0	-202.4	-198.2	4.1	2.1
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)	-149.2	-153.7	0.0	0.0	-153.7	-153.0	0.6	0.4
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-70.0	-70.0	0.0	0.0	-70.0	-70.0	0.0	0.0
Saldo	-377.4	-373.8	0.0	0.0	-373.8	-369.3	4.6	1.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
4.1	A1	- Insbesondere infolge der geringeren Entschädigungen an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung des ZVV trotz tieferer Verkehrseinnahmen um 8.3 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 4.1 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
0.6	A2	- Geringere Einlage des Kantons Zürich in den Bahninfrastrukturfonds infolge der gesetzlich vorgesehenen Anpassung der Kantonseinlage an die Entwicklung des realen Bruttoinlandprodukts sowie des Landesindexes der Konsumentenpreise.
-0.1		- Übrige Abweichungen

5301 Amt für Wirtschaft

Per Januar des Berichtsjahres wurde der bisherige Bereich Arbeitsbedingungen zur effizienteren Bearbeitung der Aufgaben in die beiden neuen Bereiche Arbeitsbeziehungen und Arbeitsinspektorat aufgeteilt. Das Pilotprojekt Fachstelle Betrieblicher Gesundheitsschutz führte die Beratungsarbeit für Zürcher Betriebe erfolgreich weiter.

Mit der Publikation des Zürcher Wirtschaftsmonitorings wurden wichtige Erkenntnisse zum demografisch bedingten Arbeitskräftemangel, zu Arbeit und Gesundheit, zu den Auswirkungen der US-Zollpolitik und zum Lohnwachstum im Kanton Zürich publiziert.

An der Veranstaltung FOKUS Standort wurden mit Zürcher Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und

Verwaltung auf Basis einer Trendanalyse Impulse für den Wirtschaftsstandort erarbeitet. Die Innovations-Sandbox für Künstliche Intelligenz begleitete sechs Projekte und veröffentlichte zentrale Erkenntnisse in ersten Berichten. Die KI-Sandbox wurde im Berichtsjahr als bahnbrechendes Innovationsförderprogramm mit dem Digital Economy Award für digitale Exzellenz im Bereich Government & NPO ausgezeichnet.

Die erste von fünf Volksinitiativen betreffend die Wohnpolitik wurde in einer Volksabstimmung abgelehnt. Angenommen wurde der Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Erhöhung des Rahmenkredits für Darlehen der kantonalen Wohnbauförderung.

Aufgaben

- A1 Standortpflege, Standortentwicklung, Standortpromotion (GZA), Aussenwirtschaftsbeziehungen, Unternehmensentlastung
- A2 Begleitung des Innovationsparks Dübendorf zugunsten des Innovationsstandortes Zürich
- A3 Bearbeitung von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen und Bearbeitung der Meldepflicht von Arbeitnehmenden
- A4 Beratung und Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen und der Vollzug der FlaM, BGSA- und EKAS-Vorgaben
- A5 Kantonale Beschwerdebehörde für «Lex Koller»
- A6 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A7 Kantonale Zentralstelle für die wirtschaftliche Landesversorgung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A3	11 047	11 500	11 084	-416	-3.6
L2	Meldeverfahren von EU-/EFTA-Staatsangehörigen	A3	110 534	110 000	110 670	670	0.6
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	A4	2 314	2 304	2 343	39	1.7
L4	Ausnützungsgrad des Rahmenkredits der Wohnbauförderung (180 Mio. Franken), in %	A6	81	80	82	2	2.5
L5	Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM)	A4	2 594	2 500	2 319	-181	-7.2
L6	Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA)	A4	1 595	1 500	1 569	69	4.6
L7	Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel «Regulierungsfolgeabschätzung»	A1	58	35	51	16	45.7
B1	Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch, in Tg.	A3	16	14	13	-1	-7.1

Bemerkungen

- L5 Ein länger dauernder Krankheitsfall konnte nicht vollständig kompensiert werden.
- L7 51 Vorlagen wurden auf ihre Auswirkungen hinsichtlich administrativer Belastung von Unternehmen geprüft. Davon wiesen zwei Vorlagen eine zusätzliche Belastung für Unternehmen aus.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8a Die Zürcher Innovation-Hubs beim Auf- und Ausbau unterstützen.

Das Digital Health Center Bülach entwickelte sein Angebot unter anderem mit thematischen Arbeitsgruppen für Spitäler weiter. Das Start-up-Programm Digital Health Accelerator wurde mit zwei Kohorten durchgeführt. Der Innovation Day des Health Tech Park Zürich förderte den Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren aus Forschung, Wirtschaft und Technologie. Mit dem Innovation Circle wurde ein Angebot für KMU eingeführt. Ein Schwerpunkt des Foodhubs Wädenswil bildete die Durchführung einer Novel-Food-Expertenkonferenz, die Fachpersonen aus Wissenschaft, Industrie und Behörden zusammenbrachte. Diese förderte den fachlichen Austausch und stiess Entwicklungen und Kooperationen im Bereich neuartiger Lebensmittel an.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 8b Einen geschützten Raum zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Innovationen mit Fokus auf neue Technologien und Regulierungen schaffen.

Im Rahmen der zweiten Phase begleitete die Innovations-Sandbox für Künstliche Intelligenz (KI) die Umsetzung von sechs KI-Projekten. Der Abschluss der zweiten Phase ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen. Mit RRB Nr. 402/2025 Stärkung des KI-Standorts Zürich wurde die Fortführung der erfolgreichen Innovations-Sandbox mit ergänzenden Angeboten für KMU und Start-ups bis 2029 gesichert. Dank den günstigen Rahmenbedingungen, der Präsenz der Zürcher Hochschulen sowie erfolgreichen KI-Unternehmen festigte Zürich Oerlikon im Berichtsjahr seine Position als starker und international sichtbarer KI-Hub. Zudem machten zwei Veranstaltungen des KI-Dialogs künstliche Intelligenz für die Bevölkerung erlebbar.

Planmässig 2027

RRZ 8c Das digitale Angebot der kantonalen Leistungen für Unternehmen weiterentwickeln.

Mit der Konzeption des digitalen One-Stop-Shops im Berichtsjahr wurde die Bereitstellung eines zentralen Einstiegspunkts für Informationen über die kantonalen Leistungen für Unternehmen vorangetrieben. Parallel dazu erfolgte der Aufbau einer Organisation zum Einbezug der Anspruchsgruppen mit zwei Gremien bestehend aus Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern sowie von Informationsanbieterinnen und -anbietern. Für 2026 ist die Inbetriebnahme einer ersten Version des One-Stop-Shops vorgesehen.

Planmässig 2027

RRZ 8d Die Ergebnisse eines Standortmonitorings zusammen mit Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität in einem jährlichen Standortentwicklungsbericht veröffentlichen.

Im Berichtsjahr wurde die Studie Trendanalyse Standort Kanton Zürich publiziert. Sie zeigt auf, welche Trends und Herausforderungen auf den Standort Zürich zukommen und welche möglichen Handlungsoptionen sich daraus ergeben. Die Resultate der Studie wurden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft diskutiert.

Planmässig 2027

RRZ 8e Den Dialog und die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fördern.

An der Veranstaltung FOKUS Standort diskutierten rund 150 Fachpersonen über zukünftige Trends, welche die Volkswirtschaft und die Standortqualität des Kantons mittel- bis langfristig prägen werden. In Workshops zu den Themen Fachkräfte, Mobilität, Regulierung sowie Technologie und Bildung wurde an der Gestaltung von Visionen für den Kanton gearbeitet. Im Laufe des Berichtsjahres entstanden daraus Initiativen wie FutureLab zur Zukunftsfähigkeit von Arbeitsmarktkompetenzen oder ein Pilotprojekt zum autonomen Fahren im Furttal. Diese stärken den Standort und werden mit interessierten Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung weiterverfolgt.

Planmässig 2027

RRZ 8f Den Stiftungsstandort Kanton Zürich mit gezielten Massnahmen stärken.

Die Initiative Stiftungsstandort Zürich wurde zusammen mit dem Stiftungssektor und der Wissenschaft verstetigt, wozu im Berichtsjahr der Verein Stiftungsstandort Zürich gegründet wurde. Gründungsmitglieder sind die Volkswirtschaftsdirektion, proFonds, SwissFoundations, das Zentrum für Stiftungsrecht der Universität Zürich sowie die Philanthropie Stiftung der Zürcher Kantonalbank. Ziel des Vereins ist die nachhaltige Stärkung des Standorts für gemeinnützige Akteurinnen und Akteure sowie die Weiterentwicklung des Ökosystems. Als Auftakt seiner Vereinstätigkeit hat der Verein im Berichtsjahr alle gemeinnützigen Stiftungen im Kanton zum ersten Zürcher Stiftungsforum eingeladen. Der Anlass war mit 240 Teilnehmenden ausgebucht und bot unter dem Motto «Kollaboration schafft Wirkung» eine Austausch- und Vernetzungsplattform.

Planmässig 2027

RRZ 8g Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.

Mit Blick auf die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs wurden beim Projekt Züri Skills die Weichen gestellt, um die Entwicklung der nachgefragten Zukunftskompetenzen zu messen und daraus Impulse zur kompetenzorientierten Förderung abzuleiten. Das Ziel «More Women in Tech» wurde mit Vernetzungsaktivitäten weiterverfolgt. Beim Projekt Future Lab Zürich wurden die Grundlagen für eine stärker koordinierte Nachwuchsförderung im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) erarbeitet und der Webaufrtritt www.future-lab.zuerich realisiert. Bei allen Projekten wurde eng mit Partnerorganisationen zusammengearbeitet.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
99.4	104.3	100.0	-4.3	-4.1

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Im Zusammenhang mit organisatorischen Änderungen wurden in den Bereichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen sowie Finanzen und Controlling nicht alle Stellen nahtlos wiederbesetzt.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	9.1	8.9	0.0	0.0	8.9	8.7	-0.2	-2.3
Aufwand	-29.0	-31.0	0.0	-0.9	-32.0	-30.3	1.6	5.1
Saldo	-19.9	-22.1	0.0	-0.9	-23.0	-21.6	1.4	6.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	6.5	5.6	0.0	0.0	5.6	6.2	0.6	11.3
Ausgaben	-36.9	-20.5	0.0	-1.8	-22.3	-20.3	2.0	9.0
Saldo	-30.5	-14.9	0.0	-1.8	-16.7	-14.1	2.6	15.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.1	A2	- Die Prozesse zur Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf gestalten sich komplex. Eine Vielzahl von involvierten Partnern muss koordiniert werden, so der Bund, die Standortgemeinden wie auch Private. Daraus entsteht ein grösserer zeitlicher Bedarf, was einen verzögerten Finanzbedarf nach sich zieht.
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	5.6	6.2	0.6	
- Rückzahlungen	5.6	6.2	0.6	
- Wohnbauförderungsdarlehen				
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-22.3	-20.3	2.0	
- Wohnbauförderungsdarlehen	-12.6	-10.7	1.9	- Budgetierte Darlehen im Umfang von 1.9 Mio. Franken waren im Berichtsjahr noch nicht zur Auszahlung bereit. Der Auszahlungszeitpunkt hängt vom Projektfortschritt der geförderten Vorhaben sowie von der Bearbeitung durch die Gemeinde ab.
- Beiträge an Innovationspark Vorlage 5819 (KRB 28.11.2022)	-9.5	-9.2	0.3	
- Übrige	-0.2	-0.4	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-103810	34368	-100000	-169442	-65632

Bemerkungen

Durch vermehrte Eigenleistung bei verschiedenen Projekten konnten Kosten eingespart werden.

5302 Amt für Arbeit

In seinem zweiten Jahr als eigenständiges Amt hat das Amt für Arbeit seine neuen Strukturen und seine Position als Kompetenzzentrum für den Zürcher Arbeitsmarkt weiter verfestigt. Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren waren im Berichtsjahr monatlich rund 36000 Stellensuchende angemeldet. Der Zürcher Arbeitsmarkt zeigte sich weiterhin robust. Die Arbeitslosenquote betrug im Durchschnitt 2,6%. Die durch die Vereinigten Staaten angeordneten Handelszölle führten zwischenzeitlich zu einem moderaten Anstieg bei den bewilligten Voranmeldungen für Kurzarbeitsentschädigung. Seit der Einführung der Zölle Mitte August wurden

insgesamt 252 Voranmeldungen für Kurzarbeitsentschädigung bewilligt, in 59 Fällen waren die Zölle als Hauptgrund genannt.

Das Amt für Arbeit führte im Berichtsjahr zwei grosse Publikumsanlässe für Arbeitgebende durch mit dem Zweck, die Vernetzung zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu fördern und die Kompetenz des Amtes für Arbeitsmarktthemen sichtbar zu machen. Der erste Anlass im Juni befasste sich damit, wie zeitgemässe Personalführung aussieht. Der zweite Anlass im Oktober fokussierte auf das Thema Cybersicherheit und die Rolle der Mitarbeitenden in diesem Bereich.

Aufgaben

A1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG und AVG)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1	Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A1	30 121	30 800	36 062	5 262	17.1
B1	Kostenbeitrag durch den Bund, in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} sowie Art. 59d AVIG)	A1	99.8	99.5	99.2	-0.3	
B2	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen, Arbeitslosenkasse in %		2.8	4	2.3	-1.7	
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung mit dem SECO	A1	106	100	107	7	7.0

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Stellensuchenden ist im Berichtsjahr aufgrund der abgekühlten Arbeitsmarktlage vor allem in der zweiten Jahreshälfte merklich gestiegen.
- B2 Die ausbezahlten Leistungen sind mit der Arbeitslosigkeit merklich gestiegen, wohingegen der Personalaufbau bei der Arbeitslosenkasse weniger stark ausfiel als erwartet.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8g Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.

Mit Blick auf die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs wurden beim Projekt Züri Skills die Weichen gestellt, um die Entwicklung der nachgefragten Zukunftskompetenzen zu messen und daraus Impulse zur kompetenzorientierten Förderung abzuleiten. Das Ziel «More Women in Tech» wurde mit Vernetzungsaktivitäten weiterverfolgt. Beim Projekt Future Lab Zürich wurden die Grundlagen für eine stärker koordinierte Nachwuchsförderung im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) erarbeitet und der Webauftritt www.future-lab.zuerich realisiert. Bei allen Projekten wurde eng mit Partnerorganisationen zusammengearbeitet.

Stand bis
Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	613.0	655.1	662.3	7.2	1.1

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Mit der gestiegenen Anzahl Stellensuchender ist der Personalbedarf gestiegen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	104.3	113.1	0.0	0.0	113.1	110.6	-2.5	-2.2
- Beitrag SECO Vollzug AVIG	82.1	89.8	0.0	0.0	89.8	88.0	-1.8	-2.0
- Beitrag SECO ALK	15.6	17.2	0.0	0.0	17.2	16.0	-1.2	-6.7
Aufwand	-137.2	-148.1	0.0	-0.4	-148.5	-148.0	0.6	0.4
- Kantonsbeitrag Finanzierung ALV	-33.3	-33.5	0.0	0.0	-33.5	-36.3	-2.8	-8.3
- Vollzug AVIG	-82.1	-89.8	0.0	0.0	-89.8	-88.0	1.8	2.0
- Verwaltungskosten ALK	-15.6	-17.2	0.0	0.0	-17.2	-16.0	1.2	6.7
Saldo	-32.9	-35.0	0.0	-0.4	-35.4	-37.3	-1.9	-5.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.0	0.0	0.0
Ausgaben						-0.0	-0.0	0.0
Saldo						0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.9		- Minderaufwand EG AVIG
0.5		- Minderaufwand Art. 59d AVIG
0.3		- Minderaufwand im Projekt Laptops für Stellensuchende
-0.4		- Mehraufwand im Non-AVIG-Bereich
-2.8		- Höherer Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV
-0.4		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	Veränderung Bestand
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	
-517744	153793	0	-363951	153793

Bemerkungen

Mitarbeitergesamtanlass Fr. 86 886

5920 Verkehrsfonds

Das Stadtbahnprojekt Verlängerung der Glattalbahnhof von Zürich Flughafen bis ins Gebiet Steinacker in Kloten sowie das Tram Affoltern in der Stadt Zürich befinden sich im eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren. Die kantonale Finanzierungsvorlage für den Bau des Gesamtprojekts Glattalbahnhof einschliesslich Hochwasserschutz und Velohauptverbindung wurde dem Kantonsrat Mitte des Berichtsjahres unterbreitet (RRB Nr. 682/2025). Die laufenden Planungen für die Glattalbahnhof zielen auf einen Baubeginn ab 2027. Das Tram Affoltern wurde im Rahmen der kantonalen Überprüfung der Investitionsvorhaben vorübergehend zurückgestellt. In der Zwischenzeit konnte eine Finanzierungslösung mit stärke

kerer Beteiligung der Stadt Zürich gefunden und vereinbart werden. Aufgrund der in Aussicht gestellten städtischen Mitfinanzierung konnten die Projektierungen im Herbst des Berichtsjahres weitergeführt werden. Die Finanzierungsvorlage für das Tram Affoltern soll 2026 dem Kantonsrat unterbreitet werden mit dem Ziel eines möglichen Baubeginns ab 2028. Die für den Bau des Trams Affoltern erforderlichen Mittel werden im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2027–2030 eingestellt. Die vom Kantonsrat 2022 bewilligten Vorlagen zur Elektrifizierung von vier Buslinien in den Städten Zürich und Winterthur mit einem Investitionsvolumen von rund 65 Mio. Franken werden schrittweise umgesetzt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6d Die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs konsequent weiterverfolgen.

Die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung werden bei den Fahrzeug-Neubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Im Schiffsbereich konnte im Berichtsjahr mit der EMS Uetliberg das erste von drei Schiffen der Albisklasse der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft vollständig elektrifiziert werden. Grundsätzlich bleibt die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs mit Blick auf das zeitliche Zusammenspiel zwischen Fahrzeugbeschaffungen und Ladeinfrastruktur, aber auch bezüglich des Betriebs und der Finanzierung ein äusserst anspruchsvolles und komplexes Vorhaben. Die Finanzierung der für die Dekarbonisierung nötigen Infrastrukturen aus dem Verkehrsfonds ist infolge der Investitionspriorisierung derzeit teilweise nicht gesichert.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

Aufgrund der Investitionspriorisierung wird sich die Umsetzung verschiedener Projekte aus dem Verkehrsfonds verzögern. Konkret sind im KEF 2026–2029 keine Mittel für die Planung der Projekte Tramtangente Nord, Glattalbahnhofverlängerung Kloten–Bassersdorf, Glattalbahnhofverlängerung Dübendorf–Dietlikon und Elektrifizierung Linie 89 vorgesehen. Beim Tram Affoltern konnte mit der Stadt Zürich eine Finanzierungslösung mit höherer Beteiligung der Stadt vereinbart werden (RRB Nr. 834/2025). Auf dieser Basis konnten die Planungsarbeiten fortgeführt werden. Die kantonale Finanzierungsvorlage für das Gesamtprojekt Glattalbahnhofverlängerung Flughafen – Kloten einschliesslich Hochwasserschutz und Velohauptverbindung wurde im Berichtsjahr dem Kantonsrat unterbreitet (Vorlage 6031).

Verzögert 2027

Fonds

Anlagevermögen

Fondsbestand

Finanzierung

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
1128.2	1088.1	1067.1	-21.0	-1.9
-811.9	-806.5	-806.5	0.0	0.0
-316.3	-281.6	-260.6	21.0	7.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	78.8	81.4	0.0	0.0	81.4	81.5	0.0	0.0
- Zinserträge	6.1	6.1	0.0	0.0	6.1	6.1	0.0	0.4
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	70.0	70.0	0.0	0.0	70.0	70.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	2.7	5.4	0.0	0.0	5.4	5.4	0.0	0.1
Aufwand	-78.8	-81.4	0.0	0.0	-81.4	-81.5	-0.0	-0.0
- Zinsaufwände	-8.6	-8.3	0.0	0.0	-8.3	-8.2	0.1	1.6
- Abschreibungen	-69.9	-72.8	0.0	0.0	-72.8	-72.9	-0.2	-0.2
- Einlagen in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	34.2	3.8	0.0	0.0	3.8	1.4	-2.4	-62.0
Ausgaben	-15.0	-23.8	0.0	-17.1	-40.9	-11.8	29.1	71.1
Saldo	19.2	-20.0	0.0	-17.1	-37.1	-10.4	26.7	72.1

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.8	1.4	-2.4	
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	2.0	1.3	-0.7	- Verzögerte Auszahlungen aus dem Agglomerationsprogramm
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 & 7 (Vorlage 5777)	1.6	0.0	-1.6	- Verzögerte Auszahlung aus dem Agglomerationsprogramm
- AVA: Doppelspurausbau (RRB Nr. 301/2022)	0.7	0.0	-0.7	- Noch keine Auszahlungen aus dem Agglomerationsprogramm, da Baustart noch nicht erfolgt ist
- Planungskorrektur -15%	-0.7	0.0	0.7	
- Übrige	0.2	0.1	-0.1	
Ausgaben total	-40.9	-11.8	29.1	
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-12.2	-2.6	9.6	- Aufgrund von Projektverzögerungen kam es im Berichtsjahr zu einem geringeren Mittelbezug.
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-10.1	-1.6	8.5	- Infolge der Verhandlungen mit der Stadt Zürich für eine Projektbeteiligung, konnten die Planungsarbeiten nicht wie geplant durchgeführt werden.
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 & 7 (Vorlage 5777)	-7.2	-1.2	6.0	- Schlussabrechnung der Linie 5 ausstehend sowie Projektverzögerungen bei der Linie 7
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	-6.0	-5.7	0.3	
- VBZ: Elektrifizierung Linie 80 (Vorlage 5862)	-3.3	-0.4	2.9	- Aufgrund des noch laufenden Plangenehmigungsverfahrens (PGV) konnte noch nicht mit den Bauausführungen gestartet werden.
- AVA: Doppelspurausbau . (RRB Nr. 301/2022)	-2.0	-0.3	1.7	- Bauprojekt konnte noch nicht gestartet werden aufgrund von Verzögerungen beim PGV.
- Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-3.0	-0.1	2.9	- Im Berichtsjahr wurden weniger Mittel an Gemeinden für Bushofprojekte bewilligt als geplant.
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-0.5	0.0	0.5	- Die Schlussabrechnung für die 2. Etappe ist noch ausstehend.
- VBZ: Wendeschleife Rehalp	-0.8	0.0	0.8	- Die Wendeschleife Rehalp wird entgegen den bisherigen Annahmen nicht über den Verkehrsfonds finanziert.
- Planungskorrektur -15%	4.2	0.0	-4.2	
- Übrige	-0.0	0.1	0.1	

5921 Flughafenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	-454.1	-454.4	-454.8	-0.4	-0.1
Finanzierung	454.1	454.4	454.8	0.4	0.1

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.2
- Zinsertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.2
Aufwand	-2.2	-3.1	0.0	0.0	-3.1	-2.6	0.4	13.8
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-2.1	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-2.0	0.5	19.4
Saldo	1.2	0.3	0.0	0.0	0.3	0.8	0.4	130.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.5		- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität, insbesondere infolge geringerer Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter
-0.1		- Höhere Subventionen nach § 3 der Verordnung zum Zürcher Fluglärm-Index für das Förderprogramm Wohnqualität und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden
0.0		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich der Strassen insbesondere gemäss Strassengesetz und Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	2233.6	2314.0	2309.1	-4.9	-0.2
Fondsbestand	-1837.2	-1858.8	-1896.5	-37.7	-2.0
Finanzierung	-396.4	-455.2	-412.6	42.6	9.4

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Gemessen am Fondsbestand fällt die Abweichung zwischen R25 und B25 geringfügig aus. Der Fondsbestand von 1.9 Mrd. Franken ist seinerseits in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abgeschrieben Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von rund 2.3 Mrd. Franken. Per Ende des Berichtsjahres besteht eine Nettoverschuldung von rund 413 Mio. Franken, hinzu kommen noch Zusicherungen für noch nicht beanspruchte, vom Kantonsrat und Regierungsrat genehmigte Kredite des Tiefbauamtes und des Amtes für Mobilität. Die entsprechenden Angaben werden im Finanzbericht, Abschnitt «Fonds im Eigenkapital», dargestellt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	470.6	443.3	0.0	0.0	443.3	459.1	15.8	3.6
- Buchgewinne (Liegenschaften)	16.4	3.0	0.0	0.0	3.0	12.2	9.2	305.7
- Ertrag Mineralölsteuer	26.7	25.8	0.0	0.0	25.8	25.5	-0.3	-1.1
- Ertrag LSVA	63.3	58.7	0.0	0.0	58.7	59.4	0.7	1.3
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	350.8	342.3	0.0	0.0	342.3	348.2	5.9	1.7
Aufwand	-413.5	-421.8	0.0	0.0	-421.8	-399.8	22.0	5.2
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-7.3	-7.3	0.0	0.0	-7.3	-7.3	-0.1	-1.3
- Übertrag an Tiefbauamt	-210.6	-222.6	0.0	0.0	-222.6	-205.9	16.8	7.5
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-157.8	-158.0	0.0	0.0	-158.0	-155.8	2.1	1.4
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.6	-12.5	0.0	0.0	-12.5	-12.5	-0.0	-0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.7	0.0	0.0
- Übertrag an AWEL	-16.0	-16.0	0.0	0.0	-16.0	-13.8	2.2	13.5
Saldo	57.2	21.5	0.0	0.0	21.5	59.2	37.7	175.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
37.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
16.8	A1	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt (LG 8400), insbesondere infolge geringerer Kosten im Bereich Staatsstrassen
9.2	A1	- Wertzunahme der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds im Berichtsjahr, hauptsächlich aufgrund einer Korrektur der im Vorjahr durchgeführten Neubewertung
5.9	A1	- Höherer Ertrag aus der Motorfahrzeugsteuer, Übertrag vom Strassenverkehrsamt (LG 3200)
2.3	A1	- Auflösung von Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern auf Verkäufen von Grundstücken des Strassenfonds aufgrund einer Neuberechnung im Berichtsjahr
2.2	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (LG 8500) für die Ausgaben im Bereich der Förderung von E-Ladestationen (Vorlage 5842a)
2.1	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität (LG 5205), insbesondere infolge tieferer Unterhaltungspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur
-0.7	A1	- Höherer interner Zinsaufwand von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds aufgrund der Anpassungen der im Vorjahr durchgeführten Neubewertung
-0.1		- Übrige Abweichungen

06

Gesundheits- direktion

Überblick	204
Legislaturziele	205
Gesundheit (Politikbereich 4)	205
Finanzierung	206
Übersicht	206
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	206
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	206
Personal- und Lohnstatistik	207
Beschäftigungsumfang	207
Lohnaufwand	207
Anstellungsverhältnisse	207
Parlamentarische Vorstösse	207
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	207
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	207
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	208
Leistungsgruppen	209
6000 Generalsekretariat	209
6010 Amt für Gesundheit	211
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	214
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	219
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	221
6400 Psychiatrische Versorgung	224
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	226
6900 Tierseuchenfonds	228

Überblick

Die Gesundheitsdirektion sorgt mit ihren vier Ämtern für eine qualitativ hochstehende, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung. Die Zürcherinnen und Zürcher sollen sich auf ein umfassendes Gesundheitswesen verlassen können. Dazu gehören neben sicheren Spitälern und weiteren medizinischen Institutionen auch einwandfreie Heil- und Lebensmittel sowie der Schutz vor Tierseuchen und Pandemien.

Hundegesetzgebung und Erweiterung der Rasse-typenliste II

Verantwortungsvolle Hundehaltende und gut ausgebildete Hunde sind für die Sicherheit im öffentlichen Raum zentral. Nachdem das Bundesgericht im Frühling 2024 die Beschwerde gegen die revidierte Hundeverordnung abgewiesen hatte, konnte die Umsetzung der neuen Gesetzgebung erfolgen. Neu müssen Ersthundehaltende und solche, die seit mehr als zehn Jahren keinen Hund mehr gehalten haben, einen Theoriekurs mit abschliessender Prüfung absolvieren. Ausserdem müssen künftig alle Hundehaltenden einen praktischen Ausbildungskurs von mindestens sechs Lektionen absolvieren. Die Lernziele und Lerninhalte der Hundekurse werden vom Veterinäramt festgelegt. Im Zuge der Qualitätssicherung der Hundekurse müssen alle Hundeausbildenden, die eine Bewilligung des Veterinäramtes beantragen möchten, eine theoretische und eine praktische Prüfung ablegen. Der Aufbau dieses Kurs- und Prüfungssystems erforderte im Berichtsjahr erhebliche Ressourcen. Dies auch, weil das Veterinäramt einen neuen Standard für Hundekurse setzt und einen tierschutzgerechten, gewaltfreien Umgang mit Hunden verbindlich festlegt.

Aufgrund zweier schwerer Beissvorfälle mit Kindern hat der Regierungsrat beschlossen, Rottweiler per 1. Januar des Berichtsjahres der Rassetypenliste II zuzuordnen. Damit dürfen keine Rottweiler mehr gehalten und gezüchtet werden und es dürfen keine neuen Tiere in den Kanton zuziehen. Für die rund 350 Rottweiler, die vor dem 1. Januar 2025 im Kanton registriert waren, mussten die Hundehaltenden eine Haltebewilligung beantragen. Einige Hundehaltende zogen aus dem Kanton weg. Bei den verbleibenden Hunden führte das Veterinäramt eine Wesensbeurteilung durch. 293 Gesuche für Haltebewilligungen wurden geprüft und teilweise Sofortmassnahmen verfügt. In vier Fällen wurden Beschlagnahmen wegen verbotener Hundehaltung veranlasst.

Pflegeheimbettenplanung

Die Pflegeheime leisten zusammen mit der ambulanten Pflege einen zentralen Beitrag an die Langzeitpflegeversorgung der Bevölkerung. Aufgrund des demografischen Wandels und des Bevölkerungswachstums nimmt der Anteil der älteren Bevölkerung deutlich zu.

Mit der Pflegeheimbettenplanung will der Kanton eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig tragbare Langzeitpflege sicherstellen. Die Gesundheitsdirektion hat in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons und der Gesundheitskonferenz Kanton Zürich die Grundlagen für eine neue Pflegeheimbettenplanung erarbeitet. Unter der Leitung des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich haben sich die 160 Zürcher Gemeinden eigenständig in 18 Versorgungsregionen organisiert. Den Versorgungsregionen und den Gemeinden kom-

men sowohl innerhalb des Projekts als auch in der künftigen Praxis eine wichtige Rolle zuteil.

Der Regierungsrat hat den provisorischen Versorgungsbericht sowie den Entwurf der Verordnung über die Planung der stationären Pflegeversorgung in die Vernehmlassung gegeben. Die Rückmeldungen fielen insgesamt positiv aus. Die Auswertung hat ergeben, dass eine Verankerung auf Gesetzesstufe erforderlich ist. Der Regierungsrat beschloss, die Grundlagen auf Gesetzes- statt Verordnungsstufe zu verankern, die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden expliziter zu regeln, und hat das teilrevidierte Pflegegesetz zuhauenden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 6055). Nach der Beratung durch den Kantonsrat 2026 und Inkrafttreten des Gesetzes wird das Antragsverfahren für Pflegeheime voraussichtlich Anfang 2027 starten. Die neue Pflegeheimliste tritt voraussichtlich im Frühling 2028 in Kraft.

Eindämmung übertragbarer Krankheiten

Migration, Reisen und klimatische Bedingungen begünstigen die Ausbreitung altbekannter Erreger wie Masern oder Diphtherie und schaffen neue Risiken, etwa durch Zoonose-Erreger wie Dengue- oder Chikungunya-Viren, Borreliose oder Vogelgrippe. Zum Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Krankheiten werden 54 meldepflichtige übertragbare Krankheiten und Erreger aktiv überwacht. Meldungen von Laboratorien, Spitälern sowie Ärztinnen und Ärzten werden laufend geprüft, priorisiert und epidemiologisch abgeklärt. Diese umfassende Überwachung ermöglicht sowohl die rasche Reaktion auf akute Ereignisse als auch die Beobachtung langfristiger Entwicklungen und die Ableitung von Präventionsmassnahmen. Wirksamer Infektionsschutz setzt voraus, dass Mensch, Tier und Umwelt gemeinsam betrachtet werden (One Health).

Im Berichtsjahr gingen über 27 000 Meldungen ein. Häufig gemeldet wurden Atemwegserkrankungen wie Grippe und Covid-19, sexuell übertragbare Infektionen wie Chlamydiose, Gonorrhoe und Syphilis sowie Infektionen mit Campylobacter, Salmonellen und enterohämorrhagischen Escherichia coli, die meist über kontaminierte Lebensmittel übertragen werden. Zunehmende Aufmerksamkeit erforderten Masern und Legionellose. Masern treten aufgrund von Impflücken, unter anderem bei Migrantinnen und Migranten, wieder vermehrt auf, wobei rascher Zugang zur medizinischen Versorgung und gezielte Impfangebote zentral sind. Legionellen können schwere Lungenentzündungen verursachen und in einem Teil der Fälle sogar tödlich verlaufen. Sie vermehren sich besonders in stehendem Wasser innerhalb sanitärer Installationen. Entscheidend für die Prävention sind daher eine fachgerechte Bewirtschaftung und Überwachung der Warm- und Kaltwassersysteme.

Tierseuchenbekämpfung

Tierseuchen sind ansteckende Krankheiten, die direkt von Tier zu Tier oder indirekt, beispielsweise über Menschen, Gegenstände oder Insekten, übertragen werden. Sie stellen nicht nur für die Tierwelt eine Gefahr dar, sondern auch für die Menschen, da einige Tierseuchen auf diese übertragen werden können. Ausserdem können Tierseuchen schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben. Im Berichtsjahr kam es im Kanton zu einem grossflächigen Ausbruch der Blauzungkrankheit, der bei Rindern und Schafen zu vielen Tier-

verlusten führte. Zudem wurden im nahen Ausland mit der Maul- und Klauenseuche und der Lumpy Skin Disease zwei hochansteckende Tierseuchen gemeldet, die das Veterinäramt in erhöhte Alarmbereitschaft versetzten. Zudem verbessert das Veterinäramt kontinuierlich seine Abläufe für mögliche Krisensituationen. So fanden im Berichtsjahr mehrere Übungen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest statt, es wurde eine Hundestaffel ausgebildet und die Drohnensuche nach toten Wildtieren im Fall eines Seuchenausbruchs wurde eingeführt. Ausserdem läuft das nationale fünfjährige Bekämpfungsprogramm gegen Moderhinke, eine schmerzhaft, ansteckende Klauenkrankheit, die vor allem Schafe betrifft.

Prävention und Gesundheitsförderung

Prävention und Gesundheitsförderung sind zentrale Bausteine des Gesundheitswesens, da sie die Gesundheit stärken und die Eigenverantwortung der Bevölkerung fördern. Als strategische Grundlage wurde ein kantonales Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung verabschiedet. Es definiert Leitlinien und Themenschwerpunkte für die Präventionsarbeit. Im Berichtsjahr wurde das bewährte kantonale Aktionsprogramm für Ernährung, Bewegung und psychische

Gesundheit bei älteren Menschen für weitere vier Jahre verlängert. Das Programm legt den Fokus unter anderem auf die Stärkung der Gesundheitskompetenz sowie auf Massnahmen für betreuende Angehörige und gegen Einsamkeit. Auch die Suizidprävention hat im Kanton eine lange Tradition. Bereits vor zehn Jahren lancierte der Kanton als einer der ersten der Schweiz ein Schwerpunktprogramm, an dem sich die Sicherheitsdirektion, die Gesundheitsdirektion, die Bildungsdirektion und die Baudirektion beteiligen. In der Suizidprävention wurden mitunter zahlreiche Schulungen durchgeführt, die sich an das Umfeld von gefährdeten Personen richteten. Ein besonderer Fokus lag auf der Prävention von psychischen Erkrankungen. In diesem Zusammenhang wurde die Kampagne «Wie geht's dir?» im Berichtsjahr weiterentwickelt. Im Mittelpunkt stehen sechs Impulse zur Stärkung der psychischen Gesundheit mit konkreten Handlungsanweisungen. Die gleichnamigen gelben Sitzbänkli machen das Thema psychische Gesundheit in den Gemeinden sichtbar, fördern den Austausch und tragen zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen bei. Das Angebot wird rege genutzt: Schon in über 50 Gemeinden steht ein solches Bänkli, das für das Miteinander und den Dialog steht.

Legislaturziele

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 4	Die integrierte Versorgung weiterentwickeln mit einem besonderen Fokus auf die hausärztliche, pädiatrische und psychiatrische Versorgung.		
RRZ 4a	Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.	6400 6300	2027 2027
RRZ 4b	Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.	6400 6300	2027 2027
RRZ 4c	Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.	6010 6200 6010	2027 2027 2027
RRZ 4d	Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.	6400 6300 6010 6000	2027 2027 2027 2027
RRZ 4e	Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.	6100 6010 6000	2027 2027 2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	713.7	760.0	0.0	0.0	760.0	753.8	-6.1	-0.8
Aufwand	-3099.0	-3093.0	-25.0	-3.7	-3121.7	-3290.8	-169.1	-5.4
Saldo	-2385.3	-2333.0	-25.0	-3.7	-2361.7	-2537.0	-175.3	-7.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.4	13.0	0.0	0.0	13.0	9.4	-3.7	-28.1
Ausgaben	-75.8	-2.8	0.0	-50.9	-53.7	-51.8	1.9	3.5
Saldo	-72.4	10.2	0.0	-50.9	-40.6	-42.4	-1.8	-4.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-175.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
31.9	6700	- Tiefere Prämienübernahmen als geplant sowohl im Asylbereich als auch bei den übrigen Sozialhilfe-beziehenden
11.9	6700	- Tieferer Aufwand bei der Prämienverbilligung an EL-Beziehende aufgrund der Entwicklung der Anzahl Fälle
8.4	6700	- Höherer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung als geplant
6.2	6700	- Minderaufwand für Verlustscheine
0.9	6400	- Tieferer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG
-2.1	6400	- Höherer Aufwand für stationäre Hospitalisationen, insbesondere kantonale Betriebe und ausserkan-tonale Leistungserbringer
-8.3	6300	- Angekündigte Tarifrückabwicklungen aufgrund neu abgeschlossener, rückwirkender Verträge
-14.2	6700	- Tieferer Übertrag aus der Sicherheitsdirektion für den Asylbereich
-72.8	6700	- Mehraufwand bei der IPV wegen einer höheren Prämienteuerung als prognostiziert und einer stärkeren Wirkung der Senkung des Eigenanteilssatzes 2025 als erwartet. Weiterer Mehrbedarf für definiti-ve Verfügungen der IPV-Anspruchsjahre 2021, 2023 und 2024.
-137.1	6300	- Höherer Aufwand für stationäre Hospitalisationen infolge Mehrleistungen und Tariferhöhungen. Die Teuerung mündete in verschiedenen Verhandlungsergebnissen mit Tariferhöhungen ab 2025 und rückwirkend.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-51.8			
- Darlehen für das Kinderspital gemäss RRB Nrn. 1185/2015 und 326/2024	-50.0	-250.0	-250.0	0.0
- Ersatz Analysegeräte, Kantonales Labor	-1.1	-1.1	-1.1	0.0
- Erneuerungen Fachapplikationen Betriebsregister und ISS sowie Folgeprojekte, Kantonales Labor	-0.3	-0.3	-0.3	0.0
- Elektronische Bewilligungsprozesse gemäss RRB Nr. 462/2022 (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung)	-0.4	-2.4	-1.6	-0.8
- Übrige	0.0			

Bemerkungen

Die getätigten Ausgaben für das Darlehen für den Neubau des Universitäts-Kinderspital Zürich setzen sich aus 50 Mio. Franken Staatsgarantie und 200 Mio. Franken direktes Kantonsdarlehen zusammen.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	327.0	326.9	330.2	3.3	1.0

Δ abs.	LG	Begründungen
3.3		Abweichungen total R25 zu B25
1.3	6100	- Für die Durchsetzung des Rottweilerverbots wurden 2.0 befristete Stellen geschaffen, die jedoch erst unterjährig besetzt werden konnten.
1.0	6100	- Erhöhung per 1. Januar 2025 gemäss RRB Nr. 496/2024
0.5	6100	- Anstellung für Projekt des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), saldo-neutral
0.5	6100	- Kompensation eines langzeiterkrankten Mitarbeiters durch Aushilfe
-0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
6000 Generalsekretariat	8387	9191	8759	-432	-4.7
6010 Amt für Gesundheit	10536	10539	10443	-96	-0.9
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	23226	24071	23582	-489	-2.0
Total	42149	43801	42784		

Bemerkungen

- 6000 Tieferer Lohnaufwand infolge späterer Besetzung verschiedener Profile
 6010 Tieferer Lohnaufwand infolge verzögerter Rekrutierung von Fachkräften mit spezifischem Anforderungsprofil
 6100 Rotationsgewinne infolge Pensionierung langjähriger Mitarbeitenden sowie Abbau von Ferien- und Mehrzeitguthaben

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000 Generalsekretariat	71	46	25	40	31
6010 Amt für Gesundheit	100	68	32	53	47
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	223	130	93	125	98
Total	394	244	150	218	176

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
208/2021	Massnahmen zur Eindämmung der übermässigen Vermehrung von Freigängerkatzen (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 208a/2021 vom 10.09.2025	16.11.2023
422/2023	Bedarfsgerechte individuelle Prämienvverbilligung (IPV) (Dringliches Postulat Martin Huber, Neftenbach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 422c/2023 vom 15.01.2025	29.01.2024
416/2024	Pflegende Angehörige (Postulat Jörg Kündig, Gossau, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 416a/2024 vom 10.12.2025	03.03.2025

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
323/2021	Einrichtung von Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt (Motion Silvia Rigoni, Zürich, und Mitunterzeichnende)	18.03.2024
38/2024	Herdenschutz Hunde sollen von Hundeabgabe befreit werden (Motion Hans Egli, Steinmaur, Silvia Rigoni, Zürich, und Judith Stofer, Dübendorf)	29.04.2024
367/2021	Attraktivität des Hausarztberufes (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, Nina Fehr Düssel, Küsnacht, und Claudia Hollenstein, Stäfa)	17.06.2024
77/2022	Förderung der praktischen Ausbildung der Gesundheitsberufe aller Stufen (Motion Pia Ackermann, Zürich, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
384/2021	Kreislaufwirtschaft im Gesundheitssektor (Postulat Florian Heer, Winterthur, Nora Bussmann Bolanos, Zürich, und Benjamin Walder, Wetzikon)	26.08.2024
325/2024	Weiterbildungsbeiträge für Assistenzärztinnen und -ärzte in ambulanten, vom SIWF und den Fachgesellschaften anerkannten Einrichtungen (Motion Josef Widler, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.01.2025
337/2024	Zulassung des Re-Erdigung als zusätzliche Bestattungsform neben der Erdbestattung und der Kremation (Einzelinitiative Herbert Ammann)	17.02.2025

312/2022	Überarbeitung Gesetzgebung Pflege (Motion Jörg Kündig, Gossau, Linda Camenisch, Wallisellen, und Astrid Furrer, Wädenswil)	07.04.2025
450/2022	Neues Pflege- und Betreuungsgesetz; Totalrevision Pflegegesetz (Motion Andreas Daurù, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	07.04.2025
60/2023	Pilotprojekt «Gesundheitszentrum Plus» (Postulat Pia Ackermann, Zürich, und Mitunterzeichnende)	07.04.2025
280/2025	Einführung eines systematischen Brustkrebsscreenings im Kanton Zürich (Postulat Nicola Yuste, Zürich, und Mitunterzeichnende)	01.12.2025

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben.

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
78/2022	Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich (Motion Jeannette Büsser, Horgen, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024

Die Motion fordert die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die rasche und konsequente Umsetzung der Pflegeinitiative im Kanton. Der Bundesrat und die eidgenössische Räte haben entschieden, die Pflegeinitiative in zwei Etappen umzusetzen. In der ersten Etappe wird eine Ausbildungsoffensive durchgeführt. Das entsprechende Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege ist am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (LS 811.4) und den dazugehörigen Verordnungen hat der Kanton zeitnah die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen, die rückwirkend auf den 1. Juli 2024 in Kraft getreten sind. Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 28. Oktober 2024 dem Erlass des Einführungsgesetzes einstimmig zugestimmt. Auf Basis der gesetzlichen Grundlagen hat der Regierungsrat zudem rund 100 Mio. Franken für die Förderung der Pflegeausbildungen auf der Tertiärstufe in den nächsten acht Jahren beschlossen (RRB Nr. 103/2024, Vorlage 5943).

Im Rahmen der zweiten Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative hat der Bundesrat dem Parlament im Mai des Berichtsjahres den Entwurf zum Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) vorgelegt. Mit diesem Gesetz sollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Pflegefachpersonen verbessert werden. Ende Oktober hat die vorberatende Kommission des Nationalrates die Bundesverwaltung mit einer vertieften Überprüfung der durch die Umsetzung des Bundesgesetzes erwarteten Mehrkosten beauftragt. Anfang Januar 2026 nahm die Kommission ihre Beratungen wieder auf und sprach sich für eine deutliche Überarbeitung der zweiten Umsetzungsetappe der Pflegeinitiative aus. Das Geschäft wird frühestens in der Frühjahrssession 2026 im Nationalrat behandelt werden.

Welcher Regelungsspielraum dem Kanton bei der Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative verbleiben wird, steht erst nach Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten auf Bundesebene fest. Unabhängig davon haben die Gesundheitsinstitutionen selbst den Handlungsbedarf erkannt und eigenständig verschiedene monetäre und nicht monetäre Verbesserungen vorgenommen. Dazu gehören zum Beispiel höhere Zulagen bei Nacht- und Sonntagsarbeit, ein Ausgleich von Pikettdiensten, flexible Schichtmodelle oder Job-Sharing-Modelle.

Den Forderungen der Motion, die Pflegeinitiative im Kanton rasch umzusetzen, ist der Regierungsrat mit der Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative und dem Bereitstellen der dazu notwendigen finanziellen Mittel nachgekommen (Vorlage 5943). In Bezug auf die Umsetzung der zweiten Etappe ist in einem ersten Schritt der Bund am Zug. Erst, wenn das Parlament das vorgelegte Bundesgesetz verabschiedet hat, kann der konkrete Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene und die Frage, ob allenfalls zusätzliche gesetzliche Grundlagen nötig sind, geklärt werden. Diese Klärung ist nicht innert der zur Umsetzung der Motion vorgegebenen Frist bis August 2026 möglich. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, die Motion KR-Nr. 78/2022 als erledigt abzuschreiben.

6000 Generalsekretariat

Die finanzielle Lage des Kinderspitals bleibt herausfordernd. Um das Risiko für den Kanton zu reduzieren, hat der Regierungsrat zwei Vertretungen in den Stiftungsrat entsendet (RRB Nr. 36/2025). Die Kantonsvertretungen und die Gesundheitsdirektion haben die Weiterentwicklung der Governance und die Umsetzung des Businessplans eng begleitet und die Interessen des Kantons wahrgenommen.

Weiter wurden die Umsetzungsarbeiten zu den Anpassungen des kantonalen Systems der individuellen Prämienverbilligung sowie zum indirekten Gegenvorschlag des Bundes zur abgelehnten Prämien-Entlastungs-Initiative vorangetrieben. Unter der Leitung der Gesundheitsdirektion wurde der

Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den kantonalen Spitälern zur Digitalisierung, zum Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Leistungserbringung und zum Schutz vor Cyberattacken intensiviert. Verwaltungsintern wurden die Prozesse und Regeln für den digitalen Umgang mit Informationen sowie mit Cybergefährdungen aktualisiert.

Die Digitalisierung der Leistungs- und Verwaltungsprozesse wurde weiter vorangetrieben. Wichtige Meilensteine wurden in den Projekten zu elektronischen Bewilligungen im Gesundheitswesen und zur digitalen Aktenführung im Veterinäramt erreicht. Im Gesetzgebungsbereich galt das Hauptaugenmerk weiterhin der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes.

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung der Direktionsvorsteherin
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	5	9	11	2	22.2
L2	Erledigte Rekurse	A2	34	65	55	-10	-15.4
L3	Parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	61	50	44	-6	-12.0
L8	Geführte Beteiligungen	A5	5	5	5	0	0.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich, in %	A1	7.4	3.5	3.6	0.1	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz, in %	A1	7.7	3.5	4.7	1.2	

Bemerkungen

- L2 Insgesamt sind weniger Fälle als erwartet eingegangen, weshalb eine tiefere Anzahl von formellen Erledigungen (wie Abschreibungen, Nichteintreten) angefallen ist. Von den älteren, materiell zu erledigenden Fällen konnten weniger Fälle als geplant erledigt werden, da die Aktenumfänge überdurchschnittlich gross waren.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Im Berichtsjahr wurde die Applikation «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» eingeführt. Für die Ausbildungsverpflichtung von Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen wurde ein neuer digitaler Prozess entwickelt. Zudem wurde die erste nationale Spitaldatenerfassung über die Bundesplattform SpiGes (Spitalstationäre Gesundheitsversorgung) durchgeführt, die wesentlich auf den Vorarbeiten des Kantons für die Fall- und Betriebsdatenerhebung nach dem Once-only-Prinzip beruht. Die vernetzte Zusammenarbeit mit Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser wurde weiter ausgebaut. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (vgl. auch RRZ 4e) soll der Regierungsrat die Kompetenz zur Festlegung von Standards für den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern erhalten.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zum Entwurf des totalrevidierten Gesundheitsgesetzes durchgeführt. Die Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Kantonsrates durch den Regierungsrat ist für das vierte Quartal 2026 geplant.

Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	58.9	61.0	60.6	-0.4	-0.6

Bemerkungen R25 zu B25

- 0.4 Verzögerungen infolge späterer Besetzung verschiedener Profile

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.6	0.0	0.0	1.6	1.5	-0.1	-7.7
Aufwand	-23.2	-18.3	0.0	-2.3	-20.5	-17.5	3.0	14.7
Saldo	-21.7	-16.7	0.0	-2.3	-18.9	-16.0	2.9	15.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-18.9	-0.9	0.0	0.0	-0.9		0.9	100.0
Saldo	-18.9	-0.9	0.0	0.0	-0.9		0.9	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.4	RRZ 4d	- Budget nicht ausgeschöpft aufgrund wenigen Eröffnungen des elektronischen Patientendossiers (EPD). Auf Bundesebene wurde am 5. November des Berichtsjahres das neue Bundesgesetz zum elektronischen Gesundheitsdossier (EGDG) an das Parlaments überwiesen. Bis zur Einführung des EGDG können nach wie vor EPDs eröffnet werden, was durch den Kanton Zürich weiterhin finanziert wird.
0.4	A2	- Tieferer Lohnaufwand infolge späterer Besetzung verschiedener Profile
0.2	A2	- Geringere Abschreibungen aufgrund nicht getätigter Investitionen
-1.0	A2	- Höhere Ausgaben für die Kontrolle des KVG-Obligatoriums durch die SVA Zürich (RRB Nr. 1539/2022)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.9	0.0	0.9	
- Projektportfolio Digitalisierung (Grundlage Digitalisierungsstrategie der GD) / Umsetzung der strategischen Initiativen	-0.7	0.0	0.7	- Die Ablösung von «Evidence» wurde aufgrund anderer Projekte depriorisiert und verschoben.
- Verschiedene «Kleinprojekte» und Hardware-Anschaffungen	-0.2	0.0	0.2	- Dieser Betrag wurde ursprünglich eingestellt für den Fall einer Verzögerung der PRZ-Migration. Mit dem Start der PRZ-Migration im Berichtsjahr wurde vereinbart, dass die GD-Serverinfrastruktur nicht mehr erneuert wird.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-347'256	0	0	-347'256	0

6010 Amt für Gesundheit

Im Rahmen der ersten Umsetzungsetappe der Pflegeinitiative wurden im Berichtsjahr den Ausbildungsbetrieben sowohl Beiträge zur Förderung der Pflegeausbildung als auch für innovative Pflegeprojekte ausgerichtet. Zudem wurden die Grundlagen für die vollständige digitale Erfassung und Verwaltung der Ausbildungsleistungen in der Pflege ab 2026 geschaffen.

Im Projekt Pflegeheimbettenplanung hat der Regierungsrat eine Vorlage zuhanden des Kantonsrates verabschiedet, mit der die Planungsgrundlagen neu auf Gesetzes- statt auf Verordnungsstufe verankert werden (Vorlage 6055). Diese Gesetzesrevision schafft die rechtlichen Grundlagen für die Erarbei-

tung einer von Grund auf neuen Pflegeheimliste. Für den Einsatz von pflegenden Angehörigen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat das Amt verbindliche Regeln ausgearbeitet. Diese stellen sicher, dass es keine finanziellen Fehlanreize gibt und dass die Pflegequalität gewährleistet bleibt.

Die erste Phase des Projekts zu elektronischen Bewilligungen im Gesundheitswesen wurde abgeschlossen. Ein erstes Modul der neuen Fachanwendung konnte planmässig in Betrieb genommen werden. Auch das Projekt für die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen wurde in Angriff genommen.

Aufgaben

- A1 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
A2 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	45	45	45	0	0.0
L2	Psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	15	15	15	0	0.0
L3	Ausstehende Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A1	8	8	8	0	0.0
L4	Erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung	A2	4610	5350	4291	-1059	-19.8
L5	Erteilte Bewilligungen zum Betrieb einer Institution	A2	575	650	514	-136	-20.9
L6	Erteilte Zulassung zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	A1	751	1000	835	-165	-16.5
B1	Nettoaufwand für die Aufgaben des Amtes für Gesundheit pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	9.9	12.6	12.4	-0.2	-1.6
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10; min.)	A1	7.4	8	7.6	-0.4	-5.0
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber Gesundheitsversorgung (Skala 1–10; min.)	A1	8	8	8.1	0.1	1.3
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10; min.)	A1	8.1	8	8.2	0.2	2.5

Bemerkungen

- L4, L5, Aufgrund der Systemumstellung auf die neue Fachapplikation Sirona innerhalb des Projekts «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» sowie der neuen Vorgaben im Rahmen der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe (GesBG) konnten weniger Bewilligungs- und Zulassungsverfahren abgeschlossen werden.
W1 Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht positiv entwickelt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Die im Vorjahr vom Regierungsrat zur Förderung der Pflege genehmigten Beiträge für die praktische Ausbildung in Pflegeinstitutionen wurden im Berichtsjahr erstmals ausbezahlt. Ein Grossteil dieser Beiträge diente der Vergütung der geleisteten Ausbildungswochen. Darüber hinaus wurden innovative Ausbildungsprojekte in verschiedenen Institutionen gefördert. Zur Reduktion des administrativen Aufwands für alle Beteiligten wurde im Berichtsjahr ein Informatiktool entwickelt, das es ermöglicht, die Ausbildungsleistungen digital zu erfassen und zu verwalten. Seine Einführung erfolgt Anfang 2026.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4c Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.

Im Berichtsjahr startete das vierjährige kantonale Aktionsprogramm «Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen» (RRB Nr. 1126/2024) mit rund 30 Projekten zur psychischen Gesundheit. Ein zentraler Bestandteil des Programms ist die Stärkung der Gesundheitskompetenz der angesprochenen Bevölkerungsgruppe. Parallel dazu wurden die Vorarbeiten zur Umsetzung der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» (Vorlage 5920a) aufgenommen. Zudem unterstützte der Kanton im Berichtsjahr sechs weitere Einzelprojekte zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Im Berichtsjahr wurde die Applikation «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» eingeführt. Für die Ausbildungsverpflichtung von Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen wurde ein neuer digitaler Prozess entwickelt. Zudem wurde die erste nationale Spitaldatenerfassung über die Bundesplattform SpiGes (Spitalstationäre Gesundheitsversorgung) durchgeführt, die wesentlich auf den Vorarbeiten des Kantons für die Fall- und Betriebsdatenerhebung nach dem Once-only-Prinzip beruht. Die vernetzte Zusammenarbeit mit Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser wurde weiter ausgebaut. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (vgl. auch RRZ 4e) soll der Regierungsrat die Kompetenz zur Festlegung von Standards für den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern erhalten.

Planmässig 2027

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zum Entwurf des totalrevidierten Gesundheitsgesetzes durchgeführt. Die Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Kantonsrates durch den Regierungsrat ist für das vierte Quartal 2026 geplant.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
83.0	81.3	80.7	-0.6	-0.7

Bemerkungen R25 zu B25

-0.6 Vakanzen infolge verzögerter Rekrutierung von Fachkräften mit spezifischem Anforderungsprofil.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.2	9.5	0.0	0.0	9.5	8.6	-0.9	-9.9
Aufwand	-22.1	-30.1	0.0	-1.4	-31.5	-28.8	2.7	8.5
Saldo	-15.9	-20.6	0.0	-1.4	-21.9	-20.2	1.7	7.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0							
Ausgaben	-0.6	-0.5	0.0	-0.7	-1.2	-0.4	0.8	64.7
Saldo	-0.6	-0.5	0.0	-0.7	-1.2	-0.4	0.8	64.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.4	A1	- Tieferer Transferaufwand insbesondere aufgrund Verschiebungen im Projekt Pflegeinitiative
0.2	A1, A2	- Weniger Abschreibungen aufgrund von tieferen Investitionen
0.2	A1, A2	- Tieferer Informatikaufwand insbesondere aufgrund von Verzögerungen im Projekt «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen»
0.1	A1, A2	- Tieferer Lohnaufwand infolge verzögerter Rekrutierung von Fachkräften mit spezifischem Anforderungsprofil
-0.3	A1	- Höhere Verrechnungen seitens AFI für DAP und Lizenzen sowie nicht budgetierte Zahlung an das Institut für Hausarztmedizin der Universität Zürich für den Aufbau neuer Qualitätsprogramme
-0.9	A1	- Geringere Bundesbeiträge im Rahmen der Umsetzung des Projekts Pflegeinitiative
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.2	-0.4	0.8	
- Elektronische Bewilligungsprozesse gemäss RRB Nr. 462/2022 (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung)	-0.8	-0.4	0.4	- Weniger Ausgaben als budgetiert aufgrund einer angepassten Projektplanung und damit einhergehenden Verschiebungen von Arbeiten in das Folgejahr
- Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS): Umstellung Rechnungskontrolle	-0.3	0.0	0.3	- Verschiebungen im Zeitplan aufgrund unklarer Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene
- Weiterentwicklung Fachapplikationen	-0.1	0.0	0.1	- Die Weiterentwicklung von SDEP zur Sicherstellung der Datenlieferung nach SpiGes an das BFS konnte mit weniger Budget als geplant vollzogen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -387 886	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -387 886	Veränderung Bestand 0

6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt

Die Kantonale Heilmittelkontrolle führte im Berichtsjahr rund 460 Inspektionen in Arzneimittelherstellungs- und -handelsbetrieben sowie in Abgabebetrieben und Blutlagern durch. Zudem überprüfte sie die Aufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten in Arzt- und Zahnarztpraxen und beurteilte von den Abgabebetrieben nach deren eigener Formel hergestellte, nicht zulassungspflichtige Arzneimittel. Auf der personellen Seite stand das Berichtsjahr im Zeichen des Wechsels in der Amtsleitung.

Die Kernaufgaben des Kantonalen Labors, die Lebensmittelkontrolle, der Vollzug des Chemikalienrechts, der Vollzug des neuen Tabakproduktegesetzes und die Kontrolle der Solarien, konnten planmässig wahrgenommen werden. In der Analytik stand unter anderem der Nachweis von Rückständen von

per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in tierischen Produkten im Fokus. In Zusammenarbeit mit dem Zürcher Bauernverband wurde zudem ein PFAS-Monitoring der Milch realisiert, das auf freiwilliger Basis stattfand und an dem sich fast alle Zürcher Milchbetriebe beteiligten.

Im Vordergrund standen zudem die Bewältigung der Blauzungkrankheit, der Vogelgrippe und der Moderhinke sowie die Vorsorge gegen die Afrikanische Schweinepest und gegen die im Berichtsjahr in der Westschweiz erstmals aufgetretene Lumpy Skin Disease. Die Ausbildungspflicht für Hundehaltende wurde zeitgerecht eingeführt. Im Rahmen der Umsetzung des Rottweiler-Verbots prüfte das Veterinäramt 293 Gesuche um Haltebewilligungen.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien und nichtionisierende Strahlung (Betriebs- und Marktkontrollen, Kontrolle von Solarien)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1 Bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	18067	17000	18432	1432	8.4
L2 Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	519	610	491	-119	-19.5
L3 Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5522	5400	5586	186	3.4
L4 Mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	12906	12500	12916	416	3.3
L5 Chemische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	15539	15000	16533	1533	10.2
L6 Untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	20300	19500	21459	1959	10.0
L7 Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	85	100	114	14	14.0
L8 Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht, z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	759	718	746	28	3.9
L10 Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht, z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	1910	2017	2431	414	20.5
L11 Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	3154	3700	3200	-500	-13.5
L12 Durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	2977	3200	2650	-550	-17.2
L13 Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	182140	195000	178922	-16078	-8.2
L14 Durchführungskontrollen bei Tierversuchen bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	101	100	102	2	
L15 Kontrollen in Versuchstierhaltungen/-zuchten bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	105	100	98	-2	
L16 Erfüllungsgrad bundesrechtlicher Vorgaben betreffend Betriebskontrollen beim Vollzug Lebensmittelrecht, in % (Zielwert)	A2	95	100	95	-5	
B1 Nettoaufwand für Aufsicht und Bewilligungen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		15.21	16.9	16.7	-0.2	-1.2

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
W1 Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel, in % (min.)	A1	76	80	73	-7	
W2 Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A2	96	95	96	1	
W3 Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten, in % (min.)	A2	91	80	93	13	
W5 Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	292	321	333	12	3.7
W6 Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind, in %	A5	97	100	100	0	
W7 Gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	76	90	78	-12	-13.3
W8 Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A6	76	75	60	-15	
W9 Anteil aller chemischen Produkte mit gesundheitlicher Gefahr im Produktregister des BAG mit nach den Vorgaben gemeldeter Zusammensetzung (UFI), in % (min.)	A3	37	60	45	-15	

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Medizinal- und Gesundheitsberufe mit Berufsausübungsbewilligung (Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Optometristinnen und Optometristen) ist angestiegen, wodurch es zu einer Erhöhung der Kundendossiers kam.
- L2 Die Inspektionen bei den durch Swissmedic bewilligten Betrieben konnten vollumfänglich gemäss den bundesrechtlichen Anforderungen vorgenommen werden. Bei den kantonal bewilligten Betrieben war es infolge personeller Engpässe nicht möglich, sämtliche Inspektionen turnusgemäss durchzuführen. Inspektionen auf Hinweise oder aus spezifischem Anlass wurden jedoch innerhalb angemessener Frist umgesetzt.
- L4, L5, L6 Es wurden zusätzliche Proben im Auftrag von Trinkwasserversorgungen für Abklärungen von Ereignisfällen sowie im Rahmen des Nationalen Fremdstoffuntersuchungsprogramms, des Milchmonitorings und der nationalen PFAS-Kampagne geprüft.
- L7 Eine höhere Anzahl an Inspektionen wurde durchgeführt aufgrund des Einsatzes zusätzlicher Ressourcen über die gemeinsame Koordinationsstelle Vollzug Chemikalienrecht Ostschweiz und Fürstentum Liechtenstein.
- L10 Die Anzahl Bewilligungen verursacht durch Hundeausbildner, Haltebewilligungen für Rottweiler und Tierversuche (Ergänzungsgesuche) nahm zu.
- L11 Infolge Stagnation der Hundepopulation und der Fallzahlen traf die erwartete Zunahme nicht ein, was eine positive Entwicklung darstellt.
- L12 In der Primärproduktion wurden weniger Routinekontrollen durchgeführt infolge der Ressourcenverschiebung wegen der Bekämpfung von Tierseuchen und einem längeren Ausfall eines Mitarbeiters in der Fleischkontrolle. Die Bundesvorgaben wurden unverändert eingehalten.
- L13 Die Unterschreitung des Budgetwerts hat mit der Erhebung des Indikators zu tun, der sich auf die Zahl Fleischkontrollen (pro Tier) bezieht und nicht auf die Schlachtmenge (Gewicht). Es wurden erheblich mehr Kühe und Rinder und weniger Schweine und Geflügel geschlachtet, was sich im Kilogramm-Wert des Schlachtgewichts manifestiert, aber mit der Anzahl der Fleischkontrollen nicht zum Ausdruck kommt.
- L16 Es kam zu längeren Krankheitsausfällen, die nicht vollständig kompensiert werden konnten.
- W1 In den Wirkungsindikator fliessen die Ergebnisse verschiedener Betriebstypen ein, die in ihrem Kontrollaufwand nicht zu vergleichen sind. Anlässlich der risikobasierten Selektion von Betrieben wurden kritische Schwachstellen vor allem bei der Abgabe von Arzneimitteln bzw. bei der Aufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten festgestellt.
- W3 Der Prozess der Betreuung der Betriebe nach der ersten Kontrolle wurde optimiert.
- W5 Der Indikator wurde im Hinblick auf das laufende Moderhinkebekämpfungsprogramm hoch angesetzt. Die Moderhinkefälle blieben zwar hinter den budgetierten Zahlen zurück, dafür füllte der Ausbruch der Blauzungenkrankheit diese Lücke.
- W7 Die Vorfälle bewegen sich auf Vorjahresniveau und die prognostizierte Zunahme hat nicht stattgefunden, was eine positive Entwicklung darstellt.
- W8 Eine risikobasiertere Kontrolltätigkeit sowie die konsequente Weiterbildung der Kontrolleurinnen und Kontrolleure bezüglich der Uniformität der Bewertung und der Beurteilung von Mängeln nach Bundesvorgaben haben zu vermehrten Feststellungen geführt.
- W9 Die Verantwortung für die Erfassung im Produktregister des Bundesamtes für Gesundheit liegt bei den Unternehmen. Infolge organisatorischer Mängel hat ein Unternehmen mit hohem Produktanteil die Einträge nicht ordnungsgemäss nachgeführt. Entsprechende Korrekturmassnahmen wurden angeordnet.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zum Entwurf des totalrevidierten Gesundheitsgesetzes durchgeführt. Die Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Kantonsrates durch den Regierungsrat ist für das vierte Quartal 2026 geplant.

Stand bis

Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	185.2	184.7	188.9	4.2	2.3

Bemerkungen R25 zu B25

- 0.8 KHZ: Aufgrund von krankheitsbedingten Langzeitabwesenheiten mussten zur Sicherstellung des Tagesgeschäfts mehrere Aushilfskräfte in der Abteilung Bewilligungen & Sekretariat temporär angestellt werden.
- 1.0 KLZH: Erhöhung per 1. Januar des Berichtsjahres gemäss RRB Nr. 496/2024 (Vollzug Umsetzung nationales Tabakproduktegesetz)
- 0.5 KLZH: Anstellung für Projekt des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), saldoneutral
- 0.5 KLZH: Kompensation eines langzeiterkrankten Mitarbeitenden durch Aushilfe
- 1.3 VETA: Für die Durchsetzung des Rottweilerverbots wurden 2.0 befristete Stellen geschaffen (RRB Nr. 1329/2024), die jedoch erst unterjährig besetzt werden konnten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.2	15.1	0.0	0.0	15.1	15.0	-0.2	-1.2
Aufwand	-39.7	-42.6	0.0	-0.1	-42.7	-42.1	0.6	1.4
Saldo	-24.6	-27.5	0.0	-0.1	-27.5	-27.1	0.4	1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-1.4	0.0	-0.6	-2.0	-1.4	0.7	32.7
Saldo	-1.3	-1.4	0.0	-0.6	-2.0	-1.4	0.7	32.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.3	A4, A5, A6	- VETA: Minderausgaben infolge Verzögerung bei der Vergabe beim Projekt DigiAct
0.2	A2, A3	- KLZH: Rotationsgewinne infolge Pensionierung von langjährigen Mitarbeitenden
0.2	A2, A3	- KLZH: Mehreinnahmen bei den Gebühren infolge der höheren Anzahl von durchgeführten Prüfungen (vgl. Indikatoren 4 und 5)
0.2	A4, A5, A6	- VETA: Minderausgaben bei den Verbrauchsmaterialien infolge tieferen Bedarfs und tieferer Preise
0.1	A4	- VETA: Die Sachkosten im Zusammenhang mit der Tierseuche Moderhinke fielen aufgrund der geringeren Anzahl Fälle günstiger aus
-0.6	A4	- VETA: Mehraufwand für Entschädigungen für verwendete Tiere und externe Dienstleistende (Tierärzte, Labore) infolge Ausbruch Blauzungenkrankheit
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.0	-1.4	0.7	
- Weiterentwicklung Fachapplikation, Heilmittelkontrolle	-0.2	0.0	0.2	- Weiterentwicklung der Fachapplikation wurde aufgrund anderer Projekte depriorisiert und verschoben.
- Digitale Aktenführung (DigiAct), Veterinäramt	-0.4	0.0	0.4	- Verzögerung im Vergabeverfahren: Das Evaluationsverfahren war aufgrund von Sicherheitsabklärungen betreffend Datenhaltung aufwendiger als geplant.
- Ersatz Analysegeräte, Kantonales Labor	-1.1	-1.1	0.0	
- Erneuerungen Fachapplikationen Betriebsregister und ISS sowie Folgeprojekte, Kantonales Labor	-0.3	-0.3	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-690884	33479	0	-657405	33479

Bemerkungen
 Verwendung für interne Anlässe

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Unter den 814 gültigen Bewilligungen wurden im Kalenderjahr 2024 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt:

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	anderer Zusammen- hang	Total	davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	71 185	12 844	32	152	867	298	85 378	11 861
Ratten	1 899	86	0	21	611	57	2 674	1 310
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	0	0	0	0	0	0	0	0
andere Nager	0	0	0	0	0	0	0	0
Kaninchen	58	17	0	0	0	1	76	9
Hunde	167	9	0	197	303	296	972	781
Katzen	42	181		22	12	28	285	236
Primaten	10	0	0	0	0	72	82	82
Rindvieh	7	0	24	98	1 043	586	1 758	862
Schafe, Ziegen	30	43	0	0	61	22	156	69
Schweine (einschliesslich Minipigs)	17	104	0	0	181	98	400	273
Pferde, Esel	26	79	0	29	383	23	540	292
Vögel (einschliesslich Geflügel)	629	0	0	0	55	154	838	569
Amphibien, Reptilien	973	0	0	0	25	0	998	388
Fische	1 820	0	960	0	236	1 810	4 826	1 295
diverse Säuger	1 281	0	0	0	185	8	1 474	22
Wirbellose	0	0	0	0	0	59	59	0
Total	78 144	13 363	1 016	519	3 962	3 512	100 516	18 049
in %	77.7	13.3	1	0.5	3.9	3.5	100	18.0

Im Jahr 2024 wurden 216 Bewilligungen neu erteilt, fünf Gesuche wurde abgelehnt und 16 Gesuche wurden zurückgezogen. Zusätzlich wurden 328 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt. Wie im Vorjahr wurde auch 2024 keine Bewilligung entzogen. Es wurde 2024 ein Rekurs gegen eine Bewilligung des Veterinäramtes eingereicht.

Die Tierversuchskommission bearbeitete im Berichtsjahr alle Gesuche zu Tierversuchen, in denen die Tiere Belastungen erfahren haben. Neben drei Workshops zum Thema «Gewichtung

Erkenntnisgewinn» beriet sie an 14 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 62 neue und 15 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad. Das Veterinäramt überprüfte 2024 die Durchführung von 168 der 814 laufenden Tierversuchsprojekte. In allen 39 Versuchstierhaltungen fanden Kontrollen statt, wobei das Veterinäramt 103 Teilkontrollen und Mitglieder der Tierversuchskommission weitere 58 Teilkontrollen zur Haltung, Zucht und Pflege der Tiere oder zur Dokumentation vornahmen.

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Im Berichtsjahr wurden 27 440 Infektionsmeldungen bearbeitet. Die Einführung der Applikation eMMA (elektronische Meldungen und Massnahmen) ermöglichte eine umfassende Digitalisierung der Meldeprozesse und eine effizientere Fallbearbeitung. Die steigende Zahl an Infektionskrankheiten stellte die Infektionskontrolle besonders im Asylbereich vor grosse Herausforderungen. Mit gezielten Massnahmen, darunter Contact Tracing, Immunitätsabklärungen, Quarantäne und Impfkampagnen, konnte die Verbreitung von Krankheiten wie Masern oder Diphtherie eingedämmt werden.

Auf der Grundlage des kantonalen Konzepts für Prävention und Gesundheitsförderung wurde die nächste Phase des Aktionsprogramms für Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei älteren Menschen verabschiedet (RRB Nr. 1209/2025). In der Suizidprävention wurden zahlreiche Schulungen durchgeführt, die sich an das Umfeld von gefährdeten Personen richteten. Zur Förderung der psychischen Gesundheit sowie zur Suizid- und Suchtprävention bei jungen Erwachsenen wurden verschiedene Kampagnen durchgeführt. Weitere Schwerpunkte lagen auf Massnahmen gegen den Tabakkonsum und den übermässigen Medienkonsum.

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung, inkl. Prüfung der Wirtschaftlichkeit (min.; Zielwert)	A1	0	1	1	0	
L2	Magazin «Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	53	100	101	1	1.0
L6	HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	1982	1800	1768	-32	-1.8
L7	HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	27 817	25 000	34 712	9 712	38.8
L9	Von regionalen Suchtpräventionsstellen beratene Personen (min.; Zielwert)	A4	49 727	28 000	53 257	25 257	90.2
L13	Verteilte Informationsmaterialien (Broschüren, Kleinplakate usw.)	A2, A4		150 000	188 150	38 150	25.4
L14	Verteiltes Jugendschutzmaterial (Suchtprävention)	A4		100 000	178 262	78 262	78.3
L15	Anzahl Schulungen für Fachpersonen	A2, A4		85	89	4	4.7
B2	Nettoaufwand für die Prävention und Gesundheitsförderung pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2, A3, A4	8.5	7.5	6.0	-1.5	-20.0
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt, in % (min.)	A2	67.5	50	66	16	
W2	Besuche auf den von Gesundheitsförderung und Prävention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	210 726	190 000	235 107	45 107	23.7
W3	Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3 302	3 500	3 411	-89	-2.5
W4	Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2 788	2 800	2 814	14	0.5
W5	Selbsttötungen (max.)	A2	158	180	173	-7	-3.9
W6	Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	73	110	87	-23	-20.9
W7	Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	7	15	11	-4	-26.7
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen, in % (min.)	A3	95	95	95	0	

Bemerkungen

- L5 Im Vergleich zum Vorjahr wurden alle Umgebungsuntersuchungen im Kanton gezählt, unabhängig davon ob der Indexpatient in Zürich wohnhaft war (52 Fälle) oder ausserhalb (49 Fälle). Bisher wurden nur die Umgebungsuntersuchungen von in Zürich wohnhaften Personen ausgewiesen.
- L7 Seit 2024 wird die HPV Impfung verstärkt auch als Basisimpfung für Jungen empfohlen. Zudem haben das Bundesamt für Gesundheit und die Eidgenössische Kommission für Impffragen im Berichtsjahr das Durchimpfungsziel für die Basisimpfung von 80% auf 90% erhöht. Der Impfbedarf von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton bleibt hoch, wie sowohl die Durchimpfungsstudie als auch die hohe Inanspruchnahme des HPV-Impfprogramms zeigen.
- L9 Die Anzahl Beratungen bewegte sich im selben Umfang wie im Vorjahr. Die Nachfrage nach Beratungsdienstleistungen der Suchtpräventionsstellen war konstant hoch.

- L13, L14 Die Nachfrage nach Informations- und Jugendschutzmaterialien war hoch, insbesondere da viele Veranstaltungen stattfanden. Die Budgetwerte dieser neuen Indikatoren wurden zu tief angesetzt. Sie werden auf Basis der Erfahrungswerte korrigiert.
- B2 Dank günstiger Entwicklungen bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten (keine Ausbrüche in Gemeinden oder Zwangsisolationen bei Tuberkulosepatientinnen und -patienten) wie auch infolge einer tiefer als erwarteten Schlussabrechnung eines Impfzentrums konnte der Nettoaufwand gesenkt werden.
- W1 Der Anteil der Bevölkerung, der die beiden Gesundheitsförderungs- und Präventionskampagnen kennt, bewegte sich auf demselben Niveau wie im vergangenen Jahr. Der Bekanntheitsgrad ist konstant hoch.
- W2 Gegenüber dem Vorjahr wurden zwei weitere Webseiten dazugezählt, daher ist der Wert gegenüber dem vergangenen Jahr leicht erhöht.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4c Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.

Im Berichtsjahr startete das vierjährige kantonale Aktionsprogramm «Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen» (RRB Nr. 1126/2024) mit rund 30 Projekten zur psychischen Gesundheit. Ein zentraler Bestandteil des Programms ist die Stärkung der Gesundheitskompetenz der angesprochenen Bevölkerungsgruppe. Parallel dazu wurden die Vorarbeiten zur Umsetzung der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» (Vorlage 5920a) aufgenommen. Zudem unterstützte der Kanton im Berichtsjahr sechs weitere Einzelprojekte zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.9	6.1	0.0	0.0	6.1	7.3	1.2	19.2
Aufwand	-20.6	-16.8	0.0	0.0	-16.8	-17.0	-0.2	-1.0
Saldo	-13.7	-10.7	0.0	0.0	-10.7	-9.7	1.0	9.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0					0.0	0.0	0.0
Ausgaben								
Saldo	0.0					0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.3	A3	- Geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Schlussabrechnung eines Impfzentrums.
0.3	A3	- Die Reserve für die Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen (z.B. in Form von Zwangsisolationen bei Tuberkulosepatienten oder Aufträgen an Bezirksärzte im Rahmen von Krankheitsausbrüchen) mussten nicht ausgeschöpft werden.
0.2	A2	- Das Budget im Bereich Präventionsmassnahmen orale Gesundheit wurde mangels Anträge nicht ausgeschöpft.
0.1	A1	- Die Einführung des Tools eMMa zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten hat sich infolge detaillierter Ausarbeitung eines ISDS-Konzepts und Erstellung der Leistungsvereinbarung verzögert.
0.1		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Im Berichtsjahr fanden Inspektionen in fünf Spitälern statt, um die im Rahmen der Zürcher Spitalliste 2023 Akutsomatik gestellten Anforderungen zu überprüfen. Insgesamt konnte den inspizierten Spitälern ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Ergänzend dazu wurde ein Finanzmonitoring eingeführt, um die Lage der Zürcher Spitäler systematisch zu beobachten und potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen. Die publizierten Jahresergebnisse der Spitäler zeigen im Übrigen eine deutliche Verbesserung der finanziellen Situation bei den meisten Listenspitälern gegenüber den Vorjahren.

Aufgrund einer Beschwerde gegen die Zürcher Spitalliste 2023 Rehabilitation konnte diese zunächst nicht umgesetzt

werden. Das Bundesverwaltungsgericht als letzte Instanz ist auf die Beschwerde nicht eingetreten. Damit konnte auch diese Spitalliste in Kraft treten. Mit ihr kommt die neue kantonale Reha-Strategie zum Tragen, die auf eine akutspital- und wohnortnahe Versorgung ausgerichtet ist und die Zugänglichkeit zu Reha-Leistungen deutlich verbessert.

Der im Vorjahr eingeführte Aufsuchende Dienst Forensic Nurses, zu dessen wichtigsten Aufgaben die forensische Dokumentation von Gewalthandlungen an Opfern zählt, bewährt sich weiter. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den über 50 nachträglich eingereichten Anzeigen von Opfern häuslicher und sexueller Gewalt seit der Einführung des Dienstes.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	217 800	214 216	225 100	10 884	5.1
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	4.9	5	4.8	-0.2	-4.0
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich	A1	45 917	41 600			
L4	Reha: Stationäre Pflegetage KVG ZH, IV ZH	A2	304 830	325 603	315 836	-9 767	-3.0
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A2	25.0	25.1	25.2	0.1	0.4
L6	Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	2 067	2 113	2 143	30	1.4
L7	Personen mit stationärem Aufenthalt (ohne Mehrfachzählungen; KVG ZH, IV ZH)	A1, A2	141 568	154 200	144 854	-9 346	-6.1
B1	Somatik: Subventionen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr. (max.)	A1	38.9	40.3	41.1	0.8	2.0
B2	Somatik: Referenztarif, nicht universitäre Spitäler, in Fr.	A1	9 864	9 864	9 990	126	1.3
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Zufriedene und sehr zufriedene Patientinnen/Patienten, in % (min.)	A1, A2	74	80	85	5	
W2	Zürcher Reha-Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A2	29	31	27	-4	
W3	Zürcher Spitäler mit bestandenem Audit (Leistungsanforderungscontrolling), in % (min.)	A1, A2		95	100	5	

Bemerkungen

- L1 Die Inanspruchnahme von stationären Leistungen war hoch (Bevölkerungswachstum, generelle Erhöhung der Inanspruchnahme von Leistungen).
- L3 Da die Daten für das Berichtsjahr zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Geschäftsberichts noch nicht vorlagen, ist die Angabe gemäss Rechnung des Vorjahres (R24) der aktuellste Wert für diese Kennzahl.
- L7 Für das Berichtsjahr wurde der Indikator einschliesslich Rehabilitationsfälle budgetiert. In der Rechnung 2025 wurden hingegen nur stationäre Normfälle (ohne Rehabilitationsfälle) ausgewiesen. Deshalb sind die Werte von B25 und R25 nicht vergleichbar. Ab dem Geschäftsbericht 2026 werden Budget- und Ist-Werte wieder methodisch einheitlich ausgewiesen und damit vergleichbar sein.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4a Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.

Für die Verbesserung der ärztlichen Grundversorgung im Kanton hat der Regierungsrat die Subventionen für das Hausarztprogramm des Universitätsspitals Zürich und des Instituts für Hausarztmedizin der Universität Zürich auf 3,2 Mio. Franken erhöht (RRB Nr. 404/2025). Weiter wurde das Projekt «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» zur langfristigen Sicherstellung der Grundversorgung gestartet und ein Projekt zur Förderung der hausärztlichen Versorgung im Zürcher Unterland unterstützt. Ein weiteres Projekt fördert den Einsatz von Advanced Practice Nurses in der Versorgung.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Die im Vorjahr vom Regierungsrat zur Förderung der Pflege genehmigten Beiträge für die praktische Ausbildung in Pflegeinstitutionen wurden im Berichtsjahr erstmals ausbezahlt. Ein Grossteil dieser Beiträge diente der Vergütung der geleisteten Ausbildungswochen. Darüber hinaus wurden innovative Ausbildungsprojekte in verschiedenen Institutionen gefördert. Zur Reduktion des administrativen Aufwands für alle Beteiligten wurde im Berichtsjahr ein Informatiktool entwickelt, das es ermöglicht, die Ausbildungsleistungen digital zu erfassen und zu verwalten. Seine Einführung erfolgt Anfang 2026.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Im Berichtsjahr wurde die Applikation «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» eingeführt. Für die Ausbildungsverpflichtung von Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen wurde ein neuer digitaler Prozess entwickelt. Zudem wurde die erste nationale Spitaldatenerfassung über die Bundesplattform SpiGes (Spitalstationäre Gesundheitsversorgung) durchgeführt, die wesentlich auf den Vorarbeiten des Kantons für die Fall- und Betriebsdatenerhebung nach dem Once-only-Prinzip beruht. Die vernetzte Zusammenarbeit mit Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser wurde weiter ausgebaut. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (vgl. auch RRZ 4e) soll der Regierungsrat die Kompetenz zur Festlegung von Standards für den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern erhalten.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10.8	10.5	0.0	0.0	10.5	10.2	-0.3	-2.5
Aufwand	-1497.3	-1399.5	-25.0	0.0	-1424.5	-1573.3	-148.9	-10.4
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-62.8	-65.7	0.0	0.0	-65.7	-67.0	-1.3	-1.9
- Subventionen gemäss § 20 SPFG	-35.0		-25.0	0.0	-25.0	-25.0	0.0	0.0
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-1486.5	-1389.0	-25.0	0.0	-1414.0	-1563.1	-149.1	-10.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.4	13.0	0.0	0.0	13.0	9.3	-3.7	-28.4
Ausgaben	-55.0	0.0	0.0	-49.5	-49.5	-50.0	-0.5	-1.0
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-51.6	13.0	0.0	-49.5	-36.5	-40.7	-4.2	-11.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-149.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-0.4	A1, A2	- Minderertrag Regress, indem weniger Fälle durch andere Versicherungen (Unfall, Haftpflicht) übernommen wurden
-1.3	A1, A2, RRZ 4a	- Mehraufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG
-1.6	A1, A2	- Mehraufwand für Hospitalisationen gegenüber im Ausland wohnhaften Schweizer Rentnerinnen und Rentnern
-8.3	A1, A2	- Angekündigte Tarifrückabwicklungen aufgrund neu abgeschlossener, rückwirkender Verträge
-137.1	A1, A2	- Höherer Aufwand für stationäre Hospitalisationen infolge Mehrleistungen und Tarifierhöhungen. Die Teuerung mündete in verschiedenen Verhandlungsergebnissen mit Tarifierhöhungen ab 2025 und rückwirkend.
-0.4		- Übrige Abweichungen

Gesundheitsdirektion

Leistungsgruppe 6300

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	13.0	9.3	-3.7	
- Darlehen für das Kinderspital gemäss RRB Nr. 1185/2015	12.2	8.5	-3.7	- Die Darlehenstranchen wurden zu anderen Zeitpunkten als ursprünglich geplant abgerufen, weshalb sich die Amortisationszeiträume nach hinten verschoben haben.
- Darlehen für das Spital Männedorf	0.8	0.8	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-49.5	-50.0	-0.5	
- Darlehen für das Kinderspital gemäss RRB Nr. 326/2024	-49.5	-50.0	-0.5	- Die Ausgaben sind 0.5 Mio. Franken höher als budgetiert, wegen zu tiefer Kreditübertragungen aus den Vorjahren für das Darlehen an das Kinderspital Zürich.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

6400 Psychiatrische Versorgung

Zur Stärkung unterversorgter psychiatrischer Bereiche hat der Regierungsrat im Berichtsjahr Subventionen für versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern in der Höhe von 60,4 Mio. Franken bewilligt (RRB Nr. 404/2025). Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist die Nachfrage weiterhin hoch. Für die Umsetzung der Volksinitiative Gesunde Jugend Jetzt! (Vorlage 5920) genehmigte der Kantonsrat im Januar einen Objektkredit von 10,7 Mio. Franken zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Mit dem Kredit werden Massnahmen zur Prävention und Früherkennung psychischer Belastungen und zum Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung finanziert. Auch die Weiterbildung von Psychologinnen

und Psychologen wird damit gefördert. Im Berichtsjahr wurden die verschiedenen Massnahmen vorbereitet, damit ihre Umsetzung in den Jahren 2026 bis 2029 planmässig erfolgen kann.

Um der angespannten Versorgungslage in der stationären Alterspsychiatrie zu begegnen, wurde eine Sachverhaltsanalyse durchgeführt, ein runder Tisch mit massgeblichen Anspruchsgruppen organisiert und erste Schritte zur Verbesserung der Situation eingeleitet. Ein wichtiger Meilenstein konnte zudem mit der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management erreicht werden (RRB Nr. 381/2025).

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2	Stationäre Normtage KVG ZH, IV ZH	A1	577 100	602 944	600 500	-2 444	-0.4
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	33.2	32.3	33.3	1.0	3.1
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken, in Mio. ärztlichen und psychologischen Taxpunkten	A2	52	49.7	60.9	11.2	22.5
L5	Betreuung in Tageskliniken, in Tg.	A2	76 249	78 220	83 195	4 975	6.4
L6	Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitaquivalente)	A1, A2	251	249	273	24	9.6
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	36.0	34.8	34.3	-0.5	-1.4
B2	TARPSY-Referenztarif Erwachsene, in Fr.	A1	737	737	741	4	0.5
W1	Zürcher Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A1	82	90	84	-6	
W3	Zürcher Spitäler mit bestandenem Audit (Leistungsanforderungscontrolling), in % (min.)	A1, A2		95	100	5	

Bemerkungen

- L4 Die Prognose für B25 war erschwert, da zum damaligen Zeitpunkt nur begrenzt Erfahrungswerte zu den Auswirkungen der Anpassung der Tarifstruktur im Zusammenhang mit der Einführung des Anordnungsmodells für Psychologinnen und Psychologen vorlagen. Zudem sind die abgerechneten Taxpunkte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.
- L5 Dank dem Ausbau der Kapazitäten für Jugendliche konnten entsprechend mehr Patientinnen und Patienten behandelt werden.
- L6 Mit RRB Nr. 314/2023 wurde die bedarfsorientierte Entschädigung der ärztlichen Weiterbildung zur Förderung der Grundversorgung eingeführt.
- W1 Es gab eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr, allerdings nicht im antizipierten Umfang (aufgrund der Erweiterung der Spitalliste wurde erwartet, dass sich prozentual mehr Patientinnen und Patienten innerkantonale behandeln lassen).

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4a Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.

Für die Verbesserung der ärztlichen Grundversorgung im Kanton hat der Regierungsrat die Subventionen für das Hausarztprogramm des Universitätsspitals Zürich und des Instituts für Hausarztmedizin der Universität Zürich auf 3,2 Mio. Franken erhöht (RRB Nr. 404/2025). Weiter wurde das Projekt «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» zur langfristigen Sicherstellung der Grundversorgung gestartet und ein Projekt zur Förderung der hausärztlichen Versorgung im Zürcher Unterland unterstützt. Ein weiteres Projekt fördert den Einsatz von Advanced Practice Nurses in der Versorgung.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Die im Vorjahr vom Regierungsrat zur Förderung der Pflege genehmigten Beiträge für die praktische Ausbildung in Pflegeinstitutionen wurden im Berichtsjahr erstmals ausbezahlt. Ein Grossteil dieser Beiträge diente der Vergütung der geleisteten Ausbildungswochen. Darüber hinaus wurden innovative Ausbildungsprojekte in verschiedenen Institutionen gefördert. Zur Reduktion des administrativen Aufwands für alle Beteiligten wurde im Berichtsjahr ein Informatiktool entwickelt, das es ermöglicht, die Ausbildungsleistungen digital zu erfassen und zu verwalten. Seine Einführung erfolgt Anfang 2026.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Im Berichtsjahr wurde die Applikation «Elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen» eingeführt. Für die Ausbildungsverpflichtung von Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen wurde ein neuer digitaler Prozess entwickelt. Zudem wurde die erste nationale Spitaldatenerfassung über die Bundesplattform SpiGes (Spitalstationäre Gesundheitsversorgung) durchgeführt, die wesentlich auf den Vorarbeiten des Kantons für die Fall- und Betriebsdatenerhebung nach dem Once-only-Prinzip beruht. Die vernetzte Zusammenarbeit mit Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser wurde weiter ausgebaut. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (vgl. auch RRZ 4e) soll der Regierungsrat die Kompetenz zur Festlegung von Standards für den Datenaustausch zwischen Leistungserbringern erhalten.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.3	0.2	0.0	0.0	0.2	0.2	-0.0	-0.0
Aufwand	-291.0	-295.4	0.0	0.0	-295.4	-298.7	-3.3	-1.1
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-58.2	-56.8	0.0	0.0	-56.8	-55.8	0.9	1.7
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-290.8	-295.2	0.0	0.0	-295.2	-298.5	-3.3	-1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben								
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.9A1, A2, RRZ		- Tieferer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG
4a		
-2.1	A1	- Höherer Aufwand für stationäre Hospitalisationen, insbesondere kantonale Betriebe und ausserkantonale Leistungserbringer
-2.1	A1	- Anteilige Entschädigung Schadenfall Bauprojekt ipw (RRB Nr. 989/2025)
0.0		- Übrige Abweichungen

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die Eckwerte und den Kantonsbeitrag für die Individuelle Prämienverbilligung für das Jahr 2026 festgesetzt (RRB Nr. 947/2025). Für die Prämienverbilligung werden von Bund und Kanton rund 1,36 Mrd. Franken zur Verfügung stehen. Mit demselben Beschluss wurden die Eigenanteilssätze für 2025 rückwirkend auf den 1. Januar gesenkt: für Verheiratete und in eingetragener Partnerschaft Lebende von 7,6% auf 7,0% und für Einzelpersonen und Alleinerziehende von 6,1% auf 5,6%.

In Erfüllung eines Postulats erstattete der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht über die Erfahrungen mit dem 2021 eingeführten aktuellen System der individuellen Prämienverbilligung (Vorlage KR-Nr. 422c/2025).

Der Bericht zeigt, dass der seinerzeitige Systemwechsel die Bedarfsgerechtigkeit deutlich verbessert hat, dass aber weiteres Optimierungspotenzial besteht. Der Bericht stellt verschiedene Massnahmen vor, mit denen die Unterstützung noch gezielter auf Personen mit tiefen Einkommen ausgerichtet werden kann. Auch die Planungssicherheit für Anspruchsberechtigte kann weiter verbessert werden.

Im Übrigen haben die Stimmberechtigten des Kantons in der Abstimmung vom 30. November 2025 zum vierten Mal eine Erhöhung des Kantonsbeitrags an die Prämienverbilligung abgelehnt.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet in der obligatorischen Krankenversicherung individuelle Prämienverbilligungen (IPV) an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1^{bis} KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungen beziehenden Personen (EL-Beziehenden) übernimmt der Kanton die effektive Prämie, maximal in der Höhe der regionalen Durchschnittsprämie.
- A3 Bei den Sozialhilfebeziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Versicherte mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	34	26	34	8	
L2	Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	46	38	46	8	
L3	Kantonsbeitrag, in % des Bundesbeitrags (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	90	92	95	3	
L4	IPV beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	480 000	330 000	480 400	150 400	45.6
L5	EL-Beziehende mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	60 500	60 800	60 100	-700	-1.2
L6	Sozialhilfebeziehende mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	65 900	71 800	68 300	-3 500	-4.9
L7	Betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	19 300	19 300	19 700	400	2.1
L8	Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil) bei Haushalten von verheirateten Paaren, in % des massgebenden Einkommens	A1	7.0	8.3	7.0	-1.3	
L9	Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil) bei Haushalten von Alleinerziehenden und Alleinstehenden, in % des massgebenden Einkommens	A1	5.6	6.6	5.6	-1.0	
B1	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeitete/n Bezugsberechtigte/n bei der IPV, in Fr. (max.)	A1	36	35	33	-2	-5.7
B2	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffene/n Versicherte/n mit Verlustschein, in Fr. (max.)	A4	15	28	8	-20	-71.4
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien, in Mio. Franken (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	1 146	1 226	1 255	29	2.4
W10	Selbstfinanzierung der tatsächlichen Prämie bei Haushalten von verheirateten Paaren (ohne Kinder) zur Finanzierung einer günstigen Prämie, in % eines massgebenden Einkommens von Fr. 40 000	A1	15.1	16.6	15.3	-1.3	-7.8
W11	Selbstfinanzierung der tatsächlichen Prämie bei Haushalten von Alleinstehenden (ohne Kinder) zur Finanzierung einer günstigen Prämie, in % eines massgebenden Einkommens von Fr. 25 000	A1	12.0	13.3	12.3	-1.0	-7.5

Bemerkungen

- L1, L2 Die höhere Quote ist auf die höhere Anzahl IPV-Berechtigter zurückzuführen (vgl. Begründung L4).
- L3 Der höhere Kantonsbeitrag ist auf den Mehraufwand infolge der Senkung des Eigenanteilsatzes (vgl. L8, L9), die stärkere Prämienteuerung sowie auf höhere Nachzahlungen aus den definitiven Verfügungen der Jahre 2021, 2023 und 2024 zurückzuführen.
- L4 Die höhere Anzahl von Prämienverbilligungs-Beziehenden lässt sich zum einen auf die zu hoch budgetierte Anzahl der vollständigen Rückforderungen von Individuellen Prämienverbilligungen, zum anderen auf die nachträgliche Senkung des Eigenanteilsatzes von 8.3% (geplant) auf 7.0% (effektiv) zurückführen (vgl. L8). Darüber hinaus wurde bei der Budgetierung die Wirkung von tieferen Eigenanteilsätzen auf die Anzahl der Berechtigten unterschätzt.
- L8, L9 Im Herbst des Berichtsjahres wurden die Eigenanteilsätze nachträglich gesenkt (RRB Nr. 947/2025).
- B1 Durch den höheren Automatisierungsgrad des Antrags- und Prüfprozesses konnte der Vollzugsaufwand pro Antrag gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.
- B2 Aufgrund einer IT-Neuentwicklung erfolgte die Bearbeitung der Verlustscheine grösstenteils automatisiert und ist dadurch deutlich weniger aufwendig. Dem Kanton wird daher ein reduzierter Vollzugsaufwand verrechnet.
- W10, W11 Durch die Senkung der Eigenanteilsätze (RRB Nr. 947/2025) reduzierte sich der Selbstfinanzierungsgrad der Modellhaushalte.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	672.9	716.9	0.0	0.0	716.9	711.1	-5.8	-0.8
- Bundesbeitrag	593.8	623.2	0.0	0.0	623.2	631.6	8.4	1.3
Aufwand	-1204.9	-1290.2	0.0	0.0	-1290.2	-1313.3	-23.1	-1.8
- Entschädigung SVA	-17.6	-15.9	0.0	0.0	-15.9	-16.1	-0.2	-1.4
- Individuelle Prämienverbilligung	-712.2	-732.7	0.0	0.0	-732.7	-805.5	-72.8	-9.9
- Prämienübernahme EL	-323.0	-338.0	0.0	0.0	-338.0	-326.1	11.9	3.5
- Prämienübernahme Sozialhilfe	-111.1	-155.3	0.0	0.0	-155.3	-123.4	31.9	20.5
- Kantonsanteil Verlustscheine	-41.0	-48.3	0.0	0.0	-48.3	-42.1	6.2	12.8
Saldo	-532.0	-573.3	0.0	0.0	-573.3	-602.2	-28.9	-5.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-28.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
31.9	A3	- Tiefere Prämienübernahmen als geplant sowohl im Asylbereich als auch bei den übrigen Sozialhilfe-beziehenden
11.9	A2	- Tieferer Aufwand bei der Prämienverbilligung an EL-Beziehende aufgrund der Entwicklung der Anzahl Fälle
8.4	A1, A4	- Höherer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung als geplant
6.2	A4	- Minderaufwand für Verlustscheine
-14.2	A3	- Tieferer Übertrag aus der Sicherheitsdirektion für den Asylbereich
-72.8	A1	- Mehraufwand bei der IPV wegen einer höheren Prämienteuerung als prognostiziert und einer stärkeren Wirkung der Senkung des Eigenanteilsatzes 2025 als erwartet. Weiterer Mehrbedarf für definitive Verfügungen der IPV-Anspruchsjahre 2021, 2023 und 2024.
-0.3		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Seit Inkrafttreten des totalrevidierten kantonalen Tierseuchengesetzes (KTSG) und der dazugehörigen kantonalen Tierseuchenverordnung (KTSV) werden sämtliche Kosten für die Prävention und die Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramtes (Leistungsgruppe Nr. 6100) getragen. Zuvor wurden diese Kosten teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestands dem Kanton zugeführt. Die im Fonds verbliebenen Mittel wurden seither verwendet, um die ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge zu senken.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von einer Beitragssenkung konnten rund 30% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren. Für die Auszahlungen wurde der gesamte Fonds-Restbestand von rund Fr. 97 000 in die Betriebsrechnung des Veterinäramtes übergeführt. Das Fondsvermögen war damit vollständig aufgebraucht. Der Tierseuchenfonds wurde per 31. Dezember des Berichtsjahres aufgelöst.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-0.1	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzierung	0.1	-0.0	-0.0	0.0	100.0

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.2
Aufwand	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.2
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.2
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

07

Bildungsdirektion

Überblick	230
Legislaturziele	232
Bildung (Politikbereich 2)	232
Finanzierung	233
Übersicht	233
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	234
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	234
Personal- und Lohnstatistik	235
Beschäftigungsumfang	235
Lohnaufwand	235
Anstellungsverhältnisse	235
Parlamentarische Vorstösse	235
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	235
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	236
Leistungsgruppen	237
7000 Bildungsverwaltung	237
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	241
7100 Lehrmittelverlag	244
7200 Volksschulen	246
7301 Mittelschulen	249
7306 Berufsbildung	252
7401 Universität (Beiträge)	256
7402 Sonstige universitäre Leistungen	258
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	260
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	262
7501 Kinder- und Jugendhilfe	263
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	266
7930 Berufsbildungsfonds	269

Überblick

Sicherheitshandbuch

Die Bildungsdirektion stellt den Schulen der Volksschule und der Sekundarstufe II einen vollständig überarbeiteten Sicherheitsordner zur Verfügung. Die Inhalte dienen als Grundlage für die Sicherheitskonzepte an den Schulen und bieten Informationen für die Schulleitungen, Behörden, Sicherheitsbeauftragte und Krisenteammitglieder. Mit dieser Unterstützung kann der Umgang mit Notfällen und Krisen besser im Schulbetrieb verankert werden. Der Sicherheitsordner enthält Checklisten für 26 Krisen- und Notfallszenarien mit strukturierten Handlungsanweisungen für Lehr- und Betreuungspersonen und Krisenteams.

Pilotprojekt Informationssicherheit in den Zürcher Volksschulen

Im Rahmen des Pilotprojekts Informationssicherheit wurden Grundlagen für den Schutz von Daten und Informationen in den Volksschulen erarbeitet. Die Grundlage dazu bilden das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) sowie die Empfehlungen der Datenschutzbeauftragten des Kantons. Die Fachstelle Bildung und ICT unterstützte den Verband Zürcher Schulpräsidien, indem sie Materialien, Schulungen und technische Hilfsmittel bereitstellten. In Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und den Pilotschulen wurden Umsetzungshilfen entwickelt. Für die Volksschulen bedeutet dies künftig unter anderem die Einführung klarer Rollen- und Berechtigungskonzepte, Sensibilisierung der Mitarbeitenden sowie die Umsetzung technischer Sicherheitsstandards. Alle Umsetzungshilfen sind auf der Webseite ICT-Coach publiziert.

Ausbildungsfördergesetz Pflege

Zentrales Element der ersten Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative ist die Förderung der Ausbildung von Pflegefachpersonen auf Tertiärstufe mit einer Ausbildungsoffensive. Im Berichtsjahr sind auf kantonaler Ebene die rechtlichen Grundlagen dazu in Kraft getreten.

Die Ausbildungsoffensive umfasst die finanzielle Unterstützung verschiedener Massnahmen, die den Zugang zur Pflegeausbildung erleichtern. Ende des Berichtsjahres wurden über 1200 Studierende mit Förderbeiträgen Pflege unterstützt. Dafür stellen Bund und Kanton Mittel von rund 7 Mio. Franken zur Verfügung. Die Arbeiten zur Entwicklung und Umsetzung von innovativen Massnahmen zur Erhöhung der Zahl der Ausbildungsabschlüsse an Höheren Fachschulen haben ebenfalls gestartet. Im Sonderprogramm zur Erhöhung der Anzahl Bachelorabschlüsse an Fachhochschulen in der Pflege ist der zweite Teil gestartet. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beteiligt sich daran mit dem Projekt Safe Learning Space.

Schulsozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit an kantonalen Mittelschulen sowie an kantonalen und kantonally finanzierten Berufsfachschulen geschaffen. Mit einem niederschweligen Beratungsangebot soll Schülerinnen, Schülern und Lernenden in Krisen frühzeitig Unterstützung geboten werden und damit Absenzen, Ausbildungsabbrüche sowie soziale Folgekosten reduziert werden. In den Mittelschulen wird für jeweils 800 Schülerinnen und Schüler eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit vorgesehen. In den Berufsfachschulen wird das bereits bestehende Unterstützungsangebot aufgestockt. Die Umsetzung erfolgt ab 1. April 2026.

Erweiterungen oder Erneuerungen von Schulanlagen in Urdorf, Wetzikon und Zürich

Im Frühling konnten in Urdorf zwei Erweiterungsbauten der Kantonsschule Limmattal offiziell ihren Betrieb starten. Sie bieten moderne Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht, zwei Doppelsporthallen, eine Aula sowie eine grosszügige Aussenanlage. Die zweite Inbetriebnahme von neuem Schulraum folgte auf das Schuljahr 2025/2026 mit der Einweihung des Ersatzneubaus der Baugewerblichen Berufsschule an der Limmatstrasse in Zürich. Dieser bietet zeitgemässe Unterrichtsflächen, Mehrzweckräume sowie zwei neue Sporthallen für rund 1500 Lernende aus dem Bereich Planung und Rohbau. Der Neubau ist ein Meilenstein bei der Umsetzung der Berufsbildungsmeile.

Die dritte Inbetriebnahme folgte im Herbst nach rund drei Jahren Bauzeit mit dem Abschluss der Gesamtinstandsetzung der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon. Die Unterrichtsflächen für die 2600 Lernenden aus den Bereichen Auto, Bau, Elektro, Holz und Unterhalt konnten damit in der Stammschulanlage konzentriert werden. Mit offenen Aufenthalts- und Selbstlernbereiche wird ein zeitgemässes Lernumfeld geschaffen. Die erweiterte Mensa und der neue Mehrzweckraum bieten Platz für grössere Informationsanlässe und Veranstaltungen.

Ausbau Studienplätze für Medizin

Mit dem Projekt Med500+ will der Kanton die Anzahl Studienplätze für Humanmedizin erhöhen und damit einen Beitrag zur Behebung des akuten Mangels an Ärztinnen und Ärzten leisten. Zur Umsetzung der Motion KR-Nr. 125/2021 betreffend Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich wurde dem Kantonsrat die Vorlage 6049 überwiesen (RRB Nr. 948/2025). Die Zahl der Studienplätze für Medizin soll von heute 430 auf 700 erhöht werden. Um den Ausbau zu ermöglichen, sind sowohl eine Reform der Ausbildung als auch die Schaffung eines neuen Lernzentrums Medizin notwendig. Die Erhöhung um 270 Studienplätze erfolgt gestaffelt und der Endausbau ist für 2037 vorgesehen.

Eigentümerstrategien der Zürcher Hochschulen

Die Universität Zürich, die Pädagogische Hochschule Zürich, die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die Zürcher Hochschule der Künste erhalten neue Eigentümerstrategien. Diese dienen der transparenten Steuerung der Hochschulen durch den Kanton als Träger und unterstützen den Regierungsrat und den Kantonsrat bei der Ausübung der Aufsicht über die Hochschulen. Die Eigentümerstrategien orientieren sich am übergeordneten Recht und berücksichtigen die verfassungsrechtlich garantierte Wissenschaftsfreiheit sowie die damit verbundene Hochschulautonomie. Der Regierungsrat hat die Eigentümerstrategie für die Universität 2025–2028 im Berichtsjahr festgelegt und dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt (RRB Nr. 894/2025). Sie umfasst unter anderem Vorgaben zu den wissenschaftlichen Leistungen, zur universitären Medizin, zur Infrastruktur und zu den Finanzen. Die Eigentümerstrategien für die anderen Hochschulen folgen nach einer entsprechenden Änderung des Fachhochschulgesetzes voraussichtlich 2026.

Versorgungskonzept ergänzende Hilfen zur Erziehung

Im Berichtsjahr wurde mit der Fertigstellung des Versorgungskonzepts 2026–2029 ein Meilenstein in der strategischen Steuerung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung gesetzt. Als Ergebnis eines breit angelegten, partizipativen Gesamtplanungsprozesses schafft das Versorgungskonzept eine umfassende Grundlage dafür, das Angebot für sozialpädagogische Familienhilfe, Familienpflege, Dienstleistungsangebote in der Familienpflege und Heimpflege zielgerecht weiterzuentwickeln. Strategisch fokussiert das Versorgungskonzept auf fünf Schwerpunkte: Ausbau vorhandener Stärken der stationären Hilfen, Profilierung der sozialpädagogischen Familienhilfe, optimierte Hilfe zur Hilfeinanspruchnahme, Stärkung von Careleavern und eine gezielte Qualitätsentwicklung des Systems. Mit dem Versorgungskonzept legt der Kanton nicht nur eine Steuerungsgrundlage vor, sondern unterstreicht seine langfristige Verpflichtung, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien sicherzustellen.

Lehrmittelentwicklung

Die neuen Deutschlehrmittel erweisen sich als sehr erfolgreich. Das Lehrmittel etabliert sich auch ausserhalb des Kantons als marktführend neben den bisherigen Marktführern Mathematik und dem Französisch-Lehrmittel *dis donc!*. Im Berichtsjahr erschien der letzte Teil Deutsch vom Kindergarten bis zur neunten Klasse. Geplant sind weitere Lehrmittel, die unter engem Einbezug der Schulen entwickelt und erprobt werden: Join In und Reach out, ein neues Englisch-Lehrmittel für den zweiten und dritten Zyklus. Der erste Band für die dritte Primarschule wird im Frühjahr 2027 erscheinen.

Kontinuität in der Schulbeurteilung

Die Fachstelle für Schulbeurteilung hat auf der Grundlage der Strategie Evaluation 26 den nächsten Evaluationszyklus vorbereitet. Im Evaluationszyklus 2026–2031 werden die meisten Schulen zum fünften Mal beurteilt. Die Ergebnisse werden vielfach für die Schul- und Unterrichtsentwicklung genutzt. In den vergangenen Jahren konnte die Fachstelle zahlreichen Schulen eine hohe Qualität und positive Entwicklungen zurückmelden. Dieser Weg wird weiterverfolgt, indem ausgehend von den Vorgaben des Bildungsrates Inhalte und Verfahren der externen Evaluation auf heutige Anforderungen an Schule und Unterricht und auf die aktuellen Bedürfnisse der Volksschule ausgerichtet werden. Bei der Gestaltung des neuen Evaluationszyklus wird darauf geachtet, die Stärken des bisherigen Verfahrens zu erhalten und in einem dynamischen Schulfeld für Kontinuität zu sorgen. Gleichzeitig werden die Digitalisierung und die Verschlinkung einzelner Verfahrensschritte genutzt, um den Aufwand für die Schulen weiter zu verringern.

Zahlen & Fakten auf der Plattform für bildungsstatistische Ergebnisse

Das bildungsstatistische Angebot auf der kantonalen Webseite wurde im Berichtsjahr erneuert und erweitert. Die Bildungsplanung sammelt Zahlen und Fakten zum Bildungssystem und erstellt oder begleitet Studien und Evaluationen. Damit werden die Planung und Weiterentwicklung des Bildungswesens unterstützt. Die Ergebnisse sind nun unter Zahlen & Fakten in der Bildung auf der kantonalen Webseite veröffentlicht. Diese sind als farbige und teilweise interaktive Grafiken und Tabellen mit Erklärungen aufbereitet. Die Suche und die erweiterte Suche helfen, Themen vom Kindergarten bis zur Universität schnell zu finden, zum Beispiel Informationen zur Entwicklung der Volksschule, zur Beschäftigungssituation von Lehrpersonen oder zu Lernenden in der Berufsbildung. Wer sich für Hintergründe der Studien, Analysen und Erhebungen interessiert, findet diese auf der neuen Seite Studien & Erhebungen in der Bildung.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 2	Bei wachsender Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen sichern.		
RRZ 2a	Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.	7406	2027
RRZ 2b	Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte, die Schulleitungen sowie weitere Führungskräfte und das Fachpersonal im Schulumfeld ermöglichen.	7000	2027
RRZ 2c	Die Begleitung der berufseinsteigenden Lehrpersonen weiterentwickeln und stärken.	7200	2027
RRZ 2d	In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen stärken und auf allen Stufen durch aktive Lehrstellenförderung ausreichend Ausbildungsplätze und neue Berufsfelder schaffen.	7306	2027
RRZ 2e	Erwachsenen mit ungenügenden Grundkompetenzen ausreichend Bildungsangebote zur Verfügung stellen.	7306	2027
RRZ 2f	Die Massnahmen aus dem nationalen Programm Berufsbildung 2030 umsetzen, insbesondere die Rahmenbedingungen für den allgemeinbildenden Unterricht an den Berufsfachschulen und die Berufsmaturität erneuern sowie die Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene anpassen.	7306	2027
RRZ 2g	Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.	7050	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
BI 2.1	Bildungsgerechtigkeit durch Stärkung von Gesellschaftskompetenz erhöhen		
BI 2.1a	Das bedarfsgerechte Angebot an Schulsozialarbeit der Gemeinden gemäss KJHG überprüfen und die entsprechenden Grundlagen anpassen	7501	2027
BI 2.1b	Bibliotheken als kommunale Begegnungsorte für Familien und als Orte der Sprachförderung unterstützen	7502	2027
BI 2.1c	Begabungs- und Begabtenförderung in der Volksschule weiterentwickeln	7200	2027
BI 2.1d	Familien mit Kindern im Vorschulalter niederschwellig und bedarfsgerecht unterstützen (Revision KJHG)	7501	2027
BI 2.1e	Sprachförderung (einschliesslich DaZ) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule koordiniert weiterentwickeln	7200	2027
BI 2.1f	Allen Familien mit Kindern im Vorschulalter die Inanspruchnahme von familienergänzenden Betreuungsangeboten durch eine Mitfinanzierung der öffentlichen Hand ermöglichen (Revision KJHG)	7501	2027
BI 2.1g	Auf allen Bildungsstufen präventive Massnahmen zur Verhinderung von Mobbing und Gewalt weiterentwickeln	7000	2027
BI 2.1h	An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen	7301	2027
BI 2.1i	Die Mittel- und Berufsfachschulen so gestalten, dass sie neuen pädagogischen Anforderungen genügen und ihre Funktion als soziale Orte anpassen	7000	2027
BI 2.1j	Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken	7301	2027
BI 2.1k	An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen.	7306	2027
BI 2.1l	Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken	7306	2027
BI 2.2	Die Organisationen im Bildungsbereich weiterentwickeln, damit die Schulen für zukünftige Herausforderungen gut aufgestellt sind		
BI 2.2a	Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen	7301	2027
BI 2.2b	Das Stipendienwesen (Ausbildungsbeiträge) in Bezug auf administrative Abläufe überprüfen und weiter verbessern (Revision Bildungsgesetz)	7502	2027
BI 2.2c	Das System des Mitteleinsatzes in den Volksschulen überprüfen und unter Berücksichtigung der Schulqualität vereinfachen. Den Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössern und den administrativen Verwaltungsaufwand verringern	7200	2027
BI 2.2d	Die Lehrpersonen im Umgang mit Heterogenität und herausforderndem Verhalten unterstützen	7200	2027

BI 2.2e	Die Lehrmittelpolitik, ihre Prozesse einschliesslich der Mitwirkung der Lehrpersonen und Zusammenarbeit zwischen Verlagen und Verwaltung überprüfen	7200	2027
BI 2.2f	Die Vielfalt der Modelle auf der Sekundarstufe I überprüfen	7000	2027
BI 2.2g	Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen	7306	2027
BI 2.2h	Eignerstrategien und Leistungsvereinbarungen für alle Hochschulen sowie weitere Bildungsinstitutionen gemäss Public Corporate Governance erarbeiten und umsetzen	7000	2027
BI 2.3	Digitalen Wandel vorantreiben		
BI 2.3a	Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) umsetzen	7401	2029
BI 2.3b	Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen	7301	2027
BI 2.3c	Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen DIZH umsetzen	7406	2029
BI 2.3d	Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen	7301	2028
BI 2.3e	Die Übergänge von der Schule (Sekundarstufe und Mittelschule) zur Berufswelt und/oder weiterführenden Bildungsangeboten mit digitalen Instrumenten unterstützen und insbesondere das Berufswahl-Portal und das Studienwahl-Portal etablieren und weiterentwickeln.	7502	2027
BI 2.3f	Lehrpersonen im Bereich der digitalen Transformation auf allen Stufen unterstützen und befähigen (insbesondere Sek II und Tertiärstufe)	7000	2027
BI 2.3g	Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen	7306	2027
BI 2.3h	Weitere digitale Angebote für die Schulen und Dienstleistungen der Verwaltung anbieten	7000	2027
BI 2.3i	Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen	7306	2028
BI 2.3j	Den digitalen Arbeitsplatz (DAP) in der Bildungsdirektion einführen	7000	2027
BI 2.4	Individuelle Bildungskarrieren ermöglichen		
BI 2.4a	Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern	7401	2027
BI 2.4b	Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern	7406	2027
BI 2.4c	Im Rahmen der Projekte «Gymnasium 22» und «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)» das Gymnasium auf den Lehrplan 21 abstimmen, die Qualität der gymnasialen Maturität unter Berücksichtigung der Belastungssituation der Schülerinnen und Schüler stärken und auf künftige Anforderungen ausrichten	7301	2027
BI 2.4d	Den prüfungsfreien Übertritt bei guten Leistungen in die BMS I prüfen	7306	2027
BI 2.4e	Das kostenlose Grundangebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf den veränderten individuellen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Bedarf anpassen (Revision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung)	7502	2027
BI 2.4f	Die Berufsabschlüsse für Erwachsene fördern	7306	2027
BI 2.4g	Das Programm Grundkompetenzen für Erwachsene weiterentwickeln und den neuen Bedürfnissen anpassen (WeBIG)	7306	2027
BI 2.4h	Übergänge optimieren; Massnahmen im Frühbereich für einen gelingenden Schuleintritt verstärken, Schnittstellen zwischen Volksschule und Berufsbildung weiter verbessern, gute Rahmenbedingungen für einen passenden und chancengerechten Übertritt in ein Bildungsangebot der Sekundarstufe II schaffen.	7000	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1352.5	1367.8	0.0	0.0	1367.8	1398.8	31.0	2.3
Aufwand	-4524.1	-4572.7	0.0	-12.4	-4585.1	-4655.3	-70.2	-1.5
Saldo	-3 171.6	-3 204.8	0.0	-12.4	-3 217.2	-3 256.5	-39.2	-1.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	21.5	3.0	0.0	0.0	3.0	4.3	1.2	40.4
Ausgaben	-119.9	-148.0	0.0	-60.8	-208.7	-127.9	80.8	38.7
Saldo	-98.4	-144.9	0.0	-60.8	-205.7	-123.7	82.0	39.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-39.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
10.8	7502	- Tiefere durchschnittliche Höhe der ausgerichteten Stipendienbeiträge
7.8	7501	- Weniger ausgerichtete Subventionen nach § 21 des Kinder- und Jugendheimgesetzes sowie geringerer Sach- und Betriebsaufwand in den Bereichen Dienstleistungen Dritte, Software und Spesen
-2.8	7200	- Höhere Kostenanteile an die Schulung von Kindern von Asylsuchenden wegen zusätzlicher Aufnahmeklassen in Durchgangszentren
-3.8	7401, 7406	- Nicht kompensierbare höhere Kostenanteile an die Universität Zürich und die Pädagogisches Hochschule Zürich aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
-8.3	7501	- Höhere Inanspruchnahme und Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Bereich der Pflegefamilien und der sozialpädagogischen Familienhilfen
-9.0	7200, 7301, 7306	- Nicht vollständig kompensierbarer Mehraufwand bei den Volks-, Berufsfach- und Mittelschulen aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
-11.5	7200	- Höhere Kostenanteile an Gemeinden für die Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) aufgrund mehr ISR-Schülerinnen und -schüler
-22.5	7501	- Rückstellungsveränderungen zur Rückabwicklung der Versorgertaxen an die Gemeinden
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	-127.9			
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wässerwies)	-39.1	-550.7	-103.5	-447.2
- Zürich, Universität Irchel, Neubau PORTAL UZH für Lehr-, Labor- und Technikflächen Irchel Mitte (Y10–Y51)	-9.1	-40.5	-15.4	-25.1
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	-3.2	-38.8	-37.8	-1.0
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-4.0	-33.0	-23.0	-10.0
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklunik	-5.1	-31.2	-11.2	-20.0
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-2.2	-28.7	-21.5	-7.2
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung TPV, TBA, TDI	-1.2	-24.2	-4.3	-19.9
- übriger Hochbau Bildungsdirektion	-49.2			
- Entwicklungsprojekte Lehrmittel	-4.4			
- Mobilien/IT	-9.3			
- Investitionsbeiträge (Hochbau und Ausstattung)	-0.4			
- Ausbildungsdarlehen	-0.7			
- Übrige	-0.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	18107.0	18146.9	18453.7	306.8	1.7

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-52700	-52292	-55054	-2762	-5.3
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	
7100 Lehrmittelverlag	-7635	-8011	-8032	-21	-0.3
7200 Volksschulen	-277138	-285764	-281991	3773	1.3
7301 Mittelschulen	-326473	-331672	-341866	-10194	-3.1
7306 Berufsbildung	-257952	-270799	-264633	6166	2.3
7401 Universität (Beiträge)	0	0	0	0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	0	0	0	0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-64941	-61978	-67030	-5052	-8.2
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	-19885	-17134	-20112	-2978	-17.4
7930 Berufsbildungsfonds	-18	-23	-17	6	26.1
Total	-1006		-1038735		
	742-1027673		-1038735		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	506	353	153	211	295
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7100 Lehrmittelverlag	73	45	28	42	31
7200 Volksschulen	20432	15978	4454	4496	15936
7301 Mittelschulen	3617	2029	1588	717	2900
7306 Berufsbildung	2943	1394	1549	652	2291
7401 Universität (Beiträge)	0	0	0	0	0
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	0	0	0	0	0
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501 Kinder- und Jugendhilfe	934	792	142	130	804
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	230	176	54	47	183
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
Total	28735	20767	7968	6295	22440

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
125/2021	Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich (Motion Janine Vannaz, Aesch, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6049 vom 17.09.2025	04.07.2022
4/2021	Eigentümerstrategie für die ZFH (Motion Raffaella Fehr, Volketswil, Rochus Burtscher, Dietikon, und Karin Fehr Thoma, Uster)	Vorlage 6007 vom 07.05.2025	04.07.2022
334/2023	Sonderprivatauszug bei Anstellungen an Kantons- und Berufsschulen (Postulat Sibylle Jüttner, Andelfingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 334a/2023 vom 01.09.2025	04.12.2023
162/2021	Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Zürcher Primarlehrpersonen verbessern (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6068 vom 17.12.2025	18.12.2023
276/2021	Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen (Motion Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 276a/2021 vom 20.08.2025	26.02.2024
29/2024	Erhöhung Rückzahlungsquote Alimentenbevorschussung (Einzelinitiative Stefan Basler)	Vorlage 29a/2024 vom 05.03.2025	04.03.2024
436/2021	BIZ-Elternabende an Sekundarschulen (Postulat Rochus Burtscher, Dietikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 436a/2021 vom 07.05.2025	25.03.2024
85/2022	Fachhochschulabschluss in der Lehrtätigkeit an Berufs- und Berufsmittelschulen (Motion Rochus Burtscher, Dietikon, Alexaner Jäger, Zürich, und Christa Stünzi, Horgen)	Vorlage 85a/2022 vom 26.11.2025	08.04.2024

Bildungsdirektion Parlamentarische Vorstösse

228/2022	Entlastung von Lehrpersonen im- und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer im Beruf (Postulat Marc Bourgeois, Zürich, Carola Etter-Gick, Winterthur, und Corinne Hoss-Blatter, Zollikon)	Vorlage 228a/2022 vom 14.05.2025	08.04.2024
69/2024	Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen (dringliches Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 69a/2024 vom 26.02.2025	29.04.2024
229/2022	Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads in der Volksschule (Postulat Marc Bourgeois, Zürich, Barbara Franzen, Niederweningen, und Beatrix Frey, Meilen)	Vorlage 229a/2022 vom 20.08.2025	03.06.2024
145/2024	Lehrerausbildungen auch im Fernstudium anbieten (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6068 vom 17.12.2025	26.08.2024
332/2024	Schaffung 500 zusätzlicher Studienplätze für Humanmedizinerinnen und Humanmediziner bis 2028 (Dringliches Postulat Josef Widler, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 332a/2024 vom 14.05.2025	18.11.2024
268/2023	Gleichwertigkeit der Maturitäten beim Zugang zur PHZH – keine künstliche Verakademisierung der Ausbildung zur Primarlehrperson (Motion Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, Marc Bourgeois, Zürich, und Chantal Galladé, Winterthur)	Vorlage 6068 vom 17.12.2025	03.03.2025
100/2024	Kostenübernahme bei der Herkunftssuche Betroffener von illegalen Auslandsadoptionen (Motion Sibylle Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6059 vom 12.11.2025	24.03.2025

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
280/2021	Ausreichende Anzahl K+S-Gymiplätze für Kunst- und Sporttalente (Postulat Raffaella Fehr, Volketswil, Sarah Akanji, Wiesendangen, und Karin Fehr Thoma, Uster)	26.02.2024
294/2022	Mehr Flexibilität bei den Klassengrössen (Postulat Monika Wicki, Zürich, Christa Stünzi, Horgen, und Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon)	30.09.2024
271/2022	Höherer Lektionenfaktor für eine Jahreslektion (Postulat Carmen Marty Fässler, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024
71/2023	Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in der Bildung (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Gabriel Mäder, Adliswil, und Christoph Ziegler, Elgg)	27.01.2025
91/2023	Lehrberuf an der Volksschule mit Laufbahnmodellen attraktiver machen (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Darnen Marty Fässler, Adliswil, und Judith Stofer, Dübendorf)	27.01.2025
177/2023	Langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche (Postulat Kommission für Bildung und Kultur)	27.01.2025
297/2024	Verstärkte Sensibilisierung für einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien im Vorschulalter (Postulat Patricia Bernet, Uster, und Mitunterzeichnende)	27.01.2025
307/2024	Mehr Spielraum in der Schulorganisation (Postulat Astrid Furrer, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	27.01.2025
39/2004	Regelklassen endlich wirksam entlasten (Motion Anita Borer, Uster, Angie Romero, Zürich, und Christoph Ziegler, Elgg)	03.03.2025
41/2025	Verschiebung des Einstiegs in den Französischunterricht auf die 1. Klasse der Sekundarstufe I (Motion Kathrin Wydler, Wallisellen, und Mitunterzeichnende)	01.09.2025

7000 Bildungsverwaltung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat, das Volksschulamt, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt, das Hochschulamt sowie das Amt für Jugend und Berufsberatung. Im Berichtsjahr wurde die Einführung des digitalen Arbeitsplatzes abgeschlossen und die Verschiebung der noch bestehenden Serverstandorte der Bildungsdirektion in die zentralen kantonalen Rechenzentren initiiert. Das bildungs-

statistische Angebot auf der kantonalen Webseite www.zh.ch wurde erneuert und erweitert. Die Fachstelle für Schulbeurteilung hat im Berichtsjahr über 100 Regel- und Sonderschulen evaluiert. Bei den Ämtern standen die Sicherstellung des reibungslosen Schulbetriebs, der subsidiären Bildungsleistungen sowie die Umsetzung der Massnahmen gemäss Legislaturplanung im Vordergrund.

Aufgaben

- A1 Beitrag zur Steuerung des Bildungswesens des Kantons Zürich und Ausübung der behördlichen Aufsichtspflicht.
- A2 Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sowie weiterer Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat.
- A3 Verfolgen der aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte.
- A4 Koordination der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Unterstützung der Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen sowie weiterer beitragsberechtigter Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und Führen der Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Monitoring und Controlling; Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten	A1, A3	6	6	6	0	0.0
L2	Monitoring und Controlling; Wirkungserhebungen	A1, A3	3	5	5	0	0.0
L3	Administrierte Leistungsgruppen (inkl. 9690, 9600, 9710, 9720, 9740)	A1	18	18	18	0	0.0
L4	Strategische Projekte	A1, A3	14	10	11	1	10.0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeitende (BU)	A5	18 107	18 146.9	18 454	307.1	1.7
L6	Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	8	8	10	2	25.0
L7	Eingegangene Rekurse	A5	287	240	308	68	28.3
L8	Erledigte Rekurse	A5	305	250	301	51	20.4
L9	Eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	52	45	47	2	4.4
L10	Erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	55	45	43	-2	-4.4
L11	Interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	40	38	40	2	5.3
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildungsleistungen, in %	A5	2.0	2.02	2.1	0.08	
B2	Nettoaufwand (Saldo LG 7000) pro Leistungsgruppe der Bildungsdirektion, in Mio. Franken	A1	4.1	4.19	4.1	-0.09	-2.15
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %	A1	6.6	6.6	6.5	-0.1	

Bemerkungen

- L1 Im Indikator enthalten sind: Statistik der Lernenden, Statistik des Schulpersonal, Statistik der Bildungsabschlüsse, Schule und Berufswahl Erhebung, Berufsvorbereitungsjahr Erhebung und Probezeit Erhebung
- L2 Im L2 enthalten sind: PISA 2025, Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen (ÜGK), Zürcher Lernverlaufserhebung (LEAPS), Ehemaligenbefragung und Standardisierte Abschlussklassenerhebung
- L5 Die Zunahme des Beschäftigungsumfanges ist überwiegend auf die wachsende Anzahl Lehrpersonen in den Volksschulen sowie den Mittelschulen infolge des Wachstums der Anzahl Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Für weitere Details siehe Überblick Bildungsdirektion sowie Leistungsgruppen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2b Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte, die Schulleitungen sowie weitere Führungskräfte und das Fachpersonal im Schulumfeld ermöglichen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat einen Antrag zur Anpassung des Lehrpersonalgesetzes und zur Genehmigung der geänderten Lehrpersonalverordnung überwiesen (Vorlage 5966). Damit sollen insbesondere die Klassenlehrpersonen und die Schulleitungen in ihrer Funktion gestärkt werden. Mit dem Projekt Governance Sekundarstufe II sollen die Führung und die Aufsicht im Mittel- und Berufsfachschulwesen so organisiert werden, dass die Schulen im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen solide aufgestellt sind (Vorlage 5989). Im Kantonsrat wurden im Berichtsjahr zu beiden Vorlagen die Beratungen aufgenommen.

Stand	bis
Planmässig	2027

BI 2.1g Auf allen Bildungsstufen präventive Massnahmen zur Verhinderung von Mobbing und Gewalt weiterentwickeln

Den Schulen der Volksschule und der Sekundarstufe II wurde ein vollständig überarbeiteter Sicherheitsordner zur Verfügung gestellt. Mit dem neuen Sicherheitsordner werden die Schulen beim Notfall- und Krisenmanagement besser unterstützt.

Planmässig	2027

BI 2.1i Die Mittel- und Berufsfachschulen so gestalten, dass sie neuen pädagogischen Anforderungen genügen und ihre Funktion als soziale Orte anpassen

In Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektion und der Baudirektion wurden für die Sekundarstufe II Raumstandards für Schulbauten der Zukunft entwickelt. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Funktionalität im Dienst einer zeitgemässen und entwicklungsfähigen Pädagogik und Didaktik. Die neuen Vorgaben werden im Rahmen eines Pilotprojekts für den Neubau der Kantonsschule Zimmerberg getestet.

Planmässig	2027

BI 2.2f Die Vielfalt der Modelle auf der Sekundarstufe I überprüfen

Die Überprüfung von Modellen der Sekundarstufe II wurde weitergeführt und der Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II weiter dokumentiert.

Planmässig	2027

BI 2.2h Eignerstrategien und Leistungsvereinbarungen für alle Hochschulen sowie weitere Bildungsinstitutionen gemäss Public Corporate Governance erarbeiten und umsetzen

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat die Eigentümerstrategie für die Universität Zürich zur Genehmigung unterbreitet (RRB Nr. 895/2025). Ebenso wurde dem Kantonsrat eine Änderung des Fachhochschulgesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Eigentümerstrategien für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich vorgelegt (Vorlage 6007).

Planmässig	2027

BI 2.3f Lehrpersonen im Bereich der digitalen Transformation auf allen Stufen unterstützen und befähigen (insbesondere Sek II und Tertiärstufe)

Die Fachstelle Bildung und ICT unterstützte den Verband Zürcher Schulpräsidien mit Materialien, Schulungen und technischen Hilfsmitteln zur Informationssicherheit. Über die Plattform Digital Learning Hub können sich Berufsfachschullehrpersonen und Mittelschullehrpersonen weiter vernetzen. Damit kann das didaktisch-methodische Handlungsrepertoire unter Nutzung von digitalen Tools erweitert werden.

Planmässig	2027

BI 2.3h Weitere digitale Angebote für die Schulen und Dienstleistungen der Verwaltung anbieten

Der Digital Learning Hub wurde an den Schulen der Sekundarstufe II weiter verankert. Es werden laufend neue pädagogische Lösungen evaluiert und eingeführt. Einer der Vernetzungsevents stand im Zeichen von Informationskompetenz und Medienbildung, die in Zeiten der Künstlichen Intelligenz und Social Media noch bedeutsamer werden.

Planmässig	2027

BI 2.3j Den digitalen Arbeitsplatz (DAP) in der Bildungsdirektion einführen

Der Rollout wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.

Abgeschlossen	2027

BI 2.4h Übergänge optimieren; Massnahmen im Frühbereich für einen gelingenden Schuleintritt verstärken, Schnittstellen zwischen Volksschule und Berufsbildung weiter verbessern, gute Rahmenbedingungen für einen passenden und chancengerechten Übertritt in ein Bildungsangebot der Sekundarstufe II schaffen.

Das Netzwerk Volksschule-Berufsbildung wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern der Bildungsdirektion und weiteren Anspruchsgruppen weiter etabliert. Mit Blick auf den gelingenden Schuleintritt fanden regelmässige Austauschtreffen mit Vertretungen aus dem ersten Zyklus vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse statt. Das Set an organisatorischen und pädagogisch-didaktischen Materialien wurde weiterentwickelt.

Planmässig	2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
384.9	398.9	395.2	-3.7	-0.9

Bemerkungen R25 zu B25

-3.7 Verzögerte Rekrutierungen
Allg.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.8	23.7	0.0	0.0	23.7	24.6	0.9	3.9
Aufwand	-93.9	-97.7	0.0	0.0	-97.7	-98.2	-0.5	-0.6
Saldo	-73.1	-73.9	0.0	0.0	-73.9	-73.6	0.4	0.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.5	-0.8	0.0	-2.0	-2.8	-0.5	2.3	80.8
Saldo	-0.5	-0.8	0.0	-2.0	-2.8	-0.5	2.3	80.8

Rücklagen

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-721637

Verwendung
2025
7758

Antrag Bildung 2025
(verbucht 2026)
-376793

Bestand 31.12.2025
plus Bildung 2025
-1090672

Veränderung Bestand
-369035

Bemerkungen

Im Berichtsjahr konnten mehr Leistungen in der Bildungsverwaltung intern erbracht werden, weshalb weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen werden mussten. Die Vorgaben gemäss § 16 Abs. 1 der Finanzcontrollingverordnung sind eingehalten.

Bildungsstatistik

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

Stand 10.2.2026, Bista, MS

Die Angaben beziehen sich auf ein Schuljahr (August bis Juli des Folgejahres), Stichtag ist der 15. September.

	Total 2022	Total 2023	Total 2024	Total 2025	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe 1-2	34 044	33 743	33 376	33 079	16 059	48.5	9 486	28.7	31 168	94.2
Regelkindergarten	32 999	32 608	32 140	31 886	15 709	49.3	8 926	28.0	30 071	94.3
Integrierte Sonderschulung	600	675	752	739	198	26.8	314	42.5	739	100.0
Separierte Sonderschulung	328	347	383	358	106	29.6	168	46.9	358	100.0
Alternativer Kindergarten ¹	117	113	101	96	46	47.9	78	81.3	0	0.0
Primarstufe 3-8²	99 811	101 136	101 755	101 835	49 654	48.8	28 481	28.0	97 034	95.3
Primarschule	93 790	94 922	95 296	95 043	47 313	49.8	25 090	26.4	91 110	95.9
Integrierte Sonderschulung	2 753	3 094	3 384	3 685	1 205	32.7	1 491	40.5	3 685	100.0
Besondere Klassen ³	650	534	483	475	215	45.3	397	83.6	475	100.0
Separierte Sonderschulung	1 686	1 708	1 717	1 764	506	28.7	748	42.4	1 764	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	932	878	875	868	415	47.8	755	87.0	0	0.0
Sekundarstufe I²	46 958	48 302	49 246	50 111	24 495	48.9	12 576	25.1	46 068	91.9
Sekundarschule	35 102	35 941	36 799	37 442	18 374	49.1	9 109	24.3	34 837	93.0
Integrierte Sonderschulung	862	972	1 126	1 243	429	34.5	499	40.1	1 243	100.0
Besondere Klassen ³	521	369	338	356	121	34.0	332	93.3	356	100.0
Separierte Sonderschulung	1 000	1 000	1 070	1 106	368	33.3	416	37.6	1 106	100.0
Gymnasien	8 403	8 784	8 703	8 745	4 664	53.3	1 403	16.0	8 280	94.7
Übrige Mittelschulen ⁴	179	234	240	246	105	42.7	37	15.0	246	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	891	1 002	970	973	434	44.6	780	80.2	0	0.0
Sekundarstufe II²	61 934	63 253	64 297	65 397	31 521	48.2	15 230	23.3	57 907	88.5
Brückenangebote	2 008	2 167	2 159	2 309	1 011	43.8	1 153	49.9	2 165	93.8
Gymnasien	10 566	10 775	11 160	11 576	6 353	54.9	1 779	15.4	10 229	88.4
Übrige Mittelschulen ⁵	1 799	1 779	1 843	1 970	1 185	60.2	278	14.1	1 733	88.0
Berufslehren ⁶ (einschliesslich BMS I)	42 972	43 887	44 302	44 584	20 313	45.6	10 485	23.5	41 241	92.5
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 814	2 811	2 920	3 016	1 747	57.9	331	11.0	2 252	74.7
Sonderschulen	263	270	285	287	91	31.7	101	35.2	287	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	1 493	1 564	1 628	1 655	821	49.6	1 103	66.6	0	0.0
Tertiärstufe	71 958	72 268	72 888	74 926	41 934	56.0	13 854	18.5	62 900	83.9
Vorbereitung Berufsprüfung	5 630	5 553	5 202	5 465	2 351	43.0	633	11.6	2 927	53.6
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	968	1 164	1 054	1 064	342	32.1	125	11.7	485	45.6
Höhere Fachschule HF	9 059	9 520	10 108	10 705	4 928	46.0	1 677	15.7	4 537	42.4
Übrige Fachausbildung	3 477	4 260	3 874	3 657	2 291	62.6	571	15.6	916	25.0
Fachhochschulen ⁷	24 951	23 813	24 174	25 250	15 013	59.5	3 806	15.1	25 250	100.0
Universität ⁸	27 873	27 958	28 476	28 785	17 009	59.1	7 042	24.5	28 785	100.0
Total	314 705	318 702	321 562	325 348	163 663	50.3	79 627	24.5	295 077	90.7

¹ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (meist ausländische Schulprogramme, die Rudolf Steiner Schulen sind hier nicht mehr enthalten)

² Aufgrund von HarmoS sind die Jahrgänge der 5. Klasse der Primarschule bis zum 1. Jahr der Sekundarstufe II um je rund 500 Schülerinnen und Schüler bzw. Lernende grösser.

³ einschliesslich Aufnahmeklassen Asyl; für 2022: knapp die Hälfte der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, deutliche Abnahme 2023, 2024 und 2025

⁴ nur Handelsmittelschule

⁵ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passellenlehrgang

⁶ Berufliche Grundbildung, führt zu eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) und eidgenössischem Berufsattest (EBA)

⁷ Fachhochschulen im Kanton Zürich (bis 2022 ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz). Infolge Aufhebung der ZFH ist die private Hochschule für Wirtschaft HWZ ab 2023 nicht mehr in den Zahlen enthalten.

⁸ Universität Zürich einschliesslich MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Beim Neubauvorhaben FORUM UZH am Standort Zürich Zentrum gehen die Bauarbeiten nach erfolgtem Rückzug der Einsprache zur Vergabe der Aushubarbeiten planmässig voran. Am Standort Campus Irchel wurde für den Rochadebau PORTAL UZH (Lehr-, Labor-, Technik- und Logistikflächen) das Vorprojekt Plus abgeschlossen. Der Rochadebau PORTAL UZH stellt die notwendigen Flächen für die nachfolgenden Instandsetzungen der Bauetappen 1–4 sowie für die Gesamtinstandsetzung des Botanischen Gartens zur Verfügung. Parallel dazu werden stabilisierende Massnahmen für

die Bestandsgebäude geplant und umgesetzt, um den universitären Betrieb bis zu den geplanten Instandsetzungen sicherzustellen. Die Inbetriebnahme des Hochdrucklabors am Standort Irchel hat erfolgreich stattgefunden.

Mit Fertigstellung des Ersatzneubaus der Baugewerblichen Berufsschule Zürich an der Limmatstrasse, der Erweiterungsbauten der Kantonsschule Limmattal sowie der instandgesetzten Gebäude der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon konnten neue Flächen geschaffen und der Betrieb aufgenommen werden.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der Planung sowie Wahrnehmung und Vertretung der Investoreninteressen beim Immobilienportfolio der Universität Zürich (Delegationsmodell UZH)
- A2 Koordination der nutzerspezifischen Bedürfnisse und Bestellung von räumlichen Massnahmen (Mietermodell)
- A3 Betrieb und Unterhalt der Liegenschaften der Mittelschulen, Berufsfachschulen, Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren sicherstellen (Mietermodell)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Projekte > 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	1	1	0	-1	-100.0
L2	Bewilligte Projekte > 1 Mio. und < 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	7	10	10	0	0.0
L3	Bewilligte Projekte < 1 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	85	50	85	35	70.0
L8	Bearbeitete Bestellungen im Mietermodell beim Immobilienamt	A2	64	50	54	4	8.0
L9	Durch die Betreiberorganisation bewilligte Unterhalts- und räumliche Massnahmen	A3	300	250	290	40	16.0
B1	Durchschnittliche bewilligte Ausgaben pro bewilligtes Projekt (Projekte zwischen 1 Mio. und 20 Mio. Franken) im Delegationsmodell	A1	6.2	6.8	2.2	-4.6	-67.6
W1	Mindestausnützungsgrad des Investitionsbudgets im Delegationsmodell bezüglich verwendeter Mittel in % der verfügbaren Ausgaben	A1	63.7	90	68.3	-21.7	-24.1

Bemerkungen

L3, L9 Es wurden zu wenige Projekte < 1 Mio. Franken und zu wenig Unterhalts- und räumliche Massnahmen budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2g Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.

Im Bereich der Berufsfach- und Mittelschulen konnten mit der Eröffnung der Neu- bzw. Ersatzneubauten der Kantonsschule Limmattal und der Baugewerblichen Berufsschule Zürich sowie der Inbetriebnahme der instand gesetzten Gebäuden der Gewerbliche Berufsschule Wetzikon zusätzliche Flächen geschaffen werden. Um eine angemessene und langfristig finanzierbare Raumversorgung der Fachhochschulen im Kontext des Gesamtportfolios und des kantonalen Finanzhaushalts zu sichern, wurde die Teilportfoliostrategie Fachhochschulen beschlossen. Sie definiert infrastrukturelle Massnahmen für die Fachhochschulen pro Standort bis 2040 und gibt einen Ausblick bis 2050. Aufgrund von verzögerten Projektentscheidungen, Einsparungen, Neupriorisierungen oder Lieferengpässen kommt es in einzelnen Projekten zu Verzögerungen.

Stand bis

Verzögert 2027

7050 2a Die Planung des Campus Irchel vorantreiben

Beim Rochadebau PORTAL UZH konnte das Vorprojekt Plus durch die Planenden termingerecht abgeschlossen werden. Das Hochdrucklabor als Bestandteil des Instituts für Chemie konnte erfolgreich fertiggestellt werden. Die Gebäude der Pferdeklinik werden unter laufendem Betrieb saniert und modernisiert. Die erste Bauetappe wurde erfolgreich abgeschlossen, die zweite gestartet. Für die Weiterentwicklung des Irchel-Parks wurde gemäss gültigem Gestaltungsplan der Studienauftrag erfolgreich abgeschlossen. Mit dem Ersatz der Energieerzeugung für den Cluster 4 wird als erster Umsetzungsschritt der Grundstein für die künftige nachhaltige Energieversorgung des Campus gelegt.

Planmässig 2026

7050 2b Die Planung des Neubaus Forum UZH umsetzen

Beim Neubauvorhaben FORUM UZH am Standort Zürich Zentrum schreiten die Bauarbeiten mit den umfangreichen Aushubarbeiten planmässig voran. Die weitere Planung und die notwendigen Vergaben konnten im Berichtsjahr termin-, kosten- und qualitätsgerecht umgesetzt werden.

Planmässig 2026

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	112.7	115.5	0.0	0.0	115.5	115.7	0.3	0.2
Aufwand	-112.9	-116.0	0.0	0.0	-116.0	-115.8	0.2	0.2
Saldo	-0.2	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.1	0.5	87.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	20.7	1.0	0.0	0.0	1.0	3.7	2.6	249.6
Ausgaben	-90.2	-114.5	0.0	-50.6	-165.1	-112.9	52.2	31.6
Saldo	-69.5	-113.4	0.0	-50.6	-164.0	-109.2	54.8	33.4

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.0	3.7	2.6	
- Rückzahlung Darlehen	0.1	0.1	0.0	
- Bundesbeiträge UZH	0.9	2.5	1.6	- Mehreinnahmen Bundesbeiträge aufgrund Projektverschiebungen
- Beiträge Vermieter an Mieterausbauten UZH	0.0	1.0	1.0	
- Förderbeiträge Dritter	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-165.1	-112.9	52.2	
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wässerwies)	-84.9	-39.1	45.8	- Minderausgaben aufgrund Verzug des Baustarts um acht Monate infolge Vergabebeschwerde (Baugrube); Kreditübertrag aus 2024
- Zürich, Universität Irchel, Neubau PORTAL UZH für Lehr-, Labor- und Technikflächen Irchel Mitte (Y10–Y51)	-8.7	-9.1	-0.4	- Mehrausgaben aufgrund Präzisierung der Projektierungsplanung infolge Projektentwicklung
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-8.0	-4.0	4.0	- Minderausgaben aufgrund Kreditübertrag aus 2024 über 8.0 Mio. Franken
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbauetappe (inkl. zusätzlicher Fläche)	-0.2	-0.6	-0.4	- Mehrausgaben aufgrund Anpassung der Leistungsprognose infolge Projektabschluss Hochdrucklabor (HDL)
- Zürich, Universität Zentrum, BOT Gesamtsanierung inkl. Provisorium	-3.0	0.0	3.0	- Minderausgaben aufgrund Verschiebung in die Folgejahre

- Zürich, Universität Irchel, Stabilisierende Massnahmen UZI 2	-10.5	-0.1	10.4	- Minderausgaben aufgrund Verzögerung im Planungsverlauf um ein Jahr und Anpassung der Gesamtkosten infolge Präzisierung des Projektauftrages
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	0.0	-3.2	-3.2	- Mehrausgaben aufgrund Terminverschiebung um rund 1 Jahr aufgrund Kapazitätsengpässen (unter anderem Basisverteilung Y31 und Kältemaschine 1) und Projektänderungen
- Zürich, Universität Irchel, Stabilisierende Massnahmen UZI 3+4 Minimalvariante	-5.0	-0.3	4.7	- Minderausgaben aufgrund Verschiebung ins 2025 (Start Projektierung im dritten Quartal 2025)
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-2.9	-2.2	0.7	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen
- Zürich, Universität Zentrum, Gesamtinstandsetzung KOU/KOP	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund Verschiebung in die Folgejahre
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklinik	-16.2	-5.1	11.1	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen von rund sechs Monaten und Kreditübertrag aus 2024 über 5.0 Mio. Franken
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung TPV, TBA, TDI	-7.8	-1.2	6.6	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen von rund acht Monaten. Der Baustart erfolgte im dritten Quartal 2025. Zusätzlich wurde das Gebäude TDI infolge unklarer Gebäudestrategie aus dem Projekt herausgelöst.
- Zürich, Universität Irchel, Schadstoffsanierung UZI 1.1	0.0	-0.1	-0.1	- Mehrausgaben aufgrund von Schlussrechnungen
- Weitere Hochbauprojekte < 20 Mio. Franken	-36.5	-47.8	-11.3	- Mehrausgaben hauptsächlich aufgrund Projektverschiebungen vom 2024 ins 2025 und Projektportfolio Re- und Umpriorisierungen.
- Investitionsbeiträge an Berufsfachschulen	-0.9	-0.1	0.8	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen
- Pauschalabzug 15%	20.0	0.0	-20.0	
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

7100 Lehrmittelverlag

Die neuen Deutschlehrmittel erweisen sich als erfolgreich. Das Lehrmittel etabliert sich auch ausserhalb des Kantons als marktführend neben den bisherigen Marktführern Mathematik und dem Französisch-Lehrmittel dis donc!. Im Berichtsjahr erschien der letzte Teil Deutsch vom Kindergarten bis zur

neunten Klasse. Geplant sind weitere Lehrmittel, die auch unter engem Einbezug der Schulen entwickelt und erprobt werden: Join In und Reach out, ein neues Englisch-Lehrmittel für den zweiten und dritten Zyklus. Der erste Band für die dritte Primarschule wird im Frühjahr 2027 erscheinen.

Aufgaben

- A1 Der Lehrmittelverlag entwickelt, produziert und vertreibt politisch neutrale und interkantonal koordinierte Lehrmittel für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L4	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung), in Mio. Franken	A1	16.9	17.9	17.6	-0.3	-1.7
L5	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung), in Mio. Franken	A1	19.8	18.5	19.5	1.0	5.4
B3	Ertrag pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1	562883	525022	564009	38987	7.4
B4	Saldo pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1	118098	83131	92078	8947	10.8
W8	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich, in %	A1	54	56	51	-5	-8.9

Bemerkungen

- L5 Die Mehrleistungen haben zugenommen.
B3, B4 Der Ertrag und Saldo pro Mitarbeiter/in hat zugenommen, da der Beschäftigungsumfang tiefer als geplant ausfiel.
W8 Der Umsatz aus Eigenentwicklungen in der Volksschule im Kanton ist hauptsächlich aufgrund des Lehrmittels Deutsch gestiegen. Demgegenüber sank der Anteil ausserhalb der Volksschule des Kantons, im Wesentlichen ausserkantonal.

Entwicklungsschwerpunkte

7100 2a Neuschaffung eines innovativen Englisch-Lehrmittels gemäss Bildungsratsbeschluss Nr. 2022/15. Das Lehrmittel wird vollständig erprobt und ab Schuljahr 2027/28 eingeführt.

Es wird wie geplant von der Einführung auf das Schuljahr 2027/2028 ausgegangen. 2024 wurde mit der Erprobung der dritten Klasse gestartet, im Berichtsjahr mit der siebten Klasse.

Stand bis

Planmässig 2027

7100 2b Technologische Weiterentwicklung und Implementierung digitaler Ergänzungen entlang neuer Möglichkeiten (KI, Dashboard usw.)

Die Arbeiten an der Entwicklung von Einsatzszenarien digitaler Tools wurde vorangetrieben.

Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.2	69.3	64.8	-4.5	-6.5

Bemerkungen R25 zu B25

- 3.5 Nicht geplante vorzeitige Auflösung von befristeten Anstellungen und Verschiebung der Rekrutierung eines ERP-Managers. Zudem wurde ein geplanter Mutterschaftersatz nicht vorgenommen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag		36.7	36.9	0.0	0.0	36.9	37.1	0.2	0.6
Aufwand		-29.0	-30.7	0.0	0.0	-30.7	-31.0	-0.4	-1.3
Saldo		7.7	6.2	0.0	0.0	6.2	6.1	-0.2	-2.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-3.9	-4.4	0.0	0.0	-4.4	-4.7	-0.3	-6.4
Saldo		-3.9	-4.4	0.0	0.0	-4.4	-4.7	-0.3	-6.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.9	A1	- Durch die Systemumstellung bei den Entwicklungsausgaben reduzierte sich der Aufwand per Saldo schneller als geplant. Die Abschreibungen auf den Lehrmittelentwicklungen werden allerdings bis 2028 schrittweise ansteigen.
0.3	A1	- Einsparungen beim Werbeaufwand (Messen, Ausstellungen, Kurse, Kommunikationsmittel usw.).
0.3	A1	- Tiefere Erfolgshonorare an die Autoren, da die Umsätze der erfolgshonorarberechtigten Lehrmittel tiefer als geplant ausfielen.
0.2	A1	- Hauptsächlich für das Lehrmittel Deutsch wurde ein höherer Umsatz als geplant erzielt.
0.2	A1	- Tieferer Aufwand für den Einkauf von Lehrmittel-Fremdfabrikaten
-0.1	A1	- Durch das höhere Verkaufsvolumen stieg der saisonale Bedarf an temporären Arbeitskräften in der Logistik.
-0.4	A1	- Höherer Mietaufwand aus Mietermodell aufgrund höherer Verrechnungspreise
-0.6	A1	- Kosten für die Reorganisation der internen IT (temporäre Überbrückung Krankheitsausfälle, Rückstellung Überbrückungsrente)
-1.0	A1	- Höherer Verwaltungs- und Informatikaufwand aufgrund zusätzlicher IT-Projekte sowie Vorhaben mit öffentlichen Ausschreibungen im Bereich Entwicklung und Technologie
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-4.4	-4.7	-0.3	
- Entwicklungsprojekte Lehrmittel	-4.2	-4.4	-0.2	- Die Entwicklungsausgaben, hauptsächlich für das Lehrmittelprojekt Deutsch, sind höher als geplant ausgefallen.
- Investitionen für Mieterausbau, Möbel, Geräte und Maschinen	-0.2	-0.3	-0.1	- Die Investitionsausgaben für Mieterausbau und Mobiliar sind leicht höher als geplant ausgefallen.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

7200 Volksschulen

Nach mehreren Jahren mit einem ausgeprägten Mangel an Lehrpersonen an der Volksschule, zeigte sich im Berichtsjahr wieder eine etwas entspanntere Situation. Dazu beigetragen hat das Massnahmenpaket zur Bewältigung des Lehrpersonenmangels mit veränderte Zulassungen zum Schuldienst, Quereinsteigerinnen und -einstiegern, Imagekampagne und Stellenbörse. Die rückläufige Geburtenrate wirkte sich im Kindergarten und auf der Unterstufe der Primarschule auf die Schülerzahlen aus. Zudem führte die Verunsicherung im Arbeitsmarkt durch weltweite Krisen und Handelskonflikte zu einer Attraktivitätssteigerung von sicheren Anstellungen und trugen damit zu einer Entspannung bei der Stellenbesetzung in der Volksschule bei.

Beim Austausch und bei der Mobilität konnte unter anderem Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt eine

Vorreiterrolle in der Schweizer Bildungslandschaft eingenommen werden. Die Leuchtturmprogramme culture Mobile, Deux im Wald und die Tagung Rencontres im Bereich der Volksschule wurden aufgrund des grossen Interesses schweizweit geöffnet. Zudem haben das Volksschulamt Zürich (VSA) und die Direction générale de l'enseignement obligatoire et de la pédagogie spécialisée des Kantons Waadt einen regelmässigen Austausch etabliert.

Die Forumsveranstaltungen zur Schulführung, Sonderpädagogik und Schulpsychologie sowie die Bezirkstreffen mit Schulleitungen oder die Treffen für QUIMS-Schulen griffen aktuelle Themen auf, förderten den Austausch sowohl unter den Schulen als auch zwischen Verwaltung und Schulen und erfreuten sich grosser Nachfrage. Erfolgreich wurde auch das Netzwerk-Forum Volksschule-Berufsbildung etabliert.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülerinnen und Volksschülern (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans.
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen und Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	31252	31066	30950	-116	-0.4
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	94798	95441	95226	-215	-0.2
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	35076	35935	35988	53	0.1
L4	Unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1–L3)	A2	4961	4847	5425	578	11.9
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	3386	3315	3492	177	5.3
L6	Volksschüler/innen, entspricht L1–L3	A1	161127	162442	162164	-278	-0.2
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.0	19.1	19.0	-0.1	-0.5
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.5	20.6	20.5	-0.1	-0.5
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.8	18.7	18.7	0.0	0.0
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr.	A1	12365	12245	12683	438	3.6
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	3118	3156	3243	87	2.8
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, in %	A1	92.7	92.6	92.6	0.0	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, in %	A1	96.2	96.3	96.2	-0.1	
W3	Sonderschulungsquote: Anteil der Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total der Volksschüler/innen (L6 inkl. L5), in %	A2	5.1	4.9	5.4	0.5	
W4	Anteil der integrierten Sonderschüler/innen am Total der Schüler/innen mit Sonderschulstatus, in %	A2	59.4	59.4	60.8	1.4	

Bemerkungen

- L4, L5 Die Gemeinden wiesen mehr Schülerinnen und Schüler insbesondere der integrierten Sonderschulung zu.
- L6 Der Indikator enthält auch Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Im Berichtsjahr wurden rund 2330 Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in den öffentlich finanzierten Schulen unterrichtet.
- B7 Der Personalaufwand pro Schülerin und Schüler erhöhte sich massgeblich aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 budgetierten Teuerungszulage sowie durch den Zuwachs an von den Gemeinden finanzierten Stellen.
- W3 Die Zunahme der Quote ist insbesondere auf mehr integrierte Sonderschülerinnen und -schüler (vgl. L4) in den Regelschulen zurückzuführen. Zuständig für Sonderschulzuweisungen sind die Gemeinden. Gemeinden mit überhöhten Sonderschulungsquoten wird ein Monitoring angeboten und den Schulbehörden stehen verschiedenen Weiterbildungsangebote zur Steuerung von sonderpädagogischen Massnahmen zur Verfügung.

- W4 Die Zunahme der Quote zeigt, dass die integrative Sonderschulung der separativen vorgezogen wird und die finanzielle Steuerung über die Beiträge zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule des Kantons ihre Wirkung zeigt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2c Die Begleitung der berufseinsteigenden Lehrpersonen weiterentwickeln und stärken.

Der Prozess wurde mit der Pädagogischen Hochschule finalisiert. Eine weitere Entlastung erfolgt im Rahmen der Vorlage zum neuen Berufsauftrag, die dem Kantonsrat zur Beratung überwiesen wurde (Vorlage 5966).

Planmässig 2027

BI 2.1c Begabungs- und Begabtenförderung in der Volksschule weiterentwickeln

Eine Gesetzesvorlage wurde vorbereitet, wobei dies noch nicht abgeschlossen werden konnte. Ein Lehrgang Begabungs- und Begabtenförderung wird weiter angeboten.

Verzögert 2027

BI 2.1e Sprachförderung (einschliesslich DaZ) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule koordiniert weiterentwickeln

Die Koordination zu Sprachfördermassnahmen im Volksschulamt ist etabliert. Zudem fand im Berichtsjahr ein Austausch mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung und der Stadt Zürich zur Sprachförderung im Frühbereich statt. Der Bericht «Durchgängige Sprachbildung für alle mit Fokus auf den Kindergarten» liegt vor. Im Auftrag des Volksschulamtes wird eine Evaluation des Unterrichts in Deutsch als Zweitsprache in den Städten Zürich und Winterthur durchgeführt. Zentral ist eine qualitative Erhebung mittels Interviews. Die Ergebnisse werden im Frühling 2026 erwartet.

Planmässig 2027

BI 2.2c Das System des Mitteleinsatzes in den Volksschulen überprüfen und unter Berücksichtigung der Schulqualität vereinfachen. Den Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössern und den administrativen Verwaltungsaufwand verringern

Die Vorarbeiten wurden erstellt. Derzeit wird die politische Umsetzbarkeit geprüft. Dies dauert etwas länger als geplant.

Verzögert 2027

BI 2.2d Die Lehrpersonen im Umgang mit Heterogenität und herausforderndem Verhalten unterstützen

Im Rahmen des Angebots Challenge unterstützt die Pädagogische Hochschule Zürich Schulen im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern. Im Auftrag der Bildungsdirektion erarbeitete die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik eine Webseite für Schulleitungen mit Grundlagen für Schulentwicklungsmassnahmen zur Stärkung der Tragfähigkeit ihrer Schule und gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Zürich eine Webseite mit Materialien zur Stärkung der Zusammenarbeit an Schulen.

Planmässig 2027

BI 2.2e Die Lehrmittelpolitik, ihre Prozesse einschliesslich der Mitwirkung der Lehrpersonen und Zusammenarbeit zwischen Verlagen und Verwaltung überprüfen

Der Entwicklungsschwerpunkt steht in Abhängigkeit zur parlamentarischen Initiative KR-Nr. 19/2022 betreffend Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln, die im Kantonsrat in Beratung ist.

Verzögert 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13103.9	13090.1	13342.9	252.8	1.9

Bemerkungen R25 zu B25

- 252.8 Die Veränderung des Beschäftigungsumfangs ist einerseits auf das bereits 2024 höhere Ausgangsniveau zurückzuführen (Niveauereffekt gegenüber der ursprünglichen Planung). Dieses ergab sich aufgrund einer höheren Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie des zusätzlichen Stellenbedarfs für die Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) und für Vikariate. Andererseits führen die im Berichtsjahr zunehmende Schülerzahlen – insbesondere im Bereich ISR – zu einer weiteren Erhöhung des Beschäftigungsumfangs.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	205.4	217.1	0.0	0.0	217.1	225.2	8.1	3.7
Aufwand	-718.4	-740.3	0.0	0.0	-740.3	-762.4	-22.1	-3.0
- Personalaufwand	-345.8	-354.6	0.0	0.0	-354.6	-352.8	1.8	0.5
Saldo	-513.0	-523.2	0.0	0.0	-523.2	-537.2	-14.0	-2.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-1.2	-7.3	0.0	0.0	-7.3	-0.0	7.3	99.4
Saldo	-1.2	-7.3	0.0	0.0	-7.3	-0.0	7.3	99.4

Bildungsdirektion

Leistungsgruppe 7200

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-14.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.8	A1	- Mehraufwand aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 in Höhe von -3.8 Mio. Franken. Die daraus resultierende Mehrbelastung wird weitgehend durch höhere Rückerstattungen der Gemeinden aufgrund einer höheren Anzahl vollfinanzierter Stellen als geplant überkompensiert.
0.8	A1	- Geringere Kostenanteile an Spital- und Klinikschulen
-2.4	A2	- Die Kostenanteile an Sonderschulen steigen wegen des nicht vollständig kompensierbaren Mehraufwands aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 um -1 Mio. Franken sowie aufgrund der höheren Anzahl separierter Sonderschülerinnen und -schüler um -1.4 Mio. Franken.
-2.8	A1	- Höhere Kostenanteile an die Schulung von Kindern von Asylsuchenden wegen zusätzlicher Aufnahmeklassen Asyl in Durchgangszentren
-11.5	A2	- Höhere Kostenanteile der Gemeinden für die Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) aufgrund einer höheren Anzahl an ISR-Schülerinnen und -Schülern als geplant.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-7.3	-0.0	7.3	
- Investitionsbeiträge im Sonderschulbereich	-7.3	-0.0	7.3	- Verzögerungen bei grösseren Bauvorhaben und Mobilienanschaffungen, deren Kosten in den Folgejahren anfallen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft knapp 6100 Schülerinnen und Schüler die zentrale Aufnahmeprüfung für das Kurz- und Langgymnasium, die Fachmittelschule, die Handelsmittelschule und die Informatikmittelschule bestanden und ihre Ausbildung in Angriff genommen.

Im Projekt zur Weiterentwicklung der Gymnasien im Kanton Zürich entstanden Vorschläge für die zukünftige Fächerstruktur der Gymnasien: Die Vorgaben zu den Grundlagenfächern wurden definiert, die Schwerpunktfächer weiterentwickelt und die Rahmenbedingungen für die Ergänzungsfächer festgelegt. Zudem wurde eine kantonale Rahmenstundentafel erarbeitet. Von September bis Dezember durchliefen diese Vorschläge eine breite Vernehmlassung. Die entsprechenden Beschlüsse

sind im Frühsommer 2026 zu erwarten. Zudem wurden die Arbeiten aus den Teilprojekten Promotion und Maturität sowie Lehrpläne weiter vorangetrieben. Diese Vorschläge sollen im Herbst 2026 in eine Vernehmlassung gegeben werden.

Im Berichtsjahr wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Schulsozialarbeit an sämtlichen kantonalen Mittelschulen sowie an Berufsfachschulen in kantonaler Trägerschaft oder mit kantonaler Finanzierung geschaffen. Das niederschwellige Beratungsangebot soll Schülerinnen, Schüler und Lernende in schwierigen Situationen frühzeitig auffangen und dadurch Fehlzeiten, vorzeitige Ausbildungsabbrüche und gesellschaftliche Folgekosten verringern.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und zur Berufsmaturität an der Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden sowie der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglements: Lektionenfaktor	A1	1.94	1.94	1.94	0.00	0.00
L2	Schülerinnen und Schüler, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	19529	20080	19926	-154	-0.8
L3	Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	18855	19350	19199	-151	-0.8
L4	Schülerinnen und Schüler mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	451	490	522	32	6.5
L5	Bildungsabschlüsse: gymnasiale Maturitäten an öffentlichen Gymnasien inkl. Kantonaler Maturitätsschule für Erwachsene (KME)	A1	2944	3130	3233	103	3.3
L6	Bildungsabschlüsse: Fachmittelschulabschlüsse an öffentlichen Fachmittelschulen (FMS)	A2	257	240	235	-5	-2.1
L7	Bildungsabschlüsse: Fachmaturitäten an öffentlichen FMS	A2	177	170	209	39	22.9
B1	Nettoaufwand pro finanzierte/n Schüler/in, in Fr.	A1, A2, A3	23060	23500	23640	140	0.6
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige zwei Jahre nach Schulabschluss, die mindestens «eher zufrieden» angegeben, in %	A1		85	91	6	
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige, welche die fachliche Vorbereitung auf die aktuelle Tätigkeit mindestens mit «eher gut» einschätzen, in %	A1		75	76	1	
W3	Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen, in %	A1	24.5	23.9	23.9	0.0	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung, in %	A1, A2	24.9	24.1	25.7	1.6	
W5	Maturitätsquote: gymnasiale Maturitäten, in %	A1	21.9	21.5	22.2	0.7	
W6	Maturitätsquote: Fachmaturitäten, in %	A2	1.4	1.4	1.4	0.0	

Bemerkungen

- L1 Der Lektionenfaktor 1.94 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin oder Schüler und Schuljahr 1.94 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeiten.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 18 306, Fachmittelschulen 871, Handels- und Informatikmittelschulen 749.
- L3 Der Indikator enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen die Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, die ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität erlangen und deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet werden. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und in L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 17.9 Mio. Franken.
- L7 Die Differenz zwischen B25 und R25 ist mit der weiterhin steigenden Nachfrage nach Fachmaturitätsabschlüssen begründet.
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die im Dreijahresrhythmus durchgeführt wird.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in der 6. Primarklasse vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W5 Die gymnasiale Maturitätsquote misst den Anteil der in einem bestimmten Jahr erteilten gymnasialen Maturitätszeugnisse der 19-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W6 Die Fachmaturitätsquote misst den Anteil der in einem bestimmten Jahr erteilten Fachmaturitätszeugnisse der 20-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BI 2.1h An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen

Im Berichtsjahr wurde die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit an kantonalen Mittelschulen sowie an kantonalen und kantonal finanzierten Berufsfachschulen geschaffen. An den Mittelschulen ist für jeweils 800 Schülerinnen und Schüler eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit vorgesehen. Die Rekrutierung ist angelaufen.

Planmässig 2027

BI 2.1j Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken

Die Fachstelle für Austausch und Mobilität veröffentlichte zum Anlass ihres fünfjährigen Bestehens einen Fünfjahresbericht. Weiter wurde die kantonale Erhebungsplattform für Mittelschulen lanciert. Für die Volksschulen und das Untergymnasium bot die Fachstelle verschiedene Austausch- und Mobilitätsangebote an, darunter das Lehrpersonen austauschprogramm Culture Mobile, Aktivitäten im Rahmen der Nationalen Austauschwoche, die Weiterbildungs- und Vernetzungstagung Rencontres, das zweisprachige Klassenlager Deux im Wald, die Immersionswochen Pont Neuf, das Brückenangebot 12. Schuljahr sowie interkantonale Schulparterschaften. Für alle Mittelschulen wurden das digitale Klassenprogramm e-tandem und die Plattform edu2.e-tandem umgesetzt. Ergänzend bereitet die Fachstelle ein Berufspraktikumsprogramm für Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschulen in der Romandie und im Ausland vor.

Planmässig 2027

BI 2.2a Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen

Die Änderung des Mittelschulgesetzes ist derzeit im Kantonsrat in Beratung (Vorlage 5989).

Planmässig 2027

BI 2.3b Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen

Die in RRB Nr. 259/2019 festgelegten Projekte zur Erarbeitung der Grundlagen wurden erfolgreich und plangemäss abgeschlossen. Die gestaffelte Migration der 39 kantonalen Schulen der Sekundarstufe II in die standardisierte Grundversorgung hat verzögert begonnen. Diese Massnahme wird vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt und dem Amt für Informatik gemeinsam umgesetzt. Bis Ende des Berichtsjahres konnten sieben Schulen in Betrieb genommen werden. Das Migrationsprogramm wurde bis Ende 2029 verlängert.

Verzögert 2027

BI 2.3d Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen

Die Einführung der neuen Schulverwaltungslösung verzögert sich, weil im Berichtsjahr eine zweite öffentliche Ausschreibung durchgeführt wurde. Der Zuschlag wurde im Dezember des Berichtsjahres erteilt.

Verzögert 2028

BI 2.4c Im Rahmen der Projekte «Gymnasium 22» und «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)» das Gymnasium auf den Lehrplan 21 abstimmen, die Qualität der gymnasialen Maturität unter Berücksichtigung der Belastungssituation der Schülerinnen und Schüler stärken und auf künftige Anforderungen ausrichten

Im Januar 2024 startete das Projekt zur Weiterentwicklung der Gymnasien, das Elemente aus dem Projekt Gymnasium 2022 mit der Umsetzung der nationalen Anforderungen zusammenführt. Im September eröffneten Regierungsrat und Bildungsrat mit RRB Nr. 824/2025 und BRB Nr. 009/2025 die Vernehmlassung zu den Vorschlägen der Teilprojekte Fächer und Lehrpläne. Die entsprechenden Beschlüsse werden im Frühsommer 2026 erwartet. Im Herbst 2026 folgen weitere Vernehmlassungen zu den Teilprojekten Promotion und Maturität sowie Lehrpläne.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
2 179.3	2 216.5	2 226.8	10.3	0.5

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Die Zunahme gegenüber dem geplanten Budget ist insbesondere mit der Umsetzung des Digitalen Wandels an den Schulen der Sek II begründet (RRB Nr. 873/2022).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	167.6	168.0	0.0	0.0	168.0	172.5	4.5	2.7
Aufwand	-617.8	-640.0	0.0	0.0	-640.0	-643.5	-3.5	-0.6
- Personalaufwand	-397.5	-404.3	0.0	0.0	-404.3	-415.9	-11.6	-2.9
- Hauswirtschaftskurse	-9.9	-10.7	0.0	0.0	-10.7	-11.0	-0.2	-2.2
Saldo	-450.3	-472.0	0.0	0.0	-472.0	-471.0	0.9	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-5.7	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-2.7	-1.0	-56.1
Saldo	-5.7	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-2.7	-1.0	-56.1

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.8	-2.7	-1.0	
- Die Investitionen 2026 bis 2028 werden insbesondere für die Einrichtungen der neuen Mittelschulen in Dübendorf und Affoltern am Albis, des Bildungszentrums für Erwachsene in der Militärkaserne in Zürich sowie der Gesamtanierung der Kantonsschule Zürich Nord geplant.	-1.8	-1.8	0.0	
- Erweiterungsneubau der Kantonsschule Limmattal in Urdorf	0.0	-0.9	-0.9	- Mehrausgaben wegen Verzögerungen im Vorjahr bei Einrichtungen
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-6988556	0	0	-6988556	0

7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt 12 710 Lehrverträge (Vorjahr: 12 727), davon 1194 für die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (Vorjahr: 1132). Insgesamt wurden

17 Lehrverträge weniger genehmigt als im Vorjahr. 91,80% (0,22% weniger als im Vorjahr) der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse.
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen.
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung.
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, höhere Berufsbildung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1817	1800	1871	71	3.9
L2	Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	44007	45980	44668	-1312	-2.9
L6	Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	6514	6600	6675	75	1.1
L7	Durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15337	16056	15474	-582	-3.6
L8	Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2543	2650	2533	-117	-4.4
L9	Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A2	194	193	196	3	1.6
L11	Studierende/Teilnehmende höherer Fachschulen an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	9073	8930	9549	619	6.9
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/n in der schulischen Grundbildung, in Fr.	A1	9764	9670	10049	379	3.9
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n Schlussprüfung, in Fr.	A3	2374	2090	2450	360	17.2
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung, in Mio. Franken	A2	72	64	69	5	7.8
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), in %	A1	47.4	51.6	47.1	-4.5	
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität, in %	A1	19.1	19	18.9	-0.1	
W3	Total der gesamten Abschlussquote Sekundarstufe II (inkl. Allgemeinbildung), in %	A1	91	95	92	-3	
W4	Abgeschlossene Lehrverträge	A1	12727	13980	12710	-1270	-9.1
W5	Offene Lehrstellen	A1	2463	2450	2191	-259	-10.6

Bemerkungen

- L1 Der ursprünglich erwartete Anstieg von Jugendlichen, die ein Berufsvorbereitungsjahr in Anspruch nehmen, wurde übertroffen. Der Krieg in der Ukraine hält an und geflüchtete Jugendliche nehmen weiterhin ein Berufsvorbereitungsjahr in Anspruch. 2024 besuchten eine grosse Anzahl an Jugendlichen einen Deutschvorkurs. Diese Jugendlichen konnten zum Grossteil im Berichtsjahr in ein Berufsvorbereitungsjahr einsteigen.
- L7 Die 15 474 Abschlussprüfungen umfassen 12 836 von Lernenden im Kanton Zürich, 2569 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 69 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton.
- B1 Der Mehraufwand ist zurückzuführen auf die Teuerungszulage und die Umsetzung des Digitalen Wandels Sek II.
- B3 Der Aufwand für das Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n in der Schlussprüfung fiel aufgrund der tieferen Anzahl durchgeführter Abschlüsse (Indikator L7) und höherer Kosten für Lehrlingsprüfungen höher aus als geplant.
- B4 Der Indikator zeigt den Nettoaufwand für die Weiterbildung und setzt die KEF-Erklärung Nr. 29/2016 um. Der Aufwand von 68.6 Mio. Franken setzt sich zusammen aus 63.8 Mio. Franken für Angebote der höheren Berufsbildung und 4.8 Mio. Franken für Angebote der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung.

- W1, Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule
W2, bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Diese Indikatoren
W3 werden vom Bundesamt für Statistik erhoben.
W4 Die Differenz zwischen B25 und R25 ist mit dem unterschiedlichen Nachfrageverhalten bei der Berufswahl zu erklären. Während sich einzelne Berufe der Nachfrage nicht erwehren können und Bewerberinnen sowie Bewerber abweisen müssen, finden andere Berufe keine Lernenden. Das führt zu einer Stagnation der Anzahl Lehrverhältnisse, weil viele Lehrstellen in den weniger nachgefragten Berufen nicht besetzt werden können.
W5 Die Zahl der bei Lehrbeginn noch offenen Lehrstellen schwankt seit 2020 zwischen 2136 und 2463. Die Schwankung ergibt sich, weil viele kleine und mittlere Lehrbetriebe nicht jedes Jahr gleich viele Lehrstellen anbieten.
W4, Die Indikatoren setzen die KEF-Erklärung Nr. 37/2020 um. In den kommenden Jahren wird ein Anstieg der Anzahl Lernender erwartet. Um dieses Wachstum angemessen beobachten zu können, wurden die beiden zusätzlichen Indikatoren «Abgeschlossene Lehrverträge» und «Offene Lehrstellen» eingefügt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2d In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen stärken und auf allen Stufen durch aktive Lehrstellenförderung ausreichend Ausbildungsplätze und neue Berufsfelder schaffen.

Mit dem Start des Projekts Lehrstellenförderung wurden verschiedene Teilprojekte initiiert, die auf RRB Nr. 731/2021 beruhen und bis zum Berichtsjahr befristet waren. Die im Rahmen des Projekts realisierten Massnahmen werden zurzeit evaluiert. Gestützt auf die Erkenntnisse ist vorgesehen, die Lehrstellenförderung befristet für die Jahre 2026 bis 2028 weiterzuführen. Mit dem Projekt Berufsbildungsforen stärken konnten die neun regionalen Berufsbildungsforen im Kanton gezielt gefördert und unterstützt werden.

Planmässig 2027

RRZ 2e Erwachsenen mit ungenügenden Grundkompetenzen ausreichend Bildungsangebote zur Verfügung stellen.

Am 17. April 2024 beschloss der Regierungsrat, die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) per 1. August 2024 in Kraft zu setzen. Diese Anpassungen ermöglichen es dem Kanton, die geplanten Massnahmen im Bereich der Grundkompetenzen Erwachsener während der Förderperiode von Bildung, Forschung und Innovation 2025–2028 vollständig umzusetzen. Im Berichtsjahr konnte die Fachstelle Grundkompetenzen Erwachsene ihre Angebotspalette erfolgreich erweitern. Im Januar wurden in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Integration neue Alphabetisierungskurse und ab Frühling Grundkompetenzen-Kurse auf Förderstufe 2 angeboten. Bestehende Lernstuben wurden weitergeführt und neue eingerichtet. Zudem wurde an verschiedenen Standorten sogenannte «Lernstuben light»-Angebote realisiert.

Planmässig 2027

RRZ 2f Die Massnahmen aus dem nationalen Programm Berufsbildung 2030 umsetzen, insbesondere die Rahmenbedingungen für den allgemeinbildenden Unterricht an den Berufsfachschulen und die Berufsmaturität erneuern sowie die Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene anpassen.

Im Berichtsjahr wurden die kantonalen Umsetzungsprojekte kantonalen Lehrplan allgemeinbildender Unterricht und Umsetzung BM 2030 gestartet, die beide planmässig verlaufen. Die umfangreichen Arbeiten zur Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene wurden gestartet.

Planmässig 2027

BI 2.1k An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen.

Im Berichtsjahr wurde die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit an kantonalen Mittelschulen sowie an kantonalen und kantonal finanzierten Berufsfachschulen geschaffen. Aufseiten der Berufsfachschulen wird das bereits bestehende Unterstützungsangebot aufgestockt. Die Umsetzung erfolgt ab 1. April 2026.

Planmässig 2027

BI 2.1l Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken

Die Fachstelle für Austausch und Mobilität veröffentlichte zum Anlass ihres fünfjährigen Bestehens einen Fünfjahresbericht. Ebenfalls im Berichtsjahr wurde die kantonale Erhebungsplattform für Berufsfachschulen lanciert. Weiter wurden das Brückenangebot 12. Schuljahr für Schülerinnen und Schüler nach der 3. Sekundarklasse sowie das digitale Klassenaustauschprogramm e-tandem für Mittel-, Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen weiterentwickelt. Für die Berufsbildung wurde es mit dem zweiten Rang des Nationalen Austauschpreises der Oertli-Stiftung und Movetia ausgezeichnet. Die Fachstelle führt weiterhin Programme für Berufspraktika während und nach der Schulzeit durch, darunter Lausanne on arrive! Zürich wir kommen! sowie NextStep. Zudem wurden zwei umfassende Sammelanträge zur Unterstützung von Austausch- und Mobilitätsaktivitäten im In- und Ausland von Movetia bewilligt.

Planmässig 2027

BI 2.2g Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen

Die Änderung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz ist derzeit im Kantonsrat in Beratung (Vorlage 5989).

Planmässig 2027

BI 2.3g Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen

Die in RRB Nr. 259/2019 festgelegten Projekte zur Erarbeitung der Grundlagen wurden erfolgreich und plangemäss abgeschlossen. Die gestaffelte Migration der 39 kantonalen Schulen der Sekundarstufe II in die standardisierte Grundversorgung hat verzögert begonnen. Diese Massnahme wird vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt und dem Amt für Informatik gemeinsam umgesetzt. Bis Ende des Berichtsjahres konnten sieben Schulen in Betrieb genommen werden. Das Migrationsprogramm wurde bis Ende 2029 verlängert.

Verzögert 2027

BI 2.3i Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen

Die Einführung der neuen Schulverwaltungslösung verzögert sich, weil im Berichtsjahr eine zweite öffentliche Ausschreibung durchgeführt wurde. Der Zuschlag wurde im Dezember des Berichtsjahres erteilt.

Verzögert 2028

BI 2.4d Den prüfungsfreien Übertritt bei guten Leistungen in die BMS I prüfen

Das Evaluationsprojekt wurde aufgrund von Ressourcen-Engpässen noch nicht gestartet. Ein Abschluss ist bis 2027 derzeit nicht wahrscheinlich.

Verzögert 2027

BI 2.4f Die Berufsabschlüsse für Erwachsene fördern

Die geplante Änderung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) betreffend Förderung des Abschlusses auf Sekundarstufe II für Erwachsene betrifft die Vorbereitung auf den Eintritt in eine berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest und eidgenössischem Fähigkeitszeugnis sowie den nachträglichen Erwerb einer beruflichen Grundbildung. Sie bezweckt die Präzisierung der Vorlehre als duale Massnahme zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, darunter fällt auch die Integrationsvorlehre, sowie die Umsetzung der Motion KR-Nr. 276/2021 betreffend Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen. Die Vernehmlassung wurde gestartet.

Planmässig 2027

BI 2.4g Das Programm Grundkompetenzen für Erwachsene weiterentwickeln und den neuen Bedürfnissen anpassen (WeBIG)

Die Fachstelle Grundkompetenzen Erwachsene ist stetig daran, ihre Angebotspalette anhand der Bedürfnisse ihrer Zielgruppe zu erweitern. Im Januar des Berichtsjahres wurden in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Integration neue Alphabetisierungskurse ins Leben gerufen und ab Frühling Grundkompetenzen-Kurse auf Förderstufe 2 angeboten. das Lernstubennetz wurde im ländlichen Raum durch «Lernstuben light»-Angebote ergänzt. Diese Angebote sind flexibler ausgestaltet, kostengünstiger und stellen damit eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Lernstuben dar.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
1643.6	1697.0	1680.2	-16.8	-1.0

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Die Abnahme gegenüber dem geplanten Budget ist insbesondere mit der tieferen Anzahl Lernender (Indikator L2) begründet.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	313.5	316.6	0.0	0.0	316.6	317.6	1.0	0.3
Aufwand	-736.4	-751.7	0.0	0.0	-751.7	-759.0	-7.3	-1.0
- Eigene Beiträge	-206.8	-221.8	0.0	0.0	-221.8	-216.9	4.9	2.2
Saldo	-422.9	-435.1	0.0	0.0	-435.1	-441.3	-6.2	-1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-2.9	-11.3	0.0	-4.6	-15.9	-5.7	10.2	63.9
Saldo	-2.8	-11.3	0.0	-4.6	-15.9	-5.7	10.2	64.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-1.1	A1	- Mehrkosten bei der IKT-Grundversorgung und dem Programm Digitaler Wandel Sek II aufgrund von Projektverschiebungen
-4.2	A1	- Nicht vollständig kompensierbarer Mehraufwand aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
-0.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	
Ausgaben total	-15.9	-5.7	10.2	
- Die Investitionen 2025 umfassen insbesondere Einrichtungen für einen Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich sowie die Instandsetzung an der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon. Die Investitionen 2026 bis 2028 sind mehrheitlich für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur und die Gesamtinstandsetzung am Bildungszentrum Limmattal in Dietikon vorgesehen.	-11.3	-5.7	5.6	- Minderausgaben insbesondere bei Ausstattungen Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich
- Kreditübertragung Ablösung der Schulverwaltungslösung	-4.6	0.0	4.6	- Verzögerung Ablösung der Schulverwaltungslösung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-11 000 000	0	0	-11 000 000	0

7401 Universität (Beiträge)

Der Regierungsrat legte die Eigentümerstrategie 2025–2028 für die Universität Zürich fest und unterbreitete sie dem Kantonsrat zur Genehmigung (RRB Nr. 895/2025). Die Eigentümerstrategie dient der transparenten Steuerung der Universität Zürich durch den Kanton als Träger und unterstützt den Regierungsrat und den Kantonsrat bei der Ausübung der Aufsicht. Sie umfasst unter anderem Vorgaben zu den wissenschaftlichen Leistungen, zur universitären Medizin, zur Infrastruktur und zu den Finanzen.

Mit dem Projekt Med500+ will der Kanton die Studienplätze für Humanmedizin erhöhen und damit einen Beitrag zur Behebung des akuten Mangels an Ärztinnen und Ärzten leisten.

Zur Umsetzung der Motion KR-Nr. 125/2021 betreffend Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich wurde dem Kantonsrat die Vorlage 6049 überwiesen. Die Zahl der Studienplätze für Medizin soll von heute 430 auf 700 erhöht werden. Um den Ausbau zu ermöglichen, sind sowohl eine Reform der Ausbildung als auch die Schaffung eines neuen Lernzentrums Medizin notwendig. Die Erhöhung um 270 Studienplätze erfolgt gestaffelt und der Endausbau ist für 2037 vorgesehen.

Aufgaben

- A1 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A2 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Bemerkungen

Allg. In der LG 7401 sind der Kostenbeitrag an die UZH (LG 9600) und Beiträge an die Zürcher Hochschulen im Rahmen des DIZH-Innovationsprogramms eingestellt. Die Erfüllung der Aufgaben A1–A3 obliegt der UZH (LG 9600). Die Finanzierung der UZH umfasst neben dem Kostenbeitrag des Kantons auch Mittel vom Bund, von anderen Kantonen und von Dritten. Die Hochbauinvestitionen der UZH in der LG 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion, geführt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L4	Studierende gesamt (L5–L8)	A1	28476	28570	28785	215	0.8
L5	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14667	14600	14857	257	1.8
L6	Studierende in Masterstudiengängen	A1	7782	7940	7727	-213	-2.7
L7	Studierende Lehramt	A1	594	520	635	115	22.1
L8	Studierende im Doktoratsstudium	A1, A2, A3	5433	5510	5566	56	1.0
L3	Habilitationen	A2, A3	82	80	50	-30	-37.5
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2, A3	26693	27512	27303	-209	-0.8
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2, A3	44.7	46.4	45.50	-0.9	
B3	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität, in %	A1, A2, A3	11.5	11	11.90	0.9	
W4	Abschlüsse gesamt (W5–W10)	A1, A2, A3	5589	6220	6069	-151	-2.4
W5	Bachelorabschlüsse	A1	2377	2770	2545	-225	-8.1
W6	Masterabschlüsse	A1	2177	2460	2495	35	1.4
W7	Abschlüsse Lehramt	A1	231	170	213	43	25.3
W10	Verliehene Dokorate	A1, A2, A3	804	820	816	-4	-0.5
W3	Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss, in %	A1, A3	99				

Bemerkungen

- L4, L5 Der Indikator gibt die Anzahl Studierender im Herbstsemester des Berichtsjahres an. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl um rund 2% an. Die Zahl übertrifft sowohl den bisherigen Höchstwert aus dem Vorjahr als auch den budgetierten Wert. Rund zwei Drittel des Zuwachses entfallen auf die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Die Studierendenzahl wächst in fast allen Studienstufen, insbesondere aber in den Bachelorstudiengängen.
- L6, W6 Die rückläufigen Zahl der Masterstudierenden (L6) erklärt sich mit der Zunahme der Masterabschlüsse (W6).
- L7 Gegenüber Budget und Vorjahr ist erneut ein Zuwachs an Studierenden zu verzeichnen, die nach einem Masterstudium ein Lehrdiplomstudium aufnehmen.
- B1 Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion an die Universität ist gegenüber Budget weniger stark gestiegen als die Studierendenzahl (L4).

- B2 Dieser Indikator bezieht sich auf den aus der Leistungsgruppe Nr. 7401 ausgerichteten Kostenbeitrag (ohne Beiträge der Gesundheitsdirektion an die Universität).
- W4, W5 Die Zahl der Abschlüsse hat sich nach dem Einmaleffekt im Vorjahr (prozessuale Änderung bei der Anmeldung zum Studienabschluss in der Philosophischen Fakultät) wieder stabilisiert.
- W3 Die Resultate der im Berichtsjahr durchgeführten Erhebung waren zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Geschäftsberichts noch ausstehend.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.3a Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) umsetzen

Die Digitalisierungsinitiative erreichte im Berichtsjahr die Hälfte ihrer Laufzeit. Durch die in den vergangenen Jahren aufgebauten Strukturen konnte sie planmässig und erfolgreich arbeiten. An allen Hochschulen konnten die geschaffenen Professuren umfangreiche Drittmittel einwerben. Die Universität Zürich besetzte weitere Professuren in den Bereichen KI, Cybersecurity sowie datengestützte Forschung zu Städten und Wirtschaft. Im Innovationsprogramm gab es erstmals zu allen fünf Call-Typen Ausschreibungen. Sie stiessen mit über 150 Projektanträgen auf grosse Resonanz. Dazu kamen zahlreiche Vernetzungsaktivitäten zum Erfahrungsaustausch und zur Förderung einer nachhaltigen Zusammenarbeit der Zürcher Hochschulen.

Stand bis
Planmässig 2029

BI 2.4a Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern

Die Zürcher Hochschulen setzen die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen gemäss der Verordnung des Schweizerischen Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen um. Mit neuen Übertritten von Fachhochschulen an Universitäten konnte die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen verbessert werden. Bei den Doktoraten wurden Kooperationsprojekte lanciert. Im Rahmen der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen konnten weitere Vernetzungen zwischen den Hochschultypen unter anderem mit gemeinsamen Brückenprofessuren und gemeinsam betreuten Doktorierenden geschaffen und etabliert werden.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-763.6	-790.9	0.0	0.0	-790.9	-790.5	0.4	0.1
- Kostenbeitrag an UZH	-762.8	-780.7	0.0	0.0	-780.7	-789.7	-9.0	-1.2
Saldo	-763.6	-790.9	0.0	0.0	-790.9	-790.5	0.4	0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.9	BI 2.3a	- Geringere Zusprachen an die Zürcher Hochschulen (UZH, ZHAW, ZHdK und PHZH) im Rahmen des DIZH-Innovationsprogramms
1.6		- Weniger Dienstleistungen Dritter
-3.1	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag an die UZH: Teilausgleich des Mehraufwands aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
0.0		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV).
A2 Jährliche Kostenbeiträge an die Zentralbibliothek (ZB) gemäss Stiftungsvertrag und Kostenanteile an das Sozialarchiv gemäss RRB.
A3 Investitionsbeiträge an die Zentralbibliothek gemäss Stiftungsvertrag.

Bemerkungen

- A1 BemerkungenA1Die IUV-Beiträge umfassen einerseits das Entgelt für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich, andererseits den Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten. Die IUV wird zentral von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) abgerechnet. Das Entgelt zugunsten des Kantons Zürich wird an die Universität Zürich (LG 9600) weitergeleitet. Es ist deshalb sowohl im Ertrag als auch im Aufwand der LG 7402 enthalten. Der Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten wird der LG 7402 belastet (vgl. Finanzierungstabelle unten).
A2, A3 Die Zentralbibliothek (LG 9690) wird zu 80% vom Kanton und zu 20% von der Stadt Zürich finanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1 Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich	A1	2763	2850	2933	83	2.9
L2 Ausleihen an der Zentralbibliothek	A2	266181	230000	253603	23603	10.3
B1 Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung IUV	A1	13822	13000	13833	833	6.4
B2 Besucher/innen ZB pro Vollzeitstelle	A2	4608	4000	4686	686	17.2
B3 Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate an der ZB pro Vollzeitstelle	A2	30995	31813	31201	-612	-1.9
W3 Nutzung E-Medien und Eigendigitalisate ZB (Nutzungen in Mio.)	A2	5.59	5.75	5.60	-0.15	-2.61

Bemerkungen

- L1 Gegenüber dem Vorjahr waren rund 6% mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten eingeschrieben.
B1 Der IUV-Beitrag pro Studierende/n bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Der Budgetwert wurde vor dem Hintergrund der Budgetvorgaben tiefer berechnet.
L2 Die Ausleihen von Printmedien an der Zentralbibliothek entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Im Budget wurde aufgrund der Digitalisierung von einem stärkeren Rückgang ausgegangen.
B2 Die Zahl der Besucherinnen und Besucher der Zentralbibliothek ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Im Budget wurde aufgrund der geplanten Sanierungsarbeiten von einem Besucherrückgang ausgegangen, der infolge Projektunterbruchs (vgl. Bemerkungen zur Investitionsrechnung) im Berichtsjahr noch nicht eingetreten ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	148.2	147.9	0.0	0.0	147.9	145.8	-2.1	-1.4
Aufwand	-220.7	-219.7	0.0	0.0	-219.7	-221.2	-1.5	-0.7
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-38.2	-37.1	0.0	0.0	-37.1	-40.8	-3.7	-9.9
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-31.5	-31.8	0.0	0.0	-31.8	-31.8	0.0	0.0
Saldo	-72.5	-71.7	0.0	0.0	-71.7	-75.4	-3.6	-5.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-2.7	-4.6	0.0	-3.6	-8.2	-0.3	7.9	96.8
Saldo	-2.7	-4.6	0.0	-3.6	-8.2	-0.3	7.9	96.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-3.7	A1	- Die IUV-Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten haben gegenüber dem Vorjahr um rund 6% zugenommen (vgl. L1). Der budgetierte Betrag war aufgrund der Planungsvorgaben konservativ eingestellt.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-8.2	-0.3	7.9	
- Kantonsanteil an den Investitionsbeiträgen an die ZB (LG 9690). Der Kanton und die Stadt Zürich finanzieren die Investitionen der ZB im Verhältnis 80% zu 20%.	-8.2	-0.3	7.9	- Das Projekt «Sanierung Altbau» wurde aufgrund einer umfassenden Kostenüberprüfung unterbrochen. Für den entstandenen Rückstand wird eine Kreditübertragung beantragt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7406 Fachhochschulen (Beiträge)

Im Januar des Berichtsjahres hat der Regierungsrat die Änderung des Fachhochschulgesetzes zur Umsetzung der Motion KR-Nr. 4/2021 betreffend Eigentümerstrategien für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 6007). Der Regierungsrat wird die Eigentümerstrategien voraussichtlich 2026 dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreiten können.

Mit der Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule sollen verschiedene parlamentarischen Vorstösse umgesetzt werden (vgl. Vorlage 6068). Einerseits wird der Zugang zur Ausbildung von Lehrpersonen auf der Primarstufe in Abweichung vom übergeordneten Bundesrecht

weitert (Motion KR-Nr. 268/2023). Dies führt zu Lehrdiplomen, die grundsätzlich nur im Kanton Zürich anerkannt sind. Andererseits soll die Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Primarlehrpersonen im Sinne des Postulats KR-Nr. 162/2021 angepasst werden. Darüber hinaus soll das Studium im Sinne des Postulats KR-Nr. 145/2024 betreffend Lehrerausbildungen auch im Fernstudium flexibler gestaltet werden. Zur Förderung des integrativen Unterrichts soll zudem die Zusammenarbeit von Regellehrpersonen und sonderpädagogischem Lehrpersonal gestärkt und bei Bedarf an der Pädagogischen Hochschule die Ausbildung von heilpädagogischem, sonderpädagogischem sowie pädagogisch-therapeutischem Personal ermöglicht werden.

Aufgaben

- A1 Die Fachhochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A2 Die Fachhochschulen betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Bemerkungen

Allg. In der LG 7406 sind die Kostenbeiträge an die ZHAW (LG 9710), ZHdK (LG 9720) und PHZH (LG 9740) eingestellt. Die Erfüllung der Aufgaben obliegt den Fachhochschulen. Die Finanzierung der Fachhochschulen umfasst neben den Kostenbeiträgen des Kantons Zürich auch Mittel vom Bund, von anderen Kantonen und von Dritten.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende an ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	19750	21290	20207	-1083	-5.1
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	15330	16520	15562	-958	-5.8
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	4420	4770	4645	-125	-2.6
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	22615	21508	22531	1023	4.8
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der FH, in %	A1, A2	47.2	47.3	47.20	-0.1	
B3	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen, in %	A1, A2	12	12	12.1	0.1	
W1	Diplomabschlüsse ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	5540	5380	5697	317	5.9
W2	Abschlüsse auf Bachelorstufe	A1	3920	3880	4112	232	6.0
W3	Abschlüsse auf Masterstufe	A1	1620	1500	1585	85	5.7
W4	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2630	2480	2600	120	4.8

Bemerkungen

- L1, L2, Ausgewiesen sind die aggregierten Studierendenzahlen der Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 (gewichtete Jahresmittelwerte). Die Studierendenzahlen liegen unter dem Budget und über dem Vorjahr. Nach stagnierenden Studierendenzahlen in den Vorjahren wurde für das Berichtsjahr ein etwas stärkeres Wachstum erwartet, als sich tatsächlich einstellte.
- B1 Entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahlen (vgl. L1) lag der kantonale Kostenbeitrag pro Studierende/n über dem Budget und unter dem Vorjahr. Der absolute Gesamtbetrag lag leicht unter dem Budgetwert (vgl. «Finanzierung»).
- W1, W2, W3 Die Anzahl Diplomabschlüsse lag insbesondere bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Pädagogischen Hochschule Zürich über dem Budgetwert.
- W4 Die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich konnten sowohl die Anzahl Projekte in anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung als auch die dafür akquirierten Drittmittel erhöhen.
- Allg. Die Entwicklungen pro Hochschule sind in den Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 ausgewiesen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2a Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.

In den Studiengängen Volksschule der Pädagogischen Hochschule Zürich starteten im Herbstsemester rund 20% mehr Studierende als im Vorjahr. Besonders gefragt ist das Primarstufen-Studium, gefolgt von der Sekundarstufe I und dem Studiengang Kindergarten- und Unterstufe. Die Studierendenzahlen bei den Studiengängen der Sekundarstufe II verzeichnen einen Zuwachs von 12% auf bereits hohem bestehendem Niveau. Die Pädagogische Hochschule Zürich unterstützt und begleitet Lehrpersonen, die ihren Wiedereinstieg in den Lehrberuf planen. Sie bietet verschiedene berufsintergrierte bzw. berufsbegleitende Studiengänge an. An der Universität Zürich ist die Anzahl Studierender im Lehrdiplom für Maturitätsschulen in den letzten Jahren gestiegen. Das Studium kann parallel zum Masterstudium oder berufsbegleitend absolviert und flexibel geplant werden.

Stand bis

Planmässig 2027

BI 2.3c Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen DIZH umsetzen

Die Digitalisierungsinitiative erreichte im Berichtsjahr die Hälfte ihrer Laufzeit. Durch die in den vergangenen Jahren aufgebauten Strukturen konnte sie planmässig und erfolgreich arbeiten. An allen Hochschulen konnten die geschaffenen Professuren umfangreiche Drittmittel einwerben. Die Universität besetzte weitere Professuren in den Bereichen KI, Cybersecurity sowie datengestützte Forschung zu Städten und Wirtschaft. Im Innovationsprogramm gab es erstmals zu allen fünf Call-Typen Ausschreibungen. Sie stiessen mit über 150 Projektanträgen auf grosse Resonanz. Dazu kamen zahlreiche Vernetzungsaktivitäten zum Erfahrungsaustausch und zur Förderung einer nachhaltigen Zusammenarbeit der Zürcher Hochschulen.

Planmässig 2029

BI 2.4b Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern

Die Zürcher Hochschulen setzen die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen gemäss der Verordnung des Schweizerischen Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen um. Mit neuen Übertritten von Fachhochschulen an Universitäten konnte die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen verbessert werden. Bei den Doktoraten wurden Kooperationsprojekte lanciert. Im Rahmen der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen konnten weitere Vernetzungen zwischen den Hochschultypen unter anderem mit gemeinsamen Brückenprofessuren und gemeinsam betreuten Doktorierenden geschaffen und etabliert werden.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-441.7	-455.8	0.0	0.0	-455.8	-451.8	3.9	0.9
- Kostenbeitrag an ZHAW	-209.3	-221.9	0.0	0.0	-221.9	-215.9	6.0	2.7
- Kostenbeitrag an ZHdK	-112.4	-114.5	0.0	0.0	-114.5	-115.0	-0.5	-0.4
- Kostenbeitrag an PHZH	-119.6	-119.0	0.0	0.0	-119.0	-120.6	-1.6	-1.3
Saldo	-441.7	-455.8	0.0	0.0	-455.8	-451.8	3.9	0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
6.0	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW: Ausgleich der Budgetabweichung bei den Raum- und Nebenkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (1.5), Rückführung des Überschusses im Sinne des restriktiven Haushaltsvollzugs (RRB Nr. 30/2025)
-0.5	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die ZHdK: Ausgleich der Budgetabweichung bei den Raum- und Nebenkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells
-1.6	BI 2.3c, BI 2.4b	- Höherer Kostenbeitrag an die PHZH: Ausgleich der Budgetabweichung bei den Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-0.9), Teilausgleich des Mehraufwands aufgrund der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 (-0.7)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-4000000	0	0	-4000000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Beitrag an die interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH) gemäss interkantonaler Vereinbarung (Konkordat).
A2 Ausrichtung von Beiträgen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende.

Bemerkungen

- A1 Zürich ist Sitz- und Trägerkanton der HfH.
A2 Die Finanzierung im Rahmen der FHV umfasst einerseits Beiträge des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und andererseits Entgelte der Vereinbarungskantone für deren Studierende an der ZHAW, ZHdK und PHZH. Die FHV-Beiträge des Kantons Zürich sind im Aufwand der LG 7407 enthalten. Die FHV-Entgelte der anderen Kantone fliessen direkt an die ZHAW, ZHdK und PHZH. Sie sind in den LG 9710, 9720 und 9740 im Ertrag separat ausgewiesen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordats-hochschulen	A1, A2	6279	5940	6984	1044	17.6
B1	Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung FHV und Finanzierungs-beteiligung Kon-kordats-hochschulen	A1, A2	13120	14200	13137	-1063	-7.5

Bemerkungen

- L1 Sowohl die Anzahl Zürcher Studierenden gemäss interkantonaler Hochschulvereinbarung als auch die Studierenden-zahlen der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik sind gestiegen. Bei der interkantonalen Hochschule für Heil-pädagogik war die Zunahme mit 45% gegenüber Budget bzw. 25% gegenüber Vorjahr besonders markant. Aufgrund des geltenden Finanzierungsmodus werden die entsprechende Mehrkosten den Trägerkantonen erst in den Folgejah-ren belastet.
B1 Der Beitrag pro Studierende/n bewegte sich auf dem Niveau des Vorjahres. Die rückblickend zu hohe Budgetierung erfolgte Grundlage der Rechnung 2023, die ihrerseits noch von den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie geprägt war.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-82.4	-84.4	0.0	0.0	-84.4	-91.8	-7.3	-8.7
Saldo	-82.4	-84.4	0.0	0.0	-84.4	-91.8	-7.3	-8.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.5	A1	- Rückerstattung eines Teils des Überschusses 2023 an Trägerkantone aufgrund Beschluss des Hoch-schulrates
-8.8	A2	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale FH und PH
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Für die Schulgemeinden des Kantons wird ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot für Schulsozialarbeit bereitgestellt. In mehreren Bezirken wird die Schulsozialarbeit bereits nahezu flächendeckend durch das Amt für Jugend und Berufsberatung sichergestellt. Per Januar 2026 werden die bisher unveränderten Tarife angepasst, um die vom Gesetz geforderte Kostendeckung auch weiterhin zu gewährleisten.

Künftig basiert die Tarifstruktur auf Stunden- bzw. Jahrespauschalen für Mitarbeitende und Regionalleitende der Schulsozialarbeit. Auf dieser Grundlage wurden neue Leistungsvereinbarungen ausgearbeitet. Diese wurden in der ersten Hälfte des Berichtsjahres durch alle bestehenden Vertragspartner unterzeichnet. Das Auftragsvolumen konnte insgesamt leicht gesteigert werden.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A8 Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots an ergänzenden Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L11 Kinder und Jugendliche mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	6849	7100	7040	-60	-0.8
L12 Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4525	4300	4962	662	15.4
L13 Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	9003	8400	8811	411	4.9
L14 Fälle Alimentenhilfe	A4	5387	5400	5399	-1	-0.0
L15 Finanzierte sonderpädagogische Massnahmen	A5	6117	6200	6088	-112	-1.8
L19 Finanzierte Aufenthaltstage Heimpflege	A8	559077	550000	578347	28347	5.2
L20 Finanzierte Aufenthaltstage Familienpflege	A8	219738	190000	214507	24507	12.9
B11 Kosten pro Kind/Jugendliche(n) mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr, in Fr.	A1	3373	3155	3407	252	8.0
B12 Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr, in Fr.	A2	1025	1177	994	-183	-15.5
B13 Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr, in Fr.	A3	661	701	686	-15	-2.1
B14 Kosten sonderpädagogische Massnahmen pro Kind und Jahr, in Fr.	A5	6609	6500	6604	104	1.6
B19 Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «betreutes Wohnen», in Fr.	A8	404	433	411	-22	-5.1
B20 Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «begleitetes Wohnen», in Fr.	A8	209	207	176	-31	-15.0
B21 Kosten pro Aufenthaltstag Familienpflege, inkl. Dienstleistungsangebote Familienpflege, in Fr.	A8	135	151	127	-24	-15.9
W11 Anteil der Neugeborenen, mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung), in %	A3	90	95	89	-6	
W12 Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste), in %	A4	41	40	40	0	

Bemerkungen

- L11, B11 Die höheren Kosten pro Kind mit Kindesschutzmassnahme (B11) sind auf die Besoldungs- und Stellenentwicklung zurückzuführen sowie auf den angestrebten Anstieg des durchschnittlichen jährlichen Stundenaufwands pro Kindesschutzmandat. Der Anteil an Kindesschutzfällen mit besonders herausfordernden und entsprechend zeitintensiven Fallführungen nahm weiterhin zu.
- L12, B12 Die grosse Nachfrage konnte bewältigt werden, indem die Beratungszeiten pro Auftrag reduziert wurden. Diese Steuerungsmassnahme führte zu entsprechend tieferen Kosten pro Beratungsauftrag (B12).

L13, B13, W11	Trotz tieferer Geburtenrate konnte aufgrund vermehrter Anstrengungen zur besseren Erreichung der Zielgruppen der prognostizierte Wert leicht überschritten werden. Zudem hat sich die Dauer der Beratungen im Verlauf der vergangenen Jahre erhöht, da Familien für komplexere Fragestellungen vermehrt längere Beratungen in Anspruch nehmen. Aufgrund der höheren Nachfrage lagen die Kosten pro Beratungsauftrag (B13) leicht unter dem prognostizierten Wert. Für die Berechnung des Indikators W11 werden jeweils die Geburtszahlen des Vorjahres verwendet. Aufgrund der provisorischen Geburtszahlen kann von einem weiteren Rückgang der Geburtenrate ausgegangen werden. Der tatsächliche Erreichungsgrad wird deshalb höher liegen und dem prognostizierten Wert entsprechen.
L14, W12	Die Inkassoquote (W12) entspricht der Erwartung. Sie hängt vor allem von der wirtschaftlichen Situation der Unterhaltspflichtigen ab.
L19, B19	Die effektiven Aufenthaltstage in der Heimpflege lagen rund 5% über dem Planwert, was in erster Linie auf eine bessere Auslastung zurückzuführen ist. Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten im betreuten Wohnen insgesamt um 10 Mio. Franken gestiegen. Trotz der höheren Auslastung führte dies zu einem leichten Anstieg der Aufenthaltskosten (B19), die allerdings deutlich unter dem Planwert liegen.
L20, B20	Die Inanspruchnahme der Familienpflege ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, liegt insgesamt allerdings nach wie vor über dem Planwert. Es ist davon auszugehen, dass einige bereits im Vorjahr gestartete Pflegeverhältnisse andauerten, was diese Abweichung erklärt. Die Kosten im begleiteten Wohnen (B20) sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Ein Platzausbau und eine bessere Auslastung führen zu einer höheren Anzahl Aufenthaltstage. Im Vergleich zum Vorjahr wurden weniger Pflegeverhältnisse über Dienstleistungsangebote in der Familienpflege abgegolten und damit weniger Pflegeverhältnisse begleitet als erwartet. Dies reduzierte die Kosten pro Aufenthaltstag der Familienpflege (B21).
L15, B14	Die Anzahl der finanzierten Massnahmen lag im Berichtsjahr leicht unter dem Planwert, da sie erstmals rückläufig war.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.1a Das bedarfsgerechte Angebot an Schulsozialarbeit der Gemeinden gemäss KJHG überprüfen und die entsprechenden Grundlagen anpassen

Die fachlichen Grundlagen wurden nachgeführt und die Leistungsvereinbarungen mit den Gemeinden angepasst.	Stand	bis
	Planmässig	2027

BI 2.1d Familien mit Kindern im Vorschulalter niederschwellig und bedarfsgerecht unterstützen (Revision KJHG)

Die Vorlage zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei der zuständigen Kommission des Kantonsrates in Beratung.	Verzögert	2027

BI 2.1f Allen Familien mit Kindern im Vorschulalter die Inanspruchnahme von familienergänzenden Betreuungsangeboten durch eine Mitfinanzierung der öffentlichen Hand ermöglichen (Revision KJHG)

Die Vorlage zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei der zuständigen Kommission des Kantonsrates in Beratung.	Verzögert	2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	561.1	532.6	576.7	44.1	8.3

Bemerkungen R25 zu B25

Allg.	Befristete Anstellungen in den Bereichen Mineurs non-accompagnés, Jugendhilfestellen und ergänzenden Hilfen zur Erziehung führen zu einem höheren durchschnittlichen Beschäftigungsgrad.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	293.7	292.5	0.0	0.0	292.5	303.4	10.9	3.7
- Durchlaufende Beiträge	20.0	15.8	0.0	0.0	15.8	15.9	0.1	0.8
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	13.4	12.2	0.0	0.0	12.2	14.4	2.3	18.8
Aufwand	-577.4	-512.5	0.0	-12.4	-524.9	-564.5	-39.6	-7.5
- Eigene Beiträge	-387.3	-327.8	0.0	-12.4	-340.2	-374.8	-34.6	-10.2
- Durchlaufende Beiträge	-20.0	-15.8	0.0	0.0	-15.8	-15.9	-0.1	-0.8
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-13.5	-12.1	0.0	0.0	-12.1	-14.2	-2.1	-17.0
Saldo	-283.7	-220.0	0.0	-12.4	-232.4	-261.1	-28.7	-12.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-11.5	-1.0	0.0	0.0	-1.0	0.0	1.0	100.0
Saldo	-11.4	-1.0	0.0	0.0	-1.0	0.0	1.0	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-28.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
6.4	A8	- Höhere Gemeindebeiträge infolge gestiegener Inanspruchnahme von ergänzenden Hilfen zur Erziehung
4.4	A8	- Weniger ausgerichtete Subventionen nach § 21 des Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG)
3.4		- Tieferer Sach- und Betriebsaufwand in der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen Dritter, Software, Reisekosten und Spesen
2.3	BI 2.1a	- Die erbrachten Leistungen für Gemeinden und Dritte konnten insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
1.3	A1, A2, A3	- Höhere Gemeindebeiträge an die Kosten der Jugendhilfestellen
0.2		- Geringerer Abschreibungsaufwand infolge verzögerter Ersatzbeschaffungen bei Sachanlagen und Softwareinvestitionen
0.1	A8	- Höhere Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder- und Jugendheime
-0.8	A1	- Höherer Staatsbeitrag an Stadt Zürich aufgrund höherer Aufwände der Jugendhilfestellen im Bereich des behördlichen Kindesschutzes.
-1.0	A5	- Subvention zur Mitfinanzierung des Autismus-Frühförderungsangebots «Frühe intensive verhaltenstherapeutische Intervention (FIVTI)» der Fachstelle Autismus der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich
-2.1	BI 2.1a	- Die erbrachten Leistungen für Gemeinden und Dritte konnten insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
-5.7		- Höherer Personalaufwand aufgrund von befristeten Anstellungen in den Bereichen Mineurs non-accompagnés, Jugendhilfestellen und ergänzenden Hilfen zur Erziehung.
-14.7	A8	- Höhere Inanspruchnahme und Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Bereich der Pflegefamilien und der sozialpädagogischen Familienhilfen
-22.5		- Rückstellungsveränderungen zur Rückabwicklung der Versorgertaxen an die Gemeinden aufgrund der bereinigten Eingaben der Gemeinden und der erfolgten Auszahlungen im Berichtsjahr
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.0	0.0	1.0	
- Investitionsbeiträge Kinder- und Jugendheime	-0.4	0.0	0.4	- Die Minderausgaben bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime sind auf Bau- und Projektverzögerungen zurückzuführen.
- Investitionen in Software und Sachanlagen	-0.6	0.0	0.6	- Projektverzögerungen führen zu geringeren Software- und Sachanlageninvestitionsausgaben.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge

Um Eltern einen verständlichen Überblick über die vielfältigen Bildungswege zu ermöglichen, wurden zwei Erklär-Filme zum Bildungssystem produziert. Ein Kurzfilm bietet einen kompakten Einstieg, während eine ausführliche Version die verschiedenen Bildungswege nach der Primarschulde erläutert. Lehrpersonen der fünften Primarschulklassen können die Filme an Elternabenden einsetzen. Sie sind im Elternbereich des Berufswahl-Portals verfügbar, ebenso wie weitere Informationen zum Bildungssystem und zur Berufswahl.

Eltern sind die wichtigsten Unterstützungspersonen für ihre Kinder bei der Berufswahl. Deshalb besuchen Jugendliche und ihre Eltern seit dem Sommer des Berichtsjahres gemeinsam einen Berufswahl-Abend in den Berufsinformations-

zentren. Nach einem kurzen Input durchlaufen Eltern und Jugendliche zusammen verschiedene Posten, etwa zu den eigenen Stärken, zum Bildungssystem oder zur Bewerbung. Das Angebot ÜBER18 bietet jungen Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren ohne Sek-II-Abschluss niederschwellige Beratung und verlässliche Informationen für den Übergang ins Erwachsenenleben. Fragen zu Ausbildung und Beruf, aber auch zu Wohnen, Finanzen oder Gesundheit können über das Online-Infoportal, per Chat, Telefon oder persönlich im Rahmen einer Beratung geklärt werden. Das Angebot ergänzt das Case Management, indem es kurzfristige, niedrigschwellige Beratungen ermöglicht und so junge Erwachsene in herausfordernden Lebenssituationen frühzeitig unterstützt.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
- A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung
- A3 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L11	Beratene Personen im biz	A1	14749	15000	14934	-66	-0.4
L12	Beratene Schüler/innen der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden	A1	12947	13500	12612	-888	-6.6
L13	Seminare und Veranstaltungen	A2	1347	1450	1318	-132	-9.1
L14	Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II	A3	5217	4600	5119	519	11.3
L15	Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A3	1669	1400	1767	367	26.2
B11	Kosten pro beratene Person, in Fr.	A1	644	655	639	-16	-2.4
B12	Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden, in Fr.	A1	176	161	180	19	11.8
B13	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II, in Fr.	A3	8265	10000	7362	-2638	-26.4
B14	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär, in Fr.	A3	9175	10000	8876	-1124	-11.2
B15	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tg.	A3	40	50	36	-14	-28.0
W11	Anteil Schüler/innen im 2. Schuljahr der Sekundarschule, der eine Veranstaltung besucht hat, in %	A2	98	98	98	0	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Nachfrage nach Beratungen der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen ist wie erwartet stabil.
- L12, B12 Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, die im Berichtsjahr eine Kurzberatung im Schulhaus in Anspruch genommen haben, ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Die persönliche Beratung durch die Berufsberatung wird zwar weiterhin stark nachgefragt, ist jedoch entgegen der Prognose nicht angestiegen. Die Nutzung der digitalen Tools zur Selbstinformation wie das Berufswahl-Portal ist inzwischen etabliert. Die Kosten pro Schüler/in (B12) liegen etwas höher, da weniger Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Schulhaus-Sprechstunden beraten wurden.
- L13 Die Anzahl Veranstaltungen hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen und den Planwert nicht ganz erreicht. Der Rückgang erklärt sich damit, dass in den Berufsinformationszentren (biz) weiterhin vermehrt Eltern- und Klassenorientierungen kombiniert durchgeführt werden, was die Anzahl der Veranstaltungen insgesamt reduziert.
- L14, L15 Die Anzahl unterstützter Personen in Ausbildung ist nachfrage- und ressourcenbedingt höher als budgetiert, aber insgesamt ungefähr auf dem Vorjahres-Niveau.
- B13, B14 Im Berichtsjahr wiesen die Eltern der Personen in Ausbildung im Durchschnitt ein höheres Einkommen aus als im Vorjahr. Das hat Einfluss auf die Beitragshöhe. Da insbesondere bei Antragstellenden in einer Berufsausbildung das Einkommen der Eltern mitberücksichtigt wird, ist die Differenz auf dieser Ausbildungsstufe nochmals höher als bei den Personen in Ausbildung auf Tertiärstufe.
- B15 Die Routine und Effizienz der Mitarbeitenden wirkte sich positiv auf die Durchlaufzeit aus. Vollständige Gesuche konnten schnell bearbeitet werden, wodurch die durchschnittliche Anzahl Bearbeitungstage verkürzt werden konnte.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BI 2.1b Bibliotheken als kommunale Begegnungsorte für Familien und als Orte der Sprachförderung unterstützen

Um Bibliotheken als kommunale Begegnungsorte für Familien sowie als Orte der Sprachförderung zu stärken und weiterzuentwickeln, wurde im Berichtsjahr eine kantonsweite Bestandserhebung durchgeführt. Diese ermöglichte die systematische Erfassung und Analyse der bestehenden Angebote, Zielgruppen sowie von deren Rahmenbedingungen und Entwicklungsbedarf. Parallel dazu erfolgte der Aufbau eines Netzwerks mit den Akteurinnen und Akteuren aus dem Bibliothekswesen, um bestehende Synergien zu nutzen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Auf dieser Grundlage konnten in der zweiten Jahreshälfte erste Massnahmen mit einzelnen Bibliotheken initiiert werden, wie z.B. die Pilotierung niederschwelliger Vorlese- und Erzählformate für Familien mit Kleinkindern.

Planmässig 2027

BI 2.2b Das Stipendienwesen (Ausbildungsbeiträge) in Bezug auf administrative Abläufe überprüfen und weiter verbessern (Revision Bildungsgesetz)

Die Vorlage zur Änderung des Bildungsgesetzes ist im Kantonsrat in Beratung.

Planmässig 2027

BI 2.3e Die Übergänge von der Schule (Sekundarstufe und Mittelschule) zur Berufswelt und/oder weiterführenden Bildungsangeboten mit digitalen Instrumenten unterstützen und insbesondere das Berufswahl-Portal und das Studienwahl-Portal etablieren und weiterentwickeln.

Beim Berufswahl-Portal wurden die Informationen für Eltern verbessert. Aktuell wird die Machbarkeit für den Ausbau zu einem umfassenden Arbeitsinstrument für Bewerbungsthemen am Übergang zwischen Volksschule und Berufsbildung geprüft. Die Weiterentwicklung des Studienwahl-Portals ist für 2026 vorgesehen.

Planmässig 2027

BI 2.4e Das kostenlose Grundangebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf den veränderten individuellen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Bedarf anpassen (Revision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung)

Die Vorbereitung für ein flexibles Gebührenmodell wurde gestartet.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
169.0	142.5	167.0	24.5	17.2

Bemerkungen R25 zu B25

- Allg. Befristete Anstellungen beim Ad-hoc-Stipendienteam und bei Beratungen im Auftrag von Dritten in den biz führen zu einem höheren durchschnittlichen Beschäftigungsgrad.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	27.7	23.6	0.0	0.0	23.6	28.5	4.9	20.8
Aufwand	-103.7	-107.1	0.0	0.0	-107.1	-97.2	9.9	9.2
- Eigene Beiträge	-60.6	-65.1	0.0	0.0	-65.1	-54.0	11.1	17.1
Saldo	-76.0	-83.5	0.0	0.0	-83.5	-68.7	14.8	17.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6	2.0	0.0	0.0	2.0	0.6	-1.4	-72.0
Ausgaben	-1.4	-2.3	0.0	0.0	-2.3	-1.1	1.3	54.7
Saldo	-0.8	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-0.5	-0.2	-50.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
10.8	A3	- Die durchschnittliche Höhe der ausgerichteten Stipendienbeiträge fiel tiefer aus, was zu einem insgesamt tieferen Gesamtaufwand führte.
3.3	A1, A2	- Höhere Bundesbeiträge für «viamia»- und für RAV-Beratungen
3.3	A1, A2, A3	- Tieferer Sach- und Betriebsaufwand in der Berufsberatung, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen Dritter, Software, Reisekosten und Spesen und Drucksachen
0.7	A3	- Nicht planbare Zinserträge und Kapitalaufwertungen im Verwaltungsvermögen infolge Rückzahlungen langjähriger Ausbildungsdarlehen
0.3	A1	- Höhere Einnahmen für die Benützung von kostenpflichtigen Beratungsdienstleistungen
0.3	A1, A2	- Insgesamt tiefere Beiträge an den SDBB infolge nicht eingetretener Projektkosten
-0.2	A3	- Tieferer Beitrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation für Ausbildungsbeiträge
-0.5	A1, A2	- Die Gemeindebeiträge reduzierten sich infolge der tieferen biz-Gesamtkosten.
-3.5	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand aufgrund des Ad-hoc-Stipendienteams und der im Auftrag von Dritten durchgeführten Beratungen für «viamia» und für die regionalen Arbeitsvermittlungszentren
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	2.0	0.6	-1.4	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	2.0	0.6	-1.4	- Weniger Darlehensrückzahlungen als erwartet, sie stehen in Abhängigkeit zu den ausbezahlten Darlehen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-2.3	-1.1	1.3	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	-2.0	-0.7	1.3	- Weniger ausgerichtete Darlehen als erwartet, bei der Wahlfreiheit der Ausbildungsbeiträge werden mehrheitlich Stipendien beansprucht.
- Projekte und Softwareentwicklungen	-0.3	-0.3	0.0	
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
0	0	-400000	-400000	-400000

Bemerkungen

Im Berichtsjahr konnten mehr Leistungen im Bereich der Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge mit dem eigenen Personal erbracht werden, weshalb weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen werden mussten. Die Vorgaben gemäss § 16 Abs. 1 der Finanzcontrollingverordnung sind eingehalten.

7930 Berufsbildungsfonds

Arbeitgebende, die im Kanton Mitarbeitende beschäftigen und sich nicht an der beruflichen Grundbildung beteiligen, leisten einen Beitrag von einem Promille der im Kanton deklarierten Lohnsumme an den Berufsbildungsfonds. Von der Beitragspflicht befreit sind Betriebe, die Lernende ausbilden, einem Branchenfonds unterstellt sind, einem Lehrbetriebsverband angehören oder eine Lohnsumme von weniger als Fr. 250'000 deklarieren.

Über die Verwendung der Mittel entscheidet eine neunköpfige Berufsbildungskommission. Mehr als 90% der Gelder wurden eingesetzt, um die Ausbildungskosten der Lehrbetriebe zu senken: Über 15 Mio. Franken flossen über die Anbietenden der überbetrieblichen Kurse an die Lehrbetriebe zurück. Weitere 6,6 Mio. Franken wurden für Raum- und Ma-

terialkosten der Qualifikationsverfahren verwendet. Zudem unterstützt der Fonds die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner mit einem Beitrag von Fr. 250 pro Teilnehmerin und Teilnehmer.

Wie in den Vorjahren förderte der Fonds auch dieses Jahr innovative Massnahmen in der beruflichen Grundbildung. Unterstützt wurden unter anderem die Berufsmesse Zürich, der Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland sowie verschiedene Veranstaltungen der Berufsbildungsforen. Auch Programme wie Betriebe fördern Talente sowie Projekte wie die Integrationsvorlehre und CoBe Gastro wurden weiterhin mitfinanziert.

Insgesamt prüfte die Berufsbildungskommission 20 Beitragsgesuche. Davon wurden 16 gutgeheissen.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2	Durchschnittlich erbrachte Leistung pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	631	610	653	43	7.0
B1	Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	25	26	22	-4	-15.4

Fonds

Anlagevermögen		R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand		-15.4	-17.0	-18.7	-1.7	-10.3
Finanzierung		15.4	17.0	18.7	1.7	10.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	26.2	26.0	0.0	0.0	26.0	28.4	2.4	9.2
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	26.2	26.0	0.0	0.0	26.0	28.4	2.4	9.2
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-26.2	-26.0	0.0	0.0	-26.0	-28.4	-2.4	-9.2
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-23.1	-23.3	0.0	0.0	-23.3	-24.3	-1.0	-4.3
- Einlagen in Bestandeskonto	-2.2	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-3.3	-1.7	-112.7
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.8	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	23.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.4	A1, A2	- Die Beiträge werden von den Familienausgleichskassen mit einem Promille auf der Lohnsumme der beitragspflichtigen Arbeitgeber erhoben. Die erwarteten Einnahmen werden unter Einbezug der Wirtschaftsdaten und Prognosen des Zürcher Wirtschaftsmonitorings budgetiert. Von den rund 125 000 Arbeitgebern im Kanton Zürich wurden im Berichtsjahr etwas mehr als 30000 beitragsbefreit. Alle anderen Arbeitgeber mit einer Lohnsumme über Fr. 250 000 sind beitragspflichtig. Eine Prognose über die Höhe der Lohnsumme in einer prosperierenden Wirtschaftslage ist schwierig.
0.2	A1, A2	- Tiefere Betriebs- und Verwaltungskosten
-1.0	A1, A2	- Die von der Berufsbildungskommission bewilligten Beiträge an die Kosten der Lehrbetriebe für die überbetrieblichen Kurse (üK) und die zentral durchgeführten Qualifikationsverfahren (QV) fielen höher aus als budgetiert. Grund für die höheren üK-Kosten sind unter anderem Änderungen in den Bildungsplänen einzelner Berufe sowie die Erhöhung der üK-Tage. Die Überschreitung der QV-Kosten begründet sich mit der Erhöhung des Stundenansatzes für das Einrichten/Aufräumen der Räumlichkeiten und durch Änderungen in einzelnen Bildungsverordnungen, die Einfluss auf die Beschaffung von zusätzlichen Materialien haben.
-1.7	A1, A2	- Höhere Einlage in Bestandeskonto aufgrund der genannten Abweichungen
0.1		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick	272
Legislaturziele	273
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	273
Bildung (Politikbereich 2)	273
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	274
Verkehr (Politikbereich 6)	274
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	274
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	277
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	277
Finanzierung	278
Übersicht	278
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	278
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	278
Personal- und Lohnstatistik	279
Beschäftigungsumfang	279
Lohnaufwand	279
Anstellungsverhältnisse	279
Parlamentarische Vorstösse	279
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	279
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	280
Leistungsgruppen	282
8000 Generalsekretariat	282
8100 Hochbauamt	284
8300 Amt für Raumentwicklung	287
8400 Tiefbauamt	291
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	295
8510 Altlasten	301
8700 Immobilienamt	302
8710 Liegenschaften Finanzvermögen	305
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen	307
8800 Amt für Landschaft und Natur	311
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	315
8930 Mehrwertausgleichsfonds	317
8940 Denkmalpflegefonds	318
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	319
8960 Deponiefonds	320
8970 Kantonaler Waldfonds	321
8980 Wildschadenfonds	322

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton ein nachhaltiger attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe. Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und eine hohe Biodiversität, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente und klimagerechte Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

In der kantonalen Richtplanung hat der Regierungsrat im Berichtsjahr die Teilrevision 2022 (RRB Nrn. 262/2025 und 263/2025), die Teilrevision 2024 (RRB Nrn. 1191/2025 und 1053/2025) sowie die Teilrevision Energie (RRB Nr. 1160/2025) zur Beratung und Festsetzung an den Kantonsrat überwiesen. Mit der Verabschiedung des Raumplanungsberichts 2025 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht über die Durchführung und den Verwirklichungsstand der Raumplanung gemäss § 10 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) erstattet (RRB Nr. 1092/2025).

Damit auch in Zukunft genügend Deponien zur Verfügung stehen, wurden aus rund 400 Vorschlägen die am besten geeigneten Standorte ermittelt. Als Ergebnis sollen 19 neue Deponiestandorte sowie drei Erweiterungen bestehender Deponien in den kantonalen Richtplan aufgenommen, drei bereits im Richtplan eingetragene Standorte gestrichen werden.

Das Richtplankapitel Energie wurde grundlegend überarbeitet. Neben dem Eintrag von Eignungsgebieten für die Nutzung der Wind- und Wasserkraft sollen die Zielsetzungen für die Weiterentwicklung der Energieversorgung festgelegt werden. Gebäude sollen so gebaut und ausgerüstet werden, dass sie möglichst wenig Energie benötigen. Energie aus lokalen, erneuerbaren Quellen soll künftig vermehrt genutzt werden.

Das Hochbauamt konnte im Berichtsjahr mit dem Neubau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich, dem Ersatz- und Ergänzungsbau der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland, der Erneuerung und Erweiterung der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon, den Erweiterungsneubauten der Kantonsschule Limmattal in Urdorf und der Flutungsanlage im Ausbildungszentrum Andelfingen mehrere grössere Projekte fertigstellen. Andere Projekte wie das Bildungszentrum für Erwachsene in der Militärkaserne oder der Neubau für das Bezirksgericht Hinwil gingen in die Realisierungsphase.

Der Kanton hat die Zugänglichkeit von rund 110 kantonalen Gebäuden im Rahmen des Aktionsplans Behindertenrechte einheitlich erfasst und bestehende bauliche Hindernisse analysiert. Daraus wurden konkrete Handlungsfelder abgeleitet, mit Fachpersonen und Menschen mit Behinderung gespiegelt, um die Situation wirksam zu verbessern. Durch bauliche, betriebliche und sensibilisierende Massnahmen soll die Hindernisfreiheit künftig systematisch mitgedacht und in den Abläufen der Verwaltung verankert werden.

Im Projekt Veloexpress setzt der Kanton auf einfache, schnell umsetzbare Massnahmen, die für die Velofahrenden eine spürbare Verbesserung bewirken und die Verkehrssicherheit erhöhen. Im Berichtsjahr wurden zum Beispiel Radstreifen

verbreitert, geschützte Querungsmöglichkeiten geschaffen, die Sichtverhältnisse verbessert sowie Markierungen zur Unterstützung der optischen Führung angebracht.

Der Entlastungstollen Thalwil ist mittlerweile fertiggestellt. Die Bauarbeiten am Ein- und Auslaufbauwerk sind noch in Ausführung. Am 23. und 24. August des Berichtsjahres hatte die Bevölkerung die einmalige Möglichkeit, den Stollen zu durchwandern. 18 362 Menschen absolvierten die zwei Kilometer lange Wanderung von der Sihl durch den Zimmerberg an den Zürichsee.

Seit April wird der Furtbach bei Otelfingen revitalisiert. Das Projekt nutzt Synergien mit dem Hochwasserschutzausbau des Kantons Aargau. Während einer Projektwoche erstellten Schulklassen zusätzliche Strukturen am Gewässer.

Die Festlegung der Gewässerräume im Siedlungsgebiet an den kantonalen Gewässern ist mehrheitlich erfolgt und jene an den kommunalen Gewässern in 112 Gemeinden abgeschlossen.

Schutz und Erhaltung

Der kantonale Waldentwicklungsplan WEP2025+ wurde auf den im Berichtsjahr vorangetriebenen Entwurf einer Fachgrundlage ökologische Infrastruktur zur besseren Vernetzung der wertvollen Naturstandorte abgestimmt und die Vernehmlassung gestartet. Für die zukünftige Bewirtschaftung der Gewässer steht die in Konsultation mit allen Betroffenen erarbeitete Strategie Fischereimanagement 2026+ fest.

Um die Situation im Kanton bezüglich per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) fundiert zu bewerten, hat die Baudirektion gemeinsam mit der Gesundheitsdirektion umfassende Analysen durchgeführt. Die zusammengeführten Ergebnisse ermöglichen eine Einschätzung der wichtigsten Quellen und Stoffflüsse der bekannten PFAS und bilden die Grundlage für die Massnahmenplanung zur Reduktion.

Das Hochbauamt und das Immobilienamt starteten das KreislaufLAB. Dieses bietet einem inspirierenden Austausch von Projektbeteiligten für Projektbeteiligte, ist selbstorganisiert und organisationsübergreifend. Damit wird ein Beitrag zur Umsetzung der kantonalen Klima- und Kreislaufwirtschaftsstrategie geleistet.

Der Bau des Brüttener Tunnels und weitere Bauvorhaben verursachten zahlreiche grossflächige archäologische Untersuchungen (Sondierungen, Rettungsgrabungen). Das Theater Winterthur wurde nach der Gesamtanierung wiedereröffnet, die Instandsetzung des Kutscherhauses der Villa Patumbah wurde abgeschlossen. Im Inventar der schutzwürdigen Ortsbilder von überkommunaler Bedeutung wurden die Ortsbilder Stadt Zürich und Stadt Winterthur festgesetzt. Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist damit abgeschlossen. Die Grundlagenphase der Schutzverordnung Albiskette wurde abgeschlossen, die Erarbeitungsphase gestartet. Die landschaftlichen Werte in der Moorlandschaft Neeracherried wurden erhoben.

Neue Verfahren und technische Innovation

Im Berichtsjahr wurde erstmals ein Datensatz aller Einzelbäume im kantonalen Siedlungsgebiet automatisiert aus Lidardaten erstellt und in der Geodateninfrastruktur zur Verfügung gestellt.

Das Tiefbauamt ist seit Längerem nach ISO 9001 Qualitätsmanagement zertifiziert. Im Berichtsjahr konnte die Zertifizierung erfolgreich um die Aspekte Umweltmanagement (ISO 14001) und Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (ISO 45001) erweitert werden.

Mit dem Klimawandel wird die Hitzebelastung im urbanen Raum eine zunehmende Herausforderung. Der Kanton hat die klimatische Situation mit einem Klimamodell umfassend analysiert. Die frei verfügbaren, detaillierten Karten bilden eine wichtige Grundlage für die zukünftige Stadtplanung.

Mit dem Förderprogramm Ladeinfrastruktur der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion wird seit April 2023 die Elektrifizierung der Mobilität unterstützt. Bisher wurden rund 6000 Gesuche mit einem Gesamtvolumen von mehr als 37 Mio. Franken zugesichert. Damit wurden Basisinfrastrukturen für rund 88 000 Parkplätze gefördert.

Mit dem gezielten Einsatz von Holz als Bau- und Werkstoff lassen sich CO₂-Emissionen reduzieren und Kohlenstoffspeicher aufbauen. Die Baudirektion hat dazu eine Holzstrategie erarbeitet. Diese zeigt auf, wie das nachwachsende und lokal verfügbare Material Holz vermehrt in langlebigen Produkten genutzt, wiederverwendet und der darin gespeicherte Kohlenstoff am Ende der Lebensdauer langfristig gespeichert werden kann.

Das von der Baudirektion und der Finanzdirektion gemeinsam geleitete Projekt zur Überprüfung der Koordinationsstrukturen und der Lead-Buyer-Funktionen im Beschaffungswesen konnte im Sommer des Berichtsjahres mit RRB Nr. 750/2025 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Ab 1. Januar 2026 übernimmt die neue Kommission für Beschaffungswesen die Aufgaben der Kommission für öffentliche Beschaffungen und der Beschaffungskoordination. Der Regierungsrat stärkt damit die Beschaffungskoordination und legt die Basis für eine vermehrt interdisziplinäre Herangehensweise an die Herausforderungen des Kantons im Beschaffungsbereich.

Rechtliches

Um die rechtlichen Hürden für die Weiterentwicklung von Bestandesbauten zu minimieren, hat die Baudirektion einen Entwurf für die Änderung des Planungs- und Baugesetzes

(PBG) zum erleichterten Bauen im Bestand erarbeitet. Die Vorlage ist bis Anfang 2026 in der Vernehmlassung. Ebenfalls fand die Vernehmlassung für eine Änderung des PBG im Bereich Denkmalschutz statt. Mit den geplanten Anpassungen sollen sinnvolle Nutzungen, energetische Modernisierungen und die Weiterentwicklung von Baudenkmalen unterstützt, die Prozesse beschleunigt und die Stellung der Eigentümerinnen und Eigentümer gestärkt werden. Die geänderten Bestimmungen im PBG über Fahrzeugabstellplätze traten am 1. August in Kraft, diejenigen zum Vogelschutz am 1. November.

Am 2. Juli des Berichtsjahres hat der Regierungsrat die neue Wasserverordnung beschlossen (RRB Nr. 714/2025). Gleichzeitig legte er fest, dass das neue Wassergesetz vom 12. Dezember 2022 und die Wasserverordnung am 1. November des Berichtsjahres in Kraft treten. Damit wird das Wasserrecht im Kanton auf eine moderne, umfassende und aktuelle Grundlage gestellt. Gegen die Wasserverordnung wurde allerdings Beschwerde erhoben. Aus diesem Grund verzögert sich das Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung.

Im Rahmen der Totalrevision des Landwirtschaftsgesetzes wurde das Normkonzept für das Gesetzgebungsprojekt erarbeitet.

Interne Reorganisation und Entwicklung

In der Veränderungsbegleitung wurden im Berichtsjahr die Pilotierung der Neuen Arbeitswelten sowie die Vorbereitungen auf den Umzug Anfang 2026 in das Rochadegebäude an der Zollstrasse vorangetrieben. Der Schwerpunkt lag auf der bedarfsgerechten Unterstützung der betroffenen Ämter und der Förderung der amtsübergreifenden Zusammenarbeit. Das Rochadegebäude an der Zeughausstrasse wurde im Berichtsjahr übernommen und der Mieterausbau aufgenommen. Um die Führungskräfte noch besser zu unterstützen, wurden die Dienstleistungsangebote rund um Veränderungsprozesse geschärft und visualisiert. Die überarbeiteten Stellenprofile spiegeln die Führungskultur wider und unterstützen eine potenzialorientierte Rekrutierung. Die Führungskultur wurde in Praktikums- und Berufsbildungsschulungen thematisiert und fließt stärker in die Ausbildung der Nachwuchskräfte ein.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 1.1	Den Schutz der Bevölkerung und der Sachwerte vor Hochwasser in den Gebieten mit dem höchsten Hochwasserrisiken erhöhen		
BD 1.1a	Der «Entlastungsstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist in Betrieb genommen.	8500	2027
BD 1.1c	Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahn abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.	8500	2025
BD 1.1d	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren.	8500	2026

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 2	Bei wachsender Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen sichern.		
RRZ 2g	Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.	8700	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 3.1 Kunst und Bau fördern

BD 3.1a Kunst und Bau als wichtiger Teil des Kulturangebots wird in Bauinvestitionen eingeplant und realisiert.

8100

2027

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 6 Die steigende Mobilität von Personen und Gütern unter Ausschöpfung von Technologiepotenzialen effizient und umweltgerecht bewältigen.

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

8400

2027

RRZ 6f Bei Strassenprojekten das in den regionalen Richtplänen verankerte Velowegnetz konsequent umsetzen.

8400

2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 6.1 Die Koordination von Verkehrsplanungen mit umwelt- und lärmschutzrechtlichen Anforderungen voranbringen sowie auf übergeordnete Rahmenbedingungen Einfluss nehmen

BD 6.1a Das kantonale Projekt «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wird im Dialog mit den drei betroffenen Gemeinden und der Volkswirtschaftsdirektion vorangetrieben.

8400

2027

BD 6.2 Die Dekarbonisierung des Verkehrs und damit die Ablösung fossiler Treibstoffe gemäss Klimastrategie vorantreiben

BD 6.2a Der Ausbau von Ladeinfrastruktur kantonalen Liegenschaften für elektrische Dienstfahrzeuge wird systematisch vorangetrieben (gemäss Umsetzungskonzept Ladestationen).

8750

2027

BD 6.2b Das Förderprogramm Ladeinfrastruktur für eine CO₂-arme Mobilität wird gemeinsam mit dem Amt für Mobilität der VD umgesetzt.

8500

2027

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 7 Zunehmende Nutzungsansprüche an den Raum wirkungsvoll lenken.

RRZ 7a Die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen ermöglichen und fördern.

8300

2027

RRZ 7b Den Strassenraum nach den Standards für Staatsstrassen und den Standards Veloverkehr unter Einbezug der betroffenen Gemeinden ganzheitlich gestalten.

8400

2027

RRZ 7c Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie zur Stromerzeugung im kantonalen Richtplan festsetzen und bei konkreten Projekten die Energiewirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen.

8500

2027

RRZ 7e Eine kantonale Biodiversitätsstrategie erarbeiten, um dem Verlust von Arten und Biotopen in Zusammenarbeit von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau und Raumplanung entgegenzuwirken.

8800

2026

RRZ 7f Das kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, um ergänzend zur Bundesagarpolitik eine nachhaltige, klimaresiliente Zürcher Landwirtschaft zu fördern.

8800

2027

RRZ 7g Den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes umsetzen und die Kompensationspflicht im kantonalen Richtplan sowie im Planungs- und Baugesetz regeln.

8800

2025

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 7.1 Zunehmende Nutzungsansprüche an den Raum wirkungsvoll lenken (ergänzend zu RRZ 7)

BD 7.1a Ein kantonales Landschaftskonzept als Grundlage zur Anpassung des kantonalen Richtplans erarbeiten

8300

2026

BD 7.2 Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen

BD 7.2a Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.

8500

2025

BD 7.2b Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 148 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Glattal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümer sind informiert.

8300

2027

BD 7.3	Die Ziele der Klimastrategie konsequent weiterverfolgen		
BD 7.3a	Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNi (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A-)Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard RRB Nr. 601/2021)	8100	2027
BD 7.3b	Das revidierte Energiegesetz betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») und die dazugehörige Verordnung einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020 sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.	8500	2025
BD 7.3c	Die Massnahmenplanung zur langfristigen Klimastrategie wird weiterentwickelt und zusammen mit der Dekarbonisierung mittels Monitorings nachverfolgt.	8500	2027
BD 7.3d	Die Gemeinden werden bei ihren Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt.	8500	2027
BD 7.3e	Beschaffung von Fahrzeugen nach RRB Nr. 949/2021 (Weisung Emissionsminderung von Fahrzeugen bei der Beschaffung und dem Betrieb durch die kantonale Verwaltung und beauftragte Unternehmen)	8400	2027
BD 7.3f	Bei neuen Strassenprojekten wird zur Hitzeminderung der Begrünung und dem Setzen von Bäumen im Strassenraum besondere Beachtung geschenkt. Grundlage ist «Wegleitung Hitzeminderung bei Strassenprojekten» (2022).	8400	2027
BD 7.3g	Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.	8800	2027
BD 7.3h	Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und der neue kantonale Waldentwicklungsplans WEP2025+ liegt vor.	8800	2025
BD 7.3i	Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.	8800	2025
BD 7.3j	Die Strategie zur Verhinderung der Ausbreitung unerwünschter Neobiota gemäss Massnahmenplan Neobiota ist kantonsintern umgesetzt. Die Gemeinden werden dazu mit den nötigen Hilfestellungen unterstützt.	8500	2027
BD 7.4	Der Schutz der Bevölkerung, Umwelt und Natur durch lästige und schädliche Einwirkungen wird gestärkt.		
BD 7.4b	Basierend auf dem Bericht «Reduktion der Umweltbelastung des Tiefbauamts des Kantons Zürich - Massnahmenplanung» [UTech 25.10.2022] werden im TBA detailliert Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen definiert und umgesetzt.	8400	2027
BD 7.4c	Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.	8500	2025
BD 7.4d	Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.	8500	2030
BD 7.4e	Der Gewässerraum im Siedlungsgebiet ist festgelegt und ein Konzept zur Festlegung des Gewässerraums ausserhalb der Siedlung und entlang der Seen ist erarbeitet.	8500	2025
BD 7.4f	Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.	8500	2025
BD 7.4g	Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung lichtarmer Gebiete sind erarbeitet und umgesetzt.	8500	2027
BD 7.4h	Dank der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank entstehen pro Jahr zwei neue, attraktive Zugänge zu Fliessgewässern und das Thema Wasser wird der Bevölkerung anschaulich vermittelt.	8500	2030
BD 7.4i	Ein kantonaler «Massnahmenplan Bodenschutz» liegt vor: Die Massnahmen zum Schutz der Ressource Boden stehen fest, sind priorisiert und der Umsetzungsplan liegt vor.	8800	2025
BD 7.5	Die Interessen des Kantons bezüglich Bau der geologischen Tiefenlager wahren		
BD 7.5a	Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle führen der Kanton und die Gemeinden die Abgeltungsverhandlungen gemeinsam.	8500	2026
BD 7.5b	Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle wird der Projektierungsprozess hinsichtlich sicherheitstechnischer, umweltrelevanter und baupraktischer Aspekte begleitet und die Gemeinden werden fachlich unterstützt.	8500	2030
BD 7.6	Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
BD 7.6a	Der Ausbau der Photovoltaik wird gut abgestimmt mit den Massnahmen auf Bundesebene und weiter beschleunigt, einschliesslich Umsetzung der Motion KR-Nr. 267/2020 betreffend «Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen».	8500	2025
BD 7.6b	Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.	8500	2026
BD 7.6c	Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.	8500	2026

BD 7.7	Naturschutzgebiete und -potenzialräume sowie wertvolle Landschaften in Qualität und Quantität bei wachsendem Druck und fortschreitendem Klimawandel erhalten		
BD 7.7a	Der Erhalt der wertvollen Landschaftsräume wird mit der Erarbeitung von Schutzverordnungen ermöglicht und aktiv gefördert. Es sind jeweils zwei Schutzverordnungen parallel in Erarbeitung.	8300	2027
BD 7.8	Die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft vorantreiben		
BD 7.8a	Kreislaufwirtschaft im Strassenbau fördern. Wiederverwendung vor Ort und Einsatz von Recyclingmaterialien.	8400	2027
BD 7.8b	Bei kantonalen Bauten und Anlagen wird die bestehende Bausubstanz prioritär weiter genutzt. Der Erhalt und die Weiterverwendung bestehender Bauten tragen massgebend zur Verminderung grauer Energie bei.	8100	2027
BD 7.8c	Die Förderung von Holz und CO ₂ -armen Materialien als Bau- und Werkstoff bei kantonalen Vorhaben ist etabliert. Die Treibhausgasemissionen (kg CO ₂ / m ²) werden mittels Zielwerten für die Erstellung von Neubauten und Instandsetzungen deutlich reduziert.	8100	2027
BD 7.8d	Die Strategie Kreislaufwirtschaft Kanton Zürich ist festgesetzt und die Umsetzung der Massnahmen läuft.	8500	2027
BD 7.8e	Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Kiesgrubenauffüllung, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Deponien festgelegt.	8800	2025
BD 7.9	Rahmenbedingungen für sich verändernde Raumordnung und Raumnutzung schaffen und bei der Bevölkerung breite Akzeptanz dafür schaffen		
BD 7.9a	Die qualitätsvolle Siedlungsentwicklung über Anpassungen an den planerischen Instrumenten sowie die Förderung entsprechender Verfahren erhöhen	8300	2027
BD 7.9b	Bei der Bevölkerung eine breite Akzeptanz der sich verändernden Raumordnung und Raumnutzung schaffen	8300	2027
BD 7.10	Die langfristige Versorgung und die Speisung der Schlüsselinfrastrukturen mit erneuerbarer Energie sicherstellen		
BD 7.10a	In kantonseigenen Gebäuden werden fossile Energieträger systematisch durch erneuerbare ersetzt.	8750	2027
BD 7.10b	Der selbst produzierte Strom wird durch den Bau und Einsatz von Photovoltaikanlagen im kantonalen Immobilienbestand substanziell erhöht.	8750	2027
BD 7.10c	In Abstimmung mit den betroffenen Schutzinteressen (insbesondere Landschaftsschutz, Naturschutz und Gewässerschutz) geeignete Räume und Standorte für erneuerbare Energien ermitteln	8500	2027
BD 7.10d	Beschleunigte/vereinfachte Verfahren für die Erstellung von Anlagen für erneuerbare Energie schaffen	8300	2027
BD 7.11	Einen Beitrag zu einem nachhaltigen Ernährungssystem leisten		
BD 7.11a	Massnahmen zur nachhaltigen Ernährung gemäss «Leitbild nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.	8500	2026
BD 7.12	Die Biodiversität nimmt wieder zu.		
BD 7.12a	Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien im Finanzvermögen als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.	8710	2027
BD 7.12b	In den Bauprojekten wird der nachhaltigen Freiraumgestaltung ein hoher Stellenwert beigemessen, indem Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Hitzeminderung, für die Regenwasserversickerung sowie zur Förderung der Biodiversität umgesetzt werden.	8100	2027
BD 7.12c	Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.	8750	2027
BD 7.12d	Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet; erste Projekte konnten realisiert werden.	8800	2027
BD 7.12e	Massnahmen zur Wiederherstellung von artenreichen Lebensräumen, u.a. Potenzialflächen für Feuchtgebietsregenerationen sind umgesetzt und eine funktionsfähige ökologische Infrastruktur ist geplant.	8800	2027
BD 7.12f	Zur wirksamen Umsetzung der ökologischen Infrastruktur ist die Pflicht zum ökologischen Ausgleich innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes im Planungs- und Baugesetz verankert (Reaktion auf PI KR-Nrn. 395/2019 und 368/2020).	8800	2027

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8 Den Innovationsstandort stärken durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

RRZ 8h Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen projektieren. 8100 2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 8.1 Zürcher Landwirtschaft bei der Bewältigung der ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Rahmenbedingungen wirksam unterstützen

BD 8.1a Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonaler Strategien (u.a. «Klimastrategie», «Leitbild nachhaltige Ernährung»), der Umweltziele Landwirtschaft des Bundes und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik weiterentwickelt. 8800 2027

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 10.1 Die Chancen der Digitalisierung nutzen (und die Gefahren abwehren)

BD 10.1a Einführung Building Information Modeling (BIM) in der Baudirektion: Das Konzept, die Methodik, die Rollen und die Prozesse sind festgelegt. Das Projekt wird mit den erforderlichen Tools und Schnittstellen unterstützt. Die Mitarbeitenden werden geschult. 8000 2027

BD 10.1b Als primäre Dokumentenablage in der Baudirektion hat sich d.3 etabliert: Teams wird als Kollaborationsplattform in allen Ämtern verwendet und es werden die zugelassenen Projektmanagementtools verwendet. 8000 2027

BD 10.1c Die Fachapplikationen der Baudirektion werden erneuert (insbesondere die Lotus-Notes-Applikationen abgelöst). 8000 2027

BD 10.1d eBaugesucheZH: Die Integration von BIM-Modellen (Building Information Modeling) in die Plattform «eBaugesucheZH» ist erfolgt. 8300 2027

BD 10.1e Ein «Digital Twin» als digitales räumliches Abbild der realen Wirklichkeit ist im Kanton Zürich eingeführt. 8300 2027

BD 10.1h Einsatzgebiete von Künstlicher Intelligenz (KI) sind evaluiert und die für den Einsatz benötigten Daten sind erhoben, kategorisiert und strukturiert. KI-Lösungen werden zielgerichtet und unter den Aspekten von Informationssicherheit und Datenschutz eingesetzt. 8000 2027

BD 10.2 Die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungsinfrastruktur erhöhen

BD 10.2a Im Zuge des Beitritts zur neuen Interkantonalen Vereinbarung zum öffentlichen Beschaffungswesen und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit wird ein Konzept für den Aufbau eines neuen «Kompetenzzentrums nachhaltige Beschaffung» in der Baudirektion erstellt und umgesetzt, das die beschaffenden Stellen künftig berät, sensibilisiert und unterstützt. 8000 2025

BD 10.2b Ein zukunftsfähiges Konzept für neue Arbeitswelten wird in Zusammenhang mit dem Projekt Erneuerung eZV erarbeitet und in ersten Pilotprojekten getestet. 8750 2027

BD 10.2c Im Rahmen der «Digitalen Verwaltung» wird die zentrale Beratungs- und Koordinationsdienstleistung für Vorhaben der Direktionen zur Erneuerung/Transformation von Arbeitswelten im Bestand (innerhalb und ausserhalb der eZV) aufgebaut. 8750 2027

BD 10.2d Für künftige öffentliche Aufgaben wird eine vorausschauende Flächensicherung in urbanen Handlungsräumen und in den Wachstumszonen gemäss LARES vorangetrieben. 8700 2027

BD 10.2e Ein zentrales Angebot an Dienstleistungen der Immobilienbewirtschaftung von Büro-/Verwaltungsbauten wie z.B. Normmobiliar, Umzug, ICT für Sitzungsräume usw. wird konzipiert, getestet und entsprechend den Erkenntnissen sowie im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Ressourcenschonung eingeführt. 8750 2027

BD 10.2f Die bestandesgetriebene Bedarfsplanung und ein systematisches Risikomanagement für den Immobilienbestand ist etabliert. 8700 2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1515.6	1240.2	0.0	0.0	1240.2	1274.9	34.7	2.8
Aufwand	-1583.1	-1571.4	0.0	-5.4	-1576.8	-1685.1	-108.3	-6.9
Saldo	-67.5	-331.2	0.0	-5.4	-336.5	-410.2	-73.7	-21.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	126.5	88.9	0.0	0.0	88.9	97.1	8.2	9.3
Ausgaben	-613.2	-598.0	0.0	-15.2	-613.2	-567.4	45.8	7.5
Saldo	-486.6	-509.1	0.0	-15.2	-524.3	-470.3	54.0	10.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-73.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
13.9	8910	- Hauptsächlich geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts sowie geringere Kapitalfolgekosten im Bereich Denkmalpflege
7.5	8500	- Hauptsächlich geringere Dienstleistungen Dritter infolge verzögerter Projekte, geringere Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen im Bereich Energie sowie höhere Konzessionserträge
-8.2	8510	- Hauptsächlich Erhöhung der Rückstellungen für Ausfallkosten (Altlasten)
-85.7	8750	- Hauptsächlich höhere Unterdeckung bei den Raumkosten infolge höherer Abschreibungen im Zusammenhang mit Bauprojekten
-1.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R25	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-567.4			
- BD, ZV BD, Gesamtsanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (87G-13723)	-17.7	-122.6	-124.7	0.0
- BI, BFSW, Neubau Tösstalstrasse (87G-12725)	-14.0	-79.3	-27.8	-51.5
- BI, BiZE, Alte Militärkaserne, Gesamtinstandsetzung und Umbau (87G-13666)	-9.5	-184.8	-30.1	-154.7
- BI, ZV, Gesamtsanierung/Umbau Ausstellungsstrasse 88 (87G-13934)	-12.1	-20.5	-15.7	-4.8
- BI, ZHAW_WIN_CT_Laborneubau TL und TT (1. Etappe) (87G-27669)	-25.2	-264.6	-68.3	-196.3
- BI, Wädenswil, ZHAW Reidbach Shedhalle Gesamtnutzung MAB (87G-27700)	-13.0	-30.8	-17.4	-13.4
- BI, KFR/KEN, Instandhaltung Stammareal & Ersatz fossile Heizung (87G-45440)	-5.6	-42.1	-8.0	-34.1
- BI, KST FDÜ, Filiale Dübendorf, Provisorium Empa (87G-45455)	-26.4	-54.4	-28.8	-25.6
- BI, Zürich, Kantonsschule Rämibühl, Gesamtinstandsetzung (87G-45739)	-7.4	-17.4	-12.1	-5.3
- BI, KZN, Gesamtinstandsetzung (87G-72010)	-32.0	-146.6	-50.6	-96.0
- BI, GBW, Gesamtinstandsetzung (87G-77088)	-8.5	-47.6	-44.3	-3.3
- JI, BA Pfäffikon Umbau-Erweiterung Sicherheitsabteilung Gefängnis + Instandsetzung BA (87G-45016)	-26.0	-60.0	-46.4	-13.6
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	-30.2	-194.8	-138.7	-56.1
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-25.8	-111.6	-65.3	-46.3
- Übrige	-314.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 684.3	1 752.7	1 718.2	-34.6	-2.0

Δ abs. LG Begründungen

-34.6 Abweichungen total R25 zu B25

-4.9	8800	- Verzögerte Wiederbesetzungen infolge Fachkräftemangels, insbesondere bei der Besetzung von Stellen im Bereich Ausbildungs- und Versuchsbetrieb am Strickhof
-11.2	8700	- Verzögerung bei der Besetzung neuer und vakanter Stellen. Neue Stellen im Bereich Facility Services konnten noch nicht besetzt werden, weil die zu betreuenden Gebäude noch nicht in Betrieb sind.
-19.4	8400	- Verzögerung bei der Besetzung von offenen Stellen infolge Fachkräftemangels
0.9		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat	-11 926	-12 733	-13 058	-325	-2.6
8100 Hochbauamt	-19 119	-18 995	-19 980	-985	-5.2
8300 Amt für Raumentwicklung	-21 422	-21 930	-21 937	-7	-0.0
8400 Tiefbauamt	-50 968	-53 701	-52 210	1 491	2.8
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-32 872	-33 957	-34 007	-50	-0.1
8700 Immobilienamt	-22 208	-25 140	-23 979	1 161	4.6
8800 Amt für Landschaft und Natur	-47 806	-47 854	-48 482	-628	-1.3
Total	-206 321	-214 310	-213 653		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2025)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat	114	66	48	56	58
8100 Hochbauamt	159	72	87	95	64
8300 Amt für Raumentwicklung	197	104	93	77	120
8400 Tiefbauamt	514	67	447	440	74
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	309	122	187	142	167
8700 Immobilienamt	220	75	145	166	54
8800 Amt für Landschaft und Natur	630	318	312	184	446
Total	2 143	824	1 319	1 160	983

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
351/2019	Raumentwicklung und Nacht (Motion Theres Agosti Monn, Turbenthal, Yvonne Bürgin, Rüti, und Monica Sanesi Muri, Zürich)	Vorlage 351c/2019 vom 01.10.2025	31.01.2022
167/2020	Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen (Motion Thomas Schweizer, Hedingen, Felix Hösch, Zürich, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	Vorlage 6013 vom 12.03.2025	24.10.2022
267/2020	Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen (Motion David Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6062 vom 26.11.2025	24.10.2022
268/2020	Ausbau und Förderung der dezentralen Stromspeicherinfrastruktur (Motion Nicola Siegrist, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6063 vom 26.11.2025	05.12.2022
429/2020	Solaranlagen in geschützten Ortsbildern (Motion Martin Farner, Stammheim, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 429c/2020 vom 24.09.2025	30.01.2023
181/2021	Zonenkonforme Nutzungsänderungen im Anzeigeverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	Vorlage 181a/2021 vom 05.02.2025	27.02.2023
182/2021	Verkürzte Fristen im Baubewilligungsverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	Vorlage 6010 vom 26.02.2025	27.02.2023
461/2022	Eine Velo-Schnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen (Postulat Thomas Forrer, Erlenbach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 461a/2022 vom 09.07.2025	26.06.2023
423/2021	Standard Nachhaltigkeit Hochbau für alle Gebäude im Einflussbereich des Kantons (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 423a/2021 vom 27.08.2025	23.10.2023

Baudirektion Parlamentarische Vorstösse

104/2022	Interessensgebiete für Windenergieanlagen im Richtplan festlegen (Motion David John Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 6060 vom 12.11.2025	23.10.2023
239/2022	Kühle kluge Köpfe in kantonalen Schulen: Massnahmen zur Aufenthaltsqualität mit Energieeffizienz (Postulat Daniela Sun-Güller, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 239a/2022 vom 27.08.2025	30.10.2023
344/2022	Kreislaufwirtschaft – Grünabfall für Biogas und Kompost (Postulat Florian Heer, Winterthur, Manuel Kampus, Schlieren, und Florian Meier, Winterthur)	Vorlage 344a/2022 vom 27.08.2025	30.10.2023
226/2023	Mehr Tempo bei Baubewilligungen (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Mario Senn, Adliswil, und Simon Vlk, Uster)	Vorlage 226a/2023 vom 26.11.2025	04.12.2023
345/2022	Kreislaufwirtschaft: Graue Emissionen bei Neubauten senken (Postulat Florian Meier, Winterthur, Florian Heer, Winterthur, und Benjamin Walder, Wetzikon)	Vorlage 345a/2022 vom 26.02.2025	04.12.2023
347/2022	Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den nötigen gesetzlichen Änderungen (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Silvia Rigoni, Zürich, und Edith Häusler, Kilchberg)	Vorlage 347a/2022 vom 05.11.2025	04.12.2023
333/2024	Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude (dringliches Postulat Kommission für Planung und Bau)	Vorlage 333a/2024 vom 29.10.2025	18.11.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
153/2020	Wir brauchen ein zukunftsgerichtetes Denkmalschutzgesetz (Motion Pierre Dalcher, Schlieren, und Mitunterzeichnende)	03.10.2022
154/2021	Biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Zürich (Postulat Jasmin Pokerschnig, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.02.2023
348/2022	Kreislaufwirtschaft bei Beschaffungen (Postulat Florian Heer, Winterthur, Benjamin Walder, Wetzikon, und Jeannette Büsser, Horgen)	22.04.2024
40/2024	KI im Baubewilligungsverfahren (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
87/2024	Weniger Bürokratie bei Solaranlagen – kleinere Solaranlagen bis 35m ² sollen zukünftig nicht mehr meldepflichtig sein (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	27.05.2024
88/2024	Meldeverfahren Solaranlagen vereinfachen (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	27.05.2024
434/2022	Getrennte Recycling-Mülleimer im öffentlichen Raum (Postulat Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt)	10.06.2024
409/2022	Tierfallen für Kleintiere entschärfen (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, Wilma Willi, Stadel, und Carmen Marty Fässler, Adliswil)	10.06.2024
183/2024	Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und für die Biodiversität (Postulat Kommission für Wirtschaft und Abgaben)	26.08.2024
182/2024	Gesetzgebung zu Landwirtschaftsflächen und Feuchtgebieten weiterentwickeln (Motion Kommission Wirtschaft und Abgaben)	26.08.2024
185/2024	Verbinden von Nahrungsmittel- und Energieproduktion: Potenzial von Agri PV im Kanton Zürich (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
236/2024	Vereinfachung des Bauverfahrens für «Gireizlis» und Kinderspielgeräte (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024
30/2025	Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO! (dringliches Postulat Nicola Siegrist, Zürich und Mitunterzeichnende)	24.02.2025
471/2022	Leistungsfähige Netzinfrastrukturen zur Einsparung erneuerbarer Energien in ländlichen Gebieten (Postulat Paul von Euw, Bauma, Hanspeter Göldi, Meilen, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	24.02.2025
31/2023	Kreislaufwirtschaft – Dynamik im Bereich Kunststoffe und Getränkekartons (Postulat Daniel Rensch, Zürich, Walter Meier, Uster, und Markus Bärtschinger, Schlieren)	24.02.2025
424/2024	Zwischenlösung für das Areal des ehemaligen Kinderspitals Zürich (dringliches Postulat Isabel Bartal, Eglisau, und Mitunterzeichnende)	24.02.2025
400/2024	Naturnetze fördern (Postulat Harry Brandenberger, Pfäffikon, und Mitunterzeichnende)	03.03.2025
425/2024	Keine Baubewilligung mehr für das Inverkehrbringen von Treppenliften (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	03.03.2025
33/2023	Unisex-Toiletten in Gaststätten und Clubs (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Andrew Katumba, Zürich, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	31.03.2025
70/2023	Mehrwegverpackungen für Take-aways (Postulat Andrew Katumba, Zürich, David Galeuchet, Bülach, und Beat Monhart, Gossau)	31.03.2025
58/2024	Sinnvolles Bauen in der Landwirtschaftszone (Postulat Urs Wegmann, Neftenbach, und Mitunterzeichnende)	29.09.2025

188/2023	Einfache Stab- und Drahtantennen im Anzeigeverfahren bewilligen (Postulat Hans Egli, Steinmaur)	20.10.2025
184/2024	Aufhebung der Sammeltagbeschränkung beim Pilzesammeln (Postulat Christoph Ziegler, Elgg, Tumasch Mischol, Hombrechtikon, und Stephan Weber, Wetzikon)	24.11.2025
208/2024	Gleiches Verfahren von erneuerbaren privaten Energieträgern (Windkraft) (Postulat Beat Hauser, Rafz, und Janine Vannaz, Aesch)	24.11.2025
285/2025	Kleinere Fassadenbegrünungen sollen bewilligungsfrei sein (Postulat Daniel Sommer, Affoltern am Albis, und Mitunterzeichnende)	01.12.2025
220/2024	Zeitgemässe Wassersportnutzung auf dem Greifensee ermöglichen (Postulat Monika Keller, Greifensee, und Simon Vlk, Uster)	08.12.2025

8000 Generalsekretariat

Im Projekt Verständliche Sprache erarbeitete das Generalsekretariat eine neue Gliederungsstruktur für die Verfügungen der Baudirektion. Ausserdem wurden interne Schulungen zur Vereinfachung von Textbausteinen durchgeführt mit dem Ziel der besseren Lesbarkeit der Verfügungen der Baudirektion. Die Umsetzung erfolgt schrittweise bis Ende 2026.

Das Competence Center Projektmanagement hat ein Projektportfoliomanagement-Modell einschliesslich Richtlinien und Handbuch erarbeitet. Dieses gewährleistet eine kantonsweit einheitliche und transparente Datenerhebung und Berichterstattung und ermöglicht somit eine optimale Projektportfoliosteuerung. In einem ersten Schritt werden das kantonale IKT-Projektportfolio und das Portfolio der Strategie Digitale Verwaltung 2025+ nach dem neuen Modell geführt. Parallel dazu wurde ein Projekt zur Einführung eines unterstützenden

Tools gestartet, das ab Ende 2026 im ganzen Kanton zum Einsatz kommen soll.

Per Anfang 2026 wechselt die Verantwortung für das elektronische Baubewilligungsverfahren (eBaugesucheZH) vom Amt für Raumentwicklung ins Generalsekretariat der Baudirektion. Die Leitstelle für Baubewilligungen koordiniert kantonsintern die Beurteilung der Baugesuche und ist damit erste Ansprechstelle von Gemeinden und Gesuchstellenden. Die Nähe zu den Mitarbeitenden der Leitstelle ist deshalb für den Support und die Betreuung von eBaugesucheZH von grossem Vorteil. Zudem gewährleistet die Abteilung Projekte und Informatik den technischen Betrieb der Plattform. Mit dieser Neupositionierung kann langfristig eine effiziente Steuerung und Weiterentwicklung der Plattform eBaugesucheZH gewährleistet werden.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Projektmanagement und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung für Fachapplikationen
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	826	900	715	-185	-20.6
L2	Betreute Anstellungsverhältnisse	A2	2111	2100	2143	43	2.0
L4	Bearbeitete Baugesuche	A4	4234	4500	4241	-259	-5.8
B1	Betreute Anstellungsverhältnisse pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	128	126	131	5	4.0
W4	Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren, in %	A4	89	80	90	10	

Bemerkungen

- B1 Eine leicht höhere Anzahl Anstellungen bei geringerem Personalbestand in der Abteilung Human Resources infolge vorübergehender Vakanzen führte zu einem leicht höheren Betreuungsverhältnis gegenüber dem Vorjahr.
- L1 Zusätzliche Delegationen des Baudirektors an das Generalsekretariat führten zu einem weiteren Rückgang der Direktionsgeschäfte.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1a Einführung Building Information Modeling (BIM) in der Baudirektion: Das Konzept, die Methodik, die Rollen und die Prozesse sind festgelegt. Das Projekt wird mit den erforderlichen Tools und Schnittstellen unterstützt. Die Mitarbeitenden werden geschult.

Das Projekt BIM@BD wurde als Programm mit insgesamt sechs Projekten restrukturiert. Für die Umsetzung wurde ein Stufenplan mit drei Phasen entwickelt. Die Konzepte für Daten-, Prozess- und IT-Lösungen für die erste Stufe wurden ausgearbeitet. Die benötigte Projektplattform wurde öffentlich ausgeschrieben. Die Umsetzung der Stufe 1 ist 2026 vorgesehen, die Umsetzung der Stufen 2 und 3 folgt 2027.

Stand bis

Planmässig 2027

BD 10.1b Als primäre Dokumentenablage in der Baudirektion hat sich d.3 etabliert: Teams wird als Kollaborationsplattform in allen Ämtern verwendet und es werden die zugelassenen Projektmanagementtools verwendet.

Das Dokumentenmanagementsystem d.3 wird in der Baudirektion als zentrale Dokumentenablage genutzt. Die Anbindung weiterer ausgesuchter Fachapplikationen an das System sind in Prüfung. Im Rahmen des Projekts Plattform und Rechenzentren wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik die nötige Infrastruktur sowie das Konzept für die Migration von d.3 ins neue Rechenzentrum erstellt.

Planmässig 2027

BD 10.1c Die Fachapplikationen der Baudirektion werden erneuert (insbesondere die Lotus-Notes-Applikationen abgelöst).

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Lotus-Notes-Applikationen migriert oder abgelöst. Der Abschluss der Projekte eGeKo-Bewilligungen und Erdwärmesonde erfolgt bis Ende 2026. Weitere Fachapplikationen der Baudirektion werden im Zuge des regulären Lebenszyklus erneuert oder aufgrund des Projekts VRGo zur vollständig elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren, angepasst.

Planmässig 2027

BD 10.1h Einsatzgebiete von Künstlicher Intelligenz (KI) sind evaluiert und die für den Einsatz benötigten Daten sind erhoben, kategorisiert und strukturiert. KI-Lösungen werden zielgerichtet und unter den Aspekten von Informationssicherheit und Datenschutz eingesetzt.

Verschiedene Einsatzgebiete von KI wurden evaluiert. Die juristische Recherche und die semantische Suche im Dokumentenmanagementsystem wurden als Pilotanwendungen eingeführt. Weitere Einsatzmöglichkeiten von KI wurden zusammen mit anderen Direktionen gesamtkantonal in Angriff genommen, zum Beispiel die Gesprächs- und Sitzungstranskribierung oder die Vereinfachung von Texten. Die Überführung in den produktiven Betrieb zur flächendeckenden Nutzung ist in Planung.

Planmässig 2027

BD 10.2a Im Zuge des Beitritts zur neuen Interkantonalen Vereinbarung zum öffentlichen Beschaffungswesen und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit wird ein Konzept für den Aufbau eines neuen «Kompetenzzentrums nachhaltige Beschaffung» in der Baudirektion erstellt und umgesetzt, das die beschaffenden Stellen künftig berät, sensibilisiert und unterstützt.

Mit Blick auf die neue Beschaffungsorganisation im Kanton (RRB Nr. 750/2025) wurde das Vorhaben sistiert.

Sistiert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
86.9	92.3	92.5	0.2	0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.6	13.6	0.0	0.0	13.6	14.3	0.7	5.2
Aufwand	-79.7	-86.7	0.0	-0.7	-87.3	-87.2	0.1	0.2
- Übertrag in den NHS-Fonds (LG 8910)	-50.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	0.0	0.0
Saldo	-66.1	-73.1	0.0	-0.7	-73.7	-72.9	0.8	1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.8	-3.5	0.0	0.0	-3.5	-1.3	2.2	64.0
Saldo	-0.8	-3.5	0.0	0.0	-3.5	-1.3	2.2	64.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.7	BD 10.1a	- Geringere Dienstleistungen Dritter infolge Verzögerung beim Projekt BIM@BD (Building Information Modeling)
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-312544	13942	0	-298602	13942

8100 Hochbauamt

Provisorische Bauten gewannen im Portfolio des Kantons in den letzten Jahren an Bedeutung. Diese Provisorien zeichnen sich dadurch aus, dass sie mehrmals im Laufe ihrer Lebensdauer abgebaut und an anderen Orten wieder aufgebaut werden können. Zudem ist die Planungs- und Realisierungszeit kürzer als bei definitiven Bauten. Nachteilig ist hingegen die kürzere Nutzungsdauer und die Beschränkung auf höchstens drei Geschosse, was besonders in dicht bebauten Gebieten zu einem unwirtschaftlich hohem Grundflächenbedarf führt. Es wurden bereits erfolgreich mehrere provisorische Schulbauten erstellt. Am Beispiel der Kantonsschule Aussersihl (vormals Filiale Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon) konnte festgestellt werden, dass diese Lösungen

betrieblich überzeugend sind und von den Nutzenden gut angenommen werden. Derzeit ist eine weitere provisorische Kantonsschule in Dübendorf im Bau sowie eine in Affoltern am Albis in Planung. Die Erkenntnisse der ersten Bauten dieses Typus sind in die Planung der beiden neusten provisorischen Schulbauten eingeflossen. Ein weiteres Beispiel ist ein kompaktes, nachhaltiges Schulraumprovisorium in Wädenswil, das der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften einen unterbruchsfreien Lehrbetrieb ermöglicht. Mit dem temporären, vollständig wiederverwendbaren Bau auf dem Dach des bestehenden Erweiterungsbaus beim Opernhaus konnte die prekäre Raumsituation in kürzester Planungs- und Realisierungszeit entschärft werden.

Aufgaben

- A1 Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten, Erneuerungen sowie Instandhaltung und Instandsetzung im Auftrag des Immobilienamtes, der Universität und der Spitäler
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Kuratorium, Registratur, Artothek und Vermittlung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Neue Projekte	A1	80	130	102	-28	-21.5
L2	Abgeschlossene Projekte	A1	139	130	72	-58	-44.6
L3	Projekte in Bearbeitung	A1	542	600	572	-28	-4.7
L6	Instandhaltungsmandate	A1	43	50	20	-30	-60.0
L7	Planerwahl/Wettbewerbe	A1	11	10	6	-4	-40.0
L8	Gutachten	A2	112	150	106	-44	-29.3
L9	Kunstgestaltungsprojekte	A3	26	30	15	-15	-50.0
L11	Bezahlte Rechnungen zulasten Baukredite	A1	18665	13000	15157	2157	16.6
L12	Anteil der fristgerechten Erstellung der Bauabrechnungen nach Nutzungsbeginn innerhalb von 18 Monaten (Objektkredit < 3 Mio.) bzw. von 36 Monaten (Objektkredit > 3 Mio.; Zielwert)	A1	71.8	80	66.7	-13.3	-16.6
L13	Projekte Kunst und Bau	A3		10	4	-6	-60.0
B1	Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	4.8	5	5.5	0.5	
B7	Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	-10.9	-10	-11.1	-1.1	
B9	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1	91.5	95	92.6	-2.4	
W4	Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen, in Mio. Franken	A1	11796	11500	11353	-147	-1.3
W6	Betreutes Fremdinvestitionsvolumen in Mietobjekten, in Mio. Franken	A1	58.9	80	45.3	-34.7	-43.4
W8	Bezahlte Rechnungen, in Mio. Franken	A1	469	450	440	-10	-2.2
W12	Umweltmanagement: Anteil Bauprojekte im Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) und Minergie (P/A/Eco), in %	A1	84.6	69	88.2	19.2	

Bemerkungen

- L6 Die Instandhaltungsmandate der Mittel- und Berufsfachschulen werden neu direkt durch die Bildungsdirektion übernommen.
- L9 Es wurden im Berichtsjahr vermehrt grössere Kunstgestaltungsprojekte mit mehreren Werken kuratiert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8h Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen projektieren.

Das Hochbauamt hat im Berichtsjahr Projekte mit Pilotcharakter weiterentwickelt. Dabei wurden neue Konzepte, Materialien und Konstruktionen getestet. Im Projekt Hitzeminderungsmaßnahmen Umgebung für die Kantonsschulen Rychenberg und Im Lee Winterthur begann in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften die Erhebungsphase vor Ort, um die Basis für die Analyse und die anschliessende Umsetzung von Massnahmen zu schaffen. Der Projektwettbewerb für den Erweiterungsbau der Berufsschule Bülach mit Vorgaben von CO₂-Zielwerte im Wettbewerb konnte erfolgreich durch die Prämierung eines entsprechenden Projekts abgeschlossen werden. Für das Betriebsgebäude der Seepolizei und Schifffahrtskontrolle Oberrieden wurde das Re-Use-Konzept verabschiedet. Erste Bauteile konnten bereits erworben werden. Im Projekt Zentrum für Gehör und Sprache Zürich startete neben der Ausschreibung und Vergabe der Praxistest zur Verwendung von Pyrolyse-Beton zur Senkung der CO₂-Bilanz.

Stand bis
Planmässig 2027

BD 3.1a Kunst und Bau als wichtiger Teil des Kulturangebots wird in Bauinvestitionen eingeplant und realisiert.

Die 2023 aktualisierte Wegleitung Kunstsammlung wurde in den Kunst-und-Bau-Projekten erfolgreich umgesetzt.

Planmässig 2027

BD 7.3a Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNi (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A)-Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard RRB Nr. 601/2021)

Das Hochbauamt hat unter der Führung des Immobilienamtes an der Aktualisierung des Standards Nachhaltigkeit Hochbau mitgearbeitet. Die Vernehmlassung wurde gestartet.

Planmässig 2027

BD 7.8b Bei kantonalen Bauten und Anlagen wird die bestehende Bausubstanz prioritär weiter genutzt. Der Erhalt und die Weiterverwendung bestehender Bauten tragen massgebend zur Verminderung grauer Energie bei.

Im Berichtsjahr wurden bei der Kantonsschule Zürich Nord oder dem Bildungszentrum Militärkaserne umfassende Instandsetzungsmassnahmen zum Erhalt der Bausubstanz durchgeführt.

Planmässig 2027

BD 7.8c Die Förderung von Holz und CO₂-armen Materialien als Bau- und Werkstoff bei kantonalen Vorhaben ist etabliert. Die Treibhausgasemissionen (kg CO₂ / m²) werden mittels Zielwerten für die Erstellung von Neubauten und Instandsetzungen deutlich reduziert.

Im Wettbewerbsverfahren für den Rochade- und Ergänzungsbau der Berufsfachschule Bülach wurden erstmals vorgegebene CO₂-Zielwerte eingefordert. Dies führte zu erfreulich innovativen und effizienten Lösungen. Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz von CO₂-bindendem Beton beim Zentrum für Gehör und Sprache Zürich. Das Bezirksgericht Hinwil und das Sozialversicherungsgericht in Winterthur, die mit Holz aus dem Staatswald erstellt werden, sind in Realisierung.

Planmässig 2027

BD 7.12b In den Bauprojekten wird der nachhaltigen Freiraumgestaltung ein hoher Stellenwert beigemessen, indem Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Hitzeminderung, für die Regenwasserversickerung sowie zur Förderung der Biodiversität umgesetzt werden.

Mit der konsequenten Einhaltung der Labels Minergie Eco und SNBS wird sichergestellt, dass die Freiraumgestaltung nachhaltig geplant und realisiert wird. Im Projekt Anpassung Übergangsbereich Irchel Mitte/Nord wurde eine wechselfeuchte Fläche nach dem Schwammstadtprinzip gestaltet und gleichzeitig als qualitätsvollen Aufenthaltsraum aufgewertet. Im Vordergrund stehen Ausgleichsmassnahmen zur Förderung von Ökologie, Biodiversität und Hitzeminderung.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
134.4	132.0	138.8	6.8	5.1

Bemerkungen R25 zu B25

6.8 Höherer Beschäftigungsumfang gemäss RRB Nr. 1333/2024

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.7	0.2	0.0	0.0	0.2	0.4	0.2	72.1
Aufwand	-29.2	-29.2	0.0	0.0	-29.2	-32.3	-3.2	-10.9
Saldo	-28.5	-28.9	0.0	0.0	-28.9	-32.0	-3.0	-10.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1	-1.3	0.0	0.0	-1.3		1.3	100.0
Saldo	-0.1	-1.3	0.0	0.0	-1.3		1.3	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.7	A1	- Verschiedene ausserordentliche Einsparungen auf verschiedenen Budgetpositionen zur Finanzierung der Stellenplanerhöhung gemäss RRB Nr. 1333/2024
0.2	A1	- Einnahmen aus Verrechnung für Projektmanagementleistungen Gesundheitsbauten (Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland [ipw])
-0.2	A1	- Höhere Miet- und Raumnebenkosten
-1.6	A1	- Höhere Personal- und Infrastrukturkosten infolge höheren Beschäftigungsumfangs (RRB Nr. 1333/2024)
-2.2	A1	- Anteilige Entschädigung Schadenfall Ersatz- und Ergänzungsbau der ipw (RRB Nr. 989/2025)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.3	0.0	1.3	
- Büromobiliar für die Kunstsammlung	-1.3	0.0	1.3	- Der geplante Umzug der Kunstsammlung kann erst 2026 stattfinden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -200449	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -200449	Veränderung Bestand 0

8300 Amt für Raumentwicklung

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche kommunale Richt- und Nutzungspläne vorgeprüft und genehmigt. Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb Bauzonen, im Landschaftsschutz und im Ortsbildschutz war weiterhin hoch. Die Arbeiten an zwei kantonalen Landschaftsschutzverordnungen wurden fortgesetzt. Die intensive Bautätigkeit führte zu einer grossen Zahl an denkmalpflegerischen Baubegleitungen und Objektdokumentationen sowie zu zahlreichen archäologischen Sondierungen und Rettungsgrabungen. Beim Neubau des Klimaraums am Standort Stettbach wurden wichtige Etappenziele erreicht. Abgeschlossen wurde die Auswertung «Das Zentrumsquartier im römischen Oberwinterthur – Vom Vicus zur spätantiken Befestigung». Im Berichtsjahr konnten die in den Vorjahren begonnenen Sommer-Luftbildbefliegungen

erfolgreich abgeschlossen und ein flächendeckendes belaubtes digitales Orthofoto mit Bodenaufklärung von fünf Zentimetern generiert werden. Es ist im kantonalen GIS-Browser abrufbar und steht öffentlich zugänglich als Open Government Data zur Verfügung. Im Sommer des Berichtsjahres wurde die Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) zur Parkierung in Kraft gesetzt (RRB Nr. 543/2025). Eine Gesetzesänderung zu Weilerzonen wurde dem Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6014). Weitere laufende Revisionen betreffen die Themen Baudenkmäler, Bauen im Bestand und Umsetzung RPG 2. Trotz grosser Anzahl an Baugesuchen und zahlreichen Genehmigungen in der Richt- und Nutzungspläne ist die Anzahl der Rechtsmittelfälle konstant.

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Erarbeitung von Grundlagen; Planen; Genehmigung von Richt- und Nutzungsplänen; Bauwesen im Ortsbild und ausserhalb der Bauzonen
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmälern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	135	150	126	-24	-16.0
L2	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	136	90	123	33	36.7
L3	Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	2 107	2 200	2 037	-163	-7.4
L4	Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	2	2	2	0	0.0
L5	Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	7	7	6	-1	-14.3
L6	Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	533	540	410	-130	-24.1
L7	Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	443	500	448	-52	-10.4
L8	Archäologische Interventionen	A3	161	160	173	13	8.1
L10	Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen DatenlogistikZH, in % (Zielwert)	A4	99.1	98	99.1	1.1	
L11	Verfügbarkeit der Geodaten-Infrastruktur während Servicezeiten, in % (Zielwert)	A4	99.8	98	99.4	1.4	
L12	Technische Verfügbarkeit der Plattform «ObjektwesenZH», in % (Zielwert)	A4	99.8	98	99.8	1.8	
W1	Beanspruchte Bauzone pro Person, in m ²	A1	98	98	97	-1	-1.0
W2	Saldo von Ein- und Auszonungen, in ha	A1	6.7	10	2.6	-7.4	-74.0
W3	Anteil erstellten Gebäudevolumens in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen, in % des gesamten Gebäudevolumens	A1	0	0.2	1.1	0.9	
W5	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben, in %	A3	100	100	100	0	
W8	Unüberbaute Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	430	440	439	-1	-0.2
W9	Umzonungen von überbauten Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	5.3	7.5	13.7	6.2	82.7
W10	Anzahl verfügbarer Geodatenätze (gemäss Anhang kantonomer Geoinformationsverordnung [KGeolV])	A4	176	169	180	11	6.5

Bemerkungen

- L1 Die Abweichung liegt im Bereich der bekannten Schwankungen. Es wird nicht von einem systematischen Rückgang ausgegangen.
- L2 Der Anstieg ist teilweise darauf zurückzuführen, dass mehrere ländliche Gemeinden in der Bau- und Zonenordnung einen Abstand zu Windanlagen einführen möchten. Zudem wurden einige Teilrevisionen der kommunalen Nutzungsplanungen notwendig aufgrund der Anpassungen an die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe sowie der Einführung eines kommunalen Mehrwertausgleichs.

- L5 Im Berichtsjahr verblieb eine Gebietsplanung länger in der Erarbeitungsphase als geplant.
- L6 Im Berichtsjahr wurden weniger Baugesuche eingereicht, die von der kantonalen Denkmalpflege zu beurteilen waren.
- L7 Im Berichtsjahr wurden weniger Baugesuche eingereicht, die von der Kantonsarchäologie zu beurteilen waren.
- L10 Aufgrund der stabilen betrieblichen Lage konnten die Leistungskriterien der Service-Level-Agreement-Verträge alle sehr gut bewerkstelligt werden.
- L11 Kleinere Störungen, die im Berichtsjahr vorkamen, haben sich nicht auf die Gesamtverfügbarkeit der Plattform ausgewirkt.
- L12 Es konnten nur extrem kurze Ausfälle festgestellt werden. Der Betrieb aller Systeme war sehr stabil.
- W2 Der Saldo der Ein- und Auszonungen lag unter dem budgetierten Wert. Substanzielle Ein- und Auszonungen (über 1 ha) wiesen im Berichtsjahr die Gemeinden Oberglatt, Egg, Zürich und Zell auf.
- W3 Bei einer jährlichen Anzahl von durchschnittlich fünf Gebäuden sind erhebliche Schwankungen bei diesem Indikator nicht aussergewöhnlich.
- W9 Stärkere Schwankungen bei diesem Indikator sind jeweils zu erwarten, weil die jährliche Dynamik der Umzonungen von überbauten Industrie-/Gewerbezonungen unberechenbar ist und sich aus Einzelfällen ergibt. Die Abweichung vom Budgetwert kann dennoch als moderat bezeichnet werden.
- W10 Im Berichtsjahr wurden vier neue Datensätze publiziert. Davon betreffen zwei die Themen Landwirtschaft und Wasserbau. Ebenfalls konnten Orthofotos und Satellitenbilder publiziert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7a Die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen ermöglichen und fördern.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit einer Anpassung des kantonalen Richtplans unterbreitet, mit der den Gemeinden unter anderem ermöglicht werden soll, unüberbaute Bauzonenflächen an besser geeignete Lagen zu verschieben (Vorlage 6050).

Stand bis
Planmässig 2027

BD 7.1a Ein kantonales Landschaftskonzept als Grundlage zur Anpassung des kantonalen Richtplans erarbeiten

Die Grundlagenerhebungen und der partizipative Prozess mit zehn kantonalen Fachstellen mit direktem Bezug zu Landschaftsthemen wurde weitergeführt. Es wurden zentrale Botschaften und Entwürfe der Landschaftsqualitätsziele erarbeitet sowie ein Kommunikationskonzept und ein Illustrationskonzept erstellt.

Planmässig 2026

BD 7.2b Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 148 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Glatttal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümer sind informiert.

Die Ortsbilder der Städte Zürich und Winterthur wurden im Berichtsjahr neu festgesetzt. Damit ist die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars abgeschlossen.

Abgeschlossen 2027

BD 7.7a Der Erhalt der wertvollen Landschaftsräume wird mit der Erarbeitung von Schutzverordnungen ermöglicht und aktiv gefördert. Es sind jeweils zwei Schutzverordnungen parallel in Erarbeitung.

Die Arbeiten an der Schutzverordnung Albiskette wurden weitergeführt. Die Grundlagenerhebungen im Bereich Landschaft, Naturschutz und Wald konnten abgeschlossen werden. Die Ergebnisse wurden in der Begleitgruppe mit den externen Akteuren gespiegelt. Ein erster Entwurf des Plans der Schutzverordnung, des Texts sowie der Erläuterungsberichts liegt vor. Die Grundlagenerhebungen im Bereich Landschaft in der Moorlandschaft Neeracherried haben stattgefunden. Diese dienen als Vorarbeiten für die Schutzverordnung. Das Vorhaben wird mit dem Strassenbauprojekt und den externen Akteuren koordiniert.

Planmässig 2027

BD 7.9a Die qualitätsvolle Siedlungsentwicklung über Anpassungen an den planerischen Instrumenten sowie die Förderung entsprechender Verfahren erhöhen

Die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes zum erleichterten Bauen wurde in die Vernehmlassung gegeben (RRB Nr. 827/2025). Damit soll ermöglicht werden, dass mehr Bestandsgebäude erhalten und weitergebaut werden können anstatt abgerissen zu werden. Dies dient sowohl der Ressourcenschonung als auch dem Erhalt bezahlbaren Wohnraums und stärkt die Baukultur.

Planmässig 2027

BD 7.9b Bei der Bevölkerung eine breite Akzeptanz der sich verändernden Raumordnung und Raumnutzung schaffen

Es fand eine regelmässige Beratung von Gemeinden im Rahmen von Ortsplanungsgesprächen statt. Zudem wurde die Thematik an Veranstaltungen mit Planungsträgern aktiv thematisiert.

Planmässig 2027

BD 7.10d Beschleunigte/vereinfachte Verfahren für die Erstellung von Anlagen für erneuerbare Energie schaffen

Eine Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für Windenergieanlagen wird vorderhand nicht weiterverfolgt. Eine entsprechende Änderung des Energiegesetzes wurde in die Vernehmlassung gegeben, vorerst wird aber die politische Diskussion rund um die Richtplaneinträge abgewartet.

Sistiert 2027

BD 10.1d eBaugesucheZH: Die Integration von BIM-Modellen (Building Information Modeling) in die Plattform «eBaugesucheZH» ist erfolgt.

Die Massnahme BD 10.1d wurde ins Generalsekretariat übertragen und wegen zu vieler offener Fragen in Bezug auf die zukünftigen Entwicklungen vorläufig sistiert.

Sistiert 2027

BD 10.1e Ein «Digital Twin» als digitales räumliches Abbild der realen Wirklichkeit ist im Kanton Zürich eingeführt.

Die Bedürfnisumfrage zur 3D-Abbildung des Kantons wurde abgeschlossen und die Projektstudie erstellt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
160.8	164.5	161.9	-2.7	-1.6

Bemerkungen R25 zu B25

-2.7 Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von vakanten Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.0	6.9	0.0	0.0	6.9	6.4	-0.5	-7.2
Aufwand	-39.6	-42.0	0.0	-0.3	-42.3	-40.7	1.6	3.8
- Abschreibungen und Zinsen	-1.5	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-1.6	0.2	12.4
- Staatsbeiträge	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-11.5
Saldo	-33.6	-35.1	0.0	-0.3	-35.3	-34.2	1.1	3.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		-0.0	-100.0
Ausgaben	-1.6	-1.0	0.0	-0.9	-1.9	-1.1	0.8	41.9
Saldo	-1.6	-0.9	0.0	-0.9	-1.9	-1.1	0.8	41.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.6	A4	- Tiefere Informatikdienstleistungen Dritter infolge Projektverzögerung GIS-ZH 2020 sowie beim Betrieb der Kantonsapplikation GIS
0.5	A4	- Tiefere Kosten der BD Informatik insbesondere infolge Umsetzung von GIS-Projekten in der Cloud und dadurch keine Anschaffung von Serverinfrastruktur getätigt
0.4	A4	- Tiefere Dienstleistungen Dritter infolge Verzögerungen bei den Projekten Weiterentwicklung ÖREB-Kataster, Umsetzung Strategie Amtliche Vermessung sowie Kantonalen Leitungskataster
0.2	A4	- Tiefere Honorare für externe Informatikspezialisten infolge Verzögerungen bei den Projekten GIS-ZH 2020 und eBaugesuche - Volldigital
0.2	A4	- Tiefere Abschreibungen auf immateriellen Anlagen infolge Projektverzögerungen insbesondere GIS-ZH 2020, Objektwesen ZH und DOP 23-25
-0.1	A1, A2, A3, A4	- Höherer Personalaufwand infolge Überbrückungsrente bei nicht geplanten vorzeitigen Pensionierung sowie Dienstaltersgeschenken
-0.1	A4	- Tiefere Einnahmen für externe Informatikdienstleistungen GIS
-0.2	A4	- Höherer Unterhalt GIS-Software infolge höherer Lizenzkosten
-0.2	A1	- Tiefere Einnahmen aus Gebühren der Raumplanung insbesondere für kantonale Gestaltungspläne Kies und Deponie
-0.2	A1	- Tiefere interne Verrechnungen für Dienstleistungen an den Mehrwertausgleichsfonds und an das Tiefbauamt Kanton Zürich (Fachstelle Fahrende)
0.0		- Übrige Abweichungen

Baudirektion

Leistungsgruppe 8300

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.9	-1.1	0.8	
- ObjektwesenZH (A4)	-0.8	-0.3	0.5	- Projektverzögerung aufgrund von Ressourcenengpässen in der Projektorganisation ausgelöst durch übergeordnete kantonale Projekte wie Plattform und Rechenzentren (PRZ) und Ablösung IDV-ZH Broker
- eBaugesucheZH - Volldigital (A4)	-0.3	0.0	0.3	- Projektverzögerung aufgrund übergeordneter kantonalen Projekte wie Ablösung IDV-ZH Broker
- Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte, GIS-ZH Luftbildpunkte 2023–2025 (A4)	-0.5	-0.4	0.1	- Projekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen
- Datentransportsystem 2024 (DTS 2024); Ablösung von SiDAP und BiZTalk	-0.3	-0.2	0.1	- Projektverzögerung aufgrund erhöhter Komplexität
- System Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, Katastersystem (A4)	0.0	-0.1	-0.1	- Höhere Ausgaben als geplant aufgrund Produktverbesserungen
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-238'704	28'322	0	-210'382	28'322

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

8400 Tiefbauamt

Im Hardwald bei Bülach sind die Hauptarbeiten zum Ausbau der A51 im Gang. Der Ausbau des Radweges in Zollikon sowie die Projektierungsarbeiten für das Vorprojekt light der Umfahrung Eglisau sind abgeschlossen. Weiter wurden die Strassenprojekte nach den Vorgaben des Regierungsrates zum KEF 2026–2029 (RRB Nr. 276/2025) priorisiert und die Ergebnisse in den Planungsprozessen eingearbeitet. Zur Optimierung der Gebietseinteilung im Strasseninspektorat wechselte der Unterhaltsbezirk 3 von der Strassenregion I in die Region II. Zudem wurde eine Zusammenarbeit mit den Tiefbauämtern der Stadt Zürich und der Stadt Winterthur zur Erstellung von Kurzberichten zur Störfallvorsorge gestartet. Weiter startete im Berichtsjahr das Pilotprojekt des Verkehrssicherheitsprogramms im Kanton.

Die Abteilung Projektentwicklung wurde neu geschaffen und etabliert. In dieser Abteilung werden Strassenbauprojekte ganzheitlich initialisiert und gesteuert. Im Nationalstrassenunterhalt war das Berichtsjahr geprägt von zahlreichen Projekten seitens ASTRA, die eine hohe Flexibilität und Koordination erforderten. Ein bedeutender Erfolg war die Umsetzung des Ersatzes der Längskoppelfelder (Tunnelverkabelung) auf der Westumfahrung. Zudem wurde der Einsatz für Neophytenbekämpfung und naturnahen Böschungsunterhalt weiter vertieft. Die Elektrifizierung der Flotte und Betriebsmittel markiert einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Planung, Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, -unterhalts- und -ausbauen, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Instand gesetzte und neu gebaute Strassen, in km	A1	86.384	70	69.924	-0.076	-0.109
L2	Unterhaltene Staatsstrassen, in km	A2	1308.4	1308.4	1308.5	0.1	0.0
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in km	A2	49.4	49.4	49.45	0.05	0.10
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	122	150	128	-22	-14.7
L5	Erteilte Konzessionen/Bewilligungen für Werkleitungen	A3	810	750	743	-7	-0.9
L6	Beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	719	750	726	-24	-3.2
L7	Teilweise oder ganz behobene Velonetzplan-Schwachstellen (Verkehrsfreigabe im Berichtsjahr)	A1	25	30	16	-14	-46.7
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre, in Fr. (ER und IR)	A1	1787930	2000000	1593668	-406332	-20.3
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen), in Fr. (ER)	A2	34945	35000	33922	-1078	-3.1
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in % (ER und IR)	A1, A2, A3, A4	96.5	95	96.8	1.8	
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil in schlechtem Zustand, in %	A1	1.2	1.5	1.6	0.1	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre), in %	A1					
W5	Anteil der instand gesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen, in %	A1	6.36	5	5.15	0.15	
W6	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	20.0	20	20.8	0.8	4.0

Bemerkungen

- L7 Infolge der Projektpriorisierung wurden Projekte verschoben, redimensioniert oder gestoppt.
- B1 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- B2 Die Unterhaltskosten waren geringen, vor allem infolge geringeren Winterdiensts.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

Aufgrund der Vorgaben des Regierungsrates zur Investitionspriorisierung wurden im Berichtsjahr die laufenden Projekte neu bewertet. Dabei wurden verschiedene Projekte zeitlich zurückgestellt oder gestrichen (vgl. z.B. Bauprogramm für Staatsstrassen für die Jahre 2026–2028; Vorlage 6039). Im Berichtsjahr konnten in allen Phasen (Studien, Vorprojekte und Bauprojekte) rund 800 Projekte bearbeitet werden.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 6f Bei Strassenprojekten das in den regionalen Richtplänen verankerte Velowegnetz konsequent umsetzen.

Das kantonale Velowegenetz wird primär über Strassenbauprojekte umgesetzt. Um Schwachstellen zu beseitigen, priorisiert die Umsetzungsplanung Velonetz alle kantonalen Verbindungen nach Wichtigkeit, Potenzial und Defiziten. Velobahnen und Hauptverbindungen werden hoch priorisiert und Studien wurden im Berichtsjahr gestaffelt gestartet. Über die Hälfte der Schwachstellen ist bereits in laufenden oder geplanten Vorhaben enthalten – auch in Grossprojekten wie SBB-Ausbauten. Im Berichtsjahr wurden Koordination, Synergien mit Projekten Dritter und die Zusammenarbeit mit Gemeinden konkretisiert. Zielkonflikte bleiben anspruchsvoll, die Planung und Projektierung wurde weiter präzisiert und vorangetrieben.

Planmässig 2027

RRZ 7b Den Strassenraum nach den Standards für Staatsstrassen und den Standards Veloverkehr unter Einbezug der betroffenen Gemeinden ganzheitlich gestalten.

Die im Vorjahr etablierten Gefässe zum Austausch mit den betroffenen Gemeinden (insbesondere Gemeindegespräche) bewähren sich und wurden auch im Berichtsjahr weitergeführt. Die Standards Veloverkehr wurden überprüft und werden 2026 überarbeitet. Mit der im Berichtsjahr neu geschaffenen Abteilung Projektentwicklung wird der ganzheitlichen Planung des Strassenraums und dem Einbezug der Gemeinden zusätzlich Gewicht gegeben.

Planmässig 2027

BD 6.1a Das kantonale Projekt «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wird im Dialog mit den drei betroffenen Gemeinden und der Volkswirtschaftsdirektion vorangetrieben.

Die Standortevaluation des Parkplatzes muss nochmals durchgeführt werden. Federführend ist das Amt für Mobilität.

Verzögert 2027

BD 7.3e Beschaffung von Fahrzeugen nach RRB Nr. 949/2021 (Weisung Emissionsminderung von Fahrzeugen bei der Beschaffung und dem Betrieb durch die kantonale Verwaltung und beauftragte Unternehmen)

Der Standard für die Beschaffung von CO₂-freien Fahrzeugen gemäss RRB Nr. 949/2021 ist etabliert. Der Markt kann jedoch Fahrzeuge für den Winterdienst und schwere Nutzfahrzeuge für unsere Anwendungen über 3,5 Tonnen noch nicht zur Verfügung stellen.

Planmässig 2027

BD 7.3f Bei neuen Strassenprojekten wird zur Hitzeminderung der Begrünung und dem Setzen von Bäumen im Strassenraum besondere Beachtung geschenkt. Grundlage ist «Wegleitung Hitzeminderung bei Strassenprojekten» (2022).

In den Projekten werden Hitzeminderungsmassnahmen geprüft und wenn möglich umgesetzt. Konkurrierende Ansprüche an den Strassenraum stehen der Umsetzung jedoch häufig im Wege. Mit den Merkblättern Strassenbäume und Sicherheit wurden zwei neue Hilfsmittel für die Projektierung von Strassenbäumen bereitgestellt. Die Aktualisierung der Wegleitung Hitzeminderung ist verzögert. Es kann mit einer Umsetzung bis Ende 2026 gerechnet werden.

Planmässig 2027

BD 7.4b Basierend auf dem Bericht «Reduktion der Umweltbelastung des Tiefbauamts des Kantons Zürich - Massnahmenplanung» [UTech 25.10.2022] werden im TBA detailliert Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen definiert und umgesetzt.

Die meisten Massnahmen sind auf Kurs, wobei erste Massnahmen wie Digitales Arbeiten und Gebäude um 1 Grad Celsius weniger heizen bereits abgeschlossen werden konnten.

Planmässig 2027

BD 7.8a Kreislaufwirtschaft im Strassenbau fördern. Wiederverwendung vor Ort und Einsatz von Recyclingmaterialien.

Die Recycling-Quote für die Verwertung des Ausbausphalts bei den bituminösen Schichten hat sich bei knapp 60% stabilisiert (Ausgangswert 33%). Eine weitere Steigerung ist aus technischen und qualitativen Gründen kaum erzielbar.

Die Wiederverwendung von Randsteinen wurde in den Submissionsunterlagen neu aufgenommen. Weiterhin in Prüfung sind zusätzliche Möglichkeiten zur Förderung der Wiederverwendung von ungebundenen Gemischen. Wo immer möglich wird die Foundationsschicht belassen.

Planmässig 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	472.5	503.1	483.7	-19.4	-3.9

Bemerkungen R25 zu B25

-19.4 Infolge Fachkräftemangels verzögerte sich die Besetzung von offenen Stellen.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	289.5	297.9	0.0	0.0	297.9	284.8	-13.1	-4.4
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	37.7	42.0	0.0	0.0	42.0	37.1	-4.9	-11.7
- Übertrag aus Strassenfonds	210.6	222.6	0.0	0.0	222.6	205.9	-16.8	-7.5
- Übrige Erträge	41.2	33.3	0.0	0.0	33.3	41.9	8.5	25.6
Aufwand	-289.5	-297.9	0.0	0.0	-297.9	-284.8	13.1	4.4
- Abschreibungen und Zinsen	-84.7	-88.7	0.0	0.0	-88.7	-90.4	-1.7	-0.0
- Betriebsaufwand	-204.8	-209.3	0.0	0.0	-209.3	-194.2	15.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	8.3	2.0	0.0	0.0	2.0	7.7	5.7	285.5
Ausgaben	-136.6	-122.8	0.0	0.0	-122.8	-129.1	-6.2	-5.1
Saldo	-128.3	-120.8	0.0	0.0	-120.8	-121.4	-0.5	-0.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
8.7	A1	- Geringerer einmaliger projektbezogener baulicher Staatsstrassenunterhalt
3.7	A2	- Geringerer betrieblicher Staatsstrassenunterhalt, vor allem aufgrund geringeren Winterdiensts
1.9	A3	- Höhere einmalige Einnahmen aus Konzessionen
1.8		- Geringere Personalkosten infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
1.5	A2	- Höhere einmalige Rückerstattungen, vor allem von Dritten im Bereich Nationalstrassen
1.5	A1	- Tiefere projektbezogene Kosten für Planungen Dritter
-1.5		- Höherer Aufwand für Informatikdienstleistungen
-1.9	A1	- Höhere Abschreibungen, hauptsächlich infolge einmaliger ausserplanmässiger Abschreibungen
-16.8		- Tieferer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
1.1		- Übrige Abweichungen

Baudirektion Leistungsgruppe 8400

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	2.0	7.7	5.7	
- Eglisau, Betriebs- und Gestaltungskonzept Ortsdurchfahrt (84S-82064)	0.1	0.1	0.0	
- Übrige	1.9	7.6	5.7	
Ausgaben total	-122.8	-129.1	-6.2	
- Velohauptverbindung/-bahn parallel Brüttenertunnel (84D-50083)	-0.5	-0.2	0.3	- Vorbereitung Baustart verzögert. Nächste Phase Ausführungsplanung erst 2026.
- Wallisellen, Velobahn SBB-Bahnweg (84D-50075)	-5.3	-0.3	5.0	- Vorbereitung Baustart verzögert. Nächste Phase Ausführungsplanung erst 2026.
- Velohauptverbindung Kloten-Bassersdorf (GTB2A) (84D-50084)	-1.2	-0.7	0.5	- Projektverzögerung infolge Ablehnung der Anpassung der Bauzonenordnung in Kloten und anschliessender Überprüfung des Projekts.
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-0.5	1.2	1.7	- Die Abgrenzung aus dem Jahr 2024 war zu hoch geschätzt, da die Bereinigung des Ausmasses noch nicht abgeschlossen war.
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-23.1	-25.8	-2.7	- Erforderliche Zusatzbestellungen bei der Bauunternehmung (RRB Nr. 705/2025, Vergabeerhöhung).
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	-0.4	-0.0	0.4	- Entscheid TBA: Die Projektierungsarbeiten werden gestoppt, bis Richtplan angepasst ist (Abklassierung Hochleistungsstrasse in Hauptverkehrsstrasse).
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.3	-1.4	-1.1	- Überarbeitung Bauprojektossier nötig und aufwendiger als geplant. Verkehrskonzept im Detail erarbeitet mit Busbetreiber, Stadt Schlieren und Kantonspolizei Zürich.
- Weiningen, Niederholz-/Überlandstrasse (84S-81149)	-0.4	-0.7	-0.3	- Mehraufwendungen für die Fachplaner im Zusammenhang mit den Abklärungen für den ökologischen Ausgleich.
- Eglisau, Betriebs- und Gestaltungskonzept Ortsdurchfahrt (84S-82064)	-0.2	-0.3	-0.1	- Mehraufwand für Bereinigung Einsprachen und Umprojektierung.
- Dietikon, Mutschellenstrasse Abbiegespur (84S-82070)	-0.5	-0.1	0.4	- Einsprachen verzögern das Projekt.
- Fil Bleu Glatt (84S-82082)	-0.4	-0.2	0.2	- Die Projektierungskosten fielen tiefer als erwartet aus, da einzelne Workshops später als vorgesehen starteten.
- Regensdorf Nord, Betriebs- und Gestaltungskonzept Wehntalerstrasse (84S-82128)	-1.0	-0.2	0.8	- Aufgrund des in der Mitwirkung § 13 StrG eingebrachten Begehrens zu einer Tunnelvariante musste der Start des Bauprojekts verschoben werden. Dadurch fielen die externen Planerkosten geringer aus als budgetiert.
- Bassersdorf, Busspur Brüttenertunnel (84D-50097)	-0.2	-0.0	0.2	- Vorbereitung Baustart verzögert. Nächste Phase Ausführungsplanung erst im Jahr 2026.
- Übrige	-88.8	-100.4	-11.6	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -368000	Verwendung 2025 47000	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -321000	Veränderung Bestand 47000

Bemerkungen
Verwendung für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Im Rahmen der Energieförderung 2023–2026 wurde der Bau einer Pilot-Anlage zur CO₂-Abscheidung aus den Rauchgasen der Kehrrechtverwertungsanlage des Zweckverbands Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland finanziell unterstützt. Das Vorgehen im Umgang mit invasiven Neobiota wurde im Massnahmenplan Neobiota 2026–2029 festgelegt mit dem Ziel, die Gesundheit von Mensch und Tier, die Biodiversität sowie die land- und forstwirtschaftlichen Produktion besser zu schützen. Seit dem 1. April des Berichtsjahres gilt eine Schiffsmelde- und Schiffsreinigungspflicht zur Eindämmung der Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten wie der Quagamuschel. Gemäss neuem Wassergesetz sind eine Wasser-

strategie sowie eine darauf abgestützte, behördenverbindliche Umsetzungsplanung zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wurde die Massnahmenplanung Wasser lanciert und organisatorisch verankert. Das kantonale Projektteam erarbeitet die fachlichen Inhalte, die in einer Begleitgruppe mit Vertretungen der Gemeinden sowie der wichtigsten betroffenen Verbände und Organisationen abgestimmt werden. Zudem wurde die Konzession für das Kraftwerk Letten erneuert. Damit ist die Nutzung der Wasserkraft der Limmat bis 2085 gesichert, und das Zusammenspiel mit den Anlagen der Zürichseeregulierung ist verbindlich geregelt.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und so weit wie möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte (Zielwert)	A1	0	1	0	-1	-100.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	177	200	168	-32	-16.0
L3	Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	1936	2000	1925	-75	-3.8
L4	Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	615	500	2050	1550	310.0
L7	Unterhaltene Gewässergebiete, in ha	A1	1745	1739	1744	5	0.3
L8	Revitalisierte Gewässer, in km	A8	1.10	5	2.67	-2.33	-46.60
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist, in %	A1	98.2	95	98.5	3.5	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ , in %	A3	0.1	1	0.1	-0.9	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher, in Min.	A5	3.8	15	4.6	-10.4	-69.3
W11	CO ₂ -Ausstoss pro Kopf, in t	A6	3.5	3.5	3.4	-0.1	-2.9
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung, in %	A7	96.0	95	95.0	0.0	
W18	Verwertungsquote mineralischer Rückbaustoffe, in %	A4	97.1	95	96.5	1.5	
W19	Anteil erneuerbarer Energie und Abwärme an der Wärmeverversorgung, in %	A6	34	37.5	36.0	-1.5	
W20	Anteil im Kanton erzeugten erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch, in %	A6	19	20	20	0	
W21	Anteil Wasserproben aus Fliessgewässern mit Erfüllung der stoffspezifischen Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2035 = 90%), in %	A8	42	42	35	-7	
W22	Anteil Grundwasserfassungen mit Erfüllung der Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2030 = 98%), in %	A8	48.8	95	44.3	-50.7	

Bemerkungen

- L1 Derzeit sind verschiedene Grossprojekte im Bau oder kurz vor Baubeginn. Es wurde im Berichtsjahr kein Hochwasserschutzprojekt abgeschlossen.
- L4 Im Berichtsjahr war erstmals ein automatisierter Abgleich der Bewilligungs- und Betriebsdaten aller Mobilfunkanlagen möglich.
- L8 Zusätzlich zu den 2.67 km Revitalisierungen gemäss Vorgaben des Bundes wurden im Berichtsjahr 2.46 km Gewässer ökologisch aufgewertet. Insgesamt ergibt dies 5.13 km. Davon entfallen 0.86 km auf Aufwertungen im Rahmen von Hochwasserschutzprojekten und 1.6 km auf Strukturierungsmassnahmen aus dem Programm «Vielfältige Zürcher Gewässer».
- W22 Die gesetzlichen Anforderungen wurden angepasst. Seit 2024 gelten alle Chlorothalonil- und Metolachlor-Metaboliten als relevant und müssen somit den Grenzwert von 0.1 µg/l einhalten. Der Zielwert ab 2026 wurde entsprechend angepasst.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7c Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie zur Stromerzeugung im kantonalen Richtplan festsetzen und bei konkreten Projekten die Energiewirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen.

Der Regierungsrat hat am 12. November des Berichtsjahres den Antrag zur Teilrevision Energie des kantonalen Richtplans mit 19 Eignungsgebieten für die Nutzung der Windenergie an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6060).

Stand bis

Planmässig 2027

BD 1.1a Der «Entlastungstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist in Betrieb genommen.

Im Berichtsjahr wurde der Ausbau des Stollens abgeschlossen und die Erstellung des Einlaufbauwerks an der Sihl nach Terminplan vorangetrieben. Die Erstellung des Auslaufbauwerks in den Zürichsee ist wegen technischer Herausforderungen etwas verzögert. Trotzdem bleibt die planmässige Inbetriebnahme 2027 auf Kurs und der Kostenrahmen eingehalten.

Planmässig 2027

BD 1.1c Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahn abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.

Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz Altbach, Hochwasserschutz Kloten wurde planmässig abgeschlossen. Die Plangenehmigung durch das Bundesamt für Verkehr steht noch aus. Der Antrag an den Kantonsrat wird derzeit in der Kommission beraten.

Verzögert 2025

BD 1.1d Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren.

Die verwaltungsinternen Arbeiten im Amt sind abgeschlossen. Die Weiterbearbeitung verzögert sich infolge angepasster Prioritätensetzung.

Verzögert 2026

BD 6.2b Das Förderprogramm Ladeinfrastruktur für eine CO₂-arme Mobilität wird gemeinsam mit dem Amt für Mobilität der VD umgesetzt.

Das Förderprogramm ist seit April 2023 in Umsetzung. Insgesamt wurden bis Ende des Berichtsjahres 78% der verfügbaren Mittel von 50 Mio. Franken beansprucht, davon über 10 Mio. Franken durch 1527 im Berichtsjahr eingereichte Gesuche. Die verfügbaren Fördermittel laufen voraussichtlich im vierten Quartal 2026 aus.

Planmässig 2027

BD 7.2a Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.

Bis Mitte Januar 2026 wurde die Vernehmlassung zur Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und der dazugehörigen Verordnungen durchgeführt (RRB Nr. 755/2025). Ziel der Vorlage ist es die Abstimmung von Richt- und Nutzungsplanung sowie des Baubewilligungsverfahrens mit den Anliegen der Störfallvorsorge zu stärken.

Verzögert 2025

BD 7.3b Das revidierte Energiegesetz betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») und die dazugehörige Verordnung einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020 sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.

Das revidierte Energiegesetz wurde an der kantonalen Volksabstimmung vom 28. September des Berichtsjahres abgelehnt.

Sistiert 2025

BD 7.3c Die Massnahmenplanung zur langfristigen Klimastrategie wird weiterentwickelt und zusammen mit der Dekarbonisierung mittels Monitorings nachverfolgt.

Sowohl die Massnahmenplanung als auch das Dekarbonisierungsmonitoring wurden in einen jährlich wiederkehrenden Prozess überführt. Die Indikatoren des Dekarbonisierungsmonitorings wurden erweitert und basierend auf den Datengrundlagen des Bundes und des Kantons erhoben sowie veröffentlicht. Der Umsetzungsstand aller Massnahmen wurde ebenfalls erhoben und veröffentlicht. Gemeinsam mit den Direktionen wurden Potenziale für neue Massnahmen eruiert und nach Möglichkeit in die Massnahmenplanung überführt.

Planmässig 2027

BD 7.3d Die Gemeinden werden bei ihren Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt.

Ein Beratungsangebot für Gemeinden mit Erstberatung Klima und Fachberatung Klima befindet sich in Umsetzung. Angebote zur regionalen Vernetzung wurden konzipiert. Zudem bestehen verschiedene Kursformate für Gemeinden.

Planmässig 2027

BD 7.3j Die Strategie zur Verhinderung der Ausbreitung unerwünschter Neobiota gemäss Massnahmenplan Neobiota ist kantonsintern umgesetzt. Die Gemeinden werden dazu mit den nötigen Hilfestellungen unterstützt.

Schulungen für die Gemeinden wurden regelmässig angeboten. Die Vollzugsgrundlagen für die Gemeinden, darunter das Muster für ein Neophytenkonzept, wurden vervollständigt.

Planmässig 2027

BD 7.4c Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.

Die Verordnung sowie die Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnung wurden am 2. Juli des Berichtsjahres beschlossen (RRB Nr. 714/2025). Aufgrund einer Beschwerde gegen die Verordnung verzögert sich die Inkraftsetzung; das Urteil des Bundesgerichts steht noch aus. Die Vollzugsgrundlagen befinden sich in Erarbeitung.

Verzögert 2025

BD 7.4d Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.

Die Planungen der Seegrundsanierungen vor Horgen und Richterswil wurden weiter vorangetrieben. Bei der Seegrundsanierung vor Uetikon am See wurden ergänzende Untersuchungen zur Belastungssituation durchgeführt.

Planmässig 2030

BD 7.4e Der Gewässerraum im Siedlungsgebiet ist festgelegt und ein Konzept zur Festlegung des Gewässerraums ausserhalb der Siedlung und entlang der Seen ist erarbeitet.

In 144 Gemeinden ist der Gewässerraum im Siedlungsgebiet bereits in Kraft. An kantonalen Gewässern der dritten Priorität sowie in vereinzelt in Gemeinden benötigt die Festlegung des Gewässerraums im Siedlungsgebiet – auch aufgrund von Rekursen – mehr Zeit. Die Konzepte für die Festlegung ausserhalb des Siedlungsgebiets (Landwirtschaftsgebiet) sowie entlang des Zürichsees wurden definiert. Im Landwirtschaftsgebiet läuft derzeit eine Pilotphase in vier Gemeinden.

Verzögert 2025

BD 7.4f Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.

Die Bereinigung der unterschiedlichen Interessen der zahlreichen Anspruchsgruppen hat mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. Die Festsetzung durch den Regierungsrat ist in der ersten Hälfte 2026 geplant.

Verzögert 2025

BD 7.4g Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung lichtarmer Gebiete sind erarbeitet und umgesetzt.

Der Regierungsrat hat zur parlamentarischen Initiative KR-Nr. 92/2020 betreffend Vermeidung unnötiger Lichtemissionen Stellung genommen sowie die Vorlage zur Motion betreffend Raumentwicklung und Nacht verabschiedet (Vorlage KR-Nr. 351c/2019).

Planmässig 2027

BD 7.4h Dank der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank entstehen pro Jahr zwei neue, attraktive Zugänge zu Fliessgewässern und das Thema Wasser wird der Bevölkerung anschaulich vermittelt.

Es konnten vier neue Zugänge zu Fliessgewässern geschaffen werden. Verschiedene Projekte für weitere Zugänge befinden sich in Vorbereitung. Der Förderprozess #hallowasser hat mehrere Initiativen unterstützt, die der Bevölkerung das Thema Wasser auf attraktive Weise erlebbar machen.

Planmässig 2030

BD 7.5a Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle führen der Kanton und die Gemeinden die Abgeltungsverhandlungen gemeinsam.

Im Berichtsjahr wurden erste Gespräche geführt, die vorwiegend organisatorischen Charakter hatten und ein erstes Kennenlernen ermöglichten. Beteiligt am Austausch waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gemeinden, der Kantone Zürich, Aargau und Schaffhausen, des Landes Baden-Württemberg sowie des Landkreises Waldshut-Tiengen, des Bundesamtes für Energie und der ent-sorgungspflichtigen Unternehmen.

Planmässig 2026

BD 7.5b Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle wird der Projektierungsprozess hinsichtlich sicherheitstechnischer, umweltrelevanter und bauphysikalischer Aspekte begleitet und die Gemeinden werden fachlich unterstützt.

Die Prüfung des Rahmenbewilligungsgesuchs der Nagra läuft planmässig. Die Standortgemeinden wurden fachlich unterstützt. Für die Expertengruppe Sicherheit wurde ein neuer externer Experte im Bereich Geophysik verpflichtet.

Planmässig 2030

BD 7.6a Der Ausbau der Photovoltaik wird gut abgestimmt mit den Massnahmen auf Bundesebene und weiter beschleunigt, einschliesslich Umsetzung der Motion KR-Nr. 267/2020 betreffend «Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen».

Der Regierungsrat hat am 26. November des Berichtsjahres zwei Vorlagen zur Änderung des Energiegesetzes zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlagen 6062 und 6063). Ziel ist eine verbesserte Versorgungssicherheit mit Energie durch die Produktion und Speicherung lokaler erneuerbarer Energien. Vorgesehen ist insbesondere die Nutzung grosser Dächer zur Solarstromproduktion sowie die Förderung der Langzeitspeicherung von Energie durch die Stromnetzbetreiber.

Abgeschlossen 2025

BD 7.6b Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten wurden die zu behandelnden Themen identifiziert, die Grundlagendaten zusammengetragen und die Berichtsstruktur festgelegt.

Planmässig 2026

BD 7.6c Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.

Die Massnahmen in den Bereichen Vorschriften, Förderung, Beratung und Rahmenbedingungen wurden fortgeführt. Mit Beschluss vom 10. Dezember des Berichtsjahres beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen neuen Rahmenkredit für das Energieförderprogramm 2026–2029 von 60 Mio. Franken (Vorlage 6064).

Planmässig 2026

BD 7.8d Die Strategie Kreislaufwirtschaft Kanton Zürich ist festgesetzt und die Umsetzung der Massnahmen läuft.

Das Projekt «Regulatorische Hindernisse für die Kreislaufwirtschaft abbauen» wurde vorangetrieben. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden in einem nächsten Schritt vertieft. Zudem wurden die Bedürfnisse der Gemeinden erhoben, entsprechende Unterstützungsangebote werden erarbeitet.

Planmässig 2027

BD 7.10c In Abstimmung mit den betroffenen Schutzinteressen (insbesondere Landschaftsschutz, Naturschutz und Gewässerschutz) geeignete Räume und Standorte für erneuerbare Energien ermitteln

Der Regierungsrat hat am 12. November des Berichtsjahres den Antrag zur Teilrevision Energie des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 6060). Auf nationaler Ebene wurden die Interessen des Kantons im Rahmen von Vernehmlassungen sowie in Arbeitsgruppen eingebracht.

Planmässig 2027

BD 7.11a Massnahmen zur nachhaltigen Ernährung gemäss «Leitbild nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.

Die Richtlinie für kantonale Verpflegungsbetriebe sowie deren Monitoring befinden sich in Umsetzung. Bildungsangebote bestehen, und verschiedene Sensibilisierungsangebote wurden konzipiert und angeboten.

Planmässig 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
255.8	261.7	258.3	-3.4	-1.3

Bemerkungen R25 zu B25

-3.4 Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von vakanten Stellen sowie der Besetzung neuer Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	55.5	50.9	0.0	0.0	50.9	49.5	-1.4	-2.7
Aufwand	-121.2	-128.2	0.0	-3.9	-132.2	-123.4	8.8	6.7
- Abschreibungen und Zinsen	-29.0	-33.0	0.0	0.0	-33.0	-31.4	1.6	4.9
Saldo	-65.8	-77.4	0.0	-3.9	-81.3	-73.8	7.5	9.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	100.0	70.1	0.0	0.0	70.1	66.6	-3.5	-4.9
Ausgaben	-148.1	-117.6	0.0	-12.3	-129.9	-117.7	12.2	9.4
Saldo	-48.1	-47.5	0.0	-12.3	-59.8	-51.1	8.7	14.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
7.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.1	A1	- Tieferer Dienstleistungsaufwand infolge verzögerter Projekte (z.B. Gewässerraumausscheidung)
2.6	A6	- Tiefere Beiträge aus dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
2.2	A8	- Höhere Erträge aus Konzessionen
1.7	A5	- Tiefere Abschreibungen auf Energie-Investitionsbeiträgen
1.6	A1	- Tieferer Aufwand für Gewässerrevitalisierungen
0.8	A2	- Höhere Erträge aus Dienstleistungen (z.B. Tiefenlager)
0.6		- Höhere interne Erträge
-0.4	A2	- Tiefere Gebührenerträge
-0.4	A6	- Tiefere Bundesbeiträge für Vollzugskosten im Energiebereich
-0.5		- Höherer interner Aufwand (IT-, Baudienstleistungen)
-0.7		- Höherer Personalaufwand infolge Teuerungsausgleichs sowie nicht budgetierbarer Stellen aus ZKB-Jubiläumsdividende
-0.7		- Tiefere Erträge aus Rückerstattungen und Entgelten Dritter
-2.6	A6	- Tiefere interne Erträge aus dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
0.2		- Übrige Abweichungen

Baudirektion

Leistungsgruppe 8500

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	70.1	66.6	-3.5	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	56.3	51.6	-4.7	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	9.9	13.0	3.1	- Beiträge Bund und Dritte
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	1.8	1.3	-0.5	- Bundesbeitrag
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	0.5	0.6	0.1	- Bundesbeitrag
- Übrige	1.6	0.1	-1.5	
Ausgaben total	-129.9	-117.7	12.2	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	-37.0	-30.2	6.8	- Projektfortschritt im Geschäftsjahr entsprach in Teilbereichen (z.B. ökologische Ersatzmassnahmen) nicht den Prognosen.
- Altbach, Kloten, HWS, Verlängerung Glattalbahn (85W-807)	-1.4	-1.1	0.3	
- ZKB-Jubiläumsdividende (85P-1673)	-2.5	-1.2	1.3	
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-5.0	-3.8	1.2	
- Limmat, Stadt Zürich, Münsterbrücke (85W-847)	-1.0	-0.5	0.5	
- Limmat, Zürich, Rathausbrücke (85W-794)	-2.0	-0.1	1.9	
- Eulach, Winterthur, Technikum (85W-852)	-4.7	-2.3	2.4	
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	-1.5	-1.2	0.3	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	-56.3	-51.6	4.7	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen
- Investitionsbeiträge für Fördermassnahmen im Energiebereich zusätzlich zu den durchlaufenden Bundesbeiträgen	-15.0	-19.2	-4.2	
- Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Hochwasserschutzbauten	-3.3	-6.2	-2.9	
- Übrige	-0.2	-0.3	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-265866	13493	0	-252373	13493

Bemerkungen
Verwendung für Personalzwecke

8510 Altlasten

Im Rahmen des Altlastenprogramms werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten finanziert. Die Kostensituation wurde laufend überprüft und die notwendigen Rückstellungen gebildet. Die Sanierungsarbeiten der Seegrundbelastungen vor dem

Areal der CU Uetikon wurden zum grössten Teil abgeschlossen. Der Umgang mit dem noch nicht sanierten Teil wird geklärt. Die Sanierung der Seestandorte vor Horgen und vor Richterswil wird vorbereitet. Bei der Sondermülldeponie Kölliken läuft die Nachsorgephase.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten gemäss Umweltschutzgesetz (USG)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.4	0.6	0.0	0.0	0.6	4.1	3.5	630.9
Aufwand	-4.4	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-13.3	-11.7	-729.1
Saldo	-1.0	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-9.3	-8.2	-781.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-8.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.3		- Höhere Bundesbeiträge
2.0		- Verwendung von Rückstellungen
0.6		- Rückerstattungen Dritter
0.3		- Auflösen von Rückstellungen
-3.6		- Höherer Aufwand für Ausfallkosten
-9.8		- Bildung von Rückstellungen für Ausfallkosten
0.0		- Übrige Abweichungen

8700 Immobilienamt

Neben einer sinnvollen Investitionspriorisierung Hochbau und deren Steuerung lagen die Prioritäten im Berichtsjahr auf der Verbesserung und Vereinheitlichung der Erhaltungsplanung des kantonalen Immobilienbestands. Zudem wurden Kompetenzen im Arbeitsplatzmanagement ausgebaut, an dem neuen Standard Büro der Gerichte mitgearbeitet und die zentrale Bewirtschaftung für gemischtgenutzte Verwaltungsgebäude ausgearbeitet. Diese soll in den Pilotgebäuden Zoll- und Zeughausstrasse ab 2026 bzw. 2027 pilotiert werden. Die grundlegenden Themen Datenmanagement und Prozesse

wurden integral konzipiert, zu vertiefende Felder priorisiert und erste Umsetzungsschritte angegangen.

Des Weiteren wurde der Umzug eines Grossteils des Immobilienamtes vorbereitet und umgesetzt. Ab dem 5. Januar 2026 arbeitet das Immobilienamt mit Ausnahme der ortsgebundenen Facility Services an der Zollstrasse 36. Dort testet es gemeinsam mit weiteren Nutzenden die neuen Arbeitswelten sowie die zentrale Bewirtschaftung, um Erkenntnisse für das Projekt Walche Zürich zur Erneuerung der engeren Zentralverwaltung zu gewinnen.

Aufgaben

- A1 Steuerung des Immobilienportfolios durch Umsetzung der Immobilienstrategie, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Devestitionsentscheiden und Beauftragung entsprechender Immobilienprojekte sowie die damit verbundene Planung und das Controlling der Hochbauinvestitionen
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Nutzungsgerechte Flächenbereitstellung für den öffentlichen Auftrag, Zentrale Facility-Management-Steuerung über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien, koordinierte Beschaffung von Dienstleistungen und Gütern für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens zu Marktkonditionen und unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben. Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Mietverträge mit Dritten (Fremdmieten) für die kantonale Verwaltung
- A5 Zentraler Betreiber für gemischt genutzte Bauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen
- A6 Sicherstellen der Immobilienstammdaten einschliesslich Qualitätsmanagement und Führen der Immobilien- sowie Anlagenbuchhaltungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Betreute Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	722	730	720	-10	-1.4
L2	Vom Immobilienamt bewirtschaftete Gebäudeflächen, in m²	A3	211790	230000	244269	14269	6.2
L3	Umsatz Mobiliar, in Mio. Franken	A3	4.8	7.5	2.6	-4.9	-65.3
L4	Hängige Abtretungsverträge	A2	1706	1700	1689	-11	-0.6
L5	Gebäudeflächen im Mietermodell, in m²	A3	1209754	1200000	1235702	35702	3.0
L8	Anteil der fristgerechten Erstellung der Kreditabrechnungen innerhalb von 10 Monaten nach Vorliegen der Bauabrechnung, in % (Zielwert)	A6	90	90	91	1	
B2	Durchschnittlich von einer/einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche, in m²	A5	5787	6700	6294	-406	-6.1
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung, in %	A3			-		
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung, in %	A3	71	70	72	2	
W7	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Mitarbeiter/in im Bürobereich engere Zentralverwaltung mit Berücksichtigung des Beschäftigungsumfangs (0,8×17 m²), in m²	A5	15.40	13.6	15.1	1.5	11.0
W8	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Mitarbeiter/in im Bürobereich übrige Verwaltung mit Berücksichtigung des Beschäftigungsumfangs (0,8×14.5 m²), in m²	A3	16.00	11.6	15.5	3.9	33.6

Bemerkungen

- B2 Es wird davon ausgegangen, dass sich die Kennzahl auf diesem Niveau stabilisiert. Im KEF 2026–2029 wurde der Planwert entsprechend angepasst.
- L1 Die Kennzahl widerspiegelt die Anzahl Mietverträge. Sie ist geringer, nicht weil weniger Flächen angemietet wurden, sondern weil bestehende Einzelverträge mit derselben Partei bei Vertragserneuerungen zusammengefasst wurden.
- L2 Durch die flächenmässige Neudarstellung der Grossraumbüros und die Stammdatenbereinigung hat sich die Fläche leicht erhöht.
- L3 Die Direktionen und Ämter bestellen das Mobiliar über das Immobilienamt, und dieses stellt die Kosten den Bestellern in Rechnung. Der Umsatz kann vom Immobilienamt nicht beeinflusst werden.
- W7, W8 Die Zielerreichung wird längere Zeit in Anspruch nehmen, weil sie primär durch Verdichtung im Rahmen von Neu- und Umbauten erreicht werden kann. Mittelfristig umsetzbare Massnahmen sind in Planung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2g Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.

Planmässig 2027

Zur Deckung des bis 2028 bestehenden temporären Schulraumdefizits der Mittel- und Berufsfachschulen konnte bis Ende des Berichtsjahres in Schulraumprovisorien an sieben Standorten mittlerweile Schulraum für insgesamt 3600 Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Am Standort Dübendorf erfolgte der Baubeginn für ein weiteres Schulraumprovisorium für 650 Schülerinnen und Schüler. Der Flächenbedarf für die Fachhochschulen konnte im Berichtsjahr überprüft und gegenüber früheren Planungen reduziert werden. An allen Standorten für die drei Institutionen bestehen entsprechende Entwicklungsplanungen.

BD 10.2d Für künftige öffentliche Aufgaben wird eine vorausschauende Flächensicherung in urbanen Handlungsräumen und in den Wachstumszonen gemäss LARES vorangetrieben.

Planmässig 2027

Im Berichtsjahr wurde schwerpunktmässig daran gearbeitet, vorhandenes Potenzial im Bestand zu lokalisieren mit dem Ziel, Bestandsliegenschaften im Eigentum des Kantons mittels betrieblicher Massnahmen, Umnutzungen, Aufstockung oder Erweiterung besser zu nutzen. Zudem wurde der gezielte Erwerb von heute angemieteten oder an kantonale Grundstücke angrenzenden Liegenschaften evaluiert.

BD 10.2f Die bestandesgetriebene Bedarfsplanung und ein systematisches Risikomanagement für den Immobilienbestand ist etabliert.

Planmässig 2027

Die bestandesgetriebene Bedarfsplanung (Erhaltungsplanung nach SIA 469) zur frühzeitigen Erkennung und kontinuierlichen Planung von räumlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit des Bestands soll portfolioweit im Verwaltungs- und Finanzvermögen systematisiert und vereinheitlicht werden. Im Berichtsjahr wurde der Rahmenvertrag für die Zustandserhebung in den Jahren 2026–2030 neu und bezüglich risikobehafteter Bauteile verbessert beauftragt (RRB Nr. 1115/2025). Die risikobehafteten Bauteile wurden systematisch überprüft und ein verbesserter Meldeprozess eingerichtet.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
182.9	205.9	194.7	-11.2	-5.4

Bemerkungen R25 zu B25

- 11.2 Die Besetzung neuer und vakanter Stellen verzögerte sich aufgrund des Fachkräftemangels. Zudem wurden im Bereich Facility Services einige bereits bewilligte Stellen noch nicht besetzt, da die entsprechenden Gebäude noch nicht in Betrieb genommen wurden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	29.4	36.9	0.0	0.0	36.9	28.4	-8.5	-23.0
Aufwand	-52.2	-62.4	0.0	0.0	-62.4	-53.8	8.7	13.9
Saldo	-22.8	-25.6	0.0	0.0	-25.6	-25.4	0.2	0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.4	0.3	43.4
Saldo	-0.2	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.4	0.3	43.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.2	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringere Planungen, Honorare und Dienstleistungen Dritter aufgrund verzögerter Projekte
0.7	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringerer Nettopersonalaufwand infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
-0.4	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Höhere IT-Kosten
-1.6	A4, A5	- Verrechenbare Leistungen in produktiven Einheiten geringer als geplant
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -86076	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -86076	Veränderung Bestand 0

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

Der Kanton verfügt über 130 Wohnliegenschaften, mehrheitlich in den Städten Zürich und Winterthur. Diese müssen in den kommenden zwölf Jahren instand gesetzt werden. Als Vermieter und Werkeigentümer muss der Kanton die Sicherheit, die Gebrauchstauglichkeit und den Werterhalt der Liegenschaften gewährleisten. Im Berichtsjahr wurde ein stufenweises und ressourcenschonendes Vorgehen zur Instand-

setzung von Wohnliegenschaften definiert mit dem Ziel der Reduktion bestehender Risiken und Unterhaltskosten sowie der Vermeidung von Reputationsschäden bei möglichst optimiertem Ressourcenaufwand. Für die dringlichsten Instandsetzungen von Wohn- und Gewerbeliegenschaften im Finanzvermögen wurde ein Rahmenkredit von 24 Mio. Franken beschlossen.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Finanzvermögen und Vermietung zu Marktkonditionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV, in Mio. Franken	A1	1 387	1 183	1 405	222	18.8
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV, in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1	5.3	4.7	5.3	0.6	
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %	A1	1.0	0.7	0.5	-0.2	
W3	Baulicher Zustandswert Finanzvermögen	A1	0.69	0.72	0.68	-0.04	-5.56
W4	Nettorendite der Wohn- und Geschäftsliegenschaften des FV, in %	A1	2.3	2.3	2.0	-0.3	

Bemerkungen

- W1 Obwohl gegenüber Budget höhere Nettomiet- und Baurechtszinserträge erzielt wurden, ging die Rendite infolge des gestiegenen Bilanzwertes der Liegenschaften zurück.
- W3 Aufgrund begrenzter Ressourcen wurden nicht alle geplanten baulichen Massnahmen umgesetzt.
- W4 Der Gewinn vor Zinsen ist für diese Liegenschaften leicht gestiegen. Der gestiegene Bilanzwert dieser Liegenschaften führte jedoch gegenüber Budget und Vorjahr zu einer tieferen Rendite.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BD 7.12a Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien im Finanzvermögen als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.

Im Berichtsjahr wurden bei allen Liegenschaften mit entsprechendem Potenzial erste Massnahmen umgesetzt. Beim Abschluss neuer Verträge wurde standardmässig eine Verpflichtung zur Umsetzung der Richtlinie festgehalten. Bei laufenden Verträgen mit Hauswartunternehmen wurde die naturnahen Umgebungspflege schrittweise integriert.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	317.4	27.5	0.0	0.0	27.5	56.5	29.0	105.5
- Mietzinsertrag inkl. Baurechtszinsen	29.2	27.5	0.0	0.0	27.5	29.0	1.5	5.6
Aufwand	-77.6	-28.5	0.0	0.0	-28.5	-59.5	-31.0	-108.9
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-9.5	-8.8	0.0	0.0	-8.8	-10.4	-1.7	-19.0
Saldo	239.8	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-2.9	-2.0	-206.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
9.3	A1	- Nettoaufwertung von Liegenschaften im Finanzvermögen
4.1	A1	- Geringere bauliche Unterhaltsmassnahmen
1.5	A1	- Höhere Nettomiet- und Baurechtszinseinnahmen
1.1	A1	- Nettogewinne aus Verkäufen
-0.4	A1	- Einnahmeverzicht Baurecht für Studentenhäuser
-1.7	A1	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand
-4.1	A1	- Höhere Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten für extern vermietete Liegenschaften
-11.8	A1	- Erhöhung der Rückstellungen für die latenten Grundstückgewinnsteuern
-0.0		- Übrige Abweichungen

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Durch getroffene Steuerungsmassnahmen konnten die geplante Finanzierbarkeit und der Investitionsbedarf einander angenähert werden. Gegenüber der Vorjahresplanung konnte der langfristige Investitionsbedarf im Mietermodell reduziert werden. Dies wird sich voraussichtlich insbesondere Anfang der 2030er-Jahre zeigen dank der Umsetzung des neuen Standards Büro, der Redimensionierung des Flächenbedarfs der Fachhochschulen und weiterer Sparmassnahmen. Der prognostizierte Investitionsanteil im Mietermodell für die Mittelschulen, die Berufsfachschulen und die Fachhochschulen sinkt über die kommenden zwölf Jahre um rund 10% auf 57%. Über denselben langfristigen Planungszeitraum hinweg werden Vorhaben der Baudirektion wie die gemischtgenutzten Bezirksanlagen, die engere Zentralverwaltung samt Projekt Walche Zürich, die Rochadegebäude Zoll- und Zeug-

hausstrasse sowie Denkmäler und Kulturgüter wie das Grossmünster, das Rathaus oder die Klosterinsel Rheinau rund 23% des Investitionsvolumens beanspruchen. Rund 18% betreffen Vorhaben der Sicherheitsdirektion sowie der Direktion der Justiz und des Innern.

Die Dekarbonisierung und der Ausbau der Stromproduktion durch Photovoltaik schreiten langsam, aber kontinuierlich voran. Der Instandsetzungsbedarf im Bestand und damit die Risiken der Eigentümerschaft steigen weiterhin. Die portfolioweite Systematisierung und Vereinheitlichung der Erhaltungsplanung zur frühzeitigen Erkennung und kontinuierlichen Planung von räumlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit des Bestands wurde im Berichtsjahr initiiert.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und langfristig kostendeckende Weiterverrechnung an die kantonalen Nutzer (Investition/Amortisation, Verzinsung, Unterhalt und Bewirtschaftung)

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert, in %	A1	3.4	2	3.1	1.1	
W1	Baulicher Zustandswert	A1	0.74	0.77	0.74	-0.03	-3.90
W2	Werterhaltungsindex, in % (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	81.8	50	73.0	23.0	

Bemerkungen

B1, W1, W2 Derzeit befinden sich nur wenige Neubauprojekte in der Realisierung. Entsprechend wurde der Grossteil der Investitionen im Berichtsjahr in werterhaltende Massnahmen eingesetzt, wodurch der Zustandswert gehalten werden konnte.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 6.2a Der Ausbau von Ladeinfrastruktur kantonalen Liegenschaften für elektrische Dienstfahrzeuge wird systematisch vorangetrieben (gemäss Umsetzungskonzept Lade-stationen).

Ende des Berichtsjahres waren 297 E-Ladestationen an 90 Standorten in Betrieb. Diese wurden über den Rahmenvertrag «Beschaffung und Bewirtschaftung von Ladestationen für die E-Mobilität» beschafft. Weitere 41 E-Ladestationen wurde bestellt oder in Planung. Die Ladeinfrastruktur wird bedarfsgerecht an Standorten ausgebaut, bei denen elektrische Dienst- oder Betriebsfahrzeuge für die kantonale Verwaltung geplant oder beschafft wurden. Künftig wird der Schwerpunkt des Ausbaus von E-Ladestationen auf den fünf Verkehrsstützpunkten der Kantonspolizei und dem Polizei- und Justizzentrum Zürich liegen.

Stand bis
Planmässig 2027

BD 7.10a In kantonseigenen Gebäuden werden fossile Energieträger systematisch durch erneuerbare ersetzt.

Über 60% der beheizten Flächen in kantonalen Gebäuden nutzen erneuerbare Energien. Während bei Neubauten und Umbauten CO₂-neutrale Energiesysteme erfolgreich umgesetzt wurden, besteht im Gebäudebestand weiterhin dringlicher Handlungsbedarf. Die Verzögerung ist zurückzuführen auf fehlendes Personal und fehlende finanzielle Mittel. Zudem ist der Anteil an Fernwärme hoch und viele Fernwärmebetreiber planen die CO₂-Neutralität erst zu einem späteren Zeitpunkt. Die übrigen Wärmeerzeuger im Bestand wurden bereits identifiziert und priorisiert; entsprechende Investitionen zur Dekarbonisierung sind geplant.

Verzögert 2027

BD 7.10b Der selbst produzierte Strom wird durch den Bau und Einsatz von Photovoltaikanlagen im kantonalen Immobilienbestand substanziell erhöht.

Ende des Berichtsjahres waren auf den kantonalen Immobilien 92 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 7710 kW installiert. Der damit geplante jährliche Ertrag beträgt rund 7,0 GWh. Der Leistungszuwachs im Berichtsjahr betrug gegenüber dem Vorjahr mehr als 10%. Der Zubau der Solaranlagen erfolgt bei laufenden und neuen Bauprojekten. Die jährliche Zunahme ist somit abhängig von den einzelnen Projekten sowie deren Dach- und Fassadenflächen.

Planmässig 2027

BD 7.12c Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.

Die Bewirtschaftungsaufträge wurden mit dem integrierten Vertragsbestandteil der Richtlinie naturnahe Umgebungspflege von allen Betreiberorganisationen unterzeichnet. Die erste Auswertung Ende des Berichtsjahres hat gezeigt, dass die Betreiberorganisationen die Liegenschaften hinsichtlich des entsprechenden Potenzials analysiert haben. Der Grossteil der Betreiberorganisationen hat eine einfache Umsetzung initiiert. Von einigen Betreiberorganisationen wird die Richtlinie bereits flächendeckend umgesetzt.

Planmässig 2027

BD 10.2b Ein zukunftsfähiges Konzept für neue Arbeitswelten wird in Zusammenhang mit dem Projekt Erneuerung eZV erarbeitet und in ersten Pilotprojekten getestet.

Das Konzept Neue Arbeitswelten wurde mit RRB Nr. 1384/2023 für das Projekt Walche Zürich und dessen Rochadegebäude festgesetzt. Die Zollstrasse 36 ist eines der Rochadegebäude, in dem die Neuen Arbeitswelten pilotiert werden. Es wird ab 2026 von vier Bereichen aus zwei Direktionen bezogen. 2027 erfolgt der Umzug weiterer Ämter in das zweite Rochadegebäude an der Zeughausstrasse 11. Die Erkenntnisse beider Pilotprojekte werden in das Projekt Walche Zürich zurückfliessen. Mitarbeitende aller betroffenen Ämter werden in einem sorgfältigen Change-Management-Prozess auf das Arbeiten in den Neuen Arbeitswelten vorbereitet.

Planmässig 2027

BD 10.2c Im Rahmen der «Digitalen Verwaltung» wird die zentrale Beratungs- und Koordinationsdienstleistung für Vorhaben der Direktionen zur Erneuerung/Transformation von Arbeitswelten im Bestand (innerhalb und ausserhalb der eZV) aufgebaut.

Für den Bereich Workplace Management konnte im Berichtsjahr eine Stelle besetzt werden. Der Schwerpunkt liegt im Aufbau auf dem Datenmanagement, der Erhebung und der Datenanalyse. Die zweite bewilligte Stelle soll planmässig im Verlauf des Jahres 2026 besetzt werden.

Planmässig 2027

BD 10.2e Ein zentrales Angebot an Dienstleistungen der Immobilienbewirtschaftung von Büro-/Verwaltungsbauten wie z.B. Normmobiliar, Umzug, ICT für Sitzungsräume usw. wird konzipiert, getestet und entsprechend den Erkenntnissen sowie im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Ressourcenschonung eingeführt.

Das Pilotprojekt Flächenmanagement Zoll- und Zeughausstrasse bezweckt einen auf die Neuen Arbeitswelten abgestimmten Gebäudebetrieb, wonach das Immobilienamt die Verantwortung für verschiedene Services und die Ausstattung übernimmt. Im Berichtsjahr wurde der Leistungsumfang der Betriebsorganisation umgestellt. Das erste Gebäude an der Zollstrasse 36 wurde löffelfertig ausgestattet. Dabei wurden technologische Neuerungen in Betrieb genommen wie Teams Rooms, eine Belegungsmessung, elektronische Türschilder und Infoscreens. Ein Verteilschlüssel für die Verrechnung wurde implementiert. Neben dem Umzug in die Zollstrasse lief die Beschaffung der Ausstattung Zeughausstrasse, wofür die vorhandene Ausstattung möglichst umfassend und zweckmässig wieder verwendet wird.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25plus	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	496.5	499.8	0.0	0.0	499.8	519.7	19.9	4.0
Aufwand	-541.2	-523.0	0.0	0.0	-523.0	-628.6	-105.6	-20.2
Saldo	-44.7	-23.1	0.0	0.0	-23.1	-108.8	-85.7	-370.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25plus	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	15.1	10.7	0.0	0.0	10.7	19.4	8.7	81.4
Ausgaben	-308.3	-319.0	0.0	0.0	-319.0	-294.4	24.6	7.7
Saldo	-293.1	-308.3	0.0	0.0	-308.3	-275.0	33.3	10.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-85.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
-1.1	A1	- Höhere Abschreibungskosten bei Denkmälern infolge von Bauprojekten
-1.4	A1	- Höhere Unterdeckung bei den Nebenkosten infolge höherer Leerstände aufgrund von Bauprojekten
-82.9	A1	- Unterdeckung bei den Raumkosten aufgrund höherer Abschreibungen aus Bauprojekten, die vorwiegend aus einer Anpassung der Praxis betreffend den Aktivierungszeitpunkt von Projektkosten resultieren
-0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	10.7	19.4	8.7	
- JI, Hochbau (87G-10004)	10.7	13.8	3.1	
- BD, Hochbau (87G-10003)	0.0	0.2	0.2	
- BI, Hochbau (87G-10005)	0.0	4.9	4.9	
- DS, Hochbau (87G-10007)	0.0	0.3	0.3	
- Übrige	0.0	0.2	0.2	
Ausgaben total	-319.0	-294.4	24.6	
- BD, KG Rathaus Zürich, Instandsetzung und Provisorium (87G-13700)	-0.5	-0.1	0.4	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BD, ZV BD, Gesamtanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (87G-13723)	-18.0	-17.7	0.3	- Inbetriebnahme ist im Berichtsjahr erfolgt.
- BD, KG Kirche Grossmünster, Instandsetzung + Optimierung (87G-13785)	-2.4	-1.8	0.6	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BD, Zürich eZV, Walche Zürich, Erneuerung (87G-45362)	-0.1	0.0	0.1	
- BD, Schloss Laufen, Gesamtinstandsetzung (Schloss und Technikzentrale/Besucherzentrum) (87G-45585)	-3.0	0.0	3.0	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BI, BFSW, Neubau Tössstalstrasse - (87G-12725)	-27.5	-14.0	13.5	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BI, Winterthur, Kantonsschule Rychenberg Instandsetzung (inkl. Prov.) (87G-13177)	-1.5	-0.9	0.6	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, Uetikon am See, Kantons-, Berufsfachschule und Park, Neubau (CU-Areal) (87G-13216)	-1.9	-2.7	-0.8	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BI, BiZE, Alte Militärkaserne, Gesamtinstandsetzung und Umbau (87G-13666)	-29.0	-9.5	19.5	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BI, ZV, Gesamtanierung/Umbau Ausstellungsstrasse 88 (87G-13934)	-10.6	-12.1	-1.5	- Projekt gegenüber ursprünglicher Planung verzögert
- BI, ZHAW_WIN_CT_Laborneubau TL und TT (1. Etappe) (87G-27669)	-20.8	-25.2	-4.4	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, Wädenswil, ZHAW Reidbach Shedhalle Gesamtnutzung MAB (87G-27700)	-16.3	-13.0	3.3	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, Zürich KS Freudenberg/Enge, Gesamtinstandsetzung (87G-45134)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Zürich, Berufsschule für Detailhandel (DHZ), Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (87G-45259)	-1.5	-0.5	1.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, Winterthur, Berufsbildungsschule, Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (87G-45268)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KFR/KEN, Instandhaltung Stammareal & Ersatz fossile Heizung (87G-45440)	-7.8	-5.6	2.2	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, KST FDÜ, Filiale Dübendorf, Provisorium Empa (87G-45455)	-22.2	-26.4	-4.2	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, Au, Pädagogische Hochschule Zürich Instandsetzung verschiedener Gebäude (87G-45631)	-0.5	0.0	0.5	- Vorstudienphase vor Kurzem abgeschlossen
- BI, Zürich, Kantonsschule Rämibühl, Gesamtinstandsetzung (87G-45739)	-4.3	-7.4	-3.1	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert

Baudirektion
Leistungsgruppe 8750

- BI, KZN, Gesamtinstandsetzung (87G-72010)	-37.0	-32.0	5.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, KSL, Erweiterungsneubau und Umnutzung Bestand (87G-72021)	-1.4	-4.4	-3.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, BBZ, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter II, Ersatzneubau Baugewerbliche Berufsschule (87G-77049)	-2.2	-1.7	0.5	- Projektabschluss bevorstehend
- BI, Dietikon, Bildungszentrum Limmattal, Gesamtinstandsetzung (87G-77071)	-6.9	-4.0	2.9	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BI, GBW, Gesamtinstandsetzung (87G-77088)	-7.9	-8.5	-0.6	- Projektabschluss bevorstehend
- DS, Kapo, Oberrieden Seepolizei Gesamtinstandsetzung (87G-13043)	-4.7	-0.7	4.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- DS, Kloten, Sozialamt, Ersatzneubau Asyl (87G-45350)	0.0	0.0	0.0	
- JI, BA Pfäffikon Umbau-Erweiterung Sicherheitsabteilung Gefängnis + Instandsetzung BA (87G-45016)	-21.0	-26.0	-5.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- JI, Regensdorf, Pöschwies, JVA PÖW JVA+ (87G-45283)	-1.0	0.0	1.0	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- JI, Zürich-Kloten, Flughafengefängnis Umbau Vollzug ausländerrechtliche Administrativhaft (87G-45405)	-15.5	-2.6	12.9	- Termin- und Kostenplanung aktualisiert
- BD, Hochbau (87G-10003)	-20.6	-13.4	7.2	
- JI, Hochbau (87G-10004)	-32.8	-18.0	14.8	
- BI, Hochbau (87G-10005)	-41.9	-37.0	4.9	
- DS, Hochbau (87G-10007)	-11.9	-7.3	4.6	
- Übrige	53.7	-1.9	-55.6	

8800 Amt für Landschaft und Natur

Das Normkonzept für das neue kantonale Landwirtschaftsgesetz wurde erarbeitet und die Gesetzgebungsarbeit gestartet. Das öffentliche Konsultationsverfahren für den Waldentwicklungsplan WEP2025+ wurde eröffnet. Für den Staatswald wurde der Leistungsauftrag aktualisiert und die Eigentümerstrategie für den kantonalen Anteil an der ZürichHolz AG überarbeitet. Die Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur wurde weiterbearbeitet und die Projekte WEP2025+ sowie die Gewässerraumausscheidung ausserhalb Bauzonen wurden damit koordiniert. Für die regionale Naturschutzverordnung Zimmerberg / Knonauer Amt wurde der Entwurf erstellt. Das Projekt für die Fachgrundlage Landwirtschaft ist gestartet. Diese soll das landwirtschaftliche Produktionspotenzial im Kanton aufzeigen.

Der Bericht Fischereimanagement 2026+ wurde den Stakeholdern vorgestellt und die Umsetzung vorangetrieben. Das Entschädigungsreglement für Schäden durch Wildschweine wurde in Rücksprache mit der Landwirtschaft aktualisiert. Der Massnahmenplan Bodenschutz wurde fertiggestellt. Für den Umgang mit durch Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) belastetem Boden wurden in enger Absprache mit dem Bundesamt für Umwelt Konzeptarbeiten gestartet. Die Beratungsfachleute am Strickhof haben das freiwillige Monitoring der Zürcher Landwirtschaft zu allfälligen PFAS-Nachweisen in der Milch unter der Leitung des Kantonalen Labors Zürich unterstützt. Der Ausbildungs- und Versuchsbetrieb des Strickhofs konnte am Standort Uitikon mit Forschungspartnern erste Versuche für nachhaltige Produktionsverfahren starten.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Schülertage (Grundausbildung)	A1	119984	130000	116461	-13539	-10.4
L2	Strickhof: Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	37446	40000	38537	-1463	-3.7
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume, in ha (Zielwert)	A3	3351	3450	3352	-98	-2.8
L4	Naturschutz: Bewirtschafteter Naturschutzflächen	A3	1595	1625	1599	-26	-1.6
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Boden, in % (Zielwert)	A4	74	75	74	-1	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischereipatente	A3	13910	12500	13091	591	4.7
L9	Landwirtschaft: Bearbeitete Direktzahlungskategorien-Einheiten pro Vollzeitstelle	A1	50837	62000	52177	-9823	-15.8
L10	Landwirtschaft: Für das ARE geprüfte Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone	A1	254	280	284	4	1.4
L11	Wald: Gepflegte Waldfläche, in ha (Zielwert)	A2	2731	2600	2739	139	5.3
L12	Bodenschutz: Saldo bewilligter baulich bedingter Verluste und Gewinne an Fruchtfolgeflächen, in ha (Zielwert)	A4	49	0	30	30	
L15	Landwirtschaft: Beurteilte und subventionierte landwirtschaftliche Bauprojekte	A1	51	50	116	66	132.0
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad, in %	A3	62	65	61	-4	
B4	Wald: Kantonaler Beitrag pro ha mit Fördermitteln unterstützte Waldfläche, in Fr.	A2	1523	1600	1643	43	2.7
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen, in %	A1	93	85	90	5	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	106	105	99	-6	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	86	95	78	-17	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände, Anzahl Rehwild	A3	12163	12000	11491	-509	-4.2
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten, in %	A3	55	63	57	-6	
W9	Bodenschutz: Bestand an Fruchtfolgeflächen, in ha	A4	44604	44400	44614	214	0.5
W10	Strickhof: Anteil Betriebsübernahmen durch Betriebsleitende mit Grundbildung oder beruflicher Weiterbildung am Strickhof, in %	A1	48	65	36	-29	

Bemerkungen

- L1 Die Abweichung des Indikators ist auf weniger Lernende in der Grundbildung Gärtnerin EFZ / Gärtner EFZ und in der Berufsmittelschule Lebensmitteltechnologin EFZ / Lebensmitteltechnologe EFZ zurückzuführen.
- L9 Der weiterhin hohe Arbeitsaufwand pro Direktzahlungskategorie führte dazu, dass pro Vollzeitstelle weniger Einheiten bearbeitet werden konnten. Hauptursache für den hohen Arbeitsaufwand waren die zusätzlichen Programme, die durch die parlamentarische Initiative 19.475 auf Bundesebene im Jahr 2023 eingeführt wurden. Die IT-Systemumstellung von Agricola zu LAWIS plus erforderte zudem zusätzliche Ressourcen.
- L12 Der aussergewöhnlich hohe Wert ist auf Bodenaufwertungen auf Landwirtschaftsflächen und auf einen bewilligten Gestaltungsplan von einem Kiesabbaugebiet zurückzuführen, die zu einem bedeutenden Gewinn an Fruchtfolgeflächen geführt haben.
- L15 Es konnte ein Anstieg der Anzahl Bauprojekte für Batteriespeicher und Solaranlagen verzeichnet werden.
- W2 Der hohe Anteil gut erhaltener Meliorationen ist darauf zurückzuführen, dass die Kontrollen mit Abnahmen oder Startbegehungen von Tiefbauprojekten kombiniert werden. Dadurch werden vermehrt Unterhaltsgenossenschaften kontrolliert, die ihre Anlagen aktiv unterhalten.
- W3 Aufgrund niedriger Marktpreise für den Rohstoff Holz ist die Holznutzung im Privatwald zurückgegangen.
- W4 Die Holznutzung im öffentlichen Wald ist weiter zurückgegangen, um die Übernutzung infolge von Sturmereignissen und Schädlingsbefall in den Vorjahren zu kompensieren.
- W8 Der Indikator zeigt im Berichtsjahr eine leichte Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch verbleibt eine Lücke zum angestrebten Zielwert, weil nicht ausreichend grosse und qualitativ hochwertige Flächen für die Natur gesichert werden konnten.
- W10 Der Trend aus den Vorjahren setzte sich fort. Ursachen waren insbesondere die vielfältigen Bildungswege, die hohe Zahl der Quereinsteigenden sowie Absolvierenden der landwirtschaftlichen Ausbildung aus anderen Kantonen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7e Eine kantonale Biodiversitätsstrategie erarbeiten, um dem Verlust von Arten und Biotopen in Zusammenarbeit von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau und Raumplanung entgegenzuwirken.

Die Fachgrundlage ökologische Infrastruktur, das Fundament der Biodiversitätsstrategie, wurde erarbeitet. Das Projekt ist aufgrund der Komplexität und der erforderlichen Abstimmungen mit anderen Projekten leicht verzögert.

Stand bis

Verzögert 2026

RRZ 7f Das kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, um ergänzend zur Bundesagrarpolitik eine nachhaltige, klimaresiliente Zürcher Landwirtschaft zu fördern.

Im Berichtsjahr wurde das Normkonzept erarbeitet und die Gesetzgebungsarbeiten gestartet.

Planmässig 2027

RRZ 7g Den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes umsetzen und die Kompensationspflicht im kantonalen Richtplan sowie im Planungs- und Baugesetz regeln.

Der Sachplan Fruchtfolgeflächen wird umgesetzt. Der Regierungsrat hat die Anpassungen des Richtplantexts (RRB Nr. 262/2025) und des Planungs- und Baugesetzes an den Kantonsrat überwiesen (RRB Nr. 1126/2025 sowie Vorlage 6057).

Abgeschlossen 2025

BD 7.3g Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.

Das Thema wird im Rahmen der Revision des Landwirtschaftsgesetzes bearbeitet. Auf ein eigenes Projekt wird verzichtet.

Verzichtet 2027

BD 7.3h Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und der neue kantonale Waldentwicklungsplan WEP2025+ liegt vor.

Die Waldbaustrategie liegt vor; für den Waldentwicklungsplan WEP2025+ startete das öffentliche Konsultationsverfahren. Das Projekt ist aufgrund der zahlreichen Rückmeldungen aus der internen Vernehmlassung leicht verzögert.

Verzögert 2025

BD 7.3i Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.

Die Erkenntnisse flossen im Berichtsjahr in den fertiggestellten Massnahmenplan Bodenschutz ein.

Abgeschlossen 2025

BD 7.4i Ein kantonaler «Massnahmenplan Bodenschutz» liegt vor: Die Massnahmen zum Schutz der Ressource Boden stehen fest, sind priorisiert und der Umsetzungsplan liegt vor.

Der Massnahmenplan liegt vor und wird Anfang 2026 öffentlich zugänglich gemacht.

Abgeschlossen 2025

BD 7.8e Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Kiesgrubenauffüllung, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Deponien festgelegt.

Ein Schlussbericht liegt vor. Die Erkenntnisse flossen in den im Berichtsjahr fertiggestellten Massnahmenplan Bodenschutz ein.

Abgeschlossen 2025

BD 7.12d Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet; erste Projekte konnten realisiert werden.

In den Pilotgebieten zweier Wildtierkorridore wurden umfassende Beratungen zum Förderprogramm Ökologische Aufwertungsmassnahmen in Wildtierkorridoren durchgeführt. Im Rahmen der Beurteilung von Grossprojekten und Baubewilligungsverfahren konnten bereits einige Ausgleichs- und Verbesserungsmassnahmen innerhalb von Wildtierkorridoren projektiert werden. Aufgrund der Programmvereinbarungsgelder des Bundes wurde die Planung optimiert und die nationalen Wildtierkorridore priorisiert. Zudem verläuft das Projekt zur Reduktion von Bewegungshindernissen auf Kantonsstrassen planmässig.

Planmässig 2027

BD 7.12e Massnahmen zur Wiederherstellung von artenreichen Lebensräumen, u.a. Potenzialflächen für Feuchtgebietsregenerationen sind umgesetzt und eine funktionsfähige ökologische Infrastruktur ist geplant.

Die Fachgrundlage ökologische Infrastruktur wurde im Entwurf erarbeitet.

Planmässig 2027

BD 7.12f Zur wirksamen Umsetzung der ökologischen Infrastruktur ist die Pflicht zum ökologischen Ausgleich innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes im Planungs- und Baugesetz verankert (Reaktion auf PI KR-Nrn. 395/2019 und 368/2020).

Aufgrund der Entscheide in der zuständigen Kommission für Planung und Bau wurde das Vorhaben sistiert.

Sistiert 2027

BD 8.1a Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonaler Strategien (u.a. «Klimastrategie», «Leitbild nachhaltige Ernährung»), der Umweltziele Landwirtschaft des Bundes und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik weiterentwickelt.

Am Standort Uitikon wurden durch den Strickhof mit Forschungspartner erste Versuche neuer nachhaltiger Produktionsmethoden gestartet.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
391.0	393.3	388.4	-4.9	-1.2

Bemerkungen R25 zu B25

-4.9 Der Fachkräftemangel verzögerte die Wiederbesetzungen, insbesondere im Bereich Ausbildungs- und Versuchsbetrieb am Strickhof.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	214.9	218.0	0.0	0.0	218.0	217.7	-0.3	-0.1
- Durchlaufende Beiträge	149.7	153.0	0.0	0.0	153.0	150.2	-2.8	-1.8
Aufwand	-276.9	-283.0	0.0	-0.5	-283.6	-281.8	1.8	0.6
- Durchlaufende Beiträge	-149.7	-153.0	0.0	0.0	-153.0	-150.2	2.8	1.8
Saldo	-62.0	-65.1	0.0	-0.5	-65.6	-64.0	1.5	2.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	2.7	3.6	0.0	0.0	3.6	2.7	-0.9	-24.6
Ausgaben	-10.1	-12.8	0.0	-0.5	-13.3	-12.6	0.6	4.7
Saldo	-7.4	-9.2	0.0	-0.5	-9.7	-9.9	-0.3	-2.7

Baudirektion

Leistungsgruppe 8800

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.1	A2, A3, A4	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter insbesondere im Bereich Schutzverordnungen, Wald und Bodenschutzprojekten
0.6	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand Staatsbeiträge Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft
0.5	A1, A2	- Tiefere Abschreibungen
0.4	A1	- Ausserordentliche Einnahmen Dritte für die Bekämpfung Schadorganismen
0.4	A2	- Höhere Einnahmen Bund bezüglich Programmvereinbarung Waldpflege
0.2	A3	- Höherer Ertrag aus Übertrag Natur- und Heimatschutzfonds für Beteiligung an Naturschutzprojekten
0.2	A1	- Höhere Einnahmen Verrechnung Mittelschul- und Berufsbildungsamt
0.1	A1	- Geringerer interner Informatikaufwand
-0.5	A3	- Höhere Einlage Wildschadenfonds
-0.6	A1	- Höherer Sachaufwand für die Bekämpfung von Schadorganismen
-0.8	A1	- Geringere Erträge bei Schul- und Kursgeldern sowie Verkäufen im Bereich Bildung
-1.1	A1, A2, A3, A4	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024, höhere Lohnkosten für Lehrpersonal im Bereich Bildung sowie für temporäre Anstellungen
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.6	2.7	-0.9	
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	3.0	1.1	-1.9	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen landwirtschaftliche Meliorationen und landwirtschaftliches Bauen
- Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.6	0.4	-0.2	- Tiefere Rückzahlungen
- Einnahmen aus Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge und Darlehen	0.1	0.1	0.0	
- Einnahmen aus Abgang immaterielle Anlagen	0.0	1.1	1.1	- Umbuchung von Kompensationsrechten für Fruchtfolgeflächen (FFF) vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	
Ausgaben total	-13.3	-12.6	0.6	
- Ausgaben Sachanlagen und immaterielle Anlagen	-4.2	-3.5	0.7	- Vorgesehene Projekte im Bereich Bildung konnten im Berichtsjahr nicht realisiert werden.
- Ausgaben Darlehen	-0.1	-0.3	-0.2	- Zusätzliches Darlehen im Bereich Forstwirtschaft. Finanzierung durch Bund, daher saldoneutral gemäss RRB Nr. 288/2024, einnahmenseitig über die Investitionsrechnung technisch nicht abbildbar
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-7.6	-4.2	3.4	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaft sowie Jagdverwaltung
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3.0	-1.1	1.9	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen landwirtschaftliche Meliorationen und landwirtschaftliches Bauen
- Ausgaben Beteiligungen	0.0	-3.5	-3.5	- Zusätzlicher Aktienkauf im Rahmen der Kapitalerhöhung der Widstud Jagd- und Sportschiessanlage AG gemäss RRB Nr. 305/2025
- Übrige	1.6	0.0	-1.6	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-245818	14221	0	-231597	14221

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Teamentwicklung

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Die erste Version der Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur steht kurz vor dem Abschluss. Sie zeigt auf, was die Natur im Kanton braucht, damit die biologische Vielfalt und die wichtigen Ökosystemfunktionen auch in Zukunft erhalten bleiben. Zur weiteren Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts wurden Moore bei den Katzensseen in der Stadt Zürich, der Drumlinlandschaft in Wetzikon und in Affoltern am Albis sowie hochwertige Trockenwiesen in Hüntwangen und Weiach wiederhergestellt.

Das Berichtsjahr war das letzte Jahr der Pilotphase des Programms Vielfältige Zürcher Gewässer. Es befanden sich knapp 100 Gesuche in Abwicklung, wodurch erstmals Beiträge von über 1 Mio. Franken ausgeschüttet werden konnten. Weiter wurde an den Beitragsvoraussetzungen für Stehgewässer, Unterhalt und Pflege gearbeitet.

Im Zusammenhang mit dem Freiraumkonzept Fil Bleu wurde das Projekt Fluss-Stadtpark Glattpark von Opfikon unterstützt. Ferner wurden Mehraufwendungen für eine Pflasterung im historischen Zentrum von Pfäffikon sowie die Erarbeitung eines Leitbilds für die Altstadt von Elgg mitfinanziert, beides Gemeinden mit einem schützenswerten Ortsbild von überkommener Bedeutung.

Bei rund 150 Objekten wurden Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen zur Denkmalpflege durchgeführt. Im Industrieensemble Neuthal wurden bauliche Ertüchtigungsarbeiten gestartet.

Zahlreiche archäologische Rettungsgrabungen, Sondierungen und Baubegleitungen wurden durchgeführt. Ein Schwerpunkt mit drei Rettungsgrabungen lag dabei in Oberwinterthur.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1 Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1595	1625	1599	-26	-1.6
L3 Archäologische Projekte	A1	204	210	197	-13	-6.2
L4 Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	3	4	4	0	0.0

Bemerkungen

L3 Im Berichtsjahr beanspruchten die Massnahmen für grosse archäologische Vorhaben mehr Ressourcen als geplant.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	12.2	14.8	14.1	-0.7	-4.7
Fondsbestand	-42.7	-41.9	-55.9	-13.9	-33.3
Finanzierung	30.5	27.1	41.8	14.6	54.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	73.6	72.2	0.0	0.0	72.2	75.4	3.2	4.5
- Übertrag vom GS (LG 8000)	50.0	55.0	0.0	0.0	55.0	55.0	0.0	0.0
- Durchlaufende Beiträge	10.3	9.8	0.0	0.0	9.8	10.4	0.5	5.5
- Bundesbeiträge	8.8	5.3	0.0	0.0	5.3	6.6	1.3	24.9
Aufwand	-56.4	-72.9	0.0	0.0	-72.9	-62.2	10.7	14.7
- Abschreibungen und Zinsen	-2.4	-7.9	0.0	0.0	-7.9	-3.4	4.6	57.6
- Durchlaufende Beiträge	-10.3	-9.8	0.0	0.0	-9.8	-10.4	-0.5	-5.5
Saldo	17.2	-0.7	0.0	0.0	-0.7	13.2	13.9	1887.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-3.2	-9.3	0.0	-1.5	-10.8	-5.2	5.6	52.2
Saldo	-3.2	-9.3	0.0	-1.5	-10.8	-5.2	5.6	52.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.9		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
8.3	A1	- Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts, hauptsächlich da grössere Aufwertungsprojekte aus externen Gründen nicht realisiert werden konnten (+3.2 Mio.), weniger Subventionsgesuche als erwartet eingegangen sind (+2.7 Mio.), die Beiträge vom Bund für die Programmvereinbarung 2025–2028 nachträglich erhöht wurden (+1.3 Mio.) sowie verschiedene andere höhere Erträge erzielt wurden.
4.4	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Denkmalpflege, vor allem infolge weniger Kapitalfolgekosten aufgrund geringerer Hochbauinvestitionen
1.1	A1	- Geringere Beiträge im Bereich Renaturierung, da die Gesuchszahl nur leicht stieg, die Höhe der Beiträge meist gering bis mittel war und Vorhaben mit hohen Beiträgen verzögert waren.
0.5	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, vor allem infolge geringerer Staatsbeiträge an Gemeinden sowie geringerer Kapitalfolgekosten aufgrund von weniger Investitionsbeiträgen
0.1	A1	- Höherer Zinsertrag infolge höheren Fondskapitals
-0.5	A1	- Höherer Nettoaufwand im Bereich Archäologie aufgrund von grösseren Rettungsgrabungen
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-10.8	-5.2	5.6	
- Fabrikensemble Neuthal, Bäretswil, Instandsetzung und Anpassungen Museumsareal	-5.1	-1.3	3.8	- Das Bauprojekt verzögerte sich unter anderem aufgrund der Komplexität des Vorhabens sowie der umfangreichen und aufwendigen Interessenabwägungen
- Übrige	-5.7	-3.9	1.8	

8930 Mehrwertausgleichsfonds

Im Berichtsjahr konnten einige Einnahmen aus Einzonungen verbucht werden. Beiträge an Auszonungen und an raumplanerische Massnahmen konnten noch keine finanziert werden, da der Fonds noch nicht über entsprechende Mittel verfügt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Entschädigungen bei Auszonungen und Massnahmen der Raumplanung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Anträge für Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	5	3	-2	-40.0
L2	Bearbeitete Anträge für Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	0	0	0	
W1	Summe der ausgerichteten Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	0	0	0	
W2	Summe der ausgerichteten Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	0	0	0	

Bemerkungen

L1 Im Berichtsjahr sind drei Anfragen/Gesuche für Entschädigung Auszonung eingegangen.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	1.2	1.3	1.2	-0.1	-10.5
Finanzierung	-1.2	-1.3	-1.2	0.1	10.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	1.6	0.0	0.0	1.6	0.6	-1.0	-62.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.1	0.0	0.0	0.1		-0.1	-100.0
Aufwand	-1.0	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-0.6	1.0	62.0
- Einlage in Bestandeskonto	-0.3					-0.1	-0.1	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.8	A1	- Tieferer Sachaufwand, insbesondere Dienstleistungen Dritter für Schätzungen und Fachgutachten
0.2	A1	- Tieferer interner Aufwand, insbesondere tiefere Notariatsgebühren sowie geringere Personalkosten
-0.1	A1	- Höhere Einlage in den Fondsbestand
-0.9	A1	- Tiefere Einnahmen Mehrwertabgabe
0.0		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für die Erhaltung von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. Unter anderem sind Beiträge geleistet worden an die Sanierung des ehemaligen Spinnereigebäudes in Seegräben, die Restaurierung der Badeanlage

Oskar Reinhart in Winterthur und die Instandsetzung des Wasserrads der ehemaligen Eichmühle in Hettlingen. An zwölf kulturhistorische Organisationen wurden Betriebsbeiträge ausbezahlt.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Beiträgen
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1 Zusicherungen von Beiträgen	A1	41	50	47	-3	-6.0

Fonds

Anlagevermögen	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	-41.8	-40.0	-48.2	-8.2	-20.5
Finanzierung	41.8	40.0	48.2	8.2	20.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10.6	11.0	0.0	0.0	11.0	12.9	1.9	17.2
- Übertrag Swisslos	10.6	9.2	0.0	0.0	9.2	12.9	3.7	40.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.8	0.0	0.0	1.8		-1.8	-100.0
Aufwand	-10.6	-11.0	0.0	0.0	-11.0	-12.9	-1.9	-17.2
- Staatsbeiträge	-1.4	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.4	0.6	29.5
- Abschreibungen und Zinsen	-3.9	-9.0	0.0	0.0	-9.0	-5.1	3.9	43.7
- Einlage in Bestandeskonto	-5.4					-6.4	-6.4	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.3	2.5	0.0	0.0	2.5	0.7	-1.8	-73.4
Ausgaben	-4.2	-10.2	0.0	0.0	-10.2	-5.7	4.4	43.5
Saldo	-3.9	-7.7	0.0	0.0	-7.7	-5.1	2.6	33.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.9	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge an Private für die Sanierung denkmalgeschützter Liegenschaften
3.7	A1	- Höherer Übertrag aus den Einnahmen von Swisslos
0.6	A2	- Geringere Ausrichtung von Betriebsbeiträgen an kulturhistorische Organisationen
-1.8	A1	- Keine Entnahme aus Fondsbestand
-6.4	A1	- Einlage in den Fondsbestand
0.0		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Mobile Sammlungen von Sonderabfällen (Zielwert)		293	295	295	0	0.0
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		0.9	0.9	0.9	0.0	0.0
W1	Gesamelte Menge Sonderabfall, in t		284	250	279	29	11.6
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen		34472	30000	33470	3470	11.6

Fonds

Anlagevermögen	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	-2.5	-2.4	-2.5	0.0	-7.3
Finanzierung	2.5	2.4	2.5	0.2	7.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.5	1.5	0.0	0.0	1.5	1.5	-0.0	-1.1
- Abgaben von Gemeinden	1.4	1.5	0.0	0.0	1.5	1.4	-0.0	-1.2
Aufwand	-1.4	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-1.4	0.2	12.0
- Beiträge an Betriebe	-0.8	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.8	0.0	3.4
Saldo	0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.1	0.2	165.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.2	A1	- Tieferer Aufwand für Sammlungen
0.0		- Übrige Abweichungen

8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 17 Deponien mit einem Gesamtvolumen von rund 17 Mio. m³ (verfüllt und leer) angeschlossen. Für 5,3 Mio. m³ davon trägt der Deponiefonds das Risiko für die Sanierungspflicht. Für den Rest liegt das Risiko bei den Deponiebetreibern bis zur Übernahme durch den Fonds.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-42.2	-43.2	-43.6	-0.4	-1.0
Finanzierung	42.2	43.2	43.6	0.4	1.0

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.2	1.0	0.0	0.0	1.0	1.4	0.4	38.3
- Beiträge von Deponiebetreibern	1.2	1.0	0.0	0.0	1.0	1.4	0.4	38.3
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand								
- Entnahme aus Bestandeskonto								
Aufwand	-1.2	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-1.4	-0.4	-38.3
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.4	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-1.4	-0.4	-45.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-0.9	-0.9	-0.9	0.0	0.3
Finanzierung	0.9	0.9	0.9	-0.0	-0.3

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	59.3
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand								
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	59.3
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-59.3
- Einlage in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ausgaben								
Saldo								

8980 Wildschadenfonds

Die gezielte Bejagung im Berichtsjahr trug dazu bei, die Wildschweinpopulation zu stabilisieren. Die Bestandszahlen aus den Revieren bestätigen, dass die Population ungefähr dem Vorjahresniveau entspricht. Auch die durch Wildschweine verursachten Schäden blieben auf einem vergleichbaren Stand.

Deutlich zugenommen hat jedoch das Interesse der Landwirtinnen und Landwirte, ihre Kulturen vor Wildschäden zu schützen. Entsprechend stiegen die kantonalen finanziellen Beiträge für Schutzmaterialien und deren Instandhaltung im Berichtsjahr spürbar an.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1	Vergütete Wildschadenfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	607	550	577	27	4.9
L2	Bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	201	90	356	266	295.6
L3	Bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	9	20	7	-13	-65.0
B2	Kosten pro Wildschadenfall, in Fr.	A1	687	600	786	186	31.0
W1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden, in Fr.	A1	416868	350000	453383	103383	29.5

Bemerkungen

- L1 Die weitere Ausbreitung der Wildschweine erhöht das Risiko von Wildschadenfällen.
- L2 Aufgrund der zunehmenden Ausbreitung von Wildschweinen in den südlichen Regionen des Kantons stieg der Bedarf an Verhütungsmassnahmen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Gesuche um Vergütung von Unterhaltsaktionen auch in den nördlichen Gebieten weiter zu.
- L3 Die Zahl der eingereichten Projekte lag unter den Erwartungen.
- B2 Die Kosten sind von der Art der geschädigten Kultur abhängig. Im Berichtsjahr waren mehrheitlich teure Kulturen betroffen, was zu höheren Wildschadenkosten führte. Zusätzlich fiel die Kostenbeteiligung von Jagdgesellschaften bei Vogelschäden weg.
- W1 Der Aufwand erhöhte sich aufgrund der höheren Vergütung pro Schadenfall und des Wegfalls der Bagatellschadengrenze.

Fonds

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-1.6	-1.5	-1.5	0.0	1.1
Finanzierung	1.6	1.5	1.5	-0.0	-1.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.8	0.6	0.0	0.0	0.6	1.2	0.5	83.0
- Erträge aus Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	11.8
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.0	-43.2
- Übertrag aus ALN (LG 8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.7	0.5	0.0	0.0	0.5	1.0	0.5	100.0
Aufwand	-0.9	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-1.3	-0.5	-71.3
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.7	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-1.1	-0.5	-90.2
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (LG 8800)	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.2	-0.0	-1.5
Saldo	-0.0	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-13.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite*
in Franken

Budget 2025
Kantonsrat
(16.12.2024)

Veränderungen
Nachtragskredite
und Kreditüber-
tragungen

Budget^{plus} 2025

Rechnung 2025

Abweichung
+besser,
-schlechter

Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)

Regierungsrat und Staatskanzlei

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35 404 507		-35 404 507	-31 541 273	3 863 234
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Direktion der Justiz und des Innern

2201 Generalsekretariat

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 666 271	-4 430 000	-20 096 271	-14 756 841	5 339 430
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 823 476	-3 773 000	-8 596 476	-4 393 924	4 202 552

2204 Staatsanwaltschaft

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-107 520 000		-107 520 000	-113 990 032	-6 470 032
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2205 Jugendstrafrechtspflege

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-40 715 000		-40 715 000	-42 749 084	-2 034 084
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-289 800 000		-289 800 000	-295 389 359	-5 589 359
Budgetkredit Investitionsrechnung	-526 800		-526 800	-1 004 207	-477 407

2207 Gemeindeamt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 506 950		-11 506 950	-10 983 282	523 668
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 870 000	-471 000	-2 341 000	-1 597 649	743 351

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-345 960 000		-345 960 000	-318 289 365	27 670 635
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2221 Handelsregisteramt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 993 235		-1 993 235	-469 362	1 523 873
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2223 Statistisches Amt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 275 180	-412 000	-8 687 180	-8 210 008	477 172
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2224 Staatsarchiv

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 078 245		-12 078 245	-12 780 092	-701 847
Budgetkredit Investitionsrechnung	-400 000		-400 000	-150 767	249 233

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-17 299 150		-17 299 150	-18 594 087	-1 294 937
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2233 Fachstelle Gleichstellung

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-858 628		-858 628	-826 669	31 959
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2234 Fachstelle Kultur

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-102 353 439		-102 353 439	-103 248 658	-895 219
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000	-5 714 000	-6 014 000	-435 979	5 578 021

2241 Fachstelle Integration

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 866 616	-6 324 000	-9 190 616	-2 866 616	6 324 000
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2251 Bezirksräte

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 535 000		-9 535 000	-9 693 924	-158 924
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2261 Statthalterämter

Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 800 000		7 800 000	7 016 398	-783 602
Budgetkredit Investitionsrechnung					

2270 Religionsgemeinschaften

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-55 008 463		-55 008 463	-55 008 529	-66
Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2025 Kantonsrat (16.12.2024)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Abweichung +besser, -schlechter
2934 Kulturfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 429 100		-5 429 100	10 230 845	15 659 945
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 280 292	-150 000	-4 430 292	-4 075 679	354 613
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-481 867 600		-481 867 600	-478 467 723	3 399 877
Budgetkredit Investitionsrechnung	-31 801 000	-7 450 000	-39 251 000	-27 608 074	11 642 926
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	16 265 552		16 265 552	16 270 081	4 529
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 300 500	-4 196 000	-5 496 500	-1 135 462	4 361 038
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-14 420 481		-14 420 481	-16 514 317	-2 093 836
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 955 000	-603 000	-2 558 000	-1 460 003	1 097 997
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 805 000		-11 805 000	-11 328 464	476 536
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 659 000		-1 659 000	-1 643 739	15 261
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 014 148 720		-1 014 148 720	-1 032 924 599	-18 775 879
Budgetkredit Investitionsrechnung	-14 033 500	-3 633 000	-17 666 500	-11 420 142	6 246 358
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 568 000		-3 568 000	-3 566 817	1 183
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	282 231		282 231	8 339 222	8 056 991
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 210 000		-2 210 000	-533 000	1 677 000
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung				428 855	428 855
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	4 490 000		4 490 000	2 615 507	-1 874 493
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-145 025		-145 025	-740 385	-595 359
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 563 639	-610 000	-12 173 639	-9 881 054	2 292 585
Budgetkredit Investitionsrechnung	-996 625	-300 000	-1 296 625	-817 026	479 599
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-172 711 729	-12 034 000	-184 745 729	-165 812 461	18 933 268
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 828 000	-20 855 000	-25 683 000	-1 264 380	24 418 620
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-24 920 322		-24 920 322	-27 071 922	-2 151 600
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 797 958		-2 797 958	-8 622 419	-5 824 461
4610 Amt für Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-43 852 021	-7 594 000	-51 446 021	-52 891 925	-1 445 904
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 682 010	-4 269 000	-13 951 010	-4 822 297	9 128 713
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 647 495	-2 919 000	-9 566 495	-3 859 749	5 706 746
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	27 764		27 764	405 428	377 664
Budgetkredit Investitionsrechnung	-297 500		-297 500	-304 581	-7 081
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	9 091 695 000		9 091 695 000	9 755 435 113	663 740 113
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-3 267 824	-767 824
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4930 Zinsen und Beteiligungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	720 805 579		720 805 579	929 670 807	208 865 228
Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2025 Kantonsrat (16.12.2024)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Abweichung +besser, -schlechter
4950 Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	187 137 537		187 137 537	5 134 504	-182 003 033
Budgetkredit Investitionsrechnung	-40 000		-40 000		40 000
4960 Nationaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-419 261 183		-419 261 183	-419 261 183	
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4980 Gemeinnütziger Fonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 892 747		-12 892 747	12 045 899	24 938 646
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 876 013		-9 876 013	-7 455 147	2 420 866
Budgetkredit Investitionsrechnung				-9 331	-9 331
5205 Amt für Mobilität					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-170 733 539		-170 733 539	-166 531 788	4 201 751
Budgetkredit Investitionsrechnung	-63 169 979		-63 169 979	-77 808 322	-14 638 343
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-373 816 362		-373 816 362	-369 253 241	4 563 121
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5301 Amt für Wirtschaft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-22 094 378	-930 000	-23 024 378	-21 606 531	1 417 847
Budgetkredit Investitionsrechnung	-20 519 000	-1 817 000	-22 336 000	-20 320 009	2 015 991
5302 Amt für Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35 005 007	-402 000	-35 407 007	-37 344 887	-1 937 880
Budgetkredit Investitionsrechnung				-22 577	-22 577
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 359 562		-5 359 562	-5 363 837	-4 275
Budgetkredit Investitionsrechnung	-23 800 000	-17 101 000	-40 901 000	-11 801 181	29 099 819
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	329 130		329 130	758 549	429 419
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	21 526 026		21 526 026	59 243 268	37 717 242
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Gesundheitsdirektion					
6000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 688 867	-2 259 000	-18 947 867	-16 048 032	2 899 835
Budgetkredit Investitionsrechnung	-935 000		-935 000		935 000
6010 Amt für Gesundheit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 584 400	-1 354 000	-21 938 400	-20 208 158	1 730 242
Budgetkredit Investitionsrechnung	-484 500	-692 000	-1 176 500	-415 479	761 021
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-27 451 030	-94 000	-27 545 030	-27 146 961	398 069
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 402 500	-643 000	-2 045 500	-1 375 790	669 710
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 738 300		-10 738 300	-9 727 763	1 010 537
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 388 980 000	-25 000 000	-1 413 980 000	-1 563 099 740	-149 119 740
Budgetkredit Investitionsrechnung		-49 518 000	-49 518 000	-50 000 000	-482 000
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-295 160 000		-295 160 000	-298 462 639	-3 302 639
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-573 300 000		-573 300 000	-602 179 889	-28 879 889
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-96 637		-96 637	-96 449	188
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-73 943 551		-73 943 551	-73 566 758	376 793
Budgetkredit Investitionsrechnung	-845 750	-1 987 000	-2 832 750	-542 999	2 289 751
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-529 358		-529 358	-67 689	461 669
Budgetkredit Investitionsrechnung	-114 456 900	-50 600 000	-165 056 900	-112 889 997	52 166 903

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2025 Kantonsrat (16.12.2024)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Abweichung +besser, -schlechter
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 233 501		6 233 501	6 058 706	-174 795
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 377 500		-4 377 500	-4 658 132	-280 632
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-523 197 345		-523 197 345	-537 206 547	-14 009 202
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 348 250		-7 348 250	-41 258	7 306 992
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-471 962 861		-471 962 861	-471 039 430	923 431
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 755 250		-1 755 250	-2 739 746	-984 496
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-435 085 704		-435 085 704	-441 326 418	-6 240 714
Budgetkredit Investitionsrechnung	-11 318 000	-4 600 000	-15 918 000	-5 740 594	10 177 406
7401 Universität (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-790 868 433		-790 868 433	-790 465 082	403 351
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-71 726 558		-71 726 558	-75 361 251	-3 634 693
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 556 000	-3 597 000	-8 153 000	-261 411	7 891 589
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-455 783 019		-455 783 019	-451 844 748	3 938 271
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-84 441 287		-84 441 287	-91 764 580	-7 323 293
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-219 982 736	-12 399 000	-232 381 736	-261 130 261	-28 748 525
Budgetkredit Investitionsrechnung	-969 000		-969 000		969 000
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-83 542 197		-83 542 197	-68 738 431	14 803 766
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 327 250		-2 327 250	-1 053 580	1 273 670
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 547 000		1 547 000	3 291 181	1 744 181
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-73 074 228	-650 000	-73 724 228	-72 888 922	835 306
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 480 000		-3 480 000	-1 253 518	2 226 482
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-28 938 190		-28 938 190	-31 961 971	-3 023 781
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 275 000		-1 275 000		1 275 000
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35 067 098	-250 000	-35 317 098	-34 205 239	1 111 859
Budgetkredit Investitionsrechnung	-954 000	-928 000	-1 882 000	-1 093 591	788 409
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-222 632 000		-222 632 000	-205 880 348	16 751 652
Budgetkredit Investitionsrechnung	-122 835 000		-122 835 000	-129 062 851	-6 227 851
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-77 370 000	-3 940 000	-81 310 000	-73 843 046	7 466 954
Budgetkredit Investitionsrechnung	-117 579 000	-12 300 000	-129 879 000	-117 689 090	12 189 910
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 049 907		-1 049 907	-9 254 198	-8 204 291
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-25 564 571		-25 564 571	-25 399 062	165 509
Budgetkredit Investitionsrechnung	-623 750		-623 750	-353 254	270 496
8710 Liegenschaften Finanzvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-955 965		-955 965	-2 932 260	-1 976 295
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-23 137 843		-23 137 843	-108 838 198	-85 700 354
Budgetkredit Investitionsrechnung	-318 985 230		-318 985 230	-294 397 434	24 587 796
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-65 057 812	-522 000	-65 579 812	-64 034 306	1 545 506
Budgetkredit Investitionsrechnung	-12 801 150	-473 000	-13 274 150	-12 644 195	629 955
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-739 077		-739 077	13 207 390	13 946 467
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 284 776	-1 500 000	-10 784 776	-5 153 034	5 631 742

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2025 Kantonsrat (16.12.2024)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Abweichung +besser, -schlechter
8930 Mehrwertausgleichsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-56 004		-56 004	79 612	135 616
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 786 000		-1 786 000	6 411 965	8 197 965
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 150 000		-10 150 000	-5 734 360	4 415 640
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-104 552		-104 552	68 797	173 349
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	954 491		954 491	1 384 812	430 321
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 300		-5 300	-8 444	-3 144
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-126 373		-126 373	-142 741	-16 368
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 785 700	-52 000	-15 837 700	-15 255 925	581 775
Budgetkredit Investitionsrechnung		-466 000	-466 000	-30 727	435 273
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 625 600		-5 625 600	-5 600 847	24 753
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9030 Obergericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-49 546 420		-49 546 420	-47 770 101	1 776 319
Budgetkredit Investitionsrechnung	-14 982 000	-1 434 000	-16 416 000	-12 353 268	4 062 732
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-139 783 718		-139 783 718	-145 081 336	-5 297 618
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 740 000	-33 076 000	-42 816 000	-25 974 357	16 841 643
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	4 125 107		4 125 107	18 827 947	14 702 840
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 695 000		-1 695 000	-307 226	1 387 774
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 290 974		-9 290 974	-9 398 810	-107 836
Budgetkredit Investitionsrechnung	-600 000		-600 000	-350 000	250 000
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 478 411		-15 478 411	-14 640 146	838 265
Budgetkredit Investitionsrechnung	-408 000	-15 550 000	-15 958 000	-3 091 175	12 866 825
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 689 863		-4 689 863	-4 507 505	182 358
Budgetkredit Investitionsrechnung	-76 500		-76 500	-67 676	8 824
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 520 232		-2 520 232	-2 289 474	230 758
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 336 634		-1 336 634	-1 203 668	132 966
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9071 Datenschutzbeauftragte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 734 214		-3 734 214	-3 598 254	135 960
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-202 395 000		-202 395 000	-198 245 283	4 149 717
Budgetkredit Investitionsrechnung	-850 000		-850 000	-675 000	175 000
9350 Forensisches Institut Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-26 910 000		-26 910 000	-25 411 793	1 498 207
Budgetkredit Investitionsrechnung	-920 000	-363 000	-1 283 000	-1 276 490	6 510
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-783 658 972		-783 658 972	-786 234 230	-2 575 258
Budgetkredit Investitionsrechnung	-41 440 000		-41 440 000	-42 338 714	-898 714
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-33 339 135		-33 339 135	-32 281 708	1 057 427
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 695 000	-4 000 000	-9 695 000	-417 480	9 277 520

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2025 Kantonsrat (16.12.2024)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2025	Rechnung 2025	Abweichung +besser, -schlechter
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-221 894 612		-221 894 612	-214 084 456	7 810 156
Budgetkredit Investitionsrechnung	-19 363 000	-1 788 000	-21 151 000	-13 424 276	7 726 724
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-117 019 300		-117 019 300	-114 634 456	2 384 844
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 251 250		-3 251 250	-3 471 272	-220 022
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-118 987 988		-118 987 988	-122 606 361	-3 618 373
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 870 000		-1 870 000	-697 725	1 172 275
9510 Universitätsspital Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-19 600 000	0	-19 600 000	31 744 031	51 344 031
geplante Investitionsausgaben	-199 387 566		-199 387 566	-145 134 674	54 252 892
9520 Kantonsspital Winterthur					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-9 784 141		-9 784 141	55 635 094	65 419 235
geplante Investitionsausgaben	-42 619 000		-42 619 000	-19 115 487	23 503 513
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-500 000		-500 000	4 822 404	5 322 404
geplante Investitionsausgaben	-25 823 200		-25 823 200	-11 855 607	13 967 593
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	497 000		497 000	1 885 472	1 388 472
geplante Investitionsausgaben	-8 500 000		-8 500 000	-8 631 391	-131 391
9800 Legate					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 029 538		-1 029 538	-1 160 734	-131 196
Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 2 250 793 zulasten der Rechnung 2025. Für das Jahr 2024 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 2 877 171. Der Kantonsrat hat am 7. Juli des Berichtsjahres mit dem Geschäftsbericht 2024 Rücklagen von Fr. 2 877 171 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 der Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

in Franken

Leistungsgruppe		Bildung von Rücklagen 2024	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand (-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total		-2 877 171	-40 351 295	1 625 714	-2 250 793	-40 976 374	-625 079
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei		-219 947	48 711	-75 000	-246 236	-26 289
2201	Generalsekretariat		-163 218	71 398		-91 820	71 398
2204	Staatsanwaltschaft	-1 150 000	-2 851 216			-2 851 216	
2205	Jugendstrafrechtspflege		-94 531			-94 531	
2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung		-264 061	121 563		-142 498	121 563
2221	Handelsregisteramt		-323 737			-323 737	
2223	Statistisches Amt		-79 302			-79 302	
2232	Kantonale Opferhilfestelle						
2233	Fachstelle Gleichstellung		-5 692	2 751		-2 941	2 751
2234	Fachstelle Kultur		-6 837			-6 837	
2251	Bezirksräte		-15 705	4 284		-11 421	4 284
2261	Statthalterämter	-132 171	-214 749	25 958		-188 791	25 958
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung		-2 348	2 348			2 348
3100	Kantonspolizei		-1 099 820	194 305		-905 515	194 305
3500	Sozialamt		-146 760	22 351		-124 409	22 351
4000	Generalsekretariat		-23 536			-23 536	
4100	Finanzverwaltung	-95 000	-357 019	28 040	-62 000	-390 979	-33 960
4400	Steuern Betriebsteil	-250 000	-2 195 977	128 424	-250 000	-2 317 553	-121 576
4500	Personalamt		-326 682			-326 682	
4610	Amt für Informatik		-55 829			-55 829	
4700	Drucksachen und Material		-410 613			-410 613	
5000	Generalsekretariat		-47 260	16 023	-30 000	-61 237	-13 977
5205	Amt für Mobilität		-33 906	33 807	-65 000	-65 099	-31 193
5301	Amt für Wirtschaft		-103 810	34 368	-100 000	-169 442	-65 632
5302	Amt für Arbeit		-517 744	153 793		-363 951	153 793
6000	Generalsekretariat	-150 000	-347 256			-347 256	
6010	Amt für Gesundheit	-100 000	-387 886			-387 886	
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	-50 000	-690 884	33 479		-657 405	33 479
7000	Bildungsverwaltung		-721 637	7 758	-376 793	-1 090 672	-369 035
7301	Mittelschulen		-6 988 556			-6 988 556	
7306	Berufsbildung		-11 000 000			-11 000 000	
7406	Fachhochschulen (Beiträge)		-4 000 000			-4 000 000	
7502	Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge				-400 000	-400 000	-400 000
8000	Generalsekretariat		-312 544	13 942		-298 602	13 942
8100	Hochbauamt		-200 449			-200 449	
8300	Amt für Raumentwicklung		-238 704	28 322		-210 382	28 322
8400	Tiefbauamt		-368 000	47 000		-321 000	47 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft		-265 866	13 493		-252 373	13 493
8700	Immobilienamt		-86 076			-86 076	
8800	Amt für Landschaft und Natur		-245 818	14 221		-231 597	14 221
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste		-22 719			-22 719	
9020	Finanzkontrolle		-84 200			-84 200	
9030	Obergericht	-700 000	-1 233 458	172 051	-245 000	-1 306 407	-72 949
9040	Bezirksgerichte		-1 805 542	175 299		-1 630 243	175 299
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	-180 000	-944 548	163 261	-600 000	-1 381 287	-436 739
9063	Verwaltungsgericht		-207 738	49 000		-158 738	49 000
9065	Baurekursgericht	-20 000	-196 382	4 085		-192 297	4 085
9066	Steuerrekursgericht	-30 000	-62 618	15 679	-30 000	-76 939	-14 321
9070	Ombudsstelle		-13 039			-13 039	
9071	Datenschutzbeauftragte	-20 000	-99 369		-17 000	-116 369	-17 000

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat
Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken						Veränderung Bestand	
		Bildung von Rücklagen 2024	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	(-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Leistungsgruppe							
Total	Unselbstständige Anstalten		-267 707			-267 707	
9300	Zürcher Verkehrsverbund		-267 707			-267 707	

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.
Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2024», «Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024» und «Verwendung 2025» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von Fr. 2 250 793 wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.
Im Berichtsjahr wurden Rücklagen von 1,6 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft steigt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2025 einschliesslich der beantragten Bildung um 0,6 Mio. Franken auf 41,0 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als Fr. 50 000 vor:

in Franken				Betrag
Leistungsgruppe		Verwendungszweck		
2201	Generalsekretariat	Auslagen zugunsten des Personals (Cafeteria, Teamveranstaltungen usw.)		71 398
2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung	Finanzierung von Personalaufwand für befristete Stellen		121 563
3100	Kantonspolizei	Verwendung insbesondere für das betriebliche Gesundheitsmanagement		194 305
4400	Steuern Betriebsteil	Verwendung für Personalförderungsmassnahmen und Personalanlässe		128 424
5302	Amt für Arbeit	Verwendung insbesondere für Mitarbeitendengesamtanlass		153 793
9030	Obergericht	Personalförderungsmassnahmen		172 051
9040	Bezirksgerichte	Personalförderungsmassnahmen		175 299
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Personalförderungsmassnahmen		163 261

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2025 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken		Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung
Leistungsgruppe		
Total	Zuweisung zu den Reserven	112 118 794.07
9510	Universitätsspital Zürich	33 012 304.72
9520	Kantonsspital Winterthur	55 108 052.76
9530	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	4 822 404.13
9540	Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	1 791 237.46
9600	Universität Zürich	5 036 760.79
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	7 434 612.65
9720	Zürcher Hochschule der Künste	4 913 421.56

in Franken		Antrag auf Entnahme aus den Reserven im Rahmen der Verlustdeckung
Leistungsgruppe		
Total	Entnahme aus den Reserven	8 233 687.88
9600	Universität Zürich	2 456 710.20
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	3 283 022.40
9720	Zürcher Hochschule der Künste	805 687.93
9740	Pädagogische Hochschule Zürich	1 688 267.35

Anhang

Behörden	333
Übersicht Finanzierung	333
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	334
9020 Finanzkontrolle	335
9070 Ombudsstelle	336
9071 Datenschutzbeauftragte	337
Rechtspflege	339
Übersicht Finanzierung	339
9030 Obergericht	340
9040 Bezirksgerichte	343
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	346
9063 Verwaltungsgericht	349
9064 Sozialversicherungsgericht	352
9065 Baurekursgericht	354
9066 Steuerrekursgericht	356
Zu konsolidierende Organisationen	359
Übersicht Finanzierung	359
9300 Zürcher Verkehrsverbund	360
9350 Forensisches Institut Zürich	363
9600 Universität Zürich	366
9690 Zentralbibliothek	372
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	374
9720 Zürcher Hochschule der Künste	381
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	385
9800 Legate	389
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	391
Übersicht Finanzierung	391
9510 Universitätsspital Zürich	392
9520 Kantonsspital Winterthur	394
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	396
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	398
Kreditübertragungen	400
Bewilligte Kreditüberschreitungen	410
Definitionen und Konventionen	413

Behörden

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.4	0.0	0.0	1.4	1.6	0.2	11.4
Aufwand	-26.1	-27.9	0.0	-0.1	-28.0	-27.2	0.7	2.6
Saldo	-24.7	-26.5	0.0	-0.1	-26.5	-25.7	0.9	3.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1			-0.5	-0.5	-0.0	0.4	93.4
Saldo	-0.1			-0.5	-0.5	-0.0	0.4	93.4

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in dem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
L1	KR: Behandelte Vorlagen	A1	59	109	71	-38	-34.9
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A1	0.8	0.94	1	0.06	6.38
L3	KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	141	184	136	-48	-26.1
L4	K: Behandelte Vorlagen	A2	54	96	54	-42	-43.7
L5	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer, in Tg.	A2	203	212	195	-17	-8.0
L6	K: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A2	3.4	3.1	3.4	0.3	9.7
L7	K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	124	123	112	-11	-8.9
L8	PD: Protokolle	A3	374	366	376	10	2.7
B1	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1535	2000	1611	-389	-19.4
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1397	1300	1395	95	7.3

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
	20.9	19.5	20.5	1.0	5.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-7.2
Aufwand	-14.9	-15.9	0.0	-0.1	-15.9	-15.3	0.6	3.7
Saldo	-14.9	-15.8	0.0	-0.1	-15.8	-15.3	0.6	3.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1			-0.5	-0.5	-0.0	0.4	93.4
Saldo	-0.1			-0.5	-0.5	-0.0	0.4	93.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.3	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand im Bereich IT
0.2	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand für externe Berater und Experten
0.1	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand für Betriebsmaterial
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.5	-0.0	0.4	
- Weg der Demokratie	-0.5	-0.0	0.5	- Die Kreditübertragung aus dem Vorjahr (ZKB-Jubiläumsdividende) wurde nicht vollumfänglich verwendet.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -22719	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -22719	Veränderung Bestand 0

9020 Finanzkontrolle

Aufgaben

- A1 Die Finanzkontrolle nimmt die Aufgaben der Abschlussprüfung und der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) wahr. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht und den Regierungsrat und seine Direktionen bei der Ausübung der Aufsicht. Die Finanzaufsicht der Finanzkontrolle umfasst die Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit im Rahmen der Haushaltsführung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L2	Revisionen pro Jahr	A1	130	130	121	-9	-6.9
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG, in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	80	80	81	1	
W1	Anteil der von den Geprüften akzeptierten Feststellungen, in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	93	92	93	1	

Bemerkungen

- L2 Weniger Prüfungen aufgrund der Rücktritte als Revisionsstelle der kirchlichen Kantonalorganisationen sowie der dazugehörenden Nebenmandate.

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	29.1	29.0	29.4	0.4	1.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.2	1.1	0.0	0.0	1.1	1.2	0.0	1.6
Aufwand	-6.6	-6.8	0.0	0.0	-6.8	-6.8	0.0	0.1
Saldo	-5.4	-5.6	0.0	0.0	-5.6	-5.6	0.0	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -84200	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -84200	Veränderung Bestand 0

9070 Ombudsstelle

Aufgaben

- A1 Die Ombudsperson nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Amtsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlagen für die Institution Ombudsstelle finden sich in Art. 81 der Kantonsverfassung und in den §§ 87ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Eingegangene Geschäfte	A1	894	850	945	95	11.2
L2	Erledigte Geschäfte	A1	1150	790	892	102	12.9
L3	Angeschlossene Gemeinden	A1	22	26	23	-3	-11.5
L4	Eingegangene Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	60	73	83	10	13.7

Bemerkungen

- L1 Externe Faktoren führten zu starkem Fallanstieg
L2 Hinweise aus dem KR liessen die OS ein verstärktes Augenmerk auf die Geschäftserledigung legen
L4 Fragen aus dem Bau-, Schul- und Sozialbereich nehmen stark zu

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.7	5.0	4.9	-0.1	-2.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.3	0.2	123.3
Aufwand	-1.3	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-1.5	-0.0	-2.7
Saldo	-1.3	-1.3	0.0	0.0	-1.3	-1.2	0.1	9.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -13039	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -13039	Veränderung Bestand 0

9071 Datenschutzbeauftragte

Die ausführliche Berichterstattung der Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2025 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2026 publiziert und auf der Webseite der Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Die Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatsphäre der Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen.
- A2 Sie berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Sie bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft sie mit Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind. Öffentliche Organe sind verpflichtet, Datenschutzvorfälle zu melden. Die Datenschutzbeauftragte kann die Umsetzung von Massnahmen verfügen.
- A4 Die Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Beratungen	A4	850	900	851	-49	-5.4
L2	Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	14	20	21	1	5.0
L3	Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	45	25	22	-3	-12.0
L4	Kontrollen	A3	74	70	77	7	10.0
L5	Meldungen	A3		100	83	-17	-17.0
W1	Anteil umgesetzter Empfehlungen bei Datenschutz-Reviews, in %	A3	93	80	96	16	
W2	Besuche auf Webseiten	A4	88360	45000	84793	39793	88.4

Entwicklungsschwerpunkte

9071 10g Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Stand bis

Abgeschlossen 2025

9071 10e Effiziente und wirksame Unterstützung der Verwaltung, um Digitalisierungsziele zu erreichen

Planmässig 2026

9071 10f Aufbau und Umsetzung der neuen Aufgaben im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips

Die Umsetzung verzögert sich aufgrund der Verzögerung der Beratung der Totalrevision IDG im Kantonsrat.

Verzögert 2026

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.0	16.2	15.9	-0.3	-1.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.0	-40.0
Aufwand		-3.3	-3.8	0.0	0.0	-3.8	-3.6	0.2	4.2
Saldo		-3.2	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.6	0.1	3.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben									
Saldo									

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -99369	Verwendung 2025 0	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) -17000	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -116369	Veränderung Bestand -17000

Bemerkungen

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	188.3	184.7	0.0	0.0	184.7	206.4	21.6	11.7
Aufwand	-392.7	-401.9	0.0	0.0	-401.9	-411.2	-9.3	-2.3
Saldo	-204.4	-217.2	0.0	0.0	-217.2	-204.9	12.3	5.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1							
Ausgaben	-27.4	-27.5	0.0	-50.1	-77.6	-42.1	35.4	45.7
Saldo	-27.3	-27.5	0.0	-50.1	-77.6	-42.1	35.4	45.7

9030 Obergericht

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren gemäss geltendem Recht
A2 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	461	400	387	-13	-3.3
L2	Erledigung von Berufungen	A1	1 145	1 100	1 145	45	4.1
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2 161	2 100	2 365	265	12.6
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1 380	1 300	1 521	221	17.0
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	10 763	9 500	11 222	1 722	18.1
L6	Eingänge	A1	10 600	9 500	11 361	1 861	19.6
L7	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	2 706	2 800	2 847	47	1.7
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1.02	1	0.99	-0.01	-1.00
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	4 405	5 352	4 257	-1 095	-20.5
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	148 504	146 411	150 915	4 504	3.1
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	51.7	72	53.5	-18.5	
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	79	92	83.6	-8.4	
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	2.8	2.1	2.3	0.2	9.5
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen, in Mio. Franken	A1	0.9	0.8	1.0	0.2	25.0
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.1	1.1	1.7	0.6	54.5

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2019–2023 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Aufgrund leicht rückläufiger Eingangszahlen haben die Erledigungen im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen. Da jedoch mehr Verfahren erledigt wurden als neu eingingen, konnten die Pendenzen gesenkt werden.
- L3 Aufgrund der gestiegenen Eingänge, primär bei den zivilrechtlichen Beschwerden, lagen die Erledigungen deutlich über dem Prognosewert.
- L5, L6 Die hohen Werte bei den Erledigungen und Eingängen absolut sind überwiegend auf die Rechtsprechungsgeschäfte zurückzuführen. Während die Eingänge und Erledigungen bei den Zivilverfahren im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen sind, lag der Anstieg bei den Strafverfahren etwas tiefer. Daneben haben auch die Verfahren der Justizverwaltung zugenommen. Sowohl die Eingänge als auch die Erledigungen lagen deutlich über dem Fünfjahresschnitt.
- L7 Die hohe Zahl an Eingängen hat zu einer Zunahme der Pendenzenlast geführt.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft ist gegenüber der Prognose und dem Vorjahr aufgrund der gestiegenen Erledigungszahlen, des Rückgangs des Wertberichtigungsbedarfs, der Nachinkassoerträge sowie der gestiegenen Vergütung der Notariate für den IT-Bereich gesunken.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme stieg aufgrund des nicht budgetierten Teuerungsausgleichs und des Stufenanstiegs.
- W1, W2 Sowohl der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Berufungsverfahren als auch der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Beschwerdeverfahren konnten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Bei den Beschwerdeverfahren wurde der im Budget 2026 angepasste Prognosewert von 85 beinahe erreicht.
- Allg. Die Indikatoren W3–W5 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates wurden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2019–2023 erstellt.
- W3, W4, W5 Die Kosten für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Parteientschädigungen) sind erneut gestiegen und lagen deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9030 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die immer zahlreicheren Gesetzesänderungen führen häufig zu Mehrbelastungen an den Gerichten, sodass die Abläufe und die Ressourcenzuteilung an die Kammern und an das Handelsgericht laufend überprüft werden müssen. Abgeschlossen 2025

9030 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafgerichte

Die Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt bzw. beendet werden. Die beiden noch aktiven Projektgruppen werden ihre Arbeiten im Laufe des Jahres 2026 abschliessen. Verzögert 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	295.2	299.0	295.7	-3.3	-1.1

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Der Beschäftigungsumfang wurde leicht unterschritten. Grund dafür ist, dass verschiedene Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber am Obergericht vorübergehend als Ersatzmitglieder an den Bezirksgerichten eingesetzt werden mussten und am Obergericht erst zeitverzögert oder gar nicht ersetzt werden konnten.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	37.2	38.6	0.0	0.0	38.6	40.2	1.6	4.2
Aufwand	-84.6	-88.2	0.0	0.0	-88.2	-88.0	0.2	0.2
Saldo	-47.4	-49.5	0.0	0.0	-49.5	-47.8	1.8	3.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.1							
Ausgaben	-9.8	-15.0	0.0	-1.4	-16.4	-12.4	4.1	24.7
Saldo	-9.7	-15.0	0.0	-1.4	-16.4	-12.4	4.1	24.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
4.2	A1	- Die Berechnung des Wertberichtigungssatzes erfolgt rollend anhand der Erfahrungswerte der letzten fünf Jahre. Im Berichtsjahr führte dies allgemein zu einer Senkung dieses Satzes und damit zu einer Aufwandminderung.
2.5	A1	- Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung im Bereich des IC-Ertrages an das Obergericht.
-0.8	A1	- Der gewährte Teuerungsausgleich von 1.1% war nicht budgetiert.
-1.0	A1	- Wie in den vergangenen Jahren konnten im Berichtsjahr nur wenige Entscheide mit hohen Gebühren fakturiert werden.
-1.0	A1	- Die Kosten für amtliche Mandate sind erneut angestiegen.
-2.2	A1	- Für externe Projektleitungen und Wartungsdienstleistungen im IT-Bereich fielen Mehrkosten an. Ein Teil dieser Kosten wird von den Notariaten erstattet.
0.1		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9030

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-16.4	-12.4	4.1	
- Übertragung in das Verwaltungsvermögen der Gerichte und Gesamtinstandsetzung der Liegenschaft Florhofgasse 2	-3.7	-0.6	3.1	- Die Instandsetzung der Liegenschaft verzögert sich aufgrund verschiedener Abklärungen. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Kühlung Obmannamtsgasse	-0.9	-0.8	0.1	- Letzte kleinere Arbeiten fallen 2026 an. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Kühlung Lindenegg	-0.2	-0.0	0.2	- Das Projekt wurde erst gegen Ende des Berichtsjahres gestartet und löste noch keine Kosten aus. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Diverse bauliche Massnahmen (Ersatz Alarmserverlösung, Ersatz Regler, Türeinstbau Plenarsaal, Ersatz Leuchten, Ersatz Komponente Zutrittssystem)	-1.2	-0.7	0.5	- Zum Teil waren aufwändige technische Abklärungen erforderlich, die nicht vorhersehbar waren und Zeit in Anspruch nahmen (Ersatz Alarmserver, Ersatz Leuchten). Zudem führte auch die fehlende Verfügbarkeit von Ingenieuren und anderen Fachkräften zu Verzögerungen. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Hardware (Realisierung Projektportfolio; Lifecycle Management)	-3.9	-2.9	1.0	- Aufgrund der Priorisierung eines anderen dringenden Vorhabens kam es in diesem Projekt zu Verzögerungen. Ein Teil des nicht beanspruchten Kredits wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Software (Anpassungen an den Geschäftsapplikationen)	-6.6	-7.3	-0.7	- Die notwendige Beschleunigung des Projekts «Modernisierung Fachapplikationen Notariate» führte zu einer leichten Überschreitung der prognostizierten Investitionen.
- Übrige	0.1	-0.1	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-1 233 458	172 051	-245 000	-1 306 407	-72 949

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Personalförderungsmassnahmen verwendet.

Die Bildung von Rücklagen wird mit den Mehrerträgen beim Nachinkasso begründet.

9040 Bezirksgerichte

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren gemäss geltendem Recht
A2 Ausbildung junger Juristinnen und Juristen am Gericht (Auditorinnen und Auditoren sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber)
A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von summarischen Verfahren	A1	40283	37400	43889	6489	17.4
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	7122	7200	7283	83	1.2
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2559	2400	2535	135	5.6
L4	Erledigung von Hafttrichtersachen	A1	3532	3100	3581	481	15.5
L5	Erledigung von Mietschlachtungen	A1	8786	5000	6291	1291	25.8
L6	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	65442	58100	67372	9272	16.0
L7	Eingänge	A1	64424	58100	69580	11480	19.8
L8	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	12436	11100	14577	3477	31.3
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1.02	1	0.97	-0.03	-3.00
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2		0.8			
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	2164	2506	2153	-353	-14.1
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	110164	110579	111532	953	0.9
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	74.6	75	74.9	-0.1	
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	21.3	16.5	19.3	2.8	17.0
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände, in Mio. Franken	A1	15.7	15.3	16.3	1.0	6.5
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	2.0	1.8	2.2	0.4	22.2

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2019–2023 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Die Anzahl der erledigten Summarverfahren hat erheblich zugenommen und lag deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt. Da jedoch die Verfahrenseingänge noch stärker angestiegen sind, hat die Pendenzenlast zugenommen.
- L3 Es konnten nahezu gleichviele Verfahren erledigt werden wie im Vorjahr. Die Anzahl der Pendenzen konnte reduziert werden.
- L5 Aufgrund der verschiedenen Anpassungen des hypothekarischen Referenzzinssatzes sind auch im Berichtsjahr viele Verfahren im Bereich der Mietschlachtungen eingegangen. Ein erheblicher Anteil dieser Verfahren konnte bereits erledigt werden.
- L6, L7, L8 Die Geschäftslast bei den Bezirksgerichten hat erneut stark zugenommen und lag deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt. Obwohl mehr Verfahren erledigt werden konnten als im Vorjahr, ist aufgrund der Eingangszunahme um mehr als 5000 Verfahren die Pendenzenlast insgesamt dennoch angestiegen.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft lag trotz des gestiegenen Personalaufwands und der hohen Kosten der Rechtsprechung unter dem Prognosewert. Dies ist neben den tieferen Abschreibungen auf die hohen Erledigungszahlen zurückzuführen.
- B2 Der gewährte Teuerungsausgleich auf den Löhnen von 1.1% war im Budget zentral bei der Finanzdirektion eingestellt und führte zu einer dementsprechend höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W2–W4 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates werden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2019–2023 erstellt.
- W2, W3, W4 Die Kosten für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Parteientschädigungen) sind weiterhin hoch und lagen deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt. Während die Kosten für amtliche Verteidigungen seit Jahren erstmals leicht gesunken sind, ist bei den unentgeltlichen Rechtsvertretungen im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen.

Entwicklungsschwerpunkte

9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte. Abgeschlossen 2025

9040 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafgerichte

Die Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt bzw. beendet werden. Die beiden noch aktiven Projektgruppen werden ihre Arbeiten im Laufe des Jahres 2026 abschliessen. Verzögert 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	802.6	793.2	816.5	23.3	2.9

Bemerkungen R25 zu B25

23.3 Zur Bewältigung der Geschäftslast, insbesondere aufgrund der Zunahme der Verfahrenseingänge, und für den Ersatz von Personalausfällen mussten zusätzliche, überwiegend einstweilen befristete Stellen bewilligt werden.

Finanzierung

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	41.2	39.4	0.0	0.0	39.4	42.5	3.1	7.8
Aufwand	-182.9	-179.2	0.0	0.0	-179.2	-187.6	-8.4	-4.7
Saldo	-141.6	-139.8	0.0	0.0	-139.8	-145.1	-5.3	-3.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-14.8	-9.7	0.0	-33.1	-42.8	-26.0	16.8	39.3
Saldo	-14.8	-9.7	0.0	-33.1	-42.8	-26.0	16.8	39.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.3		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
3.3	A1	- Im Berichtsjahr konnten rund 2600 Verfahren mehr fakturiert werden als im Vorjahr. Zehn Entscheide mit Gebühren über Fr. 100 000 (insgesamt 1.9 Mio. Franken) konnten abgerechnet werden.
1.8	A1	- Verzögerungen in Bauprojekten führten zu einem Rückgang der prognostizierten Abschreibungen.
0.5	A1	- Änderungen bei der Fläche sowie beim Zustandsfaktor zweier Gerichte führten zu einer Unterschreitung des Budgets der IC-Miete.
-0.5	A1	- Die Zunahme der Geschäftslast in Verbindung mit der Gebührenerhöhung der Schweizerischen Post führt zu Mehrausgaben für Portokosten. Ebenfalls sind die nicht beeinflussbaren Ausgaben für Sprachdienstleistungen in Strafverfahren höher als budgetiert ausgefallen.
-3.0	A1	- Die Mehrerträge gegenüber des Budgets führten zu höheren Forderungsverlusten.
-3.3	A1	- Der gewährte Teuerungsausgleich von 1.1% war nicht budgetiert. Des Weiteren wurden durch die Verwaltungskommission Personaleinsätze bewilligt, die nicht im Budget enthalten waren.
-4.2	A1	- Die Kosten für amtliche Mandate bleiben weiterhin hoch. Bei den unentgeltlichen Rechtsvertretungen ist ein leichter Rückgang der Fälle zu verzeichnen, wobei die Kosten pro Fall sowie die Gesamtausgaben gegenüber der Vorjahresrechnung anstiegen. Die amtlichen Verteidigungen sind bei der Anzahl der Fälle und bei den Gesamtausgaben leicht rückläufig. Im Berichtsjahr mussten zudem mehr Entschädigungen an Parteien ausgerichtet werden als erwartet.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-42.8	-26.0	16.8	
- Bezirksgericht Andelfingen, Zentrumsüberbauung	-0.4	0.0	0.4	- Das Projekt verzögert sich, da die Evaluation der verschiedenen Alternativen mehr Zeit in Anspruch nimmt. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.

Rechtspflege Leistungsgruppe 9040

- Bezirksgericht Andelfingen: Instandsetzung Parkgarage	-0.2	-0.1	0.1	- Das Projekt konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden und es erfolgen weitere Arbeiten im Jahr 2026. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Hinwil: Neubau Gerichtsgebäude	-16.1	-3.0	13.1	- Gegen das Baugesuch wurde Einsprache erhoben. Zudem wurde ein Vergabeentscheid ans Verwaltungsgericht weitergezogen. Dementsprechend verzögerte sich der Baubeginn. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Horgen: Büromöbel/Mobiliar geplanter Anbau	-0.1	0.0	0.1	- Das Bauprojekt wurde vom Regierungsrat aufgrund von Sparmassnahmen gestoppt. Zur Zeit ist noch unklar, wie dieses weitergeführt wird. Die Beschaffung des Mobiliars steht in direktem Zusammenhang mit dem Bauprojekt. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Winterthur: Diverse bauliche Massnahmen	-0.8	-0.7	0.1	- Der Umbau von Büros in Gerichtssäle konnte im Berichtsjahr nicht durchgeführt werden, da noch weitere Optionen für Gerichtssäle in externen Gebäuden geprüft werden mussten. Ebenfalls wurde die Umnutzung der Bibliothek auf den Sommer verschoben, sodass die lärmverursachenden Arbeiten gebündelt durchgeführt werden können. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Zürich: Gesamtsanierung W30 inkl. Airgate & Büromöbel/Mobiliar	-23.0	-21.1	1.9	- Das Projekt konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden und es erfolgen weitere Arbeiten im Jahr 2026. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Zürich: Anpassungsarbeiten W28	-1.5	-0.9	0.6	- Das Projekt verzögert sich, da diverse Teilprojekte aufgrund fehlender Ressourcen von involvierten Spezialisten noch nicht abgeschlossen werden konnten. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Übrige	-0.7	-0.2	0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-1805542

Verwendung
2025
175299

Antrag Bildung 2025
(verbucht 2026)
0

Bestand 31.12.2025
plus Bildung 2025
-1 630 243

Veränderung Bestand
175299

Bemerkungen

Die Bezirksgerichte verwenden Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren, dem Notariat übertragenen, Aufgaben im Rahmen des eidgenössischen und kantonalen Rechts
A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs nach den Vorgaben des eidgenössischen und kantonalen Rechts
A4 Erledigung der dem Konkursamt durch das eidgenössische Recht übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspekts im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mt., in % (Zielwert)	A3	88.8	90	93	3	
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mt., in % (Zielwert)	A3	93	95	96.8	1.8	
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: abgeschlossene Verfahren (Zielwert)	A3	0	1	0	-1	-100.0
L5	Beurkundungen	A2	53449	57300	56065	-1235	-2.2
L6	Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	76883	77900	77434	-466	-0.6
L7	Konkurserledigungen	A4	2611	2200	2995	795	36.1
L8	Erledigte Erbschaftssachen	A2	253	240	236	-4	-1.7
L9	Beglaubigungen	A2	119940	120300	117414	-2886	-2.4
L10	Grundbuchauszüge	A3	80216	84900	80368	-4532	-5.3
L11	Erledigte Geschäfte	A1	333352	342800	334512	-8288	-2.4
B1	Deckungsgrad, in % (Aufwand/Ertrag)	A1	116	107	119	12	
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1, A2, A3, A4	109469	108031	110343	2312	2.1
B3	Durchschnittlicher Aufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	266	231	295	64	27.7
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit, in %	A1	90	90	90	0	
W2	Erledigung des Konkursverfahrens innerhalb eines Jahres, in % (Mindestwert)	A4	91	75	89	14	

Bemerkungen

- L4 Im Berichtsjahr konnte für keine weitere Gemeinde das eidgenössische Grundbuch in Kraft gesetzt werden. Die Prioritäten lagen bei der Verarbeitung des ordentlichen Tagesgeschäfts und der Digitalisierung der Grundbuchdaten.
L5 Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Beurkundungen von Rechten an Grundstücken (+10%) und bei den übrigen zu beurkundenden Geschäften (eidesstattliche Erklärungen, Schrankfachöffnungen, Verlosungen, Bürgschaften usw.; +25%) eine starke Zunahme zu verzeichnen. Zurückgegangen sind hingegen die Beurkundungen im Gesellschaftsrecht (-10%).
L6 Insbesondere die Zunahme der Anzahl der Handänderungen an Grundstücken im Vergleich zum Vorjahr (+7%) und die damit einhergehende Zunahme bei den Grundpfandrechten (+5%) führten zu einer erneuten Zunahme der Grundbuchgeschäfte.
L7 Insbesondere die am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getretene Revision von Art. 43 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; Betreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen auf Konkurs) hat gegenüber dem Vorjahr zu einem starken Anstieg neuer Konkursverfahren (+19%) beigetragen. Obwohl durch die Stärkung der Mobilen Equipe Konkurs mehr Verfahren als im Vorjahr erledigt werden konnten (+8%) ist die Zahl der hängigen Verfahren weiter angestiegen.
L8 Die Eingänge der Erbschaftssachen haben gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen (+27%). Obwohl die budgetierte Erledigungszahl beinahe erreicht wurde, ist der Bestand gegenüber dem Vorjahr um rund 20% angestiegen.

- L11 Obwohl die arbeitsintensiven Geschäfte (Handänderungen an Grundstücken, Erbschaftssachen und Konkursverfahren, vgl. L6, L7 und L8) stark gestiegen sind, resultierte gegenüber dem Vorjahr aufgrund des Rückgangs bei den Massengeschäften (Grundbuchauszüge und Beglaubigungen, vgl. L9 und L10) nur eine moderate Zunahme der insgesamt erledigten Geschäfte.
- B1 Die gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegenen Erträge, die insbesondere auf der starken Zunahme der Handänderungen an Grundstücken beruhen, führten zu einer signifikanten Steigerung des Deckungsgrades.
- B2 Der gewährte Teuerungsausgleich von 1.1% war im Budget zentral bei der Finanzdirektion eingestellt. Ebenfalls nicht budgetiert waren Auszahlungen von angeordneter Überzeit, die nicht kompensiert werden konnte, sowie Funktionszulagen für Praxisbildnerinnen und -bildner.
- B3 Die personalressourcenintensiven Konkursverfahren sind stark gestiegen. Der Rückgang bei den Massengeschäften (Grundbuchauszüge und Beglaubigungen) drückte die Gesamtzahl der erledigten Geschäfte. In Verbindung mit dem Anstieg bei den IT-Kosten resultierte eine Erhöhung des durchschnittlichen Aufwands pro erledigtem Geschäft.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9060 10a Anpassung der gesetzlichen Grundlagen im Weiterbildungsbereich zwecks Gewinnung von Fachkräften

Die Notariate gewinnen ihre Fachkräfte hauptsächlich aus dem eigenen Nachwuchs. Insbesondere im Fachbereich Konkurs wäre es möglich, zusätzliches Personal auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren und auszubilden. Die Voraussetzungen für die Erteilung von erweiterten Befugnissen im Konkursbereich sind im Notariatsgesetz jedoch sehr eng umschrieben. Mit einer Anpassung der gesetzlichen Grundlagen sollen flexiblere Voraussetzungen für die Erteilung von erweiterten Befugnissen an Mitarbeitende, insbesondere im Konkursbereich, geschaffen werden und damit die Rekrutierung und Ausbildung von externen (Fach-)Personen ermöglicht bzw. erleichtert werden. Die Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe wurden ausgearbeitet. Die Änderung des Notariatsgesetzes ist im Kantonsrat hängig (Vorlage 5990).

Planmässig 2026

9060 10b Vollständige Umstellung auf das elektronische Grundbuch.

Seit Ende 2017 steht mit eGBZH die Applikation für die informatisierte Grundbuchführung allen Grundbuchämtern zur Verfügung. Für die zusätzlich zum ordentlichen Tagesgeschäft zu bewerkstellende Übernahme der Daten ab Papiergrundbuch in die digitalisierte Form sind den Notariaten 15 befristete Projektstellen bewilligt. Das Verifizieren der übernommenen Daten liegt in der Verantwortung von Fachkräften mit Expertise in der Grundbuchführung. Von den knapp 730'000 Grundstücken im Kanton Zürich wurden per Ende Berichtsjahr 91% (Vorjahr 86%) in eGBZH geführt. Dabei haben bereits 24 (Vorjahr 21) Grundbuchämter die Datenübernahme abgeschlossen und führen alle ihre Grundstücke in eGBZH.

Verzögert 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
440.7	478.3	471.1	-7.2	-1.5

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Den 44 Notariaten und dem Notariatsinspektorat waren 478.3 Vollzeitstellen bewilligt. Neben den ordentlichen Stellen sind darin enthalten: 15 befristete Projektstellen für das Informatikgrundbuch eGBZH, 6 befristete Stellen für den Ausbildungspilot «Quereinstieg» und 30 befristete Stellen für die Mehrarbeit aus der Gesetzesrevision Art. 43 SchKG (Betreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen auf Konkurs). Aufgrund der gestaffelten Besetzung dieser 30 befristeten Stellen wurde der Beschäftigungsumfang nicht ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	102.8	99.8	0.0	0.0	99.8	117.5	17.7	17.7
Aufwand	-88.8	-95.7	0.0	0.0	-95.7	-98.6	-2.9	-3.1
Saldo	14.1	4.1	0.0	0.0	4.1	18.8	14.7	356.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.4	-1.7	0.0	0.0	-1.7	-0.3	1.4	81.9
Saldo	-1.4	-1.7	0.0	0.0	-1.7	-0.3	1.4	81.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
17.7		- Die Zunahme bei den Beurkundungen und bei den Handänderungen (insbesondere bei den Käufen) in Verbindung mit gestiegenen Immobilienpreisen sowie der Anstieg bei den Konkursöffnungen führten zu höheren Gebührenerträgen in allen drei Bereichen.
1.3		- Budgetierung beinhaltet auch Kosten für externe Fachexperten in Konkursen. Im Berichtsjahr musste noch nicht auf externe Fachexperten zurückgegriffen werden.
0.2		- Tiefere Abschreibungen da höhere Projektkosten budgetiert wurden.
-0.2		- Höhere Geschäftsfallzahlen im Grundstücksbereich und die signifikante Zunahme der Konkursöffnungen führen zu höheren Betriebsauslagen.
-0.3		- Erhöhung Mietkosten durch zusätzliche Büroräumlichkeiten im Konkursbereich und Mietzinserhöhungen, die im Budget nicht eingestellt waren.
-0.5		- Im Budget nicht enthaltener Teuerungsausgleich von 1.1%
-0.5		- Höhere Notariatsgebühren bewirken höhere Mehrwertsteuerausgaben.
-0.5		- Höhere Gebührenerlasse zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen
-2.5		- Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung an das Obergericht.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.7	-0.3	1.4	
- Bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariaten, Umbauten)	-1.0	-0.2	0.8	- Verzögerungen in der Projektabrechnung und zeitliche Verschiebung von Vorhaben.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.7	-0.1	0.6	- Zurückhaltung und zeitliche Verschiebung von Mobiliarbeschaffungen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-944548	163261	-600000	-1381287	-436739

Bemerkungen

Verwendung: Die Notariate verwenden Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

Bildung: Die Leistungsgruppenrechnung der Erfolgsrechnung weist gegenüber dem Leistungsgruppenbudget eine Verbesserung von 14.7 Mio. Franken auf.

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2025 zu entnehmen, der etwa im Mai 2026 veröffentlicht wird (www.vgrzh.ch).

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A4	944	950	1054	104	10.9
L2	Eingänge	A4	1021	1000	1111	111	11.1
L3	Pendenzen	A4	584	480	641	161	33.5
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A4	6.2	6	6.4	0.4	6.7
B1	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle, in Fr.	A4	173690	170930	171720	790	0.5
B2	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A4	9390	9780	8920	-860	-8.8
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A4	568	650	635	-15	-2.3
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A4	261	220	254	34	15.5
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A4	104	70	152	82	117.1
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A4	11	10	13	3	30.0
W11	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände, in Fr.	A4	92900	120000	114500	-5500	-4.6

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Erledigungen lag 10% über den Erwartungen.
- L2 Die Anzahl der eingegangenen Fälle stieg im Berichtsjahr um 11% gegenüber dem budgetierten Wert an.
- L3 Die Anzahl der pendenten Fälle stieg gegenüber dem 2024 budgetierten Wert um 161 Fälle (33%).
- L4 Die prognostizierte Nettoverfahrensdauer erhöhte sich um 0.4 Monate. Dies liegt vor allem an der Zunahme der eingegangenen Fälle.
- B1 Dieser Indikator umfasst als Dividend die Grundlöhne der Richterinnen und Richter, einschliesslich Funktionszulagen, sowie die Grundlöhne des Personals einschliesslich Zulagen, jedoch ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen und den Beschäftigungsumfang von 42.7 Stellen als Divisor. Im Berichtsjahr wurden die Löhne an die Teuerung von 1.1% angepasst.
- B2 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess sank um rund 9% gegenüber dem budgetierten Wert, da die Anzahl der Erledigungen über den Erwartungen lag.
- W1, W2, W3, W4 Aufgrund der höheren Eingänge und der gestiegenen Nettoverfahrensdauer konnten weniger Fälle innert 6 Monaten abgeschlossen werden. Der Trend des Vorjahres – die Verlagerung in die Bereiche 12–24 Monate Bearbeitungsdauer – setzte sich im Berichtsjahr fort.
- W11 Die Höhe der Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände liegt im Rahmen des budgetierten Werts.

Entwicklungsschwerpunkte

9063 10a Laufende Überprüfung der personellen Mittel und Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Im Berichtsjahr wurde der Beschäftigungsumfang bei den Gerichtsschreibenden teilweise befristet bzw. abwesenheitskompensierend erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr konnten daher massgeblich mehr Fälle erledigt werden. Dem stand jedoch ein noch grösserer Anstieg der Eingänge gegenüber, weshalb sich die Pendenzen trotz Mehrerledigung weiter erhöhten. Negativ ins Gewicht fällt ferner die erhöhte Arbeitsbelastung der Gerichtsschreibenden und der Richtenden durch deren Mitarbeit bei den laufenden Digitalisierungsprojekten.

Stand bis
Verzögert 2028

9063 10c Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität, trotz der Umstellung auf digitale Prozesse und eine neue Geschäftsverwaltungssoftware

Die Verfahren, namentlich solche in anspruchsvolleren Fällen, lassen sich vermehrt nicht mehr innerhalb angemessener Zeit zum Abschluss bringen.

Verzögert 2028

9063 10d Gesamterneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten und Aufbau einer digitalen Infrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Der Regierungsrat beschloss, das Inkrafttreten von DigiLex um ein Jahr zu verschieben. Dies ermöglicht dem Verwaltungsgericht besser, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine geordnete Einführung von DigiLex zu schaffen. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Geschäftsverwaltungssoftware (Projekt Helium), die erst den erwünschten Effizienzgewinn aus der Digitalisierung erbringen würde, ist jedoch noch offen.

Verzögert 2028

9063 10e Bezug einer neuen Gerichtsliegenschaft, die einem zeitgemässen Gerichtsbetrieb dient und den kantonalen Standards bezüglich Sicherheit und Barrierefreiheit entspricht.

Der Bezug der neuen Gerichtsliegenschaft ist für Sommer 2029 vorgesehen. Der Bau der Liegenschaft durch die Vermieterin SBB AG verzögert sich aufgrund technischer Probleme.

Verzögert 2028

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
40.3	41.7	42.7	1.0	2.4

Bemerkungen R25 zu B25

- 1.0 Bei den Gerichtsschreibenden wurde der Beschäftigungsumfang zum Abbau von Pendenzen, für die Mitarbeit in Projekten und zur Überbrückung von Mutterschaftsurlauben und Urlauben zur Vorbereitung auf die Anwaltsprüfung erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.7	2.8	0.0	0.0	2.8	2.5	-0.3	-11.9
Aufwand	-11.5	-12.1	0.0	0.0	-12.1	-11.9	0.2	1.9
Saldo	-8.9	-9.3	0.0	0.0	-9.3	-9.4	-0.1	-1.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.4	0.3	41.7
Saldo	-0.2	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.4	0.3	41.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-0.1 Abweichungen total R25 zu B25^{plus}

- 0.1 - Im Berichtsjahr ergibt sich ein Minderertrag bei den Gerichtsgebühren von Fr. 330 000. Durch aufwandseitige Einsparungen von Fr. 220 000 konnte die Budgetüberschreitung auf Fr. 110 000 reduziert werden. Zusätzlich wurden Rücklagen von Fr. 49 000 in der Bilanz aufgelöst. Die tatsächliche Abweichung gegenüber dem Budget beträgt somit rund Fr. 60 000.
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.6	-0.4	0.3	
- Neue Liegenschaft	-0.6	-0.4	0.2	- Der Leistungsstand liegt aufgrund der Verzögerung des Bauprojekts Fr. 250 000 unter dem Budgetbetrag.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024	Verwendung	Antrag Bildung 2025	Bestand 31.12.2025	
plus Bildung 2024	2025	(verbucht 2026)	plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-207738	49000	0	-158738	49000

Bemerkungen

Es wurden Rücklagen von Fr. 49 000 im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und zur Teambildung verwendet.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2026 veröffentlicht wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigungen	A1	1470	1922	1723	-199	-10.4
L2	Eingänge	A1	1821	1950	2116	166	8.5
L3	Pendenzen	A1	1473	1514	1866	352	23.2
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	0.81	0.99	0.81	-0.18	-18.18
L5	Mittlere Verfahrensdauer in Monaten (Median)	A1		6.5	7.8	1.3	20.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	9725	8134	8497	363	4.5
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A1	164112	165948	166447	499	0.3
W1	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen innert 6 Monaten, in %	A1	42.7	40	35.4	-4.6	
W2	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten, in %	A1	41.3	40	28	-12	
W3	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten, in %	A1	14.0	17	26.3	9.3	
W4	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen über 24 Monate, in %	A1	2.0	3	10.3	7.3	
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsvertreter (URV)	A1	201078	250000	195522	-54478	-21.8
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	A1	0	4000	4500	500	12.5

Bemerkungen

- L1 Der Bestand an Gerichtsschreibenden war infolge von Austritten und Reduktionen des Beschäftigungsgrads um 200 Stellenprocente tiefer als geplant, was sich neben dem Abbau der befristeten Ersatzrichterstelle auf die Erledigungszahlen auswirkte.
- L2 Die Eingänge nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 295 Fälle zu.
- L3 Der Pendenzenbestand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 393 Fälle.
- L4 Die Eingänge überstiegen das Erledigungsvolumen um rund 23%.
- L5 Gegenüber dem Budgetwert erhöhte sich die mittlere Verfahrensdauer (Median) um 1.3 Monate.
- B1 Gegenüber dem Vorjahr, in dem aufgrund fehlender spruchreifer Fälle Gerichtsschreibende an andere Amtsstellen ausgeliehen wurden, sanken die Fallkosten um Fr. 1228, während sie gegenüber dem Budgetwert 2025 um Fr. 363 höher lagen.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle lag um 0.3% über dem Budgetwert.
- W1 Die gestiegene Pendenzenlast wirkte sich auf die Verfahrensdauer aus. Der Anteil der innert sechs Monaten erledigten Fälle lag um 4.6 Prozentpunkte unter dem Budgetwert.
- W2 Der Anteil der Verfahren mit einer Dauer zwischen sechs und zwölf Monaten lag um 12 Prozentpunkte unter dem Budgetwert.
- W3 Die Anzahl erledigter Fälle in der Kategorie zwischen 12 und 24 Monaten lag um 9.3 Prozentpunkte über dem Budgetwert.
- W4 Der Anteil der Erledigungen über 24 Monate lag im Rechnungsjahr bei 10.3% (7.3 Prozentpunkte über dem Budgetwert).
- W5 Die Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände blieben gegenüber dem Vorjahr konstant. Im Vergleich zum Budgetwert fielen sie um rund Fr. 50 000 tiefer aus.
- W6 Die Zahlungen des Staates an Parteien blieben im Rechnungsjahr unverändert tief und beliefen sich auf Fr. 4500.

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Stabilisierung der Pendenzen auf 1600.

Die Eingänge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 295 Fälle, wodurch die Zahl der Pendenzen auf 1866 anwuchs. Dadurch wird sich die Erreichung des Ziels verzögern.

Stand bis

Verzögert 2028

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 12 Monaten beträgt mindestens 80%.

Infolge des Anstiegs der Eingänge und der Pendenzen konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Der Anteil der innert 12 Monaten erledigten Fälle lag bei 63.4%.

Verzögert 2025

9064 1c Aktive Mitwirkung bei den laufenden Digitalisierungsprojekten in Bund und Kanton.

Die Digitalisierungsprojekte entwickeln sich planmässig.

Planmässig 2028

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
60.9	61.8	59.3	-2.5	-4.0

Bemerkungen R25 zu B25

Allg. Aufgrund von Austritten und verzögerten Wiederbesetzungen wegen zunächst defensiver Rekrutierungsstrategie wurde der Stellenplan im Rechnungsjahr nicht vollständig ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.8	0.5	0.0	0.0	0.5	0.6	0.1	24.7
Aufwand	-15.1	-16.0	0.0	0.0	-16.0	-15.3	0.7	4.5
Saldo	-14.3	-15.5	0.0	0.0	-15.5	-14.6	0.8	5.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-0.4	0.0	-15.6	-16.0	-3.1	12.9	80.6
Saldo	-1.3	-0.4	0.0	-15.6	-16.0	-3.1	12.9	80.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.2	A1	- Im Jahresdurchschnitt blieben rund 2 Personalstellen unbesetzt (verzögerte Wiederbesetzungen nach Austritten sowie unbesoldete Urlaube)
0.1	A1	- Das Projekt «Record Management System» (Einführung eines Systems zur elektronischen Akten- und Dokumentenverwaltung) verzögerte sich.
0.1	A1	- Bezug DAGs (Richter/innen) ausschliesslich in Form von Urlaub
0.1	A1	- Bezug DAGs (Personal) ausschliesslich in Form von Urlaub
0.1	A1	- Mehr Rückerstattungen (vor allem Gutachten)
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-16.0	-3.1	12.9	
- Neubauprojekt	-15.6	-3.0	12.6	- Das Neubauprojekt verzögerte sich. Im verbleibenden Rechnungsjahr konnten daher nur noch Ausgaben von rund 3 Mio. Franken getätigt werden.
- IT-Investitionen (Hardware)	-0.2	-0.1	0.1	- Für das Rechenzentrum in Bülach wurde ein WDM-Multiplexer (Komponente zur Bündelung mehrerer Datenkanäle) angeschafft.
- IT-Investitionen (Software/Digitalisierungsprojekte)	-0.2	0.0	0.2	- Für die Digitalisierungsprojekte «Justitia 4.0» (nationales Digitalisierungsprojekt der Justiz) und «Helium» (neue Applikation «Geschäftskontrolle») fielen im Berichtsjahr noch keine Kosten an.
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

9065 Baurekursgericht

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut – von 851 auf 799 Eingänge (2023: 982; 2022: 1012; 2021: 984; 2020: 956; 2019: 815; 2018: 789). Erledigt wurden 812 Rekursverfahren (Vorjahr: 914). Die Pendenzen sanken um 2% auf 697 Geschäfte (Vorjahr: 710; 2023: 773; 2022: 806; 2021: 733). Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) konnte im Berichtsjahr auf 4,3 Monate gesenkt werden (Vorjahr: 4,6 Monate). Innert der gesetz-

lichen Ordnungsfrist von 6 Monaten konnten 78% der Verfahren erledigt werden (Vorjahr: 79%).

Am 23. Juni wählte der Kantonsrat Michael Stünzi zum ordentlichen Richter (Ersatz für die per 28. Februar zurückgetretene Beatrice Bosshard).

Auf der Website des Baurekursgerichts (www.baurekursgericht-zh.ch) stehen der Öffentlichkeit neben allgemeinen Informationen aktuelle Entscheide und eine Entscheidungsdatenbank mit Urteilen ab 1990 zur Einsicht offen.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen. Seit dem 1. Januar 2021 können überdies auf das Mehrwertausgleichsgesetz gestützte Regelungen beim Baurekursgericht angefochten werden.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG)
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A1, A2	914	1000	812	-188	-18.8
L2	Eingänge	A1	851	1000	799	-201	-20.1
L3	Pendenzen	A1, A3	710	750	697	-53	-7.1
L4	Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A1, A3	4.6	5	4.3	-0.7	-14.0
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.		132553	134777	133229	-1548	-1.1
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A1	4259	4690	5551	861	18.4
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A1, A3	725	800	635	-165	-20.6
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A1, A3	149	150	151	1	0.7
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A1, A3	37	50	26	-24	-48.0
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A1, A3	3	0	0	0	

Bemerkungen

Allg. Positiv hervorzuheben ist, dass im Berichtsjahr mehr Rekurse erledigt wurden als eingegangen sind (799 Eingänge, 812 Erledigungen).

Entwicklungsschwerpunkte

9065 10a Laufende Überprüfung der personellen Mittel und der Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Die Überprüfung fand im Berichtsjahr laufend statt. Im Fokus standen die vergleichsweise hohe Zahl von personellen Wechseln bei den Gerichtsschreibenden (Vorjahr: keine Wechsel) und die personelle Beanspruchung durch zahlreiche IT-Projekte (insbesondere DigiLex, Justitia 4.0 und Helium).

Stand bis
Planmässig 2028

9065 10b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Aufbau einer Digitalisierungsinfrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte DigiLex, Helium und Justitia 4.0 findet in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht statt.

Verzögert 2027

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	28.1	30.4	28.9	-1.5	-4.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.4	0.0	0.0	2.4	2.0	-0.4	-18.4
Aufwand	-6.3	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-6.5	0.6	8.8
Saldo	-3.9	-4.7	0.0	0.0	-4.7	-4.5	0.2	3.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	11.5
Saldo		-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	11.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.4		- Einsparungen von Fr. 351 200 durch verzögerte Stellenwiederbesetzungen/-veränderungen, Vakanzen und höhere Rotationsgewinne (rund 14% der vorgenannten Einsparungen) als üblich. Der ausgewiesene Betrag beinhaltet auch die Sozialzialversicherungsabgaben. Dies gilt wo angezeigt für die ganze Kommentierung.
0.2		- Weitere Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 196 600 hauptsächlich durch Minderausgaben bei den Entschädigungen an die Richter (Fr. 61 200), Lohnrückerstattungen aus Versicherungsleistungen (Fr. 40 000), Urlaubsbezug von Dienstaltersgeschenken (Fr. 23 100), bezogene, unbezahlte Urlaube (Fr. 23 100), Minderausgaben bezüglich Überbrückungszuschüsse (Fr. 20 000) sowie durch übrige, sich aus verschiedenen Positionen zusammensetzende, personalbezogene Minderausgaben (Fr. 29 200)
0.2		- Einsparungen beim übrigen Aufwand von Fr. 176 700, die sich hauptsächlich durch gemäss Vorgaben zu hoch budgetierte, interne Verrechnung der IT-Kosten (Fr. 73 600) und durch Minderausgaben für Gutachten (Fr. 67 300), durch einen sparsamen Umgang bzw. geringeren allgemeinen Bedarf (Fr. 35 800) ergeben.
-0.1		- Mehrausgaben von Fr. -102 700 ergeben sich hauptsächlich durch die Teuerungszulage 2025 (Fr. -50 700), individuelle Lohnerhöhungen (Fr. -20 500), Weiterbildung im Zusammenhang mit der Digitalisierung (Fr. -12 700) sowie durch übrige personalbezogene Mehrausgaben (Fr. -18 800).
-0.1		- Technische Rundung
-0.4		- Die Ertragsabweichung von insgesamt Fr. -445 400 resultiert im Wesentlichen daher, dass die budgetierten Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekursurledigungen im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden konnten.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.1	-0.1	0.0	
- Teilweiser Ersatz der Beleuchtungsanlage in Umsetzung der von der Schweiz übernommenen Richtlinie 2011/65 der EU	-0.1	-0.1	0.0	- Der Ersatz der Beleuchtungsanlage konnte im Berichtsjahr abgeschlossen und in Betrieb genommen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -196382	Verwendung 2025 4085	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026) 0	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025 -192297	Veränderung Bestand 4085

Bemerkungen
Auflösung von Rücklagen
Massnahmen zur Förderung der Unternehmenskultur/Teambuilding

9066 Steuerrekursgericht

Im Berichtsjahr gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr sowie im Vergleich zur Planung geringfügig mehr Geschäfte beim Steuerrekursgericht ein. Die Anzahl der Geschäftserledigungen lag leicht unter dem Vorjahres- und Planungswert. Die Pendenzenlast näherte sich nach dem letztjährigen Tiefststand wieder dem Planungswert an. In finanzieller Hinsicht konnte das Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr leicht sowie im Vergleich zur Planung deutlich besser abgeschlossen werden. Bei einem dem Vorjahreswert entsprechenden und geringfügig unter der Planung liegenden Gebührenertrag konnten im Vergleich zum Vorjahr aufwandsseitig insbesondere bei den Wertberichtigungen für Gerichtsgebühren erhebliche Einsparungen getätigt werden. Im Vergleich zur Planung kommen Einsparungen insbesondere bei

den Ersatzrichtendenhonoraren, Gutachterkosten und tatsächlichen Forderungsverlusten hinzu. Das Projekt Helium für die Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware befindet sich in der Initialisierungsphase für das Teilprojekt E-Akte sowie in der Konzeptionsphase für das Teilprojekt Überführung der Rechnungslegung in SAP. Im Hinblick auf die Einführung des digitalen Rechtsverkehrs per 2027 (Digi-Lex) ist im Berichtsjahr das integrale Scanning neu eingehender Geschäfte initiiert worden. Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts über das Jahr 2025. Dieser wird voraussichtlich im April 2026 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Webseite www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A3	534	533	519	-14	-2.6
L2	Eingänge	A3	498	533	551	18	3.4
L3	Pendenzen	A3	333	370	365	-5	-1.4
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A3	7.6	8	7.7	-0.3	-3.8
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A3	142985	143574	145625	2051	1.4
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A3	4443	4728	4411	-317	-6.7
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A3	279	270	301	31	11.5
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A3	167	150	111	-39	-26.0
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A3	64	91	79	-12	-13.2
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A3	24	22	28	6	27.3

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der Geschäftseingänge lag deutlich über dem Vorjahreswert (551 anstatt 498 Geschäfte) und moderat über dem Planungswert (551 anstatt 533 Geschäfte).
- L1 Mit 519 Erledigungen wurden der Vorjahreswert sowie der Planungswert (534 bzw. 533 Geschäfte) knapp verpasst. Ein leicht unter der Planung liegender Beschäftigungsumfang (15.8 anstatt 16.1 Vollzeitstellen) stand der vollständigen Erreichung des Planungswerts entgegen.
- L3, L4 Die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Geschäftseingängen verbunden mit der leicht unter der Planung liegenden Anzahl Geschäftserledigungen führte zu einem Wiederanstieg der Anzahl Pendenzen von 333 auf 365 Geschäfte. Dieser Wert lag unter dem Planwert. Die Nettoverfahrensdauer entsprach mit 7.7 Monaten weitestgehend dem Vorjahreswert (7.6 Monate) und lag tiefer als in der Planung vorgesehen (8 Monate).
- B2 Der im Vergleich zur Planung erhöhte Wert entspricht weitestgehend den darin nicht enthaltenen individuellen Lohn-erhöhungen/Teuerung. Erstere konnten im Berichtsjahr nicht durch Rotationsgewinne kompensiert werden.
- W1 Die Anzahl Erledigungen innert 6 Monaten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr absolut (von 279 auf 301) wie auch prozentual (von 52.2% auf 58.0%). Der Planungswert wurde ebenfalls übertroffen.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess lag moderat unter dem Vorjahres- sowie deutlich unter dem Planwert. Im Vergleich zum Vorjahr konnten bei beinahe gleichbleibendem Ertrag die durch die Teuerung bzw. Lohnentwicklung erhöhten Personalkosten durch einen stark verminderten Wertberichtigungsbedarf mehr als kompensiert werden. Im Vergleich zur Planung konnte – bei nur geringfügig tieferem Ertrag – zudem bei den Ersatzrichtendenentschädigungen, Gutachterkosten und tatsächlichen Forderungsverlusten gespart werden.

Entwicklungsschwerpunkte

9066 1a Stabilisierung der Pendenzenlast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität

Trotz eines geringfügigen Wiederanstiegs der Pendenzenlast von 333 auf 365 Geschäfte wurde der Planungswert (370 Geschäfte) unterschritten.

Stand bis

Planmässig 2027

9066 10a Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Durchführung Digitalisierungsprojekt Justitia 4.0 von Bund und Kantonen (Bundesplattform Rechtsmittelverkehr und Justizakten-Applikation)

Im Gegensatz zur Einführung der E-Akte sowie der Überführung des Rechnungswesens in SAP dürfte die vollständige Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware mit allen Funktionalitäten bis Ende 2027 voraussichtlich nicht realisierbar sein.

Verzögert 2027

9066 10b Digitalisierung des Rechtsmittelverkehrs einschliesslich Scanning (Projekt DigiLex Kanton Zürich)

Der Regierungsrat hat das Inkrafttreten der Revision auf den 1. Januar 2027 verschoben. Das Scanning wurde beim Steuerrekursgericht bereits eingeführt.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
15.8	16.1	15.8	-0.3	-1.9

Bemerkungen R25 zu B25

R25 zu B25 Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber, dreimonatige Vakanz bei den Gerichtsschreibenden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.2	1.2	0.0	0.0	1.2	1.2	-0.1	-4.3
Aufwand	-3.5	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.4	0.3	7.6
Saldo	-2.4	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-2.3	0.2	9.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

0.2 Abweichungen total R25 zu B25^{plus}

- 0.2 A1, A2, A3 - Geringerer Sachaufwand (insbesondere geringeres Honorarvolumen für Gutachten [+0.076], geringere Wertberichtigung Gerichtskostenforderungen [+0.058] sowie geringere tatsächliche Forderungsverluste [+0.051])
- 0.1 A1, A2, A3 - Geringere Personalkosten (insbesondere geringeres Entschädigungsvolumen Ersatzrichterschaft [+0.077], geringere Löhne Gerichtsschreibende durch Überkompensation Lohnentwicklung durch Nichtinanspruchnahme Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber und Vakanz bei den Gerichtsschreibenden [+0.027], Versicherungsleistungen [+0.01]. Lohnentwicklung Richterschaft [-0.017])
- 0.1 A1, A2, A3 - Geringerer Ertrag (insbesondere tiefere Rückerstattungsvolumen für Gutachterkosten infolge des Rückgangs von Geschäften mit Gutachtenbedarf [-0.038])
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-62618	15679	-30000	-76939	-14321

Bemerkungen

Im Vergleich zur Budgetierung konnten beim Personalaufwand insgesamt erhebliche Einsparungen getätigt werden. Mehrkosten ohne Einflussmöglichkeiten (z.B. Teuerungsausgleich/Lohnerhöhungen) standen mehrheitlich Minderkosten ohne Einflussmöglichkeiten des Steuerrekursgerichts gegenüber (Versicherungsleistungen, Vakanz Gerichtsschreibendenstelle). Gewisse Minderkosten (Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber, verringertes Honorarvolumen Ersatzrichtende durch zurückhaltende Zuweisung von Geschäften) konnte das Steuerrekursgericht beeinflussen. Die Einsparungen beim Sachaufwand waren weitestgehend durch externe Umstände verursacht. Mit konsequenten Inkassomassnahmen bis hin zu Konkursbegehren konnte das Steuerrekursgericht indessen den verminderten Wertberichtigungsbedarf für Gerichtskostenforderungen sowie durch Energiesparmassnahmen die Energiekosten positiv beeinflussen. Der prognostizierte kumulierte Gebührenertrag zulasten Privater und der Steuerbehörden wurde nur ganz knapp verpasst. Aufgrund des weiterhin unter den Erwartungen liegenden Rückerstattungsvolumens als Folge der geringen Anzahl Geschäfte mit Gutachtenbedarf wurde das Gesamtertragsziel moderat verfehlt.

Zu konsolidierende Organisationen

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3883.5	3900.7	0.0	0.0	3900.7	3918.7	18.0	0.5
Aufwand	-3887.4	-3903.2	0.0	0.0	-3903.2	-3910.9	-7.8	-0.2
Saldo	-3.9	-2.5	0.0	0.0	-2.5	7.7	10.2	408.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.3	5.7	0.0	4.5	10.2	2.4	-7.7	-76.0
Ausgaben	-72.5	-73.4	0.0	-6.2	-79.5	-62.3	17.2	21.7
Saldo	-62.2	-67.7	0.0	-1.7	-69.3	-59.9	9.5	13.7

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres wurden die Ticketpreise im Zürcher Verkehrsverbund um durchschnittlich 2,1% erhöht. Die letzte Tarifierhöhung im Dezember 2023 lag unter dem nationalen Durchschnitt. Zuvor waren die Preise während sieben Jahren stabil geblieben, obwohl das Angebot im öffentlichen Verkehr kontinuierlich ausgebaut und verbessert wurde. Gemäss der vom Kantonsrat verabschiedeten ZVV-Strategie 2025–2029 soll der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs weiterhin über 60% liegen.

Vor diesem Hintergrund kommt nicht zuletzt der Einhaltung der Ticketpflicht eine zentrale Bedeutung zu. Jährlich entstehen dem Zürcher Verkehrsverbund durch Reisen ohne gültigen Fahrausweis Einnahmeausfälle von mindestens 80 Mio. Franken, die über höhere Ticketpreise oder Steuergelder kompensiert werden müssen. Mit dem Aktionstag «Billett bitte» zeigten der Zürcher Verkehrsverbund und die Verkehrsunternehmen im September auf, weshalb Ticketkontrollen notwendig sind und zur langfristigen Finanzierbarkeit des dichten Angebots des öffentlichen Verkehrs beitragen.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.3	25.4	25.4	0.0	0.0
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.1	13	13.6	0.6	4.6
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	53.4	55.2	54.5	-0.7	-1.3
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen, in Mio.	A1	0.5	0.7	0.5	-0.2	-28.6
B1	Kostenunterdeckung pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.53	4.3	4.2	-0.1	-2.3
B2	Kostenunterdeckung Verbund, in Mio. Fr.	A1	417.9	404.8	396.5	-8.3	-2.1
B3	Gesamtkosten pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	12.42	12.3	12.1	-0.2	-1.6
B4	Kostendeckungsgrad, in %	A1	63.5	65	65.2	0.2	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	3834	3920			
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	78	76	78	2	

Bemerkungen

- L1, L2 Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.
- L4 Im Budgetwert waren fälschlicherweise die Leistungen der Fähre Horgen–Meilen in den Schiffskilometern enthalten, obwohl diese nicht durch den Zürcher Verkehrsverbund finanziert werden. Diese führten zu einer entsprechenden Abweichung gegenüber der Rechnung.
- B1, B2, B3 Trotz tieferer Verkehrserlöse konnte die budgetierte Kostenunterdeckung geringfügig unterschritten werden. Dies primär dank des geringeren Leistungsentgelts an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen.
- B4 Der Kostendeckungsgrad konnte gegenüber dem Vorjahresniveau leicht auf 65.2% verbessert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

9300 6a Die aufgrund der Bevölkerungs-, der Arbeitsplatz- und der Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr wird abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt.

Das tatsächliche Nachfragewachstum im Gebiet des Zürcher Verkehrsverbunds lag im Rahmen der Erwartungen. Das Angebot wird punktuell angepasst, dies primär im Bus- und Trambereich. Bei der Zürcher S-Bahn sind relevante Angebotsentwicklungen erst wieder möglich, wenn die hierfür notwendigen Infrastrukturen bereitstehen (insbesondere MehrSpur Zürich–Winterthur und 4. Gleis Bahnhof Stadelhofen).

Stand bis

Planmässig 2029

9300 6b Das Angebot wird angepasst, wo Optimierungen nötig sind sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist. Die Ausgestaltung des Angebots trägt zum Dekarbonisierungsziel des Kantons bei.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Verfahren für die nächste Fahrplanperiode 2027/2028 wurde im Berichtsjahr gestartet.

Planmässig 2029

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

9300 6c Die Kundenzufriedenheit soll in der Messung Servicequalität des ZVV auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten werden.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann. Mit 78 von 100 möglichen Punkten übertraf die Gesamtzufriedenheit im Berichtsjahr trotz anspruchsvollem Umfeld wie bereits in den Vorjahren den in der ZVV-Strategie definierten Zielwert.

Planmässig 2029

9300 6d Die Kostenunterdeckung wird nach dem geplanten Wegfall der Vorteilsanrechnung und infolge des höheren Preis- und Zinsniveaus sowie gestiegener Energiekosten auf höherem Niveau stabilisiert. Der Kostendeckungsgrad soll dabei über 60% gehalten werden.

Der Kostendeckungsgrad konnte über dem in der ZVV-Strategie definierten Ziel von 60% gehalten werden. Jedoch liegt die Entwicklung der Verkehrserlöse unter den bisherigen Planungsannahmen, was sich negativ auf die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbunds auswirkt.

Planmässig 2029

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden klimafreundlich und energieeffizient erbracht. Der ZVV trägt mit seinem emissionsarmen und wirtschaftlichen Betrieb zu einer guten Lebensqualität im Kanton Zürich bei.

Die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung werden bei den Fahrzeug-Neubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Im Schiffsbereich konnte im Berichtsjahr mit der EMS Uetliberg das erste von drei Schiffen der Albisklasse der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft vollständig elektrifiziert werden. Grundsätzlich bleibt die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs mit Blick auf das zeitliche Zusammenspiel zwischen Fahrzeugbeschaffungen und Ladeinfrastruktur, aber auch bezüglich des Betriebs und der Finanzierung ein äusserst anspruchsvolles und komplexes Vorhaben. Die Finanzierung der für die Dekarbonisierung nötigen Infrastrukturen aus dem Verkehrsfonds ist infolge der Investitionspriorisierung derzeit teilweise nicht gesichert, was die Zielerreichung längerfristig gefährden könnte.

Planmässig 2029

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
37.6	39.0	39.2	0.2	0.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 146.2	1 157.1	0.0	0.0	1 157.1	1 138.1	-19.0	-1.6
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	208.9	202.4	0.0	0.0	202.4	198.2	-4.1	-2.1
Aufwand	-1 146.2	-1 157.1	0.0	0.0	-1 157.1	-1 138.1	19.0	1.6
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	20.6
Saldo		-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	20.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.0	A1	- Insbesondere infolge der geringeren Entschädigungen an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung des ZVV trotz tieferer Verkehrseinnahmen um 8.3 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 4.1 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Verwendung 2025	Antrag Bildung 2025 (verbucht 2026)	Bestand 31.12.2025 plus Bildung 2025	Veränderung Bestand
-267 707	0	0	-267 707	0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	337.9	291.2	-46.7	-13.8
Finanzvermögen¹⁾	337.9	291.2	-46.7	-13.8
Flüssige Mittel	3.7	3.6	-0.0	-0.5
Forderungen	311.9	253.0	-58.9	-18.9
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	22.3	34.6	12.3	55.0
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.2	0.0	-0.2	-100.0
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	0.2	0.0	-0.2	-100.0
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen	0.2	0.0	-0.2	-100.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	338.1	291.2	-46.9	-13.9
Fremdkapital	-337.9	-291.0	46.9	13.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-318.0	-276.4	41.6	13.1
Laufende Verbindlichkeiten	-37.8	-23.5	14.3	37.9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-30.0	-14.0	16.1	53.6
Passive Rechnungsabgrenzung	-242.0	-238.3	3.7	1.5
Kurzfristige Rückstellungen	-8.2	-0.7	7.5	91.5
Langfristiges Fremdkapital	-19.9	-14.6	5.3	26.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-9.8	-4.1	5.7	57.7
Langfristige Rückstellungen	-10.1	-10.4	-0.4	-3.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-338.1	-291.2	46.9	13.9
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	337.9	291.2	-46.7	-13.8

9350 Forensisches Institut Zürich

Das Forensische Institut Zürich (FOR) hat den Status einer kantonalen Polizeibehörde und ist als «Spurenpolizei» seit dem 1. Januar 2022 eine selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt, betrieben durch den Kanton Zürich und die Stadt Zürich. Das Institut ist für polizeiwissenschaftliche und foren-

sisch-kriminaltechnische Belange zuständig. Das Institutspersonal setzt sich aus zivilen Angestellten des FOR sowie Angehörigen der Kantonspolizei Zürich und der Stadtpolizei Zürich zusammen.

Aufgaben

- A1 Kriminaltechnisch-forensische Grundversorgung mit Spurensicherung und Spurenauswertung, dem sogenannten Sachbeweis, für Polizei und Strafuntersuchungsbehörden im Kanton Zürich sowie kriminaltechnisch-forensische und unfalltechnische Spezialversorgung im Kanton Zürich, für andere Kantone sowie den Bund
- A2 Gefahrenabwehr wie Chemiefachberatung am Ereignisort und Entschärfung (Unschädlichmachung) von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen im Auftrag der Kantone als einer von drei nationalen Entschärfungsstützpunkten
- A3 Wissenstransfer in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten für eigene Fachkräfte und Partner
- A4 Angewandte Forschung und Entwicklung in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten zwecks Erkennung von Trends und Weiterentwicklung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Forensischen Instituts Zürich (FOR); auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1 Spurensicherungen am Ereignisort	A1	3592	3500	3680	180	5.1
L2 Kriminal- und unfalltechnische Spurenauswertungen	A1	21905	17000	23330	6330	37.2
L3 Erkennungsdienstliche Erfassungen	A1	10371	9500	10199	699	7.4
L4 Einsätze Zürcher Entschärfungsdienst	A2	119	100	144	44	44.0
L5 Stunden für Instruktionen/Ausbildung	A3	19065	23000	20450	-2550	-11.1
B1 Aufträge pro Vollzeitstelle (inkl. abkommandierter Korpsangehöriger der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich)	A1	233	175	241	66	37.7
W1 Fingerabdruck-Treffer	A1	2345	1800	2509	709	39.4
W2 DNA-Treffer	A1	1299	900	1466	566	62.9
W3 Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmende mindestens «gut», in %	A3	92	90	96	6	6.7
W4 Laufende Projekte angewandte Forschung und Entwicklung	A4	28	20	30	10	50.0

Bemerkungen

- B1 Zunahme kriminaltechnischer Aufträge
- L2 Mehr Fingerabdruck- und DNA-Treffer generieren mehr interne Aufträge.

Entwicklungsschwerpunkte

9350 1b Ausbau von 3D-Technologie sowie Augmented Reality und Virtual Reality für forensische Anwendungen

Die Etappenziele konnten im Rahmen des CC-XR (Kompetenzzentrum Extended Reality) zusammen mit polizeilichen Partnern erreicht werden. Stand bis

9350 1c Digitalisierung und Weiterentwicklung der Auswertung von digitalen Spuren

Intelligente Analysesysteme zur Spurenauswertung werden punktuell eingesetzt. Abgeschlossen 2025

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	71.3	72.6	73.3	0.7	1.0

Bemerkungen R25 zu B25

- 0.7 Kostenneutrale Stellenumwandlungen innerhalb des Instituts

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9350

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	43.8	45.6	0.0	0.0	45.6	44.0	-1.6	-3.4
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	25.5	26.9	0.0	0.0	26.9	25.4	-1.5	-5.6
Aufwand	-43.8	-45.6	0.0	0.0	-45.6	-44.0	1.6	3.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.9	-0.9	0.0	-0.4	-1.3	-1.3	0.0	0.5
Saldo	-0.9	-0.9	0.0	-0.4	-1.3	-1.3	0.0	0.5
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen				
Ausgaben total	-1.3	-1.3	0.0					
- Sachinvestitionen (Geräte und Fahrzeuge)	-1.3	-1.3	0.0					
- Übrige	0.0	0.0	0.0					

Ausgeglichene Rechnung ohne Antrag auf Gewinnverwendung / Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Rechnung des Forensischen Instituts Zürich soll mittelfristig ausgeglichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Kostenbeiträge des Kantons Zürich und der Stadt Zürich

so berechnet, dass der jährliche Aufwand kostendeckend finanziert werden kann. Im Berichtsjahr konnte eine kostendeckende Finanzierung innerhalb des Budgets mit ausgeglichener Rechnung gewährleistet werden. Damit entfällt ein Antrag auf Gewinnverwendung bzw. Verlustdeckung.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9350

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	5.8	2.8	-3.0	-51.0
Finanzvermögen¹⁾	5.8	2.8	-3.0	-51.0
Flüssige Mittel				
Forderungen	5.4	2.2	-3.2	-59.5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.3	0.6	0.3	89.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	-0.0	-23.3
Anlagevermögen	4.6	5.0	0.4	8.2
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	4.6	5.0	0.4	8.2
Sachanlagen	4.6	5.0	0.4	8.2
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	10.4	7.8	-2.6	-24.9
Fremdkapital	-10.4	-7.8	2.6	24.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-10.2	-7.6	2.6	25.5
Laufende Verbindlichkeiten	-9.9	-7.2	2.7	27.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-0.3	-0.4	-0.1	-20.4
Langfristiges Fremdkapital	-0.2	-0.2	-0.0	-8.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.2	-0.0	-8.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital				
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-10.4	-7.8	2.6	24.9
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	5.8	2.8	-3.0	-51.0

9600 Universität Zürich

Die Zahl der Studierenden stieg auf einen neuen Höchstwert von 28 785. Die Universität stärkt systematisch fachübergreifende Ansätze. Die neuen interdisziplinären Bachelorprogramme Astronomie und Astrophysik, Angewandte Mathematik und Machine Learning, Religious Studies and Theology sowie der Una Europa Joint Bachelor in Sustainability wurden lanciert. Auf Masterstufe nahmen die interdisziplinären Programme Global Futures, Evolutionary Language Science sowie Gesundheit im Kontext von Ethik, Spiritualität und Religionen den Studienbetrieb auf. Neue Formate wie das AI in Teaching Forum sowie ein KI-Kompetenzraster unterstützen Dozierende bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Mithilfe der Förderlinie Transform wurde das Responsible AI Cluster und das inter fakultäre Forschungszentrum CrimeLab-UZH gegründet.

Als neues Leading House Asia Pacific fördert die Universität im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation die Forschungszusammenarbeit mit Ländern im asiatisch-pazifischen Raum.

Ralph Ossa ist als Nachfolger von Christian Schwarzenegger als Prorektor Professuren und wissenschaftliche Information gewählt, er tritt sein Amt am 1. August 2026 an. Das neu berufene Nobelpreisträger-Ehepaar Esther Duflo und Abhijit Banerjee baut das Zentrum für Entwicklungsökonomie, Bildung und Politikgestaltung auf. Mit den neu erlassenen Autor-schaftsrichtlinien stärkte die Universität die Standards guter wissenschaftlicher Praxis.

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L9	Studierende gesamt	A1	28476	28570	28785	215	0.8
L5	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14667	14600	14857	257	1.8
L6	Studierende in Masterstudiengängen	A1	7782	7940	7727	-213	-2.7
L7	Studierende Lehramt	A1	594	520	635	115	22.1
L8	Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5433	5510	5566	56	1.0
L2	Habilitationen	A2, A3	82	80	50	-30	-37.5
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	26693	27512	27303	-209	-0.8
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2	44.9	47	45.7	-1.3	
B6	Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität, in %	A2, A3	21.5	21	21.3	0.3	
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaft (inkl. Doktorierende)	A1	82.0	68	81.8	13.8	20.3
B5	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	55.0	58	52.3	-5.7	-9.8
W8	Abschlüsse gesamt	A1	5589	6220	6069	-151	-2.4
W9	Bachelorabschlüsse	A1	2377	2770	2545	-225	-8.1
W10	Masterabschlüsse	A1	2177	2460	2495	35	1.4
W11	Abschlüsse Lehramt	A1	231	170	213	43	25.3
W15	Verliehene Dokorate	A1, A2, A3	804	820	816	-4	-0.5
W2	Laufende SNF-Projekte	A2	590	540	616	76	14.1
W3	Laufende EU-Projekte	A2	151	195	140	-55	-28.2
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss, in %		99	98	99	1	

Bemerkungen

- L9, L6, Die Zahl der Studierenden übertraf den bisherigen Höchstwert aus dem Vorjahr (+309) und liegt zudem auch deutlich über dem budgetierten Wert (+215). Rund zwei Drittel des Zuwachses entfallen auf die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, insbesondere auf die Studienrichtungen Finance und Betriebswirtschaftslehre. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät verzeichnete einen leichten Anstieg und die Medizinische Fakultät wuchs aufgrund einer höheren Anzahl an Doktorierenden. Die Studierenden nahmen über alle Studienstufen hinweg zu; einzig in den Masterstudiengängen war ein Rückgang zu beobachten, der mit einer erhöhten Anzahl an Abschlüssen einhergeht.
- L2 Die Zahl der Habilitationen hängt von der Anzahl der gestellten und bewilligten Anträge in den Fakultäten ab. Im Berichtsjahr ist sie, wie bereits im Vorjahr, rückläufig, bewegt sich jedoch weiterhin innerhalb der üblichen jährlichen Schwankungen.
- L7 Gegenüber dem Vorjahr ist erneut ein Zuwachs bei der Zahl der Studierenden zu verzeichnen, die nach einem Masterstudium ein Lehrdiplomstudium aufnehmen. Zusätzlich absolvieren 267 Studierende ein Lehrdiplomstudium parallel zu ihrem Master- oder Doktoratsstudium. Diese Personen sind in der Statistik den Master- bzw. den Doktoratsstudiengängen zugeordnet, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die effektive Zahl der Studierenden im Lehrdiplomstudium beträgt insgesamt 902 (Vorjahr: 872).
- B1, B2, In den Kennzahlen R25 ist der zusätzliche Kantonsbeitrag für den teilweisen Ausgleich der Lohnsteigerung enthalten. Die Berechnung bei B1 bezieht sich ausschliesslich auf den Kantonsbeitrag der Bildungsdirektion.
- W8, Die deutliche Erhöhung der Zahl der Abschlüsse gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf die Philosophische Fakultät zurückzuführen. Im Vorjahr kam es dort aufgrund prozessualer Veränderungen beim Studienabschluss zu einer einmaligen Verschiebung von Abschlüssen ins Jahr 2023. Die Zahl der Abschlüsse hat sich im Berichtsjahr wieder stabilisiert. Die Budgetwerte basieren noch auf den Werten von 2023 und berücksichtigen daher den Sondereffekt, der bei den Bachelorabschlüssen besonders ausgeprägt war.
- W11 Das Wachstum der Lehrdiplomstudierenden in den vergangenen Jahren zeigt sich erneut in einer hohen Abschlusszahl, die den prognostizierten Wert übertrifft.
- W2 Die Zahl umfasst sämtliche an der UZH zu irgendeinem Zeitpunkt im Berichtsjahr laufenden SNF-Projekte im Bereich Projektförderung. Aufgrund der in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigenden Antragszahlen sowie des wachsenden SNF-Budgets nahm auch die Anzahl laufender Projekte stetig zu. Für die kommenden Jahre ist jedoch mit einer Stagnation bzw. einer Deckelung zu rechnen, da das Budget des SNF zunehmend unter Druck steht.
- W3 Die Zahl der EU-Projekte unterliegt Schwankungen, da die meisten Ausschreibungen nicht themenoffen sind. Der Erfolg bei der Einwerbung hängt stark von den jeweiligen, jährlich wechselnden Ausschreibungsthemen ab. Die Projekte aus dem Vorgängerprogramm Horizon 2020 laufen zunehmend aus, und aufgrund der Nichtassoziiierung der Schweiz ans aktuelle EU-Programm Horizon Europe in den Jahren 2021–2024 waren einige Programmbereiche für Forschende aus der Schweiz nicht zugänglich. Diese Faktoren haben in den letzten Jahren zu einem Rückgang der Anzahl Projekte geführt. Mit der Reassoziiierung ab dem Berichtsjahr sollte sich die Situation wieder ändern, die Effekte zeigen sich aber zeitverzögert, da zwischen Ausschreibung und Projektstart mind. acht Monate liegen.
- W6 Die Veröffentlichung der Resultate der Erhebung des Berichtsjahres ist noch ausstehend. Daher wurde der Indikatorwert R24 übernommen.

Entwicklungsschwerpunkte

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Stand bis

Im Berichtsjahr stärkte die Universität über die Universitäre Medizin Zürich die klinische Forschung und die Nachwuchsförderung in der Medizin gezielt über strategische Fördergefässe. Mit dem Advanced Clinician Scientist Program unterstützte sie acht klinisch tätige Forschende in einer fortgeschrittenen Karrierephase und bereitete die zweite Ausschreibung für 2026 vor. Zudem wurden der Aufbau und Betrieb translationaler Forschungsinfrastrukturen und vier neu geförderter Technologieinitiativen vorangetrieben, welche die Nutzung klinischer Daten, interdisziplinäre Zusammenarbeit und den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die klinische Praxis ermöglicht.

Planmässig 2027

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Im Berichtsjahr wurden 20 bestehende Kompetenzzentren weitergeführt, wovon sechs nach Ablauf ihrer regulären Anerkennungsphase dank einer erfolgreichen Beurteilung für weitere vier Jahre von der Universitätsleitung verlängert wurden. Zwei Kompetenzzentren haben sich im Berichtsjahr aufgelöst: Das 2014 gegründete Kompetenzzentrum Sleep & Health Zurich und das 1995 gegründete und etablierte Ethik-Zentrum werden ihr Label als Kompetenzzentrum abtreten und ihre Aktivitäten in anderer Form weiterführen. Eine gesamtuniversitäre Arbeitsgruppe unter der Leitung der Prorektorin Forschung analysierte im Berichtsjahr die strategische Weiterentwicklung des Fördergefässes der Kompetenzzentren. Auf dieser Grundlage ist vorgesehen, allfällige Reformen ab 2026 schrittweise zu konzipieren und umzusetzen.

Planmässig 2027

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)

Im Berichtsjahr wurden die laufenden fünf Universitären Forschungsschwerpunkte der dritten Serie planmässig weitergeführt. Ebenso der von der Universität geleitete Nationale Forschungsschwerpunkt Evolving Language, der Forschungsgruppen aus der Linguistik, der Informatik und den Sozial- und Naturwissenschaften an mehreren Schweizer Hochschulen vereint.

Der Bundesrat hat sechs Förderanträge des Schweizerischen Nationalfonds für Nationale Forschungsschwerpunkte bewilligt. Zwei dieser prestigeträchtigen Grossprojekte sind an der Universität angesiedelt. Dieser bedeutende Erfolg ist das Resultat einer langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung und schafft optimale Voraussetzungen für die nachhaltige Stärkung und Weiterentwicklung auf zwei Gebieten der Spitzenforschung.

Planmässig 2027

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Die Drittmittelerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr stark gesteigert werden. Die Diversifizierung der Finanzierungsbasis der Universität mittels konsequenter Einwerbung kompetitiver Drittmittel und Stärkung der UZH Foundation entspricht der Strategie der Universität und wird auch in den nächsten Jahren so weiterverfolgt. Gleichzeitig arbeitet die Universität an Massnahmen, um eine angemessene Höhe an Drittmittel-Reserven sicherzustellen, dies auch gemäss den Feststellungen der Finanzkontrolle im Jahresbericht 2024.

Planmässig 2027

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

In der Philosophischen Fakultät wurde eine erkennbare Verbesserung der Betreuungsverhältnisse durch neu geschaffene Professuren ermöglicht. In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät konnte dies aufgrund verzögerter Wiederbesetzungen nur in begrenztem Umfang realisiert werden.

Planmässig 2027

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Mit UZH.ai etablierte die Universität eine neue universitätsweite Plattform, die Aktivitäten rund um Künstliche Intelligenz in Forschung, Lehre und Verwaltung bündelt und den Wissenstransfer stärkt. Im Berichtsjahr setzte die Universität besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung von Studierenden als AI Coaches und Accessibility Coaches. Sie unterstützen Lehrpersonen bei der Umsetzung digitaler sowie barrierearmer Lehr- und Prüfungsformate. Die Universität lancierte einen KI-Assistenten für Studierende, der im Berichtsjahr in ersten Bachelorstudiengängen eingesetzt wurde. Der AI Buddy erleichtert die Studienorganisation und beantwortet Fragen zu Kurswahl, Prüfungen und Campusleben. Er wird gemeinsam mit Studierenden kontinuierlich weiterentwickelt.

Planmässig 2027

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Die Förderung des akademischen Nachwuchses hat an der Universität einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich bereits auf Masterstufe, wo spezialisierte Programme in zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen angeboten werden. Doktorierende und Postdocs werden durch zentrale Eigenmittel sowie durch vielfältige strukturierte Doktoratsprogramme gezielt unterstützt. Ergänzend bietet der Graduate Campus als speziell auf Nachwuchsforschende ausgerichtete Einheit ein breites Angebot an überfachlichen Qualifizierungsformaten, finanzieller Förderung, Coaching und Beratung. Im Berichtsjahr setzte der Graduate Campus mehrere neue, durch Drittmittel finanzierte Fördermassnahmen für Postdocs um. Dazu gehörten insbesondere die Überarbeitung der Anstellungsbedingungen für Postdocs, ein Mentoringprogramm für weibliche Postdocs sowie der Ausbau des Kursangebots im Bereich Entrepreneurship.

Planmässig 2027

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

Die Psychologische Beratungsstelle von Universität und ETH führte im Berichtsjahr knapp 1500 Erstgespräche mit Studierenden und Doktorierenden beider Hochschulen. Um der hohen Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, setzt sie seit dem Berichtsjahr vermehrt auf Gruppenangebote. Zudem prüfte sie innovative Beratungsformate basierend auf Künstlicher Intelligenz, die zur Überbrückung von Wartezeiten eingesetzt werden können. Im Berichtsjahr lancierten die Universität und ETH gemeinsam das Projekt AI Competence Hub. Dieser zielt auf die Stärkung der KI-Kompetenzen von Dozierenden und Studienprogrammverantwortlichen ab und bietet praxisnahe Orientierung in Form eines Kompetenzrasters, didaktischer Materialien sowie Austauschformaten.

Planmässig 2027

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Die Immobilienstrategie zeigt Wirkung: Governance, Nutzerinteraktion, Resilienz und Serviceportfolio sind gestärkt. Zentrale Projekte wie FORUM UZH und Rochadebau PORTAL UZH schreiten planmässig voran. Die Campusentwicklung Oerlikon wird durch Investitionen sowie die Nutzung bestehender Infrastruktur, insbesondere an der Affolternstrasse 56 für Med500+, nachhaltig vorangetrieben. Die Universität hat ihre Investitionsplanung entlang der kantonalen Priorisierungen angepasst. Mehrere Vorhaben wie der Neubau Zentrum für Zahnmedizin / Comprehensive Cancer Center Zürich und der Gloriarank Süd sowie die Gesamtsanierung Botanischer Garten sind betroffen und müssen zeitlich verschoben werden. Das Forschungsgebäude Lengg kann im derzeitigen Korridor der Investitionsplanung nicht finanziert werden. Ein künftiger Fokus liegt auf Digitalisierung, Kostenoptimierung und Nachhaltigkeit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

Planmässig 2030

9600 2j Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523)

Im Berichtsjahr starteten vier DIZH-geförderte (Assistenz-)Professor/innen; damit unterstützen die DIZH und Universität insgesamt 35 DIZH-Professuren. Aus der Gruppe der Brücken-Postdocs fanden drei Personen Anstellungen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Universität Lausanne und in der Bundeskanzlei. Durch die 13 Abschlüsse des PhD Excellence Programs im Berichtsjahr stieg die Gesamtzahl auf 56 und übertraf damit die in Vorlage 5523 definierte Zielgrösse von fünfzig Abschlüssen. Über 1000 Studierende nahmen an DIZH-Studienprogrammen teil. Das im Strategy Lab 2025 erarbeitete Positionspapier zur Zukunft der Quantenmechanik wurde publiziert und unter anderem im Bundesparlament vorgestellt. Im Berichtsjahr wirkten Forschende der Universität in 57 teilweise hochschulübergreifenden Projekten des DIZH-Innovationsprogramms mit (Vorjahr: 46).

Planmässig 2029

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
5403.9	5460.0	5429.0	-31.0	-0.6

Bemerkungen R25 zu B25

-31.0 Die Entwicklung des Personalbestands liegt sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch zum Budget innerhalb der langjährigen natürlichen Fluktuation der UZH. Insgesamt fällt der Personalbestand leicht tiefer aus als geplant. Das gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Personalwachstum ist grösstenteils auf die medizinischen Dienstleistungsinstitute zurückzuführen und resultiert neben dem Ausbau des Dienstleistungsangebots vor allem aus der Umwandlung bestehender Arbeitsverhältnisse. Für den Aufsuchenden Dienst Forensic Nurses (RRB Nr. 1320/2023) wurde die Anzahl der Stellen im Berichtsjahr erhöht. Zudem wurden die Digitalisierungsvorhaben in der Zentralen Informatik weiter ausgebaut.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1699.0	1687.7	0.0	0.0	1687.7	1727.3	39.7	2.4
- Beiträge Bund	150.7	150.5	0.0	0.0	150.5	150.9	0.4	0.3
- Beiträge anderer Kantone	147.8	147.6	0.0	0.0	147.6	145.5	-2.1	-1.4
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	763.0	783.7	0.0	0.0	783.7	788.8	5.2	0.7
Aufwand	-1697.2	-1687.7	0.0	0.0	-1687.7	-1724.8	-37.1	-2.2
Saldo	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	2.6	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1.2	1.2	0.0
Ausgaben	-49.4	-41.4	0.0	0.0	-41.4	-42.3	-0.9	-2.2
Saldo	-43.1	-41.4	0.0	0.0	-41.4	-41.2	0.3	0.7

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.6		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
19.7	A1, A2, A3	- Höherer Ertrag aus kantonsinternen Leistungsverrechnungen, vor allem für Dienstleistungen an die universitären Spitäler (Personalleistungen und Laboruntersuchungen)
16.2	A1, A2, A3	- Höhere Erträge bei Drittmitteln, bei Projekteinnahmen vom Bund sowie bei Beiträgen von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
5.2	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich: Teilweiser Ausgleich der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 (3.9 Mio. Franken), kompetitiv erworbene Zusprachen aus dem DIZH-Innovationsprogramm (2.2 Mio. Franken), Sondereffekte (-0.8 Mio. Franken, unter anderem rückwirkende Re-Assoziierung an Horizon Europe).
0.4	A1, A2, A3	- Höhere Grundbeiträge des Bundes gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)
-1.9	A1, A2, A3	- Geringere Einnahmen aus Dienstleistungen
-2.1	A1, A2, A3	- Geringere IUV-Einnahmen infolge tieferer Anzahl an Studierenden aus anderen Kantonen, wobei die medizinischen Studiengänge (höchste Tarifstufe) besonders stark betroffen sind.
-3.0	A1, A2, A3	- Höherer übriger Betriebsaufwand
-6.5	A1, A2, A3	- Höherer Aufwand für interne Leistungen von kantonalen Stellen (vor allem universitäre Spitäler)
-10.3	A1, A2, A3	- Höherer Betriebsaufwand infolge der Anpassung der Aktivierungsgrenze an den kantonalen Standard sowie höhere Abschreibungen auf mobile Anlagen
-15.1	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand allem infolge der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	1.2	1.2	
- Übrige	0.0	1.2	1.2	
Ausgaben total	-41.4	-42.3	-0.9	
- Projekte zur Erneuerung und Entwicklung der Grundausstattung an Wissenschafts- und Forschungsgeräten, IT-Infrastruktur und weiteren mobilen Anlagen sowie (Erst-) Ausstattung bei Immobilienvorhaben. Ab 2025 sind Investitionen für die «Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen» geplant.	-41.4	-42.3	-0.9	- Die Investitionen für Mobilien liegen leicht über Budgetkredit. Die Mehrausgaben entstehen unter anderem durch eine grössere Anzahl von Beschaffungsprojekten aus Professorship-Start-up-Budgets sowie aufgrund des Projektfortschritts für die Planung der Ausstattung des Grossprojekts FORUM UZH. Das Spezialprojekt «Projekt next Generation Campus» wird im Berichtsjahr vollständig abgeschlossen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2025 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 2 580 050.59 ab (Vorjahr: Gewinn von Fr. 1 787 950.27).

Der Universitätsrat beantragt, den Gewinn dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen: Entnahme von Fr. 903 582.15 aus den Reserven ohne Zweckbindung
Einlage von Fr. 4 795 562.05 in die Reserven mit interner Zweckbindung
Einlage von Fr. 241 198.74 in die Reserven mit externer Zweckbindung
Entnahme von Fr. 1 553 128.05 aus den Reserven Drittmittelprojekte (Separate Rechnung)

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	424.4	450.2	25.7	6.1
Finanzvermögen¹⁾	424.4	450.2	25.7	6.1
Flüssige Mittel	5.3	6.4	1.1	21.6
Forderungen	374.1	403.9	29.8	8.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	43.3	38.0	-5.3	-12.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.8	1.9	0.1	7.5
Anlagevermögen	211.2	200.0	-11.2	-5.3
Finanzvermögen¹⁾	22.6	22.4	-0.2	-0.8
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	22.6	22.4	-0.2	-0.8
Verwaltungsvermögen	188.6	177.6	-11.0	-5.9
Sachanlagen	173.2	163.5	-9.7	-5.6
Immaterielle Anlagen	11.7	10.3	-1.4	-12.0
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.3	0.2	-0.1	-34.1
Beteiligungen	0.7	0.7	-0.0	-0.9
Investitionsbeiträge	2.6	2.7	0.2	6.7
Total Aktiven	635.6	650.2	14.5	2.3
Fremdkapital	-534.5	-546.4	-12.0	-2.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-161.0	-180.4	-19.4	-12.0
Laufende Verbindlichkeiten	-64.9	-90.9	-26.0	-40.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-76.7	-71.5	5.2	6.7
Kurzfristige Rückstellungen	-19.5	-18.0	1.5	7.7
Langfristiges Fremdkapital	-373.4	-366.0	7.4	2.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-10.1	-9.1	0.9	9.4
Langfristige Rückstellungen	-23.2	-24.4	-1.2	-5.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-340.2	-332.5	7.7	2.3
Eigenkapital	-101.1	-103.7	-2.6	-2.6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-99.4	-101.1	-1.8	-1.8
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-1.8	-2.6	-0.8	-44.3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-635.6	-650.2	-14.5	-2.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	447.0	472.6	25.6	5.7

9690 Zentralbibliothek

Am 1. März nahm die neue Direktorin Dr. Priska Bucher ihre Tätigkeit auf. Entwicklungsschwerpunkte im Berichtsjahr bestanden in der Hinwendung zu einer vermehrt strategischen und verantwortungsvollen Nutzung von KI-Potenzialen, einer bewussten Auseinandersetzung mit und Weiterentwicklung der Organisationskultur und der Weiterentwicklung des Produktportfoliomanagements. Neben der Aufrechterhaltung und teilweisen Aktualisierung des umfangreichen Tagesgeschäfts wurde sodann die Umsetzung der gemeinsamen Strategie von der Zentralbibliothek und der Universitätsbibliothek neu fokussiert mit dem Ziel, Doppelarbeit und zu aufwendige übergeordnete Strukturen zu vermeiden.

Weitere Projektarbeiten zum Vorteil der Nutzenden hatten die Erweiterung eines bildungsorientierten Kulturangebotes, Verbesserungen im Bereich Informationsressourcen, die Weiterentwicklung des Lern- und Begegnungsraumangebots, die vertiefte Beratung und Vermittlung für die verschiedenen Nutzergruppen sowie die Weiterentwicklung der Forschungs- und Publikationsunterstützung zum Gegenstand. Das umfassende (interne) Projekt Records Management konnte dem Betrieb übergeben werden. Der Jahresbericht 2025 der ZB erscheint in der ersten Jahreshälfte 2026 nach der Abnahme durch den Stiftungsrat.

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublishierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt – auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen – wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Ausleihen	A1	266181	230000	253603	23603	10.3
L2	Gesamtzuwachs Medien	A2	94600	80000	122749	42749	53.4
L3	Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	12586	9500	21726	12226	128.7
B2	Besucher/innen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	4608	4000	4686	686	17.2
B3	Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate pro Vollzeitstelle	A1	30995	31813	31201	-612	-1.9
W2	Nutzung Eigendigitalisate, in Mio.	A1	1.08	1.07	1.02	-0.05	-4.67
W3	Nutzung E-Medien, in Mio.	A1	4.51	4.68	4.58	-0.10	-2.14

Bemerkungen

- L1 Die Ausleihen von Printmedien haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig entwickelt. Im Budget wurde im Zuge der verschiedenen Digitalisierungsvorhaben ein stärkerer Rückgang erwartet.
- L2 Es wurden zahlreiche elektronische Zeitschriftenarchive angeschafft, um die Zugänglichkeit zu bisher nur in Print vorhandenen Beständen zu verbessern.
- L3 Die Ausstellungen der Zentralbibliothek, einschliesslich des umfangreichen Rahmenprogramms dazu, waren grosse Publikumserfolge. Zudem wurden mehr Veranstaltungen als im Vorjahr angeboten.
- B2 Die Zahl der Besucherinnen und Besucher ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (841 000 Zutritte gegenüber 831 000 im Vorjahr). Im Budget wurde aufgrund der geplanten Sanierungsarbeiten (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 2c) ein Besucherrückgang erwartet. Wegen des Projektunterbruchs Sanierung Altbau (vgl. Bemerkungen zur Investitionsrechnung) ist dieser Besucherrückgang im Berichtsjahr noch nicht eingetreten.
- B3 Siehe Begründung zu W2 und W3
- W2 Der leichte Rückgang liegt innerhalb der Schwankungsbreite. Diese entsteht durch stetig angepasste technische Massnahmen zur Herausrechnung von Bot-Zugriffen.
- W3 Gegenüber dem Vorjahr wird eine weitere Steigerung verzeichnet, trotz der Budgetabweichung von 2%.

Entwicklungsschwerpunkte

9690 2c Stufenweise Umsetzung einer umfassenden Sanierung des Altbaus sowie weiterer Gebäudeteile (Chor, Schulungsraum, Digitalisierungszentrum, Aufenthaltsraum) der Zentralbibliothek

Wegen sich abzeichnender Kostenüberschreitungen wurde das Projekt trägerseitig unterbrochen, um es grundsätzlich zu überprüfen. Ende Berichtsjahr bewilligten der Regierungsrat und der Stadtrat eine zusätzliche Ausgabe, so dass das Projekt weitergeführt werden kann.

Stand bis
Verzögert 2026

9690 2e Umsetzung der gemeinsamen Strategie von Universitätsbibliothek und Zentralbibliothek, im Zeitraum 2024 bis 2027, mit den Stossrichtungen Open Science unterstützen, digitale Kompetenzen fördern, Wissenschaft und Gesellschaft vernetzen, Räume neu denken sowie Mitarbeitende und Strukturen entwickeln

Die Arbeiten an allen Stossrichtungen schreiten voran. Das Projekt Transformation bzw. der Abteilungsentwicklungsplan der Universitätsbibliothek hat teils zu Verzögerungen in der gemeinsamen Umsetzung und zu Anpassungen geführt.

Verzögert 2027

9690 2f Fortlaufende Verlagerung hin zu digitalen Angeboten unter Beachtung sowohl der nationalen Open-Access-Strategie als auch der Bedürfnisse der Nutzenden

Wo sinnvoll und machbar, sind Verlagerungen erfolgt oder in Umsetzung.

Planmässig 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
180.4	180.8	179.5	-1.3	-0.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	48.5	43.3	0.0	0.0	43.3	44.3	1.0	2.2
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	30.6	30.8	0.0	0.0	30.8	30.8	0.0	0.0
Aufwand	-49.8	-45.8	0.0	0.0	-45.8	-45.7	0.1	0.2
Saldo	-1.3	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-1.4	1.1	42.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.5	5.7	0.0	4.5	10.2	0.4	-9.7	-95.7
Ausgaben	-3.9	-5.7	0.0	-4.0	-9.7	-0.4	9.3	95.7
Saldo	-0.4	0.0	0.0	0.5	0.5	0.0	-0.5	-95.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
0.6	A1, A2, A3	- Mehrertrag aufgrund nicht budgetierter Weiterverrechnungen von Personal-, Projekt- und sonstigen Dienstleistungen
0.3	A1, A2, A3	- Mehrertrag durch nicht realisierten Wertschriftenertrag
0.3	A1, A2, A3	- Minderaufwand Energiekosten
-0.2	A1, A2, A3	- Mehraufwand Abschreibungen
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	10.2	0.4	-9.7	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratbeschluss	10.2	0.3	-9.9	- Das Projekt «Sanierung Altbau» wurde aufgrund einer umfassenden Kostenüberprüfung unterbrochen (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 2c).
- Rückzahlung Darlehen der Swiss Library Plattform (SLSP)		0.1		- Nicht budgetierte Darlehensrückzahlung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-9.7	-0.4	9.3	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratbeschluss	-9.7	-0.3	9.4	- Das Projekt «Sanierung Altbau» wurde aufgrund einer umfassenden Kostenüberprüfung unterbrochen (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 2c).
- Anschaffungen von Grossgeräten		-0.1		- Nicht budgetierte Anschaffungen von Scannern
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat im Berichtsjahr die Umsetzung der drei strategischen Ausrichtungen «transformativ, unternehmerisch und europäisch» ihrer neuen Strategie lanciert und vorangetrieben. Damit stärkt die Hochschule ihre Rolle als Innovationsmotor und verlässliche Partnerin für Gesellschaft und Wirtschaft. Dass die Hochschule einen essenziellen Beitrag zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft leistet, wurde in einer Wertschöpfungsstudie extern bestätigt. Die Umsetzung der Strategie erfolgt koordiniert in allen Departementen und zentralen Einheiten sowie mit den Strategischen Initiativen ZHAW digital und ZHAW entrepreneurship sowie einer Beteiligung an der

Europäischen Hochschulallianz EELISA, in der zehn renommierte Hochschulen zusammenarbeiten. Zudem hat die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zur Stärkung der Durchlässigkeit im Schweizer Bildungssystem ein neues Anrechnungsmodell für Absolventinnen und Absolventen von Höheren Fachschulen beschlossen.

Mit der Anpassung des Strategiecockpits und der Vorbereitung der Re-Akkreditierung stellt die Hochschule die Qualität und Transparenz ihrer Leistungen sicher. Diese Entwicklungen unterstreichen ihre Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit.

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	14037	15200	14372	-828	-5.4
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	11529	12590	11685	-905	-7.2
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	2508	2610	2687	77	3.0
L4	Anteil erweiterten Leistungsauftrags gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	45.7	44.4	47.2	2.8	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.7	10.1	10.5	0.4	
L6	Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	32	31.3	33.8	2.5	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	3	3	2.9	-0.1	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	15033	14599	15184	585	4.0
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHAW, in %	A1, A2	35.8	36.7	36.3	-0.4	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	30	31.4	30.6	-0.8	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	79.9	80.9	80.2	-0.7	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	2810	2730	2849	119	4.4
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	929	830	908	78	9.4
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2486	2360	2453	93	3.9

Bemerkungen

- L1 Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der Studierenden auf Bachelor- und Masterstufe um 335 Personen gestiegen, was einem Wachstum von +2.4% entspricht. Auf Bachelorstufe wurden die höchsten Wachstumsraten in den Bereichen Angewandte Psychologie (+34/+7.1%) und Technik und Informationstechnologie (+75/+3.8%) verzeichnet. Den stärksten Rückgang gab es im Bereich Soziale Arbeit (-18/-2.2%). Auf Masterstufe zeigten die Gesundheit (+38/+11.7%) und Angewandte Linguistik (+11/+11.1%) die grössten Steigerungen. In keinem Fachbereich ist es im Master zu einem Studierendenrückgang gekommen. Die Anzahl der Studierenden lag auf Bachelorstufe -7.2% unter Budget, auf Masterstufe mit +2.9% über Budget. Nach dem leichten Rückgang von 2021 auf 2022 und der stagnierenden Entwicklung 2023 wurde ein stärkeres Wachstum bei den Studierendenzahlen erwartet. Der Planwert für das Berichtsjahr wurde im Frühjahr 2024 festgelegt und liegt damit fast zwei Jahre zurück, was zu einem eher optimistischen Ansatz in der Planung führte.
- L4 Der Kostenanteil in den Bereichen Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung sowie Dienstleistungen insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und lag über Budget. Dieser Anstieg gegenüber der Planung ist auf die Weiterbildung sowie die anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung zurückzuführen. Erfreulicherweise konnte in den Leistungsbereichen Weiterbildung sowie anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung wiederum ein Wachstum der Drittmittel sowohl gegenüber Budget als auch Vorjahr erzielt werden.
- L5 Der Anteil der Weiterbildung am gesamten Leistungsauftrag ist im Vergleich zum Budget höher, jedoch im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Die Drittmittel in der Weiterbildung zeigen im Jahresvergleich ein Wachstum von +1.8%.
- L6 Der Anteil der anwendungsorientierten Forschung & Entwicklung am gesamten Leistungsauftrag ist im Vergleich zum Budget und Vorjahr gestiegen. Gleichzeitig konnte gegenüber Vorjahr ein Drittmittelwachstum von +2.4% realisiert werden.
- B1 Der Kostenbeitrag des Kantons pro Studierende/n ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen und lag über dem Budget. Die Vorgaben zum Haushaltsvollzug (RRB Nr. 30/2025) konnten dank weiterer Ergebnisverbesserungen in den Leistungsaufträgen und einer unterproportionalen Entwicklung des Personalbestands ohne kantonale Zusatzfinanzierung eingehalten werden.
- B2 Der Kostenbeitrag des Kantons am Gesamtumsatz lag erfreulich um 0.4% Prozentpunkte unter dem Budget und damit auf dem sehr guten Niveau von unter 37%.
- B3 Die erzielte Quote von 30% entspricht der vom Bund im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG, Art. 50 lit. b) avisierten Quote bei den Fachhochschulen.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen ist mit knapp 80.2% gegenüber Vorjahr um 0.3 Prozentpunkte gestiegen und weiterhin erfreulich auf einem sehr hohen Niveau.
- W1 Die Anzahl der Bachelordiplomabschlüsse lag über dem Budget und über Vorjahr. Das stärkste Wachstum der Bachelordiplomabschlüsse wurde im Bereich Chemie und Life Sciences verzeichnet, mit einem Zuwachs von +96 Abschlüssen (+29.9%). Den grössten Rückgang gab es im Bereich Architektur und Bauingenieurwesen mit 18 Bachelorabschlüssen weniger als im Vorjahr (-16.5%).
- W2 Die Anzahl der Masterdiplomabschlüsse lag über dem Budget, jedoch unter dem Vorjahr. Den grössten Zuwachs der Masterdiplomabschlüsse verzeichnete der Bereich Soziale Arbeit mit einem Zuwachs von +15 (+53.6%). Den grössten Rückgang gab es im Bereich Architektur, Bau und Planungswesen, mit -6 Masterdiplomen weniger als im Vorjahr (-23.1%).
- W3 Im Vergleich zum Budget ist die Anzahl der anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungsprojekte um +3.9% gestiegen. Zudem konnte eine Erhöhung der durchschnittlichen Drittmittel pro Forschungsprojekt um +3.8% verzeichnet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

9710 2c Die 2019 von der Hochschulleitung verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie wird umgesetzt.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften setzte im Berichtsjahr zentrale Massnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie um. Mit Challenge Accepted wurde eine Kommunikationskampagne zur Reduktion der Flugemissionen im Bereich Geschäftsreisen lanciert und ein Mobilitätsfonds für emissionsarme Reisealternativen pilotiert. Die Pendel-Mobilitätsbefragung wurde erneut durchgeführt, um Emissionen zu erfassen und Optimierungspotenziale zu erkennen. Im Projekt Farm-to-Table wurden Ansätze für eine nachhaltigere ausgewogene Ernährung weiterentwickelt und erprobt. Im Rahmen ihrer Anstrengungen zur Koordination des Klimaneutralitätsprogramms des Zurich Knowledge Center for Sustainable Development erarbeitete die Hochschule einen wissenschaftlich fundierten Kriterienkatalog für die Beschaffung von negativen Emissionen und stimmte diesen mit kantonalen Stellen und Zürcher Hochschulen ab.

Stand bis

Abgeschlossen 2025

9710 2d Entwicklung und Umsetzung der strategischen Initiative «ZHAW entrepreneurship»

Die strategische Initiative hat das interdisziplinäre und praxisnahe Angebot für Studierende deutlich ausgebaut: Pro Jahr nehmen inzwischen über 280 Studierende an Summer Schools, Innovation Challenges, ZHAWenture und Hackathons teil und mehr als 500 Studierende und Mitarbeitende besuchen die Events. Erste StudentLabs in Winterthur sind bezogen, ein neuer Verein Bridged mobilisiert zusätzliche Studierende für Entrepreneurship und gemeinsam mit Departementen konnten Drittmittel für Entrepreneurship eingeworben werden. Die Zwischenevaluation bestätigt die Wirkung der engen Anbindung an regionale Wirtschaftspartnerinnen und -partner und das Innovationsökosystem. Erste Innovationsprojekte mit Unternehmen werden weiterverfolgt, Talente gezielt gefördert und mehrere Teams bereiten konkret Gründungen vor.

Planmässig 2026

9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 1)

Die beiden neuen Laborgebäude bilden einen zentralen Meilenstein für die zukünftige Hochschulinfrastruktur der School of Engineering. Nach heutigem Stand ist bei der Fertigstellung mit einer Verzögerung von rund einem Jahr zu rechnen. Der Bezug des ersten Gebäudes ist neu für 2027 geplant, jenes des zweiten Gebäudes für 2030.

Verzögert 2029

9710 2i Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich Energie

Die erworbenen Kompetenzen und Netzwerke im Rahmen des Schwerpunktes haben sich etabliert, was sich an der weiterhin sehr erfolgreichen Beteiligung bei den SWEET-Ausschreibungen des Bundesamtes für Energie sowie anderen Projekten widerspiegelt. Eine weitergehende spezifische Stärkung der Energieforschung muss nicht angestrebt werden, sodass das ZHAW Energy Research Board im Berichtsjahr aufgelöst und der Schwerpunkt abgeschlossen wurde. intern besteht das Netzwerk jedoch als ZHAW Energy and Climate weiter, zudem werden die Aktivitäten wo immer möglich mit der Initiative ZHAW sustainable gebündelt.

Abgeschlossen 2025

9710 2j Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Reidbach und Campus Grüental)

Der Baufortschritt des Laborneubaus Shedhalle RS am Campus Reidbach verläuft planmässig und der Bezug wird auf Herbstsemester 2026 erfolgen. Am Campus Grüental wurde im Schlossareal ein provisorischer Laborbau GU sowie ein Robotik-Labor mit studentischen Arbeitsplätzen erfolgreich bezogen. In Grüental wurde zudem eine Agri-Photovoltaikanlage für Forschungszwecke realisiert. Das Varianzverfahren wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen und aufgrund der Teilportfoliostrategie eine Stellungnahme zur Verschiebung des Laborgebäudes RT erstellt. Die Ergebnisse werden in einen Masterplan überführt, um die langfristige Raumentwicklung des Standorts sicherzustellen. Bis dahin sind weitere provisorische Übergangsnutzungen notwendig, damit die Anforderungen des Hochschulbetriebs gedeckt werden können.

Planmässig 2032

9710 2l Strategische Initiative ZHAW digital (Umsetzung Strategie Bildung und digitale Transformation) sowie Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Die strategische Initiative ZHAW digital fördert gemäss ihrem Auftrag die Bereiche Forschung und Bildung sowie die digitale Transformation an der Hochschule selbst. Dazu wurden an geeigneten Stellen der Hochschule Projekte finanziert, um diesen Wandel aktiv und mit bestehenden Strukturen voranzutreiben, sodass die Effekte nachhaltig überdauern können. Darüber hinaus vergibt Hochschule digital Mittel, um Personen und Vorhaben zu fördern, die einen übergeordneten Nutzen für die Gesellschaft oder die Hochschule stiften oder an relevanten Innovationen im Bereich der digitalen Transformation tätig sind. In Zusammenarbeit mit der DIZH werden Kooperationen mit anderen kantonalen Hochschulen ausdrücklich gefördert.

Planmässig 2029

9710 2m Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 2 Gebäude TH)

Der Kanton, die Stadt Winterthur und die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften haben gemeinsam die Vision Wissensquartier Winterthur entwickelt. Im Rahmen der neuen Teilportfoliostrategie Fachhochschulen 2025 des Regierungsrates wird die zwischenzeitlich sistierte Entwicklung des Teuchelweiherplatzes als Entwicklungsfläche am Standort Winterthur wieder aufgenommen. Gleichzeitig wird die infrastrukturelle Entwicklungsstrategie des Campus Technikumstrasse entlang den Vorgaben der Teilportfoliostrategie Fachhochschulen 2025 grundlegend überarbeitet.

Planmässig 2033

9710 2n Entwicklungen im Rahmen von Open Science sowie Teilnahme an entsprechenden Initiativen und Programmen

Die Projekte im Bereich Open Access GOAL und Open Research Data (z.B. DEmbedded) sind erfolgreich abgeschlossen worden. Das vom Bund mitfinanzierte Projekt fAlr wird nach zwei Jahren Ende 2026 beendet. Die Projekte DEmbedded, GOAL und ROADS werden in Folgeprojekte im Jahr 2026 vertieft und ergänzt. Die Hochschule konnte sich im Berichtsjahr in verschiedenen Vorhaben der Aktionslinien in den Bereichen Open Access, Open Research Data und Open Education & Digital Competencies als Leading House oder als Projektpartner beteiligen. Im Themenfeld Open Science bringt sie ihre Fachexpertise in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien, Konferenzen, Weiterbildungsformaten und strategischen Roundtables ein.

Abgeschlossen 2025

9710 2p Konsolidierung und Ausbau der Studien- und Weiterbildungsangebote

Die Konsolidierung sowie der Ausbau der Bildungsangebote wurden im Berichtsjahr mit verschiedenen Massnahmen gefördert. Die neue Rahmenordnung für die Weiterbildung an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften sowie die Richtlinie zur internen Kooperation bei Modulen sind in Kraft getreten. Digitale Vor-Ort-Prüfungen mit der Prüfungssoftware SMOWL sind in den ordentlichen Betrieb übergegangen. Der systematische Übertritt zwischen Höheren Fachschule und Fachhochschule sowie Microcredentials in der Weiterbildung wurden in der ganzen Hochschule eingeführt.

Abgeschlossen 2025

9710 2q Umsetzung der Lifelong-Learning-(LLL-)Strategie

Im Kontext von Lifelong-Learning wurden im Berichtsjahr in zahlreichen Studiengängen die Möglichkeiten für den Erwerb zukunftsorientierter Wissen- und Lernkompetenzen erweitert. Der Erwerb unternehmerischer Kompetenzen wurde durch unterschiedliche Formate (auch in Zusammenarbeit mit EELISA) gefördert. In der interdepartementalen Kooperation wurden die Kooperation auf Modulebene strukturell ausgebaut und die Bildungsangebote aktiv abgestimmt. Das laufende Projekt Lernakademie fördert die asynchrone und individualisierte Vermittlung von Kleinstlerneinheiten für die Weiterbildungspraxis. Mit Microcredentials in der Weiterbildung wurde die Zertifizierung von Kompetenzen bzw. deren Mobilität und Stapelbarkeit im Sinne einer individuellen Bildungsbiografie wesentlich gestärkt.

Planmässig 2028

9710 2r Räumliche Entwicklung Standort Zürich

Die Teilportfoliostrategie Fachhochschulen 2025 sieht langfristig die Nutzung des Standorts Hohlstrasse sowie neu auch die Weiternutzung der Flächen im Toni-Areal vor. Mit der Umsetzung dieser Vorgaben ist nach heutigem Wissensstand erst in den frühen 2040er-Jahren zu rechnen.

Planmässig 2030

9710 2s Aufbau Zusammenarbeit im Rahmen von EELISA (European Engineering Learning Innovation and Science Alliance)

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beteiligt sich aktiv an der EELISA Allianz und ist an allen zehn Work Packages beteiligt. Delegationsreisen und Delegationsbesuche zur Vernetzung wurden mit Allianzpartnern durchgeführt. Regelmässige Work Package Meetings finden mit der Allianz als auch auf Ebene der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften statt und mehrere Joint-Master-Programme mit Allianzpartnern sind in Planung. Die Hochschule ist bereits vollwertige Partnerin im PhD Program Quantum Technology and Nanoscience. Bisher wurden innerhalb der Allianz 153 EELISA Credentials durch Angebote der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften vergeben und die EELISA-Kommunikation wurde im Betriebsjahr stark ausgebaut. Zudem wurde die EELISA Summer University mit rund 30 Teilnehmenden durchgeführt.

Planmässig 2026

9710 2t Förderung von interdisziplinären Initiativen (z.B. Kompetenzzentrum für Technologien in der Gesundheitsversorgung [GEKONT], Angewandte Gerontologie AGe+)

Die Förderung vielfältiger interdisziplinärer Initiativen ist unverändert essenziell und wird fortgeführt. Die einzelnen Initiativen sind naturgemäss in unterschiedlichem Status, in Summe ist der Fortschritt planmässig.

Planmässig 2026

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

9710 Zu Umsetzung der Hochschulstrategie 2025–2035

Mit der neuen Richtlinie Strategisches Umsetzungsprogramm ZHAW wird die Umsetzung der Hochschulstrategie durch die Abstimmung der jährlich rollierenden strategischen Umsetzungsprogramme der zentralen Einheiten sichergestellt. Auch die Departemente stellen in ihren Strategien konkret den Bezug zu den drei Stossrichtungen her. Im Rahmen des ersten Zyklus haben im Betriebsjahr die zentralen Einheiten ihr Umsetzungsprogramm für 2026 und 2027 verfasst. Die Hochschulentwicklung konsolidiert diese. Anfang 2026 wird das konsolidierte strategische Umsetzungsprogramm durch die Hochschulleitung beschlossen.

Planmässig 2035

Personal

	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2757.7	2820.0	2780.7	-39.3	-1.4

Bemerkungen R25 zu B25

-39.3 Gegenüber Budget ist der Personalbestand um 1.4% gesunken, was mit der Studierendenplanung zusammenhängt. Gegenüber Vorjahr ist der Anstieg des Personalbestandes insbesondere auf das Wachstum in den Leistungsbereichen Weiterbildung und anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung zurückzuführen, wobei der Personalzuwachs im Verhältnis zum Wachstum dieser Bereiche wie auch dem Studierendenwachstum unterproportional ausfällt. Die weitere Entwicklung hängt massgeblich von der Entwicklung der Studierendenzahlen ab.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	588.9	605.0	0.0	0.0	605.0	600.8	-4.2	-0.7
- Beiträge Bund	97.8	104.2	0.0	0.0	104.2	99.3	-4.9	-4.7
- Beiträge anderer Kantone	87.1	96.4	0.0	0.0	96.4	88.0	-8.4	-8.7
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	211.0	221.9	0.0	0.0	221.9	218.2	-3.7	-1.6
Aufwand	-586.3	-605.0	0.0	0.0	-605.0	-596.7	8.3	1.4
Saldo	2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	4.2	4.2	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.4					0.7	0.7	0.0
Ausgaben	-13.1	-19.4	0.0	-1.8	-21.2	-13.4	7.7	36.5
Saldo	-12.7	-19.4	0.0	-1.8	-21.2	-12.7	8.4	39.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.2		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
11.0	A1, A2	- Die Entgelte, Erträge sowie der Finanzertrag liegen um 11 Mio. Franken (+9.5 %) über Budget und um 7 Mio. Franken (+5.9 %) über Vorjahr. Der Anstieg der Erträge ist insbesondere auf das (Drittmittel-)Wachstum in den Leistungsbereichen Angewandte Forschung & Entwicklung sowie Weiterbildung zurückzuführen.
8.7	A1, A2	- Der Sachaufwand liegt um -5.8% unter dem Budget und +0.9% über dem Vorjahreswert. Die Budgetabweichung ist einerseits auf tiefere Infrastrukturkosten zurückzuführen und andererseits auf tiefere Anschaffungskosten von Sachanlagen sowie daraus resultierenden tieferen Abschreibungskosten.
0.8	A1, A2	- Die kompetitiv erworbenen Projektbeiträge des Bundes liegen leicht über dem Budget (+1,5 %), jedoch unter dem Vorjahresniveau (-8,5%). Hauptursachen sind ein tieferes Auftragsvolumen bei Innosuisse sowie geringere Erträge aus projektgebundenen Beiträgen und niedrigere Mietbeiträge des Bundes.
0.6	A1, A2	- Die Abweichung bei den weiteren Transfererträgen kommt aus der Rückvergütung von CO ₂ -Abgaben sowie aus der Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen.
0.4	A1, A2	- Die Erträge aus internen Verrechnungen (Aus- und Weiterbildung, weitere Dienstleistungen) belaufen sich im Berichtsjahr auf 15.1 Mio. Franken und liegen somit um +2.4% über Budget und um +3.0% über Vorjahr. Die positiven Abweichungen gegenüber Budget und Vorjahr sind auf ein höheres Auftragsvolumen mit kantonalen Einheiten zurückzuführen.
-0.4	A1, A2	- Der Personalaufwand liegt +0.1% über dem Budget und +2.0% über dem Vorjahr. Die Abweichung gegenüber dem Budget und Vorjahr ist auf die Teuerung von 1.1% sowie das Wachstum der Studierendenzahlen und den Ausbau der Leistungsbereiche Weiterbildung und Angewandte Forschung & Entwicklung zurückzuführen. Insgesamt fällt der Anstieg des Personalaufwandes unterproportional aus.
-3.7	A1, A2	- Die Budgetabweichung (-1.6%) beim Kostenbeitrag BI kommt primär aus der gegenüber Planung tieferen Studierendenzahlen sowie den tieferen Infrastrukturkosten im Berichtsjahr. Im Kostenbeitrag sind zudem kompetitiv erworbene Mittel aus dem DIZH-Innovationsprogramm im Umfang von 2.3 Mio. Franken enthalten. Gegenüber Vorjahr beträgt die Abweichung +7.2 Mio. Franken (+3.4%).

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

- 4.9 A1, A2 - Die Bundesbeiträge gemäss HFKG liegen unter dem Budget (-4.7%), jedoch über Vorjahresniveau (+1.5%). Der Hauptgrund dafür ist das geringere Wachstum der Studierendenzahlen im Vergleich zur ursprünglichen Planung.
- 8.4 A1, A2 - Die Beiträge der anderen Kantone gemäss der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) liegen um -8.7% unter dem Budget, bleiben jedoch im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil (+1%). Hauptgründe dafür sind ein gegenüber Budget geringeres Wachstum der Studierendenzahlen sowie eine um +0.8 Prozentpunkte höhere Quote von Studierenden aus dem Kanton Zürich gegenüber der Planung.
- 0.1 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.7	0.7	
- Übrige	0.0	0.7	0.7	
Ausgaben total	-21.2	-13.4	7.7	
- Die Ausgaben in der Investitionsrechnung ab dem Planjahr 2025 stehen u.a. im Zusammenhang mit der Entwicklung des Campus Technikumstrasse (Departement School of Engineering), der Entwicklung des Campus Wädenswil (Departement Life Sciences und Facility Management) sowie der räumlichen Entwicklung am Standort Zürich; vgl. Entwicklungsschwerpunkte 9710 2h, 2j, 2m, 2r. Es sind keine Einzelprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 20 Mio. Franken enthalten.	-21.2	-13.4	7.8	- Verzögerungen bei Bauprojekten, insbesondere Campus T in Winterthur, nicht angefallene FM-/ICT-Projekte aufgrund fehlenden Bedarfs (z.B. Netzwerkausbau usw.) tiefer als geplant ausgefallene Projektkosten sowie weiteren Projektverzögerungen bei Bauprojekten. Für 0.9 Mio. Franken wurde eine Kreditübertragung beantragt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Gewinn von Fr. 4 151 590.25 ab (Vorjahr: Gewinn von Fr. 2 589 577.74).

Die Rektorin der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt, den Gewinn dem Eigenkapital zuzuführen (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV):
 Entnahme strategische Reserve (DIZH): Fr. -3 283 022.40
 Einlage strategische Reserve: Fr. 6 000 000.00
 Einlage allgemeine Reserve: Fr. 1 434 612.65

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	170.8	159.1	-11.7	-6.9
Finanzvermögen¹⁾	170.8	159.1	-11.7	-6.9
Flüssige Mittel	0.6	0.7	0.1	9.5
Forderungen	152.8	138.3	-14.5	-9.5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	17.2	19.9	2.7	15.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.2	0.2	0.0	20.1
Anlagevermögen	43.7	42.1	-1.5	-3.5
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	43.7	42.1	-1.5	-3.5
Sachanlagen	42.1	40.4	-1.7	-4.0
Immaterielle Anlagen	1.0	1.3	0.3	24.0
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.3	0.2	-0.1	-34.1
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	214.5	201.2	-13.2	-6.2
Fremdkapital	-150.7	-133.3	17.4	11.5
Kurzfristiges Fremdkapital	-149.4	-131.8	17.5	11.7
Laufende Verbindlichkeiten	-41.2	-27.3	13.8	33.6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-85.8	-81.4	4.4	5.1
Kurzfristige Rückstellungen	-22.5	-23.1	-0.7	-3.0
Langfristiges Fremdkapital	-1.3	-1.4	-0.1	-10.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.9	-1.1	-0.2	-23.8
Langfristige Rückstellungen	-0.4	-0.3	0.1	19.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-63.8	-68.0	-4.2	-6.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-61.2	-63.8	-2.6	-4.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-2.6	-4.2	-1.6	-60.3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-214.5	-201.2	13.2	6.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	170.8	159.1	-11.7	-6.9

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Nach einer breit abgestützten Vernehmlassung beschloss der Fachhochschulrat die neue Organisationsstruktur der Zürcher Hochschule der Künste. Diese schafft mit den beiden Prorektoraten Bildung sowie Forschung und Innovation eine zukunftsgerichtete Grundlage für eine koordinierte, wirksame Hochschulentwicklung und löst die bisherige Dossierstruktur ab.

Die 2024 ausgearbeitete Initiative zur Stabilisierung der Finanzen wurde mit der Vorgabe individueller Sparziele umgesetzt und zeigt Wirkung. Dank dem positiven Rechnungsabschluss des Berichtsjahres können die Eigenkapitalreserven plangemäss stabilisiert werden.

Nachdem das neue Major-Minor-Studienmodell im Regelbetrieb angekommen ist, haben Lehrende und Studierende die Lehrveranstaltungen evaluiert. Die Rückmeldungen der Studierenden waren insgesamt sehr positiv, Verbesserungsvorschläge werden in den Studiengängen entsprechend umgesetzt.

Anhand der Daten aus der durch den Digitalrat durchgeführten Umfrage zur Künstlichen Intelligenz wurde ein breites Angebot an Austausch- und Weiterbildungsformaten konzipiert, das den Hochschulangehörigen erlaubt, ihre KI-Kompetenzen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design, Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Künstlerische Vorbildungen Musik und Gestaltung [Propädeutikum] und Tanzakademie)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	2084	2192	2085	-107	-4.9
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1196	1234	1170	-64	-5.2
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	888	958	915	-43	-4.5
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	19.2	23	23.8	0.8	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	3.8	4.9	4.7	-0.2	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	15.3	17.9	19.0	1.1	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	0.1	0.2	0.2	0.0	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	44883	43676	45450	1774	4.1
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHdK, in %	A1, A2	61.6	61.4	61.8	0.4	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	20	23.4	24.2	0.8	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	59.8	60.2	63.1	2.9	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	329	361	369	8	2.2
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	344	355	332	-23	-6.5
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	42	50	43	-7	-14.0

Bemerkungen

- L1, L2, Das neue Studienmodell hat sich etabliert. Die Studierendenzahlen haben sich stabilisiert. Die Bewerbungen sind gestiegen. In Zukunft ist mit höheren Studierendenzahlen zu rechnen.
- L3, L4, L6 Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrags ist gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf das grössere Forschungsvolumen zurückzuführen.
- B1 Aufgrund der gegenüber Budget tieferen Studierendenzahlen resultierte ein höherer Kostenbeitrag pro Studierende/n. Mit dem neuen Studienmodell werden sich die Studierendenzahlen wieder dem Budgetwert angleichen.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen konnte im Zuge der Stabilisierungsinitiative gesteigert werden.
- W1, W2 Bevor die neuen Masterangebote gestartet wurden, wurden weniger Masterstudierende aufgenommen. Betroffen sind die Abschlussjahrgänge 2025 und 2026.

Entwicklungsschwerpunkte

9720 2b Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH; gemeinsam mit LG 7401 UZH, 7406 ZFH, 9600 UZH, 9710 ZHAW, 9740 PHZH)

Die DIZH-Aktivitäten entfalten an der Zürcher Hochschule der Künste weiterhin Wirkung. Künstliche Intelligenz blieb ein zentrales Thema, was auch durch die Ergebnisse einer quantitativen Umfrage bestätigt wird. Das Thema wird in den Projekten und Programmen auf technologischer, gesellschaftlicher, organisatorischer und persönlicher Ebene bearbeitet. Das bestehende DIZH-Projektportfolio konnte im Berichtsjahr durch erfolgreiche Eingaben ergänzt und erweitert werden. Die Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen sowie lokalen Praxispartnern hat sich etabliert und eröffnet Perspektiven über die DIZH hinaus.

Stand bis
Planmässig 2029

9720 2d Einführung einer Major-Minor-Struktur im Lehrangebot

Die Implementierung der Major-Minor-Struktur ist mit dem Start des ersten Jahrgangs im Bachelorstudiengang im Herbstsemester 2023 und dem Start des ersten Masterstudiengangs sowie der Minor-Angebote planmässig erfolgt. Das Studienmodell ist seit dem Berichtsjahr in Betrieb, erste Abschlüsse im neuen Modell stehen 2026 bevor. Eine für die Einführung eingesetzte Betriebsorganisation unterstützt die Umsetzung und erlaubt es, bei Bedarf Entscheidungen zu treffen und iterativ Anpassungen vorzunehmen.

Planmässig 2026

9720 2m Nachfolgeprojekt neue Personalverordnung (nPVF)

Die Zürcher Hochschule der Künste arbeitet an der Einführung eines flexibleren Arbeitsmodells mit einheitlichen Regelungen für die Festsetzung von ILV-Pensen sowie Vergütungen ausserhalb der ILV. Auf Basis der nPVF wird eine mögliche Ablösung der Faktorisierung durch Stundenkontingente geprüft. Die aktuelle Projektphase umfasst die Vereinheitlichung von ILV-Prozessen, die Erarbeitung eines neuen ILV-Reglements sowie die Erstellung bzw. Überarbeitung noch ausstehender Regularien.

Planmässig 2026

9720 2f Umsetzung der Strategie zur Integration von Forschung und Lehre entlang eines neuen Professorenstellenmodells, einer angepassten Organisationsstruktur und entsprechender Mittelallokationsprozesse

Die Umsetzung des Professorenreglements einschliesslich Festlegung der Planungsprozesse liegt in der Federführung des Generalsekretariats. Strukturberichte für Professuren mit Forschungsprofil sind bereits etabliert. Die zukünftigen Evaluationsformate werden entwickelt. Die Umsetzungsentscheide zur Organisation und Finanzierung der zukünftigen Forschungsorganisation der Zürcher Hochschule der Künste sind abgeschlossen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise und greift vollends mit der nächsten Mehrjahresplanung 2029. Das Anreizsystem Drittmittel wird im Zuge dessen überarbeitet.

Abgeschlossen 2025

9720 2k Integration der durch projektgebundene Beiträge des Bundes (PgB) mitfinanzierten Doktoratsprogramme

Die Hochschulleitung hat im Berichtsjahr Grundsatzentscheide für den Doktoratsbereich getroffen. In den genehmigten vier departementalen Entwicklungsplänen haben die Departemente ihre Planungen bis 2029 für die Integration der durch projektgebundene Beiträge des Bundes mitfinanzierten Doktoratsprogramme auf inhaltlicher, finanzieller und struktureller Ebene vorgelegt.

Abgeschlossen 2025

9720 2l Umsetzung Strategie ZHdK 2024ff

Die Zürcher Hochschule der Künste verfolgt seit 2024 einen agilen Strategieprozess. Sie hat zwei handlungsleitende Ziele gesetzt: Kräfte bündeln und Potenziale ausschöpfen. Die neue Organisationsstruktur schafft mit den beiden Prorektoraten Bildung sowie Forschung und Innovation eine zukunftsgerichtete Grundlage für eine koordinierte, wirksame Hochschulentwicklung und löst die bisherige Dossierstruktur ab. Im Handlungsfeld Leistungsüberprüfung wurden die ersten Schritte zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Leistungsportfolio angestossen.

Planmässig 2028

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
785.6	775.0	775.1	0.1	0.0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	188.0	190.5	0.0	0.0	190.5	192.2	1.8	0.9
- Beiträge Bund	24.6	24.9	0.0	0.0	24.9	25.0	0.1	0.3
- Beiträge anderer Kantone	18.7	20.5	0.0	0.0	20.5	19.6	-0.9	-4.5
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	115.7	117.0	0.0	0.0	117.0	118.7	1.7	1.5
Aufwand	-193.9	-190.5	0.0	0.0	-190.5	-188.1	2.3	1.2
Saldo	-5.9	0.0	0.0	0.0	0.0	4.1	4.1	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-3.8	-3.3	0.0	0.0	-3.3	-3.5	-0.2	-6.8
Saldo	-3.7	-3.3	0.0	0.0	-3.3	-3.4	-0.1	-3.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
2.6	A1, A2, A3	- Tiefere Personalkosten Stabilisierungsinitiative ZHdK
1.7	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich: Hauptsächlich Projektbeiträge aus dem DIZH-Innovationsprogramm, Ausgleich der Budgetabweichungen im Rahmen des Mietermodells
0.6	A1, A2, A3	- Tiefere Abschreibungen infolge tieferen Investitionsbudgets und späterer Aktivierung
0.5	A1, A2, A3	- Höhere Verrechnungen an konsolidierte Einheiten
0.5	A1, A2, A3	- Tiefere Sachkosten aufgrund der Stabilisierungsinitiative ZHdK
0.4	A1, A2, A3	- Mehreinnahmen Mieten
0.3	A3	- Höhere Einnahmen beim Museum für Gestaltung im Rahmen dessen 150-Jahr-Jubiläums
-0.6	A2, 9720 2k	- Tiefere Beiträge des Bundes
-0.7	A1, A2, A3	- Höhere Verrechnungen von konsolidierten Einheiten (hauptsächlich Immobilienamt)
-0.9	A1	- Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (weniger Studierende aus anderen Kantonen)
-0.3		- Übrige Abweichungen

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2025 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Gewinn von Fr. 4 107 733.63 (Vorjahr: Verlust Fr. -5 905 908.32).

Die Rektorin der Zürcher Hochschule der Künste beantragt, den Gewinn von Fr. 4 107 733.63 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben:
 Einlage in die allgemeinen Reserven Fr. 4 913 421.56
 Entnahme Forschungsreserven Fr. -3 212.00
 Entnahme strategische Reserven Fr. -802 475.93

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	9.6	11.4	1.7	18.2
Finanzvermögen¹⁾	9.6	11.4	1.7	18.2
Flüssige Mittel	0.2	0.2	0.0	19.3
Forderungen	5.6	7.7	2.0	35.9
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.8	3.5	-0.3	-8.2
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	25.7	24.0	-1.7	-6.5
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	25.7	24.0	-1.7	-6.5
Sachanlagen	24.9	23.1	-1.8	-7.4
Immaterielle Anlagen	0.3	0.5	0.3	> 100.0
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.3	0.2	-0.1	-34.1
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	35.3	35.3	0.1	0.2
Fremdkapital	-25.8	-21.7	4.0	15.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-23.6	-19.5	4.0	17.1
Laufende Verbindlichkeiten	-11.2	-9.7	1.5	13.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.5	-6.4	0.1	2.1
Kurzfristige Rückstellungen	-5.9	-3.5	2.4	40.7
Langfristiges Fremdkapital	-2.2	-2.2	-0.0	-0.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.1	-1.9	0.2	11.7
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.4	-0.3	> 100.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-9.5	-13.6	-4.1	-43.3
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-15.4	-9.5	5.9	38.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	5.9	-4.1	-10.0	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-35.3	-35.3	-0.1	-0.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	9.6	11.4	1.7	18.2

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Studienadministration für die Studiengänge Kindergarten- und Unterstufe, Primarstufe sowie Sekundarstufe I wurde weiterentwickelt. Sie wird vereinfacht und durchgängig digital unterstützt. Künftig werden die Studierenden ihr Studium weitgehend selbst administrieren und ihren Studienverlauf selbstverantwortlich steuern können. Weiterentwickelt wurden ausserdem die Studiengänge für Quereinsteigende mit Hochschulabschluss.

Mit neuen Lehr- und Studiengängen wie dem MAS Educational Leadership oder dem CAS Future Skills Plus ergänzte die Pädagogische Hochschule ihr umfangreiches Angebot in der Weiterbildung. Die rasanten Entwicklungen rund um KI flossen in Weiterbildungsangebote ein.

In der Berufsbildung entwickelte die Pädagogische Hochschule Zürich verschiedene Angebote zu Reformen wie der

Neuausrichtung der Allgemeinbildung 2030. Sie unterstützt damit zahlreiche Bildungsinstitutionen bei der Umsetzung der Reform. Angesichts der geopolitischen Entwicklungen kommt dem Wahlbereich Globales Lernen eine neue Bedeutung zu. In einem neuen Brettspiel gilt es, mögliche Chancen und Risiken der Digitalisierung mit ganzen Teams auszuloten.

Mit der Weiterentwicklung der Doktoratsphase werden wissenschaftliche Qualifikationen mit starkem Berufsfeldbezug ermöglicht. Mit vier Doktoratsprogrammen wurde ein Rahmen für Promotionen geschaffen, die zentrale Themen der Lehrpersonenbildung bearbeiten. Um Forschung verantwortungsvoll und nachhaltig zu gestalten, wurde zudem eine Ethikkommission eingerichtet, die Forschende bei ethischen Fragestellungen begleitet.

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulebene, die dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R24	B25	R25	Δ abs.	Δ%
L1 Studierende gesamt	A1	3808	4111	3918	-193	-4.7
L2 Studierende Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	402	449	410	-39	-8.7
L10 Studierende Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	1767	1834	1792	-42	-2.3
L3 Studierende Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	899	1054	921	-133	-12.6
L4 Studierende Sekundarstufe II	A1	437	412	505	93	22.6
L12 Studierende Fachdidaktik (Master)	A1	126	146	122	-24	-16.4
L13 Studierende Fachweiterung	A1	177	216	168	-48	-22.2
L6 Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	35.1	33.7	36.8	3.1	
L7 Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.4	9.7	9.9	0.2	
L8 Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	15.5	13.7	15.9	2.2	
L9 Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.1	10.3	10.9	0.6	
B1 Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	31486	28944	30862	1918	6.6
B2 Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der PHZH, in %	A1, A2	70.9	69.4	70.4	1.0	
B3 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	53.0	57.1	54.3	-2.8	
W10 Studienabschlüsse gesamt	A1	1220	1234	1325	91	7.4
W11 Studienabschlüsse Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1	112	109	114	5	4.6
W12 Studienabschlüsse Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1	407	430	462	32	7.4
W2 Studienabschlüsse Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	332	305	326	21	6.9
W3 Studienabschlüsse Sekundarstufe II (Lehrdiplom)	A1	262	245	318	73	29.8
W6 Studienabschlüsse Fachdidaktik (Master)	A1	19	11	19	8	72.7
W8 Studienabschlüsse Fachweiterung (Fachweiterungsdiplom)	A1	88	134	86	-48	-35.8
W5 Projekte Forschung und Entwicklung	A2	101	65	106	41	63.1

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bemerkungen

- L1 Die Studierendenzahlen konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 3% gesteigert werden. Die mit dem Budget gesetzten Erwartungen haben sich aber als zu ambitioniert erwiesen.
- W10 Die Studienabschlüsse konnten gegenüber Budget um rund 7% und gegenüber Vorjahr um rund 9% gesteigert werden. Damit leistet die Pädagogische Hochschule Zürich einen Beitrag zur Reduktion des Mangels an Lehrpersonen.
- W5 Die Anzahl der Projekte bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der Drittmittelfinanzierung sind die Projekte jeweils konservativ budgetiert. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde ein Rückgang erwartet.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9740 2c Aufbau und Weiterentwicklung der fachdidaktischen Kompetenzen als ein Schwerpunkt in der Lehre und Forschung. Weiterführung und Ausbau der Masterstudiengänge Fachdidaktik und der angewandten Forschung in den Fachdidaktiken mit Unterstützung des Bundes (projektgebundene Beiträge gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz [HFKG]).

Das Projekt wurde abgeschlossen. Die Studiengänge sind von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren anerkannt oder bei dieser zur Anerkennung eingereicht.

Abgeschlossen 2025

9740 2d Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523).

Die einzelnen Projekte, insbesondere der Aufbau des Zentrums für Bildung und Digitalität schritten voran. Die budgetierten Mittel wurden im Berichtsjahr ausgeschöpft. Zusätzlich wurden Mittel aus dem Innovationsprogramm beansprucht.

Planmässig 2029

9740 2e Bereitstellung von zusätzlicher Infrastruktur (u.a. zusätzlicher Raum).

Der Bezug des neuen Standorts Leutschentower in Zürich Oerlikon ist abgeschlossen. Damit sind die zusätzliche Infrastruktur und der zusätzliche Raum bereitgestellt.

Abgeschlossen 2028

9740 2f Zusätzliche Unterrichts- und Arbeitsflächenplanung in Zürich Oerlikon.

In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt wird zusätzlicher Raum in Zürich Oerlikon für Unterricht und Arbeit gesucht. Die Bedarfserhebung und Bestellung beim Immobilienamt verliefen planmässig.

Planmässig 2035

9740 2h Laufende Weiterentwicklung der Studiengänge Eingangsstufe, Primarstufe und Sekundarstufe und Aufnahme von Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld. Alle Studiengänge sollen zu einem von der EDK anerkannten Lehrdiplom führen.

Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld werden bei den Studiengängen laufend berücksichtigt.

Planmässig 2029

9740 2i Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft (auch für Personen ohne Lehrdiplom; «Poldis») sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.

Mit der Revision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) wurde der flexible Zugang auch für Absolventinnen und Absolventen der Berufsmittelschule erleichtert. Mittels flexiblerer Studiengänge soll es den Lehrpersonen ohne Lehrdiplom ermöglicht werden, ein von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren anerkanntes Lehrdiplom zu erwerben.

Planmässig 2027

9740 2j Überprüfung und Anpassung der Organisation, damit das erwartete Studierendenwachstum in den nächsten zehn Jahren bewältigt werden kann.

Die PHZH hat im vergangenen Jahr die Organisation überprüft, damit das Studierendenwachstum in den kommenden Jahren bewältigt werden kann. Erste Umsetzungen werden 2026 und später erfolgen.

Planmässig 2030

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R24	B25	R25	Δ abs.	Δ %
641.4	663.0	635.5	-27.5	-4.1

Bemerkungen R25 zu B25

- 27.5 Es wurden nicht sämtliche budgetierten Stellen besetzt, unter anderem wegen der tieferen Studierendenzahlen als budgetiert.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	169.2	171.5	0.0	0.0	171.5	171.8	0.3	0.2
- Beiträge anderer Kantone	18.2	21.0	0.0	0.0	21.0	19.5	-1.4	-6.9
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	119.9	119.0	0.0	0.0	119.0	120.9	1.9	1.6
Aufwand	-170.2	-171.5	0.0	0.0	-171.5	-173.5	-2.0	-1.2
Saldo	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-1.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.6	-1.9	0.0	0.0	-1.9	-0.7	1.2	62.7
Saldo	-1.6	-1.9	0.0	0.0	-1.9	-0.7	1.2	62.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.7		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
1.9	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons zum Teilausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 sowie zum Ausgleich der höheren internen Verrechnung im Rahmen des Mietermodells
1.3	A1, A2	- Tieferer Sachaufwand begründet durch tiefere Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie übriger Sachaufwand
-0.2	A1, A2	- Höhere Abschreibungen
-0.2	A1, A2	- Höherer Personalaufwand, vor allem aufgrund von Mehrleistungen des Personals
-0.6	A1, A2	- Höhere Beiträge an private Organisationen (Institut Unterstrass)
-1.2	A1, A2	- Mehraufwand durch höhere interne Verrechnungen im Rahmen des Mietermodells
-1.3	A1, A2	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024
-1.4	A1, A2	- Tieferer Beitrag im Rahmen der FHV aufgrund weniger ausserkantonalen Studierenden als budgetiert
0.0		- Übrige Abweichungen

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 1 688 267.35 ab (Vorjahr: Verlust von Fr. 1 030 543.75).

Die Rektorin beantragt, den Verlust von Fr. 1 688 267.35 den allgemeinen Reserven im Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zu belasten.
Entnahme allgemeine Reserve Fr. 1 688 267.35.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	29.3	25.2	-4.2	-14.2
Finanzvermögen¹⁾	29.3	25.2	-4.2	-14.2
Flüssige Mittel	0.4	0.3	-0.1	-27.8
Forderungen	25.2	21.5	-3.7	-14.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.4	2.9	-0.4	-12.9
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.3	0.4	0.1	16.5
Anlagevermögen	3.5	2.8	-0.6	-17.9
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	3.5	2.8	-0.6	-17.9
Sachanlagen	3.0	2.5	-0.5	-16.9
Immaterielle Anlagen	0.5	0.4	-0.1	-24.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	32.8	28.0	-4.8	-14.6
Fremdkapital	-21.1	-18.0	3.1	14.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-21.0	-17.9	3.1	14.8
Laufende Verbindlichkeiten	-5.6	-5.2	0.4	7.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-12.1	-9.4	2.7	22.7
Kurzfristige Rückstellungen	-3.3	-3.3	-0.0	-1.2
Langfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.1	0.0	6.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	0.0	6.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-11.7	-10.0	1.7	14.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-12.7	-11.7	1.0	8.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	1.0	1.7	0.7	63.8
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-32.8	-28.0	4.8	14.6
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	29.3	25.2	-4.2	-14.2

9800 Legate

Aufgaben

A1 Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel ist in der Regel vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.0	1.3	0.0	0.0	1.3	9.8	8.5	646.6
Aufwand	-3.8	-2.3	0.0	0.0	-2.3	-11.0	-8.6	-368.3
Saldo	-0.8	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-1.2	-0.1	-12.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R25 zu B25^{plus}
4.9	A1	- Höhere Gewinne aus Verkauf von Sachanlagen
2.8	A1	- Höhere Entnahmen aus Legaten des Fremdkapitals
0.7	A1	- Positive Wertberichtigungen auf Beteiligungen
0.2	A1	- Höhere Dividenden
-0.7	A1	- Tiefere Zinsen Finanzanlagen
-0.7	A1	- Höhere Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
-0.9	A1	- Höhere Steuern und Abgaben
-1.9	A1	- Höhere Überträge an andere Buchungskreise
-4.6	A1	- Höhere Einlagen in Legate des Fremdkapitals
0.1		- Übrige Abweichungen

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	59.8	64.9	5.1	8.5
Finanzvermögen¹⁾	59.8	64.9	5.1	8.5
Flüssige Mittel	38.4	44.0	5.6	14.7
Forderungen	18.7	16.3	-2.5	-13.1
Kurzfristige Finanzanlagen	2.7	4.6	1.9	72.5
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.0	0.0	-0.0	-10.2
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	29.3	25.0	-4.2	-14.5
Finanzvermögen¹⁾	29.3	25.0	-4.2	-14.5
Finanzanlagen	23.4	20.9	-2.5	-10.6
Sachanlagen	5.9	4.1	-1.8	-30.0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	89.1	90.0	0.9	1.0
Fremdkapital	-53.8	-55.8	-2.0	-3.8
Kurzfristiges Fremdkapital	0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung				
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-53.8	-55.8	-2.0	-3.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-53.8	-55.8	-2.0	-3.7
Eigenkapital	-35.3	-34.2	1.2	3.3
Fonds im Eigenkapital	-35.3	-34.2	1.2	3.3
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-89.1	-90.0	-0.9	-1.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	89.1	90.0	0.9	1.0

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3037.3	3061.9	0.0	0.0	3061.9	3287.1	225.2	7.4
Aufwand	-3098.1	-3092.4	0.0	0.0	-3092.4	-3194.2	-101.8	-3.3
Saldo	-60.8	-30.4	0.0	0.0	-30.4	92.9	123.3	405.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.4					3.1	3.1	0.0
Ausgaben	-179.6	-276.3	0.0	0.0	-276.3	-184.7	91.6	33.1
Saldo	-178.2	-276.3	0.0	0.0	-276.3	-181.6	94.7	34.3

9510 Universitätsspital Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital (USZ) folgenden Zweck:
 Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1964.5	1940.1	0.0	0.0	1940.1	2080.6	140.4	7.2
Aufwand	-1996.0	-1959.7	0.0	0.0	-1959.7	-2048.8	-89.1	-4.5
Saldo	-31.5	-19.6	0.0	0.0	-19.6	31.7	51.3	262.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.4					2.6	2.6	0.0
Ausgaben	-132.9	-199.4	0.0	0.0	-199.4	-145.1	54.3	27.2
Saldo	-131.5	-199.4	0.0	0.0	-199.4	-142.5	56.9	28.5

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 11b lit. e des Gesetzes über das Universitätsspital Zürich (USZG, LS 813.15) beantragt der Spitalrat dem Regierungsrat die Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts). Der Regierungsrat beschliesst nach § 9a lit. d USZG über die Verwendung des Gewinns oder die Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2025 des Universitätsspitals Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 33 012 304.72 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER).

Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 31 744 031.44.

Der Spitalrat hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2025 vollumfänglich dem Eigenkapital zu zuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das Universitätsspital Zürich dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom Universitätsspital Zürich bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9510

Bilanz²⁾

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	603.9	645.9	42.0	7.0
Finanzvermögen¹⁾	603.9	645.9	42.0	7.0
Flüssige Mittel	26.2	32.9	6.8	25.8
Forderungen	326.9	357.6	30.7	9.4
Kurzfristige Finanzanlagen	5.2	0.0	-5.2	-99.5
Aktive Rechnungsabgrenzung	215.5	224.3	8.8	4.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	30.1	31.0	0.9	3.1
Anlagevermögen	1069.7	1128.6	58.9	5.5
Finanzvermögen¹⁾	87.4	85.2	-2.3	-2.6
Finanzanlagen	87.4	85.2	-2.3	-2.6
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	982.2	1043.4	61.2	6.2
Sachanlagen	974.8	1029.7	54.9	5.6
Immaterielle Anlagen	7.3	13.5	6.2	85.8
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	
Investitionsbeiträge	0.1	0.2	0.0	31.5
Total Aktiven	1673.6	1774.4	100.9	6.0
Fremdkapital	-919.9	-989.0	-69.2	-7.5
Kurzfristiges Fremdkapital	-414.7	-482.1	-67.3	-16.2
Laufende Verbindlichkeiten	-197.1	-200.0	-2.8	-1.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-96.6	-172.2	-75.6	-78.2
Passive Rechnungsabgrenzung	-56.0	-47.9	8.1	14.5
Kurzfristige Rückstellungen	-64.9	-62.0	3.0	4.6
Langfristiges Fremdkapital	-505.1	-507.0	-1.8	-0.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-487.7	-485.5	2.2	0.5
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.1	-5.8	-0.7	-13.9
Langfristige Rückstellungen	-1.0	-1.8	-0.8	-79.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-11.4	-13.9	-2.5	-22.3
Eigenkapital	-753.7	-785.4	-31.7	-4.2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-234.7	-222.2	12.6	5.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-550.4	-531.5	18.9	3.4
Jahresergebnis	31.5	-31.7	-63.2	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-1673.6	-1774.4	-100.9	-6.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	691.3	731.0	39.7	5.7
²⁾ nach Konsolidierung ZüriPharm AG				

9520 Kantonsspital Winterthur

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG) verfolgt das Kantonsspital Winterthur folgenden Zweck: Das Kantonsspital Winterthur (KSW) dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	651.8	702.4	0.0	0.0	702.4	749.5	47.1	6.7
Aufwand	-675.8	-712.2	0.0	0.0	-712.2	-693.9	18.3	2.6
Saldo	-24.0	-9.8	0.0	0.0	-9.8	55.6	65.4	668.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.2	0.2	0.0
Ausgaben	-27.3	-42.6	0.0	0.0	-42.6	-19.1	23.5	55.1
Saldo	-27.3	-42.6	0.0	0.0	-42.6	-18.9	23.7	55.6

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 10 Abs. 3 Ziff. 5 des Gesetzes über das Kantonsspital Winterthur (KSWG, LS 813.16) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 6 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2025 des Kantonsspitals Winterthur schliesst mit einem Gewinn von Fr. 55 108 052.76 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER).

Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 55 635 094.27.

Der Spitalrat hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2025 vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das Kantonsspital Winterthur dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom Kantonsspital Winterthur bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	173.0	282.1	109.1	63.1
Finanzvermögen¹⁾	173.0	282.1	109.1	63.1
Flüssige Mittel	13.5	103.9	90.4	> 100.0
Forderungen	50.3	88.7	38.4	76.2
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	0.0	-0.2	-100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	100.2	82.5	-17.7	-17.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	8.8	7.0	-1.7	-19.7
Anlagevermögen	495.9	482.3	-13.6	-2.7
Finanzvermögen¹⁾	30.4	32.4	2.0	6.5
Finanzanlagen	30.4	32.4	2.0	6.5
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	0.0	0.0	-0.0	-56.8
Verwaltungsvermögen	465.4	449.9	-15.6	-3.3
Sachanlagen	454.9	441.1	-13.9	-3.0
Immaterielle Anlagen	10.5	8.8	-1.7	-16.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	668.9	764.4	95.6	14.3
Fremdkapital	-344.7	-384.6	-39.9	-11.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-212.3	-101.2	111.1	52.3
Laufende Verbindlichkeiten	-62.9	-33.8	29.1	46.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-115.2	-35.4	79.8	69.3
Passive Rechnungsabgrenzung	-8.2	-7.9	0.3	4.2
Kurzfristige Rückstellungen	-26.0	-24.1	1.9	7.5
Langfristiges Fremdkapital	-132.4	-283.4	-151.1	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-127.6	-277.7	-150.1	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.7	-0.8	-0.1	-13.1
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-1.0	-0.7	> 100.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-3.8	-4.0	-0.2	-4.0
Eigenkapital	-324.2	-379.8	-55.6	-17.2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-148.1	-124.1	24.0	16.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-200.1	-200.1	0.0	0.0
Jahresergebnis	24.0	-55.6	-79.6	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-668.9	-764.4	-95.6	-14.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	203.4	314.6	111.1	54.6

9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG) verfolgt die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) folgenden Zweck: Die Psychiatrische Universitätsklinik dient a) der regionalen und überregionalen medizinisch-psychiatrischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	302.5	300.3	0.0	0.0	300.3	320.7	20.5	6.8
Aufwand	-304.1	-300.8	0.0	0.0	-300.8	-315.9	-15.1	-5.0
Saldo	-1.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	4.8	5.3	1064.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-8.8	-25.8	0.0	0.0	-25.8	-11.9	14.0	54.1
Saldo	-8.8	-25.8	0.0	0.0	-25.8	-11.9	14.0	54.1

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 15 des Gesetzes über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG, LS 813.17) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 lit. b PUKG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2025 der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 4 822 404.13 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER).

Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 4 822 404.13.

Der Spitalrat hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2025 vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9530

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	73.4	80.8	7.5	10.2
Finanzvermögen¹⁾	73.4	80.8	7.5	10.2
Flüssige Mittel	3.3	8.7	5.4	> 100.0
Forderungen	31.6	31.9	0.3	0.9
Kurzfristige Finanzanlagen	1.1	0.0	-1.0	-97.5
Aktive Rechnungsabgrenzung	36.4	39.2	2.8	7.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.0	1.1	0.0	4.3
Anlagevermögen	141.7	140.8	-1.0	-0.7
Finanzvermögen¹⁾	1.5	1.6	0.1	6.0
Finanzanlagen	1.5	1.6	0.1	6.0
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	140.2	139.2	-1.1	-0.8
Sachanlagen	137.1	136.3	-0.8	-0.6
Immaterielle Anlagen	3.1	2.9	-0.2	-7.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	215.1	221.6	6.5	3.0
Fremdkapital	-85.1	-86.7	-1.7	-1.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-52.1	-41.3	10.8	20.8
Laufende Verbindlichkeiten	-20.2	-23.7	-3.5	-17.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-15.2	-0.3	14.9	98.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-4.3	-3.3	1.0	23.1
Kurzfristige Rückstellungen	-12.4	-14.0	-1.6	-12.9
Langfristiges Fremdkapital	-32.9	-45.4	-12.5	-38.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-16.2	-27.9	-11.7	-72.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-9.7	-9.0	0.7	7.6
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-0.2	0.1	29.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-6.6	-8.3	-1.7	-24.9
Eigenkapital	-130.0	-134.9	-4.8	-3.7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-8.9	-7.3	1.5	17.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-122.7	-122.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	1.5	-4.8	-6.4	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-215.1	-221.6	-6.5	-3.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	74.8	82.4	7.6	10.1

9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG) verfolgt die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) folgenden Zweck: Die ipw dient a) der integrierten psychiatrischen Versorgung, insbesondere für die Regionen Winterthur und Zürcher Unterland, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Ertrag	115.5	117.8	0.0	0.0	117.8	126.5	8.6	7.3
Aufwand	-118.5	-117.3	0.0	0.0	-117.3	-124.6	-7.2	-6.2
Saldo	-3.0	0.5	0.0	0.0	0.5	1.9	1.4	279.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R24	B25	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B25 ^{plus}	R25	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.3	0.3	0.0
Ausgaben	-10.5	-8.5	0.0	0.0	-8.5	-8.6	-0.1	-1.5
Saldo	-10.5	-8.5	0.0	0.0	-8.5	-8.3	0.2	1.9

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 14 des Gesetzes über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG, LS 813.18) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates.

Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 7 lit. b ipwG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2025 der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) schliesst mit einem Gewinn von Fr. 1 791 237.46 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER).

Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 1 885 471.51.

Der Spitalrat hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2025 vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von dieser bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9540

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Differenz R 24/25	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	61.4	42.8	-18.6	-30.3
Finanzvermögen¹⁾	61.4	42.8	-18.6	-30.3
Flüssige Mittel	11.2	1.1	-10.1	-90.1
Forderungen	15.1	17.9	2.9	19.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	34.6	23.2	-11.4	-32.9
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.5	0.5	-0.0	-0.1
Anlagevermögen	81.6	82.2	0.5	0.6
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	81.6	82.2	0.5	0.6
Sachanlagen	81.4	81.7	0.3	0.3
Immaterielle Anlagen	0.2	0.5	0.2	> 100.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	143.0	124.9	-18.1	-12.7
Fremdkapital	-82.6	-62.6	20.0	24.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-34.1	-25.5	8.6	25.3
Laufende Verbindlichkeiten	-11.3	-5.4	5.9	52.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-11.2	-11.2	0.0	0.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-3.6	-0.9	2.7	74.9
Kurzfristige Rückstellungen	-8.0	-7.9	0.0	0.4
Langfristiges Fremdkapital	-48.4	-37.1	11.4	23.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-47.5	-36.3	11.3	23.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.8	-0.8	0.0	3.7
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.0	0.1	82.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-60.4	-62.3	-1.9	-3.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-17.2	-14.2	3.0	17.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-46.2	-46.2	0.0	0.0
Jahresergebnis	3.0	-1.9	-4.9	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-143.0	-124.9	18.1	12.7
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	61.4	42.8	-18.6	-30.3

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget des Folgejahres (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 147 Kreditübertragungen (Vorjahr: 130) bewilligt, davon 50 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 38,4 Mio. Franken (Vorjahr: 46 Kreditübertragungen über 52,2 Mio. Franken) und 97 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 189,0 Mio. Franken (Vorjahr: 84 Kreditübertragungen über 253,7 Mio. Franken).

in Franken
(- Aufwand / Investitionsausgaben)
Leistungsgruppe

Total Erfolgsrechnung

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Vorhaben: Ursache Verzögerung und Notwendigkeit der Übertragung

Kreditübertragung

-38 420 000

-1 000 000

Betrieb und Weiterentwicklung ZHservices: Das verwaltungsübergreifende Projekt VRGo (Verwaltungsrechtspflegegesetz Go) machte eine starke Priorisierung und Bündelung der Ressourcen notwendig. Auch die Direktionen und ihre Ämter haben infolge des Projekts VRGo die Umsetzung von digitalen Leistungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder sistiert. Deshalb konnten der Ausbau von digitalen Angeboten über die Transaktionsplattform ZHservices und das Zürikonto sowie dazugehörige Produktweiterentwicklungen nicht vorangetrieben werden, sodass die budgetierten Mittel im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft wurden. Wird der Kreditübertrag nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel zur raschen Ausführung der Arbeiten (Ausführung 2026 zwingend erforderlich). Eine Kompensation im Budget 2026 ist nicht möglich.

Betrieb und Weiterentwicklung Zürikonto: Das verwaltungsübergreifende Projekt VRGo (Verwaltungsrechtspflegegesetz Go) machte eine starke Priorisierung und Bündelung der Ressourcen notwendig. Auch die Direktionen und ihre Ämter haben infolge des Projekts VRGo die Umsetzung von digitalen Leistungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder sistiert. Deshalb konnten der Ausbau von digitalen Angeboten über die Transaktionsplattform ZHservices und das Zürikonto sowie dazugehörige Produktweiterentwicklungen nicht vorangetrieben werden, sodass die budgetierten Mittel im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft wurden. Wird der Kreditübertrag nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel zur raschen Ausführung der Arbeiten (Ausführung 2026 zwingend erforderlich). Eine Kompensation im Budget 2026 ist nicht möglich.

-200 000

2201 Generalsekretariat Direktion der Justiz und des Innern

ELFA (Elektronische Fallakte, ehem. FAJuV): Projektabbruch durch die Leistungserbringerin und notwendige Durchführung einer neuen Beschaffung und Anpassungen an den Projektarbeiten. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 821/2024 geplant.

-682 000

Elektra (Elektronische Krankenakte): Verschiebung des Einführungstermins in einzelnen Institutionen des JuWe aufgrund mangelnder Ressourcen beim JuWe. Dadurch verzögerter Rollout in nachfolgende Institutionen. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Die Mittel wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Beträgen gemäss RRB Nr. 762/2022 geplant. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2026.

-1 000 000

RESys (Neues Resultatermittlungssystem): Projektverzögerung durch Ausfall des internen Projektleiters sowie verspätete Bereitstellung von Schnittstellen durch die Leistungserbringerin und damit Verschiebung des Einführungstermins. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 849/2023 geplant.

-428 000

RZErsatz/MIG2019 Operation (Ersatzbeschaffung Rechenzentrum): Weiterhin bestehende Verzögerung bei der Migration der Datacenter J1 in den Kantonalen Rechenzentrumverbund beim AFI (RRB Nr. 383/2018). Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für den Betrieb 2026.

-600 000

AMgmT (Aktenmanagement): Verzögerte Projektumsetzung aufgrund nicht erfolgter Bereitstellung der notwendigen Services durch das Amt für Informatik (AFI). Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden nicht beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln geplant.

-200 000

2223 Statistisches Amt

SDV25+ (Strategie Digitale Verwaltung 2025+): Kantonaler Datenkatalog: Die IDG-Revision (Gesetz über die Information und den Datenschutz) und damit die Verabschiedung der rechtlichen Grundlagen für den Datenkatalog im OG RR (Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung) dauern länger als ursprünglich geplant. Die Inkraftsetzung ist neu voraussichtlich auf den 1. Juli 2027 geplant. Das Projekt wurde aufgrund fehlender Ressourcen im Berichtsjahr deshalb zurückpriorisiert und wird nun 2026 wieder aufgenommen. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2026.

-120 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand / Investitionsausgaben)

		SDV25+ (Strategie Digitale Verwaltung 2025+): Kantonale Datenplattform: Die Überführung der Datenplattform in einen regulären Betrieb schreitet wegen knapper Ressourcen, datenschutz- und beschaffungsrechtlichen Abklärungen sowie der Abhängigkeit zur Cloud-Strategie weniger rasch voran als geplant, weshalb Arbeiten zurückgestellt werden mussten. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2026. Insbesondere wurden dem STAT (Statistisches Amt) mit RRB Nr. 1269/2025 drei Stellen für die Umsetzung zugesprochen. 2026 müssen diese Stellen intern kompensiert werden. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, kann die Finanzierung der Stellen nicht sichergestellt werden.	-259 000
2241	Fachstelle Integration	Integrationsförderung Personen mit Schutzstatus S: Die Integrationsförderung für die aus der Ukraine Geflüchteten setzte erst im dritten Quartal 2022 ein. Die Sozialdienste der Gemeinden mussten zuerst die nötigen Kapazitäten aufbauen, um die grosse Zahl an Geflüchteten adäquat im Integrationsprozess begleiten zu können. Die mit Nachtrag zum Budget 2023 bewilligten kantonalen Mittel mussten bislang nicht beansprucht werden, da die Finanzierung der kontinuierlich steigenden Aufwände durch Restmittel aus den Aufbaujahren gewährleistet wurde. Diese werden 2025/2026 ausgeschöpft sein, weshalb der Kredit voraussichtlich benötigt wird.	-6 324 000
3000	Generalsekretariat Sicherheitsdirektion	Ablösung Fachapplikation, Geschäftskontrolle (DS GeKo): Projektverzögerung wegen umfangreicher amtsübergreifender Erhebung der Anforderungen. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-240 000
4100	Finanzverwaltung	Planungs- und Budgetierungstool: Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebung des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres. Kostenfolgen aufgrund Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Direktionen. Die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten.	-898 000
		eVorhaben: Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebung des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres. Kostenfolgen aufgrund Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Direktionen. Die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten.	-50 000
		Einmaldebitoren/CPD: Verzögerung aufgrund Ressourcenmangels bzw. Fachkräftemangels. Kostenfolgen, da die Arbeiten für das Vorhaben im Folgejahr anstehen werden. Die im Budget 2026 eingestellte Ausgabe ist nicht mehr kostendeckend.	-100 000
		Methodik der Stammdaten-Haltung: Teilprojekt ZeStamm: Aufgrund von Ressourcenmangel konnten Anschlussarbeiten nicht unmittelbar nach Abschluss der Vorstudie beauftragt werden. Fortsetzung Initialisierungsphase nach Wiederaufnahme des Projekts erfordert Rest der Mittel. Diese sind nicht im Budget 2026 enthalten.	-80 000
		Weiterentwicklung Budgetierung Konzern: Verzögerung aufgrund von Ressourcenmangel bzw. Fachkräftemangel. Im Folgejahr sollten die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Im ordentlichem Budget 2026 sind für das Vorhaben keine Mittel eingestellt.	-50 000
		Digitaler Benutzerantrag Maxflow: Verzögerung aufgrund von Ressourcenmangel bzw. Fachkräftemangel. Im Folgejahr sollten die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Im ordentlichem Budget 2026 sind für das Vorhaben keine Mittel eingestellt.	-50 000
4400	Steuern Betriebsteil	Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft die Harmonisierung grosser Datenhaltungen im Steuerbereich. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die dafür benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	-4 159 000
		Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungsphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft folgende Funktionalitäten: 1. Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen; 2. Digitale Transformation, welche die Effizienz unserer Verwaltungsprozesse und die Qualität unserer Dienstleistungen erhöht. Die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.	-5 609 000
		Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft die Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.	-480 000
		Ersatzbeschaffung Online-Steuererklärung: Verzögerung aufgrund zusätzlicher Abklärungen in Richtung Zürikonto. Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten.	-360 000
		Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungsphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (Ausgestaltung der Voraussetzungen). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft die Integration der Gemeinden im Steuerverfahren mit juristischen Personen. Die benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die	-3 738 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand / Investitionsausgaben)

		Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	
		Ersatzbeschaffung Register/Veranlagung/Bezug Natürliche Personen (NP): Verzögerte Initialisierungsphase aufgrund von Abhängigkeiten zur Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (gemeinsame IT). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Die benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten.	-800 000
4620	IKT-Sicherheitsbeauftragter	Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022): Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Strategiephase (RRB Nr. 676/2022) erfolgt nun die Konzeption der Weiterentwicklung, deren formale Festsetzung im Verlauf des Jahres 2026 geplant ist. Der Fokus verschiebt sich in dieser Übergangsphase daher gezielt auf die operative Stärkung der etablierten zentralen Sicherheitsdienste, um die Zeit bis zur Inkraftsetzung der Folgestrategie effektiv zur Qualitätssteigerung zu nutzen. Die Mittel sind erforderlich, um bereits in der Zwischenphase die Maturität der bestehenden zentralen Prozesse signifikant zu erhöhen und die dringlichen PUK-Empfehlungen zeitgerecht umzusetzen. Diese Massnahmen zur Qualitätssicherung und Compliance sind im Budget 2026 nicht abgedeckt.	-2 100 000
		Expertenpool für Umsetzung der Besonderen Informatiksicherheitsrichtlinien (BISR) in den Direktionen und der SK (RRB Nr. 1193/2020): Neue Technologien, die verschärfte Bedrohungslage sowie die Modernisierung der internationalen Standards (ISO/IEC-27000-Normenfamilie) und der Allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinie (AISR) stellen kurzfristig zusätzliche Anforderungen an die Informationssicherheit der Direktionen. Diese Ausweitung der Sicherheitsvorgaben, insbesondere durch neue Themenfelder wie Cloud-Sicherheit, Lieferantenrisiken und künstliche Intelligenz, führt zu einem erhöhten Umsetzungsaufwand, der im ursprünglichen Zeitplan nicht absehbar war und nun 2026 bewältigt werden muss. In den regulären Budgets der Direktionen sind keine Mittel für diese zusätzlichen Anforderungen eingestellt. Der Übertrag ist daher zwingend notwendig, um den Direktionen die erforderliche Unterstützung durch den Expertenpool zu finanzieren. Nur so können die neuen Standards im Jahr 2026 operativ umgesetzt werden.	-990 000
5000	Generalsekretariat Volkswirtschafts-direktion	Ablösung Notes Fachapplikationen VD GS: Aufgrund von personellen Engpässen (Stellen konnten wegen Fachkräftemangels nicht besetzt werden) und der Priorisierung von DigiLex wurde das Projekt verspätet gestartet und befindet sich in der Initialisierungsphase. Verschiedene Notes-Applikationen müssen in den kommenden Jahren abgelöst werden. Die Initialisierung hierfür wurde gestartet, die Kosten fallen aber erst bei der effektiven Ablösung an.	-300 000
		CRM Digitale Transformation VD: Aufgrund von personellen Engpässen (Stellen konnten wegen Fachkräftemangels nicht besetzt werden) und der Priorisierung von DigiLex wurde das Projekt noch nicht gestartet. Um die internen und externen Workflows und Kundenbeziehungen abzubilden und Anfragen zu bearbeiten, wird das Tool für interne Workflows weiterhin benötigt und soll schnellstmöglich beschafft werden.	-600 000
		BISR-Operationalisierung VD: Das Projekt wurde gestartet, aber in der Vorbereitungsphase der Aktivitäten sind weniger Kosten angefallen als geplant. Dadurch verschiebt sich der Finanzfluss. Nach Verabschiedung der Informationssicherheitsstrategie werden die BISR-Operationalisierung und die Umsetzung der Massnahmen intensiv weitergeführt und sind ohne die Budgetübertragung gefährdet.	-204 000
		Portfoliomanagement VD: Die technische Umsetzung des Projekts wurde noch nicht gestartet, da zur Harmonisierung eine Kantonsapplikation für Portfoliomanagement beschafft werden soll, die auch der VD zur Verfügung stehen wird. Die Beschaffung der Kantonsapplikation ist für 2026 geplant und die Kosten für den Aufbau und die Konfiguration werden dann anfallen.	-350 000
		Microsoft Power Platform VD: Die Freigabe der Microsoft Power Platform durch das AFI erfolgte nicht 2025, daher die Verzögerung des Projekts. Nach Freigabe (geplant für 2026), sollen verschiedene Automatisierungen auf der Microsoft Power Platform umgesetzt werden können, was ohne eine Budgetübertragung nicht möglich ist.	-200 000
		Kompetenzentwicklung Digitale Transformation VD: Aufgrund von personellen Engpässen (Stellen konnten wegen Fachkräftemangels nicht besetzt werden) und der Priorisierung von DigiLex wurde das Projekt noch nicht gestartet. Die Kompetenzentwicklung wird als unterstützende und begleitende Massnahme bei den geplanten Projekten und Veränderungen benötigt und kann ohne Budgetübertragung nicht erfolgen.	-100 000
5301	Amt für Wirtschaft	Einführung Customer-Relationship-Management-System: Verzögerung bei Konzeptarbeit für Change Requests und neue Prozesse. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-350 000
		Innovationspark Zürich: Verzögerung im Know-how-Transfer von der IPZ-Geschäftsstelle zur kantonsinternen Fachstelle IPZ. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-350 000
		Digitaler One-Stop-Shop: Die Klärung der Auftraggeberschaft für dieses Vorhaben führte zu einer Verzögerung. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-70 000
		Wirtschaft im Klassenzimmer: Projektinitiierung aufwendiger als geplant. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-250 000
		Vorstudie Fachapplikationen AI und Anbindung easyGov: Durch die Aufteilung des Bereichs per Anfang des Berichtsjahres standen die Ressourcen nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung, um das Vorhaben anzugehen. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-120 000
		Digitale Kommunikation AWI: Durch die Reorganisation der betroffenen Abteilung standen nicht genügend Ressourcen zur Verfügung, um die geplanten Aktivitäten durchzuführen. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-80 000

Kreditübertragungen

		Regierungsratsziel RRZ 8g «Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen»: Projektkonzeption dauerte länger als erwartet sowie Verrechnung von Amt für Arbeit fällt erst 2026 an. Mittel sind 2026 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-90 000
5302	Amt für Arbeit	ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Aufgrund der nach wie vor tiefen Arbeitslosigkeit konnten nicht so viele Laptops wie geplant abgegeben werden. 2026 sind in der Leistungsgruppe Nr. 5302, Amt für Arbeit, keine Mittel eingestellt und die Aufwendungen können im kantonsfinanzierten Teil nicht kompensiert werden.	-310 000
6010	Amt für Gesundheit	Umsetzung Pflegeinitiative (RRB Nr. 103/2024): Bei der Vergabe des Projekts zur Entwicklung einer geeigneten IT-Infrastruktur für die Abwicklung der Ausbildungsbeiträge kam es zu Verzögerungen. Zudem wurde der Beitrag je Woche aufgrund reduzierter Unterstützung des Bundes bei Fr. 250 behalten. Im Budget 2026 sind keine ausreichenden Mittel eingestellt, um die IT-Infrastruktur fertigzustellen sowie einen höheren Beitrag je Woche auszubezahlen.	-1 000 000
		Elektronische Bewilligungsprozesse (eBeGe): Aufgrund von Verzögerungen bei der Servermigration durch das AFI musste der Go-live des Projekts verschoben werden. Im Budget 2026 sind für den Betrieb des eBeGe keine Mittel eingestellt, weshalb der Kreditübertrag notwendig ist.	-200 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	DigiAct – Schaffung eines digitalen Geschäftsverwaltungssystems: Verzögerung im Vergabeverfahren. Das Evaluationsverfahren war aufgrund von Sicherheitsabklärungen betreffend Datenhaltung aufwendiger als geplant. Der Abschluss dieses IKT-Projekts ist zwingend im Hinblick auf die Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 (RRB Nr. 326/2020). Die Mittel werden für das Projekt weiterhin benötigt, damit der Gesamtprojektplan eingehalten werden kann. Für die aus dem Jahr 2025 verschobenen Arbeiten sind im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt.	-350 000
7401	Universität (Beiträge)	Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH), Innovationsprogramm: Im Innovationsprogramm der DIZH werden Fördermittel kompetitiv vergeben (vgl. Vorlage 5523). Nach einer Anpassung des Organisationsreglements dürfen Projektmittel erst nach Einreichung der fallbezogenen Agreements eingesetzt werden. Das führte zu verzögerten Projektstarts. Zusätzlich kam es bei einzelnen Projekten des 1. Struktur-Calls zu leichten zeitlichen Verzögerungen in der Mittelverwendung. Die mit Vorlage 5523 bewilligten Fördermittel wurden verbindlich zugesprochen. Sie werden bis Ende der Programmperiode abgerufen. Die zu übertragenden Mittel sind im Budget des Folgejahres nicht enthalten.	-403 000
8000	Generalsekretariat Baudirektion	BIM@BD (Building Information Modelling), Konzeption: BIM ist eine Methode, digitale Abbildungen von Bauprojekten und der eigentlichen Bauten darzustellen. Das Programm ist aufgrund von Ressourcenengpässen verzögert. Es wurde neu konzipiert und wird nun dreistufig umgesetzt, wodurch sich die Konzeptionsphase bis Mitte 2027 verlängert. Im KEF 2026–2029 bzw. im Budget 2026 reichen die Mittel nicht aus, um das Vorhaben gemäss aktualisierter Planung umzusetzen.	-650 000
8300	Amt für Raumentwicklung	Programm GIS-ZH 2020: Ressourcenengpässe in der Programmumsetzung aufgrund Ressourcenbeanspruchung durch kantonale Projekte «Plattform und Rechenzentren» im Bereich GIS-Kantonsapplikation (PRZ-GIS) und «Ablösung IDV ZH Broker – Authentication Application». Aufgrund personeller Ausfälle standen weniger Ressourcen zur Verfügung. Die im Budget 2026 eingestellten Mittel sind zu gering, um die aufgelaufenen Arbeiten abzuwickeln und gleichzeitig die Arbeiten an der Kantonsapplikation GIS mit Fokus auf Abschluss der Kartenmigrationen abzuschliessen.	-100 000
		Betriebskosten Kantonsapplikation GIS: Ressourcenengpässe in der Programmumsetzung aufgrund Ressourcenbeanspruchung durch die kantonalen Projekte «Plattform und Rechenzentren» im Bereich GIS-Kantonsapplikation (PRZ-GIS) und «Ablösung IDV ZH Broker – Authentication Application». Aufgrund personeller Ausfälle standen weniger Ressourcen zur Verfügung. Die im Budget 2026 eingestellten Mittel sind zu gering, um die aufgelaufenen Arbeiten abzuwickeln und gleichzeitig die ursprünglich geplanten Arbeiten wie Archivierung und Historisierung voranzutreiben.	-210 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Staatsbeiträge für Revitalisierungen an Gemeinden: Projektverzögerungen bei kommunalen Projekten. 2026 ist nur ein geringer Betrag im Budget eingestellt. Verzögerte kommunale Projekte wie die zugesicherte Revitalisierung Hörnigraben in Wallisellen infolge mangelnder Finanzmittel könnten nicht unterstützt werden.	-197 000
		Festlegung des Gewässerraums im Siedlungsgebiet (RRB Nr. 977/2016): Verschiebung aufgrund laufender Rechtsmittelverfahren. Die im Berichtsjahr nicht verwendeten Mittel werden 2026 für den Abschluss der Arbeiten benötigt, da praktisch keine Mittel mehr eingestellt sind.	-440 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Überprüfung Bodenkarte bezüglich prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF): Verzögerung bei der Kartierung des Gesamtperimeters infolge grosser Skepsis und Ablehnung bei den Interessenvertretenden. Aufgrund veralteter Karten muss das Bodenkartieren neu vorgenommen werden, hauptsächlich um den tatsächlichen Stand der Fruchtfolgeflächen (FFF) und prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF) zu ermitteln sowie um aktuelle Planungsgrundlagen für die Gesamtplanungsgebiete bereitzustellen. 2026 sind keine Mittel für das Projekt eingestellt. Damit das Projekt realisiert werden kann, ist eine Übertragung der Mittel ins Budget 2026 notwendig.	-729 000
8910	Natur- und Heimatschutzfonds	Abbruch und Rekultivierung Wohnhaus mit Scheune, Hombrechtikon: Es musste ein Gutachten der Kantonalen Denkmalpflegekommission eingeholt werden, weshalb der Rückbau erst 2026 stattfinden kann. Im Budget 2026 sind keine Mittel für dieses Vorhaben eingestellt.	-250 000
Total	Investitionsrechnung		-188 989 000
2201	Generalsekretariat Direktion der Justiz und des Innern	ELFA (Elektronische Fallakte, ehem. FAJuV): Projektabbruch durch die Leistungserbringerin und notwendige Durchführung einer neuen Beschaffung und Anpassungen an den Projektarbeiten. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 821/2024 geplant.	-544 000
		RESys (Neues Resultatermittlungssystem): Projektverzögerung durch Ausfall des internen Projektleiters sowie verspätete Bereitstellung von Schnittstellen durch die Leistungserbringerin und damit Verschiebung des Einführungstermins. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 894/2023 geplant.	-97 000

Kreditübertragungen

		SiSu JuWe (Sicherheitssupportsystem Institutionen JuWe): Verschiebung der Projektumsetzung durch später erfolgte Ausgabenbewilligung. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden nicht beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 446/2024 geplant.	-1 000 000
		Projekt CRB 2.0 (HRA-Fachapplikation): Verschiebung der Projektumsetzung durch später erfolgte Ausgabenbewilligung. Die mit Budgetbeschluss 2025 bewilligten Mittel wurden nicht beansprucht. Sie wurden für 2026 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 446/2024 geplant.	-450 000
2207	Gemeindeamt	Weiterentwicklung der Kantonalen Einwohnerdatenplattform: Als Folge personeller Engpässe bei der Leistungserbringung haben sich die Arbeiten verzögert. Die mit dem Budgetbeschluss bewilligten Mittel für die Arbeiten an der Weiterentwicklung wurden nicht wie geplant beansprucht. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die fehlenden Anpassungen 2026.	-630 000
		Umsetzung neues Verwaltungsrechtspflegegesetz (VGR): Als Folge der verschobenen Inkraftsetzung des VRG konnte erst ein Teil der Systemanpassungen vorgenommen werden. Die mit dem Budgetbeschluss bewilligten Mittel für die Systemanpassungen wurden erst teilweise beansprucht. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die fehlenden Systemanpassungen 2026.	-113 000
2234	Fachstelle Kultur	Opernhaus Zürich, Bauvorhaben: Planmässiger Fortschritt nach Verzögerungen in den Vorjahren. Die Bauvorhaben werden durch die Kreditübertragung finanziert. Im Budget 2026 sind keine Mittel eingestellt.	-5 578 000
3100	Kantonspolizei	Ersatzbeschaffung von zwei Wasserwerfern: Aufgrund Kapazitätsengpass beim Lieferanten verzögern sich die Auslieferungen der beiden Wasserwerfer. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-1 100 000
		Ersatzbeschaffung Präzisionsgewehre mit Zubehör: Längere Lieferfristen führen zu unerwarteten Lieferverzögerungen. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-1 900 000
		Ersatzbeschaffung der Kernapplikation POLIS (Polis Zukunft): Projektverzögerung wegen aufwendigerer Anforderungserhebung und Submissionsarbeiten. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-3 500 000
		Ersatzbeschaffung Medienarchiv (Polmedia): Projektverzögerung wegen Einsprache gegen Submissionszuschlag der Polizeitechnik und Informatik Schweiz (PTI). In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanziellen Mittel eingestellt.	-735 000
3200	Strassenverkehrsamt	Kerngeschäftsfallapplikation, Softwareanpassungen: Die Softwareerweiterungen bei der Applikation «Cari» sind durch die Anbieterin noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Zahlung an die Anbieterin der Kerngeschäftsapplikation für die Softwareanpassungen erfolgt erst nach Vorliegen der erbrachten Leistungen bis zum voraussichtlichen Projektabschluss Ende 2027. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-2 830 000
3300	Migrationsamt	Erneuerung Fachapplikation für das Migrationsamt: Das Projekt NEO (Erneuerung der Fachapplikation für das Migrationsamt) mit Einbindung von Kundenschnittstellen verzögert sich wegen Aufbauarbeiten für den Kanton Zürich durch das Amt für Informatik sowie der aufwendigeren Datenmigration. Das Projekt NEO wird voraussichtlich bis Ende 2026 realisiert. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden für das Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-515 000
		Anpassung Schalterhalle wegen Kapazitätsengpässen: Projektverzögerung wegen Ist-Analyse zur Umsetzung der geforderten Arbeitsplatzvorgaben (New Work). Die finanziellen Mittel können erst nach Abschluss der Ist-Analyse und der Freigabe durch die Baudirektion verwendet werden. In der Annahme in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden für das Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-582 000
3500	Sozialamt	Möbiliar- und Kleinschaffungen, Winterthur: Das Bauprojekt hat sich aufgrund zusätzlicher Abklärungen weiter verzögert. Deshalb konnten die Beschaffungen noch nicht getätigt werden. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-170 000
		Möbiliaranschaffungen für Ersatzneubau «tilia», Alleestrasse 86–88, Rheinau: Die Projektabrechnung des dafür zuständigen Fachorgans liegt noch nicht vor. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-694 000
		Ersatz Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen (Sozialhilfe und Asylkoordination): Projektverzögerung, u.a. wegen Zusammenlegung der beiden Projekte «Tutoris» (Asyl) sowie «Nexus» (Melde- und Abrechnungswesen), die aufgrund von Synergieeffekten auf SAP realisiert werden sollen. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-2 850 000
		Selbstbestimmt Entscheiden (SEBE), Social Protection und SEBE-Digital: Die Umsetzung des Projekts SEBE erfolgt mit der vielfältig eingesetzten Kantonsapplikation SAP (Modul CM). Release-Daten, Regressionstests usw. müssen daher amtsübergreifend abgestimmt werden. Zudem sind zentrale Wartungsfenster (einschliesslich Vorbereitungen) zu berücksichtigen, was insgesamt die Anzahl möglicher Releases für das Projekt SEBE einschränkt. 2026 sind weitere Releases erforderlich. Zudem ist das hinzukommende Modul «Arbeit» zu entwickeln. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-750 000
		Ablösung Fachapplikation ASBB (Abrechnungsprogramm für stationäre Angebote im Behindertenbereich): Projektverzögerung wegen zusätzlich geplanter Überführung und Integration von jährlichen Betriebsbeitrags-Abrechnungen für Institutionen für Menschen mit Behinderung auf SAP Social Protection. Im Berichtsjahr wurde mit der Studie begonnen. In der Annahme, im Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-255 000
		Geschäftsfallführungs- und Dokumentenmanagementsystem: Projektverzögerung wegen aufwendigerer Evaluation zur Einführung eines Geschäftsfallführungs- und Dokumentenmanagementsystems. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-213 000

Kreditübertragungen

		Ersatzbeschaffung Motorfahrzeug für IV-Betrieb «tilia»: Projektverzögerung wegen zeitintensiverer Abklärungen als angenommen. In der Annahme dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden im Budget 2026 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-51 000
		Ersatz Fachapplikation Zusatzleistungen (Projekt «Proteus»): Die Ablösung der Fachapplikation (Bereich Zusatzleistungen, Abteilung Sozialversicherungen) konnte wegen technischer kantonaler Grundlagenarbeiten (u.a. sichere Austauschplattform mit den Gemeinden) nicht wie geplant umgesetzt werden. In der Annahme, für dieses Projekt im Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringere finanzielle Mittel eingestellt.	-1 068 000
3910	Sportfonds	Sportzentrum Kerenzerberg, Sporthalle 2 (Dachsanierung und Photovoltaik): Späterer Projektstart als geplant, u.a. wegen Abhängigkeiten zum Projekt «Sporthalle 3» und knapper Personalressourcen auf Planerseite. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-255 000
		Sportzentrum Kerenzerberg, Hallenbad (Instandsetzung/Umbau, inkl. Technik): Projektverzögerung wegen unvorhergesehener längerer Dauer des Bewilligungsverfahrens. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-1 167 000
		Sportzentrum Kerenzerberg, Sporthalle 3 (Instandsetzung): Späterer Projektstart als geplant, u.a. wegen Abhängigkeiten zum Projekt «Sporthalle 2» und knapper Personalressourcen auf Planerseite. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2026 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-255 000
4100	Finanzverwaltung	Planungs- und Budgetierungstool: Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebung des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres. Kostenfolgen aufgrund Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Direktionen. Die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten.	-119 000
		eVorhaben: Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebung des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres. Kostenfolgen aufgrund Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Direktionen. Die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2026 enthalten.	-140 000
		Einmaldebitoren/CPD: Verzögerung aufgrund von Ressourcenmangel bzw. Fachkräftemangel. Kostenfolgen, da die Arbeiten für das Vorhaben im Folgejahr anstehen werden. Die im Budget 2026 eingestellte Ausgabe ist nicht mehr kostendeckend.	-100 000
4400	Steuern Betriebsteil	Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Dies betrifft Funktionen, die einen digitalen, medienbruchfreien und unmittelbaren Informationsaustausch innerhalb der Steuerverwaltung ermöglichen, unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die Mittel dafür sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	-2 527 000
		Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungsphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden konnten. Dies betrifft die Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen gestützt auf Erfahrungen in ZüriPrimo, wie beispielsweise Online-Steuererklärung, Workflowsysteme, Quellensteuerprozess, Gemeinderegister. Die Mittel dafür sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.	-8 775 000
		Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt: Verzögerte Initialisierungs- und Konzeptphase aufgrund von Abhängigkeiten von wesentlichen Entwicklungen im Umfeld der nachhaltigen und langfristigen Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft. Dies betrifft Funktionen, die einen digitalen, medienbruchfreien und unmittelbaren Informationsaustausch innerhalb der Steuerverwaltung ermöglichen, unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die dafür benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten.	-1 656 000
		Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden konnten. Dies betrifft: 1. Digitale ID; 2. Zürikonto. Die Mittel dafür sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Strategie Digitale Verwaltung notwendig.	-276 000
		Ersatzbeschaffung Online-Steuererklärung: Verzögerung aufgrund zusätzlicher Abklärungen in Richtung Zürikonto. Die Kreditübertragung erfolgt aufgrund der Notwendigkeit für den Life-Cycle der fachapplikatorischen Betriebsumgebung zur Sicherstellung der Funktionalität und des Betriebs. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten.	-823 000
		Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungsphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (Ausgestaltung der Voraussetzungen). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden konnten. Dies betrifft die Integration der Gemeinden im Steuerverfahren mit juristischen Personen. Die benötigten Mittel sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	-10 361 000

Kreditübertragungen

4610	Amt für Informatik	Betriebsinvestitionen zur Sicherstellung der IKT-Grundversorgung im Anschluss an das IKT-Programm: Die Verzögerungen, insbesondere im Projekt Plattformen und Rechenzentren (PRZ), sind massgeblich auf die hohe Komplexität und Heterogenität der Fachapplikationen sowie deren Anforderungen an Betrieb und technische Umgebung zurückzuführen. Darüber hinaus höhere Abnutzung in den eingesetzten Geräten der IKT-Grundversorgung. Im Budget 2026 sind nicht genügend Mittel eingestellt.	-6 900 000
5301	Amt für Wirtschaft	Darlehen Wohnbauförderung: Nicht alle Darlehen waren per Ende des Berichtsjahres zur Auszahlung bereit. Der Auszahlungszeitpunkt hängt vom Projektfortschritt der geförderten Vorhaben sowie von der Bearbeitung durch die Gemeinden ab und kann vom Kanton nicht gesteuert werden. Es handelt sich um Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen. Die notwendigen Mittel sind 2026 nicht budgetiert und können nicht kompensiert werden.	-1 900 000
5920	Verkehrsfonds	Limmattalbahn (Vorlage 5111): Kreditabrechnung und damit Schlusszahlung ausstehend. Keine Investitionsmittel im Budget 2026 enthalten.	-500 000
		Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel): Projektverzögerungen (zusätzliche Abklärungen aufgrund der Bau- und Zonenordnung [BZO] Abstimmung). Gemäss aktueller Projektplanung zu geringe Investitionsmittel im Budget 2026 eingestellt.	-2 300 000
		SBW (Stadtbus Winterthur): Elektrifizierung Linien 5 und 7 (Vorlage 5777): Schlussabrechnung und Schlusszahlung Linie 5 noch offen sowie späterer Projektstart Linie 7. Gemäss aktueller Projektplanung zu geringe Investitionsmittel im Budget 2026 eingestellt.	-3 450 000
		AVA (Aargau Verkehr AG): Doppelspurausbau (RRB Nr. 301/2022): Baustart noch nicht erfolgt aufgrund von Verzögerungen beim Plangenehmigungsverfahren (PGV). Gemäss aktueller Projektplanung zu geringe Investitionsmittel im Budget 2026 eingestellt.	-100 000
		Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe: Gemeinden haben grössere Bushofvorhaben zur Mitfinanzierung aus dem Verkehrsfonds für 2026 angemeldet. Zu geringe Investitionsmittel im Budget 2026 enthalten.	-1 000 000
6010	Amt für Gesundheit	Elektronische Bewilligungsprozesse: Die Realisierung der ersten Phase konnte erfolgreich implementiert werden. Aufgrund von Umstrukturierung musste die Realisierung der weiteren Phasen nach hinten verschoben werden. Die Mittel werden für den Abschluss des kompletten Projekts im Folgejahr benötigt. Da im Budget 2026 keine Mittel hierfür eingestellt sind, ist ein Kreditübertrag notwendig.	-644 000
		Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS): Bei der Umsetzung der vom Bund festgelegten vereinheitlichten Finanzierungsschlüssel wurde festgestellt, dass weitergehende bundesrechtliche Vorgaben definiert werden müssen. Dies primär in den Bereichen Kontroll- und Aufsichtsaufgaben, verbindliche Regeln zur Zusammenarbeit Kantone-Versicherer sowie konkrete Kostensteuersinstrumente. Da diese Vorgaben noch ausgestaltet werden müssen, kommt es zu Verzögerungen bei den Vorprojekten. Um die Umstellung der Rechnungskontrolle im Rahmen des Projekts EFAS umsetzen zu können und da hierfür im Budget 2026 keine Mittel eingestellt sind, ist eine Kreditübertragung notwendig.	-117 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	DigiAct – Schaffung eines digitalen Geschäftsverwaltungssystems: Verzögerung im Vergabeverfahren. Das Evaluationsverfahren war aufgrund von Sicherheitsabklärungen betreffend Datenhaltung aufwendiger als geplant. Der Übertrag ist zwingend. Die im Budget 2026 eingestellten Beträge reichen nicht aus.	-428 000
		Weiterentwicklung Fachapplikation Limsophy (Software zur Heilmittelverwaltung und Dokumentation Inspektionen): Die Umsetzung des Projekts konnte aufgrund fehlender Personalressourcen durch Langzeiterkrankungen nicht gestartet werden. Mit Inkrafttreten der Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) und der damit notwendigen Umsetzung der elektronischen Verfahrenshandlungen am 1. Januar 2027 werden die Mittel benötigt, damit die Weiterentwicklung der Fachapplikation umgesetzt werden kann. Im Budget 2026 sind dafür keine Mittel eingestellt.	-235 000
7000	Bildungsverwaltung	Projekt neue Fachanwendungen der Fachstelle für Schulbeurteilung, Ablösung Dokumentenmanagementsystem (DocM) und Planungssystem (Plato): Die Bereitstellung der Microsoft Power Platform durch das Amt für Informatik verzögerte sich. Durch die Verzögerung bei der Einführung der neuen Fachanwendung werden die Kosten im Folgejahr anfallen. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2026 nicht erneut budgetiert.	-52 000
		Projekt MOVE Ausstattung Ausstellungsstrasse 88: Der Umbau der Liegenschaft wird erst im Februar 2026 fertiggestellt und somit fallen die Ausstattungskosten auch erst 2026 an. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens, fehlen im Budget 2026 und können nicht kompensiert werden.	-1 689 000
		Supportunterstützung im Rahmen E-Vikariatsrapports (Puls Avanti, Volksschule): Das Projekt Aurora Projekt musste vorgezogen werden, aus diesem Grund wird erst jetzt mit der Konzeptphase gestartet. Durch die Verzögerung bei der Einführung des elektronischen Vikariatsrapports werden die Kosten im Folgejahr anfallen. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2026 nicht erneut budgetiert.	-319 000
7050	Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	Neubau des FORUM UZH der Universität Zürich (Vorlage 5811a): Verzug des Baustarts um acht Monate infolge Vergabebeschwerde in der Werkgruppe Baugrube. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens und sind nicht im Budget 2026 eingestellt.	-45 600 000
		UZH, Standort Zürich Zentrum, Künstlergasse 10 (Gebäude MEN), Rämistrasse 73 (Gebäude KOL), Künstlergasse 12 (Gebäude KOH), Instandsetzung Aussenflächen (URB Nr. 17/2024): Verschiebung 1. Etappe um ein Jahr aufgrund UL-/UR-Entscheid (Universitätsleitung/Universitätsrat), die geplante Auflösung des Brunnens auf Notwendigkeit und Denkmalschutz zu überprüfen. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens. Im Budget 2026 fehlen 2,0 Mio. Franken.	-1 200 000
		Gesamtinstandsetzung Hirschengraben 56 (Gebäude HIE): Terminverschiebungen aufgrund Erhöhung der Komplexität des Projekts infolge umfangreicher denkmalpflegerischer Gutachten. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens. Sie sind im Budget 2026 nicht enthalten.	-3 700 000

Kreditübertragungen

		UZH, Standort Kilchberg (Zürich Zentrum) Gebäude HYF (Limnologische Station des Instituts für Pflanzen- und Mikrobiologie): Verzug aufgrund verschiedener Anpassungen in der Bestellung und Umplanung der gesamten Gebäudetechnik infolge Systemwechsels von Ölheizung zur Seewassernutzung für Heizung und Kühlung im Kontext von Denkmalschutzanforderungen. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens. Im Budget 2026 fehlen 1,1 Mio. Franken.	-900 000
		KV Winterthur, Investitionsbeitrag Tösstalstrasse 37, Erneuerung Toiletten/Fallstränge/Sportbereich UG: Verzögerung der Abrechnung zur Auszahlung des Beitrags. Der Beitrag wird 2026 ausbezahlt und ist im Budget 2026 nicht eingestellt.	-750 000
7200	Volksschulen	Association du Lycée Français Marie Curie de Zurich, Dübendorf, Neubau (Subvention, gebundene Ausgabe): Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusage, Realisierung durch die beitragsberechtigte Schule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-1 700 000
7306	Berufsbildung	Berufsmaturitätsschule Winterthur, Umgestaltung Attika und Lernlounge: Die budgetierten Mittel konnten aufgrund von Lieferverzögerungen bei Mobiliarbeschaffungen im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft werden. Es sind im Folgejahr keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-189 000
		Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Projekt «Umsetzung Pflegeinitiative»: Die IT-Plattform zur Bearbeitung und Auszahlung der Förderbeiträge Pflege an die Studierenden wurde parallel zu der Erschaffung der gesetzlichen Grundlagen entwickelt. Nach einem Jahr im operativen Betrieb ist erkennbar, welche Weiterentwicklung die Plattform zur Steigerung der Effizienz insbesondere im administrativen Bereich benötigt. Die Mittel sind notwendig für die Umsetzung des Vorhabens, fehlen im Budget 2026 und können nicht kompensiert werden.	-282 000
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Sanierung Altbau: Wegen Mehrkosten wurde das Projekt unterbrochen und grundsätzlich überprüft. Auf Grundlage der Überprüfung bewilligt der Regierungsrat und die Stadt Zürich zusätzliche Ausgaben (RRB Nr. 1111/2025). Die Mittel sind für die Umsetzung der Sanierung notwendig. Sie sind im Budget 2026 und im KEF 2026–2029 nicht eingestellt. Die zusätzlichen Ausgaben wurden unter Berücksichtigung der Kreditübertragung bewilligt.	-7 422 000
8000	Generalsekretariat Baudirektion	Ablösung der Applikation Aqua+: Das Vorhaben umfasst die Integration in die neue Microsoft Power Platform: Aqua+ dient zur Verwaltung von Konzessionen und Wasserrechten, die zurzeit noch auf IBM-Notes-Datenbanken basiert. Die neue Applikation wird auf der vom AFI bereitgestellten neuen Microsoft Power Platform aufgesetzt. Fehlende externe Ressourcen und Unklarheiten bei der Umsetzung der Anforderungen für die Fachapplikation auf der neuen Plattform machen weitere Abklärungen und Abstimmungen erforderlich, wodurch sich die Umsetzung verzögert. Aufgrund der Verzögerung kann die Realisierung erst 2026 erfolgen. Im Budget 2026 sind keine Mittel für das Vorhaben geplant.	-90 000
		Ablösung der Applikation ALIS (Altlasten-Informationssystem, Kataster der belasteten Standorte im Kanton Zürich): Die neue Applikation wird neu auf der Microsoft Power Platform aufgesetzt. Das Projekt soll auf der Grundlage von ersten Erfahrungen mit dem Parallelprojekt Aqua+ umgesetzt werden, das ebenfalls auf der neuen Microsoft Power Platform basiert. Aufgrund der Verzögerung kann das Projekt erst 2026 umgesetzt werden, wofür im Budget 2026 nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen.	-100 000
8100	Hochbauamt	Anschaffung Büromöbel für die Kunstsammlung: Der Umzug der Kunstsammlung kann erst an den neuen Standort erfolgen, nachdem der Entlastungsstollen Sihl in Betrieb genommen wurde und somit der Hochwasserschutz am neuen Standort gewährleistet ist. Im Budget 2026 sind keine Mittel eingestellt.	-1 275 000
8300	Amt für Raumentwicklung	eBaugesucheZH – Volldigital: Aufgrund des kantonalen Projekts «Ablösung IDV ZH Broker – Authentication Application» und der dazu notwendigen Entwicklungsarbeit an der Applikation konnten die gesetzten Umsetzungsziele nicht erreicht werden. Die im Budget 2026 eingestellten Mittel reichen nicht aus, um den bereits vergebenen Auftrag vollständig zu decken.	-160 000
		Programm GIS-ZH 2020: Ressourcenengpässe in der Programmumsetzung aufgrund Ressourcenbeanspruchung durch kantonale Projekte «Plattform und Rechenzentren» im Bereich GIS-Kantonsapplikation (PRZ-GIS) und «Ablösung IDV ZH Broker – Authentication Application». Aufgrund personeller Ausfälle standen weniger Ressourcen zur Verfügung. Die im Budget 2026 eingestellten Mittel sind zu gering, um die aufgelaufenen Arbeiten abzuwickeln und gleichzeitig die Arbeiten an der Kantonsapplikation GIS mit Fokus auf Abschluss der Kartenmigrationen abzuschliessen.	-136 000
		Objektwesen ZH: Ressourcenengpässe in der Projektorganisation aufgrund Ressourcenbeanspruchung durch kantonale Projekte «Plattform und Rechenzentren» im Bereich Datenlogistik (PRZ-DLG) und «Ablösung IDV ZH Broker – Authentication Application». Das für 2026 vorgesehene Budget würde die bereits vergebenen Aufträge zur Entwicklung der neuen eCH-Schnittstelle nicht abdecken und damit den Erfolg des Projekts gefährden. Da eine starke Abhängigkeit zu den weiteren Schnittstellenerweiterungen besteht, ist ein Kreditübertrag zwingend notwendig, um den Ausbau der Plattform erfolgreich abschliessen zu können.	-489 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Entlastungsstollen, Thalwil: Der Projektfortschritt im Berichtsjahr war nicht wie erwartet, weil belastetes Bodenmaterial festgestellt wurde. Dadurch verzögerte sich der Baufortschritt bei den ökologischen Ersatzmassnahmen infolge zusätzlicher Untersuchungen. Die Arbeiten verschieben sich bis 2026 und das Projekt wird weitgehend 2026 abgeschlossen. Die 2026 budgetierten Mittel (22,57 Mio. Franken) genügen nicht. Die Übertragung ist notwendig, damit die 2026 geplanten Bauarbeiten ausgeführt werden können.	-6 815 000
		Limmat, Zürich, Platzspitzwehr: Verzögerung durch Lieferant von Stahlwasserbau (die zweite Zahlung gemäss Zahlungsplan konnte im Berichtsjahr nicht ausgelöst werden). Gemäss Prognose der externen Bauherrenunterstützung vom September 2025 werden 2026 7,7 Mio. Franken benötigt, um die geplanten Arbeiten umzusetzen. Im Budget eingestellt sind jedoch nur 6,2 Mio. Franken. Fehlende Mittel würden zu einem Unterbruch der Bauarbeiten führen.	-1 220 000

Kreditübertragungen

8700	Immobilienamt	Aufbau Gebäudeleitsystem-Cockpit: Die Abstimmung des AFI mit den externen Dienstleistern sowie die Infrastrukturbereitstellung haben mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. In der Leistungsgruppe ist nur dieses eine Projekt budgetiert. Die Mehrkosten von 2026 können daher nicht anderweitig kompensiert werden. Das Projekt muss 2026 abgeschlossen werden.	- 226 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Wildtierkorridore: Verzögerung bei Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern. 2026 sind zu wenig Mittel eingestellt. Weiterführende Studien und Projektrealisierungen können nur mit einem entsprechenden Kreditübertrag ins Budget 2026 sichergestellt werden.	-229 000
		Beschaffung Traktoren (Kauf aus Miete): Verzögerung bei der Submission, ordnungsgemässe Ausschreibung konnte zeitlich nicht realisiert werden. 2026 sind keine Mittel für die Beschaffung eingestellt. Aufgrund hoher Mietkosten ist eine permanente Beschaffung der beiden Fahrzeuge angezeigt.	-210 000
		Dashboard-Entwicklung mit automatisierter MLP (Milchleistungsprüfung)-Auswertung: Verzögerung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Vorgaben aufgrund personeller Engpässe. 2026 sind keine Mittel für die Beschaffung eingestellt. Die Entwicklung eines Dashboards mit automatisierter MLP-Auswertung in der Milchproduktionsberatung wird benötigt, um Daten, insbesondere im Bezug zum Thema PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen), zu erhalten.	-190 000
8910	Natur- und Heimatschutzfonds	Instandsetzung und Erweiterung Werkhof Pfäffikon: Das Projekt ist wegen eines Rekurses verzögert. Das Projekt wird 2026 abgeschlossen. Im Budget 2026 sind nicht genügend Mittel eingestellt, um das Projekt fertigzustellen.	-299 000
		Erneuerung Heizung, Oberburg Amtshaus, Regensdorf: Die Bauarbeiten mussten auf nach der Heizperiode 2025/2026 verschoben werden, weil das Risiko eines Ausfalls des Heizkessels bestanden hat. Ausserdem waren zusätzliche denkmalpflegerische Abklärungen nötig. Im Budget 2026 sind keine Mittel für dieses Vorhaben eingestellt.	-208 000
		Instandsetzung und Erschliessung Park Villa Weber, Rüti: Nach rekursbedingter Pause musste eine neue Ausschreibung durchgeführt werden. Die neuen Planer mussten den Kostenvoranschlag verifizieren, was zu Verzögerungen führte. Der im Budget 2026 eingestellte Betrag reicht nicht aus, um den erwarteten Projektfortschritt 2026 zu decken.	-100 000
		Mietereinbau Rollregalanlage zur Konservierung archäologischer Funde: Die externe Ausarbeitung der Pläne dauerte länger als vorgesehen. Zudem wurden vom Lieferanten Bestandteile nicht mitgeliefert, die nachbestellt werden mussten. Im Budget 2026 sind für dieses Vorhaben keine Mittel mehr eingestellt.	-78 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Im November 2021 bewilligter Nachtragskredit, der für das mehrjährige Projekt «Weg der Demokratie in Uster, Winterthur und Zürich» verwendet wird. Die Projektbearbeitung erfolgt mit den bestehenden Personalressourcen der Parlamentsdienste. Die Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.	-435 000
9030	Obergericht	Anschaffungen Hardware; Ersatz Drucker: Aufgrund der Beschleunigung des Projekts «Modernisierung Fachapplikation Notariate» kam es in diesem Projekt zu Verzögerungen. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-195 000
		Gesamtinstandsetzung Florhofgasse 2 und Mobiliarbeschaffung: Es waren unerwartet viele Abklärungen (Schadstoffe, Denkmalschutz) nötig, was zu einer Verzögerung im Projekt führte. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-3 092 000
		Kühlung Obmannamtsgasse 21: Bei dem Projekt handelt es sich um ein kombiniertes Heiz- und Kühlsystem. Das Projekt konnte noch nicht abgeschlossen werden, da die saisonalen Gegebenheiten den Abschluss noch nicht erlaubten. Es fallen noch letzte kleinere Arbeiten 2026 an. Das Bauprojekt konnte somit noch nicht abgeschlossen werden. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-70 000
		Kühlung Lindenegg: Das Projekt ist aufgrund fehlender Kapazitäten bei externen Partnern erst gegen Ende des Berichtsjahres gestartet. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-150 000
		Verschiedene bauliche Massnahmen (Ersatz Alarmserverlösung, Ersatz Regler, Türereinbau Plenarsaal, Ersatz Leuchten, Ersatz Komponente Zutrittssystem): Es waren zum Teil aufwendige technische Abklärungen nötig, die nicht vorhersehbar waren und Zeit benötigten (Ersatz Alarmserver, Ersatz Leuchten). Dies sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften führen zu Verzögerungen. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-554 000
9040	Bezirksgerichte	Bezirksgericht Andelfingen; Zentrumsüberbauung: Das Projekt konnte noch nicht wie geplant durchgeführt werden, da noch kein passender Ersatzpartner gefunden wurde. Es sind bisher keine Kosten angefallen. Der Restkredit wird 2026 benötigt, um das Projekt umsetzen zu können. Im Budget 2026 wurden nicht genügend Mittel eingestellt.	-423 000
		Bezirksgericht Winterthur; verschiedene bauliche Massnahmen: Der Umbau von Büros in Gerichtssäle konnte im Berichtsjahr nicht durchgeführt werden, da noch weitere Optionen für Gerichtssäle in einem externen Gebäude geklärt werden mussten. Ebenfalls wurde die Umnutzung der Bibliothek auf den Sommer verschoben, sodass die lärmverursachenden Arbeiten gebündelt durchgeführt werden können. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-120 000
		Bezirksgericht Andelfingen; Instandsetzung Parkgarage (Stockwerkeigentum): Das Projekt startete erst gegen Ende des Berichtsjahres und konnte deshalb noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Es erfolgen weitere Arbeiten 2026. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-108 000
		Bezirksgericht Hinwil; Neubau Liegenschaft: Es wurde Einsprache gegen das Baugesuch erhoben sowie das Beschwerdemittel ergriffen. Der Fall betreffend Vergabeentscheid musste vom Verwaltungsgericht beurteilt werden. Dementsprechend verzögert sich der Bau des Gebäudes sowie der Erwerb des Grundstücks. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-13 132 000

Kreditübertragungen

		Bezirksgericht Horgen; Büromöbel/Mobiliar geplanter Anbau: Aufgrund von Sparmassnahmen wurde das Bauprojekt gestoppt. Zurzeit ist noch unklar, wann dieses weitergeführt wird. Die Beschaffung des Mobiliars steht in direktem Zusammenhang mit dem Bauprojekt. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-86 000
		Bezirksgericht Zürich; Gesamtsanierung Wengistrasse 30 inkl. Airgate und Büromöbel/Mobiliar: Das Projekt konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Die Abschlussarbeiten erfolgen im ersten Quartal 2026. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-1 978 000
		Bezirksgericht Zürich; Anpassungsarbeiten W28: Das Projekt verzögert sich, da verschiedene Teilprojekte aufgrund fehlender Ressourcen von involvierten Spezialisten noch nicht abgeschlossen werden konnten. Der Restkredit wird 2026 benötigt, da im Budget 2026 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-591 000
9064	Sozialversicherungsgericht	Neubauprojekt des Sozialversicherungsgerichts: Der Baubeginn verzögerte sich unter anderem infolge einer Einsprache. Dieser Teil des Vorhabens war für 2025 geplant. Der Baubeginn verzögerte sich so stark, dass nur noch ein Fünftel des bewilligten Betrags im Rechnungsjahr 2025 ausgeben werden konnte und somit vier Fünftel dieser Ausgaben nun im Rechnungsjahr 2026 getätigt werden müssen und im Budget 2026 nicht eingestellt sind.	-12 554 000
9690	Zentralbibliothek	Sanierung Altbau (RRB Nrn. 45/2022 und 1111/2025): Wegen Mehrkosten wurde das Projekt unterbrochen und grundsätzlich überprüft. Auf Grundlage der Überprüfung bewilligten der Regierungsrat und die Stadt Zürich zusätzliche Ausgaben (RRB Nr. 1111/2025). Die Mittel sind notwendig zur Umsetzung des Vorhabens. Sie sind im Budget 2026 nicht enthalten. Die zusätzlichen Ausgaben wurden unter Berücksichtigung der Kreditübertragung bewilligt.	-9 277 000
9710	Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	Pilotprojekt Klassenzimmersettings (Departement School of Management & Law): Aufgrund eines gegenüber der ursprünglichen Planung deutlich grösseren Abklärungsaufwands zu den Anforderungen im Pilotprojekt verzögerte sich der Investitionsprozess. Durch diese Planungsverzögerungen konnte das Mobiliar nicht mehr 2025 geliefert werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-99 000
		Umbau Klassenzimmer zu Praxisräumen (Departement Gesundheit): Aufgrund einer umfassenden Abstimmung des Umbaus von Klassenzimmern zu Praxisräumen mit verschiedenen Stakeholdern verzögerte sich der Investitionsprozess. Durch diese Planungsverzögerungen konnte der Lieferant die Lieferung des Mobiliars im Jahr 2025 nicht mehr ausführen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-120 000
		Hybridunterricht Klassenräume (Departement School of Engineering): Die Komplexität der Beschaffung verzögerte die Projektplanung. Die Publikation der öffentlichen Ausschreibung erfolgt erst 2026. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-140 000
		EDV-Ersatz (Departement Angewandte Linguistik): Aufgrund von Ressourcenengpässen verzögert sich die Umsetzung bis 2026. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		Usability Labor Erneuerung (Departement Angewandte Linguistik): Aufgrund von Ressourcenengpässen verzögert sich die Umsetzung bis 2026. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		Spektroskopie Basisplattform Shedhalle (Departement Facility Management und Life Sciences): Aufgrund von Produktionsverzögerungen des Spezialgeräts beim Lieferanten konnte die Lieferung nicht in 2025 erfolgen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-85 000
		Ersatz Tische Gebäude GA (Departement Facility Management und Life Sciences): Aufgrund von Produktionsverzögerungen des Mobiliars beim Lieferanten konnte die Lieferung nicht in 2025 erfolgen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-87 000
		Shedhalle Trenntechnik – High-Performance Liquid Chromatography (HPLC) und Fast Protein Liquid Chromatography (FPLC): Aufgrund von Produktionsverzögerungen des Spezialgeräts beim Lieferanten konnte die Lieferung nicht in 2025 erfolgen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-122 000
		Shedhalle Reinluft & Prozessmedien (Departement Facility Management und Life Sciences): Aufgrund von Produktionsverzögerungen des Speziallabormobiliars beim Lieferanten konnte die Lieferung nicht in 2025 erfolgen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-190 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr 18 Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 372,1 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden sechs Kreditüberschreitungen im Betrag von 13,9 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2025
Total	Bewilligte Kreditüberschreitungen		-385 994 632	
Total	Erfolgsrechnung		-372 115 962	
3500	Sozialamt	Die budgetierten Ausgaben für die Zusatzleistungen lagen bei 404 Mio. Franken, die effektiven Ausgaben bei 452,37 Mio. Franken. Damit lag im Bereich der Zusatzleistung eine Budgetüberschreitung von -48,37 Mio. Franken vor. Die Leistungen im Bereich der Zusatzleistungen sind durch Bundesrecht (u.a. Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung [AHVG, SR 831.30, Art. 13]) zwingend vorgegeben. Es fallen Mehrkosten an bedingt durch die demografische Entwicklung sowie höhere Kosten bei den Krankheitskosten, Beihilfen und Zuschüssen. Ebenso sind die effektiven Beitragssätze tiefer als budgetiert ausgefallen, was zu einem tieferen Bundesertrag geführt hat. Die Kreditüberschreitung ist deshalb gemäss § 22 Abs. 1 lit. b CRG zu bewilligen. Eine vollständige Kompensation dieser Mehraufwände innerhalb des vom Kantonsrat genehmigten Budgets war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-25 000 000	-18 775 879
4500	Personalamt	Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (Projekt Aurora): Die höheren Ausgaben im Berichtsjahr im Projekt Aurora sind in erster Linie auf verschiedene Projektverzögerungen (durch zusätzliche Anforderungen, Standardisierung der Systemlandschaft, Schnittstelle zu Umsystemen, Authentisierungslösungen, höhere Mengen an Personaldaten) zurückzuführen. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des Projekts zu markanten nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und nur eine teilweise Kompensation in anderen Aufgabenbereichen des Personalamtes möglich waren (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -2 152 600 bewilligt.	-2 151 600	-2 151 600
4610	Amt für Informatik	Im Rahmen der Umsetzung des IKT-Programms waren u.a. Betriebskosten der künftigen Lösungen nicht Teil der bewilligten Ausgabe (RRB Nr. 625/2019, Erwägung 7.3). Um den Betrieb für den Digitalen Arbeitsplatz (DAP) stabil, sicher und effizient zu betreiben, sind weitere Vorhaben und damit einhergehende Ausgaben notwendig. Damit wird gewährleistet, dass die digitale Grundversorgung weiterhin modern, stabil und sicher weitergeführt werden kann. Mit dem Zwischenbericht 2025 hat das Amt für Informatik in diesem Zusammenhang Mehrkosten von 3,2 Mio. Franken angezeigt. Zudem wurde ein Antrag an den Regierungsrat zur Bewilligung der entsprechenden Betriebsaufwände ausgearbeitet. Die Genehmigung dieses Antrags hat sich jedoch verzögert. Mit einem Entscheid ist voraussichtlich Anfang 2026 zu rechnen. Dieser zusätzliche Aufwand konnte allerdings nicht vollständig kompensiert werden. Da eine Verzögerung oder Nichtweiterverfolgung des Vorhabens zu nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und der Mittelbedarf im Berichtsjahr nicht vollumfänglich durch Minderausgaben in anderen Leistungsbereichen kompensiert werden kann (§ 22 Abs. 2 CRG), wird eine Kreditüberschreitung von Fr. -1 445 904 bewilligt.	-1 445 904	-1 445 904
4921	Schadenausgleich	Die anteilige Übernahme der Kosten im Zusammenhang mit dem Bauschaden bei der ipw (-2,15 Mio. Franken gemäss RRB Nr. 989/2025) trug zur Budgetüberschreitung bei. Ein aufwendiges gerichtliches Verfahren zur Klärung dieser Angelegenheit wäre nicht im Interesse des Kantons und seiner Steuerzahlenden gewesen (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Diese hohe Zahlung konnte nicht im Versicherungsprämienbereich oder durch Rückstellungsaufösungen kompensiert werden (§ 22 Abs. 2 CRG).	-767 824	-767 824
5302	Amt für Arbeit	Mehraufwand aufgrund bundesrechtlicher Vorgabe (Art. 92 Abs. 7 ^{bis} AVIG). Die Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 5302, Amt für Arbeit, weist gegenüber dem Budget insbesondere einen um Fr. 2 782 750 höheren Kantonsbeitrag an den ALV-Fonds gemäss Art. 92 AVIG aus. Demgegenüber konnten Fr. 880 108 mit tieferen Leistungen für Ausgesteuerte gemäss Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG, LS 837.1) kompensiert werden (§ 22 Abs. 2 CRG). Die Leistungen haben sich nicht verändert. Da das Bundesrecht diese Ausgabe vorschreibt, wurde die Kreditüberschreitung gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV bewilligt.	-1 937 880	-1 937 880
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Der Kanton trägt 55% der Kosten für stationäre Hospitalisationen seiner Einwohnerinnen und Einwohner gemäss Art. 49a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10). Die Budgetüberschreitung wurde hauptsächlich durch höhere Aufwände für Hospitalisationen verursacht. Zudem konnten mehrere Spitäler ihre Tarifverhandlungen abschliessen, die u.a. aufgrund der Teuerung der Vorjahre zu höheren Fallpauschalen ab 2025, aber auch rückwirkend führte. Für 2025 resultiert eine Kreditüberschreitung von -149,1 Mio. Franken. Diese ist gestützt auf § 22	-149 119 740	-149 119 740

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2025
6400	Psychiatrische Versorgung	Abs. 1 lit. b CRG zu bewilligen. Der Mittelbedarf konnte im Berichtsjahr gemäss § 22 Abs. 2 CRG nicht kompensiert werden. Der Kanton trägt 55% der Kosten für stationäre Hospitalisationen seiner Einwohnerinnen und Einwohner gemäss Art. 49a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10). Im Berichtsjahr fiel der Aufwand für Hospitalisationen insbesondere in den kantonalen Betrieben, aber auch bei ausserkantonalen Leistungserbringern, höher als budgetiert aus. Des Weiteren trug die anteilige Übernahme der Kosten im Zusammenhang mit dem Bau-schaden bei der ipw zur Budgetüberschreitung bei. Ein aufwendiges gerichtliches Verfahren zur Klärung dieser Angelegenheit wäre nicht im Interesse des Kantons und seiner Steuerzahlenden gewesen. Für die psychiatrische Versorgung ist eine Kreditüberschreitung von -3,3 Mio. Franken gestützt auf § 22 Abs. 2 lit. a und b CRG zu bewilligen. Eine teilweise Kompensation gemäss § 22 Abs. 2 CRG ist aufgrund tiefer ausfallender Subventionsbeiträge von 0,9 Mio. Franken möglich.	-3 302 639	-3 302 639
6700	Beiträge an Krankenkassenprämien	Nach Art. 65 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10) gewähren die Kantone den Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen individuelle Prämienverbilligungen (IPV). Die Kosten für die definitive IPV 2023 fallen höher aus als ursprünglich vorgesehen. Zudem führten der Abschluss der definitiven Verfügung für das Anspruchsjahr 2021 sowie die Senkung des Eigenanteilsatzes für 2025 zu weiteren Mehrbelastungen. Für die Beiträge an die Krankenkassenprämien ist eine Kreditüberschreitung von -28,9 Mio. Franken gestützt auf § 22 Abs. 2 lit. b CRG zu bewilligen. Eine Kompensation gemäss § 22 Abs. 2 CRG innerhalb der Leistungsgruppe ist nicht möglich.	-28 879 889	-28 879 889
7100	Lehrmittelverlag	Die Kreditüberschreitung erfolgte hauptsächlich durch die nicht geplante Reorganisation der internen IT und die daraus entstandenen Mehrkosten. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-174 795	-174 795
7200	Volksschulen	Mehraufwand aufgrund höherer Beiträge an Gemeinden für die integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) wegen mehr ISR-Schülerinnen und -schülern als geplant sowie der im Budget nicht enthaltenen und nicht vollständig kompensierbaren Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-14 009 202	-14 009 202
7306	Berufsbildung	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen und nicht vollständig kompensierbaren Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1012/2024 (-4,2 Mio. Franken) und der Umsetzung des Digitalen Wandels (-1,1 Mio. Franken) sowie übrige Abweichungen (-0,9 Mio. Franken). Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-6 240 714	-6 240 714
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Höherer Beitrag für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUUV, LS 415.17): Höherer Pro-Kopf-Beitrag und mehr Studierende. Das interkantonale Recht schreibt die Abgeltung zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-3 634 693	-3 634 693
7407	Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	Höhere Beiträge für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen (FH) und Pädagogischen Hochschulen (PH) gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung (FHV, LS 414.12). Das interkantonale Recht (FHV) schreibt die Abgeltung zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-7 323 293	-7 323 293
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Die Kreditüberschreitung begründet sich insbesondere aus nachfolgenden zwei Sachverhalten: Einerseits wurden im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung die Rückstellungen im Zusammenhang mit der Kostentragung bei Platzierungen in Kinder- und Jugendheimen und der damit verbundenen Übernahme der Versorgungstaxen durch den Kanton für inner- und ausserkantonale Platzierungen in beitragsberechtigten und IVSE-erkannten Jugendheimen erhöht (Verwaltungsgerichtsurteile VB.2021.00365, VB.2021.00376 und VB.2020.00161). Andererseits führten die zu erbringenden Leistungen im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung gestützt auf das Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG, LS 852.2) zu Mehrkosten infolge höherer Inanspruchnahme von Leistungen für sozialpädagogische Familienhilfen als erwartet. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a und c CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-28 748 525	-28 748 525
8100	Hochbauamt	Mit Beschluss vom 24. September 2025 (RRB Nr. 989/2025) bewilligte der Regierungsrat Ausgaben von insgesamt Fr. 6 450 000, wovon Fr. 2 150 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8100, Hochbauamt, gehen. Hintergrund dieses Regierungsratsbeschlusses ist ein Schaden in Form von Mehrkosten in Bau und Betrieb, welcher der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) auf dem Areal der Klinik Schlosstal im Rahmen des Ersatz- und Ergänzungsbaus entstanden ist (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Für das Hochbauamt war eine Einsparung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel nicht zumutbar, weshalb eine Kompensation nicht möglich war (§ 22 Abs. 2 CRG).	-2 150 000	-3 023 781
8510	Altlasten	Die Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten mussten aufgrund von mehreren Standorten, bei denen neu mit Ausfallkosten zu rechnen ist, erhöht werden (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG) und konnten	-9 552 615	-8 204 291

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2025
8710	Liegenschaften Finanzvermögen	Die Kreditüberschreitung ist auf eine zusätzliche Rückstellung für Grundstückgewinnsteuern im Umfang von 12,8 Mio. Franken zurückzuführen, da die Liegenschaften im Berichtsjahr erneut an Wert gewonnen haben (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG). Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-1 976 295	-1 976 295
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Die Kreditüberschreitung ist auf die höheren Abschreibungen im Zusammenhang mit Bauprojekten zurückzuführen (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG). Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-85 700 354	-85 700 354
Total	Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)		-13 878 670	
4500	Personalamt	Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (Projekt Aurora): Die höheren Ausgaben im Berichtsjahr im Projekt Aurora sind in erster Linie auf verschiedene Projektverzögerungen (durch zusätzliche Anforderungen, Standardisierung der Systemlandschaft, Schnittstelle zu Umsystemen, Authentisierungslösungen, höhere Mengen an Personaldaten) zurückzuführen. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des Projekts zu markanten nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und keine Kompensationen in anderen Aufgabenbereichen des Personalamtes möglich waren (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -5 713 257 bewilligt. Errichtung eines neuen Arbeitsplatzkonzepts der Abteilungen HR-Management und Personal- und Organisationsentwicklung des Personalamtes mit dem Ziel, ein Umfeld zu schaffen, das aktivitätsbasiertes, selbstorganisiertes Arbeiten sowie eine bedarfsgerechte analoge, hybride und digitale Zusammenarbeit optimal unterstützt. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des Projekts zu markanten nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und der Mittelbedarf im Berichtsjahr aufgrund eines fehlenden Investitionsrechnungsbudgets (ausserhalb des Projekts Aurora) nicht kompensiert werden konnte (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -111 204 bewilligt.	-5 824 461	-5 824 461
4700	Drucksachen und Material	Die vorhandene Falzmaschine Multipli A3 35/2 PBA hat ihr Lebensende erreicht. Da für eine Revision keine Garantie mehr für die Verfügbarkeit von Ersatzteilen bestand, wurden mehrere angebotene neue Falzmaschinen getestet. Aufgrund der Benutzerfreundlichkeit, der kurzen Einrichtzeit und der vielseitigen Falzmöglichkeiten (Flexibilität) wurde entschieden, das Modell Horizon AF-406F (Vollautomat) zu beschaffen. Da zum Zeitpunkt der Eingaben für den KEF 2025–2028 der finale Kaufpreis (Gesamtkosten Fr. 64 319,50) noch nicht genau feststand, überschreitet der Kaufpreis der Falzmaschine den budgetierten Betrag um rund Fr. 7000. Der ursprünglich geplante Puffer musste aufgrund der Planungskorrektur Investitionsrechnung gestrichen werden. Da eine Verzögerung oder Nichtweiterverfolgung des Vorhabens zu nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und der Mittelbedarf im Berichtsjahr nicht vollumfänglich durch Minderausgaben in anderen Investitionsbereichen kompensiert werden kann (§ 22 Abs. 2 CRG), wird eine Kreditüberschreitung von rund Fr. -7000 bewilligt.	-7 081	-7 081
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Mit RRB Nr. 326/2024 wurde der Universitäts-Kinderspital Zürich – Eleonorenstiftung für den Neubau des Kinderspitals auf der Lengg zusätzlich zu den Darlehen gemäss RRB Nrn. 1078/2013 und 1185/2015 ein weiteres Darlehen von 100 Mio. Franken gewährt. Aufgrund der Verzögerungen beim Neubau wurde ein Teil des Darlehens mittels Kreditübertragung ins Budget 2025 überführt; das Kinderspital Zürich hat im Berichtsjahr die verbleibende Darlehenssumme von 50 Mio. Franken abgerufen. In die Periode von 2015 bis 2021 fiel auch die Darlehensvergabe an die axsana AG für den Aufbau einer kantonsübergreifenden Stammgemeinschaft im Sinne des Bundesgesetzes über das elektronische Patienten-dossier (EPDG, SR 816.1) von 0,3 Mio. Franken (RRB Nr. 487/2021) sowie die Abrechnung der Investitionsbeiträge an das Alterszentrum Trotte (Ersatzneubau) und das Altersheim Sydefädeli (Umbau) (RRB Nr. 20/2011) für 0,2 Mio. Franken im Jahr 2023. Diese Beträge waren in den jeweiligen Jahren (2021 und 2023) nicht budgetiert und verringerten dadurch die notwendige Kreditübertragung für das Darlehen an das Kinderspital um insgesamt 0,5 Mio. Franken. Gemäss RRB Nr. 487/2021 waren im Falle des Darlehens an die axsana AG die Bedingungen für eine Kreditüberschreitung gegeben. Die Abrechnung des Ersatzneubaus und des Umbaus 2023 ist gemäss § 43 Abs. 2 CRG vorgeschrieben und hätte bei Missachtung nachteilige Folgen für den Kanton im Sinne eines Gesetzesverstosses gehabt. Die im Berichtsjahr resultierende Kreditüberschreitung von -0,5 Mio. Franken ist gestützt auf § 22 Abs. 2 lit. a CRG zu bewilligen. Eine Kompensation gemäss § 22 Abs. 2 CRG innerhalb der Leistungsgruppe ist nicht möglich.	-482 000	-482 000
7100	Lehrmittelverlag	Die Entwicklungsausgaben, hauptsächlich für das Lehrmittelprojekt Deutsch, sind höher als geplant ausgefallen. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-280 632	-280 632
7301	Mittelschulen	Mehrausgaben wegen Verzögerungen im Vorjahr bei Einrichtungen des Erweiterungsneubaus der Kantonsschule Limmattal in Urdorf (-0,9 Mio. Franken). Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-984 496	-984 496
8400	Tiefbauamt	§ 22 Abs. 1 lit. a CRG: Projektbezogene Mehrkosten in Strassenbauprojekten. Ein Baustopp hätte zu massiven Mehrkosten geführt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-6 300 000	-6 227 851

Definitionen und Konventionen

Der vorliegende Geschäftsbericht beruht auf den nachfolgend aufgeführten Definitionen und Konventionen.

Rechtsgrundlage	Grundlagen für den Geschäftsbericht bilden das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR, LS 172.1) und die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) sowie das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) und seine Ausführungserlasse Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2). Als Regelwerk für die Rechnungslegung bestimmt § 3 RLV die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Die Grundlage für den Beteiligungsbericht in der Beilage zum Geschäftsbericht Teil III bildet § 107 des Kantonsratsgesetzes (KRG, LS 171.1).
Politikbereiche	Alle Ziele werden in zehn Politikbereiche gegliedert: 1 Öffentliche Sicherheit, 2 Bildung, 3 Kultur, Sport und Freizeit, 4 Gesundheit, 5 Gesellschaft und soziale Sicherheit, 6 Verkehr, 7 Umwelt und Raumordnung, 8 Volkswirtschaft, 9 Finanzen und Steuern, 10 Allgemeine Verwaltung.
Leistungsgruppen	Der Regierungsrat teilt die vom Kanton erbrachten Leistungen in Leistungsgruppen ein (§ 11 Abs. 1 CRG). Er berücksichtigt dabei den Zusammenhang und den Umfang der einzelnen Leistungen sowie den organisatorischen Aufbau der Verwaltung (§ 11 Abs. 2 CRG).
Richtlinien der Regierungspolitik	Zu Beginn der Amtsdauer erstellt der Regierungsrat die Richtlinien der Regierungspolitik und bringt sie dem Kantonsrat zur Kenntnis. Die Richtlinien der Regierungspolitik geben Auskunft über die langfristigen Ziele des Kantons, die Legislaturziele des Regierungsrates und die Massnahmen zu deren Umsetzung (§ 1 Abs. 1 VOG RR). Sie sind in der Broschüre «Richtlinien der Regierungspolitik» veröffentlicht (siehe zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/richtlinien-der-regierungspolitik-2023-2027.html).
Langfristige Ziele	Die langfristigen Ziele ergeben sich aus der Verfassung und dem Gesetz (§ 1 Abs. 2 VOG RR). Sie gelten unbegrenzt und bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab. Sie werden mittels Aufgaben in den Leistungsgruppen umgesetzt.
Legislaturziele des Regierungsrates	Die Legislaturziele des Regierungsrates bilden die strategischen Schwerpunkte und Prioritäten des Regierungsrates für die laufende Legislaturperiode. Sie sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt aufgrund der von den Direktionen vorgeschlagenen neuen Legislaturziele und der Lagebeurteilung (§ 5 VOG RR). Die Direktionen setzen die Legislaturziele des Regierungsrates, die ihre Zuständigkeit betreffen, in ihren Zielen um (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele des Regierungsrates werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer des Politikbereichs, z. B. RRZ 6 für ein Legislaturziel des Regierungsrates im Politikbereich 6 Verkehr.
Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden damit vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates müssen handlungsorientiert sein (§ 5 Abs. 1 VOG RR). Für jede Massnahme gibt es eine oder mehrere zuständige Leistungsgruppen, die diese Massnahmen als Entwicklungsschwerpunkte umsetzen. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer für den Politikbereich, z.B. RRZ 8c für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 8 des Regierungsrates im Politikbereich 8 Volkswirtschaft.
Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Nachdem der Regierungsrat die Richtlinien seiner Regierungspolitik beschlossen hat, legen die Direktionen ihre Ziele für die Amtsdauer des Regierungsrates fest (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden ebenfalls im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) eingestellt (§ 7 Abs. 3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Legislaturziele der Direktionen werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. DS 1.2 für ein Legislaturziel der Sicherheitsdirektion im Politikbereich 1 Öffentliche Sicherheit.

Definitionen und Konventionen

Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden im KEF dargestellt (§ 7 Abs. 3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen werden von den zuständigen Leistungsgruppen als Entwicklungsschwerpunkte geführt. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der entsprechenden Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. BI 2.1b für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 2.1 der Bildungsdirektion im Politikbereich 2 Bildung.
Entwicklungsschwerpunkte	Für jede Leistungsgruppe werden die Entwicklungsschwerpunkte dargestellt (§ 12 Abs. 1 lit. d CRG). Entwicklungsschwerpunkte sind zeitlich befristete Vorhaben, die von den Leistungsgruppen umgesetzt werden. Darunter fallen sowohl die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates und der Direktion als auch eigene Vorhaben der Leistungsgruppen. Die Entwicklungsschwerpunkte werden immer mit einer Jahreszahl versehen, bis wann sie zu erledigen sind.
Aufgaben	In der Rubrik Aufgaben werden die unbefristeten Aufgaben pro Leistungsgruppe abgebildet, die sich aus den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen ergeben. Sie dienen der Umsetzung der langfristigen Ziele. Die Aufgaben bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab.
Indikatoren	Für die wichtigsten Aufgaben einer Leistungsgruppe werden Indikatoren bestimmt (§ 7 Abs. 1 FCV). Die Indikatoren sind Beurteilungskriterien zu den angestrebten Wirkungen und Leistungen (§ 12 Abs. 1 lit. b CRG). Es gibt drei Kategorien von Indikatoren: – Leistungsindikatoren zeigen die Menge der im Rahmen der Aufgabenerfüllung zu erbringenden Leistungen. Dabei ist für jeden Indikator anzugeben, ob es sich um einen Zielwert oder eine Prognose handelt (§ 7 Abs. 2 FCV). Leistungsindikatoren mit Zielwerten werden dem Kantonsrat zusammen mit den Budgetkrediten unterbreitet (§ 9 Abs. 2 FCV). – Wirtschaftlichkeitsindikatoren setzen die Leistungen in Bezug zum Aufwand (§ 34 Abs. 1 OG RR, §§ 2 Abs. 2 lit. c und 28 Abs. 2 CRG). – Wirkungsindikatoren zeigen die angestrebten Wirkungen auf die Zielgruppe der Leistungen auf (Impact).
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die geplante bzw. tatsächliche Beschäftigung während des Berichtsjahres aufgeführt. Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%.
Fonds	Die Fonds werden als Leistungsgruppen geführt und entweder dem Fremdkapital oder dem Eigenkapital zugerechnet. Fonds werden dem Fremdkapital zugerechnet, wenn sie ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder sie gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken (§ 15 Abs. 1 RLV). Alle anderen Fonds werden dem Eigenkapital zugerechnet (§ 15 Abs. 2 RLV). Fonds im Fremdkapital: – 2934 Kulturfonds – 3910 Sportfonds – 3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht – 3930 Schutzraumfonds – 4980 Gemeinnütziger Fonds – 7930 Berufsbildungsfonds – 8930 Mehrwertausgleichsfonds – 8940 Denkmalpflegefonds – 8960 Deponiefonds – 8970 Kantonaler Waldfonds Fonds im Eigenkapital: – 5920 Verkehrsfonds – 5921 Flughafenfonds – 5925 Strassenfonds – 6900 Tierseuchenfonds – 8910 Natur- und Heimatschutzfonds – 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen – 8980 Wildschadenfonds Die Erfolgsrechnung von Fonds im Fremdkapital wird gemäss § 15 Abs. 3 RLV mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen, sodass sich immer ein Saldo von null ergibt und die konsolidierte Erfolgsrechnung insgesamt nicht beeinflusst wird. Das gilt als Ausnahme von IPSAS auch für den Verkehrsfonds als Fonds im Eigenkapital. Die Fonds im Eigenkapital weisen in der Regel einen Saldo auf, der nicht null ist und die konsolidierte Erfolgsrechnung beeinflusst.

Definitionen und Konventionen

Konsolidierung

§ 54 CRG verlangt eine Konsolidierung. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen gemäss § 54 Abs. 1 und 2 CRG:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat und Parlamentsdienste, Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Datenschutzbeauftragte, Obergericht, Bezirksgerichte, Notariate, Grundbuch- und Konkursämter, Verwaltungsgericht, Sozialversicherungsgericht, Baurekursgericht und Steuerrekursgericht im zweiten Konsolidierungskreis
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Forensisches Institut Zürich, Universität Zürich, Zentralbibliothek, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogische Hochschule Zürich, Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Integrierte Psychiatrie Winterthur
- Zürcher Unterland und Legate im dritten Konsolidierungskreis

Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag usw. der konsolidierten Einheiten). In der Planung werden die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.

Vorzeichenregelung

Erfolgsrechnung:

- positives Vorzeichen: Ertrag, positiver Saldo (Überschuss), Ertragszunahme, Aufwandabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Aufwand, negativer Saldo (Defizit), Aufwandszunahme, Ertragsabnahme, Saldoverschlechterung

Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung:

- positives Vorzeichen: Einnahmen, positiver Saldo (Überschuss), Einnahmenezunahme, Ausgabenabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Ausgaben, Geldabfluss, negativer Saldo (Defizit), Ausgabenzunahme, Einnahmenabnahme, Saldoverschlechterung

Bilanzgrössen:

- positives Vorzeichen: Aktiven (insbesondere Anlagevermögen Fonds), negativer Fondsbestand, Finanzierung Fonds bei Guthaben gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Aktiven, Abnahme Passiven
- negatives Vorzeichen: Passiven (insbesondere positiver Fondsbestand), Finanzierung Fonds bei Verpflichtung gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Passiven, Abnahme Aktiven

Kennzahlen (insbesondere Eigenkapital, Nettoschulden I, Selbstfinanzierungsgrad):

- keine Vorzeichen

Personal (Beschäftigungsumfang):

- positives Vorzeichen: absolute Personalstellen (Beschäftigungsumfang), Zunahme
- negatives Vorzeichen: Abnahme

Rundung

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb jeweils von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Foto Umschlag

Kanton Zürich / Salvatore Vinci

Datum des Beschlusses des Regierungsrates

15. April 2026

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

